

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1916 bis 1919



**3. und 4. Jahrgang:
1918/1919**

**2. Band:
10. August 1918 bis 8. März 1919**

Arbeiterpolitik
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

1916 bis 1919

3. und 4. Jg. 1918/1919, 2. Band

Redaktionelle Anmerkungen

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkriptionen sind die Veröffentlichungen des Antonie Pannekoek Archives (aaap.be), die vom IISG (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis – International Institute of Social History) zur Verfügung gestellt wurden, der fotomechanische Neudruck der Originalausgabe 1916-1919 nach dem Exemplar des INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED, ZENTRALANTIQUARIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK; LEIPZIG 1974 sowie die kleine Schrift der „Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen“ aus dem Jahre 1965: Die Bremer Linksradiكالen – Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

Impressum

Transkription: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

Arbeiterpolitik 32/1918	10
Der gelehrte Schulmeister.....	10
Die Tschecho-Slowaken.....	12
Die Frau im heutigen Wirtschaftsleben.....	15
Der Sinn der Ereignisse.....	17
Feuilleton.....	18
Volksfest.....	18
Arbeiterpolitik 33/1918	21
Ein Wahlsieg unserer holländischen Genossen.....	21
Das Ende der Rebellion in Moskau.....	22
Der auferstandene Reichsverband.....	24
Der Sinn der Ereignisse.....	26
Kerenski.....	28
Arbeiterpolitik 34/1918	32
Aufruf an die Proletarier der Entente.....	32
Die internationalen Lehren der russischen Revolution.....	35
Zur Frage der Einheitsorganisation.....	38
Feuilleton.....	39
Volksfest.....	39
Schlafe.....	41
Arbeiterpolitik 35/1918	43
Zur Sammlung.....	43
Die Position der russischen Bolschewiks.....	45
Parallelismus der Industriearbeiter zur Einheitsorganisation.....	47
Ein Dokument eigener Schande.....	49
Schwarze Raben.....	50
Aus unserm politischen Tagebuch.....	51
Gewerkschaftliches.....	53
Arbeiterpolitik 36/1918	54
Männerstolz vor - Sozialistenthronen.....	54
Zur Sammlung.....	56
Die Schicksale der nationalen Frage im Kriege und in der Revolution.....	58
Schwarze Raben. (Schluss.).....	60
Aus unserm politischen Tagebuch.....	62
Feuilleton.....	63
Candidens Erlebnisse in Venedig.....	63

Arbeiterpolitik 37/1918.....	65
Die Aufgaben der Bolschewiki.....	65
Zur Sammlung.....	68
Kritische Betrachtungen zur Katastrophe der Arbeiterbewegung.....	71
Feuilleton.....	72
Candidens Erlebnisse in Venedig.....	72
Frage.....	74
Streik.....	74
Arbeiterpolitik 38/1918.....	76
Eine Verzweiflungstat.....	76
Die verbürgerlichte Sozialdemokratie.....	77
Zur Sammlung.....	79
Sozialismus und Demokratie.....	81
Aus unserm politischen Tagebuch.....	85
Abfertigung der zahmen Propheten.....	86
Arbeiterpolitik 39/1918.....	87
Am Ziel des Strebens.....	87
Schande über Schande.....	89
Wirtschaftlich oder politisch?.....	93
Aus unserm politischen Tagebuch.....	96
Feuilleton.....	96
Der Pilger.....	96
Morgengebet.....	98
Spruch.....	98
Arbeiterpolitik 40/1918.....	99
Die „Ausrottung der Bourgeoisie“ in Russland.....	99
Wirtschaftlich oder politisch?.....	102
Sie bellen nur.....	105
Die Bolschewiki und die Internationale.....	108
Arbeiterpolitik 41/1918.....	110
Ein liberaler Kanzler.....	110
Die dritte Internationale.....	112
Die Bolschewiki und die Internationale.....	115
Zeugen und Rufer.....	117
Feuilleton.....	117
Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus.....	117
Aus unserm politischen Tagebuch.....	120
Arbeiterpolitik 42/1918.....	121

Die Stehaufmännchen.....	121
Schwächt Euch nicht selbst!.....	124
Wesen und Ziel der Einheitsorganisation!.....	125
Worterziehung und Taterziehung.....	127
Aus unserm politischen Tagebuch.....	129
Herausforderung.....	130
Arbeiterpolitik 43/1918.....	131
Die Unabhängige Partei und die zukünftige Internationale.....	131
Das parlamentarische System in Deutschland.....	135
Die Führer und die Massen in der U. S. P.....	137
Zur Frage der neuen Organisation.....	138
Noch ein Gewerkschaftsprotokoll.....	139
Arbeiterpolitik 44/1918.....	142
Die Führer und die Massen in der U.S.P.....	142
Die Versöhnungsschalmey.....	144
Beiträge zur Frage der Nationalisierung der Industrie.....	146
Fritz Frenken †.....	149
Bolschewistische Wirtschaft.....	150
Die Arbeit.....	152
Arbeiterpolitik 45/1918.....	153
Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands!.....	153
Gegenwarts-Forderungen:.....	154
Arbeiter und Soldaten!.....	155
Proletarische gegen imperialistische Diplomatie.....	155
Die Lage in Weißrussland.....	156
Der Bolschewismus in der Ukraine.....	157
Einheitlichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung.....	159
Arbeiterpolitik 46/1918.....	162
Das Licht, das der Welt leuchtet.....	162
Frustratorische Heulmeierei.....	163
Der Demokrat Wilson und sein Prophet Karl Kautsky.....	164
In Erwartung eines neuen Sturmes.....	168
Massenaktionen vor der französischen Revolution.....	169
Arbeiterpolitik 47/1918.....	172
Neue Aufgaben.....	172
Offener Brief.....	174
Der Demokrat Wilson und sein Prophet Karl Kautsky.....	179
Der Anfang.....	180

Arbeiterpolitik 48/1918.....	182
Die Entente und die deutsche Arbeiterklasse.....	182
Der Anfang.....	184
Internationale Kommunisten und Unabhängige.....	186
Vom Kampf um die Bürgerzeitung.....	190
Arbeiterpolitik 49/1918.....	192
Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution.....	192
Zur Ernährungsfrage.....	195
Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung.....	197
Wozu haben wir gekämpft?	198
Golgatha	201
Arbeiterpolitik 50/1918.....	202
Der Sozialismus der sozialistischen Regierung.....	202
Das Militärprogramm der proletarischen Revolution.....	205
Bolschewismus und Demokratie.....	208
Geharnischtes Sonett.....	211
Arbeiterpolitik 51/1918.....	212
An die „Geistigen“	212
Das Wilson'sche Programm.....	213
Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur?	215
Wozu haben wir gekämpft?	217
Feuilleton.....	221
Freiheitslied.....	221
Den Toten der Revolution	221
Arbeiterpolitik 52/1918.....	223
Zur Arbeitslosenfrage.....	223
Die Beseitigung des Parlamentarismus.....	225
Die neue Welt.....	227
Wozu haben wir gekämpft?	229
Feuilleton.....	232
Wort und Tat!.....	232
Zu neuem Kampf.....	232
Arbeiterpolitik 1/1919.....	234
Von der Diktatur zur Diktatur.....	234
Die neue Welt.....	235
Die Beseitigung des Parlamentarismus.....	238
Wozu haben wir gekämpft?	239
Feuilleton.....	242

Geharnischtes Sonett.....	242
Des Waldes Fluch.	242
Lohnsklaven.	243
Freiheit.	243
Arbeiterpolitik 2/1919.....	245
Die deutsche Revolution und die polnische Frage.	245
Maxim Gorkis Manifest an die ganze zivilisierte Welt!	248
Klassengesellschaft und Staat.	250
Staat und Revolution.	252
Chor der Proletarier.....	255
Arbeiterpolitik 3/1919.....	257
Die Wehrmacht des Proletariats.	257
Wachsender Unwille in England gegen die Intervention in Russland.	258
Die Macht der österreichisch-ungarischen Proletarier in Russland.	259
Kommunistische oder freie Jugend.	260
Der Staat als Waffe zur Ausbeutung der unterdrückten Klassen.....	262
Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution.....	264
Feuilleton.....	265
Hymne an das Leben!	265
An der Wegscheide.	265
Gesang der Schaffenden.	266
Arbeiterpolitik 4/1919.....	268
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschlagen.	268
Der revolutionäre Sozialismus und die proletarische Jugend.....	269
Zur Wohnungsfrage.	270
Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution.....	272
Feuilleton.....	275
Zaungäste.....	275
Für die Umundumlerner.	277
Arbeiterpolitik 5/1919.....	279
Werner Möller †.	279
Der Ausgang des Kampfes.	280
Liebknechts letzte Arbeit.	282
Der internationale Kommunismus.	284
Feuilleton.....	287
Das Wissen.	287
Arbeiterpolitik 6/1919.....	290
Was wollen die Kommunisten?	290

Die Politik der Unabhängigen.....	292
Der Militärputsch.....	293
Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus.....	295
Die Politik der Sozialdemokratie.....	296
Freiheitskrieg.....	297
Arbeiterpolitik 7/1919.....	300
Kommunismus und Sozialdemokratie.....	300
Klassenkampf.....	305
Feuilleton.....	306
Sonnenwende.....	306
Wichtige Literatur für unsere Agitation!.....	308
Arbeiterpolitik 8/1919.....	310
Deutschland vor dem zweiten Umsturz.....	310
Einigungsphrasen.....	311
Die Aussichten der Revolution in Skandinavien.....	313
Klassenkampf.....	316
Schwur.....	317
Rote Reaktionäre!.....	317
Arbeiterpolitik 9/1919.....	319
Die Gegensätze im Programm der U.S.P. D und der K.P.D.....	319
Die Rechnung.....	321
Die Befreiung der Frau.....	323
Die neue Welt.....	325
Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats.....	327
Arbeiterpolitik 10/1919.....	329
Der Schwindel der Demokratie.....	329
Bürgerliche u. proletarische Schulreform.....	330
Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats.....	332
Das Ende der Gewerkschaften?.....	333
Vom Kapitalismus zum Kommunismus.....	335
Rebellenlied.....	337

Arbeiterpolitik 32/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 10. August 1918.

Nr. 32

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der gelehrte Schulmeister.

In dem Artikel, welchen Genosse *Mehring* in Russland gegen die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten veröffentlicht hat, dürfte vielen Lesern der Satz aufgefallen sein, worin *Mehring* über *Kautsky* schreibt: mindestens seit dem 4. August müsste die Partei wissen, dass diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marxens revolutionärem Geiste innewohnt. Die meisten werden gar nicht wissen, was hiermit gemeint ist. Denn die Führer der ehemals sozialdemokratischen Partei hatten schon vor vier Jahren ihre demokratische Pflicht so weit vergessen, dass es ihnen nie eingefallen ist, über ihr damaliges Verhalten, über die einzelnen Vorgänge, die zur Bewilligung der Kriegskredite führten, ihren Auftraggebern – nämlich der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands – Rechenschaft abzulegen. Infolgedessen sind jene Vorgänge bis auf den heutigen Tag mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllt. Damals brannte alle Welt darauf, zu erfahren, was in den Sitzungen der Reichstagsfraktion vorgegangen war. Aber kein Bericht wurde erstattet. Später ist dann allerdings einiges durchgesickert und auch hier und da veröffentlicht worden. Aber dies geschah zumeist an Stellen und auch in Formen, die keine große Beachtung finden konnten. Und so ist denn tatsächlich das Wichtigste jener Vorgänge unbekannt geblieben. Wir glauben deshalb, es wird unsre Leser interessieren, wenn wir die Rolle, die *Kautsky* dabei spielt, hier kurz in die Erinnerung zurückrufen und ihnen dadurch zum Verständnis des Mehringschen Satzes verhelfen.

In einer Broschüre, die etwa im März 1915 erschienen ist, steht kurz und bündig:

„Kautsky schlug (in der Fraktionssitzung am 3. August 1914) vor: Der Regierung die Zusicherung abzufordern, dass sie keine Eroberung wolle, und bei Abgabe der Zusicherung zu bewilligen, bei Verweigerung abzulehnen.“

Jedem nicht Eingeweihten musste das damals schlechthin unglaublich erscheinen. Stellen wir uns einmal vor, Kautskys Vorschlag wäre angenommen und seine Forderung wäre an die Regierung gestellt worden, Was wäre dann geschehen? Nun, die Regierung hätte mit gutem Gewissen das sagen können, was sie seither sehr oft gesagt hat, nämlich dass sie in der Tat keine Eroberungen *will*. Ja, sie *hat* es sogar gesagt, und zwar in der feierlichsten Weise. In seiner Thronrede im weißen Saal des Berliner Schlosses sagte der Kaiser am 4. August 1914:

„Uns treibt nicht Eroberungslust!“

Und wenige Stunden später sagte der Reichskanzler im Reichstag:

„Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.“

Konnte denn wirklich am 3. August ein denkender Politiker auch nur im Traume eine andere Antwort von der Regierung erwarten? Wozu stellt man denn aber Fragen, deren Antwort man ganz genau im Voraus weiß? Was Kautsky für *Absichten* damit verfolgte, können wir natürlich nicht wissen; aber in der *Praxis* konnte sein Vorschlag nur darauf hinauslaufen, auch diejenigen, die sich noch sträubten, zur Bewilligung der Kriegsgelder heranzuziehen. Ein solcher Vorschlag konnte in der Tat nichts anderes bedeuten, als durch die Autorität des großen Theoretikers die Bahn für die Zustimmung zu den Kriegskrediten zu ebnen.

Und in eben derselben Weise musste er auch wirken, nachdem er abgelehnt war. Er war eine Gewissensberuhigung für alle die kleineren Reichstagsgeister, die etwa noch geschwankt haben mochten. Denn sie konnten sich nun sagen: Der große Kautsky ist für die Bewilligung unter der einzigen Bedingung, dass die Regierung versichert, sie wolle keine Eroberungen. Diese Bedingung ist erfüllt, wird morgen zweifellos erfüllt werden.

Wie gesagt, es schien zunächst unglaublich, dass Kautsky sich so verhalten habe. – Aber bald darauf hat er es selbst bestätigt. Am 11. Juni 1915 veröffentlichte er in der „Neuen Zeit“ einen Artikel, der bereits das ganze Wesen der kommenden „Unabhängigen“ Partei atmet. Sehr ergötzlich erzählt er darin, wie es ihm nur auf den Eindruck angekommen sei, den das Verhalten der Fraktion draußen bei den Proletariernmassen machen werde:

„Die Abstimmung musste den tiefsten Eindruck auf die proletarischen Massen machen. Aber welchen? Das lag nicht ohne weiteres klar zu Tage.“

Und nun erzählt er gewissermaßen an den Knöpfen ab: wenn wir ablehnen, könnte man daraus Gleichgültigkeit gegen Niederlage und feindliche Invasion mit allen entsetzlichen Folgen, ja sogar den Wunsch danach herauslesen; wenn wir bewilligen, könnten die Arbeiter glauben, wir übernehmen die Verantwortung für den Krieg und die Politik der Regierung.

„Wie immer wir uns entscheiden mochten ... wir mussten damit rechnen, dass unser Verhalten die extremste, für uns ungünstigste Deutung erfuhr, nicht nur bei den Gegnern, die alles missdeuten, was wir tun. sondern bei den Proletariern selbst.“

Dass die Sozialdemokratie *Prinzipien* hat, die ihrem Verhalten die Richtschnur geben müssen, das ist dem guten Kautsky bei all dieser Raterei gar nicht in den Sinn gekommen. Ihn plagte bloß der „Eindruck“, bloß was die draußen dazu sagen würden. Da macht es sich denn recht schön, wenn seine Partei in ihrer Entgegnung gegen Mehring jetzt stolz verkündet: „Die Ablehnung der Kredite entspringt unseren Grundsätzen!“

Uns anderen fällt bei Kautskys Ratlosigkeit unwillkürlich die Geschichte von jenem braven Manne ein, der gar nicht wusste, was er seiner Trauten zum Namenstag schenken sollte, und nachdem er sich hunderterlei überlegt hat, schließlich zu dem Resultat kam:

„Weil ich nun so bin in Zweifel versunken,
Will ich ihr lieber gar nichts schenken!“

Genau ist es Kautsky ergangen. Weil er nicht rechts anstoßen wollte und auch nicht links, weil er gar nicht mehr aus und ein wusste, welche „Deutung“ die Abstimmung finden würde, wollte er der Regierung „lieber gar nichts schenken“ und empfahl Stimmenenthaltung. Wohlverstanden: er *selbst* gibt dies als den Grund seiner Entscheidung an! Nur deshalb, nur weil die Ablehnung so gut wie die Bewilligung missdeutet werden könnte, sollte nach seinem Vorschlag die Fraktion sich der Stimme enthalten.

Damit fand er aber bei der Fraktion keine Gegenliebe. Die hatte immerhin noch ein Gefühl für die Lächerlichkeit, der sie sich aussetzte, wenn sie zu gar keinem Entschluss zu kommen wagte. Und da verfiel denn Kautsky auf die schlaue Idee, die Bewilligung „unter Bedingungen“ vorzuschlagen. Er hat sich großes davon versprochen. Man würde es nicht glauben, wenn man es nicht in der „Neuen Zeit“ gedruckt läse. Er hat wirklich und wahrhaftig erwartet, die Regierung werde nicht jeden Eroberungswillen von sich weisen, und dann werde die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite ablehnen.

Das hat Kautsky sich eingebildet.

Und nun wissen unsere Leser, was es mit dem „gelehrten Schulmeister“ auf sich hat.

Die Tschecho-Slowaken.¹

Die russische Revolution mit allen ihren Widersprüchen ist den Ausländern wenig verständlich. Selbst die westeuropäischen Marxisten, – die fähig sind, sich in die Lage der Dinge hineinzudenken, wenn sie über die russische Revolution schreiben, äußern sich dahin, dass sie sehr schlecht informiert seien und es für unumgänglich halten, in ihren Äußerungen sehr vorsichtig zu sein

Das tschecho-slowakische Abenteuer schafft für die russischen Publizisten eine gleiche Notwendigkeit zu erklären, dass sie in dieser Episode der russischen Revolution und Gegenrevolution nur sehr wenig verstehen. Man muss ebenfalls sehr gut in den Angelegenheiten Österreichs und Russlands unterrichtet sein, um zu begreifen, wie es gekommen ist, dass Revolutionäre in Bezug auf die Habsburger Monarchie, Gegenrevolutionäre dem revolutionären Russland gegenüber wurden. Diese Frage ist interessant, weil die Antwort auf dieselbe der Frage unseres Kampfes mit den Tschecho-Slowaken die Lösung gibt.

Wo sind die Tschecho-Slowaken in Russland hergekommen? Die tschechische Bourgeoisie kämpft schon seit Jahrzehnten in Österreich. Sie kämpft jedoch nicht gegen den Staat der Habsburger, nicht gegen die österreichische Regierung, sondern für die Teilnahme an dieser Regierung, für ein möglichst größeres Stück des Kuchens, welches die Herrschaft über die Volksmassen ganz Österreichs darstellt. Das Grundproblem des österreichischen Staates besteht darin, dass die österreichische herrschende Klasse in nationaler Hinsicht nicht gleichartig ist, dass die begüterte Klasse einer jeden Nation, die in den Bestand der Habsburger Monarchie eingehen, genötigt ist, den Kampf gegen die begüterte Klasse einer anderen Nation zu führen und zwar um die Verteilung der Herrschaft untereinander.

Das Problem einer proportionellen Verteilung des Kuchens wird noch dadurch kompliziert, dass es sich nicht nur um die Teilung der Plätze der zentralen Gewalt handelt, sondern auch um die Übergabe der Kreisgebiete mit einem gemischten nationalen Bestande der Bevölkerung in die Hände der Bourgeoisie dieser oder jener Nationalität. Die Bedeutung dieses Abrakadabra liegt in Folgendem: in Tschechien z.B. sind viele Kreisgebiete mit Deutschen und Tschechen bevölkert; wenn das fragliche Kreisgebiet als tschechisch anerkannt wird, dann kann nicht nur eine größere Anzahl Söhnchen der Bourgeoisie als Bureaukraten im gegebenen Kreise untergebracht werden, sondern wird auch die tschechische Bourgeoisie, nachdem sie ihr Territorium verbreitert, das Recht erhalten, in den zentralen Regierungs-Institutionen mehr Plätze zu fordern. Das sind die „revolutionären“ Ziele des Kampfes der tschechischen Bourgeoisie. Heute ist sie, dank einer Kombination der Kräfte, in Opposition, am nächsten Tage stellt sie die Hauptstütze der Habsburger Regierung dar.

¹ Übersetzt aus der „Iswiestika“, dem Organ des Zentralkomitees der Sowjets.

Die Ironie der Geschichte besteht darin, dass zur Zeit, als die gegenwärtige Balkanpolitik Österreichs ihren Anfang nahm, gerade die tschechischen Gutsbesitzer am Ruder waren. Das geschah während der Herrschaft des Grafen Taaffe, als Bosnien und die Herzegowina den Protesten der deutschen Bourgeoisie zuwider und unter lebhafter Mitwirkung der Tschechen annektiert wurden; die letzteren, die damalige Regierungspartei, „trugen der Staatsnotwendigkeit Rechnung“ und hofften mit Hilfe der Stärkung der slawischen Bevölkerung Österreichs ihre deutschen Konkurrenten gehörig auszuplündern.

Das Tschechische Bankkapital hat in der Stärkung der imperialistischen Politik auf der Balkanhalbinsel während der ganzen Zeit eine große Rolle gespielt. Die tschechische Bourgeoisie, und Dr. Kramarge an ihrer Spitze, waren gegen den Bund mit Deutschland. Es geschah aber nicht darum, dass sie Gegner des Imperialismus waren, sondern weil sie glaubten, der Bund mit Russland werde der slawischen Bourgeoisie in Österreich ein Übergewicht geben und die österreichische Regierung zwingen, sich auf die böhmische Bourgeoisie – gegen die deutsche zu stützen.

Seit den letzten fünfzehn Jahren hat sich in Tschechien eine neue oppositionelle Strömung bemerkbar gemacht. Da in den neunziger Jahren an die Stelle der alt-tschechischen Partei die jung-tschechische bürgerliche Partei getreten ist, so hat seit Beginn des neuen Jahrhunderts die kleinbürgerliche volkssozialistische Partei, mit dem Abgeordneten Klafatsche an der Spitze, die letztere zu verdrängen begonnen. Diese Partei stellte die Bestrebungen des Bauern, der eben auf die Fabrik des Deutschen gekommen, dar, ebenso wie diejenigen des Krämers, dem das deutsche Warenhaus drohte. Sie drückte die Unzufriedenheit allerlei kleinen Volkes aus mit dem Wuchs des Militarismus und der Steuern, denn das Kleinbürgertum machte dafür nicht das kapitalistische Regime im allgemeinen, sondern Wien und Berlin verantwortlich.

Die volkssozialistische Bewegung machte sich den Weg zur Straße, demonstrierte gegen den Militarismus, schrie: Fort mit der Beamtenherrschaft, hatte aber keine bestimmten Ziele, keinen Plan, wie Österreich zu organisieren, wie überhaupt auch die kleinbürgerliche Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus nirgends und niemals das Programm der Niederstürzung des Kapitals hatte und auch nicht hat.

Als der Krieg begann, versuchte es die Großbourgeoisie mit Kramarge an der Spitze hinter dem Rücken der Kriegspartei Fäden zwischen Russland und Österreich zu ziehen, um das letztere von Deutschland loszulösen. Die Kleinbourgeoisie dagegen schwärmte für den Sieg des Zarismus und war mit dem Abschreiben des Aufrufes von Nikolai Nokolajewitsch beschäftigt. Dort, wo es nur möglich war, liefen deren Söhne auf die russische Seite über. Eben aus diesen tschechischen Soldaten bildete der Zarismus seine Anhänger.

Mit welcher Art Revolutionären wir hier zu tun haben, kann man schon aus der Tatsache ersehen, dass sie den österreichischen Halbabsolutismus mittels des russischen Halbabsolutismus zu vernichten die Absicht hatten, dass sie zur Befreiung Tschechiens, das tausendmal freier, als jedes beliebige Volk in Russland zur Zeit der Romanoff lebte, den Gendarm der Völker – den Zarismus stärken wollten.

Die russische Revolution erweckte nur einen Teil der tschechischen Soldaten und, indem sie jeden nationalistischen Einfluss abschüttelten, stellten sie sich auf die Plattform der bolschewistischen Partei.

Die Arbeit, welche die tschechisch-slowakischen Kommunisten auf dem russischen Territorium verrichten, findet einen lebhaften Widerhall in den tschechisch-slowakischen Massen. Die tschechisch-slowakischen Korps bestanden größtenteils nicht aus Proletariern, sondern aus der Bauernschaft, die es in Böhmen sehr gut hatten, und aus den Söhnen der vom Nationalismus tief verdorbenen Kleinbourgeoisie. In diesen Massen konnte die Idee der proletarischen Revolution keinen Widerhall finden. Im Gegenteil, der internationalistische

proletarische Charakter der Revolution konnte sie nur abstoßen. In diesem Sinne handelten die ganze Zeit nicht nur ihre eigenen Offiziere, die aus den Reihen der tschechischen Bourgeoisie stammen, nicht nur die reaktionären russischen Offiziere, die die Oberbefehlshaber des tschechischen Korps bildeten, sondern auch die Vertreter der Entente, von deren Mitteln die tschechischen Korps in letzter Zeit unterhalten wurden. Die Vertreter der Tschecho-Slowaken erklärten selbst, dass die russischen Gegenrevolutionäre sie um Hilfe gebeten, dass sie von französischen Agenten zum Auftreten gegen die Sowjetregierung aufgewiegelt wurden. Die Tschecho-Slowaken erklärten, sie wollten neutral bleiben, sie wollten bloß nach Frankreich ziehen.

Als die japanische Landung und die Bewegung Semenoffs bewiesen, dass die Imperialisten Japans und die dahinterstehenden Imperialisten Frankreichs sich entschlossen haben, aktive Schritte in Russland zu unternehmen, um die gegenrevolutionären Organisationen im Osten zu unterstützen, wurde es klar, dass sie die von ihnen abhängigen Tschecho-Slowaken dazu benutzen würden, um sich der sibirischen Eisenbahn zu bemächtigen, dass sie unter dem Vorwande des Mangels an Tonnage die Tschecho-Slowaken in Sibirien, wo sie eine enorme Größe bilden, während ihre Rolle auf der Westfront geringfügig wäre, zurückhalten würden. Von den Kriegsmächten in ihrem Vormarsch im Osten aufgehalten, haben die Tschecho-Slowaken ihr inneres Wesen offenbart. Mit der tragischen Lage in Russland, mit dem Zustande des Transports und den Lebensmitteln bekannt, wagten sie die Hand gegen die russische Revolution zu erheben.

Es ist nichts Wunderbares darin, dass die Revolution gegen sie die nötigen Schutzmaßregeln ergreifen wird. Die Alliierten mögen protestieren, wenn sie aber in unserem Kampfe mit der Hungersnot, in unserem Kampfe mit den frechen konterrevolutionären Besitzergreifern einen gegen sie gerichteten „unfreundlichen Schritt“ erblicken, so kann dies nur bedeuten, dass ihrer Meinung nach, unser gutes Verhalten zu ihnen sich in unserem Selbstmorde auszudrücken habe.

Bis jetzt haben die Alliierten uns als deutsche Agenten angesehen, darüber lachte man natürlich. Jetzt beginnen sie uns für naiv zu halten. Das ist schon beleidigend. Auf alle Beteuerungen der Alliierten, dass sie der tragischen Lage Russlands eine tiefe Teilnahme entgegenbringen, antworten wir immer: Helft uns den Transport in Ordnung bringen, schickt uns Maschinen und technische Kräfte.

Die Form der tschechisch-slowakischen Hilfeleistung betrachten wir als eine konterrevolutionäre Affäre, die sofort liquidiert werden soll. Sie bedeutet die Einmischung in unsere innere Angelegenheit, und zwar in einer gefährlichsten Richtung. Dieser Schlag wird von uns in jeder Beziehung pariert werden, und jede Verteidigung der Tschecho-Slowaken wird von uns als Beweis der Teilnahme an ihrem konterrevolutionären Aufstand angesehen werden.

Wir wissen, dass die Niederdrückung des tschechisch-slowakischen Aufstandes von allen Seiten Angriffe gegen uns hervorrufen wird. Die Agenten des Verbündeten-Imperialismus – werden uns als Leute brandmarken, die auf Befehl Deutschlands die Feinde des deutschen Imperialismus entwaffnen. Unnütze Bemühungen! Denn dieselben Leute behaupten ja, dass Deutschland ein Überfall auf Russland vorbereite. Wenn dem so ist, so muss Deutschland sich darüber freuen, dass die Tschecho-Slowaken unsere Basis am Ural und im Wolgagebiet desorganisieren.

Die Unterdrückung der Tschecho-Slowaken kann in Österreich-Ungarn Unruhen hervorrufen. Wir sind aber fest überzeugt, dass unseren Genossen, den österreichischen Internationalisten, die Rolle, die die Tschecho-Slowaken in der russischen Revolution spielen, nur als eine Lehre, als eine Mahnung dienen wird, um ihnen die konterrevolutionäre Rolle des österreichischen

kleinbürgerlichen Nationalismus klarzumachen, der heute ein Element der Zersetzung des österreichischen Imperialismus ist und morgen, gleich der Kiewer Rada, ein Element der Konterrevolution sein wird.

Die Frau im heutigen Wirtschaftsleben.

Von Fritz Frenken.

„Die Frau gehört ins Haus“, dieser altbekannte Ruf des feisten, satten, moraltriefenden Bürgertums, das an jeder Frau, die im Erwerbsleben tätig war und zur Linderung der alltäglichen Sorgen eine Verdienstmöglichkeit suchte, einen Makel fand, – dieser Ruf ist längst der kläglichsten Lächerlichkeit verfallen. Viele Damen unserer Spießbürger sind heute selbst durch die alles umwälzenden Verhältnisse gezwungen worden, in der Industrie Arbeit zu suchen, um sich über die schreckliche Teuerung besser hinwegzuhelfen. Es war nicht immer und nicht allein der hochgepriesene Patriotismus, das Pflichtgefühl, dem Vaterlande durch Anfertigung von Granaten und Maschinengewehren in seiner Not helfend beizuspringen, sondern, wie gesagt, der ganz gewöhnliche Drang, Geld zu verdienen zur Erleichterung des Existenzkampfes, der jene, vor kurzer Zeit noch mit Verachtung auf ihre proletarisierten Arbeitsschwestern herabblickenden Bürgersfrauen bewogen hat, an der Maschine, im Hilfsdienst, im Bureau usw. zu arbeiten. Die aus der Klasse des Bürgertums hervorgegangene, in der Kriegsindustrie nunmehr ebenfalls proletarisierte Frau, empfindet heute am eigenen Körper die Schönheiten der kapitalistischen Ausbeutung genauso wie das ungeheure Heer der klassischen Proletarierinnen.

Der Kapitalismus hat im Wirtschaftsleben der Frau eine ungeheure Umwälzung geschaffen. Das Märchen vom Kochtopf und der Stricknadel ist längst in der Versenkung verschwunden. Wir wissen, wie durch den rasend anwachsenden Kapitalismus die Verelendung der Massen gefördert, in seiner wütenden Profitgier das ganze „christliche“ Familienleben in seinen Grundfesten erschüttert, die Frau als Ausbeutungsobjekt und in der Sucht nach billigen Arbeitskräften massenhaft in die großindustriellen Betriebe hineingedrängt wurde. Wir wissen, dass durch die künstlichen Konjunkturstockungen die Arbeitslosigkeit der Männer in erschreckender Weise stieg, dass dadurch die Lebenshaltung des Proletariats immer schwieriger wurde und die Frau notgedrungen zum Miterwerb verdammt war. Alles andere ergab sich von selbst, – die Zerreißung familiärer Bande, Entsittlichung beider Geschlechter, Verwahrlosung der Jugend, Verrohung breiter Volkssitten und Zunahme der Verbrechen. Unsere gottbegnadeten christlichen Sittenrichter erfanden allerhand private und staatliche Zuchtanstalten für Erwachsene und Jugendliche, lehrten mit verdoppeltem Eifer das Wort Gottes, ermahnten in Schulen und Kirchen zur Rückkehr zu einem geordneten, christlichen Lebenswandel, – alles nützte nichts, unter dem Deckmantel pfäffischer Frömmigkeit blühte Verderbnis und Laster weiter, forderte die Bestie Kapitalismus ihren Tribut an körperlicher, geistiger, ethischer Volksgesundheit.

Das war schon lange vor dem Kriege so. Nun wurden durch Ausbruch des Krieges auf einmal etliche Millionen Männer aus dem Wirtschaftsleben herausgerissen, der Industrie entführt und der Produktion entzogen. Nach wenigen Monaten bereits, als das Kontingent der zu stellenden wehrfähigen Männer um weitere Millionen angewachsen war, ertönte von allen Seiten der Ruf nach weiblichen Arbeitskräften. Zunächst langsam, dann in schneller anwachsendem Tempo wurde die Frau in der Industrie, im Verkehrswesen, bei öffentlichen Behörden, zuletzt sogar im militärischen Interesse von den Generalkommandos an den Platz des Mannes gestellt. Heute gibt es kaum noch einen Betrieb, einen Beruf, eine Tätigkeit, in der nicht die Frau mit überraschender Gewandtheit und Sicherheit arbeitet. Viele Millionen Frauen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten sind heute in allen Berufen tätig, auf

den Schultern der Frau ruht in erster Linie die Last des gesamten Wirtschaftslebens, von der Frauenhand wird heute der Existenzkampf geführt, die Lebensmöglichkeit bestritten.

Die ganze „christliche“ Weltordnung steht heute auf dem Kopf. Der Mann im Schützengraben, die Frau an der Maschine, die Kinder sind sich selbst überlassen auf der Straße. So sieht es aus bei den meisten Proletarierfamilien. Bei einem anderen Teil ist der Mann als Krüppel daheim, besorgt mühsam den Haushalt, bekümmert sich um die Kinder, die Frau ist an seine Stelle getreten, geht arbeiten, schafft alles Notwendige zum Lebensunterhalt heran. Der Rest des Proletariats ist reklamiert. Hier ist noch einigermaßen etwas Ordnung, jedoch arbeitet in vielen Fällen auch dort noch die Frau mit, wo der Verdienst des Mannes nicht ausreicht.

Bei derartigen Zuständen kann selbstredend von einem geordneten Familienleben keine Rede mehr sein. Alle moralische Entrüstung unserer frommen Sittenmänner über die unheimliche Entsittlichung der Geschlechter, die Verwahrlosung der Jugend und die erschreckende Zunahme der Verbrechen im Kriege gegenüber der Friedenszeit kann an den heutigen Zuständen nicht das Geringste ändern. Die Herren mögen zu ihren Klassengenossen gehen und sich bei denen bedanken, die den Krieg als etwas Schönes, Heiliges, Großes verherrlicht haben. Die Früchte dieses „herrlichen Krieges“ sehen wir heute an jeder Straßenecke und in jeder Familie. Will man der Frau vielleicht zumuten, dass sie neben ihrer 9-10-stündigen Erwerbsarbeit, neben dem Haushalt auch noch die Kindererziehung pädagogisch einwandfrei versieht? Die Frau muss sich hier entweder auf fremde Menschen oder auf die öffentliche Hilfe verlassen, auf die aber sehr viele Arbeiterfrauen mit Stolz verzichten, da durch diese Maßnahme die Kinder der Mutter entfremdet werden.

Die Frau hat also wohl und ganz bewiesen, dass sie in unserem heutigen Wirtschaftsleben zur allgemeinen Bewunderung als vollwertiger Faktor gelten kann. Alle schweren Pflichten dieses Lebens sind der Frau aufgebürdet. Man müsste also meinen, dass ihr nun ganz selbstverständlicherweise auch alle Rechte im öffentlichen, sozialen und politischen Leben zugesprochen werden müssten. Doch weit gefehlt. Wohl darf die Frau die schwerste Männerarbeit leisten, wohl soll sie unter Schmerzen dem Vater Staat einen reichen Kindersegen bescheren, wohl darf sie im Interesse des Vaterlandes die schwersten Opfer an Gut und Leben bringen, den Mann, die Söhne hergeben, alle Entbehrungen und Qualen erdulden, – aber ein öffentliches politisches Recht hat die Frau nicht. Die Frau soll unter unserer gottgewollten Weltordnung für alle Zeiten ihres Lebens ein rechtloser Paria bleiben, an der Neugestaltung der neuen Zeit kein Wort mitreden dürfen. Unser spießerhaftes Muckertum bildet sich ein, wenn der Krieg zu Ende ist, dann kehrt auch die Frau wieder in die Beschaulichkeit ihrer Häuslichkeit zurück und braucht sich nie im Leben mehr um die Außenwelt zu kümmern. Diese Rolle mögen die Damen des Bürgertums spielen, wenn sie sich damit in traditionelle Verknöcherung abfinden wollen, – den Frauen des Proletariats ist jedenfalls in ihrem Emanzipationskampf eine wesentlich andere Rolle zugeordnet.

Der Krieg war ein harter Lehrmeister und hat den politisch noch schlummernden Proletarierinnen die Augen gründlich geöffnet über unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben. Was jahrzehntelange Friedensagitation nicht vermocht hat, das hat der Krieg mit seinen Schrecknissen und Härten vollbracht, – der Proletarierin mit Gewalt ihr Klassenbewusstsein ins Gehirn gehämmert. Jede Arbeiterfrau, an der die Kriegsnot nicht vollständig spurlos vorübergegangen sind, muss heute wissen, dass ihr Platz nur in der entschieden sozialistischen Bewegung sein kann. Auf dem grundsätzlichen Boden des sozialistischen Klassenkampfes, in klarer Kampfstellung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, unbeeinflusst durch fadenscheinige Reformen und ablenkende Manöver, im Angesicht klarer, sozialistischer Ziele, – nur so kann und wird die endliche gesellschaftliche Gleichstellung der Frau erkämpft werden. Nicht in den Parlamenten, nicht am grünen Tisch der Gesetzesmacher, nicht hinter den Kulissen der Gesetzesmacher, nicht hinter den Kulissen

der Regierungsmänner, – wo die Frau schon von vornherein ausgeschaltet ist, – wird der Frauen Zukunftsschicksal – für die menschliche Gesellschaft entschieden, sondern in restlos selbständiger, freier kampfesfreudiger Initiative, die von freudiger Begeisterung getragen ist vom unendlichen Heer der Proletarierinnen selbst.

Der Sinn der Ereignisse.

Von N. Bucharin.

Die Entwicklung der Revolution wird stets von einer Umschaltung der Klassenkräfte, von einem Übergang der Klassen und Gruppen aus einem kämpfenden Lager in das andere begleitet. Entsprechend dieser Umschaltung der Klassen wechseln auch die Beziehungen zwischen den Parteien, die die politischen Vertreter dieser Klassen sind. In revolutionären Zeitläuften, während der Klassenkampf im Siebenmeilenschritt vor sich geht, ist es natürlich, dass auch die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien sich hundertmal schneller ändern als bei einer friedlichen „organischen“ Entwicklung, bei einem stagnierenden Zustand des geschäftlichen Lebens.

Der rasende Lauf der russischen Revolution ist ein schlagendes Beispiel dafür. Im März vorigen Jahre waren das Finanzkapital und der fortschrittliche Teil des Agrariertums daran interessiert, die Großagrariere zu stürzen, deren Interessen sich mit dem absolutistischen Regime deckten. Deshalb wurde die Bewegung der Arbeiter, Soldaten und Bauern von dem Finanzkapital und den fortschrittlichen Agrariern unterstützt. Sobald es aber ersichtlich ward, dass die Revolution aufwärts ging, dass sie nicht auf dem Niveau einer bürgerlichen Umwälzung stehen blieb, sobald es sich herausstellte, dass die bürgerliche Märzrevolution bloß die Kräfte für eine sozialistische Revolution des Proletariats losgelöst hatte, da traten sofort das Finanzkapital und seine Partei – die Kadetten – an die Spitze der Gegenrevolution, sich den Elementen zugesellend, deren Niederwerfung sie soeben mitbetrieben hatten. Je kraftvoller und erbitterter das Proletariat anstürmte, desto reaktionärer gebärdeten sich die Liberalen. Ihre Abschwenkung nach rechts bedeutete eben, dass die Revolution sich fortentwickelte, dass sie vorwärtsschritt, weite Schichten des Proletariats und des Bauerntums in ihre Bahn hineinziehend.

Die Oktoberrevolution hat fast die gesamte Intelligenz, das städtische Kleinbürgertum und die stärksten Teile des ländlichen Großbauerntums beiseitegeschoben. Aber gleichzeitig hat die Oktoberrevolution das Land der Gutsbesitzer den Bauern in die Hände gespielt. Deshalb hat auch fast das gesamte Bauerntum im Oktober durchweg für die Revolution der Arbeiter Partei ergriffen.

Es war jedoch von Anfang an vorauszusehen, dass, sobald die Bauern in den Besitz des Bodens gelangt sein würden, der weitere Gang der Revolution unvermeidlich den Abfall eines Teiles des vermögenden Bauerntums mit sich bringen werde. Wann musste dieser Fall eintreten? In dem Augenblick, wo auf dem Lande selbst ein Kampf der Armen gegen die wohlhabenden Bauern und die Blutsauger des platten Landes entbrannte.

Die Oktoberrevolution – vom Gesichtspunkt der unmittelbaren wirtschaftlichen Resultate betrachtet – war eine sozialistische Revolution in den Städten. Als bald nach der Umwälzung wurde die Grundfeste des Kapitalismus – die Banken – genommen: darauf begann die Nationalisierung der Großindustrie usw. Etwas anderes ging auf dem Lande vor sich. Die Enteignung des Bodens der Gutsbesitzer hatte keineswegs den Charakter einer *sozialistischen* Revolution. Diese Maßregel bedeutet an und für sich nur die Entwurzelung des halbfeudalen und kapitalistischen Großgrundbesitzers.

(Schluss folgt.)

Feuilleton

Volksfest.

Von Alexander L. Kielland.

(Fortsetzung.)

Erfinderische Herren tragen kleine Laternen am Hut, am Stock und wo sie sonst nur angebracht werden können, und der allererfinderischste wandert mit seiner Herzliebsten unter einem Regenschirm umher, der an jeder Speile eine Laterne trägt.

Am Waldessaum brannten Scheiterhaufen; hier wurden Hühner am Spieß gebraten, während in Scheiden geschnittene Kartoffeln in Schmalz gekocht wurden. Jeder Duft scheint doch seine Verehrer zu haben, denn hier stehen auch eine Menge Zuschauer umher. Der größte Teil derselben geht aber in den langen Budenreihen auf und ab.

Madame und Monsieur Tousseau haben *alles* mitgemacht. Sie hatten bei einem Manne, der in den allerzweifelhaftesten Witzen exzellierte, in Europas vorteilhaftester Lotterie gespielt; sie hatten die fetteste Gans der Welt und den berühmten Floh „Bismarck“ gesehen, der sechs Pferde fahren konnte. Weiter hatten sie Honigkuchen gekauft, auf Tonpfeifen und weichgekochte Eier nach der Scheibe geschossen und schließlich hatten sie in dem großen Ballzelt Walzer getanzt.

So gut hatten sie sich noch niemals unterhalten. Feine Leute gab es hier durchaus keine, – auf jeden Fall niemand, der feiner war als sie selbst. Auch kannten sie hier keinen Menschen, deshalb lächelten sie allen zu und nickten auch noch, wenn sie dieselbe Person zweimal trafen.

Alles erschien ihnen so lustig. Vor den großen Zelten, in denen es einen Zirkus oder Ball-Divertissement gab, blieben sie stehen und lachten über die Ausrufer. Magere Bajazzos bliesen die Trompete, und junge Mädchen mit kreideweißen Schultern standen auf der Tribüne und versuchten Zuschauer hineinzulocken.

Monsieur Tousseaus Portemonnaie hatte viel zu tun; aber die Beiden wurden der ewigen Bettelei und Prellerei nicht müde. Im Gegenteil, sie mussten nur lachen über die ungeheuren Anstrengungen, welche diese Menschen machten, um vielleicht einen halben Frank oder auch nur wenige Centimes zu verdienen.

Plötzlich standen sie vor einem Gesicht, das sie kannten. Es war ein junger Amerikaner, welchen sie im Hotel in Paris getroffen hatten.

„Nun, Monsieur Whitmore!“ rief Madame Tousseau munter, „hier haben Sie doch wohl endlich einen Ort gefunden, an dem Sie selbst nicht umhinkönnen, sich zu amüsieren!“

„Ich für mein Teil,“ entgegnete der Amerikaner langsam, „finde kein Vergnügen daran, es mit anzusehen, wie die Menschen, welche kein Geld haben, sich zum Narren machen für jene, welche es besitzen!“

„Ach! Sie sind unverbesserlich!“ lachte die junge Frau, „und übrigens muss ich Ihnen mein Kompliment machen über das ausgezeichnete Französisch, welches Sie heute sprechen.“

Nachdem sie noch ein paar Worte miteinander gewechselt hatten, trennte die Menschenmenge sie wieder; Mr. Whitmore wollte schnell nach Paris zurückkehren.

Es war mehr als ein Kompliment von Madame Tousseau gewesen. Der ernste Amerikaner sprach sonst ein Französisch, das man beweinen konnte. Aber die Antwort, welche er Madame gegeben, war fast korrekt gewesen. Man hätte glauben können, dass sie schon im Voraus vorbereitet gewesen – dass es eine ganze Reihe von Eindrücken gewesen, welche sich in diesen

Worten kundgegeben. Vielleicht kam es auch *daher*, dass diese Antwort sich Monsieur und Madame Tosseau so fest einprägte.

Keiner von beiden schien diese Entgegnung besonders gut zu finden. Im Gegenteil – beide fanden, dass es eigentlich sehr traurig sei, wenn jemand so schwermütig ist, wie ihr junger Freund. Aber trotzdem war etwas zurückgeblieben; es wurde ihnen nicht mehr so leicht zu lachen, Madame wurde müde, und sie begannen, an die Heimkehr zu denken.

Als sie die lange Straße zwischen den Buden hinabgehen wollten, um ihren Wagen zu erreichen, kam ihnen gerade ein lärmender Menschenschwarm entgegen.

„Lass uns einen anderen Weg nehmen,“ sagte Monsieur.

Sie gingen zwischen die Buden durch und kamen auf der Rückseite der einen Reihe heraus. Sie stolperten über Baumwurzeln, bis das Auge sich an das unsichere Licht gewöhnt hatte, welches nur hier und dort in Streifen aus den Zelten fiel. Ein Hund, der dort lag und an irgendeinem Gegenstande nagte, erhob sich knurrend und schleppte seinen Raub weiter hinein in das Dunkel zwischen den Bäumen.

Auf dieser Seite bestanden die Buden aus alten Segeln und allerhand wunderlichen Draperien. Zwischen den Ritzen und Spalten sah man hier und da Licht: an einer Stelle entdeckte Madame ein Gesicht, das sie kannte.

Es war der Mann, von welchem sie den unvergleichlichen Honigkuchen gekauft, – Monsieur trug den Rest noch in der Rocktasche.

Aber trotz alledem war es so wunderbar, den Honigkuchenmann auf dieser Seite wieder zu finden. Dieses war ein ganz anderes als das lächelnde, verbindliche Gesicht, das der jungen, hübschen Frau so viele hübsche Dinge gesagt hatte – und so unermüdlich in den Lobpreisungen seiner Kuchen gewesen war – nun ja, sie waren ja auch vortrefflich!

Nun saß er zusammengekrochen da und aß ein unbestimmtes Etwas aus einem karierten Taschentuche – schnell, gierig, ohne aufzublicken.

Weiter hinunter hörten sie ein gedämpftes Zwiegespräch, Madame wollte absolut hineinsehen, Monsieur wollte es durchaus nicht – aber er tat es trotzdem.

Ein alter Bajazzo sah und zählte brummend und fluchend Kupfermünzen in die Hand. Das junge Mädchen, welches vor ihm stand, fror und erbat etwas für sich; sie war in einen langen Regenmantel eingehüllt.

Der Mann fluchte wieder und stampfte mit dem Fuße. Da warf sie plötzlich den Regenmantel ab und stand halbnackt in einer Art von Ballettkleidung da. Ohne ein Wort zu sagen und ohne ihr Haar zu glätten oder an ihrem Putz etwas zu ordnen, erstieg sie die kleine Stufe, welche auf die „Bühne“ führte.

In diesem Augenblick wandte sie sich um und blickte den Vater noch einmal an. Ihr Antlitz hatte bereits das Ballettlächeln angelegt, aber dieses wich jetzt einem ganz anderen Ausdruck. Den Mund verzog sie nicht mehr, aber die Augen – die Augen versuchten, ihm flehend zuzulächeln – eine Sekunde nur – der Bajazzo zuckte die Achseln und hielt die Kupfermünzen hin. Das junge Mädchen wandte sich ab, trat vor den Vorhang und wurde mit Beifall und Geschrei empfangen.

An der großen Eiche hielt der Mann mit der Lotterie noch immer seine fließenden Reden. Seine Witze waren immer unzweideutiger geworden, je dunkler es wurde. Auch das Gelächter im Publikum war jetzt ein anderes. (Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 33/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 17. August 1918.

Nr. 33

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein Wahlsieg unserer holländischen Genossen.

Einen ersten Wahlerfolg hat die linksradikale Bewegung zu verzeichnen. Die erste linksradikale Partei in Westeuropa, die holländische Sozialdemokratische Partei (S. D. P.) hat ihn erreicht. Diese Partei, die von den Revisionisten bisher stets als ein unbeachtliches Grüppchen, als ein Nichts behandelt wurde, über welche die I. K. noch vor kurzem den billigen Witz von den Offizieren ohne Truppen glaubte machen zu können, diese Partei hat sich als eine Macht erwiesen, mit der gerechnet werden muss. Und das in einem Lande, das eine verhältnismäßig noch geringe wirtschaftliche Entwicklung aufweist.

Als 1909 die marxistischen Tribüne-Redakteure von *Troelstra* und seinen Knappen aus der Partei geworfen wurden, da war es freilich nur ein kleines Häuflein, das sich ihnen anschloss und die neue Partei gründete. Aber die unermüdliche Aufklärungsarbeit, der erbitterte Kampf gegen die gelbe Sozialdemokratische Arbeiterpartei (S. D. A. P.), brachte die ersten Früchte. Die „Tribüne“, die bis zum Kriege nur als Wochenblatt erschien, konnte in ein Tageblatt umgewandelt werden. Der Krieg hat auch in Holland außerordentlich aufklärend auf die Auffassungen der Arbeiterklasse gewirkt. Die S. D. A. P. wurde vollkommen sozialpatriotisch und zwar in dem Maße, dass sie sich ganz der offiziellen deutschfreundlichen Politik verschrieb, eifertig allen militaristischen Bestrebungen zu Diensten war und die hungernden kämpfenden Arbeiter immer wieder verriet. Dabei wurde das kleine Land, das zwischen den kämpfenden Mächten eingeklemmt ist, immer stärker von den Kriegswirkungen heimgesucht, die durch eine von Profitrücksichten geleitete Wirtschaftspolitik verschärft wurden.

Zum Parlamentarismus nimmt die Partei dieselbe Stellung ein wie wir, frei von Illusionen und parlamentarischem Kretinismus. Für die Wahlagitation hatte sie das folgende Programm aufgestellt:

1. Sicherstellung eines gleichen Minimallohnes für alle Arbeiter und alle ihnen gleichgestellte Personen, auch für die Arbeitslosen, Kranken, zeitweilig und dauernden Invaliden, jugendlichen Arbeiter und Greise (von 60 Jahren an). Extraunterstützung für Frauen mit Kindern unter 18 Jahren und schwangere Frauen, beginnend mindestens drei Monate vor der Geburt des ersten Kindes.

2. Starke progressive Steuer, ausschließlich auf hohe Einkommen, Kapital und Kapitalzuwachs, mit Übergang zum Erbrecht des Staates. Annullierung der Staatsschulden. Beschlagnahme der Kriegsgewinne. Verstaatlichung von Grund und Boden; auch um die Möglichkeiten für den Wohnungsbau in großem Umfang zu schaffen. Beschlagnahme überzähligen Wohnraums und dessen Verteilung an die Bedürftigen. Förderung der produktiven Ackergenossenschaften durch Landarbeiterorganisationen, Gemeinden usw.
3. Allgemeine staatliche Fürsorge für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes auf Grund des neutralen, kostenlosen öffentlichen Unterrichts bis zum 18. Lebensjahr mit freien Lernmitteln, Ernährung, Kleidung und Versorgung.
4. Maximalarbeitstag von 8 Stunden mit dem Ziele des Sechsstudentages, einundeinhalb Ruhetage pro Woche. Verbot der Lohnarbeit für Kinder unter 18 Jahren.
5. Verfassungsänderung, um zur unmittelbaren Einführung gleicher politischer Rechte für alle Männer und Frauen über 18 Jahre zu gelangen. Demokratisierung aller Verwaltungs-, Steuer-, Regierungs- und Gerichtskörperschaften. Eine republikanische Regierungsreform. Abschaffung der ersten Kammer und aller Standesunterschiede. Einführung der Volksinitiative, des Volksreferendums und des Rechts unmittelbarer Abberufung aller Gewählten. Trennung von Kirche und Staat.
6. Völlige Öffentlichkeit der auswärtigen Politik. Ersetzung der Berufsdiplomatie durch Konsulate und Arbeiterdelegationen. Enger Zusammenschluss aller demokratischen Mächte zur Beförderung der Zusammenarbeit der Völker und Beseitigung der Kriegsursachen.
7. Abschaffung des Militarismus. Verhinderung der Militarisierung des Verkehrs.
8. Indien (holländische Kolonien) los von Holland. Vollkommenes und freies Selbstbestimmungsrecht für alle überseeischen Besitzungen und Kolonien.
9. Vollständige Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen, die die Pressefreiheit, das Koalitions-, Versammlungs- und Streikrecht vernichten oder verkümmern, auch für das Militär und Personen im Dienste öffentlicher Körperschaften.
10. Allgemeines Ausfuhrverbot der notwendigen Lebensmittel für Mensch und Tier, Bestandsaufnahme und Beschlagnahme dieser Lebensmittel und Verkauf höchstens zu den Preisen vom Juli 1914. Verteilung durch die Klassenorganisationen des Proletariats.

Den Wahlkampf führte die Partei zusammen mit der Sozialistischen Partei und dem Bund der Christensozialisten, die alle auf dem Boden der Massenaktionen stehen. Er brachte der vereinigten Liste der Revolutionäre über 52 000 Stimmen. Gewählt sind damit die Genossen *Wijnkoop*, *Van Ravesteijn*, *Kolthek* und *Kruijt*. Namentlich in Amsterdam ist das Resultat günstig, wo unsere Genossen über 18 000 Stimmen, die S. D. A. P. 33 500 Stimmen erhielten. Die klerikale Rechte erhielt im ganzen Lande 675 000 Stimmen, die Linke (S. D. A. P. und liberale Partei) beinahe 550 000 Stimmen und die Wilden 65 000 Stimmen. Die Rechte enthält 50, die Linke 40, die Wilden 6 und die Revolutionäre 4 Sitze im Parlament.

Das Ende der Rebellion in Moskau.

Vorbemerkung der Redaktion: Über die Ereignisse, welche mit der Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau im Zusammenhang stehen, sind uns von der russischen Sowjetregierung die folgenden amtlichen Mitteilungen zugegangen. Obgleich diese Dinge in der deutschen Tagespresse mit großer Ausführlichkeit behandelt worden sind, glauben wir, dass diese amtliche Mitteilung dennoch für unsere Leser von Interesse sein dürfte.

Der wahnsinnige Aufstand der sogenannten linken Sozialrevolutionäre ist beendet. Die gerichtliche Untersuchung hat das tatsächliche Bild dieses beispiellosen Abenteuers aufgeklärt, und den Verantwortlichkeitsgrad der einzelnen Teilnehmer festgestellt. Der politische Sinn der Moskauer Ereignisse vom 5. und 7. Juli tritt jedoch im Augenblick schon deutlich hervor. Dem Drucke der bürgerlichen Klasse nachgebend, haben die linken Sozialrevolutionäre in den letzten Wochen fortwährend die hartnäckigsten Anstrengungen gemacht, Russland in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln. Diese Anstrengungen sind zum Ausdruck gekommen in den erdichteten und im Umlauf gebrachten phantastischen Gerüchten und Verdächtigungen, die aufreizend auf die Einbildungskraft des Volkes wirken mussten. Die klassenbewussten Arbeiter und Bauern verkennen nicht die schwierige Lage. Aber ebenso wenig verkennen sie, welche Folgen es nach sich zöge, wenn das entkräftete und verblutende Russland von neuem in den Krieg hineingezogen würde. Deshalb eben hat die erdrückende Mehrheit der Bauern und Arbeiter bewusst den Bruch mit dem Brester Vertrage zurückgewiesen, welcher von den linken Sozialrevolutionären ungestüm verlangt wird.

Das Misslingen der demagogischen Agitation für den Krieg hat die linken Sozialrevolutionäre auf den Weg des sinnlosen und unehrlichen Abenteuers gestoßen: sie beschlossen, mittels eines terroristischen Aktes Russland in einen Krieg zu verwickeln, gegen den Willen der Arbeiter und Bauern. Nachdem der 5. Allrussische Sowjetkongress die auswärtige Politik des Rats der Volkskommissare vorbehaltlos gebilligt hatte, verübte ein gewisser Blumkin, laut Beschluss des Zentralkomitees der linken Sozialrevolutionäre, einen Mordanschlag auf den deutschen Botschafter Graf Mirbach.

Indem sie die provozierende Tat verübten, stützten sich die linken Sozialrevolutionäre weniger auf ihren Parteiapparat als auf die offizielle Stellung, welche sie als Sowjetpartei einnahmen. Mit Hilfe seiner Partei gelangte Blumkin in die Außerordentliche Kommission für den Kampf mit der Gegenrevolution. Seine offizielle Stellung ausnutzend, hat er verschiedene Dokumente zum Teil sich angeeignet, zum Teil gefälscht, gelangte dann, von seinem Amte gedeckt, in das Gebäude des deutschen Botschafters und verübte dort den ihm vom Zentralkomitee befohlenen Mord.

Gleichzeitig schickten sich die linken Sozialrevolutionäre an, einen Aufstand ins Werk zu setzen, der den Zweck hatte, gewalttätig die Macht aus den Händen des Allrussischen Sowjetkongresses in die Hände einer Partei zu übertragen, welche auf diesem Kongresse in der Minderheit geblieben war.

Die Mitglieder des Zentralkomitees der linken Sozialrevolutionäre versuchten den Aufstand zu entfachen, indem sie sich auf einen Teil des Detachements der Kommission für den Kampf mit der Gegenrevolution stützten. Diese Truppenabteilung wurde von dem linken Sozialrevolutionär Popoff befehligt. Die in die Verschwörung hineingezogenen Teile der Truppenabteilung Popoffs, verstärkt durch die demoralisierten Elemente der Schwarzmeerflotte, stellten Straßenwache und Patrouille auf, verhafteten einzelne Vertreter der Sowjetregierung, entwaffneten und beschossen einzelne Truppen der Roten Armee. Zur Verfügung der Rebellen standen Maschinengewehre, Geschütze und Panzerwagen. So entfaltete sich am 7. Juli der Aufstand der die Minderheit bildenden Sowjetpartei gegen die Herrschaft der Sowjets. Ein Erfolg dieses Abenteuers, (wenn es überhaupt Erfolg haben könnte) hätte bedeutet: den sofortigen Krieg mit Deutschland und den Zusammenbruch der Sowjetmacht. Denn kein vernünftiger Mensch konnte glauben, dass die linken Sozialrevolutionäre imstande sein würden, die den Sowjets der Arbeiter, Bauern und der Roten Armee entrissene Macht auch nur auf 24 Stunden in ihren Händen zu halten. Der ganzen Lage nach sind die linken Sozialrevolutionäre am 6. bis 7. Juli nur als eine Kampfabteilung im Dienste der konterevolutionären Bourgeoisie hervorgetreten, der sie den Weg frei machen sollten.

Unter diesen Umständen konnte der Rat der Volkskommissare nur einen Entschluss fassen: in möglichst kurzer Zeit die Erhebung zu unterdrücken, in der Leichtsinn, Treubruch und Provokation sich zu einem abscheulichen Ganzen vereinigten.

Energisches Zugreifen hatte schon im Laufe einiger Stunden zum Ziele geführt. Die linken Sozialrevolutionäre räumten das Post- und Telegraphenamts, in denen sie zwei Stunden gewirtschaftet hatten. In der Truppenabteilung Popoffs begann der Zerfall schon nach der ersten Beschießung von Seiten der Sowjettruppen. Ein bedeutender Teil der Truppenabteilung war über das Abenteuer empört und ging völlig auf die Seite der von den Aufrührern verhafteten Vertreter der Sowjetmacht, der Genossen Dsersinski, Lazis und Smidowitsch über. Nur dank diesem Umstand war das Leben der Letzteren außer Gefahr. Das Ende der Rebellion war der anfänglichen Absicht und des ganzen Verlaufs dieses schändlichen Abenteuers würdig. Völlige Verwirrung des Stabes und Demoralisation der Truppenabteilung gingen parallel. Indem die Führer der linken Sozialrevolutionäre sich ein solches Ziel, wie das Ergreifen der Regierungsmacht stellten, zogen sie den Umfang und die Bedeutung dieser ihrer Kräfte weit übersteigenden Aufgabe nicht in Betracht. Nach einigen unbedeutenden Widerstandsversuchen begannen die Rebellen nach allen Richtungen Parlamentäre zu schicken, dann aber traten sie einen ungeordneten Rückzug an.

Die Verfolgung der Flüchtlinge ward mit großem Erfolg fortgesetzt. Die Zahl der Gefangenen war bedeutend. Nähere Angaben werden von der Regierung bei der nächsten Sitzung des Allrussischen Sowjetkongresses gemacht werden, der das entscheidende Wort über die Empörung vom 6. bis 7. Juli wie auch über das Schicksal der sogenannten Partei der linken Sozialrevolutionäre sprechen wird

Der auferstandene Reichsverband.

Von Fritz Frenken.

Wer kennt nicht den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie! Dieser alte Bekannte des deutschen Proletariats, der seit dem 4. August 1914 seine Propagandatätigkeit für die alldeutschen Machtpläne aus der freien Öffentlichkeit in eine dunkle Winkelwerkstatt verlegte, der durch die brave Folgsamkeit der deutschen „Sozialdemokratie“ seit diesem Tage sich veranlasst fühlte, die ehemalige Hetze in eine stille Liebkosung zu verwandeln, – dieser Totgeglaubte ist wiederum zu neuem Leben galvanisiert worden. Der „Vorwärts“ brachte als Beweis hierfür folgendes Schreiben an die Öffentlichkeit:

Berlin S. W. 11, im Juli 1918. Dessauerstr. 30.

Euer Hochwohlgeboren!

Die Hochstimmung der ersten Augusttage des Jahres 1914 ist bei der langen Dauer des Krieges verflogen, Verbitterung herrscht in weiten Schichten des deutschen Volkes. Der Gedanke, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die doch mit uns um Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Zugeständnisse bei guter Laune zu erhalten und sie für die Erfüllung ihrer einfachen Pflicht zu belohnen, trägt unheilvolle Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das durch verfehlte staatssozialistische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem Frieden schweren Erschütterungen entgegen. Heftige Lohnkämpfe sind nach dem Kriege zu erwarten. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass der nächste Reichstag die Durchführung des bewährten Bismarckschen Grundsatzes „Des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land“ nicht mehr gewähren wird. Dann würden Reichstagsauflösungen sich häufen, wenn die bürgerlichen Parteien,

die auf dem Boden obigen Grundsatzes stehen, sich nicht erfolgreich zusammenschließen, um der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen.

Da gilt es beizeiten zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können.

Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ muss abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufklärungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf er erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen Wahlschatz zu sammeln. Wollen wir nicht russischen Zuständen entgegengehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerlässlich sein, um den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt und dafür ist, dass mit der Fackel der Wahrheit in die weitesten Volkskreise hineingeleuchtet wird, um schwere Schädigungen des Volksganzen zu verhüten, setzt sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Du hättest rechtzeitig das Deine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwehren.

Wir richten daher an Ew. Hochwohlgeboren die dringende Bitte, zu unserem Wahlschatz nach Kräften beizusteuern, um darauf hinzuwirken, dass nicht die ödeste Gleichmacherei proletarischer Masseninstinkte auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung die Welt regiert.

Wir sind im Verteidigungskrieg gegen den sozialdemokratischen Angriff. Zum Kriegführen gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld! Wir hoffen, dass unser Appell an Ihre oft bewährte Opferwilligkeit auch diesmal nicht vergebens sein wird und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Dieses Rundschreiben haben die Herren Alldeutschen nun nicht etwa mit lautem Tamtam der Öffentlichkeit übergeben, sondern sie verbreiten es unter ihren Vertrauensleuten, ohne viel Aufsehen zu erregen. Diese stille Art ist begreiflich, wenn man bedenkt, dass es den Alldeutschen auch heute noch recht gut in den Kram passt, dass die ehemals verfemte Sozialdemokratie eine Politik treibt, die von der alldeutschen nicht allzu weit entfernt ist. Man braucht nur ehemals konservative Aussprüche mit denen heutiger sozialdemokratischer Führer zu vergleichen und man wird mit Leichtigkeit finden, dass nicht der geringste Unterschied besteht. Ich verweise hier nur auf ein Beispiel unter ungezählten anderen. Die Nummern 36-41 (September bis Oktober 1914) des „Correspondenzblattes der deutschen Gewerkschaften“ beschäftigen sich mit „Der Krieg und die sozialen Pflichten“. Eingangs dieser Abhandlung wird der Krieg als „gesellschaftsfördernd“ angesprochen, der, wie kaum ein anderes Ereignis geeignet sei, „sozialistisch“ zu wirken. Dann kommen lange Tiraden, worin nachgewiesen wird, dass Kapitalisten und Arbeiter durchaus gemeinsame Interessen hätten, und als Höhepunkt ihrer Gesinnung empfehlen diese Sozialdemokraten der Arbeiterschaft die Genügsamkeit mit möglichst niedrigen Löhnen:

„Die inneren Kämpfe zwischen Käufern und Verkäufern, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sollen möglichst ausgeschaltet werden.“ ...

Die kapitalistische Monatsschrift „Die Bank“ schreibt im Dezember 1914:

„Lautet denn die Forderung der Stunde etwa, dass jede Arbeit hoch bezahlt werden ... soll? Nein, sie will im Gegenteil, dass jedwede Arbeit zugleich niedrig entlohnt und auf etwas Nützliche gerichtet sei.“ ... (S. 1100.)

Man vergleiche beide Aussprüche und man wird finden, sie passen genau zueinander, wenn auch die Wortstellung und Satzbildung verschieden ist. Bedenkt man ferner, in welcher hervorragender Weise die sozialdemokratischen Führer jede Interessenvertretung der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft durchkreuzten, wie sie sich bemühten ernste Lohnkämpfe, politische Streiks und notwendige Tagesforderungen des Proletariats zu hindern, wie sie die größten Anstrengungen machten, die Arbeiterklasse an den imperialistischen Eroberungskarren der Alldeutschen zu spannen, so wird man zugeben müssen, dass zwischen dieser „Sozialdemokratie“ und dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ selbst kein allzu großer Gegensatz besteht. Und wenn die Reichsverbändler hinter den gelegentlichen radikalen Redensarten das erblicken, was sie in Wirklichkeit sind – so werden sie bald herausfinden, dass sie sich mit dieser Sozialdemokratie auch weiterhin sehr gut vertragen können.

Die sozialdemokratische Erklärung des Abgeordneten Haase, die am 4. August 1914 den Kurs für alles Weitere klar und unzweideutig vorzeichnete und die für die Ohren der Alldeutschen sicher wie Himmelsmusik klang, alle ihre ängstlichen Kombinationen in Bezug auf eine alles hinwegfegende Revolution überflüssig machte, und die das Signal war zum Beginn der chauvinistischen Hochflut innerhalb der gutgedrillten sozialdemokratischen Arbeiterschaft, – diese Erklärung hat heute, nach reichlich vier Jahren, noch in vollstem Umfange Gültigkeit. Alles Vertuschen und Beschönigen der heutigen „Unabhängigen“ ändert daran nicht das Geringste. Die Bemühungen beider offiziellen sozialdemokratischen Richtungen, sich als die am meiste verfolgte, vom wiedererstandenen Reichsverband als am besten gehasste hinzustellen, sind denn auch für jeden Eingeweihten amüsante Lächerlichkeiten.

Wenn der neuerstandene Reichsverband in seinem Rundschreiben gegen die Anschwellung der roten Flut Front macht und alle seine Kämpen auffordert, durch Bereitstellung des großen Geldsacks bei der nächsten Reichstagswahl das Überhandnehmen rötlich schillernder Abgeordneter zu verhindern, so tut er unseren braven „Arbeiter“parlamentariern bitter Unrecht. Seit dem Hottentottenzeitalter 1907 hat sich Vieles geändert und die damals gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe haben heute längst ihre Berechtigung verloren. Vor dieser Sozialdemokratie braucht er den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu befürchten.

Getreu ihrer alten, traditionellen, bewährten Taktik wird diese Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe in entrüstungstriefenden Reden, in parlamentarischen Kommissionsverhandlungen, in oberflächlichen Mitgliederfang, im Vormünderwählen und im disziplinarischen Kadavergehorsamsmethoden der Arbeiterklasse gegenüber erblicken.

Die Reichsverbändler brauchen ja nur eine Versöhnungsbasis zu suchen von Legien über Scheidemann. Haase unter Ausschaltung der Arbeitermassen bis hinüber zu den Thyssen, Krupp-Schichau, und es wird sich eine Begründung finden, den Geist von 1914 bis weit in die Friedenszeit hineinzuerhalten. Die Ausschaltung jeglicher Klassenkämpfe wäre für beide Teile die denkbar günstigste Neuorientierung und für die offizielle Sozialdemokratie die beste Gelegenheit einigermaßen gefahrlos den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Die Alldeutschen können also ihren bereits ausgegrabenen Kadaver wieder einbuddeln.

Der Sinn der Ereignisse.

Von N. Bucharin

(Schluss)

Weitergehende Bedeutung hat die Enteignung des Bodens nicht gehabt und hat sie auch gegenwärtig nicht. Der „Kampf um den Boden“ hat daher keineswegs zur Bildung scharf

getrennter Gruppen innerhalb des Bauerntums geführt; die Enteignung des Bodens der Großgrundbesitzer lag im Interesse des Bauerntums in seiner Gesamtheit, und nur die Spitzen des Großbauerntums lieferten im Gefühl der nahenden Gefahr Rekruten für die Burgfriedensparteien und bildeten eine Stütze für die Tschernows, Awksentjews und ihresgleichen.

Sobald die Ausnutzung des enteigneten Bodens in Frage kam, musste der Gegensatz aufbrechen zwischen der *sozialen* in einen allgemein-wirtschaftlichen Rahmen gestellten und in ihren Rechten daher beschränkten Wirtschaft und der *Privatwirtschaft* des wohlhabenden Eigentümers, der an der freien Konkurrenz, der freien Spekulation und der freien Bewucherung der zum Ankauf von Getreide gezwungenen städtischen Arbeiter und armen Bauern interessiert ist. Und dieser Gegensatz musste eine weitere Umgruppierung der sozialen Kräfte auf dem Lande hervorrufen. Mit anderen Worten: die Umgruppierung der sozialen Kräfte musste auf dem Lande beginnen, sobald die Revolution in ihrer Entwicklung einen Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus auf dem platten Lande tat, sobald die sozialistische Revolution aus der Stadt in das Dorf getragen wurde.

Diesen Schritt hat die Revolution jetzt getan. Erst jetzt beginnt die sozialistische Revolution im Dorf. Erst jetzt treten die ärmsten Schichten der Dorfbevölkerung, die armen Bauern und die Knechte, mit der Losung der landwirtschaftlichen Kommunen, der gesellschaftlichen Bearbeitung der großen Güter hervor. Erst jetzt beginnen die Dorfarmen gemeinschaftlich mit dem städtischen Proletariat die Getreideüberschüsse der wohlhabenden Bauern zu enteignen, d.h. dasselbe zu tun, was das städtische Proletariat mit den Wucherern in den Städten vornimmt. Dies ist es, weshalb die landwirtschaftliche Bourgeoisie zum Übergang in die Reihen der Gegner der Armen gezwungen ist, in die Reihen der Gegner der Sowjetmacht, die die Armen unterstützt und organisiert. Darin liegt nichts Schreckliches oder Unnormales: es ist ein natürlicher Prozess im weiteren Aufmarsch der Revolution, ein Beweis dafür, dass die Revolution in die Breite und Tiefe im Wachsen begriffen ist, dass sie Rodeland emporhebt und tiefe unterirdische Flächen umwendet.

Soll die Privatwirtschaft, die Kleinwirtschaft im Dorf erhalten bleiben, eine Wirtschaft, auf deren Grundlage ein Regime der Ausbeutung wieder emporblühen könnte? Oder sollen die Beziehungen der alten Welt geändert, soll der Weg einer großzügigen gesellschaftlichen Landwirtschaft beschränkt werden, die Möglichkeit einer gewissenlosen wucherischen Bereicherung vernichtend, die zukünftigen Bourgeois durch eine feste und harmonische Organisation der Armen niederhaltend? So ist jetzt die Frage gestellt. Es ist begreiflich, dass um diese Frage gegenwärtig ein großer Kampf entbrennt. Die Wohlhabenden im Dorf und diejenigen, die es zu werden hoffen, alle diejenigen, die Lohnarbeiter benutzten oder durch Getreidespekulation, durch Herstellung von Branntwein usw. die städtischen wie Dorfarmen bewucherten, sie alle hegen eine wütende Feindschaft gegen die Sowjetmacht. Der Sozialismus marschiert ins Dorf. Die landwirtschaftliche Bourgeoisie und die von ihm in ideeller Abhängigkeit gehaltenen Schichten stellen sich der Revolution entgegen. Der vermögende Bauer zeigt den Dorfarmen und dem städtischen Arbeiter seine Raubzähne.

Das ist die neue Umschichtung der sozialen Kräfte. Sie hat auch eine entsprechende Umschichtung in den Beziehungen zwischen den Parteien mit sich gebracht. Die Nachoktober-Periode war eine Periode des Blocks zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum, die wohlhabendsten Bauern ausgenommen. Zur gleichen Zeit war es auch vorzugsweise ein Block der Kommunisten und der linken Sozialrevolutionäre. Jetzt gehen mit dem Proletariat nur die ärmsten Bauern, die sich von den reichen und wohlhabenden Bauern getrennt haben und mit diesen einen unbarmherzigen Kampf führen um Brot und Organisation von Gemeinwirtschaften. Gleichzeitig geht der Block der Kommunisten mit den linken Sozialrevolutionären in die Brüche. Die linken Sozialrevolutionäre verlassen die

Revolution und hissen die Fahne der Empörung gegen die Sowjetmacht und die Armenkomitees.

Die Empörung der linken Sozialrevolutionäre ist eine Revolte des „wirtschaftenden Bäuerleins“ gegen das ärmste Bauerntum und gegen das städtische Proletariat, eine Revolte gegen die proletarische Diktatur und gegen den Sozialismus. Es besagt dabei nichts, wenn diese Revolte sich in sozialistische Redensarten hüllt. Die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiks sind ja auch der Meinung, dass sie „echtere“ Sozialisten sind als die Kommunisten. Auch Stschedrin pflegte bereits zu sagen, dass es keine Niedertracht gibt, die man nicht durch schöne Worte verdecken könnte. Da muss auf den Kern der Sache gesehen werden, auf die Tatsachen – nicht auf Worte.

Es wird oft darauf hingewiesen, dass der Begriff „ärmstes Bauerntum“ äußerst unbestimmt ist. Dieser Vorwurf ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Er ändert aber doch nichts daran, dass es reiche und arme Bauern gibt. Die Wahrheit des Vorwurfs liegt indessen darin, dass es neben den extremen Gruppen noch eine Reihe von Zwischenstufen, von hin- und herschwankenden Gruppierungen gibt. Diese Ungleichartigkeit des Bauerntums erklärt die bis ins Komische gehende schwankende Stellung der Sozialrevolutionäre. Vor der Oktoberrevolution, als selbst die verbissensten Blutsauger die zaristischen Auflagen loswerden wollten, da gingen alle „wie ein Mann“ mit der sozialrevolutionären Partei. Dann, vom Oktober an, begann die Abgrenzung, und die oberen Schichten des Großbauerntums fielen ab in der Furcht von einer Zertrümmerung ihrer kräftigen Wirtschaft, vor einer Enteignung des Inventars, Requisition der Pferde usw. Demzufolge spaltete sich die Partei der Sozialrevolutionäre.

Jetzt, wo die Frage der sozialistischen Revolution im Dorfe in voller Scharfe sich auftut, revoltieren die linken Sozialrevolutionäre gegen den Sozialismus. Da sie aber von verschiedenartigen Elementen getragen wurden, so werden auch sie sich unvermeidlich in Parteigänger der armen und Parteigänger der reichen wohlhabenden Bauern auflösen müssen. Die aus manchen linkssozialrevolutionären Kreisen eintreffenden Proteste gegen das verräterische Abenteuer sprechen nachdrücklich genug dafür, dass der Auflösungsprozess der linksrevolutionären Partei bereits begonnen hat, und dass er rasch fortschreiten wird.

Die grausame Geschichte hat eine [keine?] Partei mehr enthüllt und entlarvt. Eine weitere Illusion ist zerschlagen, die strenge Kritik der Geschichte hat ein weiteres hartes Urteil gefällt.

Das Proletariat, welches als organisierte gesellschaftliche Kraft dasteht, und die proletarische Revolution, die eine stete Selbstkritik übt, haben zerschlagene Illusionen und Entlarvungen nicht zu befürchten. Der Gang des Klassenkampfes und der Zusammenbruch der linken Sozialrevolutionäre gibt Anlass, die Dinge nüchterner zu betrachten und einiger vorwärts zu schreiten.

Kerenski.²

Auf der Zusammenkunft der englischen „Labour Party“, d.h. der Organisation derjenigen Arbeitermassen Englands, die zum größten Teil von englischen Kapitalisten an der Leine geführt werden, ist aus der Vergessenheit Alexander Kerenski aufgetaucht.

² Der Artikel ist am 3. Juli geschrieben.

Kerenski ist von Arthur Henderson eingeführt worden, von diesem stumpfen Lakaien der englischen Bourgeoisie. Die Letztere hatte ihn zur Zeit der Verständigungsperiode der russischen Revolution nach Petrograd geschickt, um Kerenski, Tschaidse und Zeretelli beim Festhalten der Arbeitermassen Russlands an der Leine der russischen Bourgeoisie Beistand zu leisten. Herr Henderson ist von Lloyd-George aus dem Ministerkabinett verjagt worden, als er in Anbetracht der Unzufriedenheit der englischen Arbeiter an der berühmten Konferenz in Stockholm teilnehmen wollte, um gemeinschaftlich mit Scheidemann irgendwelche Mittel gegen den Krieg und gegen die Revolution zu finden.

Doch ist der aus dem Kabinett verjagte „Arbeiterführer“ im Ministervorzimmer geblieben, von wo er täglich mit Aufträgen zu den Arbeitern läuft. Wenn Herr Henderson jetzt auf der Zusammenkunft seiner Partei Kerenski einen feierlichen Empfang veranstaltet, so ist diese Heldentat sicherlich nicht von ihm selbst ausgebrütet. Vielleicht erfüllt Herr Henderson ganz einfach den Auftrag der englischen Regierung. Wir erinnern uns, dass, als im vorigen Jahre auf derselben Zusammenkunft Rjäsanoff und Goldenberg, die Vertreter des Exekutivkomitees der Sowjets, das damals über die Mehrheit der revolutionären Demokratie verfügte, erschienen, die englische Regierung ihnen allerlei Hindernisse in den Weg legte. Auf der Zusammenkunft der Labour Party wurden sie gebeten, sich recht ruhig zu verhalten. Weshalb denn jetzt dieser feierliche Empfang, diese Paukenschläge und Trompetenklänge? ... Ist denn Lloyd-George plötzlich sentimental geworden und hat sich entschlossen, Kerenski für seine Verdienste den Verbündeten gegenüber zu feiern? Kerenski hat solche Verdienste nicht zu verzeichnen.

Die Verbündeten können sich noch nicht entschließen, offen über das Sowjetrussland herzufallen. Die Kriegsquise der verbündeten Imperialisten, die an den Sturz der Sowjetregierung denkt, um Russland in den Krieg hineinzuziehen, ohne danach zu fragen, ob das im Interesse Russlands liegt oder nicht, diese Clique muss nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Hinsicht ihre Aventure entsprechend vorbereiten. Man muss die öffentliche Meinung der Länder der Alliierten, sowie die öffentliche Meinung Russlands vorbereiten. Dieses politische Bombardement muss den eigentümlichen Bedingungen des westeuropäischen und amerikanischen politischen Lebens Rechnung tragen.

Die Alliierten haben zu viel von der von ihnen angeblich verteidigten Demokratie geredet, sie können deshalb nicht die alten zarischen Lakaien Iswolski oder General Surko als Retter des „demokratischen Russlands“ vom bolschewistischen Absolutismus und dem deutschen Imperialismus auf den Schild erheben. Um die Volksmassen Englands, Frankreichs und Amerikas, die den Zarismus mit seinen Schleppenträgern verabscheuen, zum Angriff auf das revolutionäre Russland vorzubereiten, müssen als Anführer diejenigen vorgeschoben werden, die in den Augen der Massen Europas noch als Demokraten, noch als Revolutionäre gelten.

Noch durch eine weitere Erwägung werden die Regisseure der Alliiertenpolitik geleitet. Sie finden sich ein wenig besser als die Volksmassen ihrer Länder in Russlands Lage zurecht. Vor einigen Wochen beschwerte sich das maßgebende Organ des französischen Imperialismus, der Pariser „Temps“, darüber, dass nicht nur die Mitteilungen sämtlicher Vertretungen der Alliierten aus Russland sich gegenseitig widersprechen, sondern sogar die Mitteilungen ein und derselben Vertretung. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Die Sklavenbesitzer haben niemals den Mechanismus des Aufstandes ihrer Sklaven begreifen können. In ihrem weitgehenden Nichtbegreifen der russischen Revolution glauben die Alliierten noch an die Möglichkeit einer Wiederauferstehung ihrer Handlanger, der Menschewiks und rechten Sozialrevolutionäre, an die Möglichkeit für diese Toten, die Macht abermals an sich zu reißen. Sie glauben dadurch, dass sie deren Helden in den Vordergrund rücken, ihr russisches Abenteuer mit den Sympathien der Volksmassen Russlands zu umgeben. Dieser Glaube ist nicht nur das Ergebnis ihres Nichtbegreifens der Ursachen, die zum Zusammenbruch des

Verständigungsregimes in Russland geführt haben und des Hasses, den die Arbeiter und Bauern Russlands für Kerenski und seinen Klüngel empfinden.

Dieser Glaube ist vielmehr für die Alliierten eine Notwendigkeit.

Wir - trösten sie sich - brauchen weder russische Rohstoffe noch russisches Getreide, wir werden daher weder die Kapitalisten noch die Junker und den Zarismus einsetzen. Im Gegenteil. Wir wollen die russische Wirtschaft in Ordnung bringen und die Deutschen davonjagen, unsere Okkupation wird daher eigentlich keine Okkupation, sondern eine dem russischen Volke geleistete Hilfe sein, die seine Sympathie und Unterstützung finden wird.

Wir, die Alliierten, werden Kerenski ans Ruder bringen und werden als Retter Russlands erscheinen. - Die Alliierten müssen dies glauben, denn sonst würden sie von einem Abenteuer, das ihnen viele Opfer kosten wird, ohne ihnen dafür etwas zu bieten, absehen und die Macht der Sowjets als die einzige anerkennen, die nach einer gewissen Umgestaltung des russischen wirtschaftlichen Lebens imstande ist, Russlands Unabhängigkeit zu verteidigen.

Aber Illusionen bleiben Illusionen, gleichviel ob sie jemanden nützen oder nicht. Das Verständigungsregime war ein durch das Feigenblatt sozialistischer Phrasen verhülltes Regime der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Der alte bürokratische Apparat des Zarismus ist von ihm unberührt geblieben. berührte nicht das Eigentum der Agrarier und Kapitalisten, sein ganzer geschichtlicher Sinn bestand eben darin, dass es bemüht war, die Volksmassen von einem gründlichen Niederreißen der Vermögens- und Rechtsprivilegien der damals in Russland herrschenden Klassen abzuhalten.

Wenn den Alliierten dieses geschichtliche Wunder gelungen wäre: die Wiederbelebung dieses vergeblichen Regimes, - so würde dies die Wiederherstellung der Agrarier- und Kapitalisten-Wirtschaft, die Beseitigung der Sowjets, die Wiedereinsetzung der alten zarischen Bürokratie bedeuten. Keine Macht wird das Verständigungsregime ins Leben zurückzurufen vermögen.

Dieses Regime hat zwei sozial-psychologische Voraussetzungen gehabt: erstens den Glauben der besitzenden Klassen, dass es möglich sei, durch sozialistische Redensarten und sozialistische Laien die russischen Volksmassen zu betrügen und sie von der Revolution, d.h. von der gewaltsamen Besitznahme des Vermögens der Kapitalisten- und Großgrundbesitzerklasse zurückzuhalten; zweitens: den kindlichen Glauben der Volksmassen, dass man durch Zureden den Wolf bewegen kann, sich nur mit Gras zu nähren. Die eine wie die andere Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Kapitalisten und Agrarier verachten das liberale Getue und sind sich sehr wohl bewusst, dass man den Bauern das Land, den Arbeitern die Kontrolle über die Fabriken, allen Arbeitenden die Sowjetherrschaft nur durch Gewalt wegnehmen kann.

Es gibt hier keinen Platz für Verständigungsmacherei. Und was dürfen die Volksmassen von den Verständigungsanhängern erwarten?

Das Volk, welches über ein Jahr der Revolution mit der ganzen daraus geschöpften Erfahrung hinter sich hat, erkennt in seiner überwiegenden Mehrheit, dass weder die Bauern nach Rückkehr der Gutsbesitzer mehr Land haben werden noch die Arbeiter mehr Brot, wenn die Herrschaft der Hyänen der Börse wieder hergestellt ist.

Und deshalb bleibt die jetzt von den Alliierten gehisste Fahne Kerenskis derselbe alte, von der Geschichte in Fetzen gerissene, in Kot und Schlamm getretene Lappen. Der Imperialismus kann in Russland vorübergehend die bürgerliche Gegenrevolution einsetzen, die dann wieder ihrerseits den revolutionären Druck der Massen vergrößern, die Revolution auf die höchste Stufe bringen würde. Aber der Imperialismus, diese grausame Politik des Großkapitals, die Politik von Eisen und Blut, kann nirgends Kerenskis einsetzen, kann nicht eine Politik der

Vereinigung dessen, was sich nicht vereinigen lässt, treiben. Es ist Tatsache, dass die Alliierten diese Erfahrung nicht begreifen, dass sie sich in der Hoffnung wiegen, mit denselben sozialistischen Elementen zu einem anderen Ergebnis zu gelangen. Diese Tatsache zeigt, dass die Alliierten nicht imstande sind, aus der Geschichte zu lernen. Lloyd-Georges Tädelei mit Kerenski ist nur ein Beweis dafür, dass ihn Kerenskis Schicksal erwartet.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 34/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 24. August 1918.

Nr. 34

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Aufruf an die Proletarier der Entente.

Im Namen der Sowjetregierung haben *Lenin*, *Tschitscherin* und *Trotzky* einen Aufruf an das Proletariat Frankreichs, Englands, Amerikas, Italiens und Japans erlassen. Dieser in der „Prawda“ vom 1. August veröffentlichte Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Wie ein von der Kette gelassener böser Hund bellt die ganze kapitalistische Presse eurer Länder über die ‚Intervention‘ eurer Regierungen in den russischen Angelegenheiten, schreit mit heiserer Stimme: ‚Jetzt oder nie!‘. Aber selbst in diesem Augenblick, wo diese Söldner eurer Ausbeuter alle Masken abgeworfen haben, wo sie offen über den Angriff auf die Arbeiter und Bauern Russlands reden, selbst in diesem Augenblick lügen sie schändlich, betrügen euch schmähdlich; denn in demselben Augenblick, wo sie mit der ‚Intervention‘ drohen, führen sie schon militärische Operationen gegen das Russland der Arbeiter und Bauern. Englisch-französische Banden erschießen bereits Arbeiter der Sowjets an der von ihnen benutzten Murmanbahn. Im Ural vernichteten sie die Arbeitersowjets, erschießen deren Vertreter durch die tschecho-slowakischen Abteilungen, die mit dem Gelde des französischen Volkes ernährt, von französischen Offizieren geleitet werden, die auf Befehl eurer Regierungen das russische Volk vom Korn abschneiden, um die Arbeiter und Bauern zu zwingen, die Schlinge der Pariser und Londoner Börse wieder sich um den Hals legen zu lassen. Der jetzige offene Angriff des französisch-englischen Kapitals auf die russischen Arbeiter krönt nur den schon seit acht Monaten geführten unterirdischen Krieg gegen das Russland der Sowjets. Vom ersten Tage der Oktoberrevolution an, von dem Augenblick an, wo die Arbeiter und Bauern Russlands erklärten, dass sie weder ihr eigenes noch fremdes Blut für die Interessen ihres und des fremden Kapitals vergießen wollen, vom ersten Tage an, wo sie ihre Ausbeuter zu Boden stürzten und euch aufforderten, diesem Beispiel zu folgen, das internationale Gemetzel einzustellen, die Ausbeuterei zu beendigen, von demselben Augenblick an haben die Ausbeuter geschworen, dass sie mit diesem Lande fertig werden würden, dessen Arbeiterklasse zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit gewagt hat, das Joch des Kapitalismus abzuwerfen und sich aus der Schlinge des Krieges herauszuziehen. Eure Regierungen haben die rumänische Oligarchie unterstützt, die mit ihren Angriffen auf unsere Südwestfront die Verteidigungsfähigkeit Russlands vernichten half. Ihre Agenten haben für klingendes Geld denselben General Krasnow gekauft, der jetzt Russland von der Donezk-Kohle und von dem kubanischen Getreide abzuschneiden versucht, um Russland zum

hilflosen Opfer des russischen Kapitals zu machen. Sie haben mit Geld und mit moralischen Mitteln die Partei der rechten Sozialrevolutionäre unterstützt, die Partei der Verräter der Revolution, die mit den Waffen in der Hand gegen die Gewalt der Arbeiter und Bauern sich erhebt.

Als aber alle diese Mühen zu nichts führten, als es sich zeigte, dass Söldner und Banditen keine genügende Kraft darstellen, beschlossen sie, auch euer Blut zum Opfer zu bringen und einen offenen Angriff auf Russland zu unternehmen, indem sie die Kräfte der Arbeiter und Bauern Frankreichs und Englands ins Feuer werfen. Ihr, die ihr euer Blut für die Interessen des Kapitals an der Marne und Aisne vergießt, auf dem Balkan, in Syrien und Mesopotamien, ihr sollt jetzt auch auf dem Schnee von Nordfinnland und auf den Bergen des Urals sterben. Im Interesse des Kapitals sollt ihr die Henker der russischen Arbeiterrevolution sein. Um diesen Kreuzzug gegen die russische Arbeiterrevolution zu verhüllen, erklären euch eure Kapitalisten, dass der Zug nicht gegen die russische Revolution unternommen wird, sondern, dass es ein Kampf gegen den deutschen Imperialismus sei, dem wir uns angeblich verkauft haben. Die Lügenhaftigkeit und Heuchelei dieser Erklärung wird jedem von euch klar sein, wenn er nur folgende Tatsachen erwägt: 1. Wir waren gezwungen, Russland aufzuteilen, gerade weil eure Regierungen, die sehr genau wussten, dass Russland nicht weiterkämpfen konnte, auf internationale Friedensverhandlungen nicht eingingen, bei denen ihre Kraft Russland gerettet und uns einen annehmbaren Frieden gegeben hätte. Nicht Russland, das von dreieinhalb Kriegsjahren schwer erschöpft war, hat eure Sache verraten. 2. Als wir gezwungen waren, den Brester Frieden zu schließen, weil unsere Volksmassen nicht weiterkämpfen konnten, und als die Agenten eurer Regierungen sich jede Mühe gaben, uns wiederum in den Krieg zu verwickeln, indem sie uns zu überzeugen suchten, dass Deutschland uns nicht im Frieden lassen würde, da antwortete ihnen unsre Presse: wenn Deutschland den Frieden, den wir mit so schweren Opfern erkaufte, aufhebt, wenn es die Hand gegen die russische Revolution erhebt, dann werden wir uns zu schützen wissen. Wenn die Alliierten uns bei der heiligen Aufgabe dieses Schutzes helfen wollen, so mögen sie unsere Eisenbahnen wieder in Stand setzen, unser Wirtschaftsleben, denn ein wirtschaftlich schwaches Russland kann sich selber nicht ernstlich schützen. Die Alliierten haben auf diese unsere Aufforderung nicht geantwortet. Sie dachten nur daran, wie sie für unsere alten Anleihen, die das französische Kapital dem Zarismus gewährte, Prozente erpressen könnten. 3. Die Alliierten haben nicht nur in keiner Weise uns geholfen, unsere Fähigkeiten zum Selbstschutz wieder zu erlangen, sie haben vielmehr sich mit allen Mitteln bemüht, diese Fähigkeit zu zerstören, indem sie unsere innere Verwirrung vermehrten und uns von den letzten Reserven an Korn abschnitten. 4. Die Alliierten haben uns davor gewarnt, dass die Deutschen die sibirische und die Murmanbahn besetzen würden; diese zwei direkten Linien, die uns mit der Außenwelt, verbinden, müssten außerhalb der deutschen Kontrolle bleiben. Schließlich aber haben nicht die Deutschen, die nicht in der Lage gewesen wären, diese Linien zu besetzen, da sie zu weit von ihnen entfernt sind, die Besetzung vorgenommen, sondern vielmehr die ruhmvollen Alliierten selber. An der Murmanküste und in Sibirien kämpfen sie nicht mit Deutschen, die nicht dort stehen, sondern mit russischen Arbeitern, deren Sowjets sie überall aufheben.

Alles, was die Presse eurer Kapitalisten und ihre Agenten zum Schutz des barbarischen Angriffs auf Russland sagen, alles das ist nur Heuchelei, die den Kern der Frage vor euch verbergen soll. Zu anderem Zwecke unternehmen sie ihre Angriffe auf Russland. Drei Ziele verfolgen sie: 1. die Besetzung eines möglichst großen Gebietsteiles von Russland, um mit dessen Reichtümern und Eisenbahnen die Verzinsung der Anleihen für das französische und englische Kapital sicher zu stellen; 2. die Unterdrückung der Arbeiterrevolution, damit sie euch nicht anstecken soll, damit sie euch nicht zeige, wie man das Joch des Kapitalismus abwerfen kann; 3. die Bildung einer neuen Ostfront, um die Deutschen von der Westfront auf russisches Gebiet abzulenken.

Die Agenten eurer Kapitalisten erklären auch, dass sie auf diese Weise den Druck der deutschen Massen auf euch verringern und den Augenblick des Sieges über den deutschen Imperialismus beschleunigen wollen. Sie lügen: sie konnten Deutschland nicht besiegen, als die große russische Armee noch kämpfte, die den Alliierten die zahlenmäßige Überlegenheit sicherte, sie sind umso weniger in der Lage, den Sieg auf dem Schlachtfelde jetzt zu erringen, wo eine russische Armee erst wieder gebildet werden soll. Die Versuche, Russland in den Krieg zu ziehen, werden euch nicht vom Blutvergießen retten, sie können nur die Revolution dem Schwerte ausliefern. Wenn ihr euch zum fügsamen Werkzeug eurer Regierungen in ihren verbrecherischen Angriffen auf Russland macht, werdet ihr Arbeiter von Frankreich, England, Amerika und Italien zu Henkern der Arbeiterrevolution. Die Nachkommen der Kommunards in der Rolle von Gehilfen Gallifets, das wollen euch, Arbeiter Frankreichs, eure Herren zumuten! Ihr Söhne der englischen Arbeiter, die sich wie ein Mann erhoben, als die englischen Textilbarone den amerikanischen Sklavenhaltern zu Hilfe eilen wollten, – ihr in der Rolle von Henkern der russischen Revolution – zu dieser Erniedrigung wollen euch eure Regierenden herabwürdigen! Ihr, die ihr immer den Despotismus des Zaren gehasst habt, ihr sollt auf Befehl der Trustkönige zur Begründung eines neuen Zarismus in Russland helfen, darum handelt es sich, ihr amerikanischen Arbeiter! Ihr, die ihr allen Äußerungen des Befreiungskrieges des Proletariats mit Begeisterung gefolgt seid, ihr Arbeiter Italiens, euch will man zu Teilnehmern der gegenrevolutionären Verschwörung gegen die Arbeiter Russlands machen!

Das arbeitende Russland streckt euch die Hände hin, Proletarier der Entente-Länder!

Die Leute, deren Hände vom Blute der Arbeiter von Kem, Samara und Tomsk triefen, die auf Befehl der Führer des tschecho-slowakischen Aufstandes erschossen wurden, diese Leute schreien in die Welt, dass wir auf Befehl Deutschlands die Beziehungen mit den Völkern von Frankreich, England, Italien, Amerika und Belgien abbrechen. Wir haben allzu lange und geduldig die Übergriffe der Vertreter des Entente-Imperialismus ertragen, wir haben denen, die unter den Stiefeln des Zarismus lagen, erlaubt, in Russland zu bleiben, obwohl sie die Arbeiterregierungen nicht anerkannten, wir haben keine repressiven Maßnahmen gegen sie getroffen, als die Hand ihrer Militärmission in jeder gegenrevolutionären Verschwörung, die sich gegen uns richtete, sichtbar war. Und auch jetzt, wo an der Spitze der Tschecho-Slowaken französische Offiziere stehen, wo die Gräuel an der Murmanküste begonnen haben, auch jetzt haben wir nicht mit einem Worte gegen die Anwesenheit eurer Diplomaten auf den Gebieten der von ihnen nicht anerkannten Räterepublik protestiert, wir haben nur ihre Übersiedelung aus Wologda nach Moskau gefordert, damit wir sie vor Angriffen der bis ins Innerste von ihren verbrecherischen Unternehmungen empörten Leute schützen konnten. Wir haben alles das nur darum getan, weil wir euch keine Möglichkeit geben wollten zu sagen, dass wir mit euch gebrochen hätten. Und jetzt, nach der Abreise der Ententegesandten, wird nicht ein Haar auf dem Kopfe der bei uns lebenden friedlichen Bürger eurer Länder gekrümmt werden, die sich den Gesetzen der Arbeiter- und Bauernrepublik fügen. Wir sind überzeugt, dass, wenn wir auf jeden Schlag von Seiten der Entente-Usurpatoren mit zwei Schlägen antworten, dass ihr darin nicht nur eine Tat gesetzlicher Verteidigung erblicken werdet, sondern auch die Verteidigung eurer eigenen Interessen, denn die Rettung der russischen Revolution bildet ein allgemeines Interesse der Proletarier aller Länder. Wir sind überzeugt, dass jede Maßnahme gegen diejenigen, die auf russischem Boden Verschwörungen gegen die russische Revolution anzetteln, eure volle Zustimmung finden wird; denn diese Verschwörungen richten sich ebenso sehr gegen euch wie gegen uns. Gezwungen zum Kampfe gegen das Ententekapital, das den uns vom deutschen Imperialismus auferlegten Fesseln noch neue Fesseln hinzuschlagen will, wenden wir uns an euch mit dem Rufe:

Es lebe die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt! Es lebe das französische, englische, amerikanische und italienische Proletariat mit dem russischen! Nieder mit den Räubern des internationalen Imperialismus! Hoch der Völkerfriede!“

Die internationalen Lehren der russischen Revolution.³

Die Gegner der Sowjetmacht aus den Kreisen der ehemaligen Sozialisten, die Menschewiks und die rechten Sozialrevolutionäre, tadeln und lästern nicht die Mängel und Fehler der Sowjetmacht, nicht ihre Fehlgriffe, sondern die Sowjetmacht selber. Sie stellen die Sowjetmacht als ein eigenartiges Produkt der russischen Gegenwart dar.

Die Arbeiter Norwegens, bei denen der Sowjetgedanke tiefe Wurzeln gefasst, die Arbeiter Frankreichs und Englands, die allem, was die Sowjets angeht, mit gespannter Aufmerksamkeit folgen, sind augenscheinlich anderer Meinung als die Herren Martoff, Dahn und Tschernoff. Vielleicht ist den Arbeitern Westeuropas die Bedeutung der Sowjetmacht noch nicht im vollen Umfange klar, doch fühlen sie, dass etwas Neues geschaffen wird, eine Regierungsform, die nicht nur der eigentümlichen russischen Gegenwart, sondern auch den allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

Wie stellte sich die Generation der zweiten Internationale den Übergang zum Sozialismus vor? Sie leugnete die Marxschen Worte über die Diktatur des Proletariats als Übergangsform zum Sozialismus nicht ab. Doch sehr selten erinnern sie sich dieser Worte. Für das Wahlrecht der Volksmassen, für die Beteiligung ihrer Vertreter im Parlamentsleben kämpfend, zog die Generation der zweiten Internationale in sich die Überzeugung groß, dass die Demokratie und der Parlamentarismus die Übergangsformen zum Sozialismus darstellen. Sobald die Volksmehrzahl auf der Seite des Sozialismus stehen wird, nimmt sie die Staatsmacht in ihre Hände und wird den Sozialismus verwirklichen, so stellte sich der Arbeiter Mittel- und Westeuropas den Sieg des Sozialismus vor. Doch vom Anfange des 20. Jahrhunderts an, gleichzeitig mit dem Triumph des Opportunismus, die Beteiligung des französischen Sozialisten Millerand an der kapitalistischen Regierung, deutet sich eine neue revolutionäre Orientierung in den leitenden Kreisen des Proletariats an.

Der große Sieg der deutschen Arbeiter in der Wahl 1903 ruft eine wütende Reaktion, die Vereinigung der ganzen Bourgeoisie gegen den Sozialismus hervor. Jedem denkenden Arbeiter wird es klar, dass bei der geringsten Gefahr einer sozialistischen Mehrheit in den Parlamenten die Bourgeoisie den Arbeitern das Wahlrecht entwenden und offen mit Hilfe von Gewaltmitteln regieren würde, ohne jegliche demokratische Grenzen zu beachten. Die Arbeiter haben begriffen, dass die Bourgeoisie an die Gewalt appellieren würde, und sie müssen sich die Frage stellen, was sie der eventl. Gewalt entgegenstellen werden. Man gelangte zu der Idee eines Massenstreiks als Überwindungsmittel der bourgeoisen Gewalttätigkeit. Doch es war klar, dass der Massenstreik nur als Ausgangspunkt des Kampfes, als erster Schritt dienen, dass er die Hiebe der Bourgeoisie nur dann parallelisieren kann, wenn sich die Letztere zum Waffengebrauch gegen die Arbeiterklasse nicht entschließen werde, doch gegen eine unmittelbare Gewalttätigkeit, mit Waffen in der Hand, ist der allgemeine Streik machtlos. Dann geht er entweder in einen Waffenaufstand, d.h. in einen Bürgerkrieg über, oder er wird unterdrückt.

³ Übersetzt aus der Mainnummer der „Prawda“, dem Zentralorgan der Bolschewiks.

Während der Führer der deutschen Opportunisten, Eduard David, in seinen berühmten Artikeln über die Diktatur sich von dem Massenstreik lossagte, eben deshalb, weil er einen Bürgerkrieg bedeutet, hat Karl Kautsky erklärt, der Moskauer Aufstand beweise, dass Engels Ansicht über die Unmöglichkeit eines Barrikadenkampfes bei dem jetzigen Bausystem der Städte, einer Revision unterliege. Die Idee der maßgebenden Kreise der Arbeiterklasse ist somit dicht an die Frage der Diktatur des Proletariats und ihrer konkreten Ausführung herangetreten. Die russische Revolution von 1917 hat mit völliger Klarheit den Mechanismus des Kampfes um die Diktatur des Proletariats gezeigt. Sie hat bewiesen, dass der Weg zur Diktatur des Proletariats der Kampf der proletarischen und der dem Proletariat folgenden Heeresteile gegen die auf Seite der Bourgeoisie stehenden ist.

Wie wird sich aber die Diktatur des Proletariats im Westen gestalten? Der tragikomische Hanswurst der Revolution, Martoff, der die Überreste des Marxismus dazu gebraucht hat, um das wütende Geheul der Bourgeoisie mit dem Wehklagen Jeremias auf den Trümmern des sozialistischen Jerusalems zu vertauschen, schreit, dass die Macht der Sowjets eine künstliche Diktatur der Minderheit ist, dass die Bolschewiks, falls sie die Mehrzahl im Volke wären, die demokratischen Formen unberührt lassen könnten. „Der Sozialismus, – ist die Demokratie!“ – röchelt Martoff und mit tiefer Überzeugung wird er von den Spezialisten im demokratischen Erschießen der Arbeiter zur Zeit Kerenskis von allen diesen Herren, Lieber, Dahn und Gotz begleitet, die Kerenski hilfreich zur Hand waren, als er mit der Bourgeoisie gegen die Volksmassen gemeinsame Sache machte. Wir wollen uns nicht damit beschäftigen, Martoff zu überzeugen, dass auf Seiten der Sowjetmacht die Volksmehrheit steht. Keiner ist blinder als derjenige, welcher nicht sehen will. Wir wollen ihn nur fragen, ob er in den Ländern mit einem überwiegenden Proletariat in der Bevölkerung, in der Periode seiner Diktatur, in der Periode des gewalttätigen Niederreißen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die ehrwürdigen Vertreter der Bourgeoisie zusammenrufen werde, um am Parlamentstisch mit ihnen zu diskutieren, wie es besser sei, den Sozialismus aufzubauen?

Es genügt diese Frage aufzuwerfen, um ihre Unsinnigkeit zu beweisen. Ein solcher Unsinn besteht nur nicht im Prozesse des gewalttätigen Abbruches der bourgeoisen Gesellschaftsformen. Auf der Tagesordnung steht nicht die Überzeugung des Volkes durch Parlamentswahlen, sondern die Vernichtung der Herrschaft der Bourgeoisie mit Hilfe der Waffengewalt und sozialistischen Organisation der Produktion. Das Proletariat, das sich erst von der Kleinbourgeoisie lostrennt, kämpft für die Demokratie deshalb, weil es einer allgemein nationalen Retorte für seine proletarische Kristallisation bedarf.

Indem es sich von ihr trennt, vernichtet es die Demokratie und stellt seine eigenen Regierungsformen fest. Darin, dass unsere pseudo-sozialistischen Gegner nicht verstehen, dass eine solche Form ein Parlament nicht darstellen kann, sondern eine solche eben nur die Sowjetregierung sein kann, besteht eben das unsinnige Geschrei nach einer konstituierenden Versammlung, Demokratie und Parlament. Die vermeintlichen Sozialisten und Marxisten verstehen weder das Wesen des Staatsmechanismus der imperialistischen Epoche noch das Wesen des Überganges zum Sozialismus. Es ist eben Tatsache, dass in einem imperialistischen Staate die Macht sich absolut nicht in den Händen des Parlaments befindet.

Schon seit 20 Jahren frohlocken die konservativen und syndikalistischen Gegner des Liberalismus über ein Abflauen des Parlamentarismus, und darüber jammern auch die liberalen Ideologen des Parlamentarismus. Die sozialistische Presse konstatierte dieses Abflauen und begnügte sich damit, dasselbe als Reaktion zu bezeichnen. Das Abflauen des Parlamentarismus entspricht vollständig der imperialistischen Umwandlung des kapitalistischen Staates. Als die Vernichtung der feudalen Privilegien, der provinziellen Schranken kam, aller dieser Rechte der feudal-zünftigen Epoche, womit das ökonomische

Leben der Epoche eines frühzeitigen Kapitalismus zusammengeschmiedet war, stand der bourgeoise Parlamentarismus in Blüte.

Von einem freien Handel, einem Schadenanrichten der Zünfte, einem freien Verkehr in den Grenzen des Landes, einer Bedeutung der freien Konkurrenz und Initiative und sonstigen Freiheiten der kapitalistischen Exploitation, konnte ein jeder Deputierte mit einer großen Beredsamkeit reden, und seinen Äußerungen brachte das Volk Interesse entgegen, dem freidenkenden Deputierten Lob und Beifall spendend. Ein entwickelter kapitalistischer Staat befasst sich aber nicht mehr mit der Befreiung des Kapitalismus von jeglichen feudalen und zünftigen Schranken. Er befasst sich mit etwas anderem, er baut Eisenbahnen und verwaltet dieselben. Er verwaltet kolossale Bergwerke, er macht Abschlüsse mit Elektrizitätsgesellschaften, er wirkt auf das ökonomische Leben des Landes mit seinen Zolltarifen, mit der Aktien-Gesetzgebung usw.

Alle diese Fragen können nicht den Gegenstand des Geplappers über die Freiheit bilden, sie stellen den Gegenstand von Verabredungen zwischen den kapitalistischen Gruppen und der Regierung dar. Von diesen Verabredungen pflegen die Interessenten nicht viel öffentlich zu reden, sie werden nach Möglichkeit nicht von der Parlamentstribüne aus, sondern in geheimen Sitzungen des Parlaments, in bureaukratischen Kanzleien und in den Sitzungssälen der Banken behandelt. Es ist gar nicht wichtig, wo diese Fragen verhandelt werden, die den Gang des ökonomischen Lebens entscheiden, die Frage liegt darin, wer sie entscheidet. Nicht das Parlament, nicht Volksvertreter entscheiden die Fragen, sondern die Bank und die Bureaukratie. Sie besteht nicht nur aus Interessenten, sondern auch aus kompetenten Personen. Das Parlament besteht größtenteils nicht aus kompetenten Leuten, die Minderheit aber, die Sachverständigen, befinden sich in einer unmittelbaren Abhängigkeit von den Bankleitern.

Ein Parlament der Epoche des Imperialismus ist eine rein dekorative Behörde. Die tatsächliche Gewalt liegt in den Händen der ökonomischen Organisationen der Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen Bureaukratie.

Der Sozialismus wird eine Vereinheitlichung der Produktion verschiedener Abzweigungen im Innern und Zentrum benötigen, deshalb wird es notwendig sein, örtliche und zentrale Sowjets der Volkswirtschaft in das Leben zu rufen. Der russische Sowjet der Arbeiterdeputierten ist noch nicht ein solcher Regierungstypus. Die Sowjets hatten damit zu beginnen, die Vertreter der Arbeiterklasse zu sammeln und in unendlichen Diskussionen sie innerlich verschmelzen zu lassen, um auf diese Weise sich zum Organ des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie zu erheben. Die Bourgeoisie einmal zu Boden geworfen, müssen sie die Sowjets jetzt ganz zum Ersticken bringen, und dazu sollten sie sich zu den von der Bourgeoisie verachteten Organen der Gewalt machen. Diese ihre Aufgabe ist noch nicht beendet, es wird aber schon ihre laufende Aufgabe, die Organisation der Produktion vorgemerkt. Dank der niedrigen Kulturstufe und technischem Niveau des Landes, seine unerhörte Entkräftung, ist die Lösung dieser Frage eine äußerst schwierige. Niemand, der die Fragen des Überganges des Kapitalismus durchdacht hat, kann daran zweifeln, dass die russische Revolution sich auf dem rechten Wege befindet, den das internationale Proletariat ebenfalls in seiner sozialistischen Schöpfung einschlagen muss, wenn diese Frage akut wird, wenn der Revolutionskampf mit der Bourgeoisie seinen Anfang nimmt, und wenn es dann in diesem Kampfe den Sieg davonträgt.

Was uns von der pseudo-sozialistischen Kritik vorgeworfen wird, wir hätten das Land durch das Feuer des Bürgerkrieges geführt, dass wir die Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjetregierung veranstalten, bedeutet eben das Wesen der proletarisch-sozialistischen Revolution. Was verschiedene Martoffs und Dahns für unsinnige Verkrüppelungen des unsinnigen russischen Lebens halten, das ist eben dasjenige, was das europäische Proletariat

als wichtigste fruchtbringende und unschätzbare Lehren der russischen Revolution ansehen wird, unabhängig davon, ob wir siegreich zu unserem Endziele gelangen oder es den Kräften des Gegners gelingen sollte, uns zeitweise zu besiegen.

Zur Frage der Einheitsorganisation.

Von Stauffacher.

Dass die kommende Organisation gleich dem Phönix aus der Asche erstehen muss, dass sie unmöglich aus dem jetzigen Partei- und Gewerkschaftssumpf hervorgehen kann, wird mit der Zeit jedem denkenden Arbeiter klar werden. Diejenigen, die sich jetzt noch nicht zu dieser Einsicht durchringen können, die immer noch hoffen, von „innen heraus“ reformieren zu können, werden die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die diese Reformtätigkeit mit sich bringt, noch kennen lernen, und wenn sie erst das Wesen der neuen Organisation erfasst, in hellen Scharen den verflossenen Verbänden den Rücken kehren. Die Entwicklung dieser Dinge können wir ruhig abwarten. –

Zunächst müssen wir uns einmal mit den Fragen näher befassen: Wie sieht die kommende Organisation aus? Wie ist ihr inneres Wesen, ihr Aufbau? Und da, fürchte ich, weichen nicht nur die Ansichten weit voneinander ab, sondern die Organisation spiegelt sich in manchen Köpfen etwas sonderbar wider.

Z.B. taucht die Ansicht auf, dass die in den alten Gewerkschaften absolvierten Mitgliedschaftsjahre in der neuen Organisation angerechnet werden müssten. Die Genossen, die diese Anschauung vertreten, gehen also von dem Standpunkt aus, dass das Unterstützungswesen wieder in der Neuorganisation eingeführt werden müsste.

Diese Anschauung muss mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die Neuorganisation kennt keine Unterstützungseinrichtungen, die hauptsächlich mitschuldig an den jetzigen gewerkschaftlichen Zuständen sind. Sie fördern den Bürokratismus und lähmen den Kampfgeist.

Aber eine Streikunterstützung müssen wir doch haben, wird manch einer einwenden. – Nein, auch die brauchen wir nicht. Dem Kapital gegenüber waren schon im Frieden die Gewerkschaften, trotz ihrer gefüllten Kassen, ohnmächtig. Aus dieser Ohnmacht entsprang das Unwesen der langfristigen Tarifverträge. War damals schon die Macht des Geldsacks nicht zu überwinden, wie soll sie es nach dem Kriege sein, wo das Kapital eine so rasende Entwicklung durchgemacht wie nie zuvor? Ungeheure Zusammenballung des Kapitals, durch gesteigerte Konzentrationen und die überaus günstige Kriegskonjunktur hervorgerufen, haben uns diese Jahre beschert. Was sollen dieser ungeheuren Geldmacht gegenüber Gewerkschaftskassen bedeuten, mögen sie noch so wohlgefüllt sein! Allenfalls wäre darüber zu reden, einen Fonds zu schaffen, um die größte Not, z.B. in kinderreichen Familien zu lindern bei kommenden Streiks. Dass es auch ohne Unterstützungen gehen kann, sah man ja bei Ausbruch des Krieges. Der Unternehmer machte einfach die Bude zu und Bruder Prolet konnte sehen, wie er fertig wurde.

Der deutsche Arbeiter ist leider zu sehr an das Unterstützungswesen gewöhnt, und sein Wesen hierin zu ändern, wird eine schwere Aufgabe sein. Doch können wir gewiss sein, dass die nach dem Kriege unfehlbar einsetzende gewaltige Wirtschaftskrisis unser bester Helfer sein wird. Der Umfang der Kämpfe wird auch die Unterstützungsgewerkschaften zwingen, die während des Krieges vorgenommenen Einschränkungen der Unterstützungen beizubehalten. Die Kämpfe der Zukunft werden sich von denen der Vergangenheit vornehmlich dadurch unterscheiden, dass in ihnen der gewerkschaftliche und der politische Charakter nicht mehr voneinander getrennt werden können, dass beide in eins verschmelzen.

Und das bedingt, dass der Arbeiter von einem kuriert wird: von der politischen Kurzsichtigkeit! Kurzsichtigkeit und Kleinigkeitskrämerei liegen ja im Wesen der Masse und sind durch die „erzieherische“ Tätigkeit der Gewerkschaften sorgsam gepflegt worden; zudem wurde durch die Neutralitätsduselei letzterer (ein Produkt ihrer Ohnmacht) ein ganzes Heer von Arbeitern gänzlich von der Politik ferngehalten. -

Eine unserer Hauptaufgaben in der Zukunft wird sein, den Arbeiter klar zu machen, dass die politischen Aktionen mit dem Hinblick auf die Herbeiführung des Sozialismus die Kampfmittel sind, die angewandt werden müssen, um die Lage der Arbeiterschaft, die trostlos sein wird, zu verbessern. Das große Ziel, die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische, muss uns bei allen Handlungen die Triebfeder sein, muss uns als leuchtendes Banner voranschweben.

Nun wird mancher Genosse einwenden; Wir haben in unserem Zeitalter keine Idealmenschen. Der Gedanke einer Einheitsorganisation ist gut und schön, jedoch wird in derselben über kurz oder lang derselbe Schlamassel einreißen, wie in den alten Organisationen auch. Ohne Angestellte kann es nicht gehen. Sobald die Bewegung größeren Umfang annimmt, müssen die Genossen fest angestellt werden. Es wird wieder eine Drängelei, Streberei und Kriecherei um die Futterkrippe entstehen, die Interessenpolitik der Angestellten wird wieder die Trennungslinie zwischen ihnen und den Proletariern erzeugen, bürokratisches Schema wird wieder den Geist in spanische Stiefel einschnüren, und das Ende vom Lied: Wir sind im Kreis herumgelaufen, und stehen wieder auf demselben Punkt, wovon wir ausgegangen sind.

-

Die Genossen, die so skeptisch die Dinge betrachten, haben gewiss nicht so ganz unrecht. Aber woran hat es letzten Endes gelegen, dass die traurigen Zustände vornehmlich in den Gewerkschaften einreißen konnten? Lag es nicht am Unverstand der Massen, an ihrer Denkfaulheit und Energielosigkeit? Haben sie sich nicht, statt das heilige Gut der Demokratie zu bewahren und auszubauen, das Heft von den Führern völlig entwinden lassen? Haben sie nicht die Führerschaft, die sie verdienen.

Unzweifelhaft verhält es sich doch so, und hier wiederum gilt es für die Zukunft ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten: Die Masse zum selbständigen Denken und Handeln zu erziehen. Es haben Genossen ganze Systeme ausgeklügelt, wie die Demokratie, d.h. die wahre Demokratie in der zukünftigen Organisation gewahrt bleiben könnte. Aber alles ist vergebens, wenn kein anderer Geist in die Massen fährt. Vor allem muss in den Organen, in Tageszeitungen sowohl wie in Zeitschriften auf volkstümliche Schreibweise geachtet werden. Die höchste Kunst fürs Volk zu schreiben, liegt wohl darin, selbst schwierige Fragen und Probleme gemeinverständlich, leicht fasslich klarzulegen. Der Arbeiter, der abends müde und abgerackert nach Hause kommt, kann seinen Geist nicht mehr zergrübeln, er verlangt nach leichterem Geisteskost. Dass in dieser Beziehung in der gesamten Arbeiterbewegung sehr gesündigt worden ist, ist wohl jedem Genossen bekannt, und darum sind die sozialistischen Lehren noch gar nicht in die Masse eingedrungen.

Wir aber wollen aus vergangenen Fehlern lernen!

Ist aber erst der Geist ein anderer geworden, dann ist ein natürlicher Schutz gegeben, um das Einreißen undemokratischer, degenerierender Zustände zu verhindern. Die Masse wird dann selbst den Wächterposten übernehmen!

Feuilleton

Volksfest.

Von Alexander L. Kiellano.

(Schluss.)

Als sie an dem Ballzelt vorüber kamen, drang der Lärm einer Quadrille zu ihnen hinaus.

„Herr Gott! – haben wir wirklich da drinnen getanzt!“ sagte Madame Tousseau und schmiegte sich inniger an ihren Gatten.

So schnell wie möglich gingen sie durch das Gedränge; der Wagen war bald erreicht, er stand gleich hinter dem großen Zirkuszelt. Wie gut würde es sein, wieder in dem bequemen Wagen zu sitzen und all den Lärm hinter sich zu lassen!

Auf der Tribüne vor dem Zirkuszelt war es jetzt leer. Die Vorstellung da drinnen in dem heißen, dunstigen, halberleuchteten Raum war in vollem Gange.

Nur die alte Frau, welche Billetts verkaufte, saß da und war über der Kasse eingeschlafen. Und ein Stückchen weiter fort im Schein ihrer Lampe stand ein winzig kleiner Bursche.

Er trug Trikots, grün auf der einen Seite und rot auf der anderen; auf dem Kopfe trug er eine Narrenkappe mit Hörnern.

Hart unter der Tribüne stand eine in ein schwarzes Tuch eingehüllte Frau; sie schien mit dem Knaben zu sprechen.

Abwechselnd setzte er das rote und grüne Bein vor, zog es aber gleich wieder zurück. Endlich trat er auf seinen mageren Stelzbeinchen drei Schritte vor und streckte der Frau die Hand hinunter.

Sie nahm das, was er ihr reichte, und verschwand im Dunkeln.

Einen Augenblick stand er still, dann murmelte er einige Worte und begann zu weinen.

Nun hörte er auf und sagte: „Maman m’a pris mon sou!“ und dann weinte er wieder.

Er trocknete seine Augen und stand einen Moment still. Aber jedes Mal, wenn er sich selbst sein kleines trauriges Schicksal vor Augen führte: dass die Mutter ihm sein Geld genommen, so brachen die Tränen gewaltsamer und heftiger hervor.

Er beugte sich wieder und verbarg sein Gesicht in dem Vorhange. Die steife, geborstene Ölmalerei musste gar kalt und hart sein zum Hineinweinen. Der kleine Körper krümmte sich zusammen, er zog das grüne Bein ganz hinauf und stand wie ein Storch auf dem roten.

Denn die da drinnen hinter dem Vorhange durften nicht hören, dass er weinte. Deshalb schluchzte er nicht wie ein Kind, sondern er kämpfte wie ein Mann gegen einen Herzenskummer.

Als der Anfall vorüber war, schnäuzte er sich mit den kleinen Fingern und trocknete sie dann an seinen Trikots. Mit dem schmutzigen Vorhang wischte er seine Tränen über das ganze Gesicht, sodass er garstig schmutzig wurde, – und dann blickte er einen Augenblick mit trockenen Augen auf das Volksfest hinab.

„Maman m’a pris mon sou“ – und dann begann die Geschichte von neuem.

Wie der Meeresstrand einen Augenblick trocken wird, während die neuen Wogen sich sammeln, so ergoss die Sorge sich in dies kleine Kinderherz.

Seine Kleidung war so lächerlich; sein Körper so mager; sein Weinen so herzerreißend bitterlich – und sein Schmerz war so groß und erwachsen.

Aber daheim im Hotel – im Pavillon Henry Quatre – wo es den französischen Königinnen gefiel, im Kindbett zu liegen – da saß der Kondor auf seinem Gestell und schlief.

Und er träumte seinen Traum – seinen einzigen Traum. Er sah die Felsengipfel von Peru, er träumte von den mächtigen Flügelschlägen über den tiefen Tälern – und da vergaß er den Strick.

Mit Gewalt erhob er den zerzausten Flügel. Er machte zwei gewaltige Schläge, dann ward der Strick straff, und er fiel, wie er zu fallen pflegte; – der Fuß schmerzte – der Traum schwand.

Die feine englische Familie klagte und der Wirt selbst ärgerte sich am nächsten Morgen: denn der Kondor lag tot auf dem Rasen

Schlafe.

Das höchste Gut des Erdenrund
Ist ein gesunder Schlaf.
Er macht dich glücklich, macht gesund,
Zufrieden, fromm und brav.
Und wer dich kennt und deine Ruh',
Traut dir ein gut' Gewissen zu.

Beiseit' lass Kunst und Wissenschaft
Mit ihren Nervenreizen.
Du mußt mit deiner Nervenkraft
Haushalten, – ja, gar geizen!
Darum sei alles streng verpönt,
Was dir Erregung bringen könnt'!

Naturheilkunde, Impfgesetz
Und and're Tagesfragen
(Nicht die der Abstinenz zuletzt)
Dich sollen sie nicht plagen.
Du könntest der Gelehrten Heer
In's Handwerk pfuschen gar zu sehr.

Nun erst die böse Politik! –
O, wende dich mit Schaudern,
Will jemand über Politik
Mit dir ein Wörtchen plaudern.
– Wir wählten doch den Reichstag voll,
Damit der für uns denken soll. –

Vor allem auch die Poesie
Sollst du geflissen meiden.
Auch brauchst du den Poeten nie
Ob seiner Kunst beneiden.
Bei Brunnenklingen, Vogelsang
Schläft's sich nicht gut und auch nicht lang.

Tu deine Arbeit, trink und iss
Und lass die andern denken.
Du kannst allein, das ist gewiss,
Doch nicht die Welt umlenken.
Und scheucht dir etwas deine Ruh',
So schließe rasch die Augen zu.

Und zieht der Frühling in das Land,
Dich darf es wenig kümmern.

Gar störend wirkt der Sonne Brand
Und ihrer Strahlen Flimmern.
„- D' rum schlafe, schlafe - Menschenkind,⁴
Dass dich der Lenz nicht wachend find't.“ -

Marfried Harger.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

⁴ Es ist der Originalität wegen extra nicht Menschenkind, sondern „Menschenskind“
gesagt.

Arbeiterpolitik 35/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 31. August 1918.

Nr. 35

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Zur Sammlung.

1.

In immer weiteren Kreisen regt sich das Gefühl, dass für die dem Sozialismus treu gebliebenen Genossen die Zeit der Sammlung gekommen sei. Ein neues Zentrum müssen wir schaffen, einen neuen Zusammenhalt, eine neue Organisation, wo sich alle diejenigen die Hand reichen können, die noch an den Idealen festhalten und weiter für die Ziele arbeiten und, wenn es sein muss, leiden wollen, die ehemals für die gesamte proletarische Bewegung galten. Die Stimmen der Suchenden mehren sich. Eine neue Organisation wollen wir haben, aber sie soll die Fehler der alten vermeiden. So soll sie aussehen, dass sie unter keinen Umständen wieder zu den traurigen Resultaten führen kann, die wir seit Beginn des Weltkriegs erlebt haben.

Zahlreich sind die Zuschriften und Vorschläge, welche die „Arbeiterpolitik“ bereits in Sachen der neuen Einheitsorganisation veröffentlicht hat. Aber wir müssen uns wohl eingestehen, dass alles Suchen bisher nicht zum Ziel geführt hat. Noch ist die Form der neuen Organisation nicht gefunden, die etwas anderes wäre als ein Abklatsch der alten. Wohl empfinden die Genossen, dass ihr Platz in den Gewerkschaften des Herrn Legien genau so wenig sein kann, wie in der sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei des Herrn Scheidemann. Aber sie fragen sich, wo in der neuen, der Einheitsorganisation die Garantien gegeben seien, dass die traurigen Erfahrungen der alten Gewerkschaften sich nicht wiederholen. Bezeichnend dafür ist der Brief eines Genossen, den wir neuerdings erhalten haben und worin es heißt:

„Die Kardinalsfrage, warum man den Gewerkschaften an den Kragen gehen will, wird eben auch in der Einheitsorganisation die Kardinalfrage bleiben. Und das sind die Beamten. Die Arbeiter begreifen langsam, aber sie begreifen gut. Deshalb begreifen sie auch, dass heutzutage jede Organisation, ob groß, ob klein, ihren Beamten braucht. Vorläufig fungiert er ehrenamtlich, später besoldet, und die Arbeiter stehen wieder vor der alten Tatsache, die man ihnen glaubt mit der Einheitsorganisation aus der Welt zu schaffen. Auch die bestdurchdachte Einheitsorganisation wird ihre Angestellten bekommen und dieselben werden wiederum ihrerseits so rasch wie möglich versuchen, ihren Einfluss geltend zu machen, was bei den Arbeitern heutzutage keine allzu große Mühe erfordert. Die Begeisterung für das Neue hält nicht allzu lange an, und dann wird die große Masse eben zum Mitläufer.“

Der Verfasser dieses Briefes kommt deshalb zu dem Resultat, man werde in der neuen Organisation so gut wie in der alten besondere Garantien gegen das Überwuchern des Beamtentums und den Missbrauch seiner Macht schaffen müssen, und da sei es denn schon besser, die alten nicht erst zu zertrümmern, sondern in den Gewerkschaften zu bleiben und in ihnen die Garantien gegen das Beamtentum aufzubauen, wofür er eine Reihe von Vorschlägen macht: Anstellung der Beamten auf nicht länger als drei Jahre, Bezahlung entsprechend dem Einkommen der Arbeiter, Verminderung ihrer Zahl, Beschränkung auf beratende Stimme in den Versammlungen usw.

Dem Genossen, der diesen Brief geschrieben hat, wird in seinen Schlussfolgerungen keiner von uns zustimmen. Das darf uns aber nicht hindern anzuerkennen, dass er in seinen Voraussetzungen Recht hat. Ist es denn nicht so, wie er sagt? Braucht nicht wirklich jede Organisation, auch die kleinste, ihre Beamten? Das sehen wir schon in unserer vorläufig wahrlich noch kleinen Organisation. Nur ein Blatt haben wir bis jetzt, die „Arbeiterpolitik“, und es ist nur eine Wochenschrift. Aber schon braucht sie mindestens einen Redakteur, einen Geschäftsführer und einen Buchhalter. Und da wir bisher kein Geld hatten, diese Kräfte ausreichend oder auch nur überhaupt zu bezahlen, das macht sich wahrlich jeden Tag äußerst störend bemerkbar.

Jeder aufmerksame Leser unseres Blattes wird das die Jahre her recht gut gemerkt haben. Und genau so steht es um die laufenden Geschäfte des Vereins. Solange sie nur im Nebenamt und deshalb nur flüchtig besorgt werden können, solange geschieht bei weitem nicht das, was zur Förderung unserer Sache geschehen musste. Umgekehrt aber lässt es sich schon jetzt nicht verhindern, dass diejenigen, welche die Geschäfte besorgen und bei welchen deshalb alle Fäden zusammenlaufen eben dadurch einen größeren Einfluss ausüben als alle anderen Genossen. Wir wissen nicht, ob Bebel jemals Gehalt aus der Parteikasse bekommen hat. Aber darum übte er doch den größten Einfluss aus, weil er eben in der Zentrale saß und über alle laufenden Angelegenheiten genau Bescheid wusste.

Unnötig zu sagen, dass hieran durch die „Garantien“ des obigen Briefes nicht das mindeste geändert würde, abgesehen davon, dass zu solchen Bedingungen nur recht fragwürdige Elemente sich würden anstellen lassen. Ein Beamter z. B., der darauf einginge, dass er in den Vereinsversammlungen nur mit beratender Stimme, also sozusagen nur als Fremder teilnehmen dürfte, der würde ja dadurch aufs deutlichste dokumentieren, dass er sich nicht als Genosse, sondern als Lohnarbeiter betrachtet, der nur um des Geldes willen an einer ihm innerlich fremden Sache arbeitet.

Also mit den „Garantien“ ist es nichts, in den alten Organisationen nicht und natürlich genau ebenso wenig in den neuen.

Wir werden deshalb zugeben müssen: das Suchen nach neuen Formen hat nichts genützt, neue Formen sind nicht gefunden worden. Und menschlicher Voraussicht nach werden sie auch nicht gefunden werden. Im Einzelnen mögen wir die neue Organisation ausstatten wie wir wollen – letzten Endes wird es eben doch wieder sein im Verein mit Angestellten und mit Kassen.

Andere Genossen, so der Genosse Stauffacher, haben denn auch ganz richtig herausgefunden, dass es eigentlich auf die Form gar nicht so sehr ankommt, sondern vielmehr auf den *Geist*, der in der neuen Organisation herrscht. Man klügte die verwickeltesten Organisationsformen, die scheinbar „sichersten“ Garantien aus – diejenigen Genossen, welche die Geschäfte leiten – ob nun gegen Bezahlung oder ehrenamtlich – werden stets ihren Einfluss missbrauchen können, wenn sie das *wollen*. Es kommt also darauf an, dafür zu sorgen, dass sie es nicht wollen. Aber wie soll man das machen? Die Vorschläge, die Genosse Stauffacher in Übereinstimmung mit anderen in dieser Hinsicht macht, werden wohl auch niemanden

befriedigt haben. Die Arbeiter sollen sich das Heft nicht aus der Hand winden lassen; sie sollen selbst denken, urteilen und handeln. – Ja, natürlich sollen sie das. Aber warum haben sie es nicht schon immer getan? Und wie will man erreichen, dass sie es in Zukunft tun? wie bringen wir nicht nur in die Beamten, sondern auch in die Arbeiter den *neuen* Geist hinein?

Wir müssen uns darüber klar werden, dass der Geist, der in den alten Organisationen herrschte, kein Zufallsprodukt war. Vielmehr hing er eng zusammen mit den *Aufgaben*, welche diese Organisationen sich gestellt hatten. Und hier kommen wir auf den wirklichen Unterschied zwischen dem Alten und dem Neuen: die neuen Organisationen der Zukunft werden andere Aufgaben zu erfüllen haben als die alten; die Zeit selbst, die historischen Ereignisse, die gewaltigen Umwälzungen, die wir erleben, werden ihnen andere Aufgaben, andere Wege und Richtungen aufzwingen, denen sie nachgehen *müssen*, ob sie wollen oder nicht. Und deshalb wird notwendigerweise, ganz unabhängig von unseren Wünschen, in den zukünftigen Organisationen ein neuer Geist herrschen.

Diese Aufgaben müssen wir jetzt näher betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Position der russischen Bolschewiks.

Von Fritz Frenken.

Als im März 1917 der Hort der europäischen Reaktion, der russische Zarismus, krachend zusammenstürzte und ein innerlich verfaultes, äußerlich blutbesudeltes System von der Sturmflut der großen Revolution in Russland hinweggefegt wurde, als die Henkersknechte der Freiheit und Kultur ihre Machtposition für immer verlassen mussten und die erste Welle eines gewaltsam unterdrückten Freiheitsdranges mit Donnergetöse durch das riesige Zarenreich raste, – da durchwogte wohl die Brust eines jeden Kulturmenschen ein tiefes Glücksgefühl, und mit leidenschaftlicher Sympathie verfolgten die aufgeklärten Proletarier der ganzen Welt den revolutionären Entwicklungsgang in Russland. Die Märzrevolution 1917 bedeutete für alle diejenigen, die als Blutopfer des Zarismus in den russischen Kerkern schmachteten oder die ein unstetes Leben fern von der Heimat im Exil verbrachten, die Auferstehung aus Not und Tod, die Rückkehr ins Vaterland zur Mithilfe am großen Werk des politischen Befreiungskampfes des russischen Volkes.

Heute wissen wir, durch die Ereignisse und das Schicksal der Kerenski-Revolution belehrt, dass diese Hoffnungen trügerische waren. Das russische Bürgertum mit seinen jungkapitalistischen Expansionsbestrebungen, mit seiner Gier nach imperialistischen Eroberungen, mit Sucht nach ausbeutungsfähigen Ländergebieten, besetzte sofort alle Machtpositionen im Lande und sah seine Hauptaufgabe in einer Reorganisation des Heeres und administrativen Misswirtschaft der Zivilbehörden, – zu dem einzigen Zweck, den Krieg in verschärftem Maßstab gegen die Mittelmächte fortführen zu können. Unter der Parole der Verteidigung des Vaterlandes wurde jene machtvolle Offensive gegen Westen unternommen, die Berge von Leichen erstehen ließ, wo eine grausige Massenschlächterei die Welt erschütterte. Diese Parole der „Einheit des russisches Volkes“ gegen den Feind kostete Ströme von Blut. Dass etliche Arbeiterführer angesehene Posten bekamen, dass dadurch erhebliche Massen des Proletariats von der chauvinistischen Flut des bürgerlich-sozialistischen Kompromissblocks hingerissen wurden in den Wahn, durch den Sieg der russischen Waffen würde der Friede erreicht, dass unter Kerenskischem Regime alle Volkskräfte in den Dienst imperialistischer Kriegsbegeisterung gestellt wurden, entsprach durchaus den Plänen der kapitalistischen Machtpolitiker. Um das Proletariat für diese Blutarbeit bei der Stange zu halten, schuf man jene „Demokratie“, welche wohl der Arbeiterschaft einige Erleichterungen brachte, die letzten Endes aber nur dazu dienen musste, um vom Proletariat die Kastanien für

die Kapitalisten aus dem Feuer holen zu lassen. Das russische Proletariat wurde also von dieser bürgerlich-sozialistischen Demokratie vor den imperialistischen Wagen gespannt, der durch Blut und Elend über Polens Gefilde, von den Flüchen der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung verwünscht, dahinjagte. Ein altes, verfaultes, feudales Regime war gestürzt, um einem jungen, kapitalistisch-imperialistischen, eroberungssüchtigen Regime Platz zu machen. – Das war die unmittelbare Frucht der Revolution unter Kerenski im März 1917. –

Aber, alle Kombinationen auf baldigen Frieden blieben ein Phantom, welchem man im Bluttausch umsonst nachgejagt war, und die Rechnung Kerenskis erwies sich als falsch, das russische Proletariat hatte die Ströme Blutes umsonst vergossen.

Diese Situation drängte gewaltsam zur Klärung. Mit unerbittlicher Schärfe und unbeugsamer Energie zogen die russischen Bolschewiks den Trennungsstrich zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat, proklamierten sie den revolutionären Klassenkampf des Proletariats gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft. Sie taten das nicht zögernd, sie suchten nicht lange nach einem, allen Volksschichten genehmen Ausweg, sondern sie beschritten unter kühner Initiative den Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution, zerschlugen ohne Rücksicht auf das Gezeter der ausländischen „führenden Sozialisten“ das Gebilde der bürgerlich-sozialistischen Demokratie, erklärten den Kampf gegen den Entente-Imperialismus in derselben Weise, wie gegen alle anderen Imperialismen und schrieben nur ein einziges Wort auf ihre stolz erhobene Fahne, – das Wort Friede. Unter dieser Parole sammelten sie alle wirklich sozialistischen Elemente und machten dem Regime Kerenski den Garaus. Von jetzt ab herrschte die proletarische Diktatur, unter deren Zepter keine neue Offensive möglich war, die blutende Schlagader des russischen Volkes wurde abgebunden.

Aber mit dem Schweigen der Kanonen und mit der Rückkehr der Millionen Soldaten in die Heimat war erst der erste Schritt getan, der dem Volke Ruhe bringen sollte, ihm in Wirklichkeit aber keine Ruhe brachte, sondern im Innern des Landes schwere Klassenkämpfe auslöste, da die bürgerlichen und kompromiss-süchtigen sozialistischen Elemente der Sowjetrepublik den Bolschewiks den schärfsten Krieg erklärten. Kerenski mit seinen Mannen wollte die nur siebenmonatige Lebensdauer seiner Herrschaft verlängern und machte hierzu die gewaltigsten Anstrengungen. Nach langen schweren Kämpfen musste jedoch Kerenski das Nutzlose seiner Bemühungen einsehen, er wurde mit seinen Anhängern vollständig geschlagen. Die Friedenspropaganda der Bolschewiks war zu mächtig, als dass sie von einer kriegslüsternen Kapitalistenclique erschüttert werden konnte. Der Brester Friedensvertrag wurde abgeschlossen und Russland schied aus dem blutigen Kriege aus.

Nun schritten die Bolschewiks zur Lösung ihrer Riesenaufgabe, zur Sozialisierung der Gesellschaft in Russland. Dass diese Aufgabe eine ungeheure war und mitten im Kriegsgetümmel der anderen Völker sein musste, war niemand klarer als den Bolschewiks selbst. Sie wussten, dass sie einen Kampf führten auf Leben und Tod, sie wussten, dass sie die bürgerliche Gesellschaft der ganzen Welt gegen sich hatten. Die russischen Bolschewiks standen allein in ihrem Kampf, allein gegen die widereinanderstreitenden Kräfte des Landes, allein gegen die Imperialismen von außen.

Innerhalb dieses brodelnden Hexenkessels haben sich die russischen Bolschewiks nunmehr beinahe ein Jahr lang behauptet, alle Anstürme gegen ihre Herrschaft meisterten sie mit beispielloser Umsicht und Hingabe. Ihre Stellung ist schwer, die Lösung ihrer Aufgabe erscheint angesichts der heutigen Weltlage beinahe unmöglich, insbesondere deshalb, weil sie von keinem Volke Unterstützung erhalten und weil fremde Eroberer die Lebensquellen des Landes abzusperrern drohen. Aber immer noch gelingt es ihnen, der chauvinistischen Sturzwelle Herr zu werden und dem russischen Volke einen neuen wahnwitzigen Krieg, der das unglückliche Land an den Rand des Abgrundes bringen müsste, zu ersparen.

Die aufgeklärten Proletarier der ganzen Welt schauen mit Bewunderung auf die Helden in Russland, die einen Kampf um den Sozialismus führen, der in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht. Sie fürchten nichts, weder das wutschäumende Bürgertum, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer des Landes, noch die fremden Eroberer, noch die tendenziösen Schauermärchen über die „Schreckensherrschaft der Bolschewiks“, – auf schnurgeradem Wege, als einziges, erstrebenswertes Ziel den Sozialismus vor Augen, so schreiten sie mutig vorwärts und spotten der Lästerungen jener ausländischen „Genossen“. Es ist deshalb müßig, heute danach zu fragen, ob sich die Bolschewiks behaupten werden oder ob es ihnen überhaupt gelingt, ihr Programm durchzuführen. Wir freuen uns über die energische Haltung Lenins und seiner Freunde und begrüßen es, dass sie die sonderbaren Ratschläge der deutschen Scheide- und Haasemänner, der österreichischen Renner, der englischen Hendersons, der französischen Thomas, der belgischen Vandervelde und der amerikanischen Gompers mit verächtlichem Stolz ignorieren. Und wenn Kautsky in ellenlangen Tiraden mit seinem Freund Bernstein die Politik der Bolschewiks als falsch und gar als unsozialistisch hinzustellen versucht und die Bolschewiks beim deutschen Proletariat in Misskredit bringen will, so empfehlen wir diesen „internationalen Sozialisten“, diese Theorie mit Ledebour zusammen an der neugegründeten sozialistischen Akademie in Russland zu lehren, dann werden unsere russischen Freunde sofort einsehen, inwieweit von dieser Sorte Sozialisten Hilfe zu erwarten ist.

Oder soll die Berufung Kautskys als sozialistischer Professor nach Russland nur eine schöne Dekoration sein, um die Stellung dieser Herren zum Bolschewismus zu verschleiern? Dann allerdings wäre es notwendig, den Bolschewiks zu zeigen, wie es in Wirklichkeit damit steht, im Falle sie es noch nicht wissen sollten. Für Verwässerungstendenzen nach dem Muster der deutschen Unabhängigen darf in Russland unter falscher Flagge kein Platz sein, das müsste dem internationalen Sozialismus auf schwerste schaden. Die Position der russischen Bolschewiks muss gehalten werden.

Parallelismus der Industriearbeiter zur Einheitsorganisation.

Von Skarus.

Weit überzeugender als Reden und schriftliche Abhandlungen im Klassenkampf wirken zweckbewusste Taten vorwärtsschreitender Arbeiter. Was manchem Proletarier erst nach und nach „erstrebenswert“ dünkt, ist bei einem Teil der industriellen Arbeiterschaft längst zur Tat geworden. Eine ernste Betrachtung ihrer letzten Kämpfe zeigt denn auch das Wesen der so beredeten Einheitsorganisation bereits in Form und Taktik.

Freilich erst im Werden begriffen und nicht von „Oben“ sanktionierten Formen, denn bedeutend wichtiger als bloße Formen ist der Kampf der Arbeiter als Klasse.

In der Tat! Wie ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann, so auch die Aufklärung hierzu. Erst durch diese Erkenntnis wird sich die Arbeiterschaft allen Hemmnissen und Widerwärtigkeiten zum Trotz selbst erziehen, und wer es ehrlich mit Freiheit und Sozialismus meint, wird nicht nur sich selbst, sondern auch andere hinaufziehen.

Das weite Kreise der Arbeiterschaft, selbst „aufgeklärte“, diese Tatsache nicht begreifen wollen, ist, nicht zuallerletzt angeborener Autoritätenwahn, wie auch ein unausbleibliches Resultat sogen. „staatsbürgerlicher“ Weiterbildung. Denn gerade diese ist es, die breite Schichten der Besitzlosen zur willenlosen Masse zusammengeballt hat. Doch wie Wassertropfen nach und nach selbst den härtesten Stein aushöhlen, so finden Andeutungen, wenn nicht heute, so doch morgen einen guten Platz.

Es ist klar, dass neben der Transport- und Verkehrsarbeiterschaft das Industrieproletariat ausschlaggebend auf die kommenden Riesenkämpfe wirken wird und gerade dieses wird und muss deren geistig bestimmender Faktor sein. Ebenso wird die Industriearbeiterschaft bestrebt sein, der ihrer Taktik entsprechenden Einheitsorganisation eine festere Form zu geben – natürlich wird dies nicht ohne Kämpfe geschehen.

Hand in Hand mit diesem Streben geht die Zertrümmerung der antisozialistischen Schachergewerkschaften. Denn so wenig jemand über die Erdoberfläche emporschnellen und an seinem Zopf in den Mond klettern kann, besteht die Möglichkeit, eine den modernen Verhältnissen entsprechende Kämpferorganisation aus den Gewerkschaften herauszubilden.

Gewiss ist dies von andern vor mir gesagt und geschrieben worden, was jedoch nicht heißen soll, dass ich nicht dieselbe Wahrheit denken kann, wie sie andere ebenfalls nach mir denken werden. Darum nochmalige Zusammenstellung: Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Zelle der Arbeiterorganisation die Arbeitsstelle, also der Betrieb ist, muss auch die Einheitsorganisation den Anforderungen dieser Tatsachen entsprechen. Die geeignetste Organisationsform ist der auf Grundlage freier Solidarität begründete, in Betriebsorganisationen gegliederte, lokale Industrieverband, föderiert mit den lokalen Einheiten gleicher Tendenz eines Landes, schließlich mit allen Bruderorganisationen der Welt. Als Bindeglied und zur Erledigung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten wählt der jährliche Landeskongress der Gesamtföderation eine Geschäftscommission. Es ist selbstverständlich, dass letztere lediglich als Exekutivorgan der angeschlossenen Organisationen zu bewerten ist. Das Bestimmungsrecht über innere und äußere Angelegenheiten, insbesondere der Kämpfe, liegt in den Händen der Mitglieder jeder lokalen Einheit.

Um den Kampfcharakter der Organisationen zu erhalten, ist es nötig, auf angestellte Beamte womöglich zu verzichten. Soweit solche dennoch in Frage kommen, stehen diese unter der Kontrolle der von der Mitgliedschaft gewählten, im Berufe arbeitenden Vorstände, sowie aller Organisationsangehörigen überhaupt. Überflüssig ist zu sagen, dass eine solche Organisation kein Unterstützungsverein im Sinne der alten Zentralgewerkschaften sein kann.

Kein harmonisches Verhandeln mit daran anschließenden lähmenden Verträgen, sondern Kampf! Nur die so in kurzen Strichen skizzierte Einheitsorganisation darf sich der Sympathie aller Klassengenossen – organisiert und unorganisiert – vergewissern, nur sie allein vermag der ungeheuren Macht des modernen Staatskapitals Trotz zu bieten, anzugreifen und zu schlagen. Jeder Erfahrene aber weiß, dass hierzu neben freigewollter Disziplin, ebenso sehr gehörige Kombination spontaner Auftakt und besondere Anpassung an stets wachsende Umstände erforderlich ist. Nichts wirkt überzeugender als die solidarische Tat von Massenkämpfern in der Stunde äußerster Gefahr. Vor allem handelt es sich darum, dass sich die Arbeiterschaft unabhängig macht von den bestehenden Parteien ohne Ausnahme, ins weitere, dass sie sich als isoliert dastehende Klasse fühlt, denkt und sich so aus eigener Überzeugung den Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlage bewusst wird.

Wenn die Masse einmal diese Wahrheit begriffen hat, ist der Kampf um den Sozialismus nur eine Frage der Zeit. Denn erst diese Erkenntnis macht die Arbeiter geistig frei, lässt sie kühn und selbständig handeln. Weit entfernt, wählerisch mit den anzuwendenden Mitteln und Methoden zu sein, wird man diese erproben und in der Gewissheit, dass jedes Mittel recht ist, wenn es den Zwecken der Arbeiterklasse dient und zum Sozialismus führt. In diesem Sinne ist die Einheitsorganisation des industriellen Sozialismus die Lehre vom zielbewussten Handeln der proletarischen Internationale.

Einstweilen aber gilt es auszusprechen, was da ist, selbst auf die Gefahr hin der reaktionären Übermacht zu unterliegen. Schaffung von Einrichtungen zur Heranziehung von

Abseitsstehenden und Organisationsunfähigen. Zusammenschweißung aller Elemente und Organisationen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen.

Tatkräftige Hilfe der Opfer im Kampfe.

Ein Dokument eigener Schande.

Von Fritz Frenken.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Dachdecker hat eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gerichtet, in der die Notlage der baugewerblichen Arbeiter geschildert wird. Es heißt da:

„Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns, an das Reichsamt des Innern einen Warnungsruf zu richten. Es geht so nicht mehr weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 300 bis 400 Prozent und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshosen zu kaufen, die früher mit 4 bis 5 Mark bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in vier Jahren 50-Proz. Lohnerhöhung bekommen, schnöde Gewinnsucht aber hat alles um 200 Prozent verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Gier nach Kriegsgewinn schuld.

Trotz 50-prozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heute um das 20-fache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur ein Entweder – Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder die stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Wort, die Regierung sehe schnell ein, dass wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden.

Unsere Schränke, unsere Kästen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer, unsere Kinder haben nichts mehr anzuziehen, der Rest verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserm Blut und unsern Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen schwinghaften Handel, wir sind gezwungen, unser eignes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen, – es geht einfach über unsre Kraft.

Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weiter geht, dann hilft kein Reden, keine schöne Geste, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung; kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, dass unsere Kindeskinde das gleiche Wahlrecht bekommen werden; uns Arbeiter grinst dann in kurzer Zeit der völlige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht uns öffentlich zu versteigern, unsere letzte Nervenzelle in Kriegsgewinn zu verwandeln. Man weiß scheinbar nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Nirgends finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserem Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie beim lebendigen Leibe geopfert werden. Hier hilft nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Teuerungszulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der anderen Seite. Aber das muss rasch geschehen. Wir ersuchen um schnellste Vermittlung, so oder so.

Diese Zeilen sind das Echo von über hundert Zuschriften. Wir bitten die Regierung, sie nicht unbeachtet zu lassen.“

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Ob den Verbandsstrategen beim Schreiben obiger Zeilen nicht denn doch endlich die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist, angesichts dieser rücksichtslosen Aufdeckung ihrer eigenen Schande? Über hundert Zuschriften sind an die Verbandsleitung ergangen! Soll das heißen, dass die anderen Tausende klüger sind, als diese Hundert, und endlich erkannt haben, dass von Leuten, die selbst ein vollgerüttelt Maß von Schuld an den oben gezeichneten Zuständen haben, keine Rettung zu erwarten ist? Das wäre ein sehr erfreuliches Zeichen dafür, dass sich diese Arbeiter endlich auf sich selbst besinnen. Die genasführten Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften, genasführt von einigen wenigen, auf Lebenszeit angestellten Beamten, müssten ja auch eine wahre Rhinozeroshaut besitzen, wollten sie nicht endlich die Rutenhiebe fühlen, die ihnen von ihren eigenen Erkorenen aufgepeitscht werden. Haben diese doch – um nur eines zu erwähnen – das Eigentum der organisierten Proletarier, die seit langen Jahren mühsam, groschenweise, zusammengetragenen Millionen, die für kulturelle Zwecke des Proletariats bestimmt waren, eigenmächtig, ohne die Arbeiter zu fragen, verwandt!

Wenn also der obige Notschrei der Dachdecker, der ja mit vollem Recht von allen Arbeitern ausgestoßen werden kann, durch Vermittlung der Verbandshäuptlinge an die Regierung gerichtet wird, wenn die empörten Hundert der Dachdecker die Beseitigung dieses allgemeinen Elends in demütiger Bittstellung von den Behörden erhoffen, so sind sie böse auf dem Holzweg. Die Regierung, die Behörden, alle Organe dieses kapitalistischen Staates sind einfach heute nicht in der Lage, die ins Unermessliche angeschwollene Not zu beseitigen. Und wenn der Vorstand der Dachdecker in rührender Naivität behauptet, diese Zustände hätten „mit dem Kriege nichts zu tun“, so liegt darin geradezu eine Verhöhnung der Mitglieder. Sintemalen [Weil] das preußische Ministerium des Innern schon vor zwei Jahren erkannt und (in einer Broschüre über „Ernährung und Teuerung“) zum Ausdruck gebracht hat, dass die allgemeine Teuerung nicht Wucher, sondern Kriegsnot ist, „die würdig und fest getragen werden muss“. Der Dachdeckervorstand sollte hierin vom preußischen Ministerium lernen. Denn es liegt darin: wer den Krieg verlängert, der verlängert die Teuerung und die Not, und soll nicht glauben oder andere glauben machen, dass sich durch Bittschriften die Not bannen ließe.

Schwarze Raben.⁵

Über dem Sowjet-Russland kreisen schwarze Raben. Sie krächzen erbittert und mit Freude: „Wir fühlen die Leiche, wir werden fressen.“ Sie lassen sich nieder und sehen, ob der Mensch noch nicht gestorben ist, welcher, obgleich schwer verwundet, die ihn von allen Seiten umgebenden Schakale mit den Waffen verjagt. Er erhob sich auf die Knie, und ob gleich Blut aus den klaffenden Wunden fließt – schießt er noch nach den Schakalen. Der Hunger verzerrt seine Eingeweide, er wehrt sich und lässt die Waffe nicht aus der Hand. Die erschreckten schwarzen Raben fliegen in die Höhe und krächzen: „Tut nichts, deine trüben Augen werden wir dir schon aushacken!“

Unsäglich schwer ist die Lage der Sowjet-Regierung. Der Zerfall des Zarismus, die Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens, die Untauglichkeit der Bourgeoisie, die Bettelarmut der Volksmassen, ihre Verzweiflung ob des sich ohne Ende hinziehenden Krieges – das alles hat die Arbeiterklasse hoch aufschwingen lassen und die Macht in ihre Hände getrieben. Die Partei des Proletariats, die kommunistische Partei, ist die herrschende geworden. Sie wurde

⁵ („Iswestija“, Nr. 127, 22. Juni 1918.)

zur Regierungsmacht, wobei sie schon vorher von allen turmhohen Hindernissen wusste, die zu überwäligen sind, von allen Wäldern der Schwierigkeiten, welche man durchhauen muss, von allen Flüssen, die uns vom Sozialismus trennen, die zu überschwimmen sind und über welche man Brücken bauen muss, im eiskalten Wasser bis zum Halse stehend. Die ökonomischen Kräfte des Landes waren zerrüttet, ein Drittel des Vermögens der an und für sich nicht reichen russischen Bevölkerung ist im Prozesse des Krieges durch eine wahnsinnige Bande zarischer Bürokraten und Bourgeois in die Luft versprengt worden.

Um auf irgendeine Weise die Wunden zu heilen und das neue Leben in Ordnung zu bringen, die Volksmassen von einer völligen Entartung zu bewahren, musste man beginnen, den Sozialismus zu bauen. Die Schwätzer, indem sie ihr bürgerliches Wesen durch das Marxsche Banner verdecken, lachen: „den Sozialismus auf den Ruinen des Bauern- Staates bauen!“ Sie verstehen nicht, was der Sozialismus bedeutet, in dessen Namen sie fortwährend schwören. Der Sozialismus ist die planmäßige Gestaltung der Wirtschaft, den Interessen der Volksmassen entsprechend. Je mehr ein Land zerrüttet ist, desto mehr benötigt es einer sozialistischen, einer neuen Gestaltung der Wirtschaft. Wo aber die Hauptabzweigungen, wo der ganze Apparat des wirtschaftlichen Lebens in den Händen des Kapitals konzentriert ist, da sind die hauptsächlichen Bedingungen einer sozialistischen Wiedergeburt des Landes vorhanden. Sie sind in Russland vorhanden. Es wäre ein Verbrechen den Volksmassen Russlands gegenüber, wenn ihre Arbeiter- und Bauern-Regierung nicht die nötigen Schritte zur Rettung der Arbeiter und Bauern unternehmen würde.

(Schluss folgt.)

Aus unserm politischen Tagebuch.

25. August.

Heinrich Ströbel war zu jener Zeit Redakteur des „Vorwärts“, als dieses Blatt sich noch im Besitz der Arbeitsgemeinschaft (jetzt „Unabhängige“ genannt) befand. Man hat nicht gehört, dass Ströbel damals sein Amt zu hervorragenden Taten benutzt habe, die geeignet gewesen wären, den Sozialismus zu fördern. Im Gegenteil, die waschlappige Haltung des damaligen „Vorwärts“ hat viel dazu beigetragen, den Berlinern die ganze Opposition zu verekeln. Umso energischer ist Ströbel jetzt geworden. Er hält es für seine unumgängliche Pflicht, scharf ins Horn zu blasen, aber nicht gegen die Scheidemänner, sondern gegen die – bolschewistische Regierung in Russland. In der von Dr. Breitscheid herausgegebenen „Auslandskorrespondenz“ lässt sich Ströbel wie folgt vernehmen:

„Darüber, dass die auswärtige Politik der Bolschewisten ein totales Debacle (Zusammenbruch) war, gibt es nur eine Meinung. Aber auch ihre innere Politik war eine einzige Kette von Misserfolgen. Dass die „Nationalisierung“ der Industrie mit einer völligen Zerrüttung der Produktion endete, so dass man jetzt wieder das kapitalistisch-individualistische Produktionssystem, sei es auch unter nomineller „Kontrolle“ der Arbeiterschaft, wieder einzuführen gezwungen war, ist wenigstens den aufmerksamen Lesern der bürgerlichen Presse bekannt; unsere Parteipresse hat ja leider immer nur die beschönigende Darstellung der Bolschewisten verbreitet. Dass es mit der „Sozialisierung“ der Landwirtschaft ebenso beschaffen ist, dass Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend riesengroß sind, dass der Bürgerkrieg an allen Ecken des Landes emporlodert, dass Russland in der Tat nur noch ein brodelnder Hexenkessel, ein gärendes Chaos ist, das beweist ja schon der letzte Notschrei Lenins selbst. Alle diese Erscheinungen, diese totale soziale Zersetzung und politische Auflösung stellen sich dem nüchtern urteilenden Beobachter nicht als unseliger Zufall dar, sondern als die notwendige, mit eherner wirtschaftlicher und politischer Kausalität bedingte Folge der verhängnisvollen Politik des Bolschewismus, die durch das Zaubermittel

schematisch entworfener Dekrete ein ökonomisch rückständiges, obendrein zerrissenes und durch langjährigen Krieg entkräftetes Land in ein sozialistisches Dorado verwandeln wollte. Vergebens warnten alle Besonnenen, dass das allen historischen Erfahrungen, allen sozialistischen Erkenntnissen, allen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zuwiderlaufe. Man war der Theorie überdrüssig, und wollte endlich Taten. Das Ergebnis dieser Taten war denn freilich so, dass jetzt trotz der schrankenlosen Diktatur, trotz der rücksichtslosen Unterdrückung aller oppositionellen Regungen die Herrschaft der Bolschewiks von allen Seiten bedroht ist.“

Wir wissen ja schon lange, dass Kerenski dem Herzen der Unabhängigen weit nähersteht als die Bolschewiks. Aber es ist doch immer interessant zu sehen, wie ganz und gar Ströbel die Gedankengänge der – „Frankfurter Zeitung“ abschreibt. Diese nämlich, im wohlverstandenen Interesse des Kapitals, legt beharrlich die durch Krieg und Zarismus verursachten Nöte Russlands den Bolschewiks zur Last. Ein sprechendes Beispiel dafür, wie weit unsere Unabhängigen in ihrem Denken und Fühlen verbürgerlicht sind. –

26. August.

Der weiße Schrecken. Die bürgerlichen Freiheiten, die in Westeuropa vor dem Kriege doch etwas mehr waren als Schall und Rauch, sind von den konterrevolutionären Kriegstreibern niedergetreten worden. Die Situation wird grell beleuchtet durch die Tatsache, dass in Frankreich ein Minister des Hochverrats angeklagt werden kann, weil er vergessen hat, ein paar Tausend Syndikalisten ins Gefängnis zu werfen. Der weiße Schrecken rast überall und fordert seine Opfer.

Vor kurzem wurde der englische Revolutionär Maclean zum zweiten Male während des Weltkrieges verurteilt, diesmal zu fünf Jahren Zuchthaus. Er hatte in einer Versammlung in Glasgow die Arbeiter aufgefordert, sich zu Herren der Post und der Banken zu machen und das bürgerliche Parlament durch einen allgemeinen Arbeiter- und Soldatenrat zu ersetzen.

In Italien ist, nachdem vor einiger Zeit der Sekretär der sozialistischen Partei Lazzari zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, nun auch Serrati, der Chefredakteur des „Avanti“ verhaftet worden. Serrati, der der Zimmerwalder Linken angehört, hat während des ganzen Krieges trotz der Zensurplage tapfer den Kampf gegen den italienischen Imperialismus geführt.

In Frankreich ist unlängst eine ganze Gruppe syndikalistischer Führer verhaftet worden, unter ihnen R. Peruat, der Sekretär des Komitees zur Verteidigung des Syndikalismus. F. Despres, der gleich nach Kriegsausbruch aus der Redaktion des syndikalistischen Tageblattes austrat, weil dieses dem Internationalismus untreu geworden war, weiter Andrieny und Brontscheny und andere. Sie gaben seit Mitte April ein Wochenblatt heraus, an dem auch einige bürgerliche Pazifisten mitarbeiteten. Vier Nummern erschienen, dann wurde das Blatt verboten und die Redaktion verhaftet. Auch in Provinzstädten, wie Bourges, St. Etienne, Le Creuset wurden eine Anzahl von Gewerkschaftsführern verhaftet. Vieles deutet darauf hin, dass die kriegsfeindliche Stimmung unter den französischen Arbeitern schnell zunimmt. Immer unerträglicher wird den französischen Proletariern das Joch der Clemenceauschen Diktatur. Die Regierung, die durch drakonische Maßregeln die Äußerungen der Unzufriedenheit unterdrücken will, wird verhasst durch ihre Blut- und Eisenpolitik, wird sie wahrscheinlich den Ausbruch fördern, den sie verhindern will. Gerade in Frankreich scheint der weiße Schrecken am ehesten seine notwendigen Folgen zu haben. – Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulagen und Einschränkung der Freizügigkeit im Buchdruckgewerbe. Die Entlohnung in diesem Gewerbe war bis vor Jahresfrist als eine geradezu traurige zu bezeichnen. Jetzt erst ist es gelungen, eine etwas bessere Bezahlung zu erzielen. Nach nochmaliger Lohnerhöhung im Dezember beträgt der Wochenlohn ca. 65–68 Mark die Woche. Bei den Teuerungsverhältnissen wird es den Buchdruckergehilfen auch dann noch ein Rätsel bleiben, mit diesem Gelde auszukommen. Das mochten wohl selbst die Unternehmer eingesehen haben, denn bei den Beratungen rückten sie mit dem Wunsche heraus, bis nächstes Jahr im April von weiteren Zulagen abzusehen. Sie gingen noch weiter. Auch den Stellenwechsel wollen sie eingeschränkt wissen, um auf diese Weise Lohnerhöhungen aus dem Wege zu gehen. Kaum befremdlich ist es, dass die Gehilfenvertreter auch dem letzteren Wunsche nachkamen. Das Verbandsorgan, der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt sogar, gerade die am wenigsten technisch Befähigten hätten während des Krieges ihre Stellungen am häufigsten gewechselt. Im Buchdruckgewerbe wird es danach jedenfalls wieder soweit kommen, wie es vor dem Kriege war. Damals stand es nur dem Unternehmer zu, den Arbeiter jeden Tag zu entlassen, wechselte aber dieser seine Stellung, dann wurde ihm verbandseitig die Arbeitslosenunterstützung entzogen. So benutzt die Verbandsbureaukratie ihre Macht, um die Arbeiter niederzuhalten. Trotzdem schreibt das Verbandsorgan, bei uns gibt es keine Bureaukratie und Autokratie.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 36/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 7. September 1918.

Nr. 36

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Männerstolz vor – Sozialistenthronen.

In unseren politischen Tagebuch-Notizen haben wir schon einmal kurz den Don-Quixote-Ritt erwähnt, den der preußische Landtagsabgeordnete *Heinrich Ströbel* in Herrn Breitscheids Auslands-Korrespondenz gegen unsere russischen Parteigenossen unternommen hat. Bei näherem Zusehen ist die Sache jedoch noch einer ausführlicheren Behandlung wert, und zwar gerade deshalb, weil wir es in Ströbel nicht mit dem ersten besten zu tun haben, sondern mit einem der persönlich sympathischsten Vertreter der Unabhängigen, der im Anfang des Krieges sehr weit links gestanden und sogar an dem einzigen erschienenen Heft der Luxemburg-Mehringschen Zeitschrift „Internationale“ mitgearbeitet hat. Seine Mauserung von links nach rechts spiegelt sich in dem jetzigen Artikel und gestaltet einen Rückschluss auf den Geisteszustand der Partei, der er angehört. Wenn schon ihre ehemals radikalsten Vertreter so umgelernt haben, was soll man dann von den anderen erwarten!

Wie es scheint, hatte Breitscheid die törichte Forderung aufgestellt, den Bolschewiks gegenüber müsse setzt jede Kritik schweigen. Da hat es Ströbel natürlich leicht, für die „Freiheit der Kritik“ eine Lanze zu brechen, und das tut er denn auch nach Herzenslust. Wohl die Hälfte seines Artikels verwendet er dazu, in immer neuen pathetischen Wendungen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der ungeschminkten Kritik zu feiern, gerade dann, und dann erst recht, wenn man Freunde „mit traumwandlerischer Blindheit“ auf falschem Wege sehe, die das „Ansehen und die ganze Zukunft des Sozialismus“ kompromittieren und schädigen müssen.

Darin hat Ströbel selbstverständlich Recht, und er schwelgt förmlich in seinem billigen Triumph über Breitscheid. Schier erstaunlich ist es, zu welchem farbenprächtigem Stil ihn die Begeisterung für die freie Kritik emporhebt. Aber – eine leidige Erinnerung drängt sich auf. Es ist nicht das erste Mal, dass in diesem Kriege ein Sozialdemokrat die Schweigepflicht der Kritik proklamiert. Ganz im Anfang war es, am 21. August 1914, da erschien zum ersten Mal wieder nach einer Unterbrechung von drei Wochen die „*Neue Zeit*“, das weiland wissenschaftliche Organ der weiland deutschen Sozialdemokratie. Und in dieser ersten Kriegsnummer, die eine gewissermaßen programmatische Bedeutung hatte – erwarteten doch von ihr die unzähligen Autoritätsgläubigen die Parole, wie sie sich während des Krieges als

„wissenschaftliche Sozialdemokraten“ zu verhalten hätten – in dieser Nummer verkündet *Karl Kautsky*:

„Wir sind eine Partei der Selbstkritik, aber *unter dem Kriegszustand muss diese verstummen*. ... Wir begreifen es sehr wohl, wenn manchem dieser oder jener Schritt unserer Partei falsch erscheint. Aber noch weit falscher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren Zwiespalt zu entfesseln. *Auch in dieser Beziehung hat die Waffe der Kritik jetzt zu schweigen*. ... Nicht Kritik, sondern Vertrauen ist jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges.“

Man denke! Ein Kautsky, das unbestrittene oberste Orakel der damaligen Partei stellte den feierlichen Satz auf: die Kritik habe zu schweigen gegenüber „diesem oder jedem Schritt“ der Partei, mit welch' schämiger Umschreibung die Inaugurierung der Kriegspolitik à la Scheidemann gemeint war. Das war doch wohl ganz etwas anderes, als wenn heute irgendein Breitscheid irgendeine törichte Bemerkung fallen lässt, die niemand kompromittieren kann als ihn selbst. *Wo war damals Ströbel?* – Gewiss hat er sofort ins Horn gestoßen, genauso wie heute, und in farbenprächtig begeistertem Stil gegen die Unterdrückung der freien Kritik protestiert?? – Ach nein! Man hat damals nichts von ihm gehört, kein Sterbenswörtchen, obgleich er Redakteur am „Vorwärts“ war. Im Gegenteil, er hat es nicht einmal verhindert, dass der „Vorwärts“ die Vorschrift Kautskys getreulich befolgte, und es hat lange, lange Monate, wohl ein ganzes Jahr gedauert, bis der „Vorwärts“ sich zu einer Haltung aufschwang, die von fern so aussah wie Opposition, in der Nähe sich aber auch nur als Waschlappigkeit entpuppte. Heute aber, wo es gegen die russischen Bolschewiks geht, da entdeckt Ströbel sein Herz, da findet er seinen „Männerstolz vor Sozialistenthronen“ wieder, da versteht er die Heiligkeit der Kritik.

Doch das ist nur die eine Seite der Sache. Weit wichtiger ist die andere. Wir haben bereits aus seinem Artikel jene Stelle zitiert, worin er die völlige Zerrüttung der Produktion in Russland, den Bürgerkrieg, die totale soziale Zersetzung und die politische Auflösung als notwendige Folge der Tätigkeit der Bolschewiks bezeichnet.

Zunächst möchte man fragen: woher hat eigentlich Ströbel seine Kenntnis der russischen Zustände? Weiß er darüber irgendetwas, was uns anderen verborgen geblieben wäre? Er verrät seine Quelle in jener Zeile, worin er erzählt: den aufmerksamen Lesern der *bürgerlichen Presse* sei es längst bekannt, dass die Bolschewisten wieder zum kapitalistischen Produktionssystem zurückzukehren gezwungen seien.

In der Tat, das hat in der bürgerlichen Presse gestanden. In der „Frankfurter Zeitung“ und im „Berliner Tageblatt“ kann man schon seit langer Zeit die schauerlichsten Berichte über die russischen Zustände lesen. Allerdings, der wirklich *aufmerksame* Leser findet oft noch viel mehr in der bürgerlichen Presse. Wenn er auf der einen Seite von den unerschwinglichsten Preisen alles Lebensbedarfs in Russland gelesen hat, von der übergroßen Menge Papiergeld, von dem kolossalen Schleichhandel, von der Zurückhaltung des Kornes und des Fleisches durch widerspenstige Grundbesitzer usw., dann passiert es wohl, dass er beim Umblättern auf der nächsten Seite Vorkommnisse aus *anderen* Ländern erfährt, die von den russischen sich so sehr weit gar nicht unterscheiden, obgleich jene anderen Länder bisher noch keine bolschewistische Revolution durchgemacht haben.

Gewiss, in Russland sind die Preise *noch* höher, der Schleichhandel *noch* ausgedehnter, der Eigennutz der Besitzenden *noch* größer – aber sollte sich dieser Unterschied nicht reichlich durch die Jahrhunderte lange Miswirtschaft des Zarismus erklären? Immer vorausgesetzt, dass die Schilderung der bürgerlichen Presse überhaupt richtig und nicht übertrieben ist.

Hiermit wollen wir nicht etwa sagen, dass die Berichtersteller der bürgerlichen Presse lügen oder auch nur mit Absicht tendenziös färben. Ihre Aufrichtigkeit in Ehren. Sie werden die

Dinge wohl so berichten, wie sie sie sehen und auffassen. Aber – nun kommt der springende Punkt: sie sehen mit den Augen von Bourgeois, mit den Augen von Leuten, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung für die einzig mögliche und vernünftige halten. Und was sehen sie da?

Sie sehen, wie aller Privatbesitz enteignet wird. Die Fabrikbesitzer haben aufgehört die Herren im Hause zu sein, und werden doch durch drakonische Strafandrohungen gezwungen, ihre Arbeit weiter zu verrichten; das Recht auf Existenz und Lebensunterhalt wird ganz auf persönliche Arbeit gegründet; die Möglichkeit durch die Anwendung von Lohnarbeitern zu existieren, wird beseitigt; den Bauern wird die Pflicht auferlegt, das Feld zu bestellen und für die Lebensmittelversorgung des ganzen Volkes zu sorgen, ohne dass sie dadurch zu privatem Reichtum gelangen können usw. Die Zeit ist hoffentlich nicht mehr fern, wo man alle diese Maßnahmen der Sowjetregierung aus dem Wortlaut ihrer eigenen Anordnungen kennen lernen wird. Das alles sehen die nach Russland entsandten Vertreter der bürgerlichen Presse. In ihrem Kopfe stellt sich das natürlich als *totale Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung* dar, als die Auflösung jeder Möglichkeit zu existieren und zu produzieren.

In der Tat, das, was sie bisher als „die Gesellschaft“, als „die Intelligenz“, als „die Nation“ angesehen haben, nämlich die Mitglieder der besitzenden Klassen, können bei solchen Zuständen nicht existieren Und das sind die Leute, mit denen jene Berichterstatter vornehmlich zusammenkommen und von denen sie ihre Informationen erhalten. Für sie ist das also der Untergang „der Gesellschaft“ überhaupt, und deshalb konnte man schon vor zwei Monaten in der „Frankfurter Zeitung“ lesen: in Russland herrschte nur eine Stimme, der Schrei nach Rückkehr zur kapitalistischen Produktion, das sei der einzige Weg, um das Land und das Volk zu retten.

Und das alles hat sich Ströbel zu eigen gemacht! Er sieht einfach durch die Brille der bürgerlichen Berichterstatter. Mit ihnen erblickt er in der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft den Untergang aller Gesittung und aller Lebensmöglichkeit des russischen Volkes. Persönlich könnte es einem leidtun, dass ein ehemals sympathischer und aufrechter Vertreter der sozialistischen Weltanschauung so kläglich Schiffbruch gelitten hat. Aber das Persönliche muss ausscheiden. Sachlich zeigt dieser Verfall ihrer einst radikalen Elemente, wohin die Partei der „Unabhängigen“ mit ihrer Politik der Halbheit notwendig gelangen muss.

Zur Sammlung.

2. (Fortsetzung.)

Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um diejenigen Aufgaben, welche den Arbeiterorganisationen bei ihrer Gründung vorschwebten, sondern um jene anderen, wie sie sich in der praktischen Wirklichkeit herausgebildet haben. Die scharfe Trennung zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften, wie wir sie seit Jahrzehnten in Deutschland kennen, ist ja in gewissem Sinne nur einem Zufall zu danken.

Zwölf Jahre lang zwang das Sozialistengesetz die deutschen Arbeiter, auf jede öffentliche politische Tätigkeit in sozialdemokratischem Geiste zu verzichten. Und noch weitere 18 Jahre lang verboten die Vereinsgesetze der wichtigsten Einzelstaaten den politischen Vereinen die Aufnahme von Frauen wie jungen Leuten unter 21 Jahren, und legten ihnen auch sonst allerlei Beschränkungen auf. So kam es, dass die Gewerkschaften sich immer geflissentlicher als politisch neutrale Vereine bezeichneten und aus ihrer Tätigkeit alles ausschieden, was ihren Führern in zu enger Verbindung mit der Politik zu stehen schien. Zwar gefiel man sich darin, ab und zu mit *Worten* zu beteuern: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Aber in Wahrheit war es doch nicht so, wenigstens so lange nicht, bis die Partei dieselben neutralen Wege einschlug wie die Gewerkschaften.

Auf diese Weise schied sich der Aufgabenkreis der beiden Organisationen. Die Gewerkschaften bezeichneten als ihre Aufgabe lediglich die unmittelbare Besserstellung der Arbeiter: mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterschutzbestimmungen und dergleichen. Wir wissen, wie viel von dem, was in dieser Hinsicht erreicht worden ist, nur ein leerer Schein war, und wir wissen auch, dass dieser Misserfolg in der Hauptsache gerade dem Umstand zu danken ist, dass die Gewerkschaften geflissentlich alles Sozialistische von sich fernhielten.⁶ Sie *wollten* keine sozialdemokratischen Vereine sein, sie *wollten* sich nur um das kümmern, was dem Arbeiter unmittelbaren Vorteil bringen könne und wofür deshalb, nach ihrer Meinung, jeder Arbeiter eintreten werde, gleichgültig ob er Sozialdemokrat sei oder nicht. Alles, was darüber hinausging, nannten sie politisch und schoben es der Partei zu.

Daraus erklärt sich der in den Gewerkschaften herrschende Geist zur Genüge. Sie wurden reine Geschäftsvereine, in die der einzelne aus reinen Geschäftsrücksichten eintrat, nämlich, um für seinen Beitrag den Anspruch auf bestimmte Leistungen zu erwerben. In Versicherungsgesellschaften ist es auch sonst nicht üblich, dass sich die Versicherten viel um die Geschäftsleitung bekümmern. Wer sich z.B. in der „Victoria“ versichert, will weiter nichts, als im Schadensfalle sein Geld haben. Was die Herren dort sonst treiben, ist ihm höchst gleichgültig. Nicht viel anders ist es bei den meisten Gewerkschaftsmitgliedern. Woher soll denn auch bei Leuten, die nicht ein gemeinsames Streben, eine gemeinsame Begeisterung für ein Ideal, sondern nur nüchterner Geschäftssinn zusammenführt – woher soll bei solchen Leuten jener Geist kommen, der notwendig ist, um aus der Gewerkschaft eine idealdemokratische Gesellschaft zu machen?

Damit wollen wir natürlich nicht sagen, dass alle Gewerkschaftsmitglieder von dieser Qualität sind. Aber die meisten. Und wenn dann die wenigen, die die Gewerkschaften in den Dienst eines Ideals stellen wollen, aufbegehren, so bleiben sie in der Minderheit, weil die anderen gar nicht verstehen, was man eigentlich an der Geschäftsleitung auszusetzen hat. Die Unterstützungen werden doch regelmäßig ausbezahlt, und für die geringen Beiträge kann man doch keine gar zu großen Ansprüche stellen!

Daneben existierte nun die sozialdemokratische Partei und die sollte die sogenannten „politischen“ Aufgaben der Arbeiterbewegung lösen. Aber halten wir uns auch hier an die realen Tatsachen, lassen wir uns den Blick nicht durch Redensarten umnebeln, so müssen wir erkennen, dass auch die Partei schon lange vor dem Kriege alles Sozialistische aus ihren Bestrebungen ausgeschieden hatte. Freilich, Wortsozialismus war reichlich bei ihr zu finden. Aber ihre politische Tätigkeit war zur einen Hälfte eine Unterstützung der eben geschilderten Gewerkschaftsarbeit, indem sie für sozialreformerische Gesetze eintrat; zur anderen Hälfte war sie *bürgerlich-demokratisch*. D. h., die Partei strebte nach Änderungen der Staatsform, nach Änderungen der Verfassung, nach dem gleichen Wahlrecht u. dergl., und gerade in den letzten Jahren hat sie das „parlamentarische System“ als nächstes Ziel ihres Strebens proklamiert. Man geht wahrscheinlich schon zu weit, wenn man die parlamentarische Republik als höchsten Flug ihrer Hoffnungen annimmt.

Wer in seinen Zielen so bescheiden ist, der braucht freilich keinen sozialistischen Geist, oder vielmehr: er kann ihn gar nicht brauchen; er muss suchen, ihn als störend auszumerzen. Und das hat die Partei reichlich getan, indem sie z.B. den Kampf ums Wahlrecht in einer Weise

⁶ Man vergleiche hierzu die 1916 erschienene Broschüre von A. Herold: „Wohin werden die freien Gewerkschaften gesteuert.“ Verlag Paul Scholze, Berlin SD 36, Harzerstraße 119. Preis 10 Pfennige.

betrieb und in den Vordergrund stellte, die ihre Anhänger darüber hinwegtäuschen musste, dass es für die Arbeiterbewegung und für den Sozialismus auf ganz etwas anderes ankommt als aufs Wahlrecht im kapitalistischen Staate. Die bürgerliche Demokratie in ihren verschiedenen Formen – parlamentarische Republik in Frankreich und Amerika, parlamentarisches Scheinkönigtum in England, konstitutionelles Königtum in anderen Ländern – hat mit den Interessen der Arbeit und mit Sozialismus so wenig zu tun, dass sie vielmehr gerade die Form ist, unter der bisher der Kapitalismus am riesigsten angeschwollen ist und sich am scheußlichsten ausgetobt hat; die Form, unter der er zum Imperialismus, zur blutigen Gewaltherrschaft des Finanzkapitals, zum Weltkrieg sich ausgewachsen hat.⁷ Das parlamentarische System hat sich bisher in der Geschichte als diejenige Staatsform erwiesen, die den Interessen des Großkapitalismus am günstigsten ist. Folgendermaßen haben sich neuerdings unsere russischen Genossen darüber ausgesprochen:

„Die parlamentarische Republik ist *angeblich* eine „allgemein-nationale“ Staatsform; *tatsächlich* aber ist sie die Form der Kapitalistenherrschaft. Das bürgerlich-demokratische Parlament ist *angeblich* eine ‚Volksvertretung‘, eine allgemein-nationale Einrichtung, während es in der *Tat* eine Maschine zur Ausbeutung des Proletariats ist. ... Das ‚politische Recht‘ des Arbeiters in der parlamentarischen Republik besteht fast ausschließlich darin, dass er einmal in vier oder fünf Jahren den Wahlzettel in die Urne steckt. Der ganze staatliche Apparat aber befindet sich ausschließlich in den Händen der Bourgeoisie.“

Haben wir somit gesehen, dass der in Partei und Gewerkschaften herrschende Geist eine notwendige Folge der Aufgaben war, welche diese Organisationen sich gestellt hatten, so hat inzwischen der Krieg die Dinge wesentlich umgestaltet. Eine Betrachtung dieser Umgestaltung wird zeigen, dass es eine kindliche Einbildung ist zu glauben, für die neuen Aufgaben, die sich daraus ergeben, könnten die alten Organisationen ausreichen oder überhaupt in Frage kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Schicksale der nationalen Frage im Kriege und in der Revolution.⁸

Noch vor dem Kriege war es einem jeden Marxisten klar, dass die Frage der Lage der kleineren Nationen, die durch die Entwicklung des Kapitalismus zum Leben erweckt wurden, sowie der Kampf gegen die größeren kapitalistischen Staaten, die aus kleinen Nationen eine Großmacht zu schaffen erstreben, im imperialistischen Kriege sowie auch in der sozialen Revolution eine große Rolle spielen werden. Der marxistische Gedanke beabsichtigte, seine Stellung zur nationalen Frage in der Epoche des Imperialismus zu bezeichnen. Damals schon waren drei Ansichten vorgemerkt: die einen anerkannten das Recht einer jeden Nation auf die nationale Freiheit, wollten dasselbe mit einer Autonomie in den Rahmen der bestehenden Staaten begrenzen. Die anderen verteidigten das Recht einer Selbstbestimmung der Nationalitäten,

⁷ Vergleiche hierzu „Demokratie und Freiheit“, eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkungen in den westlichen Kulturstaaten. Von Julian Borchardt. Bisher 8 Hefte erschienen, über Amerika, England, Frankreich. Verlag Georg Sturm, Berlin SW 48. Preis pro Heft Mk. 1.20.

⁸ Übersetzt aus dem „Kommunist“, dem Zentralorgan der ukrainischen Bolschewiks.

einschließlich einer Lostrennung derselben von den bestehenden Staaten, und hielten das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten für eine antikapitalistische Kampflosung; die dritten endlich, Anhänger des revolutionären Kampfes, lehnten die imperialistische Gewalttätigkeit den kleinen Völkern gegenüber ab, bezeichneten das Streben letzterer zur Errichtung nationaler Staaten als reaktionär und hoben gegen den Imperialismus die Losung einer sozialen Revolution hervor, die das Proletariat der imperialistischen Welt in eine Gesellschaft vereinige, deren Gliederung aus ökonomischen und nicht aus nationalen Erwägungen ausgehen würde. Die erstere Richtung kristallisierte sich während des Krieges in eine sozial-imperialistische Bewegung, die zweite in eine rechts-bolschewistische, die dritte in eine links-bolschewistische in Russland und linksradikale in Deutschland. Der Krieg und die russische Revolution liefern genügend Material für die Abschätzung der Recht- und Unrechtmäßigkeit dieser drei Richtungen, zur Prüfung deren Auffassungen.

Man kann zur vorläufigen Erwägung der gehäuften Erfahrungen schreiten.

Das Erste, was unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist die Tatsache, dass die Bourgeoisie der jüngeren Nationen, außer einigen kleinen Ausnahmen, wovon noch später die Rede sein wird, am Anfange des Krieges nirgends das Programm der nationalen Unabhängigkeit hervorgehoben hatte. Entweder verblieb sie als Zuschauer der Vorgänge, von der Kraft der Bourgeoisie der herrschenden Nation hypnotisiert, oder vereinigte sich mit ihr im Namen des Sieges, von dem sie sich große Vorteile erwartete. Das erstere fand in Österreich und in Frankreich statt, das zweite in Polen, im Kaukasus und in Indien. In diesem für viele unerwarteten Ergebnisse hat jene Tatsache ihren Ausdruck gefunden, dass die kapitalistische Entwicklung die Bourgeoisie der unterdrückten Nation mit derjenigen der herrschenden Nation verbunden hat, auf Grund des imperialistischen Übergewinns und des Vorteils, den der große, durch den Imperialismus gebildete Markt der Bourgeoisie ohne Rücksicht auf die Nationalität bietet. Die nationale Bewegung, das Streben nach der Bildung einzelner Staaten aus jeder Nation ist das Resultat der durch den Krieg erfolgten Erschütterung der kleinbürgerlichen Massen der unterdrückten Nationen. Der Krieg hat ihrer Bourgeoisie unerhörte Gewinne, den kleinbürgerlichen Massen jedoch nichts als Elend und Armut gegeben. Zur selben Zeit hat aber die Kriegsanstrengung ihre Unterdrücker geschwächt und damit den Grund zur Hoffnung auf eine nationale Befreiung vorbereitet. Die Kleinbourgeoisie der kleinen Nationen träumt, dass ihr unabhängiger Staat neutral sein und eine Friedensoase bilden würde, in der dem Volke alle drohenden Folgen des Krieges erspart blieben. Diese kleinbürgerliche nationale Bewegung spielte schon in seinem ersten Entwicklungsstadium, als sie gegen die imperialistischen Regierungen gewendet war, eine doppelte Rolle. Diese Bewegung ist dem Imperialismus gegenüber revolutionär, da sie die kleinbürgerlichen Massen zum Kampfe gegen ihn erhebt; der Arbeiterklasse gegenüber ist sie aber gegenrevolutionär, da sie unter dem Banner des Nationalismus, d.h. der Trennung der Arbeiter, kämpft, während [ben?] in der internationalen Vereinigung der Arbeiter das Unterpfand ihres Sieges über den Imperialismus liegt. Während die Zentral-Organe der bolschewistischen Fraktion in ihrem Kampfe gegen den großrussischen Imperialismus von Kerenski nur die revolutionäre Macht des kleinbürgerlichen ukrainischen estnischen usw. Nationalismus erblickten, begriffen es wohl die bolschewistischen Organisationen in den Grenzgebieten, indem sie überall auf den zersetzenden Einfluss des Nationalismus stießen, dass der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie den Kampf nicht nur mit dem großmütigen Imperialismus, sondern auch mit dem kleinbürgerlichen Nationalismus erfordert. Das Schicksal der nationalen Frage in Russland nach der Oktober-Umwälzung bewies, wie begründet die Warnung der linken deutschen Radikalen, der polnischen und holländischen Marxisten und der linken russischen Kommunisten vor der Unterschätzung der reaktionären Rolle des kleinbürgerlichen Nationalismus war, dessen Bestrebungen in den Rang der

proletarischen Losungsworte als Lösung der Selbstbestimmung der Nationen erhoben worden sind.

Gleichzeitig mit dieser Enthüllung der Bestrebungen der Bourgeoisie, als derjenigen zur Einführung der Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat, hat die russische Revolution bewiesen, wie der Kapitalismus, der Krieg und die Revolution in den Arbeitermassen die Strebung nicht zur nationalen Absonderung, sondern zur Vereinigung ins Leben rufen, nicht der Selbstbestimmung der Nationalitäten halber, sondern zur Bestimmung des Friedensschicksals den Interessen des Proletariats gemäß und zwar auf Grund der Bestimmung seines Willens, den es der Bourgeoisie mit allen Mitteln der proletarischen Diktatur vorzuschreiben bereit ist.

Das russische Proletariat steht den Schicksalen der unterdrückten Nationen nicht gleichgültig gegenüber. Als Gegner jeglicher Exploitation und jeglicher Unterdrückung kann das Proletariat in den Fragen der nationalen Verknechtung keine Gleichgültigkeit bewahren. Die kleineren Nationen, die sich während der imperialistischen Epoche von einem raubgierigen Ausbeuter befreien, geraten unter das Joch eines anderen. Die nationale Frage wird noch eine große Rolle in der Geschichte der europäischen Revolution spielen. Sie wird durch die Volksbewegungen im Osten hervorgehoben werden. Die nationale Frage hat in jedem Lande ihre Eigentümlichkeiten zu verzeichnen, und die Internationale wird diese Eigentümlichkeiten zu berücksichtigen haben. Aber nirgends soll das Proletariat den allgemeinen Charakter der bürgerlichen antiproletarischen nationalen Bestrebungen vergessen, selbst dort, wo diese Bestrebungen übergangsweise die Rolle eines antiimperialistischen Faktors spielen

Jedenfalls soll das Proletariat in kapitalistisch entwickelten Ländern den Kampf auf beiden Fronten führen: gegen den großbürgerlichen Imperialismus und gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus.

Schwarze Raben. (Schluss.)

Bis jetzt hat es nur Festen zum Kampfe gegen den Kapitalismus gebaut, doch nirgends hat es die Möglichkeit gehabt, auf den Trümmern des Kapitalismus den Sozialismus zu bauen. Die russische Arbeiterklasse aber hat sogar in der Errichtung antikapitalistischer Festen wenig Erfahrung. Und dennoch hat ihr die Geschichte die Notwendigkeit diktiert, sich an dies schwere Werk zu machen, ungeachtet aller Hindernisse. Niemand von denen, die jemals an die Verwirklichung der Ideale des Sozialismus dachte, konnte es erwarten, dass der Sozialismus in allen Ländern auf einmal den Sieg davontragen würde. Jedermann war es klar, dass eins von den Ländern sein Vorkämpfer werden müsse, und auf seinen Schultern die ganze Last des ersten Versuches des Sozialismus, die Gräuel des Kampfes mit den unter der Herrschaft des Kapitalismus bleibenden Ländern zu tragen haben würde. Die glorreiche Rolle des Scharfschützen des Sozialismus ist von der Geschichte der jungen russischen Arbeiterklasse in dem Augenblick auferlegt worden, wo nicht nur die allgemeine kapitalistische Feindschaft alle kapitalistischen Länder gegen das erste sozialistische Land vereinigt, sondern in dem Augenblick, wo sich daran auch das spezifische Kriegsinteresse knüpft, dasjenige des Hineinziehens Russlands in den Krieg, was aber die Arbeiterregierung verhindert, die sich mit allen Kräften gegen die Verblutung der Arbeiter und Bauern Russlands für die Interessen des europäischen Kapitals auflehnt.

Bei den unerhört schweren internationalen Verhältnissen, unter welchen das sozialistische Russland den Kampf um sein Dasein, den Kampf um seine Zukunft zu führen hat, wird das Sowjet-Russland in einer Hand die Erdhaue, in der anderen den Karabiner nehmen müssen. Es hat die russische Bourgeoisie zertreten, mit Waffen hat es die russische Konterrevolution

von Wladiwostok bis Kiew und Nowotscherkassk unterdrückt. Doch die französisch-japanische Bourgeoisie bewegt ihre Kräfte vom Osten her. Mittelst des französischen Geldes ist gegen das Sowjet-Russland das tschecho-slowakische Korps mobilisiert worden, das es bereits von den Brotgebieten Sibiriens abgeschnitten hat. Im Süden versuchen dasselbe die konterrevolutionären Banden mit dem General Trasnoff an der Spitze zu machen. Eine wütende Hungersnot herrscht in Russland und der nächste Tag kann schlimmer sein als der heutige.

Ja, die Lage der russischen Revolution ist jetzt eine derart kritische, wie sie noch nie gewesen ist. Der eiserne Ring des europäischen Kapitalismus wird von Tag zu Tag enger. Der Hunger treibt die Massen immer nach links, und er wird sie auch in Russland nach links treiben, indem er sie aus der Lethargie weckt, er wird sie zu kämpfen zwingen; aber dieser Haupteinfluss der Hungersnot schließt die Möglichkeit eines Sprunges nach rechts seitens eines Teils der Volksmassen nicht aus, der es nicht versteht, dass die Herrschaft der Bourgeoisie in Russland keine Linderung der Lebensmittelkrise sondern eine Verschärfung derselben bedeuten würde. Niemand verhehlt diese Gefahr und darauf rechnen die Schakale des europäischen Imperialismus wie auch die Raben der Konterrevolution.

Aber die einen wie die andern werden sich in ihrer Berechnung täuschen Die russische Revolution ist kein einzelner Akt, keine Episode, sie ist ein langwieriger Prozess, ein Prozess der Siege und Niederlagen; die Revolution hat kaum ihren Anfang genommen, und zu ihren Gunsten wirkt die Geschichte, die den Krieg bis ins Unendliche hinzieht. Und wenn es auch den Herrn russischen Bourgeois mit Hilfe russischer Bajonette auf einen Moment gelingen sollte, über das revolutionäre Russland die Oberhand zu gewinnen, wäre dies wahrlich ein Pyrrhus-Sieg. Die russische Bourgeoisie ist nicht imstande, sogar in Friedenszeiten war es ihr mit ihren gebrechlichen Händen nicht möglich, das russische Lehen zu organisieren; dies bedarf keiner Beweise, da der Krieg wie die Stürzung der russischen Bourgeoisie dies bewiesen hat.

Der Imperialismus, der der russischen Bourgeoisie bei der Stürzung der Sowjet-Regierung behilflich wäre, wäre nach Russland gekommen, nicht um sein wirtschaftliches Leben zu ordnen, sondern es in seinen eigenen Interessen, d.h. Zwecke, weiterer Zerrüttelung auszubeuten. Da die gegenrevolutionäre Restauration den Volksmassen nichts bieten könnte, so wäre sie, um sich aufrecht zu erhalten, gezwungen, den allergrausamsten Terror gegen die meist energischen Volkskreise zu richten. Dieses System der Exploitation und des Terrors würde in Russland nicht die Ruhe und Ordnung, nach der sich die Bourgeoisie so sehnt, herstellen, würde vielmehr zur äußersten Zuspitzung des Volkskampfes führen. Diejenigen Massen, die es jetzt nicht begreifen, was das Sowjet-Russland bedeutet, würden dies vorzüglich unter dem Regime der fremdländischen Okkupation und der russischen Bourgeoisie begreifen.

Die Herren Bourgeois denken mit Wollust an das Erschießen der Arbeiter und an den Strang für deren Führer. Sollten ihre Träume in Erfüllung gehen, so würden die Arbeitermassen eine schwere Zeit durchzumachen haben, aber die Herren Bourgeois würden es bald einsehen, dass der unorganisierte Massenterror der niederen Volksschichten ihr Leben mehr gefährdet als die Zwangsstaatsmaßnahmen der proletarischen Diktatur.

Die ausländischen imperialistischen Regierungen träumen davon, wieviel Rohmaterial aus Russland auszuführen ihnen gelingen wird. Sie sind überzeugt, dass dazu keine großen Opfer gehören. Ja, es ist möglich, dass die Okkupation Russlands keine großen Opfer erfordere, aber mögen doch diese Herren daran denken, wieviel Kräfte dazu gehören, um es zu behalten.

Die Avantgarde der internationalen Revolution – die russische Revolution, befindet sich in einer gefährlichen Lage. Die russische Arbeiter-Regierung, die russische kommunistische

Partei können mit voller Ruhe der Zukunft entgegensehen. Sie gingen an der Spitze der Massen, die bis auf den Grund das Fundament des zarischen Gebäudes zerstörten, welches unter Kerenski unberührt blieb. Die russische Arbeiter-Regierung und die kommunistische Partei können auf ihr Konto die ersten Schritte zur Verwirklichung des Sozialismus eintragen, die dem Internationalen Proletariat seinen Kampf erleichtern werden, indem sie ihm den ersten Versuch einer sozialistischen Revolution geben. Dies hat die Avantgarde der Arbeiterinternationale bereits abgeschätzt; die Stimmen heißer Bewillkommung und Mitempfindung zeigen, was das Klagegeschrei der Martoffs, von Dahn nicht zu sprechen, zu bedeuten habe. Das Geschrei der Leute, die nie den Sinn der sozialistischen Revolution verstanden haben, da sie mehr mit der Bourgeoisie als mit dem Proletariat verbunden sind.

Die Geschichte hat schon unsere Politik gerechtfertigt, ungesehen all der Fehler, die wir zu machen gezwungen waren. Wir sagen es nicht, weil wir die Sache der Revolution für verloren halten, sie lebt und wird leben. Das Sowjet-Russland gehört nicht der Vergangenheit an, sondern der Zukunft.

Wir betrachten nun die Vergangenheit der russischen Revolution, da wir daraus für den uns bevorstehenden schweren Kampf Kräfte schöpfen können. Dieser Kampf wird ein schonungsloser sein, und die Raben und Schakale sollen nicht frühzeitig triumphieren.

Bevor es der Gegenrevolution gelingen wird, sich an der russischen Arbeiterklasse und an ihrer ruhmvollen Partei, der Kommunisten zu rächen, werden die Kräfte der Gegenrevolution unsere Kraft und unsere Entschlossenheit noch zu fühlen haben. Und wenn die russische Revolution nach glänzenden Siegen zeitweilig eine Niederlage erleiden müsste, so wird sie den Weg des illegalen Wirkens einschlagen, bei ihrem Verschwinden mit Ruhe und tiefem Glauben die Worte des polnischen Dichters sagen können: „Und mein wird nach dem Tode der Sieg sein.“

Aus unserm politischen Tagebuch.

1. September.

Unter dem Titel „Kämpfer ohne Waffen und Munition“ bringt die „Bremer Bürger-Zeitung“, das früher führende Organ der Sozialdemokratie, das unter der jetzigen sozialpatriotischen Redaktion zu einem unbedeutenden Provinzialblättchen herabgesunken ist, an führender Stelle die Notiz, die sich mit dem Artikel des Genossen Stauffacher beschäftigt. Die „Bürger-Zeitung“ stellt die Frage, kann die Erziehung des Proletariats zu klassenbewussten Kämpfern nicht in den alten Verbänden erreicht werden? Wer von den Arbeitern glaubt heute, nach vier Kriegsjahren daran? Die Frage stellen, heißt sie in verneinendem Sinne beantworten. Überdies bleibt uns festzustellen, dass der Stauffacher-Artikel von der Redaktion freudig begrüßt wurde zur Anregung der Diskussion über die für alle klassenbewussten Arbeiter so wichtigen Frage der Einheitsorganisation. Wir konnten ihm umso eher Aufnahme gewähren, obgleich wir mit dem Inhalt nicht in allem einverstanden sind, als die Auffassung der Redaktion vorwiegend auch in der Unterstützungsfrage den Lesern der „Arbeiterpolitik“ aus den früher erschienenen Aufsätzen über diese Frage bekannt ist. Auch heute noch steht als leitender Gedanke der durch die „Arbeiterpolitik“ vertretenen Arbeiter der Satz, mit dem die „Arbeiterpolitik“ sich in das politische Leben einführte: „In der Politik entscheidet allein die Tat.“ Und für die Opfer der daraus entspringenden Kämpfe ist die Redaktion der Meinung, dass diese, aber auch nur diese einen Anspruch auf Unterstützung haben.

So wird die Kampffront das einzige sein, für das die Arbeiter in der neuen Organisation ihre Gelder aufbringen, – für den Befreiungskampf des Proletariats, – nicht wie in den heutigen Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Klassengegner.

4. September.

Die Kommission des Herrenhauses zur Vorberatung der Verfassungsvorlagen ist heute zusammengetreten. Der Presse sollen amtliche Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen gegeben werden. Es wurde beschlossen, zuerst die Wahlrechtsvorlage, dann die Herrenhausvorlage und zuletzt die Verfassungsvorlage zu beraten. Es sollen zwei Lesungen stattfinden.

Feuilleton

Candidens Erlebnisse in Venedig.

Eines Tages, als sich Candide mit Martin und den Fremden, die mit ihnen in eben dem Wirtshause logierten, zu Tisch setzen wollten, fasste ihn ein Mensch mit einem Rußgesicht von hinten beim Arm und raunte ihm zu: „Dass Sie sich ja reisefertig halten! Vergessen Sie's nicht!“

Candide dreht sich um und sieht Rakambo. Außer Kunegunden konnte kein Anblick für ihn überraschender und erfreulicher sein. Seine Freude artete fast in Wahnsinn aus. Mit der glühendsten Umarmung sagte er zu ihm: „O, sie also hier meine Kunegunde! Wo ist sie denn, mein Bester, Einziger? Bring mich doch zu ihr! Lass mich doch mit ihr vor Freude sterben.“

„Kunegunde ist nicht hier, sagte Rakambo; ist zu Konstantinopel.“

„Jesus und Gott! Zu Konstantinopel! Doch es tut nichts. Und wäre sie in China, ich flöge hin! Mit zu Schiffe! Mit!“ und Candide hatte Rakambo schon zur Haustür hinausgerissen. „Vor dem Essen kann daraus nichts werden, sagte Rakambo. Weiter kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Nur noch so viel: ich bin Sklave, mein Herr wartet auf mich. Ich muss in den Speisesaal und ihn bedienen. Seien Sie ja mäuschenstill, essen Sie Ihr Abendbrot und machen Sie sich reisefertig.“

Candide war halb ein Raub der Freude, halb der Betrübnis, halb der Betrübnis; der Freude, der entzückendsten Freude, weil er bald sein Gundchen wiedersehen sollte und jetzt seinen treuen Sachverwalter wiedergefunden hatte; der Betrübnis, dass er letzteren als Sklaven sah. Sein Herz war in wildem Aufruhr; sein Kopf drehend und wirbelnd. Er setzte sich mit Martin, der all diesen Abenteuern ganz kaltblütig zusah, und sechs Freunden zu Tische, die bloß die Faschingszeit in Venedig zubringen wollten.

Wie sie fast abgespeist hatten, sagte Rakambo zu einem dieser sechs Fremden, dem er bisher eingeschenkt hatte: „Sire, Ihre Majestät können reisen, wenn's Ihnen gefällig ist, das Schiff ist klar.“ Hierauf ging er hinaus. Ohne ein Wort zu sagen, sahen die Gäste einander voller Erstaunen an, als ein zweiter Bedienter sich seinem Herrn näherte und ihm sagte: „Die Chaise von Ihrer Majestät steht zu Padua und die Barke ist bestellt.“ Sein Herr gab ihm einen Wink, worauf er fortging.

Die Gäste machten noch größere Augen wie vorhin, ihr Blick verriet immer mehr und mehr ihre steigende Verwunderung. Ein dritter Diener näherte sich einem dritten Fremden und sagte: „Sire, folgen Sie meinem Rat und halten Sie sich nicht länger hier auf. Ich gehe und mache alles zurecht, Ihre Majestät.“ Sofort verschwand er

Candide und Martin hielten das Ganze nunmehr für einen Karnevalsspaß. Ein vierter Bedienter sagte: „Ihre Majestät können reisen, wenn's Ihnen gefällig ist.“ Der fünfte Lakai sagte eben das dem fünften Herrn. Allein der sechste hub an in ganz anderem Tone mit dem sechsten Fremden zu reden, der neben Candiden saß.

„Bei meiner armen Seele, Sire“, sagte er, Ihre Majestät können so wenig mehr auf Borg kriegen, wie ich, und es ist leicht möglich, dass wir heute alle beide in den Schuldturm wandern müssen. Das Gescheiteste, ich sehe, wo der Zimmermann das Loch gelassen. Gott stehe Ihnen bei!“

(Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker):
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 37/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 14. September 1918.

Nr. 37

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Aufgaben der Bolschewiki.

Von Fritz Frenken.

Wenn wir in Nachstehendem die Aufgaben der Bolschewiki einer kurzen Würdigung unterziehen, so soll es nicht nach der schulmeisterlichen Methode der Kautsky-Bernstein-Ströbel geschehen, indem wir uns den Blick durch die Brille des Philisters trüben lassen, in das jämmerliche Gestöhn der bürgerlichen Gesellschaft miteinstimmen und mit in den Hosentaschen vergrabenen Fäusten auf die von anderen geleistete Arbeit herabschimpfen, sondern wir wollen an der Hand der Nachrichten, die trotz des abgeschlossenen Ostfriedens leider nur spärlich zu uns dringen, die Riesenaufgaben der russischen Revolution zu verstehen suchen.

Die vornehmste und erste Aufgabe der Sowjet-Regierung bildet die Erhaltung des Friedens für ihr Land. Das wird ihnen aber gerade am meistens erschwert teils durch die infernalische Hetze der Entente-Imperialisten, teils durch die aktiven Gewaltakte der ehemaligen Machthaber Russlands, teils durch die fanatische Feindschaft der Menschewiki und allen übrigen sozialistischen Gruppen.

Unter solch' gewaltigen Anstürmen, die sich angeblich gegen den deutschen Imperialismus richten, in Wirklichkeit aber nur das Ziel des Entente-Imperialismus verwirklichen wollen, nämlich den Sturz der Bolschewiki und die neue Entfesselung eines blutigen Krieges, - wird es der Sowjet-Regierung wahrlich sauer genug gemacht, sich zu behaupten. Manche Bekämpfer der Bolschewiki gehen so weit, sie als Hilfstrupp der Deutschen zu denunzieren. Dass die Bolschewiki in Wirklichkeit den Imperialismus der ganzen Welt tödlich hassen ohne Unterschied seiner Nationalität, kann nur denen ein Geheimnis sein, die noch immer nicht verstehen wollen, dass es für den internationalen Sozialisten überhaupt keine nationalistischen Sonderinteressen geben kann, solange die bürgerliche Gesellschaft existiert. Die Bolschewiki führen pflichtgemäß den schärfsten Klassenkampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft des eigenen Landes. Hierdurch unterscheiden sie sich von den internationalen Regierungssozialisten und aus demselben Grunde werden sie von allen Seiten angefeindet als „Verräter der russischen Freiheit“.

Jeden aufgeklärten Sozialisten ist heute so viel zur handgreiflichen Wahrheit geworden, dass die Herrschaft des Proletariats in Russland mit demselben Tage in sich zusammenbricht, an

dem ein neuer Krieg gegen Deutschland entbrennt. Unlösbar von diesem Zusammenbruch ist aber auch der andere Zusammenbruch aller bisher schwer erkämpften Errungenschaften. Es wäre also schon aus diesem Grunde eine Frivolität ohnegleichen, die Kriegsfurie neu zu entfesseln, ganz zu schweigen von der blanken Unmöglichkeit, aus einem Lande, das seit Jahrhunderten der skrupellosesten Korruption verfallen war und durch fast vier Jahre Weltkrieg wirtschaftlich und kulturell dem Verbluten nahegebracht wurde, neue Millionenheere herauszustampfen.

Bei Lichte betrachtet, kann das blutrünstige Gebrüll nach Krieg, welches aus dem Munde der internationalen Kriegssöldner erschallt, also nicht einmal allzu tragisch genommen werden, wenn ihm auch eine scharfe Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Soweit man nach den mit den Bolschewiki bisher gemachten Erfahrungen überhaupt in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden, kann man wohl mit Recht gesagt werden, dass die Regierung der Sowjet-Republik einen neuen furchtbaren Krieg dem schwergeprüften russischen Volke ersparen wird.

Neben der Lösung dieser Friedensaufgabe nach außen harren aber im Innern ebenfalls die verschiedensten Probleme dringender Lösung. Vergegenwärtigen wir uns, dass die Entwirrung des schier undurchdringlichen Chaos in Russland immer nur in der Richtung des Sozialismus fortschreiten soll, so muss man für Russland zunächst einen ganz besonderen Maßstab anlegen. Verweilen wir einen Augenblick bei der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. In Russland steckte der aufstrebende Kapitalismus noch in den Kinderschuhen, Russland war im kapitalistischen Sinne abhängig von den westeuropäischen Staaten, wurde hauptsächlich von Frankreich finanziert und hatte eine im westeuropäischen Sinne unbedeutende Industrie. Dessen ungeachtet lagerten in dem riesigen Zarenreiche ungeheure Bodenschätze, die noch ihrer Ausbeutung harrten, also für die nächsten Jahrzehnte für die russischen Kapitalisten die glänzendsten Perspektiven eröffneten.

In den Jahren vor dem Kriege wurden denn auch riesige Spekulationsgeschäfte von deutschen, englischen, französischen und amerikanischen Firmen abgeschlossen, begann bereits der Tanz ums goldene russische Kalb. Indessen begünstigte die Feudalwirtschaft des Zaren mit seinen agrarkonservativen Latifundienbesitzern die Entwicklung des Kapitalismus nicht. Die russischen Großfürsten, die ganze Provinzen unter leibeigenschaftlicher Ausbeutung beherrschten, witterten nicht mit Unrecht hinter den jungkapitalistischen Anfängen eine für sie ungünstige Entwicklungsepoche. Wenn Russland bis in die jüngste Zeit ein Agrarstaat geblieben ist, so hauptsächlich deshalb, weil eben die feudale Adelsklasse die Oberhand behielt.

Genauso, wie der Kapitalismus kaum erst die embryonale Entwicklungsepoche hinter sich hatte, so fing das verhältnismäßig zahlenschwache, jüngste europäische Industrieproletariat in Russland sehr spät an, sich zu emanzipieren. Aber die Geschichte erlebte sofort verblüffende Überraschungen. Kaum war das russische Industrieproletariat sich seiner Klassenlage und damit seiner welthistorischen Lage bewusst geworden, als es auch sofort mit echt revolutionärer Begeisterung die Zitadelle des russischen Zarismus zu stürmen begann. Die Revolution von 1905 – obwohl sie durch die zaristischen Henker im Blute erstickt wurde, konnte dem russischen Proletariat nur ein Ansporn sein zu neuen revolutionären Taten. Und auch die im Jahre 1911 erfolgte Lenametzlei, die ganz Europa mit Abscheu vor den russischen Magnaten, aber mit Sympathie für die russischen Arbeiter erfüllte, war nur ein flammendes Wetterzeichen am Himmel der proletarischen Revolution in Russland.

Die Intelligenz und reife Klassenerkenntnis des russischen Industrieproletariats standen jedoch in schreiendem Widerspruch zu der Rückständigkeit, Unbildung und Stumpfsinnigkeit des Landproletariats. Der russische Muschik schien durch die Geißel der

feudalen Leibeigenschaft derart verdummt und entmenschet, dass er zunächst den ersten Anfängen der russischen Befreiung kein Verständnis entgegenbrachte. Hier hat wohl erst der Krieg etwas Wandel geschaffen.

Durch den großen Gegensatz zwischen Industrie- und Landproletariat erwachsen der Sowjet-Regierung natürlich die größten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Vergesellschaftlichung der Produktion. Die Kämpfe gegen die Kapitalisten, – so schwer natürlich auch diese sind, – sei es durch Beschlagnahme der großen Fabrikbetriebe, Nationalisierung der Banken, Liquidierung sämtlicher kapitalistischer Vorrechte usw. scheinen nur bei der Energie und Umsicht der Bolschewiki eher durchführbar als die notwendige Heranbildung der Klassensolidarität des russischen Bauern. Wenn es erst gelingt die rückständige bäuerliche Bevölkerung auf eine halbwegs hohe Stufe der Intelligenz zu stellen, so wird meiner Meinung nach die Sozialisierung der Gesellschaft in Russland überhaupt erst in entscheidendem Maße in Fluss gebracht.

Und hier tut sich sofort ein neues Problem von eminenter Bedeutung auf, nämlich die Fortentwicklung und systematische, durch unentgeltliche Bereitstellung aller notwendigen Lehrmittel zu betreibende, allgemeine Volksbildung auf allen Gebieten. Die Lösung dieses Problems ist besonders schwer in Russland, wenn man bedenkt, dass es in diesem Lande noch kurz vor Ausbruch der Oktoberrevolution 1917 ca. 60 – 70 Prozent Analphabeten gegeben hat. Die russische Volksschule war in weiten Gebieten des großen Reiches überhaupt nur erst auf dem Papier eingeführt, praktischer Volksschulunterricht wurde nur in größeren Orten und auch dort nur in ganz unzulänglicher Weise erteilt, die Erhaltung des Volkes in dunkelster Unwissenheit war ein wichtiger Programmpunkt innerhalb des zaristischen Systems. Die Universitäten aber und alle anderen höheren Schulen mussten nach dem versteinerten Dogma einer lügenhaften zaristischen „Wissenschaft“ lehren und man kann sich leicht denken, welches Material an Lehrkräften aus diesen russischen Geistestempeln aufs Volk losgelassen wurde.

Wenn man bedenkt, dass naturwissenschaftliche, geschichtliche, historische und alle anderen allgemeinen Elementarkenntnisse zunächst vonnöten sind, um ein Volk zu jener Reife heranzubilden, in welcher es seine Klassenlage erkennt und die damit unzertrennlich verquickten Aufgaben zu lösen imstande ist, so wird man zugeben müssen, dass die Sowjetregierung hier einen tiefen, weiten Sumpf trockenlegen muss, um zum Ziel zu gelangen. Und wenn sich die Bolschewiki an das Problem der allgemeinen Volksbildung mit dem ganzen hohen Ernst, der dieser Sache würdig ist, heranwagen, bis jetzt wohl auch schon merkliche Fortschritte erzielt haben, so wird man das westeuropäische Vorurteil vom dummen russischen Volk bald fallen lassen müssen, – ein Vorurteil, welches durch die Wucht der geschichtlichen Ereignisse schon recht oft Lügen gestraft wurde.

Haben aber die Bolschewiki erst die Bildung des Proletariats im Wesentlichen erreicht, so wird ihnen die Lösung eines neuen Problems, welches eigentlich erst auf dieser Basis fundamementiert werden kann, nicht allzu schwerfallen; – die Leitung der Betriebe und Banken, die Bewirtschaftung der Produktivgenossenschaften, die Ausarbeitung neuer Volksgesetze innerhalb der regierenden Körperschaften usw. durch sozialistische Arbeiter. Der ganze Apparat, der bis jetzt noch stark mit bürgerlich – kapitalistischen Elementen durchsetzt ist, die der Sowjet-Regierung in entschiedenem Momenten das Leben recht schwer machen, kann dann restlos von Anhängern der Revolution bewältigt werden. Auch das wäre ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Soweit wir unterrichtet sind, ist die Selbstverwaltung des Volkes bis heute noch nicht in dem Maße auf der Höhe, wie es in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Fall wäre. Das kann aber weiter nicht Wunder nehmen, denn der jetzige Zustand in Russland, – die Diktatur des Proletariats – kann nur als eine notwendige Übergangsmaßnahme ausgesprochen werden.

Wenn von den Bolschewisten die vollkommene Einführung des Sozialismus verlangt wird, so ist das eine Utopie. In einem Bruchteil der Welt kann sich kein Sozialismus auf die Dauer behaupten, wenn der größte Teil der Welt kapitalistisch bewirtschaftet wird. Dieses eherne Gesetz der Geschichte werden auch die Bolschewisten nicht umstoßen können. Wohl können sie in ihrem Lande die Vorbedingungen zum Sozialismus schaffen, wohl können sie die welthistorische Aufgabe des russischen Proletariats restlos in den Dienst des internationalen Sozialismus stellen, wohl kann das russische Proletariat durch den Sieg über seine eigene Kapitalistenklasse das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die volle Vorbereitungsarbeit zum Sozialismus geleistet zu haben, aber den Sozialismus erringen im wahrsten Sinne seiner gewaltigen Bedeutung, – das können die Bolschewisten trotz aller Heldenmütigkeit und leidenschaftlicher Begeisterung nicht, dazu sind sie zu schwach.

Indem wir diese Tatsache offen aussprechen, wollen wir freilich den kühnen Mut unserer russischen Freunde in keiner Weise zu beeinträchtigen suchen. Wir wollen klipp und klar erklären, dass es für die Bolschewisten unmöglich sein wird, in Russland die sozialistische Wirtschaftsordnung endgültig einzuführen, solange sie von einer Welt von Feinden umgeben sind, die ihren Sturz vorbereiten.

Die Kritiker der Bolschewiki, die ihr eigenes böses Gewissen durch kleinliche Tüfteleien zu beschwichtigen suchen, müssen also schon andere Wege einschlagen, wenn sie sich von dem Verdachte reinigen wollen, zur Prätorianergarde des Imperialismus zu gehören.

Zur Sammlung.

3. (Fortsetzung.)

Bei Beginn des fünften Kriegsjahres wurde eine Depesche des Wolffschen Telegraphenbüros in den Zeitungen verbreitet, laut welcher die Gesamtkosten des Weltkrieges für die vergangenen vier Jahre 650 bis 700 Milliarden Mark zu veranschlagen seien. Diese Schätzung ist ohne Zweifel zu niedrig. Offenbar gibt sie nur die Summe der baren Ausgaben wieder, welche die sämtlichen kriegführenden Staaten für Kriegszwecke gemacht haben. Zu den „Gesamtkosten“ des Krieges gehören aber außerdem noch die durch Verwüstungen angerichteten Schäden und die Renten, die nach dem Kriege an die Invaliden und Hinterbliebenen gezahlt werden müssen. Eine private Schätzung, die alles dies berücksichtigte und dabei die einzelnen Ziffern so mäßig wie möglich ansetzte, kam schon bis zum 28. Februar 1918 auf eine Gesamtsumme von 875 Milliarden Mark. Aber ob nun die eine oder die andere Berechnung richtig sei – was solche gigantischen Ziffern für das praktische Wirtschaftsleben zu bedeuten haben, das macht sich wohl der hundertste nicht klar. Wir wollen versuchen, ihre Bedeutung an einem Beispiel zu erläutern, und wählen dazu Frankreich.

In jener privaten Schätzung, die wir soeben erwähnten, ist für Frankreich der gesamte Kriegsschaden (bis zum 28. Februar 1918) auf 145 Milliarden Mark berechnet worden. Unter der Voraussetzung nun, dass der Krieg Ende Februar 1918 zu Ende gewesen wäre, würde der französische Staat von da ab jedes Jahr laufende Ausgaben in Höhe von 18 Milliarden Franken zu tragen haben (was sich natürlich durch die inzwischen verflossenen weiteren sechs Kriegsmonate entsprechend erhöht). Vor dem Kriege betragen die gesamten Staatsausgaben Frankreichs viereinhalb bis fünf Milliarden Franken.

Jetzt wollen wir ausrechnen, wie hoch jene Staatsausgaben jeden Einwohner Frankreichs belasten würden und wie hoch demgegenüber sein Einkommen veranschlagt werden kann.

Die Bevölkerung Frankreichs wurde vor dem Kriege zum letzten Mal 1911 gezählt und betrug damals rund 39 600 000 Personen. Im Einklang mit der früheren alljährlichen

Volksvermehrung kann der Zuwachs bis 1914 höchstens 200 000 ausgemacht haben, sodass Frankreich mit einer Volkszahl von 39 800 000 in den Krieg eingetreten sein dürfte. Der Menschenverlust während des Krieges – soweit zuverlässige Angaben darüber vorliegen – betrug eine Million in jedem Jahre, also bis jetzt 4 Millionen, sodass gegenwärtig Frankreich nicht mehr als 35 800 000 Einwohner zählen dürfte. Nun verteilt sich aber die aufzubringende Last nicht auf den Kopf der *Einwohner* (unter denen ja kleine Kinder, unheilbare Kranke, Arbeitsunfähige usw. mitgezählt sind), sondern auf den Kopf der *Erwerbstätigen*, und diese machten bei der Volkszählung von 1906 (spätere Angaben liegen darüber nicht vor) nur 54 Prozent der Bevölkerung aus. Der Krieg wird ihre Zahl stark herabgedrückt haben, da er ja in erster Reihe gerade die Männer im kräftigsten Alter hinwegrafft. Wir werden sie also jetzt nur noch auf 50 Prozent der Bevölkerung veranschlagen dürfen und kämen so auf nicht mehr als knapp 18 Millionen Erwerbstätige. Sie haben die Last jener 18 000 Millionen Franken zu tragen, was für jeden einzelnen von ihnen im Durchschnitt gerade 1000 Franken pro Jahr ausmacht. So hoch also wäre die Summe, die gegenwärtig jeder einzelne französische Staatsbürger alljährlich an Steuern und Abgaben aller Art aufzubringen hätte, wenn der Krieg vor sechs Monaten zu Ende gewesen wäre.

Was nun das *Einkommen* der Erwerbstätigen Frankreichs anbetrifft, so liegen darüber – ebenso wie für andere Länder – selbstverständlich nur private Schätzungen vor. Doch rühren sie von sehr sachverständigen Leuten, Statistikern und Nationalökonomen her. Um nicht durch allzu viele Zahlen zu ermüden, begnügen wir uns mit der Angabe, dass hiernach das Gesamteinkommen der Franzosen im Jahre 1914 höchstens auf 28 Milliarden Franken angenommen werden kann. Mancher wird geneigt sein zu glauben, dass sich dieses Einkommen während des Krieges, entsprechend der allgemeinen Teuerung, erhöht habe. Und es wird wohl auch zutreffen, dass sich der Geldname der Summen, welche die Arbeiter usw. erhalten, vergrößert hat. Demnach wäre es eine Selbsttäuschung, damit zu rechnen. Denn wir haben auch auf der Seite der Kriegslasten die Geldentwertung so gut wie gar nicht in Betracht gezogen. Das Verhältnis bleibt dasselbe, ob wir nun sagen: ein Gesamteinkommen von 28 Milliarden soll 18 Milliarden, oder ein solches von 35 Milliarden soll 22.5 Milliarden Steuern aufbringen. Wir können bei der kleineren Zahl bleiben, und diese besagt, dass im Durchschnitt jeder einzelne französische Staatsbürger nicht mehr als 1560 Franken Jahreseinkommen hat, wovon ihm der Staat rund 1000 Franken abzunehmen genötigt sein wird, wenn er die Kriegslasten decken will. Das sind aber nur die Durchschnittszahlen. In der Wirklichkeit geht die Verteilung der Lasten sowohl wie der Einkünfte nicht so einfach vor sich. Da es viele geben wird, die mehr als 560 Franken das Jahr über für sich behalten und verbrauchen werden, so werden auf der anderen Seite für noch viel mehr Personen noch nicht einmal 560 Franken übrigbleiben.

Und dabei ist dies nur erst ein kleiner Ausschnitt aus dem Wirtschaftsleben, wie es sich infolge des Krieges gestalten muss. Dazu kommt die totale Verschiebung der Kapitalmacht, die ungeheure Konzentration des Kapitals auf der einen Seite, die Aufreibung der Mittelschichten auf der anderen – alles Dinge, die sich zahlenmäßig heute noch gar nicht erfassen lassen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden nach dem Kriege ganz andere sein, als sie es vor ihm waren. Folglich werden auch die politischen Bedingungen ganz anders sein; die Politik der besitzenden Klassen wird ganz anderen Zielen nachstreben; somit wird auch die Arbeiterbewegung sich vor ganz andere Aufgaben gestellt sehen, und ihnen wird sie – ob sie will oder nicht – die Formen und die Methoden ihrer Betätigung anpassen müssen.

Die Richtung, welche nach dem Kriege die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik eines jeden Landes einzuschlagen gezwungen sein wird, und die Mittel, zu denen sie dabei greifen wird, brauchen wir nicht ins Einzelne zu schildern. Nach den paar tatsächlichen Angaben, die wir soeben gemacht haben, kann sie sich jeder leicht ausmalen. Aus der Arbeit der gesamten

Volksmasse die Summen herauszuholen, welche die Deckung der Kriegskosten, der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens erfordern, das wird das unablässige Streben aller kapitalistischen Staaten sein. Kein einziger wird sich dem entziehen können. Und dazu werden alle Machtmittel des Staates und des Großkapitals aufgeboten werden. Wenn das nun solche Dimensionen annimmt, wie wir das in Frankreich gesehen haben, wenn es sich darum handelt, jedem Erwerbstätigen im Durchschnitt Zweidrittel seines Einkommens zu entziehen – vielen einzelnen also noch mehr als Zweidrittel – was sollen demgegenüber die alten Gewerkschaftsmethoden ausrichten, die sich niemals ein höheres Ziel setzten, als dem Arbeiter etwas mehr Lohn und etwas kürzere Arbeitszeit zu verschaffen? Oder die alten Methoden der sozialdemokratischen Parteien, die nichts anderes im Auge hatten als ein paar demokratische Reformen?

Die praktischen Geschehnisse eines jeden Tages werden es den Arbeitern in den Kopf einhämmern, dass sie vom gleichen Wahlrecht nicht satt werden und dass das parlamentarische System, selbst wenn es eine Republik wäre, ihnen aus der Misere nicht heraushelfen kann. Und die gewerkschaftlichen „Errungenschaften“, die im Grunde genommen ja auch früher schon oft nur Schein waren und jedenfalls für den Einzelnen sich in Kleinigkeiten auflösten, sie werden neben den gigantischen Anforderungen, die dann sich erheben, fast wie Hohn empfunden werden. Den Arbeitern wird dann klar werden – vielleicht langsam, vielleicht erst durch schwere Opfer, aber schließlich doch klar werden – dass die Trennung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit unsinnig, hinfällig, verkehrt ist. Eine Aufgabe gibt es zu erfüllen, nämlich in dem furchtbaren Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen die Sache der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Und diese Aufgabe kann nur von einer Organisation, nämlich der einheitlichen Arbeiterorganisation gelöst werden.

Aber das ist nicht alles. Wer sich die Dinge so, wie sie hier geschildert sind, theoretisch klar macht, der kann heute schon sehen, dass es vor dem Abgrunde, dem die Menschheit infolge des Krieges zutaumelt, nur eine Rettung gibt: den Sozialismus. Die Anforderungen, die an die menschliche Wirtschaft gestellt werden, die Summen, die sie wird aufbringen müssen, sind so riesengroß, dass sie nur bei Ausschaltung des Kapitalprofits geleistet werden können. Solange bei jedem einzelnen Produktionsakt mehr oder minder große Beträge als Profit in den Händen von privaten Kapitalisten hängen bleiben, wird es zur Deckung der gemeinsamen gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht reichen. Und deshalb wird sich aus all diesem Widerstreit und Wirrwarr zuletzt der Sozialismus herausarbeiten. Das steht für jeden Sehenden fest. Leider ist aber nicht zu erwarten, dass diese theoretische Erkenntnis sich rechtzeitig genügend ausbreiten werde, nicht bei den Besitzenden und auch nicht bei den Arbeitern. Wäre das der Fall, dann könnte man an einen planmäßigen friedlichen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft denken. So gut wird es den Menschen wohl nicht beschieden sein. Unter schweren Kämpfen wird sie wahrscheinlich geboren werden. Aber diese Kämpfe des Alltags, die vermutlich schwerer sein werden, als alles, was wir bisher erlebt haben, die in das Leben jedes Einzelnen tagtäglich mit rauer Hand eingreifen werden, sie werden den Arbeitermassen durch die Praxis das zum Bewusstsein bringen, was sie theoretisch nicht lernen können: dass es für sie einzig und allein darauf ankommt, den Sozialismus zu schaffen; dass ihnen nicht geholfen werden kann durch die kleinen Ziele, welche die Arbeiterbewegung sich bisher gesteckt hat, sondern dass all ihr Tun durchtränkt sein muss von dem Streben nach Sozialismus. Dieses unmittelbar praktische Bedürfnis, diese Notwendigkeit des alltäglichen Lebens und Kämpfens, das ist die Quelle, aus der der neue sozialistische Geist für die Organisationen der Zukunft erstehen wird.

Es bleibt nun noch zu erörtern übrig, welche Pflichten denen, die das heute schon erkannt haben, daraus für die Gegenwart erwachsen.

(Schluss folgt.)

Kritische Betrachtungen zur Katastrophe der Arbeiterbewegung.

Von Bruno Kersten.

Für jeden nur halbwegs mit der Arbeiterbewegung Vertrauten war es durchaus nichts außergewöhnlich Überraschendes, wenn vor dem rasenden Orkan des Weltkrieges die in Friedenszeiten mit der „altbewährten sieggekrönten Taktik“ eingelullten Arbeiterbataillone zusammenknickten. Nur, dass dieser Zusammenbruch so krass, so über alle Maßen spießhaft kleinlich vonstattengehen würde, hätte mancher vielleicht nicht erwartet. Da ist es jetzt, nach vier Jahren des wahnwitzigen Blutvergießens, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, doppelt nötig, auch den inneren Ursachen nachzuspüren, aus denen die Katastrophe, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zu einem großen Teil sich notwendig ergeben musste.

Wir nahmen wahr, dass innerhalb der Sozialdemokratie die Beeinflussung des Proletariats im Geiste des Sozialismus allmählig völlig in den Hintergrund trat zugunsten einer rein äußerlichen, lediglich auf den zahlenmäßigen Erfolg begründeten parlamentarischen Massenpropaganda. Das Bedürfnis der deutschen, aus den ehemals agrarischen Zuständen industrialisiert emporkommenden Arbeiterschaft, machtgebietend, zum mindesten einflussgebend teilzuhaben an den politischen Kämpfen, ihre speziellen Arbeiterinteressen gegenüber den Interessen der herrschenden Klassen vertretungsgemäß durch das Parlament zu wahren, erklären ja auch ein solches Verhalten. Der Parlamentarismus wurde so das Allheilmittel nicht nur für die täglichen, aus dem kapitalistischen Getriebe sich ergebenden Missstände, sondern auch alleinseligmachender Wegweiser zum sozialistischen Endziel. Die Eroberung der politischen Macht, d.h. Parlamentsmacht gleichbedeutend mit Staatsmacht, erobert durch Handhabung der „Klinke der Gesetzgebung“ und erzwungen durch proletarische Diktatur, stand demnach als unerschütterliches, heiliges Dogma vor der im Grunde genommenen staats- und vaterlandstreuen Seele eines jeden zielbewussten Sozialdemokraten.

Wir wollen für dieses Mal von einer tiefer schürfenden kritischen Stellungnahme zum Parlamentarismus absehen, da es sich für unsern Zweck darum handelt zu untersuchen, wie die proletarische Teilnahme, die scheinbare „Mitarbeit“ an der politischen Gesetzesmaschinerie des Klassenstaates auf die Psychologie des Proletariats gewirkt hat. Trachtet Marx danach, die Geistesverfassung eines Volkes letztthin einfach aus seinen äußeren Lebensbeziehungen ursprünglich zu erklären, speziell dergestalt, dass der Drang zur Beschaffung der materiellen Bedürfnisse die eherne Grundlage selbst für die „hehrsten und heiligsten Ideale der Menschheit“ abgibt, – wobei Umwelt und Innenwelt in stetiger Wechselwirkung zueinanderstehen, – so bleibt speziell noch zu untersuchen, wie die geistigen Werte, das innere Erleben, die Gefühlswerte auf die äußere Handlungsweise zurückwirken. Nun mag, gesellschaftlich betrachtet, das Einzelne in seinem Tun gleichsam untertauchen im Zeitenstrom allmählichen historischen Werdens; der Umstand jedoch, dass alle äußeren Zustände, alle Verhältnisse, nur Zustände und Verhältnisse zum organischen, zum lebendigen Menschen, genau ausgesprochen, zum Einzelnen sind, beweist, wie unendlich wichtig im sozialen Leben die Stellungnahme zur Innenwelt, zum Innenleben des Einzelnen, wie der Gesellschaftsglieder überhaupt ist.

Die Heranbildung innerlich freier Persönlichkeiten, gipfelnd in der Selbständigkeit des Einzelnen, bildet mithin das Fundament für den sozietären, also genossenschaftlichen Aufbau des Künftigen.

Unsere ganze bisherige Politik war aber einzig auf das Schwergewicht der Masse berechnet, der man durch Wahltechtelmechtel Augenblicksvorteile verhiel. So wurde außeracht

gelassen, dass der Kampf um den Sozialismus nur durch starke, sich ihrer Selbstverantwortung bewusste Persönlichkeiten geführt werden kann, dass hingegen der Parlamentarismus als Vertretungssystem alles Handeln, alle Verantwortung dem Führer überträgt, der nun sich fast unfehlbar dünkend, gleichsam das leibhaftig umherwandelnde Verantwortlichkeitsgefühl verkörpert. So ist es gekommen, dass die Sozialdemokratie in dem Wahn als sie an äußerer Breite zunahm, an innerer Tiefe abnahm, dass Verflachung, Bureaucratismus, Herrschaftsgeist, sowie selbstgefällige pfäffische Unduldsamkeit notwendige Begleiterscheinungen der ganzen flitterhaften Parlaments- und Staatspolitik geworden sind. Das zog natürlich eine Gleichgültigkeit und Spießhaftigkeit in steigendem Maße nach sich, die ihre Schatten in weite Kreise des Proletariats hineinwarf.

„Weshalb“, so fragt man sich unwillkürlich in Anbetracht der grauenerregenden Zustände, diese steinerne Ruhe, die förmlich zur regungslosen, unabwendbaren Schicksalsruhe geworden ist? Ja, mehr und schlimmer als das: die von Schwerindustriellen und anderen kapitalistischen Nutznießern künstlich herbeigeführte Züchtung der Gier nach dem korrumpierenden Mammon, den Scheinpapieren? Wir haben es übrigens seit langem auch leider in der Arbeiterschaft zu einer methodisch bevorzugten Schicht gebracht, der das Klassenbewusstsein abhandengekommen oder fremd ist, sodass die Einheitlichkeit aller Proletarier getrübt wurde. Dass diese glücklicherweise im Verhältnis zur Gesamtmasse nur geringfügigen Schichten eine dem Bestehenden angepasste staaterhaltende Politik – soweit sie noch politisch interessiert sind. – gutheißen und fördern, versteht sich von selbst. Politische Teilnahmslosigkeit verbunden mit kleinlichster Selbstsucht sind übrigens ihre hervorragenden Eigenschaften, die sich auch an ihnen, nach endlicher Beendigung dieses Blutvergießens, bitter rächen werden.

Wie verhält es sich nun aber mit denjenigen Proletariern, deren Interesse durch keinerlei solche Bevorzugung getrübt ist? Wir beobachten, dass auch sie völlig im Kriegsbanne stehen, aber hier sind die Ursachen in der Belehrung und geistigen Bearbeitung (Suggestion) zu suchen. Diese Beeinflussung wird erleichtert und begünstigt gerade von denen, die selbst proletarischer Herkunft sind, es aber zu Führern gebracht haben, und nun zu jener erwähnten und gekennzeichneten Schicht von Vorzugsproletariern gehören.

Haben wir es nun mit rein geistigen Faktoren zu tun, welche es bewirken, dass auch die Proleten *bewusst* ihr Leben einsetzen für Ideen, die sie gläubig – ich möchte sagen *religiös-gläubig* – in sich aufgenommen haben.

In der Erkenntnis, dass diese Ideen, wie überhaupt Geistesprodukte, zu gewaltigen einflussreichen Trägern der Handlungen der Beeinflussten werden, dass sie sich nach und nach *verselbständigen*, und eine geradezu weltbewegende Umwälzung in ihrem Schoße bergen, haben wir dafür zu sorgen, dass ihnen die Ideen des grenzenlosen internationalen Sozialismus, gestählt im Feuer proletarischer Massensolidarität, entgegengesetzt werden. Diese uns brüderlich einende Weltanschauung wird sich dann einst nicht mehr in Parlamenten manifestieren, sintemalen [weil] sich schon jetzt die „Wortgespinste der abgelebten Redekünste“ überlebt haben.

Nein, im Proletariat selbst, in seiner eigenen durch Heranbildung von Persönlichkeiten gehobenen Schaffenskraft, werden sie einer in einem Meer von Blut und Tränen versinkenden Menschheit hoffnungsvolle Retter sein.

Feuilleton

Candidens Erlebnisse in Venedig.

Von Voltaire.

(Schluss.)

Wie alle Bedienten hinaus waren, verharrten die sechs Fremden, Candide und Martin in tiefstem Stillschweigen. Endlich brach es Candide: „Ein eigenartiger Fastnachtsspaß, meine Herren! Warum sind Sie aber gerade alle Königsagenten? Ich, meinerseits muss Ihnen gestehen, bin kein König nicht, so wenig wie mein Martin da.“

Jetzt nahm Rakambos' Herr gravitatisch das Wort und sagte auf Italienisch: „Ich bin nichts weniger als Fastnachtsnarr, ich heiße Achmed der Dritte, bin viele Jahre Großsultan gewesen, habe meinen Bruder entthront und mein Neffe mich. Alle meine Beziere sind enthauptet worden, und ich bringe den Rest meines Lebens im alten Serrail zu. Unterweilen erlaubt mir mein Neffe, Großsultan Machmud, gesundheitshalber herumzureisen. Diesmal habe ich den Karnevalslustbarkeiten zu Venedig beigewohnt.“

Ein junger Mann, der neben Achmed saß, hub nach ihm anzureden. „Ich heiße Iwan, sagte er, bin der Kaiser aller Russen gewesen, ward schon in der Wiege entthront, mein Vater und meine Mutter eingekerkert, ich im Gefängnisse erzogen; manchmal steht mir's frei herumzureisen, meine Wächter verlassen mich aber nie. Ich bin hierhergekommen, um dem Karneval beizuwohnen.“

„Und ich bin Karl Eduard, König von England“, sagte der Dritte. „Mein Vater trat mir seine Gerechtsame am Reich ab. Ich suchte sie mit bewaffneter Hand zu verteidigen; man riss achthundert meiner Anhänger das Herz aus dem Leibe, und schleuderte es ihnen um die Backen, mich warf man ins Gefängnis. Jetzt geh' ich nach Rom, meinen Vater zu besuchen, den König, der sowohl entthront ist wie ich und mein Großvater. Ich kam hierher, um den Karneval beizuwohnen.“

Nunmehr nahm der Vierte das Wort und sagte: „Ich bin König der Polen, beraubt meines Erbreichs durch das Kriegsglück, das auch an meinem Vater seine Tücke übte, ich habe mich völlig der Vorsicht resigniert, sowie Sultan Achmed, Zar Iwan und König Karl Eduard. Ich kam hierher, um dem Karneval beizuwohnen.“

„Auch ich bin König der Polen, hub der Fünfte an, verlor zweimal mein Reich, erhielt aber durch die Vorsehung einen anderen Staat, worin ich mehr Gutes getan habe, als je alle Könige der Sarmaten an den Ufern der Weichsel haben tun können; auch ich resigniere mich der Vorsicht, und bin hierhergekommen dem Karneval beizuwohnen.“

Jetzt war die Reihe zu reden an den sechsten Monarchen. „Meine Herren, sagte dieser, an Größe gleiche ich Ihnen nicht, dennoch aber bin ich, so gut wie ein anderer König gewesen. Ich heiße Theodor, und ward zum Könige in Korsika gewählt. Sonst nannte man mich Ihre Majestät, und jetzt mit genauer Not mein Herr. Sonst ließ ich Münze schlagen, jetzt hab' ich keinen roten Heller; sonst hatt' ich zwei Staatssekretäre, und jetzt nicht einmal einen Bedienten. Ich sah mich ehemals auf einem Throne und zu London musst ich lang' im Kerker auf einem Bunde Stroh liegen. Mir ist bange, dass mich hier das nämliche Schicksal trifft, ob ich gleich wie Ihre Majestäten hierhergekommen bin dem Karneval beizuwohnen.“

Die fünf anderen Könige hörten dieser Erzählung mit edlem Mitleide zu, und ein jeder gab dem Könige Theodor zwanzig Zechinen, damit er sich Wäsche und Kleider anschaffe. Candide aber schenkte ihm einen Diamanten von zweitausend Zechinen.

„Wer muss wohl dieser simple Partikulier sein, der imstande ist, hundertmal so viel wegzugeben als jeder von uns, auch tut? sagten die fünf Könige zueinander.“

In eben dem Augenblick, da man von der Tafel aufstand kamen in eben dem Wirtshause vier durchlauchtige Herrschaften an, die das Kriegsglück gleichfalls um ihre Staaten gebracht hatte, und die den Überrest des Karnevals zu Venedig zubringen wollten. Candide, dem der

Gedanke, seine traute Kunigunde aufzusuchen, die ganze Seele erfüllte, kümmerte sich um die Neuangekommenen nicht im Geringsten.

Der treue Rakambo hatte es schon dahin gebracht, dass der türkische Schiffspatron, der den Sultan Achmed nach Konstantinopel führen sollte, Candide und Martin mit an Bord nahm. Ehe sie sich nach dem Schiff begaben, beugten sie sich tief zur Erde vor dem Schattenspielmonarchen.

Sehen Sie, sagte Candide unterwegs, da haben wir mit sechs abgesetzten Königen gespeist, und unter diesen sechs Königen war noch dazu einer, dem ich einen Zehrpennig gegeben habe. Vielleicht gibt's noch weit mehr unglückliche Fürsten. Wie glücklich bin ich dagegen, ich habe ja nur hundert Hämmel eingebüßt, und fliege nun meiner Kunigunde in die Arme. Ich versichere Ihnen nochmals, lieber Martin, *Panglos* hatte Recht. *Es ist doch die beste Welt!* Wollte Gott! seufzte Martin.

Frage.

Du gibst mir deine Hände,
willst mit mir gehen,
bis ans unsichere Ende
treu bei mir stehen?

Ich führ' ein raues Leben
voll Unrast, Lust und Schmerz,
du kannst mir Frieden geben
in das zerwühlte Herz.

Komm mit mir harte Straßen,
der Sturm fährt uns durchs Haar,
nun winkt aus allen Gassen
ein Morgen hell und klar.

Wenn ich im Kampf zerschunden,
hauchst du mir Kraft und Mut
und kühlst mir meine Wunden
mit stiller Liebe Glut.

Streik.

Kein Rädersurren, kein Hammerschlag
tönt in den nebligen, grauen Tag,
die weiten Straßen, die Gassen entlang
nirgends der Arbeit dröhnender Sang,
die Stadt liegt still.

Der Arbeit gewaltiger Tempel ist leer,
ein Schrei durchzittert' das mächtige Heer,
rüttelt es auf aus dumpfigem Harren,
hieß um ein flammend Panier es sich scharen
zu großem Ziel.

Carl Happ.

Berichtigung.

In unserer letzten Nummer des Leitartikels muss es nicht heißen Männerstolz vor - Sozialistenkronen, sondern: Männerstolz vor - Sozialistenthronen. [korrigiert, d. Hrsg.]

Die Redaktion.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 38/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 21. September 1918.

Nr. 38

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Eine Verzweiflungstat.

Über die Attentate, denen die Genossen *Lenin* und *Uritzki* zum Opfer fielen, schrieben am 31. August die „Iswestia“, das Organ der russischen Sowjet-Regierung:

Heute Morgen hat man Uritzki ermordet, den Kommissar für innere Angelegenheiten der nördlichen Arbeiterkommune.

Abends ist durch zwei Schüsse der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare verwundet worden, Herz und Kopf der Arbeiterrevolution, Genosse *Lenin*.

In Arbeiterkreisen, in den Kreisen aller derer, die für Sache eines neuen, freien Russlands leben, wird ein Gedanke sein: Für die Leiche Uritzki's, für jeden Tropfen Blutes des Genossen *Lenin* werden uns mit ihren Köpfen die Vertreter des Kapitals und ihre Söldlinge bezahlen.

Sache der Arbeiterregierung, Sache der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Rote Armee-Deputierten wird es sein, zu bestimmen, welche Maßnahmen zu treffen sind, nicht nur gegen die, welche offen zum Sturz der Räte-Gewalt auffordern, die offen den terroristischen Kampf gegen die Vertreter der Arbeiter- und Bauern-Regierung predigen, sondern auch gegen jene, welche im Geheimen Fanatiker gegen die Regierung der Arbeiterklasse aufzureizen versuchen. Indessen weit wichtiger ist die Beurteilung der *politischen Bedeutung* dieser Attentate.

Die Feinde des Sowjet- Russlands haben erklärt, dass die Arbeiter- und Bauern-Regierung in Bälde vom „Volkszorn“ gestürzt werde und in den Schmutz fallen würde. Als hungrige Arbeiter, und zwar ein kleines Häuflein wankte, die Waffe des Streiks gegen sich selbst erhoben, schrien die Menschewiki und Rechten S.-R.: „Das ist das Ende des Sowjet-Regimes!“ Das Sowjet-Regime blieb unangetastet. Es ist jetzt fester in den Arbeitermassen als es im Frühjahr war, hat doch das Beispiel der von den Tschecho-Slowaken zusammen mit Sozialverrätern besetzten Gebieten den Arbeitern bewiesen, wie man dort lebt, wo keine Bolschewiki sind.

„Nicht einmal bis zur Ernte werdet ihr durchhalten!“ krächzten die S.-R. und Menschewiki, als sie uns vom sibirischen Brot abschnitten und derart dem ausländischen Imperialismus Vorschub leisteten, dessen ganze Berechnung darauf zielte, das Sowjet-Russland auszuhungern. „Wir werden wohl mit den Bolschewiks überwintern müssen“, erklärte uns neulich ein Vertreter der russischen Kapitalisten. Die Leute der Konterrevolution, die Leute

der Tat, verstehen zu rechnen, begreifen, dass jetzt, wo die Ernte eingebracht und die Bolschewikigewalt noch nicht gestürzt ist, sie sich auch noch fernerhin behaupten wird.

„Euch wird der deutsche Imperialismus erdrosseln“, predigte man uns. Der deutsche Imperialismus ist bislang noch nicht auf uns losgegangen, obwohl ihn die russische Konterrevolution dazu einlud, indem sie ihr Ententehemd mit einem deutschen vertauschte. Er ist nicht auf Russland losgegangen.

Die letzte Hoffnung der Konterrevolutionäre bestand darin, dass der englische, französische, japanische und amerikanische Imperialismus sein Messer ins Herz der Revolution versenken und sie vernichten werden. Indessen sogar die englische Presse muss zugeben, dass es den Ententetruppen bis zum Frühjahr nicht gelingt weit vorzurücken. Die Zersetzung unter den Tschecho-Slowaken, der Kampf der sibirischen Arbeiter erschwert ihnen jeden Schritt und wird ihn noch mit jedem Tag mehr und mehr erschweren. Die Arme der Entente erwiesen sich als viel zu kurz, um mit einem Schlage die Rätegewalt aus dem Sattel zu heben. Jedoch, ehe es ihr gelingt, Kräfte zu sammeln, falls solche überhaupt sich finden sollten – wird die Rote Armee im Kampf die Kriegskunst erlernen und wie eine eiserne Wand als ein Schutz des Arbeiter-Bauern-Russlands dastehen.

Und eben darum, weil sie begriffen haben, dass keine Massenbewegung vorhanden ist, die die Rätegewalt zu stürzen vermöchte, eben darum, weil sie begriffen haben, dass die Sache der imperialistischen Welt so schlecht steht, dass dieselbe sich einen erbarmungslosen Kampf mit dem Räte-Russland nicht erlauben kann, geraten die Meister der Konterrevolution in Verzweiflung. „Weder wir noch unsere Kinder werden mit dem Bolschewismus fertig werden“, schrieb vor einigen Tagen Pilenko, ein alter Verteidiger des Zarenregimes, in der „Stimme Kiews“.

Dümmere, hirnverbrannte, abenteuerliche Elemente der Konterrevolution an der Spitze mit der Partei den Rechten S.-R. sind nicht weniger verzweifelt als die alten Ratten der Konterrevolution und haben beschlossen, mit persönlichen Attentaten das zu erreichen, was sie mit den Händen der Massen nicht erreichen konnten, die ihre Losungen verworfen haben.

Diese Hanswürste des Bürgerkrieges bilden sich ein, dass man mit Bombe und Revolver die zum Sturz der Rätegewalt fehlenden Massenkräfte ersetzen kann. Sie glauben, uns Furcht einjagen zu können, wenn sie unsere Lieblingsführer morden. Sie glauben, uns zu enthaupten und Schrecken in die Herzen der Arbeiter zu säen.

Indessen wir entfalten das Banner der sozialistischen Revolution und zogen in den Todeskampf mit der alten Welt der Ausbeutung und wussten recht wohl, dass dieser Kampf solche Opfer fordert, wie kein anderer Kampf in der Geschichte gekostet hat. Sieg und Niederlage in diesem Kampf hängen nicht von persönlichen Opfern ab, wie groß sie auch sein mögen, und wer von den Kämpfern in diesem Kampf zum Opfer fallen mag. Sieg oder Niederlage in diesem Kampf entscheidet der kollektive Verstand und kollektive Wille der Kämpfenden. Deswegen halten wir die Attentate auf unsere Führer für einen Beweis der Verzweiflung unseres Feindes. Und wie schwer auch die Gefühle sein mögen, die unser Herz am Grabe Uritzki und am Bett unseres verwundeten Führers erfüllen, wir erklären den Arbeitern: *Der Feind ist in Verzweiflung*, wir müssen ihn schlagen, schonungslos schlagen, organisiert schlagen, wie es die Vertreter der Arbeiterklasse bestimmen.

Keine Panik, keine verzweifelten Racheakte! Mit vereinten Kräften haben wir den Feind geworfen, mit vereinten Kräften werden wir ihn zerdrücken!

Die verbürgerlichte Sozialdemokratie.

Von Fritz Frenken.

Dass die deutsche Sozialdemokratie, die schon lange vor dem Kriege den Boden grundsätzlicher Politik verlassen hatte, bei Beginn des Weltkrieges mit Pauken und Trompeten ins bürgerliche Lager abgeschwenkt ist, dass sie die angesammelte Macht des Proletariats, soweit sie ihr anvertraut war, den Zwecken des Kapitals dienstbar gemacht hat – das ist heute wahrlich keine Neuheit mehr. Wer es wissen *will*, der weiß es, und schier verdrießen könnte es, dass man es immer von neuem wiederholen muss. Aber immer wieder treten Ereignisse ein, die zu solcher Wiederholung zwingen.

Da ist vor einigen Wochen jene Broschüre erschienen, die unter tatkräftiger Mithilfe sozialdemokratischer Führer verfasst und in nicht weniger als 500 000 Exemplaren verbreitet ist. Die Schrift wendet sich an den deutschen Arbeiter mit begeisterten Worten zum Durchhalten, zur Erringung eines deutschen Friedens. Dieser Krieg sei ein Krieg, der im Lebensinteresse der deutschen Arbeiter geführt werde und bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden müsse. Für diese Notwendigkeit werden an entscheidenden Stellen die Aussprüche der sozialdemokratischen Fachleute wie *Hue, Hänisch, Janßen* usw. zitiert. Auch Presseäußerungen sozialdemokratischer Blätter beweisen die vollständige Übereinstimmung zwischen der Kriegspolitik der deutschen Regierung und diesen Sozialdemokraten.

Diese Broschüre hier eingehend zu besprechen, ist natürlich aus verschiedenen zwingenden Gründen nicht möglich. Unseren Genossen, die dem internationalen Sozialismus treugeblieben sind, wollen wir nur einige wenige Beweise geben von der restlosen Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, die in dieser Broschüre mit Stolz und Selbstbewusstsein sehr zahlreich vertreten sind. Über die Gebietserweiterung und die Kolonialpolitik finden wir gleich auf der ersten Seite die Berufung auf den Abg. *Hue*:

„Wir müssen ferner die ungehinderte Freiheit haben, überseeische Gebiete als Neuland für unseren Warenexport und eventl. als Bezugsland für metallische usw. Rohstoffe wirtschaftlich zu erschließen, natürlich ohne Vergewaltigung der Eingeborenen. Warum sollte sich ausgerechnet Deutschland von dieser kolonialpolitischen Betätigung fernhalten müssen?“

Bekanntlich behaupten die Imperialisten aller Länder, dass sie ihre Ziele „ohne Vergewaltigung“ erreichen wollen.

Was alles für die Arbeiter auf dem Spiele steht, darüber wird die Welt von dem „Sozialisten“ *Janßen* folgendermaßen belehrt:

„Mit der ausgeleierte Phrase, dass im Kriege nur Interessen der Kapitalisten verfochten werden, lassen sich in Friedenszeiten wohl internationale Festreden schmücken. Aber, wenn der Krieg Tatsache geworden ist, sind Ursachen und Wirkungen wirklich nicht mehr zu verwechseln, unschwer lässt sich ermessen, dass gewaltige Lebensinteressen der Arbeiterklasse auf dem Spiel stehen.“

Ganz der Gedankengang unserer alldeutschen Reichsverbändler, der auch von *Wissel* weitergesponnen wird, indem er ausruft:

„Wehe den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger bleiben.“

Dann kommt ein hohes Loblied auf unsere sozialpolitischen Errungenschaften, die in der Welt voranmarschieren:

„Die Beurteilung der Sozialreform mag verschieden sein, aber in einem Punkte kann kein Zweifel bestehen, dass nämlich die deutsche Sozialreform in der Welt voranmarschiert.“
(*Janßen*.)

Von den Zuständen in den feindlichen Ländern wird das schrecklichste Bild der Verwahrlosung, des Elends, des Hungers, der Seuchen gegeben. Die „Bergarbeiterzeitung“ wird folgendermaßen zitiert (Nr. 35 vom 2. September 1911):

„Mit wachsendem Erstaunen und tiefer Bewegung sahen unsere Parteidelegierten zum internationalen Bergarbeiterkongress in London scharenweise in elende Lumpen gehüllte Menschen auf den Straßen liegen, – buchstäblich zu verstehen! Furchtbar vernachlässigt sahen die Leute aus. Der quälende Hunger wühlte ihnen in den Eingeweiden. Tausende haben keine regelmäßige Wohnung, ihre Schlafstelle ist unter den Themsebrücken, in den Schuppen am Hafen, im riesigen Hydepark, wo man diese völlig Verarmten zu Hunderten auf den Rasenflächen liegend findet. Oder sie „wohnen“ in unerhört elenden, stinkenden Spelunken, deren es in den Hafenarbeiter-Quartieren entsetzlich viele gibt. Wie in London, so in Liverpool, in Glasgow, in Cardiff, in Newcastle. Überall dort stehen massenhaft unsäglich ärmlich gekleidete halbverhungerte Leute, auf Arbeitszuweisung wartend, vor den Bureaux der Schifffahrts- und Transportgesellschaften, froh, wenn sie auch nur vorübergehend Beschäftigung bekommen für einen Tagelohn von 2 Mark. Erhalten doch selbst die regelmäßig beschäftigten Kohlenverlader im Hafen von Cardiff für ihre schwere und schmutzige Arbeit 18 bis 20 Mark pro Woche. O, wenn die zahllosen Unglücklichen, die im Straßenschmutz liegen, auch nur diesen Lohn dauernd erhalten hätten, sie wären nicht derart jammervoll heruntergekommen, dass sie nun nach Speiseresten in den Müllkästen suchen.“

Ach, wenn es uns doch vergönnt wäre, objektive, einwandfreie Vergleiche über das Elend der großkapitalistischen Staaten der ganzen Welt anzustellen.

Frohlockend wird weiter unter dem Ausspruch des französischen „Journal“ vom 22. Januar 1917 über die deutsche Regierung zitiert:

„Die deutschen Arbeiter unterstützen ihre Regierung. Das ist verständlich, denn keine andere Regierung zeigte mehr Fürsorge für die wahren Interessen der Arbeiter. In allen sozialen und Organisationsfragen stand Deutschland an der Spitze.“

Man beachte diese französische Objektivität. – Die Haltung der Arbeiter in den feindlichen Ländern wird aufs erbittertste gebrandmarkt. Es klingt geradezu wie ein Hohn auf die deutschen Sozialdemokraten, wenn der Schwede Branting folgendermaßen zitiert wird:

„Und für diese Taktik des Durchhaltens, für diesen Kampf bis aufs äußerste tritt in Frankreich hauptsächlich die Sozialdemokratie ein.“

In Deutschland nicht? Wahrlich, es ist für uns internationale Sozialisten ein erhebendes Schauspiel, diese Katzbalgerei innerhalb der Regierungs-Sozialdemokratie aller Länder zu beobachten. Sie alle tun das Gleiche.

Diese kurz angeführte Broschüre ist ein neuer schlagender Beweis für die vollständige Verbürgerlichung der offiziellen Sozialdemokratie aller Länder.

Zur Sammlung.

4. (Schluss.)

Fassen wir das bisher Gesagte kurz zusammen, so lautet es wie folgt:

Alles Suchen nach neuen Formen für die zukünftige Organisation hat nichts genützt. Äußerlich wird die Organisation der Zukunft vermutlich ebenso aussehen wie die der Vergangenheit: Vereine mit Beamten und mit Kassen.

Genau betrachtet, kommt es aber auch auf die Form der Organisation nicht so sehr an, vielmehr nur auf den Geist, der in ihr herrscht.

Dieser Geist richtet sich nach den Aufgaben, die einer Organisation gestellt sind, und die Aufgaben entspringen dem praktischen Bedürfnis des Tages.

Wohl waren es schon vor 50 Jahren große und hehre Aufgaben, die die Arbeiterorganisationen sich stellten: Befreiung der Arbeiterklasse und dadurch Befreiung der ganzen Menschheit vom Kapitalismus. Aber im Trott des Alltags sind sie sehr schnell bei Seite geschoben worden, und übrig blieben nur kleine Ziele und kleinliche Methoden; eine, wenn auch noch so geringfügige Milderung unmittelbarer Not für die Gewerkschaften, einige staatsbürgerliche Reformen für die Partei. Infolgedessen vertrocknete der sozialistische Geist in der Arbeiterbewegung, nichts von ihm war mehr zu spüren.

Nun aber hat der Krieg das alles über den Haufen geworfen. Riesengroß sind die Aufgaben, die er nach seiner Beendigung der Arbeiterbewegung hinterlassen wird, und unmittelbar wird sich die Erkenntnis aufdrängen, dass sie nicht durch kleinliche Mittel, sondern nur durch den Sozialismus gelöst werden können.

Von da wird der neue Geist in die Arbeiter und ihre Organisationen strömen, der sozialistische Geist. Die Beamten, denen ihre schwere Arbeit jeden Tag das Bewusstsein einpaukt, dass es gilt, den Sozialismus zu schaffen, werden nicht daran denken können, noch wollen, die in der Arbeiterschaft steckenden Kräfte, ohne die das gewaltige Werk nicht geleistet werden kann, durch Statuten und sonstige Zwirnsfäden lahmzulegen – und die Arbeiterschaft ihrerseits wird sich nie auch einen Augenblick dem Wahne hingeben können, dass ein anderer, eine gottbegnadete Führerschaft das Werk für sie vollbringen könne. Das Bedürfnis jedes Tages wird ihr die Wahrheit jenes Satzes im Erfurter Programm ins Bewusstsein hämmern, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann.

Aber noch sind wir nicht so weit. Und nun kommt die Frage: was haben wir, die wir diese Entwicklung voraussehen, zu tun, um sie würdig vorzubereiten?

Hiermit kommen wir an den schwachen Punkt des Wiederaufbaus. Zwar war es an sich gar nicht leicht, die Fehler der alten Bewegung aufzudecken. Das sehen wir schon an der Tatsache, dass Tausende, die mit dem Umfall des 4. August unzufrieden sind, in den Reihen der Unabhängigen mitlaufen, ohne sich bewusst zu werden, dass diese genau den alten Weg verfolgen. Ihnen fällt es weiter nicht auf, dass die Partei der Unabhängigen durch Ukas [Anweisung] ihres Vorstandes den Mitgliedern befiehlt, in den Gewerkschaften Legiens zu bleiben, und dass sie auf politischem Gebiet nichts weiter anstrebt als das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System. Sie haben also nicht gemerkt, wo der Fehler steckt.

Dennoch ist die Kritik verhältnismäßig immer das leichtere. Die wahre Schwierigkeit der Aufgabe beginnt erst dann, wenn es sich um die Frage handelt, was nun stattdessen zu tun sei. So mancher, der bisher gelesen hat und uns recht gibt, wird nun voll Spannung erwarten, dass wir große, neue, himmelstürmende Vorschläge machen, und wird sich vielleicht enttäuscht abwenden, wenn er hört, dass es sich nur um einfache, nüchterne Schlussfolgerungen aus den gegebenen Tatsachen handelt. Es bedarf zäher unermüdlicher Arbeit, bei der nicht das Gefühl, sondern der Verstand den ersten Platz einnimmt. Blender und glänzende Scheinerfolge, womit man vielleicht auf einen Schlag Zehntausende hinreißt, führen zu nichts als zu neuem Versinken in den Sumpf.

Beschränken wir uns darauf, aus den Tatsachen, die wir festgestellt haben, die logischen Schlüsse zu ziehen, so tritt das, was wir zunächst zu tun haben, mit genügender Klarheit zu Tage. Freilich wird es sehr nüchtern klingen und scheinbar sehr wenig sein. Aber dennoch enthält es die Keime der gesamten Zukunft, soweit sie heute schon gepflanzt werden können.

Diejenigen, die den alten Idealen treu geblieben sind, müssen zu einer neuen Organisation zusammentreten. Mit kühnem Entschluss müssen sie alles, was sie mit den Verleugnern des Sozialismus verbindet, von sich streifen, sogar den Namen! Aus den alten Gewerkschaften müssen sie nicht minder austreten wie aus den pseudosozialistischen Parteien, und auch auf den Namen „Sozialdemokraten“ oder „Sozialisten“ müssen sie verzichten. Denn sonst werden sie beständig mit den Leuten um Scheidemann und um Haase verwechselt werden.

Aber freilich kommt es auf den Namen nicht in erster Linie an. Umgekehrt: Der neue Namen für die neue Organisation muss aus ihrem neuen Charakter fließen. Folglich müssen wir uns zuerst über ihren Charakter, d.h. über die Aufgaben, die sie erfüllen soll, klar werden.

Über diese jedoch kann nach unseren Darlegungen kein Zweifel bestehen. Es muss eine Organisation sein, welche die alte Trennung zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei grundsätzlich verwirft, also eine *Einheitsorganisation*, die sämtliche Probleme der Arbeiterbewegung in Angriff nimmt, die Interessen der Arbeiterschaft auf allen Gebieten verteidigt, von sogenannter „Neutralität“ nichts wissen will, sondern prinzipiell jede die Arbeiterschaft berührende Frage mit dem durcharbeitet und durchtränkt, was man bisher „politische“ Gesichtspunkte zu nennen pflegte, was aber in Wirklichkeit nichts anders ist als der sozialistisch-kommunistische Geist. Und ferner muss die neue Organisation stets von dem Bewusstsein getragen sein und ihre Mitglieder mit dem Bewusstsein erfüllen, dass die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung und Höherentwicklung der ganzen Menschheit nicht durch diese oder jene Einzelreform erreicht werden kann und schon gar nicht durch äußerliche Änderungen der Staatsform, die oft genug nur dazu gedient haben, den Kapitalismus noch fester zu verankern – (man denke an Frankreich, an Nordamerika!) – sondern nur durch die grundlegende Änderung der gesamten Wirtschaftsordnung, durch Ausschaltung des Privatinteresses und der Privatbegierde.⁹

Sozialismus und Demokratie.

Von A. Herold.

Vor dem, was man sich bei uns in Deutschland gewöhnt hat, als den „Geist der Demokratie“ anzusehen, haben unsere russischen Genossen bekanntlich wenig Respekt gezeigt. Sie haben die konstituierende Versammlung auseinandergelassen; in der Staatsverfassung haben sie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nur den *Arbeitern* zugesprochen, d.h. nur denen, die sich durch eigene Arbeit (des Kopfes oder der Hände) ernähren, während alle, die vom Profit in irgendeiner seiner Formen leben, des Wahlrechts beraubt sind; und neuerdings, nach dem Attentat auf Lenin, haben sie sogar den Belagerungszustand in seiner fürchterlichsten Form proklamiert. Mussten wir doch in den Zeitungen lesen, dass in Moskau und Petersburg jeder, der ohne Erlaubnisschein Waffen bei sich trug, ohne weiteres erschossen werden sollte!

Mit Heulen und Zähneklappern las man das in den Reihen derer, die sich in Deutschland immer noch für Sozialdemokraten halten. Und alsobald begann ihre Kritik, von denen wir

⁹ Diese Abhandlung will nicht etwas Endgültiges sein, das die Genossen als der Weisheit letzten Schluss hinnehmen sollen, wie es überhaupt im Wesen unserer Bewegung liegen muss, jede Bevormundung auszuschließen. Vielmehr ist es so gemeint, dass die Genossen ihre Ansichten zu diesen Anregungen äußern sollen, dass dann aus gemeinsamer Beratung das Neue geschaffen wird.

unseren Lesern einige Kostproben vorgesetzt haben. Die anderen aber, die vielleicht das unbestimmte Gefühl hatten, dass die Maßstäbe jener Kritik nicht ganz auf ihren Gegenstand passten, fanden dafür keinen anderen Ausdruck als das verlegene Gestammel: man solle die Bolschewiki überhaupt nicht kritisieren. Was denn wiederum recht bezeichnend ist für den „unabhängigen“ Geist.

Zuletzt kam Kautsky und kündigte eine Broschüre über den Gegenstand an. Zum Glück brauchen wir die Broschüre nicht abzuwarten, wie uns auch ein gütiges Geschick davor bewahrt hat, sie lesen zu müssen. Denn wenn wir nicht schon ohnedies im Voraus wüssten, was darinnen stehen wird, so hat Kautsky die wesentlichsten Punkte bereits in einem Artikel mitgeteilt, worin er u. a. sagt:

„Bisher galt die Demokratie bei uns als unbestreitbarer Grundsatz, als die Regierungsform, in der die „Diktatur des Proletariats“ zu verwirklichen ist. Durch ihre Erkämpfung suchten wir die politische Grundlage zu schaffen zur ökonomischen Umwälzung der Gesellschaft. Kein Wort unseres bisherigen Programms, kein Wort unserer bisherigen Propaganda ließ ahnen, dass wir das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Stimmrecht nur fordern, um es an dem Tage unseres Sieges abzuschaffen.“

Hieraus geht Kautskys Gedankengang mit genügender Deutlichkeit hervor, auch für den, der ihn etwa noch nicht kannte. Nach Kautsky besteht die Demokratie im Allgemeinen, gleichen usw. Stimmrecht, und dieses gilt ihm als die politische Grundlage zur ökonomischen Umwälzung der Gesellschaft, d.h. zur Herbeiführung des Sozialismus. Wenigstens wollen wir bis zum unzweideutigen Beweis des Gegenteils noch annehmen, dass Kautskys letztes Ziel die sozialistische Wirtschaft ist, obgleich es wohl erlaubt wäre, daran zu zweifeln, seitdem er den Bolschewiki gerade die Sozialisierung der russischen Wirtschaft zum Vorwurf macht und stattdessen für ein Paktieren mit den bürgerlichen Klassen plädiert.

Wir könnten uns die Erwiderung leicht machen, indem wir einfach Kautsky auffordern, doch einmal das „Kommunistische Manifest“ von anno 1848 nachzulesen. In der Ausgabe z.B., die er selbst im Jahre 1906 mit einem Vorwort versehen hat, kann er auf Seite 37 und 38 (am Schluss von Teil 2) ein kurzes Aktionsprogramm finden, das ihm zeigen wird, dass die Bolschewiki in Russland eigentlich nichts anderes tun, als was im Kommunistischen Manifest steht, und dass dabei vom allgemeinen, gleichen usw. Wahlrecht mit keinem Worte die Rede ist. Damit erledigt sich schon die Behauptung Kautskys, dass seine Meinung „vor wenigen Monaten noch von der ganzen Partei geteilt wurde“, und dass es sich bei dem Verhalten der Bolschewiki um eine „neueste Umlernerei über Nacht“ handelt.

Indessen, wir wollen es uns so leicht nicht machen. Für unsere Sache halten wir eine systematische Erörterung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus für ersprießlicher, die naturgemäß beginnen muss mit der Frage:

Was ist Demokratie?

In der Praxis der deutschen Sozialdemokratie schon lange Jahre vor dem Kriege hat das Wort nämlich eine Bedeutung angenommen, die sich von seinem ursprünglichen Sinne sehr weit entfernt. Das Wesen der Demokratie besteht ja offenbar in der Gleichberechtigung; als demokratisch werden wir einen Zustand bezeichnen, in dem es *keine Vorrechte* gibt, weder soziale noch politische, sondern wo alle Teilnehmer die gleichen Rechte haben. Und dazu käme als zweites Erfordernis noch, dass die Gemeinschaft, die sich demokratisch nennt, keinen Herrscher oder Vormund über sich hat, sondern ihre Angelegenheiten *selbst entscheidet*.

So war es ursprünglich gemeint. Die ehemalige sozialdemokratische Partei z.B. war bei ihrer Gründung vor 50 und mehr Jahren gedacht als eine freiwillige Vereinigung gleichstrebender Personen, die – in Sachen der Partei – keinen Zwang unterliegen, innerhalb ihrer Reihen keine

Vorrechte, keine Bevormundung kennen, sondern alle in gleicher Weise an den gemeinsamen Angelegenheiten teilnehmen und alles selbst entscheiden.

Das war die Theorie. Sie wurde aber durch die Praxis alsbald wesentlich beeinträchtigt. Wenn nämlich die Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft alles „selbst entscheiden“ sollten – wie machten sie das? Man fand keinen anderen Weg als durch Abstimmung und Entscheidung nach *Stimmenmehrheit*. Wie soll man es sonst machen? Sobald über irgendeinen Punkt keine völlige Übereinstimmung erzielt werden kann, bleibt ja gar keine andere Methode übrig. Und überdies erscheint sie auch völlig gerecht: wenn z.B. von 101 Mitgliedern 97 das eine wollen und 4 etwas anderes, so muss doch jedem einleuchten, wie widersinnig es wäre, wenn die 97 sich nach den Willen der 4 richten sollten, statt umgekehrt. Und schließlich erstrebten ja alle dasselbe; nur über die Wege zum Ziel gingen die Meinungen auseinander. Da lag es doch auf der Hand, dass die 4 sich sagen mussten, sie allein würden nicht die Weisheit mit Löffeln gegessen haben – wo so viele andere übereinstimmten, würde deren Meinung wahrscheinlich die zweckmäßigere sein.

So ergab sich ganz von selbst für das praktische Verhalten die Richtschnur: *Die Minderheit muss sich der Mehrheit fügen*. Und nachdem man das in der Praxis einige Jahrzehnte lang getan, hatte sich die Vorstellung in den Köpfen dahin verschoben, dass dies der *Grundsatz* der Demokratie sei, dass ihr eigentliches Wesen in der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bestände.

Erinnern wir uns nur gut. Wir alle ertappen uns wohl gelegentlich dabei: wenn vom „demokratischen Prinzip“ die Rede ist, so verstehen wir darunter ganz einfach die Unterordnung unter die Mehrheitsbeschlüsse, die sogenannte Disziplin. Hat sich doch Jahre lang nach Kriegsausbruch der Streit in der Partei nicht darum gedreht, ob die Mehrheit der Reichstagsfraktion ihre Schuldigkeit getan, sondern darum, ob die Minderheit die Disziplin brechen durfte. Gelang es doch den Demagogen der Richtung Scheidemann Jahre lang, die meisten Parteimitglieder dadurch ganz zu verwirren und zu blenden, dass sie als schwerstes Verbrechen gegen das demokratische Prinzip den sogenannten Disziplinbruch der Fraktionsminderheit hinstellten. Oder noch toller: die Minderheit selbst, jene 14 stimmten (mit einziger Ausnahme Kunerts) am 4. August gegen ihre Überzeugung, weil sie selbst es für ihre erste und größte Pflicht hielten, sich dem Beschluss der Mehrheit zu fügen.

Halten wir also fest: was man mit Demokratie bezeichnet, ist im alltäglichen Gebrauch nichts anderes als die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

Nun liegt aber auf der Hand, dass damit jene *Rechtsgleichheit*, die das eigentliche Wesen der Demokratie ausmachte, in die Luft geblasen ist. Um zu zeigen, wie vernünftig es ist, dass sich die Minderheit der Mehrheit fügen soll, haben wir das extreme Beispiel angenommen, dass 97 gegen 4 stimmen. Zeigen wir jetzt an dem entgegengesetzten Extrem, bis zu welcher Unvernunft die an sich vernünftige Forderung führen muss. Es kann vorkommen, dass nicht 97 gegen 4, sondern 51 gegen 50 stehen. Dann muss es selbstverständlich nach dem Willen der 51 gehen. Eine andere Lösung lässt das „demokratische Prinzip“ nicht zu. Dann sind aber offenbar die anderen 50, fast die Hälfte der Gesamtheit, entrechtet. Sie haben keinen Einfluss auf die Entscheidung, sie sind ausgeschaltet; anstatt dass die Mitglieder „selbst entscheiden“, ist es nur die Hälfte plus einem. Die Vorrechte, welche die Demokratie vermeiden wollte, sind wieder da.

Vielleicht möchte man hier einwerfen: für manche besonders wichtige Fälle, wird ja zwei Drittel Mehrheit verlangt. – Aber diese Ausnahme bestätigt und unterstreicht nur das, was wir sagen wollen. Man hat instinktiv empfunden, dass bei einem Stimmenverhältnis von 51 gegen 50 die ursprüngliche Vernunft zum Unsinn geworden ist. Und was hat man an die Stelle setzen müssen? Einen noch tolleren Unsinn! Für kleine und gleichgültige Sachen reicht das

„demokratische Prinzip“ aus, das immerhin nur 50 gegen 51 entrechtet. Handelt sich's aber um wichtige Entscheidungen, dann können sogar 66 nicht aufkommen gegen 35! Das angebliche „demokratische Prinzip“ genügt so wenig den Bedürfnissen der Demokratie, dass es gerade bei den wichtigsten Entscheidungen über Bord geworfen wird.

Natürlich hat man den Widerspruch immer empfunden, in welchem dieses falsche „demokratische Prinzip“ zur wirklichen Demokratie steht, und man empfand das Bedürfnis nach einem Ausweg. Diesen Ausweg suchte man in einem Trugschluss. Man redete sich ein, auf die Mitwirkung bei den Entscheidungen komme es gar nicht so sehr an; für den Rechtsverlust, den jedes Mitglied der Minderheit dadurch erleide, sei genügend Ersatz geschaffen durch das *gleiche Wahlrecht*. Letzten Endes werden die Angelegenheiten des demokratischen Körpers (sei es nun ein Verein, eine Partei oder ein Staat) ja doch durch die *Funktionäre* erledigt, und so genüge es vollkommen, wenn jedes Mitglied des Gemeinwesens dasselbe Wahlrecht habe wie die andern; damit sei sein Einfluss auf die Entscheidungen genügend gesichert und die demokratische Rechtsgleichheit gewährleistet.

Vor den Lesern unseres Blattes brauchen wir diesen Trugschluss nicht mehr aufzulösen. Sie wissen aus jahrelangen Erörterungen, dass erstens für das Wahlrecht ebenfalls die Entscheidung durch Stimmenmehrheit gilt, sodass alle die Rechtsverluste Platz greifen, die die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit auch sonst mit sich bringt, und dass zweitens das Wählen an sich neue Ungleichheiten produziert, indem es den Wähler unter die Vormundschaft des Gewählten stellt. Mit der „Entscheidung durch das Volk selbst“ ist es überhaupt zu Ende, sobald diese Entscheidung auf irgendwelche Abgeordnete übertragen wird. Aber jedenfalls wissen wir es nunmehr richtig einzuschätzen, dass die „Unabhängigen“ diese sogenannte „Demokratie“ als ihren obersten, unbestrittenen Grundsatz hinstellen. Sie meinen damit das gleiche Wahlrecht und die Entscheidung aller Angelegenheiten durch Mehrheitsbeschlüsse. Jetzt können wir uns der zweiten Frage zuwenden:

Was hat diese Demokratie mit dem Sozialismus zu tun?

Unsere russischen Genossen haben in ihrem Lande die politische Macht bekanntlich auf einem anderen Wege erobert als durch Parlamentswahlen. Und nachdem sie sie in Händen haben, wenden sie sie dazu an, die sozialistische Wirtschaft einzuführen. Deswegen rufen ihnen die Kautsky, Ströbel, Bernstein voller Entsetzen zu: „Das geht nicht! Ihr verletzt ja das demokratische Prinzip! Erst müsst ihr den Bourgeois das gleiche Wahlrecht geben!“

Vergebens fragt man sich, was das gleiche Wahlrecht damit überhaupt zu tun haben soll. Höchstens den einen Schluss kann man daraus ziehen, dass die Kautsky, Ströbel, Bernstein, wenn sie an der Stelle der Lenin, Trotzky und Radek ständen, jede Sozialisierung der Wirtschaft säuberlich unterlassen und vor allen Dingen darauf bedacht sein würden, das gleiche Wahlrecht auch für die Bourgeoisie einzuführen. Mit diesen zusammen würden sie dann eine Konstituante einberufen, und was die Mehrheit in dieser erlauchten Körperschaft beschließt, das würden sie getreulich ausführen. Von Sozialismus würde darin wohl kaum eine Spur zu finden sein, aber das „demokratische Prinzip“ wäre gerettet.

Fasst man das Wort Demokratie in seinem ursprünglichen und richtigen Sinne als *Gleichberechtigung aller* auf, dann kann man in der Tat sagen, sie sei die Voraussetzung des Sozialismus; denn allerdings wird sich die sozialistische Wirtschaft nur behaupten können, wenn die gesamte Arbeiterklasse mit festem Willen und klarer Einsicht daran mitarbeitet. Gibt man dem Wort aber jenen untergeschobenen, falschen Sinn, den es im Munde der Kautsky, Ströbel, Bernstein hat, dann hat es mit dem Sozialismus nicht das mindeste zu tun. Im Gegenteil, dann kann es - wie das russische Beispiel zeigt - zu einem Hemmnis des Sozialismus werden.

Mögen die Arbeiter deshalb nie vergessen, dass es sich für sie um Sozialismus handelt, aber nicht um das, was man in Deutschland fälschlich „Demokratie“ zu nennen pflegt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

15. September.

Für *sehr einfältig* muss die Bremer Bürger-Zeitung, ihre Leser halten, dass sie ihnen das folgende Demagogenstückchen vorzusetzen wagt. Unter Berufung auf unseren Artikel in Nr. 33 behauptet sie, die „Arbeiterpolitik“ hätte „jetzt endlich“ eingesehen, dass es in den Arbeiterorganisationen nicht ohne Angestellte geht. Das hätten sie, die weisen Sozialpatrioten, schon bei Beginn der Parteistreitigkeiten gesagt, aber da seien sie, die Linksradikele ganz empört gewesen, hätten darauf nicht gehört, sondern trotzdem die Organisationen zertrümmert, um jetzt schließlich zu derselben zurückzukehren.

Die Bürger Bürger-Zeitung“ tut demnach so, als sei der ganze Streit nur wegen der belanglosen Meinungsverschiedenheit entbrannt, ob die Partei Angestellte haben solle oder nicht. Sie tut so, als wüsste sie nicht, welch kolossalen Unterschied es macht, ob die Angestellten als Beauftragte der Mitglieder in deren Sinne handeln und deren Willen ausführen, oder als ob sie als Diktatoren den Mitgliedern *ihren* Willen aufzwingen. Sie tut so, als wüsste sie nicht, dass es sich um die Frage handelte, ob die Mitglieder es sich gefallen lassen dürfen, dass ihre beauftragten Angestellten genau das Gegenteil dessen taten, wozu sie angestellt waren, nämlich dem Sozialismus zuwiderhandelten und die ihnen anvertraute Macht der proletarischen Organisationen zur Schwächung und Verhinderung des Sozialismus benutzten.

Na, schließlich blamiert sich ein jeder so gut, wie er kann. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ hat offenbar der Welt zeigen wollen, dass sie bei dem winzigen Häuflein Leser, das ihr geblieben ist, eine Einsichtslosigkeit voraussetzt, die nicht mehr zu überbieten wäre, wenn sie *das* nicht einmal merken sollten.

16. September.

In Halle führt die Unabhängige Partei gegen die Regierungssozialisten einen Prozess um das Eigentumsrecht am Volksblatt. In erster Instanz wurde das Urteil für die Unabhängigen ungünstig beschieden. Ein auf dem 6. September angesetzter neuer Termin wurde durch ein Schriftstück der Unabhängigen zur Vertagung gezwungen.

In diesem Schriftstück interessiert die Leser unserer Zeitung folgende vom „Vorwärts“ veröffentlichte Stelle, die ein grelles Schlaglicht wirft auf die geistige Verfassung dieser „revolutionären Partei“. Hier der betreffende Abschnitt:

„Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei erfolgte überhaupt nicht wegen programmatischer Streitfragen, sondern wegen des Streites über taktische Fragen. Streitig war innerhalb der Reichstagsfraktion die Frage der *Kriegskredite*, wie auch der *Kriegsziele* (?). schließlich auch die Fragen persönlicher Natur, über die Vertretung der Partei durch Redner im Parlament. Die Spaltung erfolgte schließlich aus Anlass eines solchen persönlichen Streites.“

Treffender könnten wir das Wesen der Unabhängigen nicht charakterisieren, als es hier die Unabhängigen selbst tun. Zuerst der Schreckensruf „Bruderkampf“, dann der Hinauswurf aus der Reichstagsfraktion, der zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft führte. – Und immer wieder, so oft man auch Klarheit über das Wesen der Unabhängigen forderte, war die Antwort ein Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf, dem jedoch die Tat stets fehlte. Nun haben wir in Vorstehendem eine Darstellung vom Wesen der Unabhängigen Partei, wie wir es stets

unsern Lesern dargestellt haben. Auch heute ist es nur noch ein Bruderkampf und keine prinzipielle Verschiedenheit, was die „feindlichen Brüder“ trennt.

Abfertigung der zahmen Propheten.

Eh' ihr es nicht werdet wagen,
Wie auf einen Zauberschlag,
Eure Haut zu Markt zu tragen,
Kommt uns nicht der Freiheit Tag.

Und so könnt' ihr tausend Jahr noch
Sagen, dass es kommen muss,
Und wir rückten fort kein Haar noch,
Immer gaffend über'n Fluss.

Ja! die Mumie muss zerfallen,
Wenn sie eine Hand berührt,
Wenn sie aus den dumpfen Hallen
Wird ans scharfe Licht geführt.

Doch wenn keine Hand es waget,
Bleibt sie unverwüstlich stehn,
Und wenn ihr sie nicht zerschlaget,
Wird die Knechtschaft nie vergehn.

„Alles wird sich selber machen,
Nur nicht unnütz angefacht!“
Doch so alt die Welt, ihr Schwachen,
Hat noch nichts sich selbst gemacht.

Einzel muss der Mann sich stellen,
Wo Gefahr sein Haupt umkreist,
Und muss Henker und Gesellen
Vor dem Volk entlarven dreist.

Stürzt er von den ersten Schlägen,
Weil er wehrlos steht und vorn,
Bleibt sein Wort im Volk ein Segen,
Schwellend wie das Samenkorn.

Aber eh die Flammen lohen,
Wird erstickt noch mancher Brand;
Märtyrer sind's und Heroen,
D'rauf das Aug' der Zeit gewandt.

Schmach euch Feigen, die nichts wagen!
Kein Verdienst ist's um die Zeit,
Einem Freund ins Ohr zu sagen,
Dass ihr Demokraten seid.

F. v. Sallet.

Arbeiterpolitik 39/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 28. September 1918.

Nr. 39

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Am Ziel des Strebens.

Wonnevolle Kunde brachten die deutschen Zeitungen um die Mitte September. Traut man den Glocken, die sie haben läuten hören, so wäre jetzt das Ziel des Strebens derer um Scheidemann erreicht. Und wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, ist es vielleicht schon so weit: die Mauserung der ehemaligen deutschen Sozialdemokratie wäre dann so weit vorgeschritten, dass die bürgerlichen Parteien kein Bedenken mehr tragen, ihr in der Regierung ein oder einige Plätzelein zu überlassen. Natürlich unter Bedingungen. Die „Germania“, die als führendes Blatt der Zentrumsparterie gegenwärtig als das eigentliche Organ des Reichskanzlers angesehen werden muss, ließ sich sofort nach dem ersten Auftauchen des Gerüchts dahin vernehmen: wollte die sogenannte Sozialdemokratie in „kulturellen“ (d. h. religiösen) Fragen ihren Radikalismus ebenso dämpfen, wie sie das in nationalen Fragen getan hat, so würde ihrem Eintritt in die bürgerliche Regierung kein Bedenken mehr entgegenstehen. Nun, über den Punkt werden die Scheidemänner mit sich reden lassen. Wir wüssten wenigstens nicht, weshalb sie – angesichts des herrlichen Lohnes, der ihnen winkt – sich ausgerechnet wegen solcher Fragen bockbeinig stellen sollten, wie Trennung der Kirche vom Staat, der Schule von der Kirche, Religionsunterricht in der Fortbildungsschule u. dergl. Hier starrsinnig zu sein, wäre wenig „realpolitisch“ und „staatsmännisch“, zumal sie noch die Ausrede haben, dass diese Fragen in die Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören, also im Grunde genommen die Reichsregierung gar nichts angehen.

Um indessen die Sache in ihrer ganzen Schönheit zu würdigen, muss man sich vergegenwärtigen, wie sie entstanden ist. Wie kamen die bürgerlichen Parteien überhaupt dazu, der Scheidemannparterie dergleichen anzubieten? Welche Verlegenheit zwang sie dazu und woher entsprang diese Verlegenheit? Darüber orientiert uns gut ein Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 21. September. Da lesen wir, dass es jetzt ungefähr ein Jahr her ist, dass Graf Hertling das Amt des Reichskanzlers übernommen hat. Wer nicht sehr kurz von Gedächtnis ist, wird sich noch des Freudentaumels erinnern, der deswegen das liberale Bürgertum und die ihm anhängende vaterlandstreue Sozialdemokratie ergriffen hat. Denn Graf Hertling ist der erste „parlamentarische“ Kanzler: seine Berufung geschah im Einverständnis mit den Fraktionen des Reichstags, die vorher befragt wurden. Das wurde als ein Sieg des parlamentarischen Prinzips gefeiert und die weitestgehenden Hoffnungen wurden daran geknüpft. Das „Berliner Tageblatt“ zählt die Verpflichtungen auf, die – nach seiner Behauptung – Graf Hertling damals übernahm:

„Er versprach, die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 ... zu vertreten, ein Arbeitskammergesetz und eine Vorlage über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung einzubringen das gleiche Wahlrecht in Preußen durchzusetzen und auf dem Gebiet des Press- und Versammlungswesens jede mögliche Milderung des Belagerungszustandes anzustreben. Endlich versprach er in seiner programmatischen Reichstagsrede vom 29. November, ... in der Ostpolitik den Völkern der Randstaaten das Selbstbestimmungsrecht zu überlassen.“

Was ist nun – fragt das „Berliner Tageblatt“ – von diesen Versprechungen erfüllt worden? „Eine einzige sozialpolitische Kleinigkeit“, nämlich die Aufhebung des § 153. „Und sonst? Eine fruchtlose Öde!“ – Und dann zählt das liberale Blatt auf: Das Arbeitskammergesetz steckt fast hoffnungslos in der Kommission; in der Wahlrechtsfrage sieht es noch unerfreulicher aus; von einer Milderung der Zensur und der Versammlungsbeschränkung ist nicht viel zu spüren; und in den östlichen Randstaaten sei bisher nicht ein einziger Schritt getan worden, um parlamentarische Körperschaften auf breitester demokratischer Basis ins Leben zu rufen.

Unsere Leser mögen verzeihen, dass wir diese an sich belanglosen Dinge mit solcher Breite behandeln. Ab und zu ist es notwendig, den hoffnungslosen Kreis von Widersprüchen aufzudecken, in dem sich die bürgerliche Demokratie bewegt und in dem ihr die sogenannte Sozialdemokratie beider Richtungen geduldig nachtrötet. Jetzt kommt nämlich der Knalleffekt. Nachdem das „Berliner Tageblatt“ das betrübliche Resultat festgestellt hat, dass nach einem ganzen langen Jahre fast nichts, rein gar nichts von den Erwartungen in Erfüllung gegangen ist, mit denen seine Gesinnungsgenossen damals den „parlamentarischen“ Kanzler begrüßten, stellt es die Frage, was denn nun geschehen solle. Und die Antwort, die es auf diese Frage gibt, ist wahrhaft verblüffend. Unsere Leser werden sie sich nicht träumen lassen, deshalb wollen wir sie wörtlich hierhersetzen. Das Blatt schreibt:

„Die Mehrheitsparteien werden mithin ein neues Arbeitsprogramm mit dem Reichskanzler vereinbaren müssen.“

Ist das nicht pyramidal? – Vor Jahresfrist hat man ein Arbeitsprogramm mit dem Grafen Hertling vereinbart, und nachdem fast nichts davon ausgeführt ist, muss man ein neues Programm mit ihm vereinbaren! Welch' eine Lösung! Ein wahres Ei des Kolumbus! Und wenn übers Jahr wieder nichts verwirklicht ist, dann ein drittes, ein viertes? – O nein, dann muss Graf Hertling einem anderen Platz machen, denn – so schließt das Blatt pathetisch – „die Sache steht über der Person“.

Welch' eine geradezu kindliche Auffassung von Geschichte und Politik spricht doch aus diesen Auslassungen. Wenn Graf Hertling die Aufgaben, die ihm das „Berliner Tageblatt“ vor einem Jahre zuwies, nicht erfüllt hat, so lag das demnach nur daran, dass er nicht wollte oder dass seine Fähigkeiten nicht ausreichten? Man muss ihm also gut zureden und, wenn auch das nicht hilft, ihn durch Entlassung bestrafen. Das ist die ganze Geschichtsphilosophie des „Berliner Tageblattes“. Und das sind die Leute, die auf den historischen Materialismus mit souveräner Verachtung herabblicken. Nun, wir Anhänger des historischen Materialismus konnten dem „Berliner Tageblatt“ schon vor einem Jahre diese Entwicklung der Dinge voraussagen und haben das auch getan.

Um aber dem Delinquenten die Aufgabe zu erleichtern und ihn zugleich fest bei der Stange zu halten, sollen ihm ein paar Aufpasser zur Seite gestellt werden, und dazu sollen zwei bis drei Sozialdemokraten in die Reichsregierung eintreten. Das ist die Rolle, die die Liberalen den Ebert, David und Südekum zugedacht haben.

Fasst man die Sache so in ihrem Zusammenhange ins Auge, so erkennt man sofort, wie wenig dabei die persönliche Seite ins Gewicht fällt. Wie wir vor einem Jahre voraussagen konnten, dass das Ministerium Hertling nichts Wesentliches am Gang der Dinge ändern werde, so

können wir heute voraussagen, dass der Eintritt von ein paar Scheidemännern nichts Wesentliches am Ministerium Hertling ändern wird. Für die Sache, für die Weiterführung des Krieges, für die ferneren Geschicke des deutschen Volkes und der Menschheit ist es also ganz gleichgültig, ob Herr David und seine Freunde künftig mit im Rate der Reichsregierung sitzen werden oder nicht. Ihre ganze Bedeutung würde sich darauf beschränken, dass einer Anzahl von Leuten, die jetzt noch vertrauensselig sind, die Augen aufgehen, sobald klar wird, dass auch dies nichts am Bestehenden geändert hat. Worauf es indessen wenig ankommt, denn wer jetzt, nach vier Kriegsjahren, noch nicht gemerkt hat, wie der Hase läuft, der zählt als politischer Faktor nicht mit. Aber einigen Spaß macht es noch zu sehen, wie die Herren persönlich die Sache aufnehmen. Der „Vorwärts“ hüllt sich in den Tugendmantel des Prinzips und schreibt zunächst:

„Auf keinen Fall lassen sich die bestehenden politischen Schwierigkeiten dadurch lösen, dass ein paar Sozialdemokraten in die Regierung eintreten, im Übrigen aber alles beim Alten bleibt. Die sozialdemokratische Opposition kann nicht dadurch beschwichtigt werden, dass man ihren Trägern persönliches Entgegenkommen beweist, sondern nur dadurch, dass man ihren Anschauungen in weitgehendem Maße Rechnung trägt.

Die Frage, die sich heute für die Mittelparteien stellt, lautet also nicht dahin, ob sie mit Sozialdemokraten in einer Regierung zusammenarbeiten können, sondern vielmehr dahin, ob sie eine Politik zu treiben gewillt sind, für die die Sozialdemokratie die Mitverantwortung übernehmen kann.“

Gut gebrüllt, Löwe! Es wird natürlich den Schriftgelehrten des „Vorwärts“ später ein leichtes sein, jede Politik der neuen Regierung dahin auszulegen, dass sie eine Konzession an seine Anschauungen darstellt. Denn, dass die Herren annehmen wollen, darüber lässt der „Vorwärts“ keinen Zweifel. Er schreibt nämlich außerdem:

„Dass die Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung nicht grundsätzlich ablehnen kann. Hat sie für sich allein im Parlament die Mehrheit, so tritt an sie die Pflicht heran, die Regierung aus ihrer Mitte zu bilden. Wollte sie aber ihren Eintritt in die Regierung davon abhängig machen, dass sie sich auf eine rein sozialdemokratische Mehrheit stützen kann, so würde das für die Zeit, in der sie sich noch in der Minderheit befindet, einen Verzicht auf politischen Machteinfluss bedeuten.“

Es hat wohl auch ohnedies niemand daran gezweifelt, dass die Herren nicht nein sagen werden, wenn ihnen endlich das Ziel ihres Strebens winkt, die Lösung der sozialen Frage, so wie sie sie auffassen.

Schande über Schande.

Von Fritz Frenken.

Vor kurzem ist der Öffentlichkeit ein Geheimdokument unterbreitet worden, welches selbst denjenigen, die schon längst ein berechtigtes Misstrauen gegen die führenden Instanzen der ehemaligen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hegten, einen Ruf lauter Verwunderung entlocken wird. In einer Konferenz der Gewerkschaftsbeamten vom 17. August 1914 wurde ein Vorschlag erörtert, welcher die Verhinderung von Streiks und Lohnbewegungen bezweckte. In dem darüber geführten *Geheimprotokoll* (!) heißt es auf Seite 43:

„Zum Vorschlage, dass von keinem Vorstände Lohnbewegungen und Streiks bis auf anderweitige Beschlussfassung mittelbar oder unmittelbar unterstützt werden dürfen, wünscht

Saupe (Kupferschmied), dass dieser Beschluss auf Lohnforderungen und Angriffstreiks beschränkt bleibt.

Cohen (Metallarbeiter) schließt sich dem Wunsche Staupes an. Er begründet das des Nähern durch Zweckmäßigkeitsgründe.

Legien (Generalkommission) erklärt: Wenn *Cohen* mit seiner Begründung Recht habe, dann nütze uns ein solcher Vorschlag nichts. Habe man aber einen solchen Beschluss, wie Redner ihn wünschte, dann habe man ein Mittel in den Händen, um auf die Regierung einwirken zu können. Außerdem habe der Minister Delbrück ausdrücklich den Wunsch geäußert, dass allenthalben nur acht Stunden gearbeitet werden möge.

Cohen (Metallarbeiter) ist es darum zu tun, dass kein formeller Beschluss gefasst wird.

Legien (Generalkommission): *Wir brauchen den Beschluss ja nicht zu veröffentlichen.*

Giebel (Büroangestellter) schlägt eine Fassung vor, die in ihrer Wirkung auf dasselbe hinauskommt, was *Legien* will, die aber den Bedenken *Cohens* gleichfalls Rechnung trägt.

Paeplow (Bauarbeiter) hält es für richtig, öffentlich zu erklären, dass wir jetzt keine Streiks und Lohnbewegungen übernehmen wollen, zumal auch schon am 2. August in diesem Sinne diskutiert worden ist. Wir haben damit ein Mittel gegen unsere Zweigvereine, falls diese nicht Disziplin halten wollen. Redner hält den Vorschlag *Legiens* für den besseren. Einzelne Übergriffe werde man sich trotzdem wohl oder übel gefallen lassen müssen.

Legien (Generalkommission) macht nunmehr den Vorschlag, dass Lohnbewegungen usw. nur unter Zustimmung aller in den Betrieben beteiligten Organisationen stattfinden dürfen.

Saupe (Kupferschmied) hält diesen Beschluss für überflüssig, da das bereits besteht.

Legien (Generalkommission): Was heute vorgeschlagen wird, geht weit über frühere Beschlüsse hinaus. Jetzt soll jede einzelne beteiligte Organisation ein Vetorecht erhalten.

Leipart (Holzarbeiter) hält eine Änderung auch des *Legienschen* Vorschlages noch für nötig. Angriffsstreiks müssten unter allen Umständen klar und ausdrücklich ausgeschlossen werden. Wenn auch der Beschluss nicht veröffentlicht zu werden braucht, so müssen sich doch die Vorstände in diesem Sinne verpflichten.

Cohen (Metallarbeiter) kann sich mit den Ausführungen *Leiparts* einverstanden erklären. Er legt seinen Standpunkt nochmals dar.

Leipart (Holzarbeiter) macht einen weiteren Vorschlag, den *Legien* für unpraktisch hält, da er Schaden anrichten könnte, wenn er in die Hände der Unternehmer fällt.

Legien ergänzt seinen Vorschlag dahin, dass Genehmigungen zu Angriffsbewegungen, nicht zu erteilen sind, Abwehrbewegungen dürfen nur unter Zustimmung aller in den Betrieben beteiligten Organisationen stattfinden.

Leipart genügt auch diese Fassung nicht, noch nicht, da sie sich hinsichtlich des zweiten Absatzes nur auf gemischte Betriebe bezieht.

Legien: Die Verantwortung für das, was in einheitlichen Betrieben geschieht, können wir jeder einzelnen Organisation überlassen.

Es wird nach dem Vorschlage *Legiens* beschlossen.“

Wenn es wahr ist, was die Gewerkschaftsführer immer behaupten, dass nämlich die einzige Pflicht der Gewerkschaften darin bestehe, für eine Besserung der Lage der Arbeiter zu sorgen ohne politische Rücksichten, so beweist dieser Teil des Geheimprotokolls bereits, dass mindestens seit Beginn des Krieges die Gewerkschaften das Gegenteil ihrer Pflicht getan haben. Aber es kommt noch besser.

Auf den Vorschlag des Herrn Leipart vom Holzarbeiterverband hat dann im November 1914 die Generalkommission der Gewerkschaften folgendes *Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber* gerichtet:

Berlin, den 25. November 1914.

An die

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

Berlin W.

Der Krieg hat unserm Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen. Sofort nach Ausbruch des Krieges wurden zahlreiche gewerbliche und industrielle Betriebe geschlossen und die Angestellten und Arbeiter entlassen. Inzwischen hat ja das Wirtschaftsleben sich wieder wesentlich gebessert. Zahlreiche Betriebe sind wieder geöffnet und die Produktion ist wieder aufgenommen worden. Die Beschäftigungsmöglichkeit ist gestiegen, wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit beweist.

Diese günstige Entwicklung ist zu einem nicht unerheblichen Teile durch das verständige Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter herbeigeführt worden. In den verschiedenen Gewerben und Industrien haben Unternehmer und Arbeitervvertreter sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigt, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Öffnung der Betriebe und der Aufnahme der Produktion entgegenstanden. Als geradezu vorbildlich dürfte die von den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Baugewerbes und des Baunebengewerbes am 13. Oktober d. Jahres gebildete Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe anzusehen sein. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die darniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben.

Es könnte sicherlich viel mehr zur Hebung des Wirtschaftslebens geleistet werden, wenn allgemein nach dem vom Baugewerbe gegebenen Beispiel verfahren würde. Die wirtschaftliche Rüstung der kriegführenden Staaten ist für den Ausgang des Weltkrieges von ebenso großer Bedeutung als die militärische Rüstung. Es gilt deshalb, das Wirtschaftsleben Deutschlands unter allen Umständen zu sichern und auf eine möglichst gesunde Basis zu stellen.

Geleitet von diesem Bestreben fragen wir ergebenst an, ob Sie bereit sein würden, auf die Ihnen angeschlossenen Unternehmerorganisationen dahin einzuwirken, dass, soweit es noch nicht geschehen ist, ein Zusammenarbeiten mit den zuständigen Arbeiterorganisationen angestrebt und durchgeführt wird.

Evtl. könnte in einem von Ihnen und uns gemeinsam zu erlassenden Aufruf zu einem Vorgehen in dem von uns gewünschten Sinne aufgefordert werden. Zur weiteren Begründung unseres Vorschlags sind wir evtl. in einer gemeinsamen Sitzung gern bereit.

Ihrer gefälligen Erklärung entgegensehend

hochachtungsvoll

Die Generalkommission. Gez. Bauer

Die Stellung des Unternehmertums gegenüber diesem Anbindungsversuch ist denn auch eine geradezu vernichtende Ohrfeige für die Verbandsstrategen. Mit hoheitsvoller Verachtung hielten es die Unternehmer nicht einmal für notwendig, das Schreiben der Generalkommission einer Antwort zu würdigen. Nur mit einigen dürren Worten bestätigten sie den Empfang, gingen aber sonst in keiner Weise auf den Inhalt ein. Das war der

unmittelbare Erfolg, den Bauer in der am 8. Februar abgehaltenen Gewerkschaftsbeamten-Konferenz mitzuteilen gezwungen war, ein Erfolg, der seiner Urheber würdig ist. -

Wir bringen dieses Geheimdokument nicht etwa aus eitel Wollust am Aufdecken der Handlungsweise der gewerkschaftlichen Arbeiterführer zur Kenntnis unserer Leser, sondern einzig und allein deshalb, um den Arbeitern zu beweisen, wie falsch es ist, sich von diesen heute bestehenden Gewerkschaften den Aufbau einer freien Arbeiterzukunft zu erträumen.

Aber die Sache hat außerdem noch eine andere bitterernste Seite. Der Teil des deutschen Proletariats, der sich unter die Fittiche der *Unabhängigen Sozialdemokratie* geflüchtet hat in dem Wahn, dort könne der Aufstieg der Arbeiterschaft vorbereitet werden, dieser Teil predigt bekanntlich in Stadt und Land laut und täglich von der Pflicht, in diesen Gewerkschaften zu bleiben, diese Gewerkschaften um Gotteswillen nicht zu schwächen durch Austritt, sondern Mitglied zu bleiben, um „von innen heraus“ eine Gesundung der Gewerkschaftsbewegung zu erzielen.

Zunächst ist das an sich schon eine Utopie. Ein derartiger unergründlicher Sumpf, wie ihn die deutschen Gewerkschaften in ihrer heutigen Gestalt verkörpern, *kann* gar nicht durch die Opposition trockengelegt werden, es wird sich stets und immer aufs Neue zeigen, dass hier überhaupt keine Rettung möglich ist. Aber nehmen wir einmal günstigstenfalls an, dass es der unabhängigen Opposition gelingen würde, *alle* Positionen mit ihren Anhängern zu besetzen, so könnte sie auch dann nicht einmal die Gewerkschaften zu einem brauchbaren Werkzeug des proletarischen Befreiungskampfes gestalten. Selbst dann würden sich die Gewerkschaften als eine längst überwundene, der heutigen Zeit unangemessene Einrichtung entpuppen. Und sogar dann noch würden sich die Gewerkschaften als unbrauchbare Werkzeuge erweisen, wenn es den Unabhängigen gelungen wäre, - was wir ja für ausgeschlossen halten, - diese Organisationen mit echtem sozialistischen Geiste zu erfüllen.

Woran liegt es aber dann? Und welches ist der Weg, der einzig gangbare, der einzig mögliche Weg, der zum Ziele führt?

Die Gewerkschaften, die einzelnen Verbände, sind lediglich Interessengruppen einzelner Berufe. Sie sind praktisch nichts weiter als eine Zersplitterung der großen proletarischen Volkskraft, die sich mit dem Augenblick in ungeahnter Weise stärken würde, wenn alle diese, heute fremd gegeneinanderstehenden Verbände in eine einzige, große Organisation zusammengeschmolzen würden. Nur als einziger riesiger Komplex, als Zentrale aller proletarischen Energien, als einzige, allumspannende Organisation des Proletariats unter Niederreißung aller Bretterzäune zwischen einzelnen Berufen, nur so kann das Proletariat eine wirkliche Macht bilden gegen den immer mächtiger anschwellenden Kapitalismus.

Es ist ganz selbstverständlich, dass eine solche Riesenorganisation nur auf der Grundlage der sozialistischen Erkenntnis aufgebaut, dass sie durch und durch mit sozialistischem Geiste durchtränkt sein muss. Es müsste also, um ihr Ziel, den Sozialismus zu erreichen, vornehmlich eine politische Klassenkampforganisation sein, die internationalen, revolutionären Charakter angenommen hat und keinerlei Unterstützungseinrichtungen besitzt, also ganz von vornherein eine reine, klare Kampforganisation wäre.

Nur eine solche Organisation, die wir kurz *Einheitsorganisation* nennen, kann die Grundlage bilden zur endgültigen Überwindung des Kapitalismus, nur diese Einheitsorganisation ist das Fundament, worauf zur Vollendung des internationalen Sozialismus weitergebaut werden kann.

Dieses hehre Ziel geht den Unabhängigen zu weit, sie weichen ängstlich und erschrocken zurück vor diesem Riesenproblem der Zukunft, sie haben nicht den Mut, das alte morsche Gebäude ihrer Gewerkschaften niederzureißen, wie sie auch in der Politik sich auf den alten

falschen Weg bürgerlich-demokratischer Reformen beschränken. Sie lullen die Arbeiterschaft ein mit kleinen, jämmerlichen Augenblickserfolgen, sie begnügen sich mit Brosamen, die vom reichgedeckten Tisch der bürgerlichen Gesellschaft fallen, – sie machen sich dadurch zum Mitschuldigen an dem unheilvollen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sittlichen Verfall des Proletariats.

Wir erkennen klar, dass es ungeheuer schwer ist, diese politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation zu schaffen und sie zu einem brauchbaren Werkzeug der Menschheit zu gestalten. Wir erkennen aber ebenso klar, dass diese Arbeit endlich begonnen werden muss, dass mit dem Beginn dieser hohen Arbeit viel zu lange gezögert worden ist, dass es eine schwere Versündigung am internationalen Sozialismus ist, wenn nicht bald und energisch das Fundament zur Einheitsorganisation gelegt wird.

Indem wir obiges Geheimdokument den Arbeitern vorlegen, fordern wir die klassenbewusste, sozialistisch denkende Arbeiterschaft auf, diesen Gewerkschaften den Rücken zu kehren, die verbürgerlichten Elemente der Gewerkschaften unter sich zu lassen, sich zu sammeln auf dem festen Boden der Einheitsorganisation, den Kampf aufzunehmen gegen alles, was dem Sozialismus feindlich gesinnt ist.

Die vornehmste Parole des Tages lautet: *Heraus aus den Gewerkschaften, hinein in die Einheitsorganisation!*

Wirtschaftlich oder politisch?

Über die Entstehungsgründe des Weltkrieges.

Von Ernst Sacher.

Eine merkwürdige Rechnung wird neuerdings beliebt. Der ehemals als Sozialdemokrat bekannt gewesene Schriftsteller *Parvus* – aber er ist hierin nur ein Beispiel von vielen – rechnet in einer Broschüre über „Die soziale Bilanz des Krieges“¹⁰ den verschiedenen kriegführenden Mächten vor, welche wirtschaftlichen Vorteile sie durch den Krieg erstrebten und welche Verluste ihnen der Krieg schon bis jetzt gebracht hat. Etwa folgendermaßen: in England wollten die Imperialisten, Deutschland sollte durch den Krieg so weit politisch geschwächt und wirtschaftlich erschöpft werden, dass es die Geschäftskonkurrenz gegen England nicht mehr aufnehmen könne. (S. 4) Nun wird ihnen aber der Krieg allein an Anleihen eine Schuldenlast von 100 Milliarden Mark hinterlassen, d.h. eine Zinsenlast von 5 Milliarden Mark jährlich. Hätten sie stattdessen *einmal* 3 Milliarden aufgewendet, so hätten sie sich eine neue Handelsflotte bauen können von derselben Größe und höherer Leistungsfähigkeit als die gesamte englische Handelsflotte vor dem Kriege. „Wenn man dem englischen Schiffbau nur etwa 3 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt hätte, so würde England auf allen Weltwaren [Weltmeeren?] spielend alle Rekorde in Bezug auf Schnelligkeit, billige Frachten, Regelmäßigkeit des Verkehrs schlagen können. Es würde dadurch ohne Schwertstreich die deutsche Konkurrenz unmöglich machen.“ Ähnlich wird dann für Frankreich, Deutschland usw. ausgerechnet, dass ihnen alles, was sie durch den Krieg etwa gewinnen können, ohne Krieg billiger und sicherer zu verschaffen gewesen wäre.

Nebenbei bemerkt, das für England gegebene Beispiel scheint etwas zu hinken. Denn die Konkurrenz hängt doch nicht allein von der Flotte ab. Außerdem wäre Deutschland stets im Stande gewesen, mindestens annähernd die gleichen Anstrengungen zu machen wie England und ihm so mit seiner Konkurrenz immer dicht auf den Fersen zu bleiben. Gerade diese

¹⁰ Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft, 1917, 30 Seiten. 25 Pf.

wirtschaftliche Kraft Deutschlands wollen doch aber die englischen Jingos durch den Krieg zerschmettern.

Doch, wie dem auch sei, Parvus zieht aus der Gesamtheit seiner Rechnungen den Schluss (S. 14):

„Die Schäden, die dieser Krieg Europa und der Menschheit zugefügt hat, sind so enorm, dass unbedingt niemand den Krieg gewagt hätte, wenn er dessen lange Dauer vorausgesehen hätte.“

Es ist wohl möglich, dass ein Teil der Regierungen an eine so lange Dauer des Krieges nicht gedacht und sich folglich die Verluste auch nicht *so* groß vorgestellt hat, wie sie nun wirklich werden.¹¹ Aber die Einsicht, dass Kriege Geld kosten und noch Menschenleben dazu, war doch auch im Jahre 1914 keine so tief verborgene Weisheit, dass nicht jeder Mensch, der rechnen kann, die jetzigen Rechenexempel von Parvus – vielleicht mit etwas kleineren Zahlen – auch schon damals hätte aufstellen können. Sollen wir wirklich glauben, dass die Staatsmänner Europas dazu nicht im Stande gewesen wären? Umso mehr als *Norman Angells* Buch über „Die falsche Rechnung“¹² bereits 1910 erschienen ist und alle diese Gedankengänge schon enthält. Das Buch hat aber damals eine derartige Verbreitung gefunden und ein derartiges Aufsehen erregt, dass die Minister aller Staaten es sicher gekannt haben.

Was z.B. England anbetrifft, so hat *Lord Grey* sich in einer Rede am 1. Juni 1911 ausdrücklich zu den Ansichten *Norman Angells* bekannt. Dabei geht das Buch viel weiter als Parvus. Während der letztere nur die rechnermäßigen Verluste und möglichen Gewinne durch den Krieg darlegt, predigt *Norman Angell*, wie die wirtschaftliche Schädigung des einen auch dem andern Schaden bringt, so dass die Hoffnung, durch Krieg und wirtschaftliche Herabdrückung eines feindlichen Volkes dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, eitel und töricht ist. Das alles haben die Staatsmänner Europas nicht nur gelesen, sondern zweifellos auch eingesehen; ja, man darf sogar vermuten, dass sie es schon vor der Belehrung durch *Norman Angell* aus ihrer eigenen Erfahrung und aus ihrem eigenen Nachdenken heraus gewusst haben.

Mögen deshalb die Zahlen, die Parvus ausrechnet, richtig sein, seine Schlussfolgerung ist offenbar falsch. Die verschiedenen Großstaaten *haben* zweifellos vorausgesehen, dass ihnen der Krieg unermessliche Verluste bringen werde, die er selbst im günstigsten Fall nicht ersetzen kann. Will man eine Frage daran schließen, so muss sie ganz anders lauten. Man muss dann fragen, wieso die Staatsmänner der verschiedenen Mächte, *trotzdem* sie das voraussahen, den Krieg *dennoch* begonnen haben.

Da lautet die gewöhnliche Antwort: sie taten es gar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Diese Unterscheidung, die große Diskussionen, ganze Bücher hervorgerufen hat, verflüchtigt sich jedoch bei näherem Zusehen.

¹¹ Selbst dies erscheint zweifelhaft, wenn man bedenkt, dass *Moltke* schon 1890 und nach ihm fast sämtliche militärischen Schriftsteller eine jahrelange Dauer des nächsten Krieges vorausgesagt haben und dass sämtliche Staatsmänner mit dem Eingreifen aller Großmächte rechneten. Auch 1870 würde der Krieg sicher länger gedauert haben, wenn Russland und dann vielleicht England eingegriffen hätten. Es genügt aber ein Blick in die Literatur, um zu sehen, dass mindestens seit 1900 kein Staatsmann daran zweifelte, der nächste europäische Krieg werde ein allgemeiner Weltkrieg werden.

¹² Deutsche Übersetzung erschienen bei Vita, Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg.

Wo müssen wir suchen, um die Gründe zum Kriege zu finden? Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, der sich allerdings oft in sehr unklaren Vorstellungen bewegt, waren es die mitteleuropäischen Mächte, welche den Krieg „angefangen“ haben. Von ihnen gingen die ersten Kriegserklärungen aus. Am 28. Juli 1914 hat die österreichisch-ungarische Regierung der serbischen den Krieg erklärt, am 1. August folgte die deutsche Regierung mit der Kriegserklärung an Russland, am 3. August erklärte sie den Krieg an Frankreich und dann an Belgien, worauf am 4. August die Kriegserklärung der englischen Regierung an Deutschland erfolgte.¹³ Die unmittelbaren Gründe der Kriegserklärungen sind zunächst bei der österreichisch-ungarischen und der deutschen Regierung zu erforschen. Weshalb haben sie den Krieg erklärt?

Wie sich von selbst versteht, darf man nun nicht die kleinen Einzelheiten im Auge haben, wie z.B. die Frage, ob es mit der Sicherheit Deutschlands noch verträglich war, dass Russland seine gesamten Streitkräfte mobilisierte. Von solchen Einzelfragen muss man in dem Zusammenhang, auf den es uns hier ankommt, absehen; denn, genauer betrachtet, entziehen sie sich dem Willen der Diplomaten. Sie traten ein, weil der Stein bereits im Rollen war, und kein Staatsmann war im Stande, ihn dann noch aufzuhalten. Eine kurze Betrachtung wird das klar machen.

Gewiss gab den unmittelbarsten Anlass zur ersten deutschen Kriegserklärung die Tatsache, dass Russland seine gesamte Heere mobil machte, nicht nur auf der gegen Österreich gerichteten Front, sondern auch gegen Deutschland. Und niemand, der sich von Vorurteilen nach der einen, wie der nach der anderen Seite freizumachen strebt, wird der deutschen Regierung hieraus einen Vorwurf machen. Wie die Dinge in jenem Augenblick lagen, sah sie die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet und musste tun, was sie zu dessen Schutz für nötig hielt. Es lag jetzt nicht mehr in ihrer Macht, die Kriegserklärung zu unterlassen, sofern nicht etwa die russische Regierung die allgemeine Mobilmachung unterbrach. Das aber lag wiederum nicht in deren Macht. Einmal wegen der technischen Zusammenhänge – man stelle sich z.B. ein Kirgisen-Regiment vor, das tief in Asien, fern von Telegraph und Eisenbahn, mit vieler Mühe die Mobilmachungsordere bekommen hat und sich nun zu Fuß oder zu Pferde auf den Weg macht, um Tage lang bis zur nächsten Eisenbahnstation zu marschieren. Soll man es unterwegs oder von der Station aus wieder nach Hause schicken? – Sodann, weil die russische Regierung ihrerseits die Sicherheit des eigenen Landes bedroht sah. Auch das darf kein Vorurteilsloser bestreiten. Gegen Österreich bestand, nach dessen Kriegserklärung an Serbien, äußerste Kriegsgefahr. Dorthin musste also mobil gemacht werden.

Waren die Dinge einmal so weit gediehen, so entwickelte sich alles nach einer zusammenhängenden Kette von Ursachen und Wirkungen, und der freie Wille der Staatsmänner war so ziemlich ausgeschaltet. Wollten sie ihre Schuldigkeit tun, so musste ein jeder von ihnen die Maßnahmen ergreifen, die sich für die Sicherheit des eigenen Staates aus der Situation ergaben. Die Frage nach den Gründen des Kriegsausbruchs kann also nicht die Bedeutung haben: warum hat Deutschland am 1. August 1914 an Russland den Krieg erklärt? warum hat Russland seine gesamten Streitkräfte mobil gemacht? usw. Denn hierauf lautet die Antwort ganz einfach: weil die gegebene Situation dazu zwang. Sondern die Frage muss lauten: *warum ist man in eine Situation geraten, die keinen anderen Ausweg mehr zuließ?*

(Schluss folgt.)

¹³ Siehe die amtlichen Dokumentensammlungen, veröffentlicht unter dem Namen wie Weiß-, Rot-, Blaubücher usw.

Aus unserm politischen Tagebuch.

25. September.

In der letzten General-Versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer (Buchdrucker-Verband) war eine Ergänzungswahl zur Revisionskommission vorzunehmen. Der Vorsitzende Massini schlug an Stelle von Gordian – Grumbach vor, mit der Begründung, einem alten Brauche gemäß, werden in diese Kommission nur Kollegen mit dem Anfangsbuchstaben „G“ gewählt. Diese sonderbare Demokratie wäre ein gutes Mittel, die Opposition innerhalb der Gewerkschaften loszuwerden. – Sie zeigt, wie weit *vorgeschritten der Buchdrucker-Verband* ist. –

Feuilleton

Der Pilger.

Von Edwin Hoernle, Stuttgart.

Durch dürre Wüsten zieh' ich still und müd" –
ein Tag wie Höllenbrand verglüht;
kein Baum am Weg, kein grüner Strauch,
und keines Hüttendachs verheißungsfroher Rauch.
Kein Bächlein mir zu Füßen rauscht,
kein Vogel singt, auf den die Hoffnung lauscht,
und keines Freundes gleichgemess'ner Schritt
ermuntert leis': Ich schreite mit.

Der Abend sendet seinen schrägen Schein;
wie Kupfer rötet sich der Sand, aufglimmt der Stein,
Gebirge drohen schwarz und breit gestreckt,
der Wüstenfuchs flieht hin erschreckt;
ein Geier kehrt dort heim mit schwerem Flug
vom Leichenfraß – er hat genug.

Die Nacht wird kühl – leb' wohl, du Tag!
Bald lieg' auch ich, wo jener Leichnam lag,
der Schakal zerrt an mir, das Fleisch dorrt ein,
des Morgens Sonne trocknet mein Gebein;
vielleicht, dass, bis der Abendwind sich regt,
ein neuer Pilger sich an meine Seite legt.

Und doch – was soll die Klage mir?
Kam ich den Weg ein stumm gezwungen Tier?
War's nicht des Herzens Sturm und Not,
das mir die Wanderschaft gebot,
mich mahnend hinter Wüstenbrand
ruht quellenmurmelnd das gelobte Land?

Ja, was mein Fiebertraum in Mittagsglut erspäht,
und was der Wüstensand ins Ohr verwirrend weht,
und was die trockne Zunge lechzt,
und was die Brust verzagend ächzt:
dort, dort! – Der Weg, der dorthin weist,
ist meines Blutes Quell, der Glieder Geist.

Ich hab' genug, wenn ich nur dorthin schritt,
ich hab' genug, ging auch kein einz'ger mit,
ich hab' genug, käm' auch kein einz'ger nach. –
O Trost der Toren und der Klugen Schmach:
zu suchen nur, was man erreichbar wähnt,
nur stark zu sein, wenn der Erfolg uns krönt.

Was soll die Sorge, ob es möglich ist?
Wie wenig oder viel ein Menschenfuß durchmisst?
Wie bald ein Menschenleib im Kampf erliegt?
Wie weit voraus der Hoffnung Taube fliegen?
Mir war auch so die heiße Wanderschaft
noch schön genug – an Glaubensdrang und zäher Kraft.

Heul', Schakal, heul'! Bald bin ich dein. –
Komm', weiches Bett aus Dorngestripp und Stein!
Du süße Decke leichtgewob'ner Luft!
Du Sternenwölbung, hoch wie keine Gruft,
die man dem Pharao, der Israel schund, gebaut:
so mächtig scholl ihm nicht der Klageweiber Laut
wie mir – die Steppe lauscht ihm still –
des fernen Löwen sattes Lustgebrüll.

Hab' ich geträumt? – Ist's Todesphantasie?
Ich richt' mich hoch – ich hör', ich sehe sie:
Dort der Kamele Schaukelgang,
des Treibers Ruf, der Pilger Weihgesang;
es mögen tausend sein – nein mehr, weit mehr!
Millionen kommen schon – ein bannertragend Heer.
O wie das wimmelt, leuchtet, fern vorüberzieht!
O Lust, o Wunder! Wie die Wüste blüht!

Die Palmen fächeln, schattige Bäume spenden Duft,
ein feuchter Schimmer glänzt in der gekühlten Luft.
Und Quellen, Quellen! felsgrundkühl und klar! –
O, wie mich dürstet! – Fort, du Geierschar!
Fort, fort, Schakale – Flieg', steiffüßiger Marabu!
Zum Henker ihr – auch du – auch du!
Ihr Freunde her! – Ach findet ihr mich nicht?
Zu euch, zu euch strömt alles Licht.
Um mich wird's dunkel. – Lasst mich nicht allein!
Wer schreit so sterbensgrell? – Ich werd's wohl selber sein.
Mir wird so heiß – nun kalt – und nun kein Himmel mehr –
vorüber schreitet jenes ferne Heer –
Der letzte wendet sich – er wird mich seh'n!
Nein? – Doch! – Und wieder bleibt er steh'n. –
Reich' mir den Becher, Freund, führ' mich nach Haus!
Er nickt – er streckt die Hände aus.
Wer bist du? – Weh! – Wie er die Wundenmale weist
Vater! in deine Hände ... meinen Geist.

Der Pilger schläft, vom Flugsand überweht. –
Ein Heer von Streitern durch die Wüste geht,
zur Eile mahnt der Ort, wo jener fiel,
der Tote weist den Lebenden das Ziel.

Morgengebet.

Gib mir Kraft, du junger Tag,
dass im Kampf ich ohne Wanken
kann bestehn, wenn schwarz die Nacht
reckt nach mir die Todespranken.

Sonne! Lass mich müde nicht
in der Einsamkeit verzagen!
Schenkst du mir ein Fünkchen Licht
spring ich auf zu kühnem Wagen!

Wenn ich dann nach schwerem Schlag
nimmer schaun des Zieles Blinken,
seid mir gut und lasst mich schnell
in dem Strom der Welt versinken!

Carl Happ.

Spruch.

Was gebt ihr der Regierung schuld
Und klagt sie schmäählich an?
Unschuldig ist sie ganz und gar,
Sie hat ja – nichts getan.

<p>Berichtigung. In Nr. 38 in dem Aufsatz „Sozialismus und Demokratie“ muss es am Schluss Zeile 13 vor dem Ende – statt sozialistische Wissenschaft, sozialistische Wirtschaft heißen. [Korrigiert, d. Hrsg.]</p>
--

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 40/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 5. Oktober 1918.

Nr. 40

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die „Ausrottung der Bourgeoisie“ in Russland.¹⁴

Von Julian Borchardt.

Die bürgerliche Presse Deutschlands hat in den letzten Wochen Nachrichten aus Russland verbreitet, die darauf berechnet waren, Abscheu vor dem Verhalten unserer dortigen Genossen zu erregen. Im „Berliner Tageblatt“ las man, Genosse Radek habe im amtlichen Organ der russischen Regierung einen förmlichen Plan zur Ausrottung und Ermordung der Bourgeoisie bekanntgegeben. Er habe „unverhohlen zugegeben, dass auch solche Mitglieder der Bourgeoisie, welche keinen unmittelbaren Anteil an der weißgardistischen Bewegung nehmen, hingerichtet werden und hingerichtet werden sollen“. Was geschieht, sei „für das elementarste Gefühl von Humanität unerträglich. Jeden Tag treffen immer noch aus der Provinz neue Nachrichten über die Erschießung von Geiseln ein, die jetzt wohl schon nach Tausenden zählen, und es häufen sich die Verhaftungen neuer Geiseln, die bereits nach Zehntausenden berechnet werden müssen“. – Der Berliner Lokalanzeiger behauptet:

„Das letzte Dekret über die Anwendung des Massenterrors gegen offene und geheime Widersacher der Sowjetrepublik, der Befehl Geiseln, aus den bürgerlichen Kreisen zu ergreifen und sie niederzuschießen, sobald Unruhen drohen, übersteigt alles bisher Dagewesene. Wie wäre die zivilisierte Welt erschauert, wäre es früher der Regierung des Zaren eingefallen, Sozialdemokraten, Arbeiter, Studenten usw. zu verhaften und sie kaltblütig aufhängen zu lassen, sobald Streiks ausbrechen oder aber Attentate verübt werden. Telegramme aus der Provinz melden jetzt, dass das blutige Dekret fast überall zur Anwendung gekommen ist.“

¹⁴ Wenngleich die „Arbeiterpolitik“ selbstverständlich nur solche Beiträge veröffentlicht, die in der Richtung der Bestrebungen unseres Blattes liegen, so sei doch nochmals daran erinnert, dass die mit Ramen gezeichneten Aufsätze in allen Einzelheiten natürlich nur von ihrem Verfasser vertreten werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ redet gar von einer „Bartholomäusnacht im großen, die in diesen Septembertagen ihre Todesschatten über Russland niedersenkt“.

„In Moskau und Petersburg sei nicht ein Mensch mehr, der seines Lebens sicher wäre. Schuldige und Unschuldige, ein jeder kann – so geschieht es täglich – auf Grund eines bloßen Verdachtes, auf Grund von Listen, die beliebig zusammengestellt werden, von der Außerordentlichen Kommission gegriffen, in die überfüllten, von Schmutz und voll Ungeziefer wimmelnden Gefängnisse geworfen und ein paar Stunden später erschossen werden.“

Ich glaube nicht, dass wir, die wir in den russischen Bolschewiki unsere Gesinnungsgenossen erblicken, zu diesen Anklagen schweigen können. Wir können es umso weniger, nachdem die „Arbeiterpolitik“ die vollen Schalen ihres Hohnes über jene „Unabhängigen“ ausgegossen hat, welche sich nicht anders zu helfen wussten als durch die Parole: jede Kritik an den Bolschewiki müsse jetzt schweigen. Mit Recht würde man uns nachsagen, dass wir die Freiheit der Kritik nur so lange verfochten haben, als es nach unserer Meinung nichts zu tadeln gab, dass wir aber, sobald dies sich ändert, aus Liebdienererei geschwiegen hätten.

Versuchen wir also, diejenigen Vorgänge, um die es sich hier handelt, klar und scharf ins Auge zu fassen. Da muss zuerst gesagt werden, dass die bürgerlichen Kritiker – und zwar offenbar in tendenziöser Absicht – es unterlassen, die Lage in Russland richtig und vollständig zu zeichnen. Wie liegen denn die Dinge? Die russische Republik hat, sobald sie irgend dazu in der Lage war, Frieden geschlossen. Das russische Volk war des Krieges satt. In der Oktober-Revolution hat es den Männern die öffentliche Gewalt anvertraut, von denen es wusste, dass sie dem Kriege ein Ende machen würden. Und diese Männer haben sein Vertrauen gerechtfertigt. Für Russland solle der Krieg vorüber sein, das Blutvergießen sollte aufhören, friedlicher Beschäftigung wollte das Volk sich widmen und endlich an jene Neuordnung der Dinge gehen, welche allen, die arbeiten wollen, ein sicheres Dasein gewährt.

Hiermit war ein Teil der Bevölkerung nicht einverstanden. Und zwar revoltiert die bürgerliche Klasse Russlands gerade deshalb gegen den Frieden, weil er jener eben erwähnten Neuordnung der Dinge den Boden bereiten soll. Sie wollen den Kommunismus nicht, sie wollen auf ihre Vorrechte nicht verzichten, und dabei haben sie ihre sonst so gerühmte „Vaterlandsliebe“ ganz beiseitegestellt! Sie sind mit auswärtigen Regierungen in Verbindung getreten und haben diese veranlasst, mit Militärmacht ins Gebiet der russischen Republik einzudringen, um deren Regierung zu stürzen und das Land in einen neuen Krieg zu verwickeln – alles zu dem Zweck, um der russischen Bourgeoisie wieder zu dem ungestörten Besitz ihrer Kapitalien und ihrer Vorrechte zu verhelfen.

Das ist ein so ungeheuerliches Verbrechen, dass daneben alles andere in den Hintergrund tritt. Die russische Bourgeoisie hat gezeigt, dass ihre „Vaterlandsliebe“ nur dann stichhält, wenn das liebe Vaterland ihren Geldsack stützt. Was an ihr lag, hat sie getan, um das Vaterland in einen neuen Krieg zu stoßen. Sie achtete nicht der Millionen Leichen, die der neue Krieg häufen würde, sie gönnte dem eigenen Volk nicht Ruhe und Frieden, Privatinteressen waren ihr wichtiger.

Nun stelle man sich vor, wie die Regierung eines *jeden* anderen Staates verfahren würde gegen Personen oder Klassen, die sich das gleiche grauenhafte Verbrechen zu Schulden kommen ließen! Schon im Frieden würde keine von ihnen vor den schärfsten, äußersten Maßnahmen zurückschrecken, geschweige denn jetzt im Krieg. Die „Frankfurter Zeitung“ ist unvorsichtig genug, erkennen zu lassen, dass wirklich das die Ursache für die blutigen Gegenmaßregeln der Sowjetregierung gewesen ist und auch erst, nachdem sie lange versucht hatte, mit Milde auszukommen. Das Frankfurter Blatt zitiert nämlich einen Artikel Radeks aus der amtlichen Zeitung „Iswestija“ vom 6. September, worin es heißt:

„Die Arbeitermassen haben lange gezögert, bis sie sich entschlossen, Zwangsmaßnahmen gegen das Bürgertum zu ergreifen. Im Anfang wollte die Arbeiterrevolution Großmut üben. Aber ihre Feinde erhoben zum Dank dafür, dass sie sie laufen ließ, gegen die Arbeiter ihre Waffen. Die Seele aller Verschwörungen auf russischem Boden ist die Bourgeoisie. Sie verfügt über ein Netz von Verbindungen im ganzen Lande. In ihren Händen befinden sich noch Milliarden. Noch hofft sie auf den Sieg mit Hilfe des fremden Kapitals und des Großbauerntums.“

Weiter berichtet die „Frankfurter Zeitung“ aus einer Rede Radeks, er habe daran erinnert, dass die Sowjetregierung anfangs den Finanzminister Tereschtschenko auf die Bitte seiner bejahrten Mutter frei ließ, dass sie sogar die Generäle Kornilow, Kaledin, Kraßnow ursprünglich freigelassen hat, die diese Milde nur dazu benutzten, um an der Spitze von Armeen gegen die neue Regierung zu Felde zu ziehen. Und mit welcher Grausamkeit haben sie den Krieg geführt und führen sie ihn noch gegen die Arbeiter des eigenen Landes. „Dank der konterrevolutionären Tätigkeit der Bourgeoisie sind die Arbeiter Russlands vom Brot Sibiriens, Kubans, des Donbezirks abgeschnitten, entbehren der Kohle und des Petroleums.“ Die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder hungern und frieren, weil den russischen Bourgeois die Rettung ihres Profits wichtiger ist als das, was sie sonst scheinheilig die „gemeinsamen Interessen des Vaterlandes“ nannten! Setzen wir einmal den umgekehrten Fall, nehmen wir an, dass in irgendeinem anderen Lande die Arbeiter es wären, die sich solcher Taten gegen eine kapitalistische Regierung schuldig gemacht hätten – da wollten wir einmal sehen, ob die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ nicht mit den drakonischsten Maßnahmen gegen die Aufrührer einverstanden wären!

Nachdem wir so die Vorgänge in das richtige Licht und den richtigen Zusammenhängen gestellt haben, verliert das Bild jene Scheußlichkeit, die es in der verzerrten Darstellung der bürgerlichen Presse gewonnen hatte. Nichtsdestoweniger bleiben Flecken übrig. Das muss offen zugegeben werden.

Keiner von uns wird etwas dagegen haben, dass im Kampfe die äußerste Gewalt angewandt wird. Wer schuldig ist, die Errungenschaften der russischen Revolution zu gefährden, gegen den kann es keine Rücksicht geben. Und selbst wer nur in den Verdacht solcher Verbrechen gerät, muss es tragen, dass man sich gegen ihn sichert. Aber in Russland ist mehr geschehen. Dabei stütze ich mich nicht auf die Berichte deutscher Kapitalistenblätter, sondern auf die Angaben der russischen Revolutionäre selbst. In Moskau erscheint eine Zeitung „Weltrevolution“, herausgegeben von der deutschen Gruppe der Russischen Kommunistischen Partei. Dieses Blatt berichtet am 5. September:

„Tatsächlich wurden als Antwort auf das Attentat gegen Lenin in Nischni-Nowgorod schon 40 Bürger, die als Geiseln gegen die Konterrevolution dort in Haft waren, erschossen und 45 neue Bürger als Geiseln in Haft genommen. In Petersburg wurden 500 Konterrevolutionäre erschossen und die Namen von 500 anderen bekanntgegeben, die ebenfalls sofort erschossen werden sollen, falls noch ein Attentat auf einen Führer des revolutionären Proletariats versucht werden sollte.“

Was heißt das? – Man kann sich doch nicht einbilden, dass ein Mensch, der ein Attentat begehen will, davor zurückschreckt, weil andere Leute, die er vielleicht gar nicht kennt, mit denen er gar nichts zu tun hat, deswegen erschossen werden. Die russischen Revolutionäre dürften doch aus jahrzehntelangen Erfahrungen wissen, dass die Attentäter ohne weiteres ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, also ganz gewiss nicht auf das Leben anderer Rücksicht nehmen. Eine Schutzmaßregel gegen Attentate ist also die Erschießung der Geiseln nicht. Ich vermag darin nichts weiter zu erblicken als einen Ausbruch der Nervosität, von Rachsucht. Das ist aber kein günstiges Zeichen. Ich rede absichtlich nicht von Moral. Denn es handelt sich ja bei den Bolschewiki gerade darum, das Abschlachten von neuen Millionen durch einen

neuen Krieg zu verhüten. Wenn dazu die Erschießung von ein paar tausend Menschen nötig wäre, so können nur Heuchler dagegen moralische Einwände erheben. Aber ist sie nötig? Ist sie auch nur ein Hilfsmittel dazu? Mir scheint das Gegenteil zuzutreffen. Sie ist ein Ausbruch sinnloser Wut, der den Eindruck der Schwäche erweckt und den Gegnern eine willkommene Handhabe bietet, in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst Missstimmung gegen die Sowjetregierung zu säen. Wie leicht können sich Demagogen das zu Nutze machen. „Da seht, so geht es zu, so kann es euch allen gehen, wenn die Kommunisten an der Macht sind“ – so rufen sie den Arbeitern zu und verschweigen arglistig, was dieselben Kommunisten Großes und Segensreiches für die Arbeiterklasse getan haben.

Glücklicherweise ist inzwischen, auf den Rat des wieder gesunden Genossen Lenin, das Dekret über den Massenterror aufgehoben und damit wohl die Erschießung von Geiseln eingestellt worden. Jedenfalls aber meine ich, wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, dass wir solche Methoden für falsch und ungerecht halten und *nicht* damit einverstanden sind.

Wirtschaftlich oder politisch?

Über die Entstehungsgründe des Weltkrieges.

Von Ernst Sucher [Sacher?]. (Schluss.)

Gibt man der Frage diese Fassung, dann bietet die Antwort ebenfalls nicht die geringste Schwierigkeit. Sie steht in den von den verschiedenen Regierungen veröffentlichten Aktenstücken klar und deutlich zu lesen.

Die Schärfe der Situation begann mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914. Dass die österreichische Regierung durch dieses Ultimatum auf die endgültige Abrechnung mit Serbien hindrängte, kann füglich nicht bezweifelt werden. Weshalb tat sie das?

Schlägt man das österreichische Rotbuch auf, so liest man darin gleich zu Anfang die Sätze:

„Seit die Dynastie Karageorgewitsch den ... Thron Serbiens bestiegen ... hat, verfolgte das Königreich beständig ... das Ziel, durch eine feindselige Propaganda und durch revolutionäre Umtriebe die von Südslawen bewohnten Gebiete Österreich-Ungarns zu unterminieren und sie dann, wenn die Weltlage für die Verwirklichung der großserbischen Pläne günstig wäre, von der (österreichisch-ungarischen) Monarchie loszureißen.“

Das ist doch deutlich. Da ist der Grund für das Verhalten der österreichischen Regierung so unzweideutig wie nur möglich angegeben. Sie hielt die Ermordung des österreichischen Thronfolgers (am 28. Juni 1914 zu Serajewo) nicht für ein vereinzelt Verbrechen, sondern für ein Glied in einer langen Reihe politischer Handlungen, die alle von der serbischen Regierung ausgingen und alle zu dem Ziel hinstrebten, große Provinzen vom österreichischen Staat abzureißen. Selbstverständlich geben wir an dieser Stelle kein Urteil darüber ab, ob sie mit ihrer Ansicht Recht hatte. Wir wollen nur wissen, aus welchen Gründen sie handelte, aber nicht ob diese Gründe richtig waren. Immerhin seien einige Tatsachen beigefügt, welche vielleicht zeigen können, wie sie zu ihrer Ansicht kam.

Von den fünf Nationen, die heute auf der Balkanhalbinsel leben und in der Zeit von 1814 bis 1912 die türkische Herrschaft abgeworfen haben – nämlich den Griechen (oder Hellenen), den Albanern, Serben, Bulgaren und Rumänen – sind die Serben, wenn man den Angaben ihrer Nationalisten trauen darf, bei weitem die zahlreichste. Nicht weniger als rund 10 Millionen soll ihre Zahl vor Beginn der jetzigen Kriege betragen haben. Davon wohnten aber nur ungefähr 3,5 Millionen im Königreich Serbien. Montenegro, ein ebenfalls ganz serbischer Staat, hatte nur eine Viertel Million Einwohner, eine weitere Viertelmillion lebt in den mazedonischen Bezirken. Die große Hauptmasse des serbischen Volkes aber, insgesamt gegen

6 Millionen, wohnt in den Staaten der Habsburgischen Monarchie, in Istrien, Dalmatien, Südungarn, Kroatien, Bosnien und der Herzegowina. Während jedoch in Istrien, Dalmatien und Ungarn die Zahl der Serben zusammen nur 1,5 Millionen ausmacht, die unter die übrige Bevölkerung verstreut sind, sollen – immer nach den Angaben der serbischen Nationalisten – Bosnien, die Herzegowina und Kroatien eine fast rein serbische Bevölkerung haben.

Von anderer Seite werden diese Angaben bestritten. Es ist jedoch nicht nötig, sie genauer nachzuprüfen; denn auf nationalistisch erhitzte Gemüter macht es wenig Eindruck, ob man ihnen ein paar Millionen herunterrechnet oder nicht. Sie glauben doch das, was ihren Hoffnungen schmeichelt. Und was für ein großartiges Ziel zeigte sich hier den serbisch-nationalistischen Träumern! Bulgarien hatte nur 5 Millionen Einwohner, Griechenland nur 3, und selbst Rumänien, damals der stärkste Balkanstaat, reichte noch nicht ganz an 6 Millionen heran. Wie musste es da die serbische Phantasie verlocken, durch Vereinigung aller serbisch Redenden auf einen Schlag einen Staat von 10 Millionen zu gründen, der alle anderen Balkanvölker weit hinter sich zurückließ und eine ansehnliche Mittelmacht bilden würde. Zu diesen Gründen nationaler Eitelkeit kamen außerdem wirtschaftliche Interessen. Ein einheitliches, unter einer Verwaltung stehendes Gebiet von 10 Millionen Menschen derselben Nationalität und Sprache bietet jedem einzelnen größere wirtschaftliche Aussichten als ein Kleinstaat von 3 Millionen.

Soweit allerdings hatten die Serben ihre Hoffnungen nicht gesteckt, wenigstens nicht offenkundig. Was die österreichische Regierung von ihnen befürchtete, waren Absichten auf Bosnien und die Herzegowina. Diese beiden Provinzen, wie auch Serbien selbst, gehörten bis Ende der 70er Jahre noch zur Türkei. Im Jahre 1875 erhoben sich die Bewohner gegen die Türkenherrschaft, und im folgenden Jahre schloss Serbien sich ihnen an. Zwar gelang es dem Sultan, den Aufstand niederzuschlagen; aber nun mischte sich Russland ein. In dem großen Krieg 1877 und 1878 wurde die Türkei geschlagen, und auf dem Berliner Kongress 1878 wurde Serbien für unabhängig erklärt. Bosnien und die Herzegowina dagegen wurden der Türkei belassen, kamen jedoch unter österreichische Verwaltung. Angeblich übernahm die österreichische Regierung nur die Aufgabe dort „im Namen des Sultans“ die Ordnung wieder herzustellen. Die Serben aber hatten gehofft, sämtliche Provinzen serbischer Nationalität auf einmal vom Türkenreich loszureißen und zu einem serbischen Staat zu vereinigen. Ihnen galt also die österreichische „Okkupation“ als Vereitelung ihrer nationalen Hoffnungen, und ihre Nationalisten begannen sofort nach dem Friedensschluss von 1878 die Propaganda gegen die österreichische Besetzung des Landes. Dreißig Jahre später, 1908, benutzte die österreichische Regierung die Revolution der Jungtürken, um aus der „Okkupation“ eine „Annexion“ zu machen, d.h. Bosnien und die Herzegowina wurden zu Provinzen des österreichisch-ungarischen Staates erklärt. Damit waren die nationalen Hoffnungen der Serben endgültig begraben, und es versteht sich, dass nunmehr die allserbischen Patrioten in Hass gegen Österreich überschäumten.

Dies ist der Grund, weshalb die österreichische Regierung andauernd von serbischer Seite eine Feindschaft erwartete, die auf gewaltsame Losreißung der Provinzen Bosnien und der Herzegowina und damit gegen den Bestand des österreichischen Staates selbst gerichtet war. Würden nämlich die Altserben mit ihrem Streben Erfolg haben, so ist klar, dass sie sich mit den beiden südlichsten Provinzen auf die Dauer nicht begnügen würden. Auch Kroatien und Slawonien werden ja von den Altserben als serbisch angesehen, und sie rechnen dort allein 3 Millionen serbische Bewohner. Der Appetit kommt in solchen Dingen beim Essen, und wenn es den Serben gelang, durch Annexion der beiden südlichsten Provinzen ihre Macht ansehnlich zu vergrößern, so musste die österreichische Regierung damit rechnen, dass sie bald darauf ihr Augenmerk auf Kroatien und Slawonien und dann hinterher auf Dalmatien und Istrien richteten.

Nun aber ist Österreich überhaupt ein aus vielen Nationalitäten zusammengesetzter Staat. Musste es die Serben aus seinem Verbandsverbande entlassen, so bedeutete das nicht nur unmittelbar eine große Schwächung, sondern es konnte auch das Signal zur völligen Auflösung des Staates werden, wenn nämlich die anderen Nationalitäten das serbische Beispiel nachahmten. In Ungarn wohnen 3 Millionen Rumänen, die dann auch darnach streben konnten, sich mit den 6 Millionen des Königreichs Rumänien zu vereinigen. Die 9 Millionen Ungarn, die 8 Millionen Tschechen konnten dann ebenfalls verlangen, je für sich ein selbständiges Staatswesen zu bilden, schon um dem ewigen Nationalitätenkampf innerhalb des Staates aus dem Wege zu gehen. Es ist also sehr wohl verständlich, dass die österreichische Regierung in der serbischen Propaganda, auf welche sie den Doppelmord zu Serajewo zurückführte, eine Gefahr für die Existenz des österreichischen Staates erblickte.

Dies alles jedoch erklärt nur erst – wenn man will, rein politisch – warum es zum Kriege zwischen Österreich und Serbien kam. Weshalb aber wurde aus dem lokalen Konflikt ein allgemeiner Weltkrieg? Weshalb sah sich die deutsche Regierung veranlasst, an Russland und Frankreich den Krieg zu erklären? Auch sie hat die Gründe ihres Verhaltens in ihrem Weißbuch klipp und klar angegeben. Dort liest man, ebenfalls gleich am Anfang, dass auch sie in Übereinstimmung mit der österreichischen Regierung die Ziele der serbischen Politik in der Zerstückelung und Schwächung Österreichs erblickte, und dann heißt es weiter:

„Wenn es den Serben mit Russlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie zu gefährden, so würde das den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Zepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panlawismus zusammenbrechendes Österreich wäre uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen.“

Was für die deutsche Regierung den Ausschlag gab, waren hiernach ebenfalls lediglich Gründe der eigenen Politik, Gründe der Selbsterhaltung des Deutschen Reichs, und nicht die Sorge um österreichische oder sonst ausländische Interessen. Sie hielt es für ihre Pflicht, sich einen starken Bundesgenossen zu sichern und zu erhalten für spätere Kämpfe, die sie mit Bestimmtheit erwartete.

Alle diese Erwägungen, welche die Motive der Staatsmänner bei den Kriegserklärungen enthalten, sind offenbar rein politischer Natur. Und soweit kann es keinen Zweifel darüber geben, dass rein politische Beweggründe die Regierungen zum Kriege trieben, rein politische Zwecke damit verfolgt wurden und werden. Aber wir sind noch nicht am Ende. Die deutsche Regierung wollte sich für zukünftige Kämpfe den Bundesgenossen sichern. Was für Kämpfe erwartete sie denn von den östlichen und westlichen Nachbarn?

Wieder müssen wir uns hüten in ein falsches Gleis zu geraten. Wir wissen – von *Frobenius*¹⁵ und anderen – dass man in Deutschland nach dem Stande der Rüstungen und aus sonstigen Gründen (worüber Näheres in den unten zitierten Schriften nachzulesen) spätestens im

¹⁵ H. Frobenius, Oberstleutnant a. D., *Des deutschen Reiches Schicksalsstunde*, Berlin, Curtius, 1914. 88 Seiten. Mk. 1,20. Insbesondere Seite 74. Vergleiche auch Julian Borchardt, *Vor und nach dem 4. August 1914*, Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtstrahlen, 1915. 32 Seiten. 30 Pf. Seite 12-17.

Frühjahr 1916 einen Angriff von Frankreich und Russland erwartete. Aber nicht auf solche mehr technische Einzelheiten kommt es hier an. Sie besagen ja nur, wenn ein Angriff erwartet wurde, aber nicht, *warum überhaupt* man ihn mit solcher Sicherheit erwartete. Man muss also in Deutschland in dem Bewusstsein eines Gegensatzes zwischen dem eigenen Staate und den im Osten und Westen angrenzenden Ländern gelebt haben. Eines Gegensatzes, der als so stark, so unversöhnlich erachtet wurde, dass seine Austragung mit den Waffen früher oder später unvermeidlich erschien, sodass es nur noch darauf ankam, den möglichst günstigen Zeitpunkt für die blutige Auseinandersetzung zu finden.

War das nur Einbildung oder war ein solcher Gegensatz wirklich vorhanden? Muss diese Frage bejaht werden, dann liegt hier *die eigentliche Wurzel des Krieges*. Und nun geht die Behauptung eben dahin, dass ein solcher Gegensatz in der Tat vorhanden war, und zwar im Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Staaten. Trifft das zu, dann ist die Ursache des Krieges eine wirtschaftliche, trotzdem die Erwägungen und Handlungen der Staatsmänner rein politischer Natur gewesen sind. Und es hat dann keinen Sinn, darüber zu streiten, ob der Krieg wirtschaftlichen oder politischen Gründen entsprang. Der Widerspruch zwischen beiden war nur scheinbar und löst sich in Nichts auf. Zu untersuchen bleibt vielmehr, ob ein solcher unvertilgbarer Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen zwischen den kriegführenden Staaten wirklich vorhanden war. Das allein kann uns über die Ursachen des Krieges aufklären und daraus allein lassen sich Lehren für die Zukunft ziehen.

Sie bellen nur.

Nr. 20 des „Berliner Mitteilungsblattes“ der Unabhängigen enthält einen Aufsatz, der von der Stellung der U.S.P.D. zu den Gewerkschaften handelt. Wenn in dieser Abhandlung auch nur gesagt wird, was wir aus dem Munde ihrer Führer und aus der Presse, besonders aus der „Leipziger Volkszeitung“, von der Auffassung der Unabhängigen zu dieser Frage wissen, so sind doch die Gründe, die der Verfasser für seine Auffassung anführt, originell. Nachdem er gleich am Anfang des Aufsatzes seine Entrüstung über die Genossen ausgesprochen hat, deren Antipathie gegen die Gewerkschaften „sogar so weit geht, dass sie den offenen Kampf gegen die Gewerkschaften predigen und zum Austritt auffordern“, sagt er: „diese Genossen verkennen, dass dieser Kampf nicht den Institutionen an sich, sondern vielmehr dem Geist der Instanzen gelten muss“.

Nun wäre der Verfasser sicher im Recht, wenn er diesen Satz so verstanden wissen wollte: Nicht die äußere Form der Organisation ist die Hauptsache, sondern der Geist, der die Mitglieder beherrscht. Doch darum handelt es sich für ihn offenbar nicht. Vielmehr kommt es darauf an, zu beweisen, dass es möglich sei, dem Geist der Instanzen, d.h. der Leute, die heute an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, eine andere Richtung zu geben oder diese Beamten durch andere, radikale zu ersetzen, ohne den bürokratischen Gewerkschaftsapparat emsig zu bekämpfen. Dies geht deutlich hervor aus einer Polemik, die der Verfasser gegen die Genossen führt, die zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordern und ihre Auffassung damit begründen, dass heute die Mitglieder auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, einen entscheidenden Einfluss auf die Politik der Gewerkschaften auszuüben. Versucht er doch in der Tat den Beweis dafür zu erbringen, dass diese Auffassung, „die zum Glück nur wenige Anhänger gefunden hat“, falsch sei. Dabei findet er denn heraus, dass die Gewerkschaftsbürokratie, der ganze Instanzenapparat gar kein Hindernis sei, um die Gewerkschaften nach dem Sinne der Unabhängigen zu gestalten, ja, dass daran überhaupt nichts geändert zu werden brauche. Hören wir, was das „Mitteilungsblatt“ selbst darüber sagt:

„Alljährlich finden die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen statt. Hier ist Gelegenheit gegeben, die Personen, die die Geschäfte nicht im Sinne der Mitglieder führen, oder mit denen man sonst nicht übereinstimmt, nicht wiederzuwählen, sie zu beseitigen und durch

andere zu ersetzen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die örtlichen Verwaltungen auf die Besetzung von Funktionen in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus in den sozialpolitischen Institutionen ausschlaggebenden Einfluss ausüben. Es sei nur darauf hingewiesen, dass z.B. in Berlin die Verwaltungen das Vorrecht haben, aus ihrer Mitte die Vertreter zur Gewerkschaftskommission vorzuschlagen, die Wahl findet bekanntlich in der Generalversammlung statt.

Die Delegierten wiederum wählen den Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission; in welchem Sinne der seine Tätigkeit ausüben kann, dürfte bekannt sein. Ähnlich liegen wohl die Verhältnisse in allen Orten mit Gewerkschaftskartellen.

Genauso verhält es sich mit den Wahlen zu den Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen. Die Generalversammlungen nehmen die Aufstellung der Kandidaten vor, gewählt wird meist in Urabstimmung. Die geeignete Kandidatenauswahl vorzunehmen, liegt in der Hand der Mitglieder.

Wir sehen also, wenn der Wille da ist, ist es sehr wohl möglich, auf die Führung der Zahlstellengeschäfte und darüber hinaus auf die der Gewerkschaftskartelle und Generalkommission Einfluss auszuüben. Erwähnt soll noch werden, dass ja auch die Generalkommission in ihrer Gesamtheit von den Delegierten zum Gewerkschaftskongress gewählt wird. Gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder können die Legien, Bauer usw. nicht an der Spitze der Gewerkschaften stehen, zum mindesten muss ihre Politik dem Willen der Mitglieder angepasst sein.“

Was ist nun mit dieser tiefsinnigen Betrachtung gesagt?

Nicht der Instanzenapparat ist zu bekämpfen, sondern der Geist, der seine Mitglieder beherrscht; das wird erreicht, wenn andere Führer an die Stelle der jetzigen ersetzt werden, radikale, Unabhängige, an die Stelle der Legien und Bauer, der Winnig und Cohen. Dies aber ist möglich, wenn nur die Mitglieder in diesem Sinne bearbeitet werden, wenn die Unabhängigen Genossen in den Gewerkschaften ihre Pflicht tun. Deshalb schließt denn auch der Verfasser seinen Artikel mit folgendem Satz:

„Darum muss unsere Parole sein: Hinein in die Gewerkschaften, sich betätigen, Einfluss gewinnen und zu dem Mittel machen, wie wir es im Kampf gegen den kapitalistischen Staat brauchen.“

Nun ist freilich damit für die Unabhängigen das Gewerkschaftsproblem noch nicht gelöst. Denn der Verfasser erinnert sich daran, dass auch früher schon radikale Gewerkschaftsgenossen in die Verwaltungsstellen gewählt worden sind, von deren Radikalismus jedoch schon nach kurzer Amtsdauer nichts mehr zu merken war. So fragt er: „Wie kommt es nun, dass wir diese Angestellten später im Lager der Abhängigen finden?“ Und gibt darauf folgende Antwort:

„Es ist verständlich, dass sich zu der Seite die Sympathie der Angestellten neigte, wo ihre Arbeit gerechter gewürdigt wurde, und das geschah unbedingt von den Leuten, die sich um die „Sozialistischen Monatshefte“ gruppierten. Diesen war es verhältnismäßig leicht, die Angestellten durch Überschätzung der Gewerkschaftsbewegung für die Gedankengänge des Revisionismus zu gewinnen.“

Um nun in Zukunft diesem Übel entgegenzusteuern, um die von jetzt ab zu wählenden Beamten bei guter Laune zu erhalten, sagt er:

„Wir werden unzweifelhaft in der kommenden Zeit damit zu rechnen haben, dass wir unsere Parteigenossen in führende Stellungen in den Gewerkschaften bringen werden. Sie

uns unter gerechter Würdigung ihrer Tätigkeit in unseren Anschauungen zu erhalten, ist unsere Pflicht.“

Was für eine Sorte oppositioneller Beamten mag das sein, die ihre Parteianschauung wechselt wie andere Leute die Wäsche, die sich zu den Radikalen schlägt oder zu den Revisionisten, je nachdem auf welcher Seite ihre Arbeit gerechter gewürdigt wird! Und was für eine Gewerkschaftsopposition mag das sein, die sich solche Führer gefallen lässt!

Da nun der Aufsatz, in dem dies alles gesagt ist, die Überschrift trägt: „Die Stellung der U.S.P.D. zu den Gewerkschaften“ und das „Mitteilungsblatt“ ihn ohne Kommentar druckt, so wird man annehmen können, dass sich sein Inhalt mit der Auffassung der führenden Genossen in der Unabhängigen Partei deckt. So zeigt sich denn, dass es den Unabhängigen höchstens darauf ankommt, andere Führer an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Sie wollen nicht einmal eine gründliche Reform des bürokratischen Verwaltungsapparats, geschweige denn dem heruntergekommenen Prinzip und der veralteten Taktik eine neue Erkenntnis entgegenstellen. Weil sie den Gewerkschaften nicht ernstlich zu Leibe gehen wollen, müssen sie der Masse, die sie gern auf ihre Seite bringen möchten, sagen: wählt nur andere Führer, dann wird alles besser werden.

So zeigt sich denn ihre Stellung zu den Gewerkschaften als eine jener Halbheiten, die wir ja von den Unabhängigen gewöhnt sind. Und was sie für ihre Auffassung anführen, ist nicht gehauen und nicht gestochen. Gehört nicht ein kindliches Gemüt dazu, nach den Erfahrungen, die die Unabhängigen bisher gemacht haben, noch an den Erfolg der Opposition im Rahmen der Organisation zu glauben. Haben sie etwa die Scheidemannpartei, von der sie nicht einmal durch prinzipielle, sondern nur durch taktische Fragen (z. B. Landesverteidigung, Parlamentarismus) getrennt sind, durch Opposition im Rahmen dieser Partei nach ihrem Wunsche gestalten können? Und nun glauben sie, dass es ihnen gelingen wird, die Gewerkschaften zu reformieren, dieselben Gewerkschaften, in denen es möglich ist, dass, wie der Werftarbeiterstreik im Jahre 1913 gelehrt hat, ein aus wenigen Personen zusammengesetzter Hauptvorstand 35 000 Arbeitern seinen Willen diktiert!

All dies zeigt deutlich die völlige Hilflosigkeit der Unabhängigen gegenüber dem Gewerkschaftsproblem. Fragt man nämlich, warum diese 35 000 Arbeiter sich dem Willen einiger Führer fügten, so kommen wir auf den Kern der Sache. Die Hafenarbeiter kuschten, streckten die Waffen kurz vor dem Sieg, weil die Führer im „Recht“ waren. Sie hatten nicht, nur die Macht, weil die Kassen in ihrem Besitz waren, sie weigerten sich nicht nur Streikunterstützung zu zahlen, sondern ließen sich auch auf dem zu diesem Zweck extra einberufenen Berliner Verbandstag bestätigen, dass die Mitglieder gegen das Statut verstoßen hatten und dass der Vorstand im Recht war. Ja, darüber hinaus wurde sogar eine Resolution mit 126 gegen 18 Stimmen angenommen, die den Streik für beendet erklärte.

Und die Arbeiter fügten sich. Die „Leipziger Volkszeitung“, die damals sogar in Opposition gegen den Metallarbeitervorstand stand, sang Lobeshymnen auf die Disziplin der Metallarbeiter und verspottete in einem Bericht über eine Versammlung der Syndikalisten den Referenten Fritz Kater, der, wie es in dem Bericht heißt, „im Trüben fischen“ wollte.

Fragt man nun, warum die mehr als 30 000 Arbeiter sich zähneknirschend den Anordnungen der Führer fügten, so ist die Antwort sehr leicht zu finden: Sie wollten sich nicht außerhalb der Organisation stellen, um nicht all ihrer Unterstützungsrechte verlustig zu gehen; Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und Sterbegeld usw. Das waren ja die Lockmittel, womit sie für die Organisation gewonnen worden waren. Die Cohen und Schlicke wussten damals so gut wie heute, dass das Unterstützungswesen die Kette ist, womit sie die Mitglieder an den Verband fesseln. Deshalb konnten sie damals seelenruhig erklären, dass es ihnen gar nicht darauf ankäme, um ihren Willen durchzusetzen, 20 000 Mitglieder zu opfern. Und auch

heute wird es ihre ruhige Behaglichkeit nicht stören, solange die Unabhängigen nur drohen, im Rahmen der Organisation Opposition zu machen.

Darauf jedoch, aber auch nur darauf, kommt es den Unabhängigen an. Deshalb ist auch der Satz, sie wollen „die freien Gewerkschaften zu dem Mittel machen, wie wir es im Kampf gegen den kapitalistischen Staat brauchen“, nur leerer Schall. Wollten sie es wirklich, so müssten sie zum mindesten unzweideutig erklären, dass sie das Unterstützungswesen – mit Ausnahme der Streik- und Gemaßregelunterstützung – grundsätzlich ablehnen. Dann müssten sie nicht nur die Tarifvertragspolitik bekämpfen, sondern die ganze bisherige Gewerkschaftstaktik in den Orkus versenken. Dann müssten sie sich abwenden von der alten korrumpierenden Organisationsform der Zentralgewerkschaften.

Die nervöse Aufregung jedoch, in welche die Unabhängigen geraten, sobald linksradikale Genossen den Austritt aus den Zentralgewerkschaften propagieren, zeigt deutlich, dass sie den letzteren überhaupt nicht ernstlich zu Leibe gehen wollen. Sie klirren nur mit der Kette, sie bellen nur und beißen nicht.

Die Bolschewiki und die Internationale.

Von Fritz Frenken.

Die Taten der russischen Bolschewiki bilden bis jetzt in der Weltgeschichte das erste und einzige Beispiel für die praktische Verwirklichung des Sozialismus.

Was die Französische Revolution im Jahre 1789 am Wetterhimmel der Geschichte blitzartig beleuchtete, was die französischen Kommunards fast ein Jahrhundert später in die Tat umzusetzen versuchten, – die Errichtung der Klassenherrschaft des Proletariats in Frankreich, – das haben die russischen Bolschewiki mitten im Weltkriegsgetümmel des Jahres 1917 im riesigen Zarenreiche glorreich zur Tatsache werden lassen. Sie haben im rückständigsten und gewalttätigsten Weltreiche die Diktatur des Proletariats errichtet, sie haben die Sowjet-Republik der Arbeiter und Bauern geschaffen, sie haben unter fortwährenden heftigsten Klassenkämpfen den Nachfolger des zaristischen Systems, die bürgerliche Republik, gestürzt, sie haben zum ersten Mal seit Bestehen der Welt ein Stück Sozialismus verwirklicht.

Das Geheul der bürgerlichen Gesellschaft sowie das der Pseudo-Sozialisten der ganzen Welt ist nicht imstande, diese geschichtliche Tatsache zu erschüttern. Nicht etwa, dass wir der Meinung seien, als habe jegliche Kritik zu schweigen, als sei das Werk unserer russischen, Freunde frei von Fehl und Irrtümern, als hätten die ausländischen Genossen nur nach dem Muster eines schablonenhaften Abklatsches die Bolschewiki als unfehlbare Lehrer, sich aber nur als gehorsame Schüler zu betrachten; ganz das Gegenteil ist richtig. Getreu der Marxschen Praxis wollen wir sofort das Neugeschaffene und Neuwerdende einer fruchtbaren Kritik unterziehen, wollen wir die Geschehnisse in Russland in Parallele stellen zum internationalen Sozialismus, um auf diese Weise die Spreu vom Weizen zu trennen.

Unbestreitbar ist zunächst, dass die Bolschewiki Männer der Tat, überzeugungstreue Klassenkämpfer, radikale Sozialisten mit eisernem Willen sind, die jeden Scheinradikalismus der Worte und Phrasen verwerfen und all ihr Tun nach der welthistorischen Aufgabe des internationalen Proletariats orientieren. Nur bornierte Dummheit und gehässige Böswilligkeit kann das in Abrede stellen.

Erinnern wir uns noch einmal ganz kurz der Vorgänge in Russland. Im März 1917 krachte das morsche Gebäude des Zarismus in sich zusammen. Das russische Bürgertum selbst hatte ihm hauptsächlich den Todesstoß versetzt. Es erkannte klar, dass das absolutistische Regime des Zarismus der Hemmschuh jeder weiteren Fortentwicklung war, dass die Korruptionseuche den Volkskörper bis ins Mark zerfressen hatte und dass natürlich unter solch'

verhängnisvollen Begleiterscheinungen der Krieg gegen Deutschland nicht weitergeführt werden konnte. Also wurde unter der Parole „Verteidigung des Vaterlandes“ zur Sammlung geblasen, der Zarismus über den Haufen gerannt und die gesamte Volkskraft neu mobilisiert zu dem Zweck der Fortführung des Krieges. Alles dies wurde mit einem demokratischen Mäntelchen umhängt, um besonders die große Masse der proletarischen Elemente für die Interessen der jungkapitalistischen Heißsporne zu begeistern. Der Schachzug der Kapitalisten glückte denn auch zunächst vollständig, indem sie verschiedene Arbeiterführer mit demokratischen Vollmachten ausgestattet, dem Volke neue, durchgreifende Reformen versprochen, die Landesverfassungsgesetze änderten und in kurzer Zeit eine bürgerlich-demokratische Republik errichteten mit Kerenski an der Spitze. (Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 41/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 12. Oktober 1918.

Nr. 41

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein liberaler Kanzler.

Am Morgen des 6. Oktober, nachdem tags zuvor der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden im Reichstag seine Einführungsrede gehalten, schrieb im „Berliner Tageblatt“ der Mann, der das sogenannte „Stimmungsbild“ zu verfassen hatte:

„Das deutsche Volk hat selbst seine politischen Geschicke in die Hand genommen und hat den Präsidenten Wilson aufgefordert, mit allen kriegführenden Staaten zur Herbeiführung des Friedens in Verbindung zu treten. Diese Tatsache war der Berliner Bevölkerung aus allerhand Andeutungen schon seit ein bis zwei Tagen bekannt geworden.“

Ungewollt und ohne es zu ahnen, hat der gute Mann damit die Situation so treffend wie nur irgend möglich gekennzeichnet: Das deutsche Volk hat seine Geschicke „selbst“ in die Hand genommen und hat das durch allerhand Andeutungen erfahren! Ohne diese Andeutungen würde es von „seiner“ eigenen Tat nichts gewusst haben, bis die neue Regierung sie ihm mitteilte!

Fast möchte man glauben, das „Berliner Tageblatt“ habe sich einen Witz leisten wollen. Aber die Darstellung entspricht durchaus der Denkweise und Auffassung des Liberalismus. In den liberalen Blättern aller Schattierungen wird die Ernennung des neuen Kanzlers als der Beginn der „Selbstregierung des Volkes“ gefeiert. Und das ist auch ganz richtig. Es handelt sich um diejenige Sorte „Selbstregierung“, wie die liberalen Parteien aller Schattierungen, von den Nationalliberalen bis zu den Unabhängigen Sozialdemokraten, sie immer angestrebt haben. Zwar ist es noch lange kein parlamentarisches System. Aber die Methode, nach welcher zuerst Graf Hertling und jetzt Prinz Max zu Kanzlern ernannt worden sind, nähert sich stark dem liberalen Ideal. Dazu kommt noch, dass der Prinz, nach seinen bisherigen Reden zu urteilen, in seiner politischen Richtung offenbar liberal ist. Mit einem boshaften Seitenblick auf andere Leute schrieb die „Frankfurter Zeitung“ jüngst von ihm:

„Er ist nicht ein Umlerner, der mit der Konjunktur geht, nicht ein Kompromittierter, der jetzt eifrig predigt, was er früher verschwor.“

Dasselbe kann man bekanntlich von manchen Leuten nicht sagen, denen man vielmehr im Gegenteil eine große Geschicklichkeit in der Anpassung an die jeweilige Konjunktur

nachrühmen darf. Der Prinz selbst aber hat in seiner Programmrede den seit 60 bis 70 Jahren wohlbekannten Gedankengang entwickelt, dass die Regierung sich auf das Parlament stützen muss und dass die Teilnahme des Volkes sich auf die Wahl von Vertretern zu beschränken hat. Er glaubt deshalb auch, dass der Einfluss der Arbeiterklasse auf die „Geschicke des Volkes“ durch die Ernennung der Herren Scheidemann und Bauer zu Ministern genügend gewährleistet sei.

Was hierüber vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu sagen ist, haben wir oft genug gesagt, und es hat keinen Zweck, uns weiter damit aufzuhalten. Unsere Leser wissen, dass – um nur ein Beispiel herauszugreifen – Herr Scheidemann schon vor beinahe sieben Jahren in den Reichstag gewählt ist und dass seine Wähler nicht die geringste Möglichkeit besitzen, ihn von seinem Mandat abzurufen, sodass schon allein aus diesem Grunde nicht einmal festgestellt werden kann, ob er heute noch im Auftrag und nach dem Willen desjenigen Volksteils handelt, den er vertritt.

Weit wichtiger ist die Feststellung und Anerkennung der Tatsache, dass seit den ersten Oktobertagen dieses Jahres in Deutschland wirklich nicht nur ein Wechsel der Person, sondern ein Wechsel des Systems eingetreten ist: bisher wurde Deutschland ausschließlich von *konservativen* Kanzlern regiert, jetzt haben wir einen *liberalen* Kanzler.

Diesen Vorgang hat die „Frankfurter Zeitung“ am 1. Oktober eine „Modernisierung“ unserer Regierungsweise genannt, und wir glauben, dass auch sie damit, halb unbewusst, gerade das Richtige getroffen hat. Um eine „Modernisierung“ handelt sich's in der Tat. Um das ganz zu verstehen, müsste man ein wenig auf die Geschichte der konservativen und der liberalen Parteien in Deutschland eingehen, wozu uns gegenwärtig Raum und Zeit fehlt. Doch worauf es ankommt, lässt sich auch ohne dies verständlich machen.

Der Krieg ist – wenigstens haben uns das die verantwortlichen Staatsmänner immer gesagt – seiner Zeit unternommen worden, um die deutsche Kultur zu schützen; das will besagen, um Deutschland in demjenigen Zustande der Ordnung zu erhalten, in dem es sich befand. Ganz bestimmte Interessen also waren es, die durch den Krieg gesichert werden sollten und für welche die deutschen Arbeiter so gut wie die Angehörigen der anderen Klassen sich opfern mussten. Sie zur Aufopferung für diese Interessen zu begeistern, dazu diente die Schwenkung der Sozialdemokratie am 4. August 1914.

Nun haben sich seit einer Reihe von Monaten Zweifel darüber erhoben, ob auf die bis dahin geübte Weise jene Interessen wirksam genug verteidigt werden können. Die Konservativen behaupten natürlich, dass ihre Methode die richtige sei. Aber die Liberalen bestritten das, und so begann ein vornehmlich hinter den Kulissen geführter Streit darüber, ob eine konservative oder eine liberale Regierung besser imstande sei, die Interessen wahrzunehmen, die durch den Krieg geschützt werden sollen.

Die jüngsten Ereignisse nun, an der Westfront, in Bulgarien, in Palästina usw. haben offenbar diejenigen Personen, welche darüber zu entscheiden haben, in der Überzeugung von der Richtigkeit der konservativen Methode erschüttert. Und deshalb wird nun ein Versuch mit der modernen, der liberalen Methode gemacht.

Das ist die Bedeutung des gegenwärtigen Systemwechsels. Darüber muss man sich klar sein: Der neue liberale Kanzler und seine Minister sollen genau dieselben Ziele verwirklichen, genau dieselben Interessen wahrnehmen, wie die früheren konservativen Regierungsleute. Es handelt sich nur darum, die Methoden herauszufinden, durch welche die bestehende Ordnung und die herrschenden Interessen in Deutschland am wirksamsten geschützt werden können. Deshalb darf man sich auch nicht wundern, dass der neue Reichskanzler so wenig wie die früheren daran denkt, volle Rede- und Versammlungsfreiheit zu gewähren. Die Zensur wird nicht etwa aufgehoben. Auch nicht einmal jene minimale Forderung wird erfüllt,

welche der Mehrheitsblock des Reichstags auf sein Programm geschrieben hatte, dass nämlich die Zensur auf die internationale Politik und die rein militärischen Angelegenheiten beschränkt werden solle. Sondern der Reichskanzler hat nur verkündet, dass bei Zensur, Versammlungen usw. „die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen“ sollen. Weiter nichts. Und wir werden ja sehen, ob diese Gesichtspunkte wesentlich anders sein werden als die übrigen.

Unter diesen Umständen versteht es sich ganz von selbst, dass die sogenannte Sozialdemokratische Partei aus vollem Herzen mithilft. Das entspricht durchaus ihrem Verhalten, wie es seit Kriegsbeginn offenbar geworden ist. Welchem Zweck diene denn ihre Kreditbewilligung am 4. August? Doch nur dem einzigen Zweck, die Arbeiter zu begeistern für diejenigen Ziele, für welche der Krieg unternommen wurde. Dieselben Ziele werden auch heute noch von der Reichspolitik angestrebt. Und Herr Ebert hat ja erst noch vor ganz kurzer Zeit gesagt, man müsse vor allen Dingen verhüten, dass solche Zustände wie in Russland bei uns eintreten. Solche Zustände wünscht Herr Ebert nicht; da versteht es sich dann von selbst, dass er und seine Freunde mithelfen, sie zu verhindern.

Nach der Programmrede des neuen Kanzlers gab es einen kleinen, aber bezeichnenden Zwischenfall. Unsere guten Freunde, die – o weh! – „Unabhängigen“ wollten zeigen, dass sie auch noch da sind. Also musste Herr Haase erklären, dass er mit dem Angebot des Waffenstillstandes und des Friedens einverstanden sei. Er hält das nämlich

„für eine Rechtfertigung der Stellung, die wir, (d. h. die Unabhängigen) von Beginn des Krieges an eingenommen haben“.

Welch' kurzes Gedächtnis der Mann doch hat!

Die dritte Internationale.

Von Siegfried.

Manchem Genossen wird es eigentümlich anmuten, wenn wir jetzt noch mitten im Weltkriegsgetümmel, innerhalb der schauerlichsten Menschenschlächtereier, umtobt vom heiseren Gebrüll der imperialistischen Hyänen, in unseren eigenen Reihen zermürbt, desorganisiert, demoralisiert durch die Verräterstrieche eines gewissenlosen Renegatentums, – wenn wir, selbst aus tausend Wunden blutend, das Problem der Neugründung der proletarischen dritten Internationale als aktuelle Notwendigkeit behandeln.

Indessen, – das unsägliche Weltelend, das mit jedem neuen Tage ungeahnte Opfer an Blut und Leben des internationalen Proletariats erheischt, jeder neue Tag, der eine weitere Schwächung, eine weitere Demoralisation der Massen bedeutet, – diese traurigen Tatsachen machen es jedem internationalen Sozialisten zur Gewissenspflicht, Anregungen zu geben über das Wesen und den Zweck der zukünftigen Internationale des Weltproletariats.

Die zweite Internationale ist tot! Sie ist elend verröchelt unter dem Schwertstreich des nationalistischen Chauvinismus, sie verblutete auf dem Schindanger des Imperialismus, sie wurde verscharrt von den eigenen Händen der sozialistischen Tempelschänder aller Länder; und blutgetränkte Disteln wachsen auf ihrem Grab.

Der hehre Schild dieser toten zweiten Internationale worauf in flammenden Lettern geschrieben stand: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ liegt blutbesudelt im Staube.

Das ist das Fazit einer mühevollen Arbeit des letzten halben Jahrhunderts!

Wie war das möglich? Wie konnte diese glänzende Weltorganisation der proletarischen Massen in dieser schmachvollen Weise Schiffbruch erleiden? Wie konnte sie irre werden an den tagtäglich in die Welt hinausposaunten Zielen.

Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu finden für denjenigen, der sich nicht nur damit begnügte, dem oberflächlichen Zweck der Demonstration zu huldigen, sondern der sich die notwendige Mühe machte, in das Wesen, in das geistige, innere Seelenleben dieser Weltorganisation tiefer einzudringen, als von den herrschenden Instanzen dem Prolet aus der Masse gestattet war. Wer das aber tat, wer aus der Erkenntnis seiner sozialistischen Überzeugung heraus das Tun und Streben dieser zweiten Internationale verfolgte, wer an die inszenierte Massenschau bei feierlichen Anlässen den Maßstab des Wissens, der bewussten Betonung des Klassenstandpunktes, der geschichtlich-historischen Auffassung jedes *Einzelnen* anlegte, der wusste auch, dass unter diesen Massen nur verhältnismäßig wenige waren, die sich mit Fug und Recht Sozialisten nennen konnten. Die große Masse der Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien aller Länder waren platzausfüllende Herdenmenschen, ohne tiefere, geistige Potenz, die wohl den dumpfen Druck der kapitalistischen Ausbeutung unangenehm empfanden, sonst aber, – besonders in guten Tagen, – kein regsames Interesse dem Sozialismus gegenüber an den Tag legten.

Da man aber nun einmal, wenn man zum überzeugten Sozialisten werden will, mehr tun muss als Arbeiten, Schlafen, Essen, Trinken und Kindererzeugen, da der Proletarier notgedrungen Weise die ihm knapp bemessene freie Zeit hauptsächlich zum Lesen belehrender Schriften, zur Weiterbildung seiner geistigen Kräfte verwenden muss – dies aber die große Masse der Arbeiter nicht tat, deshalb konnten keine Sozialisten herangebildet werden, deshalb bleiben die programmatischen Leitsätze der Internationale tote Buchstaben für die meisten dieser Genossen. Dieser bedauernswerte Mangel an sozialistischem Geist machte es begreiflich, dass bei Ausbruch imperialistischer Wetterstürme keine kampffreudige Widerstandskraft zu finden war.

Diese Oberflächlichkeit der Massen fand jedoch von verschiedenen Seiten noch eine wesentliche Begünstigung. Zunächst, und in vorherrschendem Maße, von der allgewaltigen Bürokratie. Die herrschenden Instanzen aller Art errichteten im Laufe der Jahre teils bewusst, teils unbewusst den Massen gegenüber Barrikaden, über die aus dem Heer der Proletarier nur diejenigen hinüberklettern durften, die als Anwärter auf Vorstandsposten, Parlamentskandidaturen, Beiräte usw. von den Spitzen der Parteibehörden begünstigt wurden. Auf diese Weise züchtete man einen gewissen Kastengeist, klassifizierte die Genossen in solche 1., 2. und 3. Klasse und durchbrach damit den Elementarbereich des sozialistischen Prinzips. Die erstklassigen Genossen (Partei Vorstand und Abgeordnete) umgaben sich mit dem Glorienschein der Unnahbarkeit und Unfehlbarkeit, und wehe dem drittklassigen Genossen aus der Masse, dem es vielleicht einfallen sollte, gegen solche Größen zu opponieren, er wurde sofort von meist redegewandteren und mit allerlei Spitzfindigkeiten begabten Instanzenmännern zur Ordnung gerufen. Das geschah auch dann, wenn von den Ersten der Partei mitunter der himmelschreiendste Blödsinn verzapft wurde, wenn sich diese Leute in Gedankengängen bewegten, die vom Sozialismus so verschieden waren, wie die Nacht vom Tage. Und eben weil die Masse keine sozialistische Bildung besaß, deshalb durften sich diese Herren solche Seitensprünge erlauben.

Wenn sie sich der Masse gegenüber aber auch sonst noch alles Mögliche erlauben durften, so lag das zum Teil auch daran, dass in durchaus vorsätzlicher, systematischer Weise ein geradezu unglaublicher *Personen-Kultus* betrieben würde. Man braucht sich nur die verschiedenen Massenveranstaltungen der Vorkriegszeit ins Gedächtnis zurückzurufen, man braucht sich nur daran zu erinnern, in welcher Weise ein Bebel, Singer, Liebknecht, Scheidemann, wie alle anderen Paradeperle der Internationale verhimmelt wurden, wie der gemeine Prolet aus der Masse vor Ehrfurcht erstarb, wenn ihm einer dieser Krösusse die Hand reichte, oder gar einige Worte mit ihm sprach. Vor diesem äußerlichen Kram trat dann alles

andere in den Hintergrund, insbesondere jede Kritik, jede wirkliche Demokratie, jede befruchtende Klarheit schaffende Auseinandersetzung.

Blendwerk, nichts als Blendwerk, das war die Hauptaufgabe, der Hauptinhalt dieser elend verstorbenen zweiten Internationale!

Aus diesen Tatsachen müssen wir unsere Lehren ziehen, ob wir wollen oder nicht. Diese Erfahrungen müssen wir bei der Neugründung der dritten Internationale in Rechnung stellen, wenn nicht in einigen Jahrzehnten ein neuer imperialistischer Sturmwind die mühselige Arbeit vieler Menschen abermals auf einen Schlag vernichten soll. Wer aber aus den bisherigen Erfahrungen in Wirklichkeit etwas gelernt hat, der wird mit uns der Meinung sein, dass wir bei der Neuorganisation des Weltproletariats *von vorn*, aber auch ganz von vorn anfangen müssen, dass wir als erste Hauptaufgabe die Erziehung zum Sozialismus bei *jedem Einzelnen*, der zu uns hält, zur Grundbedingung machen, dass wir die dritte Internationale bis ins Tiefste mit klarer sozialistischer Erkenntnis erfüllen müssen, wenn es überhaupt gelingen soll, den Sozialismus jemals zu verwirklichen.

Da es uns mit der Durchführung dieser schweren Aufgabe bitterernst ist, kann es für uns auch durchaus keine Enttäuschung sein, wenn wir zunächst nur eine kleine Schar internationaler Klassenkämpfer um uns vereinigen. Wir verkennen nicht die ungeheure geistige und moralische Verwilderung, die der Weltkrieg mit seinen völkerverhetzenden Tendenzen unter dem Proletariat angerichtet hat, wir sind uns auch der vollständigen Tragweite jener pseudosozialistischen Irrlehren des großen Haufens der Sozialimperialisten bewusst, wie wir den Einschläferungsbemühungen einer parteizentrierten „Opposition“ unsere schärfste Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir verzichten mit Stolz auf all' das, was seit Jahrzehnten auf den oberflächlichen Mitgliederfang berechnet war, getreu unserem Grundsatz, dass sich mit einer kleinen Anzahl überzeugter Kämpfer, mit wenigen Männern der Tat, mehr durchführen lässt, als mit Millionen willenloser Menschenherden, die im entscheidenden Moment doch versagen werden, weil sie gar nicht wissen, für was sie eigentlich kämpfen sollen. Unsere stete, harte, erzieherische Arbeit am Proletariat, die wir im Kampf mit den Demagogen der offiziellen Sozialdemokratie zu bewältigen haben, wird es mit sich bringen, dass wir vorläufig nur eine kleine Zahl Anhänger werben können, dass unsere Getreuen aber jederzeit für ihre Überzeugung einzutreten bereit sind.

Wir wissen, dass, wenn erst der Krieg vorüber ist, wenn über die Schandtaten der internationalen Sozialistenverräter der mitleidige Mantel eines toleranten Vergessens gebreitet werden wird von allen denen, die sich zu Mitschuldigen am Verleugnungswerk des Sozialismus gemacht haben, wenn in der altgewohnten Weise die Bauernfängerei der indifferenten Massen von den verbürgerlichten Sozialistenführern unter Anwendung des billigen Schlagwortes „*Einigkeit*“ abermals in Szene gesetzt werden wird, – dass wir dann den Verführern des Proletariats entgentreten müssen, – anklagend, Rechenschaft fordernd in unversöhnlichem Kampf um die Wahrheit und die Ehre der internationalen Arbeiterbewegung.

Der dritten Internationale wird also von dem traditionellen Glorienschein der zweiten Internationale kein Schimmer anhaften dürfen, wenn sie nicht in den alten Sumpf hineinstapfen will, aus dem das Parteizentrum nie im Leben herauskommen können. Die Proletarier der ganzen Welt müssen zunächst in ihrem eigenen Lande den Boden vorbereiten, auf dem der Kampf gegen die bürgerliche Welt ausgetragen werden muss. Sie müssen zunächst den Kampf führen gegen die bürgerlichen Elemente in ihren eigenen Reihen, müssen alles rücksichtslos ausmerzen, was sich mit sozialistischer Anschauung nicht in Einklang bringen lässt, sie müssen ihre eigene Klasse rein halten von den verderblichen Einflüssen angeblicher Sozialisten.

Nur auf diese Art wird die Klassensolidarität des Proletariats jedes einzelnen Landes verbürgt, nur durch diese Wächterarbeit kann verhindert werden, dass sich ein verschwommener Pseudo-Sozialismus breit macht, nur so kann die Gewähr dafür übernommen werden, dass die Solidarität des gesamten Weltproletariats allmählich ausgebaut und schließlich zu einem unerschütterlichen Bollwerk gegen alle sozialismusfeindlichen Einflüsse in Anwendung gebracht werden wird.

Der Weg zur Neubildung der dritten Internationale kann also nur über die oben gekennzeichneten Punkte führen. Und nur diejenigen, die sich rückhaltlos dieser unerbittlichen Logik der harten Tatsache eines restlosen Zusammenbruches klar sind, die alle notwendigen Konsequenzen aus dieser nie wieder gut zu machenden Katastrophe der internationalen Arbeiterbewegung gezogen haben, die bereit sind, den notwendigen Trennungsstrich zu ziehen zwischen hüben und drüben, nur diejenigen sind würdig, eine neue, starke, klassenbewusste dritte Internationale ins Leben zu rufen.

Es darf niemals und in keinem Lande die Möglichkeit geboten werden, dass Leute, die für die ganze Zeit ihres Lebens mit dem Makel des Verrats behaftet sind, – es ist Blödsinn, hier von einem verzeihlichen Irrtum zu reden – im Namen der Internationale auftreten dürfen. Das würde den Anfang eines neuen Zusammenbruches bedeuten. Jetzt hat die jüngere Generation das entscheidende Wort zu reden und all' die „alten bewährten Genossen“ einer schmachvollen Vergangenheit müssen ohne Anflug einer weinerlichen Rührseligkeit aus dem Tempel gejagt werden.

Das muss bald und gründlich geschehen, wenn eine ihrer welthistorischen Aufgabe bewusste dritte Internationale der Hort des Weltproletariats werden soll.

Die Bolschewiki und die Internationale.

Von Fritz Frenken. (Schluss.)

Der erste greifbare Erfolg dieser bürgerlichen Umwälzung bestand im Wesentlichen in der Neuorganisation des Heeres und hatte eine Offensive zur Folge, die im Sommer 1917 an der Ostfront Berge von Leichen erstehen ließ, ohne dem russischen Volke den ersehnten Frieden zu bringen. Diese bürgerliche Republik, die unter der Devise eines baldigen, ehrenvollen Friedens zustande kam, ihre hochtönenden Versprechungen aber nicht einlösen konnte, kam bald ins Wanken.

Kerenski mit seinen Mannen wollte zwar die Errungenschaften seiner Revolution auf alle Fälle halten, indem er mit den kapitalistischen Kriegstreibern gemeinsame Sache machte gegen das Proletariat, indessen waren die fortgeschritteneren Elemente im Proletariat genügend politisch geschult, um sofort in den offenen Kampf gegen diese neugebackene bürgerliche Republik einzutreten. Das Unerhörte wurde zur Tatsache, die verhältnismäßig kleine Elitetruppe der Bolschewiki griff zur Waffe der proletarischen Revolution gegen eine Welt von Feinden im eigenen Lande sowohl als im Ausland.

Nun wird jedermann, insbesondere jeder Sozialist, einsehen, dass diese kühne Tat mit den denkbar schärfsten Waffen und unter kaltblütiger Nichtbeachtung aller bisher geübten Taktik durchgeführt wurde. Die ganze Art und Weise, wie der Klassenkampf während der Herbstrevolution 1917 aufgegriffen und als sozialistische Waffe in Anwendung gebracht wurde, erfüllte alle Welt zunächst mit maßlosem Staunen, die hornviehduselligen Gemüter der Regierungssozialisten aller Länder aber mit Angst und Schrecken. Aus dieser Angst vor der eigenen Courage resultiert ja auch hauptsächlich die jämmerliche Haltung all der internationalen Scheide- und Haasemänner, die sofort direkt oder indirekt nach einigen

erfolglosen Liebäugeleien mit den Bolschewiki zu Schleppenträgern ihrer Regierungen wurden.

Das Werk der Bolschewiki entsprang in erster Linie der klaren Erkenntnis über die wahren Wurzeln dieses Weltkrieges. Durchaus parallel mit dieser Erkenntnis lief die andere über die notwendige Stellung und die Aufgaben des Proletariats zur Beendigung des Krieges. Die erste Grundforderung war „Frieden“, die laut erhoben wurde und durch deren Wucht und Notwendigkeit es dem aufgeklärten Proletariat überhaupt möglich war, das große russische arme Volk um sich zu scharen. Kein Land brauchte notwendiger den Frieden als Russland, dass von allen Staaten innerlich am meisten zerfressen war durch die Jahrhunderte langen Sünden des Zarismus, die von der neuen bürgerlichen Republik aber nicht energisch beseitigt werden konnten, da diese Republik auf kapitalistischem Fundament aufgebaut war.

Nun ist ja allerdings der Friede, der zustande kam, nicht so ausgefallen, wie ein Sozialist ihn wünschen muss. Das leuchtet niemandem besser ein als den Bolschewiki selbst. Es gab für sie aber keine andere Wahl, wenn anders nicht ein abermaliges Blutvergießen über Russland durch Fortsetzung der Menschenmörderei hereinbrechen und das ausgemergelte Land vollständig an den Rand des Abgrundes gebracht werden sollte. Deshalb wählten also die Bolschewiki von beiden Übeln das weitaus kleinere und unterzeichneten den Brester Friedensvertrag. Die Heulmeiereien der monarchosozialistischen Richtungen, dass die Bolschewiki an eine imperialistische Macht auf Kosten des Proletariats Konzessionen gemacht hätten, sind demagogische Lügen, die an die Ehrenhaftigkeit der Männer der Tat nicht heranreichen. Außerdem wird jedem Einsichtigen ganz klar, dass die Macht der Bolschewisten sofort gebrochen worden wäre, wenn sie keinen Frieden erreicht hätten; die russischen Muschiks und das Industrieproletariat wären ihnen in hellen Haufen davongelaufen und sie hätten sich gegen sie verschworen.

Das sofort nach Abschluss des Brester Friedens ein wütender Kampf um die Macht im Lande einsetzte, dass auf der einen Seite Kerenski mit Kaledin und den an der Weiterführung des Krieges interessierten kapitalistischen Schichten, auf der anderen Seite die imperialistische Hundemeute Englands und Frankreichs über die neue Herrschaft der Bolschewiki herfielen, liegt ganz in der Natur der Sache; alle diese blutigen Auseinandersetzungen waren nur die Widerspiegelung neuer Klassenkämpfe, waren eine neue, unerhörte Kraftprobe zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Dass in dem lodernden Feuer solcher Kämpfe nicht mit Pappschwertern gefochten wird, sondern die äußerste Gewalt an die Stelle der bisher geübten Taktik des Verhandeln und Feilschens tritt, versteht sich am Rande. Bei Revolutionen muss man mit den unbegrenztesten Möglichkeiten rechnen, Glacéhandschuhe zieht man sich dabei nicht an.

Dennoch, trotz der größten Kraftanstrengungen der Gegner blieben die harten Bolschewiki Sieger. Wie war das möglich, wenn es wahr ist, dass die Bolschewiki nur eine dünne Oberschicht im russischen Proletariat gebildet haben? – Wir antworten: es war einzig und allein nur deshalb möglich, weil sie für eine hohe, edle, gerechte Sache, weil sie für die Befreiung des internationalen Proletariats aus der kapitalistischen Zwingherrschaft fochten, weil sie sich an die Spitze des Weltproletariats stellten zur Niederwerfung dieses Regimes, weil sie damit ihrem eigenen Lande und der ganzen arbeitenden Welt Erlösung bringen wollten.

Zu diesem Zwecke errichteten sie die proletarische Diktatur als Übergangsmaßnahme für ihr Endziel. Diese Diktatur kann natürlich bei den auf allen Seiten zum Sprunge bereitstehenden Feinden keine zärtlichen Formen annehmen. Die von vielen „Genossen“ tendenziös aufgeputzte „Gewaltherrschaft“ – wir bestreiten nicht, dass es eine solche ist, – der Bolschewiks ist ja auch nur der Ausdruck kleinlicher Beschränktheit. Diese Leute können noch

immer nicht begreifen, dass in einer solch' revolutionären Zeitepoche kein Platz sein kann zu parlamentarisch-kretinistischen Verhandlungen.

Durch diese harte Diktatur des Proletariats ist es den Bolschewiki überhaupt erst möglich, die Riesenaufgaben zur Sozialisierung der Gesellschaft zur Lösung reif zu machen. Freilich, je länger der Krieg dauert, je frecher und zahlreicher die Feinde der Sowjet-Republik sich gebärden, umso leichter kann die Position der Bolschewiki erschüttert werden. In diesem Punkt offenbart sich auch besonders der Rechenfehler, der in der großen, politischen Rechnung vorhanden ist, der Fehler nämlich, dass die Bolschewiki unerschütterlich an die kühne Solidarität des Weltproletariats glaubten. – Hierin haben sie sich geirrt.

Hierin liegt die Tragik der Geschichte, aber gerade darum, und nur weil die Bolschewiki allein auf der Plattform des internationalen Sozialismus einer Welt von Feinden trotzen, deshalb gebührt ihnen das unsterbliche Verdienst, die geschichtlichen Vorkämpfer zum Sozialismus zu sein. Und damit haben sie der Internationale den denkbar besten Dienst erwiesen, auch wenn sie manchmal im undurchdringlichen Chaos der Probleme Irrtümer begangen haben.

Zeugen und Rufer.

Eine materielle Gewalt kann nur durch materielle Gewalt gestürzt werden. Aber auch geistige Waffen werden zu materiellen Machtmitteln.

Pannekoek.

Feuilleton

Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus.

Immer wieder müssen wir die Erfahrung machen, dass junge Genossen die Ereignisse der Gegenwart nicht richtig verstehen und beurteilen können, weil sie die Grundlehren des Sozialismus gar nicht kennen. Auch das gehört in das Sündenregister der ehemals sozialdemokratischen Partei. Während wir in unserer Jugend ungezählte mühselige und doch so freudvolle Stunden damit verbrachten, die grundlegenden Schriften der großen Klassiker des Sozialismus zu studieren, uns mit gleichstrebenden Gesinnungsfreunden darüber auszusprechen und so in heißer, nie nachlassender Arbeit uns Schritt vor Schritt zu Erkenntnis und Klarheit durchzuringen, müssen wir es jetzt fast täglich erleben, dass die nachfolgende Generation – auch wenn sie schon 30 und mehr Jahre alt ist – oft von den wichtigsten Schriften des Sozialismus nicht einmal den Namen gehört hat! Da uns außerdem auch immer wieder Anfragen in gleicher Richtung zugehen, haben wir uns entschlossen, nachfolgenden Aufsatz des Genossen *Julian Borchardt* zum Abdruck zu bringen, der zuerst, lange Jahre vor dem Kriege, im August 1909, in der Zeitschrift „Der Bibliothekar“ erschienen ist.

Genosse Borchardt schrieb damals:

Die Frage „*Was soll ich lesen?*“ kann allgemein, für jeden Ort, für jede Zeit, für jede Person passend, nicht beantwortet werden. Es gibt keine allgemein gültige Jakobsleiter, die den einen wie den anderen gleichmäßig in das sozialistische Gedankengebäude hineinführt. Dass trotzdem die Frage immer wieder gestellt und ihre Beantwortung immer wieder versucht wird, ist ein Beweis für die Dringlichkeit des Bedürfnisses, das hier vorliegt. Es scheint mir deshalb richtig, sie sozusagen in ihre Bestandteile zu zerlegen. Kann man keine für alle Fälle passende Reihenfolge von Büchern angeben, so kann man doch sehr wohl dem Einzelnen sagen, was *er* gerade zur Erreichung eines ganz bestimmten einzelnen Zweckes lesen muss – oder wenigstens zunächst lesen muss. Gern bin ich deshalb der Aufforderung gefolgt, an diesem Orte einmal darzulegen, wie es der großstädtische Arbeiter am besten anfängt, um sich

über die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus zu unterrichten. Ist doch der Bibliothekar in den meisten Fällen die geeignetste Person, um hierüber Auskunft zu geben, weil ihm oft auch *die* Leute in die Finger laufen, die *nicht* fragen, sondern planlos dieses oder jenes Buch verlangen, denen er also durch eigene Initiative auf den rechten Weg helfen kann.

Getreu meinem Plane setze ich den geistig hochstehenden, auch schon einigermaßen vorgebildeten Arbeiter der Großstadt voraus, und zwar – wenn ich sagen darf – die Elite dieser Arbeiterschaft. Damit meine ich die geistig regsamsten unter ihnen, die ein reges Verlangen nach Vervollkommnung ihrer Bildung in sich tragen und dabei den Zweck verfolgen, ihr Wissen im Dienste der Partei nutzbar zu machen. Unter diesen freilich speziell wieder die große Zahl derer, die nur selten oder gar nicht regelmäßige Kurse zu hören in der Lage sind. Denn die Teilnehmer der Kurse tun am besten, sich für die ersten Jahre streng an die Ratschläge ihrer Lehrer zu halten. Aber sehr gering ist ja die Zahl der Glücklichen, die dauernd und regelmäßig solche Kurse hören können. Der großen Menge der anderen gelten meine Winke.

Von den Personen, die ich demnach hier im Auge habe, kann man annehmen, dass sie die allgemein zugänglichen Veranstaltungen der Partei, insbesondere die Versammlungen, eifrig besuchen und infolgedessen so viel Wissen, wie man in diesen Veranstaltungen erwerben kann, schon besitzen; auch werden sie wohl die allerpopulärsten Schriften, wie z.B. *Kautsky*, „*Das Erfurter Programm*“ (Stuttgart, Dietz, geb. 2 Mk.) und die geläufigsten Propagandabroschüren über aktuelle Tagesfragen schon gelesen haben. Nun regt sich in ihnen der Drang nach mehr. Sie wollen weiter hinauf, wollen ihr Wissen ergänzen und vertiefen. Jetzt muss für sie *planmäßige* Lektüre beginnen.

Der Sozialismus bezweckt bekanntlich die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend. Es wird sich deshalb empfehlen, zunächst einmal sich eine klare, wohlbegründete Übersicht über die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse zu verschaffen. Allzu viel freilich wird hier nicht vonnöten sein, denn der intelligente Arbeiter weiß natürlich, wie es ihm und seinen Klassengenossen geht. Hier handelt es sich darum, ihm nicht etwas Neues zu sagen, sondern darum, die Dinge, die er schon kennt, in eine systematische Ordnung zu bringen. Ich würde deshalb nicht empfehlen, auf diesen Teil der Arbeit allzu viel Zeit und Kraft zu verwenden. Es genügt ein gründliches Studium von Engels „*Lage der arbeitenden Klasse in England*“ (Stuttgart, Dietz, 2 Mk.). Wer neueres Material zu haben wünscht, nehme dazu noch die Arbeiterbriefe, die *Adolf Levenstein* unter dem Titel „*Aus der Tiefe*“ (Berlin, Morgenverlag, 1 Mk.) herausgegeben hat, und die kürzlich erschienene Schrift „*Jugendgeschichte einer Arbeiterin*“ (München) Reinhardt, 1 Mk.). Auch *Zolas* Roman „*Arbeit*“ (Stuttgart, Verlagsanstalt, 6 Mk.) enthält viel wertvolle Angaben, und eine Fülle von Material findet man im 1. Band des „*Kapital*“ von *Marx* (Hamburg, Meißner, 11 Mk.), jedoch ist es hier in die theoretische Erörterung eingestreut und verflochten, folglich schwierig herauszufinden, sodass ich dessen Lektüre an dieser Stelle noch nicht empfehlen möchte.

Ist so das erste Stadium überschritten, so kommt man bereits an den Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus heran, an den Gedanken nämlich, dass das Elend der Arbeiterklasse verursacht wird durch die kapitalistische Produktion, das heißt durch Profitmacherei. Dem Nachweis dieser Behauptung muss jetzt die Lektüre dienen. Hier kann nun der 1. Band des „*Kapital*“ nicht mehr übergangen werden. Da dieser jedoch ohne Führer kaum zu bewältigen ist, habe ich in einer Broschüre „*Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre*“ (Leipziger Buchdruckerei A.-G., 50 Pfg.), dessen leitenden Gedankengang zusammengestellt. Ich würde deshalb empfehlen, zunächst aus meiner Broschüre die Kapitel 2 (Arbeiter und Maschine), 3 (Das heilige Eigentum), 4 (Reichtum und Armut) zu lesen, und dann aus dem 1. Band des „*Kapital*“ die Kapitel 8 (Der Arbeitstag), 13 (Maschinerie und große Industrie) und 23 (Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation). In diesen Kapiteln können

freilich die rein theoretischen Stellen vorläufig auch noch ausgelassen werden. Doch wird die der intelligente Leser leicht selbst herausfinden.¹⁶ Hierbei lernt man dann das gleich mit kennen, was das „Kapital“ über die Lage der Arbeiterklasse bietet.

Sind die Leiden der Arbeiterklasse verursacht durch die kapitalistische Produktion, so rückt nunmehr die Aufklärung über Wesen und Bedeutung der kapitalistischen Produktion in den Vordergrund. Die Frage: *woher kommt der Profit?* muss jetzt studiert werden. Hier halte ich für eine vorzügliche Einführung die leicht verständliche und sehr unterhaltsame Schrift von Lassalle, „*Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch*“ (Berlin, Vorwärts, 1 Mk.). Wer die hinter sich hat, mag in meiner Broschüre über „*Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre*“ die Kapitel 5 (Wert und Arbeit) und 6 (Lohnarbeit und Kapital) lesen. Dann kommt Marx „*Lohnarbeit und Kapital*“ (Berlin, Vorwärts, 30 Pfg.), sowie Marx, „*Lohn, Preis und Profit*“ (Frankfurt, Volksstimme, 20 Pfg.). Dann aber gibt es kein Ausweichen mehr, es müssen die schwierigen Teile des „*Kapital*“ selbst vorgenommen werden. Und zwar im 1. Band die Kapitel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 9. Es gibt in diesen Kapiteln manche Stelle, die dem Anfänger ungeheuer schwer werden wird. Aber es hilft nichts, er muss sie zu erfassen suchen, und nur, was trotz heißen Bemühens unverdaulich bleibt, mag er auslassen, um später darauf zurückzukommen. „Auf die Höhen der Wissenschaft führt nun einmal keine bequeme Heerstraße, und nur die haben Aussicht, ihre leuchtenden Gipfel zu erreichen, die die Mühe nicht scheuen, steile Fußpfade emporzuklimmen.“ (Marx, im Vorwort zur französischen Ausgabe des „*Kapital*“)

Wer so weit gekommen ist, wird nun schon verstehen, dass und wieso der historische Materialismus ebenfalls zu den Grundbegriffen des wissenschaftlichen Sozialismus gehört. Dessen Studium steht ihm nunmehr bevor. Zunächst in der leichteren Form, die sich unmittelbar auf die Volkswirtschaftslehre anschließt. Die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktion darzustellen, dient in meiner Broschüre „*Grundbegriffe der Wirtschaftslehre*“ das 1. Kapitel; dann Lassalle, „*Das Arbeiterprogramm*“ (Berlin, Vorwärts, 30 Pfg.); Engels, „*Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*“ (Berlin, Vorwärts, 40 Pfg.); ferner „*Das kommunistische Manifest*“ (Berlin, Vorwärts, 20 Pfg.) und endlich im 1. Band des „*Kapital*“ die Kapitel 10, 11, 12, 13, wozu auch noch die Kapitel 21 und 22 gelesen werden können.

Eine Darstellung des historischen Materialismus an sich – also nicht nur für das kapitalistische Zeitalter – fehlt bisher in der Parteiliteratur. Wertvolle Aufklärung findet man in „*Karl Marx vor den Kölner Geschworenen*“ (Berl: Vorwärts 20 Pfg.), sowie auch bei Engels, „*Grundsätze des Kommunismus*“ (Berlin, Vorwärts, 20 Pfg.) und bei Kautsky, „*Ethik und materialistische Geschichtsauffassung*“ (Stuttgart, Dietz, geb. Mk. 1.50).

Wer diesen Bildungsgang hinter sich hat – wozu aber freilich mehrere Jahre gehören – der wird dann in der Lage sein, aus eigener Kraft die Quellen zu finden, aus denen er sich über die theoretische Begründung der Einzelforderungen unseres Programms, sowie über unsere Stellung zur praktischen Politik unterrichten kann.

¹⁶ Es versteht sich, dass es außer den hier genannten noch viele andere Schriften gibt, woraus man sich über den Gegenstand gut unterrichten kann. Doch hier handelt sich's ja nur darum, den Leser in möglichst knappem Bildungsgange so weit zu bringen, dass er sich selbst weiter zu helfen in der Lage ist.

Aus unserm politischen Tagebuch.

„Obwohl wir Gegner des Ministeriums sind, bewilligen wir die Kriegskredite, weil wir sie von Kriegsbeginn an bewilligt haben“ so erklärte am 20. September in der französischen Kammer der „Sozialdemokrat“ Mayeras im Namen fast der gesamten Fraktion. Und er setzte hinzu: „Wir werden trotzdem uns gegen eine imperialistische Politik zu wehren wissen.“ – Die französischen Regierungssozialisten werden offenbar in ihrer Demagogie plump. So ungeschickt haben sie es früher nicht deutlich gemacht, dass sie *gegen* den Imperialismus nur Theaterphrasen, für ihn aber die offene Hand der Geldbewilligung haben. Nur vier Mann lehnten ab. Für sie sagte Brizon, der zu den Kienthalern gehört: „Der Krieg hat jetzt schon 161 Milliarden gekostet. Wir haben die Gelegenheit versäumt, Frieden zu schließen. Deshalb verweigere ich die Bewilligung der Kredite.“

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 42/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 19. Oktober 1918.

Nr. 42

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Stehaufmännchen.

Merkwürdig! Jetzt will es keiner gewesen sein! Das große Umlernen, das uns zu Beginn des Krieges so auf die Nerven fiel, scheint jetzt, da wir uns dem Friedensschluss nähern, in noch viel stärkerem Maße zu grassieren. Die Zahl derer, die „wahr machen“, was sie angeblich „immer gesagt haben“, ist geradezu beängstigend groß geworden.

Da ist z.B. Herr *Georg Bernhard* von der Vossischen Zeitung. Herr Bernhard war früher einmal Mitglied der sozialdemokratischen Partei und beteiligte sich lebhaft an den Bestrebungen, aus ihr eine national- staatserschaltende Partei zu machen, natürlich unter Beibehaltung des sozialdemokratischen Aushängeschildes. Seither ist er gut bezahlter Direktor bei Ullstein geworden und betreibt dort das gleiche Geschäft; während des Krieges hat er nämlich aus der ehemals liberalen Vossischen Zeitung ein alldeutsches Kriegshetzerorgan gemacht, natürlich unter Beibehaltung des liberalen Aushängeschildes. Herr Bernhard hat eine feine Witterung für geschäftliche Konjunktoren. Während der ganzen vier Jahre schien ihm die Nachfrage nach alldeutschem Text in liberaler Bekleidung bedeutend; also lieferte er diese Ware, die die Kundschaft verlangte. Jetzt hat sich das Blatt gewendet, und mit dem sicheren Instinkt des guten Kaufmanns zeigt Herr Bernhard, dass er auch anders kann, und bringt die Ware auf den Markt, für die er jetzt die größere Nachfrage erwartet. Er versichert, er wäre niemals für den verschärften U-Bootkrieg eingetreten, wenn er vor zwei Jahren schon Herrn Wilson als einen so edlen Menschenfreund erkannt hätte wie jetzt. Er lässt sich nicht verblüffen; die Sache, die er bisher vertrat, ist umgefallen, aber er springt schnell wieder auf die Beine.

Immerhin gibt Herr Bernhard doch wenigstens zu, was er damals getan hat, und ist insofern noch etwas höher einzuschätzen, als andere Stehaufmännchen, deren mancher ihn jetzt grimmig kritisiert, obgleich er 's genau ebenso macht wie Herr Bernhard. So kann man jetzt im Berliner Tageblatt fast täglich Sätze der Freude darüber lesen, dass die Zeit des Militarismus für Deutschland vorüber sei und hoffentlich nie wiederkehren werde. Und dabei schlägt sich das brave B. T. an die Brust und versichert, es habe schon immer den Militarismus bekämpft. Dabei ist es noch gar nicht lange her, seit das B. T. in einstimmigem Chor mit den reaktionärsten Konservativen den Militarismus als die edelste Blüte und das wahre Rückgrat deutschen Wesens pries und die feindlichen Mächte, wenn sie die Zertrümmerung des

deutschen Militarismus als ihr Kriegsziel bezeichneten, beschuldigte, dass sie damit das Deutschtum selbst zerschmettern wollten.

Am klarsten – weil am plumpestem – ist die Sache bei den Sozialdemokraten der Richtung Scheidemann. Vor einem Vierteljahr noch schrieb ihr Zentralorgan, der Berliner Vorwärts, nur der deutsche Sieg könne den Frieden bringen; heute behauptet er dreist, er und seine Partei seien „schon immer“ für den Verständigungsfrieden eingetreten.

Indessen, alle diese bisher Stehaufmännchen sind nicht eigentlich gefährlich. Denn entweder sprechen sie im Namen von Leuten, die ein Interesse an solcher Verschleierung haben, oder sie machen es so ungeschickt, dass niemand darauf hereinfallen kann, der nicht darauf hereinfallen will. Wirklich gefährlich für die Sache des Proletariats ist nur eine vierte Sorte, und das sind unsere braven Unabhängigen. Diese Leutchen haben jetzt ihre radikale Periode und berauschen sich und andere in Worten, die an Schärfe nicht zu überbieten sind. Mit Emphase verkünden sie in allen Gassen, dass die Regierung jetzt gezwungen sei, den Weg zu gehen, den sie „schon immer“ empfohlen hätten, und sie haben es dadurch tatsächlich weit gebracht, dass viele Arbeiter die Rolle, welche die Unabhängigen bei Kriegsbeginn gespielt, und die Verantwortung, die sie dadurch auf sich geladen, ganz und gar vergessen haben.

In Berlin gibt es bekanntlich eine Neuwahl, bei der sich die beiden Sorten Sozialdemokraten nach der „alten, bewährten“ Methode und im Jargon der ehemaligen deutschen Sozialdemokratie bekämpfen. Da hat nun der Kandidat der Unabhängigen, in ihrem Berliner Mitteilungsblatt eine lange Epistel veröffentlicht, die mit den Worten schließt:

„Wir (d. h. also die Unabhängigen) tragen nicht die Verantwortung für all das, was das deutsche Volk seit Jahren getragen hat und noch weitertragen wird.“

sondern nur die Richtung Scheidemann trage ein volles Maß von Schuld. Um das den Lesern glaubhaft erscheinen zu lassen, muss der Kandidat Richard Müller zu einem Manöver greifen, das davon Zeugnis ablegt, wie sehr die Politik seinen Charakter verloren hat. Ungefähr in der Mitte des Artikels stellt er nämlich gegenüber, wie die Haltung des Parteivorstandes noch in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch im Widerspruch gestanden hat zu dem, was die Parteileitung dann tat. Und hierbei leistet sich Herr Müller die folgenden Sätze:

„Wenige Tage später, am 4. August, bewilligten Ihre Anhänger, die heutigen Regierungssozialisten, die Kredite zur Führung des Krieges. Ich und die heute mit mir in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vereinigten Genossen sind diesem Kriegstaukel nicht gefolgt. Wir standen abseits und sahen mit Entsetzen welch verhängnisvoller Weg von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betreten wurde.“

Jeder Mensch, der diese Zeilen liest und nicht ganz genau bis in alle Einzelheiten die Vorgänge vor 4 Jahren noch im Gedächtnis hat, muss hierdurch in den Gauben versetzt werden, dass die Unabhängigen vom ersten Kriegstage an die Kredite abgelehnt und die Kriegspolitik bekämpft hätten. Und dieser Glaube, dieser Eindruck soll auch erweckt werden, das ist gerade Zweck und Absicht der Unabhängigen. In den Wählerversammlungen zu Berlin schwingt Herr Haase Reden, eine immer schärfer als die andere, die ihm eine Auflösung nach der anderen einbringen. Da sollen die Massen glauben: das ist der Mann, auf den man sich verlassen kann.

Und die Massen glauben es wirklich! Sie haben wirklich ganz und gar vergessen, was in jenen Augusttagen 1914 und noch Jahre lang nachher sich zutrug. Sie haben ganz und gar vergessen, dass, soweit die Verantwortung für den Niederbruch der sozialistischen Sache überhaupt einzelnen Personen zufällt, sie mit voller Wucht auf den Schultern derjenigen lastet, die heute die Führer der Unabhängigen sind

Zunächst haben am 4. August 1914 sämtliche, aber auch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten die 5000 Millionen Mark Kriegskredite bewilligt. Darunter waren auch alle, die heute an der Spitze der Unabhängigen stehen. Es ist also einfach nicht wahr, wenn Herr Richard Müller behauptet, die „heute mit ihm in der Unabhängigen Partei vereinigten Genossen“ seien dem Kriegstaumel nicht gefolgt, sondern hätten „mit Entsetzen“ zugesehen. Unter den Bewilligern waren, um nur einige zu nennen: die Abgeordneten Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Ledebour, Vogtherr, Dittmann, Liebknecht, Rühle. Eine einzige Ausnahme machte der Genosse Kunert! Aber auch er hat nicht gegen die Kredite gestimmt, sondern sich durch Verlassen des Saales der Abstimmung entzogen.

Aber es blieb nicht bei der einmaligen Bewilligung. Sondern als am 2. Dezember 1914 die Regierung mit neuen Geldforderungen für die Kriegführung kam, hat nur der einzige Liebknecht sie abgelehnt, ein paar andere blieben mit Kunert der Abstimmung fern, alle übrigen haben wiederum bewilligt, darunter also Haase, Ledebour, Dittmann usw.

Es ist geradezu erstaunlich, dass es Leute gibt, die das heute vergessen haben. Man sollte meinen, solche Dinge sollte, wer sie miterlebt hat, in hundert Jahren nicht vergessen. Denn im Zusammenhang damit hat sich noch mancherlei abgespielt. Ledebour hat erklärt, dass Ablehnung oder Bewilligung der Kriegskredite nichts mit dem sozialistischen Prinzip zu tun habe, sondern nur eine Frage der Taktik sei. Dittmann und Zubeil sind ein Jahr lang im Lande umhergereist und haben wahre Kriegervereinsreden gehalten, um in den Volksmassen Stimmung für den Krieg zu machen. Und insgesamt hat es nicht weniger als einundeinhalb Jahre gedauert, nämlich bis zum 20. Dezember 1915 – da erst haben die Unabhängigen zum ersten Mal die Kredite abgelehnt.

Aber auch das ist noch nicht alles. Worauf kam es aber bei Ausbruch des Krieges an? Welche Unterstützung gewann die Kriegspolitik durch das Verhalten der Sozialdemokraten? War sie auf sie angewiesen, um das Geld zum Kriegführen zu kriegen? – Doch wohl nicht. Ob die Sozialdemokraten bewilligen oder nicht, das Geld hätte die Regierung doch bekommen. Auf ganz etwas anderes kam es denen an, die Krieg führen wollten. Man kann keinen Krieg führen und keinen Krieg gewinnen, wenn nicht die Massen des Volkes und die Soldaten für den Krieg begeistert sind. Und das ist der Dienst, den die Sozialdemokraten der Kriegführung leisten konnten und geleistet haben. Denn das wurde erreicht durch Einstimmigkeit der Bewilligung.

Einem *David* und einem *Heine* kann man schließlich keinen Vorwurf machen, wenn sie in der wichtigsten Stunde ihres Lebens so abstimmten, wie es ihrer Überzeugung entsprach. Sie sind nie Sozialdemokraten gewesen, und wenn man sie trotzdem zu Führern der Partei erkor, so ist das Schuld der Partei und der Wähler. Sie hatten aus ihrer antisozialistischen Gesinnung nie ein Hehl gemacht, und jeder wusste, was von ihnen zu erwarten war. Aber in der damaligen Reichstagsfraktion waren 14 Mann, die sich als Gegner der Kriegspolitik bekannten. Zu ihnen zählen *Haase*, *Henke*, *Ledebour*. Diese haben also gegen ihre Überzeugung die Kriegskredite bewilligt. Warum taten sie das? Um die Einstimmigkeit nicht zu stören! Also um gerade das zustande zu bringen, was die Sozialdemokratie einzig und allein für die Kriegführung leisten konnte. Und um allem die Krone aufzusetzen, war es der Abgeordnete Haase, der im Reichstag im Namen der Fraktion jene Erklärung verlas, welche die Bewilligung begründete. Damit wurde Einmütigkeit und Einstimmigkeit der Fraktion öffentlich bekundet.

Und heute wagt man zu sagen, man habe „mit Entsetzen abseitsgestanden“. Wahrlich, wenn die deutschen Arbeiter wirklich auf solch' eine alles Maß überschreitende Demagogie hereinfließen, dann sind sie auch nichts besseres wert.

Im Grunde machen es die Unabhängigen gerade so, wie Herr Georg Bernhard; sie passen sich der Konjunktur an. Im Anfang des Krieges glaubten sie, mit Kriegsbegeisterung die besten politischen Geschäfte zu machen, und so handelten sie in Kriegsbegeisterung. Allmählich

änderte sich die Konjunktur, und damit änderte sich die Ware, welche die Führer der Unabhängigen auf dem politischen Markte anboten, und heute sind sie nun bei dem genauen Gegenteil dessen angelangt, wovon sie ausgingen. Aber das hindert sie nicht, ebenso wie Herr Bernhard zu versichern, dass sie „schon immer“ so gesagt hätten. Und so werden sie sich auch weiter der Konjunktur anpassen. Hauptsache ist ihnen, als richtige Stehaufmännchen immer auf die Beine zu fallen. Das deutsche Proletariat wird noch sein blaues Wunder erleben, wenn es sich ihrer Führung anvertraut.

Schwächt Euch nicht selbst!

Von Fritz Frenken.

In einer der letzten Nummern der „Arbeiterpolitik“ nimmt der Genosse Julian Borchardt von seinem persönlichen Standpunkt aus Stellung gegen die verschiedenen gewaltsamen Maßnahmen der Bolschewiki, insbesondere erhebt er Protest gegen die Erschießung von Geiseln, die als Opfer für die an den Bolschewiki begangenen Attentaten leiden mussten.

Da ich verschiedene Male mich im Allgemeinen mit der scharfen Klassenkampfpolitik der Bolschewiki einverstanden erklärte und meine Ansichten in den Spalten der „Arbeiterpolitik“ so weit zum Ausdruck gebracht habe, als es mir verschiedene zwingende Umstände gestatteten, könnte es unter unseren Genossen den Anschein erwecken, als ob ich auch mit dem Terrorismus der Bolschewiki, soweit die Erschießung von Geiseln in Betracht kommt, einverstanden sei. – Um keine falsche Meinung aufkommen zu lassen, erkläre ich deshalb folgendes:

Ich bin weit entfernt, dem tendenziösen Gejammer, welches in der bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse über die „Gräueltaten“ der Bolschewiki angestimmt wird, irgendwelches Gewicht beizulegen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft, die selbst die volle Verantwortung trifft für alle Massengräuel dieses Weltkrieges, hat kein Recht, sich in den Mantel der Tugend zu hüllen und auf Vergehen ihrer Klassengegner mit Entrüstung herabzuschimpfen.

Andererseits sehe ich mich jedoch vom Standpunkt des internationalen Sozialismus veranlasst, gegen die Erschießung unschuldiger Geiseln durch die Bolschewiki Protest einzulegen. Diese Waffe einer sogenannten Vergeltung ist falsch und gefährlich. Sie kann unmöglich einer ruhigen, sachlichen Erwägung entsprungen sein, sondern sie ist lediglich eine vorschnelle Maßnahme überhitzter, politischer Leidenschaft. Praktisch wird weiter nichts damit erreicht als eine Diskreditierung des sozialistischen Prinzips.

Mit vollstem Einverständnis unterstützen wir den Kampf unserer russischen Genossen gegen die offenen Gegner des Sozialismus. Alles, was sich in Russland den kommunistischen Maßnahmen der Regierung gewaltsam entgegenstellt, hat unterdrückt zu werden im Interesse der großen Allgemeinheit. Hier sind nach unserer Meinung auch die schärfsten Mittel in Anwendung zu bringen. Aber auch nur im Kampf gegen den wehrfähigen Gegner, nicht aber gegen wehrlose Geschöpfe, denen vielleicht gar nichts Schlimmes nachgewiesen werden kann.

Mir erscheint es also unumgänglich notwendig, dass die Bolschewiki von dieser verfehlten, harten Maßnahme in Zukunft Abstand nehmen. Die Stärke der Bolschewiki lag bis jetzt in ihrer festen, zielklaren Politik, in ihren unzweideutigen, energischen Taten zur Einführung des Kommunismus, in ihrem unverbrüchlichen Festhalten am internationalen, sozialistischen Prinzip. Diese Stärke machte sie unbesiegbar gegen eine Welt von Feinden, ihre Klassengenossen der ganzen Welt zehrten an dieser Stärke und hingen mit vollster Sympathie an ihren russischen Brüdern. Die Bolschewiki kämpften ihren Riesenkampf bis jetzt stets nur mit reinen Waffen. Sie errangen sich dadurch die stille Achtung selbst ihrer schärfsten Gegner.

Die Bolschewiki sind die Hüter des internationalen Sozialismus, die kühnen Vorkämpfer zur Errettung der Menschheit.

Das internationale Proletariat hat das Recht und die Pflicht die Verfechter seiner Freiheit zu unterstützen durch die klare Betonung des proletarischen Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft. Das internationale Proletariat muss aber auch scharf darüber wachen, dass nichts geschieht, was seinem Endziel Schwierigkeiten bereitet, es darf nicht nach der Art kopfloser Abenteurer einen sinnlosen Vernichtungskampf gegen wehrlose Gegner führen. Das beeinträchtigt ihre Aktionsfähigkeit, das stiftet Verwirrung unter den Arbeitern, das bereichert das Arsenal der Demagogen, das zerrüttet ihren Kampfesmut und ihre Stärke.

Deshalb sei es noch einmal scharf betont: Zurück von einer verhängnisvollen Gewaltpolitik, die Eure Stärke zerrüttet. – Schwächt Euch nicht selbst!

Wesen und Ziel der Einheitsorganisation!

Von einem Arbeiter.

Einem Teil der deutschen Arbeiter ist heute soviel zur unumstößlichen Gewissheit geworden, dass die Organisation der Zukunft nur die Einheitsorganisation sein kann. Die Überzeugung, die sich durch die grausame Erfahrung mit der alten Partei- und Gewerkschaftsbewegung bei diesen Arbeitern durchgerungen hat, ist logisch so folgerichtig und in ihrem Schaffensdrang nach etwas Neuem, Großem, Besserem so fest begründet, dass wir gezwungen sind, dieses Zukunftsproblem mit dem ganzen hohen Ernst und mit einer zielsicheren Gründlichkeit zu behandeln, die dieser Aufgabe würdig sind.

Grundbedingung muss sein, dass das Fundament der Einheitsorganisation nur im festen, felsigen Boden sozialistischen Erkenntnis eingemauert werden kann, wenn der Weiterbau überhaupt gelingen, wenn das neu zu schaffende Werk einer neuen Zeitepoche schwerster Klassenkämpfe gewachsen sein soll. Es ist ganz selbstverständlich, dass überzeugte Klassenkämpfer nur überzeugte Sozialisten sein können.

An diese Grundbedingung knüpfen sich zunächst etliche selbstverständliche Forderungen, die von jedem einzelnen Befürworter der Einheitsorganisation erfüllt werden müssen. Und zwar muss die erste Forderung lauten: „*Austritt aus den alten Gewerkschaften und der Partei beider Richtungen!*“

Es ist vollständig ausgeschlossen, dass jemand der Einheitsorganisation beitreten kann, der noch Mitglied der alten Gewerkschaften oder Partei ist. Nur die gründlichste, entschiedenste Abkehr aus diesen versumpften, chauvinistisch verseuchten Vereinigungen gibt uns die Gewähr dafür, dass alle, die zu uns halten, den festen Willen haben, die Arbeiterbewegung auf eine gesunde Basis zu stellen. Ohne die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung ist die Gründung der Einheitsorganisation schlechterdings unmöglich.

Mit dem Austritt aus diesen alten Organisationen muss sofort der Eintritt in den fachlichen, entschiedenen Kampf gegen diese veralteten, unbrauchbaren Institutionen der Arbeiterbewegung beginnen. Die Einheitsorganisation kann sich nur auf dem Wege über die zerschlagenen alten Gewerkschaft- und Parteieinrichtungen zu der ihr bestimmten Höhe emporringen. Das muss festgehalten werden, um sich die gewaltige Bedeutung unserer Aufgabe klarzumachen.

Man konnte bis jetzt bei der Erörterung über die Frage der Einheitsorganisation die verschiedensten Anregungen feststellen. Das ist durchaus erklärlich, wenn man weiß, dass die Suche nach einem rettenden Ausweg aus dem sich in seinem tiefsten Innern widersprechenden Labyrinth der heutigen Arbeiterbewegung viel Zeit und Mühe erfordert, wenn man weiß, dass die erkenntnisbegabten Arbeiter einen heißen Drang in sich fühlen,

einen Ausweg aus diesem Labyrinth zu finden. Die Frage der zukünftigen Gestaltung der Arbeiterbewegung kann gar nicht scharf genug durchdacht, nicht klar genug dargestellt werden, um den Massen die Notwendigkeit der Einheitsorganisation leicht fasslich zu machen. Der alte Schlendrian liegt den Arbeitern noch so sehr in allen Knochen, dass es der größten Mühe bedarf, sie von der besseren Neuerung zu überzeugen. Die bis jetzt gemachten Anregungen müssen aber noch um vieles vertieft und geklärt werden, wenn sie zu einem greifbaren Erfolg führen sollen. Da nun aber heute die Verhältnisse soweit in unsere Hand gearbeitet haben, dass unbedingt zur Tat geschritten werden muss, ist es notwendig, die einzelnen Richtlinien für die Einheitsorganisation festzulegen.

Mit aller Entschiedenheit muss ich mich zunächst gegen die Auffassung wenden, als brauchten wir, um überhaupt nur zur Einheitsorganisation zu gelangen, lediglich einige Gewerkschaften zusammenzukoppeln, dieses Beispiel zu vervielfältigen und dann nur einige verwaltungstechnische Änderungen zu treffen, um die Arbeiterbewegung einem Gesundungsprozess zuzuführen.

Dieser Gedankengang kann nur von solchen Genossen als akzeptabel angepriesen werden, die gänzlich verkennen, dass die Gewerkschaften mit allem Drum und Dran überhaupt keine Klassenkampforganisationen sein konnten, dass sie lediglich durch und durch verbürgerlichte Versicherungsgesellschaften waren, woraus sich klar ergibt, dass von diesen Verbänden nicht das leiseste Geisteswehen in die neue Organisation hinüberschlagen darf.

Das innerste Wesen der Einheitsorganisation kristallisiert sich um die eiserne Notwendigkeit, alle Proletarier in eine große Einheit zusammenzufassen, alles, was unter dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung schmachtet, in eine geschlossene Kampfesfront zusammenzuschmieden gegen das übermächtige Kapital. Dieser innerste Wesenskern der Einheitsorganisation macht es zur handgreiflichen Selbstverständlichkeit, dass der Charakter dieser neuen Organisation einzig und allein nur der Klassenbewegung des Proletariats angepasst sein muss.

Aus der Aufteilung dieser fundamentalen These erhellt dreierlei. 1. die Beseitigung aller Unterstützungseinrichtungen, die am meisten zur geistigen Verflachung der Massen beigetragen haben. 2. Die Aufhebung der Gewaltherrschaft der Bürokratie, die jede Betätigung in der Richtung des Sozialismus von vornherein verhinderte. 3. Die Unmöglichkeit, mit dem Kapital kleinliche Schachergeschäfte abzuschließen in der Form langfristiger Tarifverträge.

Der erste Punkt ist überhaupt nur durchführbar mit Arbeitern, die neben ihrer klaren, sozialistischen Klassenerkenntnis auch den notwendigen Grad von hingebungsvollem Idealismus zur Sache mitbringen. Es könnte höchstens eine einzige Unterstützungseinrichtung getroffen werden, die den tatsächlichen Opfern des Kampfes zugute käme. Das ist jedoch nicht unbedingt notwendig und würde am besten unterbleiben, da jede Unterstützungseinrichtung den Bazillus der egoistischen Rechnungsträgerei mit zur Welt bringt und auf den Organismus einer Kampforganisation störend wirkt. Es ist nicht erforderlich, die Organisation zur Zahlung von Unterstützungsgeldern zu verpflichten; zur Linderung der bittersten Not können andere Mittel und Wege von den Mitgliedern ausfindig gemacht werden.

Der zweite Punkt ist innerhalb der Einheitsorganisation leicht durchzuführen, da jeder Genosse unter Wahrung des wirklichen, demokratischen Prinzips die Möglichkeit hat, den Verwaltungsapparat und alle zu treffenden Maßnahmen zu kontrollieren. Auf die gestellte Frage: „Brauchen wir Beamte?“ kann ich nach reiflichster Überlegung nur mit Ja antworten. Es ist eine reine Unmöglichkeit, die neue Einheitsorganisation nebenamtlich zu verwalten. Nur wollen und dürfen wir der Bürokratie keine Vormachtstellung einräumen, wir müssen alle Entscheidungen nur in die Hände der Mitglieder legen. Dass die Zahl der Beamten aufs

äußerste Minimum beschränkt bleibt, dass diese Beamten immer nur auf ein Jahr angestellt werden und dass ein vertrauensbrüchiger Beamter überhaupt nicht mehr angestellt werden darf, versteht sich am Rande. Die Gehaltsfrage der Beamten richtet sich im Wesentlichen nach dem Einkommen der Mitglieder. Ein Drängeln nach der Futterkrippe wird unter solchen Bedingungen von ganz allein unterbleiben. Gleichzeitig wird darauf Bedacht genommen werden, dass nur die tüchtigsten und befähigsten Genossen diese Stellen einnehmen. Zwischen der Leitung und den Mitgliedern besteht auf diese Weise eine enge Fühlung, die es ermöglicht, bei Differenzen sofort die nötige Klarheit zu schaffen.

Der dritte Punkt gibt der Kampfesstellung der Massen gegenüber dem Kapital erst die richtige Bedeutung. Darin liegt die Tatsache begründet, dass der Kampf mit Hilfe der Einheitsorganisation vorwiegend politischen Charakter trägt, dass nicht um kleinliche, wirtschaftliche Verbesserungen allein eingetreten werden soll, sondern, dass in erster Linie die politische Vormachtstellung des Proletariats errungen werden muss, aus der dann wirtschaftliche Verbesserungen von selbst resultieren.

Diese drei Punkte, die als erste Pflichtleistung der Einheitsorganisation notwendig und gewissenhaft durchgeführt werden müssen, zeigen gleichzeitig das Endziel dieser Einheitsorganisation in hellstem Licht.

Das letzte große Ziel der Einheitsorganisation ist die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse aus den Ketten der kapitalistischen Ausbeutung. Die Einheitsorganisation ist die treibende Kraft zur Vollendung des Sozialismus.

Worterziehung und Taterziehung.

Von Kurt.

„Lasst uns die Kinder lassen leben“
(Ellen Key, das Jahrhundert des Kindes).

Der Laie versteht unter Erziehung meist das Gegenteil von dem, was das Wort seinem Sprachinhalt nach bedeutet. Die meisten Menschen glauben heute, dem Erzieher fiele die Aufgabe zu, seinen Zögling bestimmte, feststehende Sittenbegriffe anzuerlernen. Sie meinen, dass es die Aufgabe des Erziehers sei, gleichsam wie der Gärtner einen Baum veredelt, bei seinem Zögling bestimmte Eigenarten, z.B. seine Spontaneität, sein Unabhängigkeitsgefühl usw. zu unterdrücken und ihm andere Eigenschaften, die der *Erzieher* für richtig und gut hält, aufzupropfen. Erziehung aber ist nicht gleichbedeutend mit Dressur; womit nicht gesagt sein soll, dass das, was heute gemeinhin mit dem Ausdruck Erziehung bezeichnet wird, etwas anderes als Dressur sei. Das heißt, es werden dem Kinde bestimmte Sittengesetze aufgezwungen, sein Denken und seine Handlungen werden gewaltsam nach einer bestimmten Richtung hin beeinflusst, wenn nicht gar gewaltsam in eine Schablone gezwängt.

In Wirklichkeit jedoch bedeutet Erziehung etwas wesentlich anderes. Es geht mit diesem Wort wie mit vielen anderen: wenn man sie auf ihre etymologische (Etymologie, die Lehre von der Ableitung der Wörter) Bedeutung nachprüft, so ergibt sich oft ein ganz anderer Sinn als der, welchen sie im Sprachgebrauch angenommen haben. „Er“ heißt in diesem Zusammenhang soviel wie „heraus“. Und „Ziehung“ kommt her von ziehen. Erziehung ist somit gleichbedeutend mit „herausziehen“. Von diesen Erwägungen ausgehend hat denn auch der holländische Gelehrte Domela Nieuwenhuis in seiner Schrift „Freiheit in der Erziehung“ gesagt, das Wort Erziehung bedeute: Etwas von innen nach außen ziehen und nicht umgekehrt: Von außen nach innen hineinbringen. In diesem Sinne haben die wirklich großen Erzieher das Erziehungswerk aufgefasst. Bei Rousseau und Diesterweg, bei Pestalozzi und Fichte ist das Kind nicht Objekt, sondern Subjekt der Erziehung. Anders ausgedrückt heißt

das: Der Erzieher darf dem Kinde nicht bestimmte Begriffe aufzwingen, darf das Kind nicht *zwingen*, sich nur im Rahmen bestimmter Anschauungen zu bewegen, sondern muss im Gegenteil dafür Sorge tragen, dass die im Kinde vorhandenen natürlichen Anlagen und Fähigkeiten sich ungehindert entwickeln können. Wer durch autoritäre Zwangsmittel den Charakter eines Menschen in eine bestimmte Richtung zwingen will, ist kein Pädagoge, sondern ein erbärmlicher Erziehungsschuster. Der wirkliche Erzieher kann nur durch zwei Mittel direkt wirken: Einmal, indem er überzeugt und dann vor allem durch gutes Beispiel.

Was heißt nun, die natürlichen Anlagen des Kindes zur freien Entfaltung bringen? Nichts anderes als dem sich entwickelnden Menschen Gelegenheit schaffen, sich frei zu betätigen, ihm die Möglichkeit geben, seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten praktisch anzuwenden, sich darin dauernd zu üben.

An zwei Beispielen wollen wir das klarzumachen versuchen.

Wenn man ein Kind in der Zeit, in der es zu laufen beginnt, sobald es fällt, immer wieder sofort auf die Füße stellt, so wird es sich schließlich daran gewöhnen, wird ruhig – oder auch schreiend – liegen bleiben und warten bis es wieder aufgehoben wird. Fast jede Mutter weiß aber doch, dass das Kind sich selber helfen, selber versuchen und üben muss, wenn es lernen soll, sich selber aufzurichten. Sie wird deshalb verständigerweise dem Kinde, wenn es sich beim Fallen keinen Schaden zugefügt hat, ihre Unterstützung versagen.

Nicht so selbstverständlich wird die Erziehung zur Selbsthilfe meist, wenn es sich um die Charakterbildung handelt.¹⁷

Nehmen wir an, das Kind eines Sozialisten, das bis zu seinem sechsten Lebensjahre von allem religiösen Kult ferngehalten wurde, kommt in die Volksschule und damit in ein ganz anderes geistiges Milieu. Früher oder später kommt der Konflikt: Es merkt den Gegensatz zwischen dem, was es zu Hause über bestimmte Dinge gehört hat, und dem, was ihm in der Schule darüber gesagt wird. Ist der Charakter des Kindes bis dahin nicht schon völlig verwischt und ihm nicht vorher beigebracht worden, dass alles, was der Lehrer vorträgt, unbedingt richtig ist, so wird es zu opponieren beginnen. Leider sind ja heute die meisten Arbeiterkinder bis zu ihrem Eintritt in die Schule zu autoritätsfürchtigen Objekten der „Erzieher“ geworden. So kommt es denn, dass die übergroße Mehrzahl aller Kinder kritiklos alles hinnimmt, was ihnen von Erwachsenen gesagt wird, dass sie in diesem Alter meist keine eigene Meinung haben, geschweige denn daran gewöhnt sind, sie Erwachsenen gegenüber zu vertreten.

So sind sie denn für die heutige Volksschule gehörig vorgedrillt und Widersprüche machen ihnen meist, selbst wenn sie von ihnen bemerkt werden, wenig Kummer. Sie lernen einfach mechanisch. Wo aber einmal ein besonders charakterstarkes Kind widerspricht und in offenen Konflikt mit seinem Lehrer gerät – was geschieht dann in der Regel? Dann handeln die Eltern meist nicht nur wie eine schlechte Mutter im ersten Beispiel, die das Kind, sobald es fällt immer wieder auf die Füße stellt und dadurch die körperliche Entwicklung des Kindes hemmt, sondern wie eine Mutter, die dem heranwachsenden Kinde überhaupt keine Gelegenheit zum Gehen lernen gibt. Anstatt dass sie das um eine Erkenntnis ringende Kind in seinen Streben bestärken und unterstützen, geben sie dem Kinde meist zu verstehen, dass es sich der

¹⁷ Wer sich über den Einfluss der körperlichen Erziehung auf die Charakterbildung, wie überhaupt über die Frage der Kindererziehung unterrichten will, lese zur Einführung die vorzügliche Schrift: Julian Borchardt, Wie soll ich meine Kinder ohne Prügel erziehen. Berlin 1907. Verlag: Buchhandlung Vorwärts.

Autorität des Lehrers einfach zu fügen habe. Und entschuldigen ihre Handlung meist, indem sie sagen, sie täten dies im Interesse des Kindes.

Freilich, sie ersparen damit sich und ihrem Kinde den Konflikt; doch sie opfern dafür die Seele und den Charakter ihres Kindes. Indem sie eine natürliche Anlage des Kindes, nämlich seinen selbständig nach Erkenntnis strebenden und deshalb oppositionellen Geist unterdrücken, „erziehen“ sie es systematisch zur Knechtseligkeit. Und wenn Ellen Key das Wort Fröbels: „Lasset uns unseren Kindern leben“ umgeprägt hat in den Satz: „Lasst uns die Kinder lassen leben“, so soll damit gesagt sein, dass die beste Erziehung zur Charakterstärke in der freien, selbständigen Betätigung der Jugend garantiert ist. Wer reiten will, muss zu Pferde sitzen, sagt ein altes Sprichwort. Und so, wie der Mensch körperliche Fähigkeiten nur durch Betätigung, durch Übung erlangt, so wird auch sein Charakter durch fortgesetzte Übung gestählt. Deshalb muss, wer starke Charaktere heranbilden, wer selbstbewusste, unbeugsame Persönlichkeiten erziehen will, auch dem Kinde das Recht zuerkennen, sich geistig frei auszubilden. Wer Autoritätsfürchtigkeit, Aberglauben und Dummheit bekämpfen will, muss, wie Domela Nieuwenhuis sagt, für das Kind das Recht proklamieren, zu denken, sich frei auszusprechen, zu zweifeln, seine eigene Meinung zu haben und auch sich zu widersetzen. „Dies muss das ungeschriebene Gesetz des Kindes sein.“

Erzieher, welche nur intellektuelles Wissen und Können vermitteln, sind Handwerker. Pädagogen, die sich die Charakterbildung als höchstes und letztes Ziel ihrer Erziehungstätigkeit gestellt haben und in diesem Sinne mit Erfolg wirken, sind Künstler im wahrsten Sinne des Wortes. Charakter jedoch erwirbt man nicht, wie Kerschesteiner sagt, durch Bücherlesen und Predighören, sondern durch unausgesetztes, im gleichen Sinne betätigtes Handeln. Durch intellektuelle Aufklärung allein kann man keine Persönlichkeiten erziehen. Charaktere bilden sich durch Übung des *Kindes selbst* in der Überwindung von Schwierigkeiten, durch anhaltende Betätigung in der Richtung nach dem bestimmten Ziel: nämlich seine Handlungen in Übereinstimmung zu bringen mit seinem Denken und Fühlen. Erzieher, die dergestalt wirken, werden für ihren Zögling im Laufe der Zeit immer entbehrlicher; denn das an Betätigung im obigen Sinne gewöhnte Kind ist reif zur Selbsterziehung, wofür Taterziehung nur ein anderer Ausdruck ist.

Starke Charaktere, unbeugsame *Persönlichkeiten*, Kampfnaturen heranzubilden, das ist vor allem eine Aufgabe, die einer ihren Zielen zustrebenden Arbeiterbewegung zufällt. Leider sündigen heute die meisten proletarischen Eltern bewusst und unbewusst gegen den heiligen Geist der Erziehung. Wie sehr in dieser Hinsicht bisher gefehlt worden ist, das zeigt nicht nur die völlige geistige Unbeholfenheit und der antirevolutionäre Geist, der einen großen Teil unserer Jugend beherrscht, sondern auch der eigne hehre Stand der proletarischen Jugendbewegung. Wie sehr eine gründliche Auseinandersetzung über diese Frage nottut, zeigt vor allem die Auffassung vieler, selbst radikaler Sozialisten über die Frage: Jugendpflege oder Jugendbewegung, worüber in einem zweiten Aufsatz einiges gesagt werden soll.

Aus unserm politischen Tagebuch.

16. Oktober.

Regierungssorgen. Die B.Z. am Mittag schrieb am 5. Oktober: „Wie wir hören, hatten die Sozialdemokraten gebeten, von einer Verleihung des Titel Exzellenz an sie abzusehen. Es wurde ihnen aber erwidert, dass die bürgerlichen Abgeordneten auf diesen Titel nicht verzichten und selbstverständlich konnte keine Differenzierung zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten stattfinden. – Die Frage mag ja im allgemeinen recht belanglos erscheinen, aber sie hat immerhin doch eine gewisse Bedeutung im bisherigen Aufbau unserer ganzen Beamtenhierarchie Es gibt auch Exzellenzen in den den

Staatssekretären untergeordneten Ämtern und bei den hohen militärischen Stellen, und gerade in diesen Kreisen wird auf den Titel hoher Wert gelegt, sodass die bürgerlichen Staatssekretäre schon deshalb auf die Gleichstellung in dieser Beziehung mit ihren untergeordneten Beamten nicht verzichten zu können glaubten. In der Praxis wird sich wahrscheinlich ergeben, dass die sozialdemokratischen Staatssekretäre im politischen Verkehr von dem Exzellenztitel keinen Gebrauch machen, aber im dienstlichen Verkehr mit den Zivil- und militärischen Stellen ihn verwenden.“

Man sieht, das Regieren ist nicht so leicht, wie ein gewöhnlicher Prolet sich das vorstellen mag.

Herausforderung.

Von Ada Negri.

O Welt von Bürgern schlau und ehrenwert,
Die Geld anhäufen und bequem sich betten,
O Welt von Millionären, wohlgenährt,
Und zierlichen Koketten;

O Welt von Frau'n, hysterisch, schlank und blass,
Die um den Liebsten gehn zur Messe offen;
O Welt voll Treubruch, voll Raub und Hass,
Und trügerischem Hoffen;

Bist du es also, lügnerische Welt,
Die Licht und Ideal mir will verleiden,
Bist du es, feiger Zwerg, der darauf verfällt,
Die Flügel mir zu schneiden?

Du kriechst, ich fliege, gähnst du, singe ich,
Verachte deine Ränke, deine Lügen;
Der Zauber der Begeist' rung schwebt um mich,
Du bleibst im Schlamme liegen.

O Welt von Toren und von Schlangenbrut,
Du feige Welt, mein Fluch halt dir entgegen,
Den Blick gewandt auf der Gestirne Glut,
So folg' ich meinen Wegen.

Allein und wehrlos, voller Durst nach Licht
Zieh ich dahin. – Und magst du, skeptisch trübe
Zurück mich halten, aus der Brust doch bricht
Das hohe Lied der Liebe.

Geh', üpp'ge Welt, zieh' durch den Äther fort,
Verworfenheit und Geldsucht mit dir jagen:
Als Geißel schwing' ich das entflammte Wort,
Dir ins Gesicht zu schlagen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 43/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 26. Oktober 1918.

Nr. 43

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Unabhängige Partei und die zukünftige Internationale.

Von Siegfried.

Im Berliner „Mitteilungsblatt“ vom 15. September wird uns die welterschütternde Kunde zuteil, dass die Neubildung der 3. Internationale, soweit Deutschland in Betracht kommt, nur auf dem Boden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei möglich sei:

„In Deutschland sehen wir jetzt schon klar, und darum muss feststehen, dass hier der Weg zur Internationale nur über die Unabhängige sozialdemokratische Partei führen kann.“

Diese Ankündigung, mit welcher hier eines der wichtigsten Probleme des Proletariats zur Ausführung gebracht werden soll sowie die absolut sichere Behauptung, dass nur einzig und allein die U.S.P. die Grundlage sein könne zur Neugründung einer neuen Internationale, macht es uns zur gebieterischen Pflicht, eine Untersuchung darüber anzustellen, inwieweit dem Weltproletariat gedient wäre, wenn es sich von den gepflogenen Auffassungen und Tendenzen dieser Partei in Fesseln schlagen ließe.

Die ganze Behandlung dieser Frage gewinnt für den Sozialisten einen besonders pikanten Beigeschmack insofern, als dieses Problem von keinem Geringeren als dem weiland revisionistischsten der Revisionisten, dem Herrn Eduard Bernstein, in der „Sozialistischen Auslandspolitik“ einer näheren Betrachtung unterzogen wird. Ed. Bernstein, der wohl für die meisten seiner Parteigenossen ein psychologisches Rätsel geblieben ist, der innerhalb der proletarischen Politik den ungeheuerlichsten Schwankungen anheimfiel und anscheinend auch heute noch zu denjenigen gehört, die eine stille Liebe zu den rechtsstehendsten seiner ehemaligen Blockgenossen im Herzen tragen, - dieser namhafte Wortführer der U.S.P. wäre in der Tat der geeignetste Unterhändler zwischen den heute rivalisierenden Scheide- und Haasemännern der Internationale. Beachtenswert ist überhaupt, dass Ed. Bernstein, der ja noch nie in politischen Entscheidungen radikal gewesen ist, heute zum Menetekel der U.S.P. werden konnte. Die zahme Kritik des Artikelschreibers im „Mitteilungsblatt“ über die

weitgehende Toleranz Bernsteins gegenüber den kriegsbegeisterten „Genossen“ der Internationale will also nichts besagen.

Wir wollen uns jedoch mit den Meinungsäußerungen im „Mitteilungsblatt“ befassen, da diese Zeitung den energischsten Willensausdruck der U.S.P. bedeutet. Zur besseren Beurteilung sollen einige Zitate vorangestellt werden. Man höre:

„Die Aufrichtung der alten Internationale, ein brüderliches, wenn auch schmerzreiches Vergeben und Vergessen aller Sünden am Geiste der Internationale, ein gerührtes und rührendes In-die-Arme-schließen aller, die einst ihr Lippenbekenntnis zum Internationalen Sozialismus stammelten und wohl auch heute oder morgen zu neuen Eiden bereit und fähig wären, – ein solcher Wiederaufbau könnte nur zu neuen, größeren Enttäuschungen führen. Wir hätten aufs Neue einen Bau mit imponierender Fassade und wurmstichigen Balken.

Hätte es einen Sinn, sich mit Personen und Parteien international zu verbinden, die eben noch die einfachsten Forderungen der Internationale unter schnödem Spott verraten haben? Ist von ihnen auch nur jene Propaganda zu erwarten, die nicht zum zweiten Male versäumt werden darf?“

Und am Schluss des Artikels werden mit Emphase folgende Worte in die Welt hinausposaunt:

„Will die kommende Weltorganisation des Proletariats ihren Zielen gerecht werden und aktionsfähig sein, dann muss sie ihre Reinheit wahren.

Auslese ist nötig! Und sie ist nicht schwer zu treffen, denn der Krieg hat die Geister geschieden und die Gesinnungen offenbart, hat die Auslese eigentlich schon vollzogen. Es handelt sich nur noch darum, sie zu bestätigen.

Die Basis für den neuen Aufbau der Internationale ist nicht die Internationale der Vorkriegszeit. Sie ist fossil. ‚Historisch gegeben‘ sind die Bildungen seit 1914.“

Also steht es geschrieben im – Zentralorgan der Berliner Unabhängigen.

Wie ist uns doch? Hat nicht am 4. August die gesamte heutige Unabhängige Partei den internationalen Standpunkt verlassen?

Haben nicht die maßgebendsten Führer dieser Partei „die einfachsten Forderungen der Internationale unter schnödem Spott verraten“? Und, wenn „die Bildungen seit 1914 „historisch gegeben“ sind, hat nicht gerade die U.S.P. ihren vollen Anteil zum Schaden des Weltproletariats daran?

Es ist eine grimmige Satire, die hier auf den Leib der Unabhängigen Partei Deutschlands geschrieben worden ist.

Aber, so hören wir schon von drüben uns entgegenrufen:

Gewiss haben wir Fehler begangen, gewiss haben wir unter der Wucht der Ereignisse uns am internationalen Sozialismus versündigt, aber unsere Sünden und Fehler sind längst gesühnt durch unsere seit zwei Jahren an den Tag gelegte Stellung zum Kriege, sie sind geführt durch unser radikales Auftreten im Parlament, durch die radikale Aufklärung der Massen.

Gemach, gemach, ihr Herren, das wollen wir doch erst noch genauer untersuchen.

Jeder Genosse, der nicht nur zahlender Mitläufer war und nicht erst seit dem 4. August 1914 zur deutschen Sozialdemokratie kam, jeder Genosse, der das Wesen und die Politik dieser Partei nicht erst seit diesem Tage, sondern schon früher kannte, hat gewusst, dass dieses Gebäude „mit der äußerlich glänzenden Fassade“ und den inneren „wurmstichigen Balken“ beim ersten imperialistischen Sturmwind in sich zusammenbrechen musste.

Die durchaus oberflächliche Augenblickserfolge erhaschende Politik der weiland „großen starken, deutschen Sozialdemokratie“, die sich an riesigen Mitgliederzahlen und glänzenden Wahlerfolgen berauschte, die mit majestätischer Geste die erste Rolle innerhalb der Internationale spielen durfte, die der Welt die Augen verblendete durch den äußerlichen Prachtbau ihres raffiniert ausgestatteten Organisationspalastes und die in allen entscheidenden Fragen der internationalen Politik durch ihr kategorisches „Ja“ oder „Nein“ der Internationale ihren Weg vorschrieb, den sie dann auch gehorsam zu gehen hatte, – diese Partei, die, am 4. August 1914 im unlöslichen Chaos ihrer inneren Widersprüche verstrickt, „die einfachsten Forderungen der Internationale unter schönem Spott verraten hatte“, – dieselbe Partei wollen die Unabhängigen unter Aufbietung des letzten Tropfens ihres edlen Schweißes zu neuem Leben erwecken.

Oder etwa nicht? – Dann wären die Aussprüche der Herren Kautsky, Bernstein, Haase, Ledebour usw., – die zahllosen Beteuerungen jener Herren über die Notwendigkeit der Wiederherstellung dieser „alten starken deutschen Sozialdemokratie“, wie sie vor dem 4. August 1914 bestanden hat, also in der Tat weiter nichts als Spiegelfechtereie, als der groteskste Beweis demagogischer Künste. Bis zum Überdruß haben diese Herren bei all und jeder Gelegenheit ihre Betonung auf diese Forderung gelegt.

Und haben denn die Herren Unabhängigen nach ihrer ängstlichen Halbernüchterung vor ca. zwei Jahren wirklich nur ein einziges Mal versucht, ihre Fehler zu verbessern, haben sie wirklich auch nur eine entschiedene Tat zu verzeichnen, die dem Proletariat den Weg zum Sozialismus klar verzeichnet?

Haben sie sich wirklich ernstlich bemüht, echten, sozialistischen Geist im Proletariat zu verbreiten, den bewussten, internationalen Klassenstandpunkt tatsächlich zu betonen?

Haben sie nicht vielmehr im Parlament den denkbar abstoßendsten Kretinismus geübt, haben sie nicht an allen bürgerlichen Gesetzesvorlagen aktiv mitgearbeitet, bemühen sie sich nicht krampfhaft, die Kriegssteuern der Regierung unter Dach und Fach zu bringen? Was will es angesichts all dessen bedeuten, wenn ab und zu einmal in einer Parlamentsrede an der allgemeinen Kriegspolitik der Regierung Kritik geübt wird?

Doch, was das Schlimmste, was für das Proletariat das verhängnisvollste ist:

Sie tun all dieses unter Berufung auf den internationalen Sozialismus, sie wiegen die Massen in den Wahn ein, als seien sie die einzig wahren Kämpfer für den internationalen Sozialismus, als könne nur durch die Unabhängige Partei die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse erkämpft werden.

Nichts falscher, nichts größenwahnsinniger, als diese Utopisterei in die Köpfe des Proletariats hineinzuhämmern. Alle Welt weiß, dass das höchste Ziel der Unabhängigen Partei in der Erreichung des parlamentarischen Systems, in der Erringung des gleichen Wahlrechts, in etlichen demokratischen Veränderungen der Staatsverfassung gipfelt. Die parlamentarische Republik ist der heißeste Wunsch der Unabhängigen, wenn nicht vielleicht schon dies zu hochgegriffen ist, wenn sie nicht vielleicht selbst hier noch Konzessionen zu machen bereit sind.

Kann dieses Ziel der Unabhängigen überhaupt in irgendwelcher Weise mit Sozialismus in Einklang gebracht werden? Mit Fug und Recht sagen wir: Nein! Und zwar aus folgenden Gründen:

Die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus zeigt uns, dass es ausgerechnet die parlamentarisch regierten Staaten sind, welche den am raffiniertesten entwickelten Kapitalismus aufzuweisen haben. Das parlamentarische Regierungssystem ist also diejenige Staatsform, unter deren Obhut alle kriegstreibenden Kräfte am üppigsten in die Halme

geschlossen sind. Unter der parlamentarischen Staatsform ist insbesondere die blutige Gwalt Herrschaft des Finanzkapitals, – der Imperialismus, – zu seiner alles bezwingenden Macht emporgewachsen, hat internationale Verwicklungen erzeugt und gebar schließlich den Weltkrieg.

Die parlamentarische Republik kann also selbst unter demokratischen Einrichtungen immer nur ein Werkzeug sein zur Erhaltung des bürgerlichen Klassenstaates; – liegt also weltenweit entfernt vom internationalen Sozialismus.

Die unter dem Herband der Unabhängigen Partei dahintrottenden Proletarier, denen der radikale Glorienschein, der seinen Brennpunkt in der Ablehnung der Kriegskredite konzentriert, die Augen verblindet, wissen anscheinend die tiefen Widersprüche in dieser Partei nicht zu entdecken.

Die Unabhängigen wissen tatsächlich nichts Besseres zu tun, als den Verständigungsfrieden der kriegführenden Regierungen den Arbeitern als erstrebenswertestes Ziel zur Beendigung des Krieges zu empfehlen.

Doch auch hier zeigt sich die Hohlheit dieser schönklingenden Phrase sofort, wenn der obere Firniss abgekratzt wird.

Die heutige gegenseitige grenzenlose Verbitterung der Gegner kann erst dann eine Verständigung herbeiführen, wenn alle Reservoirs an Menschen, Munition und Finanzen erschöpft sind. Was bedeutet das praktisch? Nichts mehr und nichts weniger als eine ungeahnte Verlängerung des Weltkrieges. – Und was hat das wiederum im Gefolge? Die weitere entsetzliche Verelendung der Massen, die völlige Aufreibung der körperlichen, geistigen, moralischen, ethischen Volksgesundheit aller Völker; oder anders ausgedrückt: Den allgemeinen Zusammenbruch, die beispielloseste Schwächung und Kampfunfähigkeit des Weltproletariats. – So sieht also in Wirklichkeit das wahre Gesicht jenes famosen Verständigungsfriedens aus, welches die Unabhängigen in Stadt und Land in der marktschreierischsten Weise als gangbare politische Ware anpreisen.

Und wie steht's mit der Stellung der U.S.P. zu den ausländischen Genossen, die als einzige wahre sozialistische Politik die energischste Friedenspropaganda unter Auslösung des revolutionären proletarischen Klassenkampfes betrieben haben und dadurch auch den Frieden für ihr Land erreichten? – Wie stehts mit der Stellung der U.S.P. zu den russischen Bolschewiki?

Wir haben eine Anzahl Belege, dass gerade die einflussreichsten Vertreter dieser Partei, deren Willensäußerung in Wort und Schrift bis dato noch stets als das unantastbare, allerheiligste Evangelium für die Masse der Mitglieder gegolten hat, diese proletarische, revolutionäre Politik der Bolschewiki ablehnen. Man komme uns nicht mit dem faden Einwand, das sei nur der rein persönliche Standpunkt einiger Weniger, für die keinesfalls die Gesamtpartei verantwortlich gemacht werden dürfe. Wir wissen genau, dass der geistige Einfluss jener, – derer um Kautsky besonders, – als allgemein geltend innerhalb der U.S.P. anerkannt wird, dass er die Richtschnur ist für die Handlung und Stellung der Gesamtpartei. Und wie Kautsky am Wendepunkt 1914 der denkbar schlechteste Berater der Partei war, wie Kautsky damals nichts Besseres zu tun wusste, als sich mit der Regierung in ein erbärmliches Schachergeschäft einzulassen, genauso wusste Kautsky nach der russischen Oktoberrevolution 1917 nichts Besseres zu tun, als ins Horn der ängstlichen Mahner und Warner zu stoßen, als die entscheidende Tat der Bolschewiki als zu weitgehend, als die später von den Bolschewiki betriebene Politik aber sogar als unsozialistisch zu denunzieren, mit den Imperialisten gemeinsam auf die Bolschewiki einzuhauen.

Es ist eine grausame Ironie der Geschichte, dass er das in derselben Zeitepoche tat, wo er und seine Freunde in Deutschland in dumpfer Resignation demokratische Probleme über neue Staatsverfassungen ausknobelte, oder im Schweiß seines Angesichts einen weltumwälzenden Unterschied herauszudestillieren sich bemühte zwischen Landesverteidigung und Verteidigungskrieg.

Also ist die ablehnende Haltung der maßgebenden unabhängigen Führer durchaus der Willensausdruck der großen Mehrheit der Partei. Das liegt ja auch voll und ganz in der Natur der Sache, – unterscheidet sich doch die Politik der Bolschewiki von der der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands wie das Feuer vom Wasser.

Ausgenommen hiervon mögen diejenigen der Spartakusleute sein, die sich um den Genossen Mehring konzentrieren und an der Unabhängigen Politik gelegentlich scharfe Kritik üben; wenn sie auch leider Gottes noch über so viel Weichlichkeit verfügen und sich die stille Duldung in den Reihen der Unabhängigen Partei gefallen lassen. Indessen, für diese Leute kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, entweder der politischen Knochenerweichung zu verfallen nach dem Muster ihrer heutigen Parteigenossen, – oder die Flucht aus diesem politischen Tohuwabohu zu ergreifen und sich hinüberzuretten auf das Eiland internationaler, sozialistischer Erkenntnis.

Wir glauben in Vorstehendem den Nachweis erbracht zu haben über die Unmöglichkeit, auf dem Boden der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie das Fundament für die zukünftige Internationale legen zu können. In der 3. Internationale darf kein Hauch von dem alten dumpfen, schläfrigen Geist der begrabenen 2. Internationale zu verspüren sein, alles alte verknöcherte Gerümpel muss bis auf den letzten Rest beseitigt werden, wenn die 3. Internationale einem neuen gewaltigen imperialistischen Ansturm trotzen soll, wenn auf den blutdampfenden Trümmern dieses Weltkrieges die endliche Befreiung des Weltproletariats und damit der Sozialismus seine Triumphe feiern soll.

Dass dieses große Werk die Deutsche Unabhängige Sozialdemokratie weder vollbringen will noch vollbringen kann, liegt in ihrem ganzen Charakter der Halbheit und des Zauderns.

Und hierin liegt auch ihr sanfter, schmerzloser Tod für die Zukunft begründet. Jedoch wird diesem politischen Leichnam dann kein internationaler Sozialist auch nur eine einzige Träne nachweinen.

Und wenn auch, wie einst die Unabhängigen *ihr Lippenbekenntnis zum internationalen Sozialismus stammelten und wohl auch heute oder morgen zu neuen Eiden bereit und fähig wären, – ein solcher Wiederaufbau könnte nur zu neuen, größeren Enttäuschungen führen.*

Das parlamentarische System in Deutschland.

Von Sagitta.

Lauter Jubel erschallt im deutschen Bürgertum nationalliberaler Couleur sowie im Lager der offiziellen deutschen Sozialdemokratie ob des zur Reife gediehenen parlamentarischen Systems bei uns in Deutschland.

Trotzdem wir internationalen Sozialisten diesem Freudentaumel des deutschen Bürgertums, sowie dem enthusiastischen Gerede der Sozialpatrioten kaltlächelnd gegenüberstehen und uns in unseren Zielen und Wünschen durch derlei Begeisterungsgeschrei nicht irre machen lassen, wollen wir dennoch dem parlamentarischen System einige Aufmerksamkeit zuwenden.

Selbstverständlich kann es uns nur darum zu tun sein zu beleuchten, inwieweit die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems der Verwirklichung des Sozialismus dienstbar gemacht werden kann,

Es liegt nahe, eine kurze Untersuchung über die Entwicklung des parlamentarischen Regierungssystems in den Ländern anzustellen, in denen diese Regierungsform am längsten besteht und am weitesten demokratisiert worden ist, also in England, Nordamerika und Frankreich.

Was wir den Verfechtern des parlamentarischen Regierungssystems gegenüber stets und eindringlich betont haben, nämlich, dass gerade dieses System dem Kapitalismus zu seiner unerhörtesten Ausdehnung verholfen hat und der Ausbreitung eines den Weltfrieden gefährdenden Imperialismus günstig war, – dies trifft unzweideutig auf diese drei Staaten zu. Kein vernünftiger Mensch wird im Ernst bestreiten wollen, dass alle in diesen Ländern erzielten Errungenschaften lediglich den dort *herrschenden Klassen* zugutekamen, dass diese sogenannten demokratischen Regierungsformen bis in ihren tiefsten Kern hinein staaterhaltenden Charakter angenommen hatten und dass aus diesen Gründen nicht eine *sozialistische* Politik betrieben werden konnte. Wenn das in den am parlamentarischsten regierten Ländern der Fall bis auf den heutigen Tag geblieben ist, was soll man dann erst von einem Lande wie Deutschland mit seinen alten, traditionellen, halbfeudalen Regierungsformen erwarten, wenn ihm das parlamentarische Regierungssystem ausgepfropft werden wird? Der politische Kampf in Deutschland, der unter den staaterhaltenden Parteien einschließlich des größten Teiles der Sozialdemokratie über die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems entbrannt ist, kann in keiner Weise eine dem Proletariat günstige Entwicklung hervorbringen. Das parlamentarische Regierungssystem erschwert in seiner letzten Konsequenz den Klassenkampf des Proletariats, es vertritt in seines Wesens Wesenheit eine harmonieselige Tendenz, es verlängert die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Das Bürgertum benutzt es als Waffe gegen den Klassenkampf des Proletariats; zunächst indirekt durch Einschläferung der Massen, sowie durch die aktive Beteiligung der Arbeiterführer in der Regierung. Wenn jedoch trotz alledem die Klassengegensätze in verschärfter Form wieder hervorbrechen und wenn die Massen das kapitalistische Joch abschütteln wollen, dann wendet sich diese parlamentarische „Volksregierung“ mit derselben brutalen Macht gegen das aufwärtsstrebende Proletariat wie seine Vorgänger.

Die Praktiken der amerikanischen Trustkönige liefern hierfür einen schlagenden Beweis. Die Arbeiteraufstände in den amerikanischen Industriezentren wurden unter dem parlamentarischen Regime im Blute erstickt und stellten sich würdig an die Seite mittelalterlicher Gewalttaten.

Wenn die Vertreter der Sozialdemokratie als verantwortliche Mitarbeiter dieser neu formierten Regierung vors Volk hintreten, wenn sie in engster Verbrüderung mit den Generalvertretern dieses kapitalistischen Staatswesens einige Reformen schaffen, so beweisen sie damit nur unsere längst vertretene Meinung, nämlich, dass sie seit langen Jahren jegliches sozialistische Empfinden verloren haben, dass sie gute, brave Staatsbürger mit ausgesprochen bürgerlichen Ideologien sind.

Wir wollen jedoch gerecht sein und offen aussprechen, dass die Scheidemänner von ihrem Standpunkt aus immerhin noch konsequenter sind als die Haasemänner, die doch ebenfalls dieselbe Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Reichspolitik zu übernehmen hätten wie ihre Brüder von der rechten Seite.

Die Führer und die Massen in der U. S. P.¹⁸

Von Wolfgang Wilhelmi.

Der kürzlich erfolgte Zusammenschluss aller proletarisch-revolutionären Gruppen in Deutschland, von denen der größere Teil – die Spartakus-Organisation – mit der U.S.P. verbunden ist, rückt diese Kriegsparteigründung wieder in den Vordergrund des Interesses. Umso mehr, als die sich überstürzende Entwicklung in Deutschland die Spartakus-Organisation schon sehr bald vor die Entscheidung stellen dürfte, ob es nicht geboten ist, alle Beziehungen zur U.S.P. zu lösen, um in Gemeinschaft mit den linksradikalen Gruppen offen als proletarische Revolutionspartei auf die geschichtliche Bühne zu treten.

Der grundlegende Unterschied zwischen der U.S.P. und allen proletarisch-revolutionären Gruppen der Kriegszeit ist gegeben in der Frage des Verhältnisses der parlamentarischen Reformaktion zur revolutionären Massenaktion. In diese Frage eingeschlossen ist der Kernpunkt zu der organisationstechnischen Auseinandersetzung: Die Stellung von Führern und Massen innerhalb der Organisation.

*

Für jede proletarische Partei oder Gruppe, die bewusst auf die Revolution hinarbeitet, die nicht die Weltgeschichte um ihr Recht betrügen will, indem sie die revolutionären Tendenzen umzulügen sucht in ihr Gegenteil, ist das Eine von vorn herein klar: Die proletarische Revolution vollzieht sich nicht in den modernen Parlamenten, die Herrschaftsinstrumente sind in der Hand der in jedem Nationalstaat entweder allein oder im Bunde mit alten Gewalten herrschenden Bourgeoisie. Die proletarische Revolution vollzieht sich vielmehr durch die Erhebung der arbeitenden Massen, die an die Stelle der Parlamente ihre eigenen Repräsentationen setzen, die Instrumente ihrer Herrschaft sind.

*

Die Gründung der U.S.P. die eine revolutionäre Partei sein zu wollen vorgab, krankte von Anbeginn an zwei Übeln: Einmal verdankte sie ihr Entstehen einem Konflikt, der seinen Ausgang genommen hatte im Parlament, und der bei der Spaltung der S.D.P.¹⁹ der Reichstagsfraktion die führende Rolle zuschob; dann aber fand die Reichskonferenz, die die Gründung der Partei beschloss, statt unter der Herrschaft des Belagerungszustandes, unter der Aufsicht der kommandierenden Generäle; ein Umstand, der jede gründliche theoretische Klärung unmöglich machte und es ebenso verhinderte, dass die Form der Organisation den Notwendigkeiten angepasst wurde, die für das revolutionäre Proletariat die Situation erforderte. Was dabei herauskam, war eine neue Auflage der alten sozialdemokratischen Partei von 1890 mit ihrer Gliederung in Wahlkreise, Distrikte und Bezirke und der Zusammenfassung dieser politischen Vereine nach der Gliederung des deutschen Staatenbundes, wobei man die historisch gewordene Zweiteilung von Partei und Gewerkschaften als selbstverständliche Größe hinnahm, um sich mit der Losung zu begnügen, dass der Geist der Scheidemänner und Legien in den Gewerkschaften bekämpft werden müsse, um durch den Geist der Haase und Kautsky ersetzt zu werden.

*

¹⁸ Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

¹⁹ Sozialdemokratische Partei.

Diese Form der Parteigründung war der Ausdruck dafür, dass seine Urheber zwar erkannt hatten, dass innerhalb der alten S.D.P. etwas nicht stimmte, ohne sich indessen darüber klar zu werden, wo eigentlich der Hase im Pfeffer lag.

Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ hatte 1890 die Form der Organisation wählen müssen, die nach dem Falle des Sozialistengesetzes der allgemeinen deutschen Situation entsprach. Das Deutsche Reich, diese eigentümliche Verfilzung von Fürsten und Junker mit kapitalistischen Interessen, befand sich in der Periode des Erstarkens des nationalen Kapitals, das den inneren Markt erobert hatte, und begann sich in Kartellen und Syndikaten zusammenzuschließen, um in innigster Fühlung mit den Großbanken seinen Expansionszug in die Welt anzutreten. Für ein durch seine gesellschaftliche Funktion an sich revolutionäres Proletariat hieß es damals, den bestehenden Staat als eine reale, im Augenblick nicht zu beseitigende Größe anzuerkennen, sich in der Praxis der Gegenwartsarbeit auf den Boden dieses Staates zu stellen und sich einen Organisationsmechanismus zu schaffen, der der politischen Gliederung dieses Staates entsprach. Revolutionär konnte diese Partei nur sein in der Idee, in der Verbreitung auf die Aufgaben, die ihr die Zukunft zuwies, in dem Verständnis für die historische Dialektik, die während einer Epoche der scheinbaren Stabilität aller Verhältnisse notwendig schon die Tendenzen entwickeln musste, die diese Stabilität in ihr Gegenteil verkehren, an die Stelle des nationalen Aufschwungs und des Hinauswachsens über die Landesgrenzen zum zusammenfassenden Staatenkomplex, die durch die Reibungen der Nationalstaaten bedingte internationale Krise, den internationalen Krach, den internationalen Bankerott setzen musste. Je klarer sich die die S.D.P. – und nicht nur in Deutschland – über diese dialektischen Zusammenhänge war, die sich durch das Studium der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung leicht in allen ihren Einzelheiten erkennen ließen – und die auch in allen Ländern von Einzelnen, die in der Minderheit blieben, richtig eingeschätzt wurden – umso geringer war die Gefahr, dass der Bankerott der internationalen kapitalistischen Staatenpolitik zum Bankerott der proletarischen Internationale wurde. (Schluss folgt.)

Zur Frage der neuen Organisation

schreibt uns ein süddeutscher Genosse:

Aus dem letzten der vier der Sammlung gewidmeten Artikel in Nr. 36 – 38 lässt sich unschwer die Absicht erkennen, unserer zukünftigen Organisation von neuem nur den einheitlichen Charakter zu geben, hinsichtlich der inneren Ausgestaltung es aber so ziemlich beim Alten zu belassen. Wenn auch der Nurkampfescharakter der Einheitsorganisation einen tatkräftigeren Geist, wie den der in den alten Gewerkschaften zu finden ist, bedingt, so dürfen wir doch nicht vergessen, dass die Entwicklung des proletarischen Kampfgeistes bis zu den höchsten Leistungen ein für alle Mal von der inneren Verfassung auch einer solchen Organisation abhängt.

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass die alten Gewerkschaften früher das auch nicht immer waren, was sie heute sind. Auf den Hund sind sie erst gekommen, als es dem unheilvollen Einfluss ihrer Bürokratie gelang, das Bestimmungsrecht über „Krieg und Frieden“ an sich zu reißen. Spüren wir den Ursachen dieses Gelingens nach, so finden wir, dass dieselben keineswegs in der Anwendung gesetzlicher oder wirtschaftlicher Zwangsmittel seitens der Führer zu suchen sind. Sie konnten solche nicht anwenden, weil sie keine hatten.

Wenn sie ihre Absicht trotzdem durchführen konnten, so nur deshalb, weil sie es durch Suggestion fertigbrachten, die Arbeiter in eine schläfrige Ergebenheit einzuhüllen, wobei ihnen das famose Zentralisationssystem, wie es in den alten Verbänden gang und gäbe ist,

trefflich zustattenkam. Einzig allein dieses System, das nur auf eine bürokratische Vormachtstellung zugeschnitten ist, in allen anderen Dingen aber versagte, bahnte den Führern auf ihrem Marsch von der Demokratie zur Diktatur den Weg. Lange bevor man den Mitgliedern einer Zahlstelle das Recht auf „Krieg oder Frieden“ bei lokalen Differenzen genommen, standen schon ihre Geldkassetten mit Inhalt unter hauptvorstandschafftlicher Obhut. Indem die Hauptvorstände der „freien“ Gewerkschaften die Kommandogewalt in Lohnkämpfen verlangten und durchsetzten, haben sie nur etwas vollendet, was in Geldsachen von Anbeginn schon seinen Anfang genommen hatte. Was hatte es denn für einen praktischen Wert, wenn die Mitglieder einer Zahlstelle über einen Streik zu befinden hatten, der Hauptvorstand aber zur Führung desselben die Mittel verweigerte?

Nur zu oft wurden diese unter den fadenscheinigsten Gründen vorenthalten. Mochten die Mitglieder schimpfen und fluchen nach Herzenslust, was genierte das den Hauptvorstand, maßgebend war für seine Haltung nur der Verbandstag. Ich glaube es mir ersparen zu können, das Tun und Treiben, wie es vor diesem Forum üblich ist zu beleuchten. Es genügt festzustellen, dass es den „maßgebenden Instanzen“ an jener Stätte noch immer gelungen ist, unter Zuhilfenahme von sehr viel Zahlenmaterial, hinter dem nichts steckte wie die Kunstgriffe des geriebenen Statistikers, sich als die personifizierte Selbstlosigkeit aufzuspielen, die nur das Interesse der Kollegen im Auge hat. Fehlt doch der dort vertretenen Mannschaft zum größten Teil der Einblick in diese durch allerhand Nebensachen absichtlich verkünstelte Gewerkschaftskonstruktion.

So kam es, weil es ihrem Wesen, vor allem ihrem Kassenwesen nachkommen musste, dass die alten Gewerkschaften heute nichts mehr sind wie im Dienste der Ausbeutung stehende Sammelstellen für Almosenempfänger, Es hieße von allen guten Geistern verlassen sein, würden wir es nicht fertig bringen, der Einheitsorganisation eine Verfassung zu geben, wie sie nötig ist, wenn sie den proletarischen Kampfbedingungen und nicht einer bürokratischen Vormachtstellung jetzt und für alle Zukunft Rechnung tragen soll. Hat doch schon Genosse Ikarus in Nr. 35 das Bild einer solchen entworfen.

Ikarus.

Noch ein Gewerkschaftsprotokoll.

Von Siegfried.

Vor kurzem haben wir unseren Lesern ein Geheimdokument der Gewerkschaftsführer zur Kenntnis gebracht, welches das kapitalistenfreundliche Gebaren jener Herren an den Pranger stellte und uns den klaren Beweis erbrachte, dass auf wirtschaftlichem Gebiet die Gewerkschaftsführer durchaus den Willen durchsetzen, irgendwelche Lohnkämpfe zu unterdrücken im Interesse des - Unternehmertums.

Heute bringen wir nun ein Protokoll zur Sprache, welches eine treffende Illustration bedeutet in Bezug auf den erschreckenden politischen Tiefstand jener Arbeiterführer; handelt es sich darum, eine Beseitigung, resp. eine Reform des Dreiklassenwahlrechts gemeinsam mit einigen bürgerlichen Politikern in die Wege zu leiten.

Das offizielle Protokoll der Gewerkschaftsbeamtenkonferenz vom 6. Juli 1915 besagt hierüber folgendes:

Bauer (Generalkommission) gibt Kenntnis von einem Vorschlage des Bauernbündlers Dr. Böhme, betreffend gemeinsames Vorgehen aller wirtschaftlichen Organisationen Preußens, um eine Verbesserung des preußischen Wahlrechts zu erreichen. Dieser hält eine solche Aktion gegenwärtig für aussichtsvoll. Redner hat dem Dr. Böhme sein Bedenken bereits mitgeteilt. Derselbe hält jedoch an seinem Vorschlage fest. Jedenfalls sei der

Zeitpunkt für derartige Aktionen vollständig ungeeignet, weshalb Redner bittet, die Entscheidung für eine spätere Zeit vorzubehalten, falls dann nochmals solche Anregungen an uns gelangen, und damit die Sache vorläufig für erledigt zu erklären.

Stühmer (Schneiderverband) sieht in einer derartigen Beantwortung eine Ablehnung; eine solche sollten wir nicht aussprechen.

Legien (Generalkommission) stellt das in Abrede. Die Antwort wird so ausfallen, dass wir für später auf alle Fälle freie Hand behalten.

Leipart (Holzarbeiterverband) würde es für richtiger halten, Dr. Böhme zu sagen: Wenn die Beteiligung aller anderen wirtschaftlicher Vereinigungen sicher ist, dass wir dann auf alle Fälle mitmachen.

Legien (Generalkommission) hält es für ausgeschlossen, dass die Gewerkschaften sich in einer so hochpolitischen Frage in dem gegenwärtigen Zeitpunkt engagieren können. Man solle es daher bei dem Vorschlage Bauers belassen.

Kloth (Buchbinderverband) ist dafür, dass Dr. Böhme im Sinne Bauers beschieden wird. Dr. Böhme könne inzwischen ruhig alle anderen Vorbereitungen zu dem geplanten Vorgehen treffen.

Simon (Schuhmacherverband) wünscht größte Vorsicht bei einer Antwort an Böhme.

Paeplow (Bauarbeiterverband) ist der Ansicht, dass die Generalkommission gar keine Antwort geben soll, da wir den Standpunkt des Parteivorstandes nicht kennen. Wir müssen überhaupt jede Beteiligung an einem solchen Vorgehen ablehnen, da uns eine Beteiligung später böse angekreidet werden könnte. Jedenfalls soll man keine auch nur bedingte Zusage für später machen.

Ebert (Partei Vorstand) hat persönlich die größten Bedenken gegen ein Eingehen auf den Vorschlag Böhmes, da höchstwahrscheinlich an die Regierung in diesem Falle mit sehr zurückschraubten Forderungen herangetreten und dadurch mittelbar die Partei festgelegt werden würde.

Leipart (Holzarbeiterverband) war der Ansicht, dass das geplante Vorgehen Dr. Böhmes mit wirtschaftlichen Argumenten belegt werden sollte. Da können die Gewerkschaften mitmachen. Ist es eine hochpolitische Aktion, wie Legien sagt, so brauchen wir uns mit der Sache nicht zu befassen.

Bauer (Generalkommission) gibt noch weitere Aufschlüsse über den Plan Dr. Böhmes. Derselbe beabsichtige alle Angestellten- und Arbeiterverbände für die Sache zu gewinnen. Für eine Verbesserung des preußischen Wahlrechts haben sich unsere Gewerkschaften bisher schon rückhaltlos eingesetzt. Lehnen wir eine Beteiligung direkt ab, so könnten wir vielleicht die ganze Sache gefährden. Von einer Zurückschraubung unserer Forderungen kann gar keine Rede sein. Auf ganz bestimmte Forderungen wird man sich sowieso nicht festlegen können. Es handelt sich nur darum, dass durch eine solche Aktion die Partei nicht gefährdet, im Gegenteil noch unterstützt wird. Unser Vorschlag deckt sich auch mit der Stellungnahme der Mehrheit der Fraktion.

Sabath (Schneiderverband) hält die Angelegenheit für eine rein politische. Daher ist es notwendig, dass darüber erst eine Verständigung mit dem Parteivorstand stattfindet. Er empfehle, eine solche Verständigung herbeizuführen.

Silberschmidt (Bauarbeiterverband) hält eine Antwort im Sinne Bauers für nicht angebracht, weil das mancher unserer Handlungen während des Krieges widerspräche. Es schließt sich dem Vorschlage Sabaths an. Man solle zugleich Böhme insoweit zustimmen, dass er die

nötigen Vorbereitungen bei den anderen Wirtschaftsverbänden trifft. Eine Ablehnung der Aktion ist nicht zu empfehlen. Auf Einzelheiten des zu fordernden Wahlrechts solle man sich nicht festlegen.

In der Abstimmung wird der Vorschlag Silberschmidts mit großer Mehrheit angenommen.“

Ganz allgemein politisch betrachtet geht aus diesem Protokoll zunächst hervor, dass die preußische Wahlrechtsfrage den Herren als Köder dient, der je nach der außenpolitischen Lage einmal etwas rötlicher, ein andermal etwas bläulicher schillert. Stehen die Aktien für die herrschende Klasse gut, zeigt man die Faust, stehen sie schlecht, so zeigt man Samtpfötchen.

„Da nun aber die kriegsbegeisterten Gewerkschaftsführer in der bestimmten Annahme lebten, ihr Neuorientierungs-Programm – sie wussten zwar selbst nicht, wie es aussah, – würde sich bald verwirklichen und ob dieser Hoffnungseligkeit rein aus dem Häuschen waren, da sie ferner alles in der Welt preisgegeben hätten, nur um Gotteswillen nicht die Gnadenstellung gegenüber der deutschen Regierung, deshalb hielten sie es für unangebracht, dem Bauernbündler Dr. Böhme eine direkte Zustimmung zum Eintritt in die Agitation zur Verbesserung des preußischen Dreiklassenwahlrechts zu geben. Auf alle Fälle wollten diese Gummimänner freie Hand haben, man konnte ja auch nicht wissen, ob man der Regierung nicht erst noch weitere entgegenkommende Dienste zu leisten hätte, bevor man gnädigst um einen Brosamen bitten durfte.

Also ergibt sich aus vorliegendem Protokoll zweierlei für das deutsche Proletariat:

Erstens, dass das preußische Wahlrecht nicht erkämpft werden kann durch Bittgänge zur Regierung, durch Beteiligung an Automobilfahrten an die Front, oder durch „politische“ Diskussionen auf Theeabenden; dies ins Stammbuch der Regierungs-Sozialisten;

Zweitens, dass der Wahlrechtskampf in Preußen nicht die politische Forderung des Tages sein kann, dass das preußische Wahlrecht innerhalb der proletarischen Politik eine höchst untergeordnete Rolle spielt; – dies ins Stammbuch der „Unabhängigen“.

Der Dunstschleier, der von diesen beiden Parteien dem deutschen Proletariat vor die Augen gelegt wird, muss vom Proletariat selbst rücksichtslos zerrissen werden, wenn für die deutsche Arbeiterklasse überhaupt politische Errungenschaften in der Richtung des Sozialismus erzielt werden sollen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 44/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 2. November 1918.

Nr. 44

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Führer und die Massen in der U.S.P.

Von Wolfgang Wilhelmi.

(Schluss.)

Der Weltkrieg hat über die internationale Politik der kapitalistischen Staaten sein Urteil gesprochen. Er hat den Nachweis dafür erbracht, dass der Rahmen des Nationalstaates durch die Entwicklung überholt, dem Kapital nicht mehr die Möglichkeit gibt, seine profitmacherische Tätigkeit zu entfalten. Der 4. August 1914 hat über die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein vernichtendes Urteil gesprochen. Sie hatte die Wahl gehabt, sich auf den Boden der Umwertung aller Werte zu stellen, die der Ausbruch des Krieges als bereits vollzogen dokumentierte, oder sich an die alte, dem Untergang geweihte Form des Nationalstaates zu klammern, um sich von seinem Sturz mit in die Tiefe reißen zu lassen. Die S.D.P. Deutschlands - nur von ihr ist hier die Rede - hat die letztere Haltung vorgezogen. Um die Zertrümmerung ihrer in der Form und im Wesen veralteten Organisationen zu verhindern, hat sie ihren ganzen Organisationsapparat restlos in den Dienst der Bourgeoisie und des Krieges gestellt. Sie hat ihn dadurch freilich nicht retten können; sie hat nur seinen Untergang hinausgeschoben. Die Zertrümmerung der alten Formen des Staates, die sich jetzt vorbereitet, zertrümmert die alte S.D.P. viel gründlicher, als es bei Kriegsausbruch die Staatsgewalt hätte tun können.

*

Die Männer, die sich bei der Spaltung der Reichstagsfraktion als „Arbeitsgemeinschaft“ zusammenfanden, nachdem sie fast zwei Jahre lang die Selbstmordpolitik der S.D.P. mitgemacht hatten, wenn [waren?] Fleisch vom Fleisch der alten parlamentarisch-reformerischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Ihre Theoretiker, die Kautsky und Bernstein, waren in erster Linie verantwortlich für den katastrophalen Zusammenbruch der Partei. Ihre Führer im Reichstag, die Haase und Ledebour, von den noch kleineren Göttern ganz zu schweigen, waren völlig durchtränkt vom Geist des nationalstaatlichen Parlamentarismus. Sie wurzelten fest in den Begriffen der Zeit von 1890, erblickten in dem durch die Weltentwicklung weit überholten „Erfurter Programm“ das Banner, unter dem sich eine revolutionäre proletarische Bewegung sammeln ließe und waren von ihren überragenden Führeigenschaften so innig durchdrungen, dass sie glaubten, es genüge die alte

Organisationsform unter ihrer Führung neu zu etablieren, um für das Proletariat alles getan zu haben, was das „Gebot der Stunde“ erforderte.

*

So wurde die U.S.P. geboren als getreuer Abklatsch der alten S.D.P. mit ihrem Wahlkreisorganisationen-Mechanismus, ihrem Programm, ihrer Bürokratie, ihrer Halbheit in der Beurteilung gewerkschaftlicher Notwendigkeiten. Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass in dem Augenblick, da des Krieges blutiges Fanal die Tatsache grell beleuchtete, dass für das Proletariat der Welt die revolutionäre Situation gekommen war, die Reichstagsfraktion der U.S.P. im Namen der Revolution eine Organisationsform restaurierte, die kraft gesellschaftlicher Notwendigkeit nicht anders wirken kann als konterrevolutionär.

Und konterrevolutionär wie ihr Organisationsprinzip, ist bisher die Haltung der Fraktion der U.S.P. gewesen. Sie ist jetzt glücklich dazu gelangt, sich auf den Boden des Programms des Herrn Wilson zu stellen, das die Organisation der Herrschaft der Weltbourgeoisie zur Niederhaltung des Weltproletariats, die Einsetzung des kapitalistischen Völkerbundes gegen die proletarische Diktatur verlangt. Sie befindet sich gegenüber der Weltbourgeoisie heute auf dem gleichen Punkt, auf dem sie bei Kriegsausbruch gegenüber der deutschen Bourgeoisie mit der Fraktion Scheidemann zusammenstand.

*

Aus den Massen heraus war, unabhängig davon, ob und wann die Ledebour und Haase ihr revolutionäres Herz neu entdeckten, die Spaltung mit der S.D.P. vollzogen worden. In allen Teilen des Reiches hatten sich proletarische Aktionsgruppen gebildet, die den lebendigen proletarischen Klassenkampf den neuen Bedingungen anzupassen suchten, wie sie die imperialistische Entwicklung und der Krieg gegeben hatte. Die *Linksradikalen* von Hamburg²⁰ und Bremen und den übrigen Orten Deutschlands waren sich mit den Gruppen der Spartakus-Organisation über die Aufgaben des Deutschen Proletariats und die anzuwendenden Mittel im Wesentlichen einig. Sie erkannten die Parlamente als das, was sie sind, sehen ihre politische Hauptaufgabe in der Entfesselung von Massenaktionen und erblickten in dem System der Arbeiterdelegiertenräte in Stadt und Land die gegebene Form der Zusammenfassung und Entfesselung aller proletarischen Kräfte für wirtschaftliche und politische Aktionen. Lediglich die Frage des Anschlusses an die U.S.P. hat beide Richtungen eine Zeit lang getrennt. Indem die Spartakus-Organisation ihren Anschluss vollzog, die Linksradikalen aber ihn ablehnten, waren beide Richtungen gezwungen, eine Zeit lang getrennt zu marschieren, auch wo sie vereint schlugen.

*

Die Fraktion der U.S.P. und die heutige *Leitung* dieser Partei ist nicht die Partei. Die Proletariermassen, die sich in ihr zusammenschlossen und die durch den Druck des Belagerungszustandes und das Damoklesschwert der Militarisierung, das dauernd über ihren Häuptern hing, verhindert wurden, ihren Willen in der Öffentlichkeit klar zum Ausdruck zu bringen, sind nicht verantwortlich für die Dummheiten und Fehler, für die Vergehen und Unterlassungen, deren sich die Haaseaten schuldig machten. Indem die Spartakus-Organisation sich der U.S.P. anschloss und dennoch ihre volle Unabhängigkeit in Agitation und Aktion zu wahren wusste, ist es ihr in hohem Grade gelungen, das Denken der in der U.S.P. zusammengefassten Massen zu beeinflussen. In wie hohem Grade dies gelang, wird die

²⁰ Seit 18. August 1914 „Opposition innerhalb der Organisation“.

nächste Zukunft lehren. Die Tatsache, dass der bürokratische Apparat der U.S.P. noch zu jung ist, um den gleichen Druck entfalten zu können wie der mit jahrzehntelanger Autorität gepanzerte Apparat der S.D.P., dass ferner ganze Wahlkreise sich in den Händen der Spartakus-Organisation befinden, hat verhindert, dass die Restaurierung des veralteten Organisations-Mechanismus schon jetzt verheerende Wirkungen auslösen kann. Und die Toten reiten schnell. Die revolutionären Probleme, die die imperialistische Entwicklung, der Weltkrieg und die Errichtung der proletarischen Diktatur in Russland aufgerollt haben, treiben mit elementarer Gewalt ihrer Lösung entgegen. „Die aufsteigende Welle der Revolutionierung der Masse und ihrer Aktionsfähigkeit wird unsere Auffassung und unsere Gruppe naturgemäß in die führende Stellung bringen“, heißt es in einem Beschluss der Spartakus-Organisation. Da die linksradikalen Gruppen diese Auffassung teilten, erschien auch ihnen die Frage des Austritts der Spartakus-Organisation aus der U.S.P. im Augenblick belanglos. Einem Zusammenschluss aller proletarisch-revolutionären Gruppen im Reich stand die Zugehörigkeit der Spartakus-Organisation zur U.S.P. nicht mehr im Wege. Die Situation, in der sich das Deutsche Reich befindet, hat die proletarisch-revolutionären Gruppen auf die Probe ihrer Einsicht und ihres Verständnisses für historische Notwendigkeiten gestellt.

Sie haben die Probe bestanden.

*

Und die Toten reiten schnell. –

Auch für die Leitung der U.S.P. kommt der Tag, an dem für sie die Schicksalsstunde schlägt. Und er kommt bald. Aus dem Strudel der sich überstürzenden Weltgeschehnisse reift er uns entgegen. Er wird die U.S.P. vor die gleiche Frage stellen, vor die sich am 4. August 1914 die S.D.P. gestellt sah: „Für oder gegen die Bourgeoisie, für oder gegen die proletarische Revolution?“ Möge sie sich darüber klar sein, dass es in ihrem, nicht in unserem Interesse liegt, dass sie sich *richtig* entscheidet. Sie hat die Wahl, die bisherige Politik ihrer Führer selbst zu richten oder das Richteramt der Geschichte zu überlassen. Wir sind nicht darüber im Zweifel, dass eine Massenflucht der Mitglieder die Folge sein wird, wenn sie nicht richtig entscheidet. Die Partei der Revolution, die an jenem Tage die heutige Zusammenfassung der proletarisch-revolutionären Gruppen die Bühne der Geschichte betreten wird, ist das Sammelbecken für die Massen, die mit Verachtung einer Partei den Rücken kehren werden, die in der größten Epoche der Weltgeschichte, die sie miterlebte, nichts lernen und nichts vergessen konnte. Wir sind nicht daran interessiert, welche Wahl sie treffen wird. Doch wollen wir unsere Betrachtung nicht schließen, ohne ihnen die Führung in den Händen haltenden Männern als Mahnung und Warnung die unumstößliche Wahrheit mit auf den Weg zu geben: Ein *milder* Richter ist die Geschichte nicht.

Die Versöhnungsschalmey.

Von Siegfried.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Sonntagsnummer vom 6. Oktober einen Leitartikel, in welchem die Gedankengänge der sozialdemokratischen Regierungsmänner eine ausführliche Darlegung erfahren. Die in diesem Artikel entwickelten Anschauungen sind uns seit Jahr und Tag genugsam bekannt und es verlohnt sich wirklich nicht, noch näher darauf einzugehen, zumal die im „Vorwärts“ betriebene Ideologie mit *Sozialismus* nicht das mindeste zu tun hat.

Was für uns und das deutsche Proletariat aber von besonderem Interesse ist, ist die Tatsache, dass besagter Artikel mit einem nicht misszuverstehendem Appell an eine Versöhnung der streitenden Brüder von Scheidemann bis Haase ausklingt und die Erinnerung an all' das

Vergangene für immer begraben möchte. Diese laut angestimmte Versöhnungsschalmel klingt in folgender Tonart aus:

„Der ersehnte Zeitpunkt rückt nahe, in dem die Deutschen mit Franzosen, Engländern und Amerikanern wieder Frieden schließen werden. Und da sollten *wir deutschen Arbeiter* einander an die Kehle fahren, weil wir über die Frage, wie der Krieg am besten zu beenden sei, zeitweilig verschiedener Meinung sind? Bald werden sich die Gefängnisse öffnen, die volle Freiheit der politischen Meinung wird wieder hergestellt sein und man wird Volksgenossen, die auf anderen, nach eigener Ansicht verfehlten Wegen das Wohl des Ganzen gesucht haben, nicht mehr als vaterlandslose Gesellen ächten und verfemen. Zugleich wird der Übergang zur Friedenswirtschaft die Arbeiterklasse vor die ungeheuersten Probleme stellen, die nur im Geiste des Sozialismus, der sozialen Solidarität gelöst werden können. Der Aufhebung der politischen Rechtsunterschiede zwischen Menschen und Völkern muss die Aufhebung der gesellschaftlichen Klassenunterschiede folgen. Diese Aufgabe wird die ganze Hingabe der Arbeiterklasse erfordern. Darum lasst in werdender neuer Welt unnütz erinnern, *vergeblichen Streit* begraben sein!“

Alle Achtung vor dieser Deutlichkeit. Wir zweifeln auch nicht, dass die Herren Unabhängigen, wenn auch nach einigem Schmollen, dieses Friedensangebot der Scheidemänner als eine gegebene Notwendigkeit hinnehmen und ihre Versöhnung mit den bislang feindlich gesinnten Brüdern perfekt machen werden. Die geschickten Diplomaten aus beiden Lagern haben den Zeitpunkt günstig gewählt und unter dem gewaltigen Eindruck der für Deutschland so notwendigen „Demokratisierung“ wird aller bisheriger Hader vergessen werden. – Gewiss, die Rivalen werden sich nicht in aller Öffentlichkeit um den Hals fallen. Das ist aber auch in keiner Weise notwendig, wenn man sich an die vielen geheimen Möglichkeiten einer Vereinigung erinnert, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei jederzeit und je nach Bedarf geboten sind. Was würde es beispielsweise dem Abgeordneten Zubeil ausmachen, wenn er heute bei dem Anfang einer glorreichen Demokratisierung auf seinen alten Standpunkt vom 4. August 1914 zurückkehren und seine alte Propaganda nach der Art altdeutscher Kriegervereiner in seinem Wahlkreis Teltow-Beeskow wieder aufnehmen würde? Jeder Eingeweihte wird das nur in der Ordnung finden. Und wenn nun gar die Stimmung seiner *Wähler* erneut im Sinne der heutigen bürgerlichen Volksregierung umschlagen würde, wenn seine Genossen die Wiedervereinigung mit den Lensch und Cohen im Interesse der „Einheit der Arbeiterbewegung“ für notwendig erachteten? Könnte nicht Herr Zubeil unter Berufung auf die wahre Demokratie leichten Herzens dasselbe wieder tun, was er vor 2, 3 und 4 Jahren auch getan hat? Er wird sich auf alle Fälle zu allem bereit erklären, wenn er nur seine Wähler hinter sich hat und wenn man sein politisches Gewissen nicht allzu sehr mit den lästigen *Prinzipien* beschwert.

Da aber der Abgeordnete Zubeil der reinste Typ unabhängiger Rückgratfestigkeit ist und in seiner politischen Laufbahn den klaren Beweis erbracht hat, dass er der Generalvertreter der unbegrenzten Möglichkeiten in der Politik ist, da auch Zubeil dem „Vorwärts“ sehr nahe steht, so werden wir wohl kaum fehlgehen in der Annahme, dass über diesen alten, bewährten Parteigenossen und seine engeren Freunde die große Wiedervereinigungsaktion ohne erhebliche Schwierigkeiten in die Wege geleitet werden wird. Blühen doch dadurch den meisten Unabhängigen Abgeordneten auch fernerhin ihre parlamentarischen Rosen, die sonst bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen totsicher als verwelkte Reste abgefallen wären. Man denke nur an Niederbarnim, Zwickau, Spandau. Und so wäre es in allen unabhängigen Wahlkreisen gekommen, wenn die Sonderkandidaturen der beiden Parteien weiter bestehen geblieben wären. An dieser Tatsache ändert auch die „geschichtliche Beweisführung“ Kautskys gar nichts.

Wenn wir nun eine Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zur „alten, starken, deutschen Sozialdemokratie“ gutheißen und beglückwünschen, so lediglich deshalb, weil diese Wiedervereinigung notwendig ist im Interesse der politischen Klarheit, weil dadurch dem deutschen Proletariat der Beweis erbracht wird, dass *keine prinzipiellen* Meinungsverschiedenheiten innerhalb dieser beiden Richtungen bestanden haben. Oft und klar haben wir in diesen Spalten den Beweis erbracht, dass in *allen* entscheidenden politischen Fragen beide Parteien eines Sinnes sind.

In der Frage der Landesverteidigung, des Parlamentarismus, der Wahlrechtsfrage, des Verständigungsfriedens, der Stellung zu den Bolschewiki, sowie in allen anderen wesentlichen Punkten ist zwischen den Scheide- und Haasemännern kein Unterscheid zu finden. Der oberflächliche Theaterdonner der Unabhängigen resultiert nur aus der Verärgerung über die größere politische Dreistigkeit der Abhängigen, die es meisterhaft verstanden haben, alle gewinnbringenden Einrichtungen der Partei ihren Interessen dienstbar zu machen. Hierbei haben die Unabhängigen ohne Zweifel den Kürzeren gezogen. Wenn nun die großen Parteiunternehmungen, die sich heute in den Händen der Abhängigen befinden, mit den Unabhängigen wieder brüderlich geteilt werden, wenn den Unabhängigen ein angemessener Teil des Einflusses zugesprochen wird und wenn dieses Entgegenkommen noch eine weitere Unterstützung erfährt durch Konzessionen im Parlament, bei der Besetzung wichtiger Positionen in den maßgebenden Stellen der Parteiinstanzen usw., dann werden die Unabhängigen den alten Bruderzwist gern und schnell begraben, dann werden sie unter Berufung auf die „Demokratie“ und die „geschlossene Einheit der Arbeiterbewegung“ ihre ganze Überredungskunst aufbieten, um die Arbeiter von der Notwendigkeit ihrer Wiedervereinigung zu überzeugen.

Und die Abhängigen ihrerseits werden wieder wie einst anfangen radikal zu schillern, werden ihren Verrat am Sozialismus als unbedeutende Entgleisungen hinstellen sich bemühen und werden mit derselben Begründung wie die Unabhängigen die „Geschlossenheit des Proletariats“ als erste Notwendigkeit anpreisen.

Und mag es auch wie blutiger Hohn klingen, wenn im oben angeführten Schlusssatz besagten Leitartikels die ganze Politik der Sozialpatrioten unter Berufung auf den Geist des Sozialismus gerechtfertigt wird, mögen ihre Machinationen der ganzen Welt unter dem Deckmantel sozialistischer Überzeugung eine angeblich dem Sozialismus dienende Begründung erfahren, mögen auch die großen Demagogen beider Lager dem Proletariat jetzt am schrecklichen Endabschnitt der blutigen Weltragödie ruhig und besänftigend zureden, sich ja nicht von falschen Voraussetzungen und übereilten Schritten hinreißen zu lassen, ja nicht dieser Partei- und Gewerkschaftsbewegung den Rücken zu kehren, – so werden diejenigen deutschen Arbeiter, die mit Schmerz und Zorn an die betriebene Politik der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen zurückdenken und mit fester Überzeugung dem internationalen Sozialismus treugeblieben sind, trotz alledem den offenen, sachlichen Kampf aufnehmen gegen alle diejenigen, die aus Angst vor der rächenden Nemesis einer abgeklärten Zukunft einen raffiniert-diplomatischen Rückzug antreten.

Darum lasst unter Euch, ihr gleichgesinnten Brüder, alles „unnütz Erinnern und vergeblichen Streit begraben sein“, damit das Proletariat erkennt, wo seine Feinde stehen und seine letzten Konsequenzen daraus ziehen kann.

Beiträge zur Frage der Nationalisierung der Industrie.

Von Rosta.

Die Nationalisierung einzelner Unternehmen und ganzer Industriezweige, die gegenwärtig in Russland vor sich geht, erscheint als eine durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Lebensnotwendigkeit.

Selbstverständlich ist zwischen der theoretischen Erkenntnis der Richtigkeit der Nationalisierung und ihrer praktischen Durchführung ein sehr weiter Weg. Die Nationalisierung der Industrie ist aber eine logische Folge der wirtschaftlichen Politik des Proletariats, das die Gewalt an sich gerissen hat.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung verlangt die Nationalisierung, denn ohne die Schöpfung neuer volkswirtschaftlicher Formen wird der Prozess der technischen Entwicklung, wird das Bestehen der wirtschaftlichen Tätigkeit und die Entwicklung der Produktionskräfte unmöglich.

Das kapitalistische System ist in Russland durch die bloße Tatsache der Entfernung der Kapitalisten von der politischen Macht gebrochen, wenn auch noch viel Zeit vergehen wird, bis das kapitalistische System ganz ersetzt werden wird. Wenn, man die Tatsachen der Nationalisierung in Russland betrachtet, so kann man deutlich zwei Perioden des Entwicklungsganges der Nationalisierung unterscheiden. Die erste Periode reicht vom Oktober 1917 bis Ende Mai 1918, die zweite Periode vom Juni 1918 bis jetzt.

In der ersten Periode ging die Nationalisierung unter sehr heftigen Kämpfen mit den Kapitalisten und ihren Anhängern aus dem höheren technischen Personal vor sich.

Der Nationalisierung wurden hauptsächlich Einzelunternehmen unterworfen (in den anderen Zweigen der Volkswirtschaft fand in dieser Zeit die Nationalisierung der Banken und des Wassertransportes in großem Umfange statt).

Bis zum 1. Juni 1918 sind 513 Unternehmen nationalisiert und sequestriert worden. Aus dieser Zahl wurde der größte Teil, 264 Unternehmen oder 51,4 Prozent durch die Landschaft-Sowjets für Volkswirtschaft nationalisiert, resp. sequestriert, dann folgen die örtlichen Sowjets mit 123 Unternehmen oder 24 Prozent. Die wenigsten Unternehmen sind durch den Sowjet der Volkskommissare und den obersten Sowjet für Volkswirtschaft nationalisiert worden, im Ganzen 100 Unternehmen oder 20 Prozent. Die geringe Zahl von 27 entfällt auf die schon früher nationalisierten oder staatlichen Unternehmen. Diese Angaben zeigen, dass der Prozess der Nationalisierung von unten herauf ging und die obersten Sowjetbehörden ihm dabei nicht haben folgen können, um ihn ganz in ihre Hände zu nehmen, obgleich nicht wenige Verordnungen erlassen worden waren, die den örtlichen Sowjets verboten, die Nationalisierung selbst vorzunehmen.

Die Unternehmen der bergmetallurgischen und metallverarbeitenden Branche machen 218 Stück oder 42 Prozent aller nationalisierten Unternehmen aus. Ihnen folgen Papier- und Holzverarbeitungsunternehmen mit 62 Stück und chemische mit 42. In der Textilindustrie sind verhältnismäßig sehr wenige Werke nationalisiert worden, nur 26 Stück oder 5 Prozent aller nationalisierten Unternehmen.

Auf diese Weise ist ersichtlich, dass die Nationalisierung auch in ihren Anfängen auch im großen Ganzen den richtigen Weg eingeschlagen hat, indem sie zuerst die Schwerindustrie an sich brachte. Der Übergang gerade von dieser in die Hände des Staates aber ist äußerst wichtig, denn er bedingte den richtigen Betrieb des Transports, der Hüttenwerke, der Fabriken usw.

Die halbjährige fieberhafte Arbeit war nicht umsonst und allmählich während des Arbeitsprozesses bildete sich und wuchs der Verwaltungsapparat, der sowohl die Verwaltung der nationalisierten Unternehmen als auch die Durchführung eines breiteren und mehr ausgearbeiteten Planes einer weiteren Nationalisierung auf sich nahm und zentralisierte. Die industriellen Abteilungen des obersten Sowjets für Volkswirtschaft haben allmählich im Laufe

der letzten sechs Monate die Verwaltung einer ganzen Reihe sowohl einzelner Unternehmen als auch ganzer [Industriezweige?] von Unternehmen in ihre Hände genommen, sie ermahnten die Leitungen der Unternehmen, übten die Kontrolle aus und stellten Verrechnungen auf. Dadurch wurde derjenige Verwaltungsapparat geschaffen, welcher die Möglichkeit einer kühnen und auf eine breite Grundlage gestellten Nationalisierung gab.

Vom Juni 1918 trat die Nationalisierung in das zweite Stadium ihrer Entwicklung, sowohl durch den allergrößten Maßstab ihrer Durchführung, als auch durch ihre Methoden. Der erste allrussische Kongress der Sowjets der Volkswirtschaft (26. Mai bis 4. Juni 1918) hatte äußerst wichtige Leitsätze zur Nationalisierung angenommen. In der Beschlussfassung des Kongresses wird gesagt: „Auf dem Gebiet der Organisation der Produktion ist der Abschluss der Nationalisierung notwendig, von der Nationalisierung einzelner Unternehmen muss man zur Nationalisierung ganzer Industriezweige übergehen, in erster Linie auf dem Gebiet der metallurgischen Industrie, des Maschinenbaus, der chemischen, der Naphta und der Textilindustrie. Die Durchführung der Nationalisierung muss jeden Zufallscharakter entbehren und muss ausschließlich entweder durch den allrussischen Sowjet für Volkswirtschaft oder durch den Sowjet der Volkskommissare auf den Beschluss des obersten Sowjets für Volkswirtschaft durchgeführt werden.“ Der Kongress hat beschlossen, eine „Verordnung über die Verwaltung der nationalisierten Unternehmen“ auszuarbeiten. Im Laufe des Monats des Juni d. J. hat der Oberste Sowjet für Volkswirtschaft eine Reihe von sehr wichtigen Verfügungen angenommen, die dann vom Sowjet der Volkskommissare bestätigt als Dekrete erlassen wurden.

Von diesen Verfügungen sind besonders erwähnenswert: das Dekret über die Nationalisierung, der ganzen Naphtaindustrie, die Verordnung über die Nationalisierung der Gruppe der Werke in Sormowo und in Kolomma (die metallurgische und maschinenbauende Industrie) und endlich das Dekret über die Nationalisierung aller großen Unternehmen in allen Industriezweigen.

Auf diese Weise sind acht Monate nach der Aufrichtung der Sowjetgewalt die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft in die Hände des Staates übergegangen. Es hat sich eine vollständige volkswirtschaftliche Umwälzung vollzogen. Es ist wahr, das neue System ist noch sehr weit von der Vollkommenheit entfernt, aber bekanntlich haben sich niemals in der Geschichte neue gesellschaftliche Formen als vollkommen erwiesen.

Die Tatsache bleibt bestehen, dass durch die Nationalisierung der Industrie in Russland wir das erste Mal in der Weltgeschichte, wenn auch noch in rohen und unvollkommenen Formen, die Verwirklichung des neuen volkswirtschaftlichen Systems sehen, die zugleich den Zusammenbruch des Kapitalismus bedingt.

Wenn wir die unmittelbaren Anlässe der Konfiskation der Nationalisierung der verschiedenen Unternehmen untersuchen, so sehen wir, dass in der ersten Zeit die Nationalisierung fast ausschließlich den Charakter von Strafmaßnahmen trug. Mehr als 70 Prozent aller Unternehmen wurden deshalb konfisziert und nationalisiert, weil in ihnen das Dekret über die Arbeiterkontrolle nicht befolgt wurde, oder weil die Besitzer die Unternehmen auflösten oder sie einfach im Stiche ließen. Hier ging die Übernahme der Unternehmen aus den Händen der Privatbesitzer in die des Staates ohne die nötige Vorbereitung über.

So wichtige Fragen wie Finanzierung, Verwaltung, Versorgung mit Heizmaterial usw. wurden anfangs nicht genügend geklärt, was später oft verhängnisvolle Folgen hatte. Doch alle die Fehler und Unterlassungen trugen einen vorübergehenden Charakter.

Es war nötig, die Produktion als solche zu retten und die Arbeiter vor der weiteren Arbeitslosigkeit zu schützen. Die Einmischung der Staatsgewalt war nötig, um die Unternehmen vor der Auflösung und dem Untergang zu bewahren.

Folgende Stellen aus verschiedenen Dekreten über die Nationalisierung einzelner Unternehmen mögen als Beispiele dienen.

„Da der Eigentümer der Rostofinsker Fabrik sich geweigert hat, die Produktion fortzusetzen, obgleich genügende Vorräte von Rohstoffen und Heizmaterial vorhanden waren, wurde die Fabrik nationalisiert. Ein anderer Grund für die Nationalisierung war die Weigerung, das Dekret über die Arbeiterkontrolle zu befolgen. Da die Hüttenverwaltung der A.G. des Serginsko-Ufsaleschen Bergbezirks sich weigert, sich dem Dekret des Sowjets der Volkskommissare über die Einführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion zu unterwerfen, ordnet der Sowjet der Volkskommissare an, dass das ganze Vermögen der A.G. des Serginsko-Ufsaleschen Bergbezirks konfisziert werde.“

Das waren also die ursprünglichen unmittelbaren Gründe für Nationalisierung in der ersten Periode.

Endlich kam noch ein dritter Grund hinzu, und das war die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Während die Nationalisierung aus den beiden ersten Gründen schnell vor sich ging, konnte die Nationalisierung aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen nur nach sorgfältigen Vorbereitungen stattfinden. In dem ersten Halbjahr nach der Oktoberrevolution wurden auf diese Weise die Banken, die Fluss- und Seeschiffe und eine Reihe anderer Unternehmen nationalisiert.

Gegenwärtig sind die Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung der Verwaltungsorgane für die Volkswirtschaft des Landes so weit vorgerückt, dass es jetzt möglich ist, ganze Industriezweige zu nationalisieren, wodurch breite Grundlagen zur Entwicklung der Produktionskräfte des Landes und des technischen Fortschrittes gegeben sind.

Jedoch ein abschließendes Urteil über die Folgen der Veränderung und über die Resultate der Nationalisierungsarbeit jetzt schon zu fällen, ist sehr schwierig. Vor allen Dingen liegen noch keine genauen Angaben über die nationalisierten Unternehmen vor, und der Zeitraum, der seit dem Anfang aller dieser Maßregeln verflossen ist, ist zu kurz, um die Resultate klar erkennen zu lassen. Der Prozess des Aufbaues und der Neuschöpfung ist ein viel langsamerer als die revolutionäre Zerstörung der alten Lebensformen. Die Hebung der Produktion, die Verbesserung und Vervollkommnung der Technik, die Schaffung neuer Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit können sich nur organisch und allmählich entwickeln. Die Nationalisierung der Produktion und die Durchführung der planmäßigen Organisation des neuen Systems der Volkswirtschaft öffnen ein weites Feld für die Tätigkeit des schöpferischen Genius und ziehen zum ersten Male die Arbeitermassen zur bewussten Beteiligung an dem Prozess der Produktion und der Organisation der Volkswirtschaft im Interesse der ganzen menschlichen Gesellschaft heran, ihre Resultate muss uns schon eine nahe Zukunft zeigen.

Fritz Frenken †

Von Werner Stauffacher.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Menschen zu verherrlichen. Kein Kommunist, und wenn er auch sein ganzes Ich in den Dienst der Sache stellt, hat Anspruch darauf, seine Verdienste besonders gewürdigt zu sehen. Mag der eine für die Sache mit der kühnen Feder werben, der andere mit schlichten Worten, nach seinem Können und Vermögen, sie tun beide ihr Bestes und sollen beide gleich stehen in unserer Achtung.

Wenn wir darum unserem Fritz Frenken einen besonderen Nachruf zollen, so geschieht es nicht, um seine Verdienste noch einer besonderen Würdigung zu unterziehen. Nein, seine rastlose Tätigkeit für unsere Sache hat ihn bei allen Lesern der „Arbeiterpolitik“ und darüber

hinaus ein bleibendes Gedenken gesichert, sodass es wahrlich nicht eines Nachrufes bedürfte, um ihn unvergessen zu machen. Wenn wir seiner besonders gedenken, so geschieht es einerseits, um die Genossen mit einer jener Kämpfertragödien bekannt zu machen, die wahrlich jetzt im Kriege unter der Geißel des verfluchten Belagerungszustandes keine Seltenheiten bilden; zum zweiten, um ihnen ein Vorbild treuester Hingabe für die Sache des Proletariats zu zeigen. Ein Vorbild, das auf jeden anfeuernd wirken muss.

Fritz Frenken gehörte, ehe er der Gruppe I.S.D. beitrug, zur Spartakusgruppe. Den Zusammenschluss dieser Gruppe mit den Unabhängigen konnte er nicht mitmachen. Als im April 1917 der Hungerstreik ausbrach, wurde er, der politisch Anrühige, in seine Heimatstadt Nowawes bei Potsdam plötzlich aufs Rathaus zitiert. Im Hausrock ging er hin und wurde gleich festgehalten, um zur Front geschickt zu werden. Zwar war er nur G.B. wegen eines geringeren Nervenübels, doch was scherte das die Gewalthaber, er war doch verdächtig, die Masse drohte rebellisch zu werden, da musste jeder Unliebsame unschädlich gemacht werden. Auf dem Wege nach Russland brach Fritz Frenkens Gesundheit zusammen. Die Strapazen und vor allem wohl der verzehrende, ohnmächtige Zorn über die schreiende Ungerechtigkeit und den verhassten militärischen Zwang fraßen an seinen letzten Nervenkräften.

In Ostrowo brach er zum ersten Mal zusammen. Aber er kam nicht ins Lazarett.

„Ich habe strikten Befehl, Sie nach Brest-Litowsk zu bringen“, sagte ihm der Zugführer. – Erst als er ganz auf dem Hund war, kam er ins Lazarett. Da man ihn dort nicht mehr kurieren konnte, schickte man ihn in die Heilanstalt Taupitz, von wo er nach drei Monaten entlassen wurde als ein gesundheitlich ruiniertes Mann. – Entlassen ohne Rente natürlich, – nach alter Übung. Weil seine Nerven schon früher nicht mehr intakt gewesen, wurde von den Gewalthabern jeder Antrag auf Gewährung einer Rente brüsk abgelehnt. Dass er früher arbeitsfähig war, während er jetzt vollkommen arbeitsunfähig war, dass er jetzt nur mühsam am Stock sich vorwärtsbewegen konnte, das genierte Militaria nicht. – So stand Fritz Frenken mit Frau und zwei Kindern hilflos dem Lebenskampf gegenüber, der noch verschärft wurde, als auch die Heimatsbehörde ihr Scherflein dazu beitragen wollte, seine Drangsale zu vermehren. Sie entzog ihm die Gemeindeunterstützung, die sie ihm in Anbetracht seiner Notlage bisher gezahlt hatte. – Unser Kämpfer verzagte nicht. Alle Hebel setzte er in Bewegung, um durchzusetzen, dass ihm die Unterstützung wieder gezahlt wurde; aber er musste jedes Mal persönlich und recht energisch vorstellig werden. Seine Tätigkeit für die Arbeiterbewegung gab er trotz alledem und alledem nicht auf. Rastlos und scharf war seine Feder. Mancher Artikel in der „Arbeiterpolitik“ legt Zeugnis ab von seiner Hingabe und seinem Mut. Konnte er sonst nicht den Macht- und Gewalthabern zu Leibe, mit scharfen Wahrheiten und Gedanken hat er alles Unrecht quittiert, das ihm geschehen.

Das ist in kurzen Umrissen das Schicksal eines unserer Kämpfer, er hätte noch vieles leisten können fürs Proletariat. Auch ihn haben die Machthaber auf dem Gewissen – wie die Hekatomben anderer.

Bolschewistische Wirtschaft.

Von Hans Berliner.

Die jetzt in der bürgerlichen Presse, besonders im „Berliner Tageblatt“ erscheinenden Schilderungen des bolschewistischen Russlands beschäftigen sich besonders mit zwei Dingen, einmal mit der fürchterlichen Gewalttätigkeit der Arbeiterregierung, die das Bürgertum in Blut ertränkt und sodann mit der durch die Maßnahmen der Bolschewiki bedingten Vernichtung jeder Wirtschaft.

Was es mit der „Hinschlachtung des Bürgertums“ auf sich hat, ist auch von Julian Borchardt in der „Arbeiterpolitik“ auf das richtige Maß zurückgeführt worden. Diese Zeilen sollen sich demgegenüber mit den Anwürfen beschäftigen, welche die jetzige wirtschaftliche Not Russlands lediglich als eine Folge der bolschewistischen Herrschaft hinstellen. Soweit die bezüglich der tatsächlichen Mitteilungen recht dürftigen bürgerlichen Berichte erkennen lassen, wie die russische Wirtschaft aussieht, herrscht in Russland Hungersnot. Die notwendigsten Lebensmittel kommen namentlich in die großen Städte vollkommen unzureichend und die Preise haben ihre Reise nach oben fortgesetzt, sodass das Zwanzigfache der Friedenspreise nicht mehr ungewöhnlich erscheint, ohne dass die Löhne und sonstigen Einkünfte der Bevölkerung hiermit Schritt gehalten haben.

Die Darstellungen, namentlich die von Hans Vorst im „Berliner Tageblatt“ sind so gehalten, als wenn die Not lediglich eine Folge des Bolschewismus sei. Nun weiß aber jeder, der auch nur oberflächlich Zeitungen liest, dass in den letzten Monaten der Zarenherrschaft und in der Zeit der Kerenskiregierung die Zufuhr von Lebensmitteln in den russischen Städten durchaus unzureichend war. Bekanntlich wurden auch die zum Umsturz der Zarenherrschaft führenden Kämpfe von zahlreichen Hungerkrawallen eingeleitet, und die Not hatte damals, namentlich in Petersburg, sehr schlimme Formen angenommen.

Selbst nach den erwähnten Berichten hat sich die Not unter der Bolschewikiherrschaft keineswegs verschlimmert. Und was die Verzwanzigfachung der Preise anlangt, so möchten wir nicht unerwähnt lassen, dass heute in anderen kriegführenden Ländern, in denen keine Arbeiterregierung herrscht, der fünfzigfache Friedenspreis für wichtige Waren des täglichen Bedarfs durchaus nicht mehr als Monstrum angesehen wird.

Die bürgerlichen Berichte über die Wirtschaft unter der Arbeiter- und Bauernregierung erwecken nun den Anschein, als ob der jüngste Tag, der Untergang der Welt, über Russland hereingebrochen und unter dieser Herrschaft jede Lebensmöglichkeit entschwunden sei. Wir glauben gerne, dass dem Bürgertum der jetzige Zustand nicht gefällt.

Dass aber die Regierung Lenins erträglicher sein muss als die seiner Vorgänger, beweist ihre Festigkeit. Die jetzt zu selbständigem Handeln erwachte Arbeiter- und Bauernschaft würde sich, zumal es an Aufhetzung nicht fehlt, gegen die Bolschewiki erheben, wenn sie bei dieser den Ursprung des Übels glaubte suchen zu müssen. Stattdessen hat sich die Stellung der Bolschewikiregierung gefestigt.

Die Bolschewikiregierung denkt nicht daran, ihre Herrschaft nur durch Zerstörung zu festigen, und die Verteilung des überflüssigen Hausrates der russischen Reichen kann auch nicht als Zerstörung der Wirtschaft angesehen werden, denn es handelt sich lediglich um eine Verschiebung im Konsum. In den möglichst schauerlichen Berichten über die sinnlose Zerstörung der russischen Wirtschaft, welche auch viel von der völligen Verödung der russischen Städte sprechen, haben wir noch nichts gelesen, was auf eine Zerstörung von Produktionsmitteln, Maschinen, Geräten und dergl. durch die Arbeiterschaft oder gar durch die russische Regierung hindeutet.

Die Wiederingangsetzung der russischen Wirtschaft kann von der Bolschewikiregierung nur im Sinne des Volkswohls gelöst werden, wobei auf die Sonderwünsche des Bürgertums, insbesondere auf den Profit, wenig Rücksicht genommen werden kann. Vor allem gilt es die wichtigsten russischen Wirtschaftsfaktoren wieder zu wechselseitig pulsierendem Leben zu erwecken. Landwirtschaft und Verkehr stehen hierbei an erster Stelle. Mit der Erringung der politischen Macht hat die russische Regierung naturgemäß noch nicht das alte kapitalistische Denken und Empfinden überwunden. Das engherzige egoistische Denken der alten Zeit, mit seinem Kampf der nächststehenden Menschen untereinander, wird namentlich in einer Zeit so großer Not wie der jetzigen nur langsam zu überwinden sein. Da aber für Russland die

völlige Ausnutzung des Ackers namentlich heute nötig ist, dürfte eine Durchsetzung der Landbevölkerung mit solchen Städtern geboten sein, die gewillt sind, Landarbeit zu leisten. Durch solche Durchsetzung würden namentlich größere Güter und Kulturen der Allgemeinheit nützlich gemacht. Für die Industrie kommt es viel auf die richtige Ausnutzung der vorhandenen Vorräte an, die vielfach vom Bürgertum noch versteckt gehalten werden.

Diese wenigen Andeutungen zeigen schon, wie groß die Arbeit ist, die in wirtschaftlicher Beziehung in Russland geleistet werden muss. Die besten Köpfe der russischen Regierung sind aber vollauf mit der Führung der inneren und äußeren Kämpfe beschäftigt und die Anordnungen der Regierung werden ja vielfach durch die Maßnahmen des gegenrevolutionären, zum neuen Krieg gegen Deutschland hetzenden Bürgertums durchkreuzt, das sein Heil in einer Ausplünderung Deutschlands erblickt. Wir hoffen, dass auch die russische Wirtschaft die Früchte der klaren eindeutigen Politik der russischen Regierung zeigen wird.

Für ihre vielseitige Umgestaltungsarbeit, der größten, die die Geschichte kennt, bedarf die Bolschewikiregierung einer großen Anzahl überzeugter und entsprechend gebildeter Mitarbeiter. Die Gründung der sozialistischen Akademie ist ein guter Schritt auf dem Wege, solche zu erlangen, und sie zeigt, dass die Bolschewikiregierung nicht Totengräber der Menschheit sein will, sondern aus der Welt der russischen Sklaverei eine Welt aufbaut, die der breiten Volksmasse Freiheit bringt. Die bei dieser Weltumwälzung anfallenden Opfer sind jedoch im Gegensatz zu den Millionenopfern dieses Krieges fast gering.

Die Arbeit.

Sie geht herum, die Hände voll Schwielen,
Aus jeder Hütte schaut sie heraus;
Im Volke, bei den Armen, den Vielen
Ist sie in jeder Stunde zu Haus.

Durch Gassen läuft sie mit brennender Stirn
Die Wangen bleich und die Augen hohl,
Weiß nicht, wohin das zermarterte Hirn
Bis zum anderen Morgen sie legen soll.

Paläste baut sie, schafft goldene Pracht,
Der Welten Glück liegt in ihrem Schoß,
Und lebt dabei selber in Elend und Nacht.
Denn Hunger und Kälte ist immer ihr Los.

Sie geht herum, ein Riese in Ketten
Und ihre Freunde sind Siechtum und Not.
Wann kommt ein Adler, sie wieder zu retten?
Wann winkt ihr endlich Freiheit und Brot?

Carl Happ.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 45/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 9. November 1918.

Nr. 45

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands!

Die deutsche Revolution ist erwacht, die bis zum Wahnwitz gesteigerten Machtgelüste der deutschen Militärpartei haben es durch eine verbrecherische Säbeldiktatur vermocht, bald fünf Jahre lang, die Arbeiter zur Mordbank zu führen, ihre Frauen und Kinder auszupowern bis aufs Mark – während die Bourgeoisie im Lande blinzendes Gold münzt aus dem Blute der Ermordeten und Ertrunkenen, aus der Gesundheit der Frauen, der Kinder. Den geringsten Protest erstickten die militärischen Machthaber im Blut, ließen ihre Opfer verhungern in den Gefängnissen. Eine niederträchtige Zensur, unterdrückte Wahrheit und Tatsachen, beschwindelte die Arbeiter und Soldaten mit Lügen über Lügen um immer neue Blutopfer. Ein solches auf Lüge und Gewalt gebautes System musste zusammenbrechen. Heute stehen wir vor der Tatsache, dass der deutsche Imperialismus militärisch und politisch geschlagen ist. Die Armee ist in völliger Auflösung.

Divisionsweises Überlaufen, massenweise Desertion sind an der Tagesordnung. Die Matrosen stehen als Avantgarde an der Spitze der Revolution, Hand in Hand mit ihren Brüdern im Arbeitskittel. Und schon stehen fast alle Hafenstädte unter roter Flagge. Die erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf den Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht sollen das Proletariat geneigt machen, weiter zu dulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen missglückt ist, will die Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern, und die schwankende Krone Wilhelms des Zweiten und der übrigen souveränen Herren Deutschlands zu schützen. Man kauft sich jene Halunken von „Sozialisten“, die am 4. August 1914 das „Vaterland“ der Kapitalisten und Junker gegenüber den äußeren Feinden nicht im Stiche ließen. Und diese Judasse werden es auch der andrängenden Proletariermasse gegenüber nicht im Stiche lassen. Unter dem Scheine des Vertrauens, das sie aus der Friedenszeit her in den Volksmassen besaßen, bilden die Scheidemann und Bauer u. a. unter dem Vorsitz des Prinzen Max v. Baden eine „Volksregierung“, um den Fürsten die Throne, den Kapitalisten die Kassenschränke zu retten.

Im Namen dieser „Volksregierung“ wird das Proletariat weiter belogen und bestohlen, im Namen dieser „Volksregierung“ organisiert man die nationale Verteidigung, den Krieg bis

zum letzten Mann, den Krieg der Kinder und Greise; im Namen dieser Volksregierung sollte die Kriegsflotte zu einer Unternehmung gegen England fahren, während die Friedensverhandlungen vor der Tür stehen. Das wäre einem Abbruch der Verhandlungen gleichgekommen, einem weiteren Menschengemetzel ins Endlose.

Da erscholl dröhnend ein Halt!, ein Genug! von unseren Brüdern in der blauen Jacke. Das Echo rollte übers Land. Die deutsche Revolution ist erwacht. Nun gilt es, nicht auf angefangenem Wege stehen zu bleiben. Schon sind die Kapitalisten und Junker aller Länder eifrig bemüht, das Lügengewebe um das Proletariat zu stricken. Sie, Wilhelm der Zweite, Poincare, Lloyd George, Wilson und alle anderen kleinen Götter, die fünf Jahre lang ihre Völker abschlachten ließen, verwandelten sich mit einem Male in die Hohenpriester eines Völkerbundes.

Der Sinn der Heuchelei ist klar. Geschwächt an Kapital und an Kanonenfutter, wie die imperialistischen Staaten aus diesem Kriege hervorgehen, sind sie aus einer Reihe von Jahren außer Stande, Kriege zu führen und haben nur eines zu fürchten: dass der Proletarier selbst den Willen zeige, mit eigener Tat die Quelle künftiger Kriege zu verstopfen. Um diesen Willen und diese Energie einzuschläfern, erfindet man den „Völkerbund“, indem sich in Wirklichkeit nur die Mörder dieses Krieges verbrüdern und der nichts anderes ist, als die heilige Allianz von vor hundert Jahren, in der sich gleichfalls die Monarchen verbanden, um den Frieden zu sichern, mit dem Erfolge, dass das 19. Jahrhundert mit Blut getränkt war, wie keines zuvor.

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im Besonderen, ergeben sich für das Proletariat folgende

Gegenwarts-Forderungen:

Zur Erzwingung und Übernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuss muss durch Unterkommissionen sich der Ressorts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muss sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muss sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.
2. Die unverzügliche Freilassung all' derer, die für die Sache des Proletariats, wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. – Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählter Revolutionstribunale.
3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.
5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.
6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.

8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Russland. Ruhig, fest und zielbewusst handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiss!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, dass euch die Besitzenden nicht geben können, müsst ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

**Tod dem Kapitalismus!
Hoch die kommunistische Republik!
Es lebe die Weltrevolution!**

Proletarische gegen imperialistische Diplomatie.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat, wie die „Neue Hamburger Zeitung“ berichtet, im Auftrage des Sowjets an den Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der es unter anderem heißt:

„In Ihrer Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 18. Januar haben Sie im sechsten Punkt ihre tiefe Sympathie für Russland bekundet. Der verzweifelte Kampf, den wir gegen den deutschen Imperialismus in Brest-Litowsk geführt haben, hat offenbar ihre Sympathie zum Sowjet in Russland verstärkt. An den Sowjetkongress, der unter Drohung eines deutschen Vormarsches den Brester Zwangsfrieden ratifiziert hat, haben Sie ein Begrüßungstelegramm gesandt, worin betont wird, dass dieser auf die Hilfe Amerikas rechnen dürfe. Seither sind wieder Monate verflossen und das Volk hat hinlänglich Zeit gehabt, um in der Tat die Gefühle Ihrer Regierung und der Verbündeten prüfen zu können. Am allerbesten geht der wahre Charakter des tschecho-slowakischen Aufstandes aus der Tatsache hervor, dass sie, obwohl im Besitz der sibirischen Eisenbahn, sich ihrer nicht zur Abreise auf Befehl der sie instruierenden Regierungen der Entente bedienten, sondern es vorzogen, in Russland selbst zum Sammelpatz der russischen Konterrevolution zu werden. Ihre konterrevolutionären Meuterer, die den Transport von Getreide und Naphtha unmöglich machten und die Arbeiter Russlands von dem Getreide und anderen Vorräten Sibiriens abschnitten und sie zu Hungersnot verdammten, scheinen das in erster Linie Ihrer Regierung und Ihren Verbündeten zu danken zu haben. Von Ihnen, Herr Präsident, ist das Versprechen ausgegangen, Russland Mitwirkung angedeihen zu lassen zur Erlangung der vollen uneingeschränkten Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung bezüglich seiner nationalen Politik. Gleichzeitig wurde von Ihnen, Herr Präsident, dem russischen Volke versprochen, dass ihm Hilfe im Kampf für eine Unabhängigkeit zuteilwerden sollte. Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Russland gestaltet sich nicht so, wie es nach Ihrer Botschaft an den Kongress hätte erwartet werden dürfen. Jedoch haben wir Grund, auch mit diesen Ergebnissen nicht ganz unzufrieden zu sein, denn die Missetaten der Konterrevolution im Osten und Norden zeigen den Arbeitern und Bauern Russlands, wohin das Trachten der russischen Konterrevolution und der ausländischen Mitgehilfen geht.

Wir sind jetzt stärker als einige Monate zuvor, und die von Ihnen jetzt vorgeschlagenen internationalen Verhandlungen über den Abschluss eines allgemeinen Friedens finden uns lebendig und stark und erlauben uns, im Namen Russlands unser Einverständnis zur Beteiligung an den Verhandlungen auszudrücken. Als Vorbedingung für einen Waffenstillstand, während dessen Fortdauer Friedensverhandlungen angebahnt werden sollen, haben Sie in Ihrer Note an Deutschland die Forderung der Räumung der okkupierten Gebiete aufgestellt. Wir sind bereit, Herr Präsident, unter diesen Bedingungen einen Waffenstillstand zu schließen und bitten Sie, uns davon zu benachrichtigen, wann Sie, Herr Präsident, und Ihre Verbündeten es beabsichtigen, Ihre Truppen aus Murman, aus Archangelsk und aus Sibirien zu entfernen. Sie lehnen es ab, einen Waffenstillstand zu schließen, falls Deutschland bei der Räumung der von ihm besetzten Gebiete nicht auf Missetaten, Plünderung usw. verzichtet. Wir erkühnen uns, hierbei die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Sie und Ihre Verbündeten den Tschecho-Slowaken den Befehl geben werden, den von Ihnen in Kasan geplünderten Teil unserer Goldreserven zurückzugeben, und dass Sie es ihnen verbieten, auf ihrem erzwungenen Abzug (denn wir werden ihren allerschleunigsten Abzug fordern, ohne Ihren Befehl abzuwarten) ihre verbrecherischen Handlungen fortzusetzen und gegen die Arbeiter und Bauern dieselben Gewalttaten wie bisher zu verüben. Indem wir gegenwärtig der Beteiligung an Unterhandlungen mit solchen Regierungen zustimmen, die noch nicht den Willen des Volkes ausdrücken, möchten wir unsererseits im Einzelnen von Ihnen, Herr Präsident, erfahren, wie Sie sich den Völkerbund denken, der nach Ihrer Vorstellung das Werk des Friedens krönen soll. Sie verlangen die Unabhängigkeit Polens, Serbiens und Belgiens und die Freiheit der Völker Österreich-Ungarns. In aller Wahrscheinlichkeit wollen Sie damit sagen, dass zunächst die Volksmassen überall die Entscheidung über ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen sollen, um sich alsdann im Völkerbund zu vereinigen. Aber seltsamerweise bemerken wir unter Ihrer Forderung weder die Befreiung Irlands, Ägyptens und mit uns durch ihre freierwählten Vertreter sich an dem Aufbau eines Völkerbundes zu beteiligen. Auch ist es, Herr Präsident, vorher zu erfahren, wie Sie sich die Lösung vieler Fragen wirtschaftlichen Charakters denken, die von wesentlicher Bedeutung für den künftigen Frieden sind.

Wir haben versucht, Ihre Vorschläge für den Völkerbund mit solcher Genauigkeit zu formulieren, damit aus dem Völkerbund kein Bund der Kapitalisten gegen die Völker sich ergeben möge. Sollten Sie, Herr Präsident, anderer Ansicht sein, so haben wir nichts gegen eine Besprechung der Friedensbedingungen Ihres Programms verlangt. Über Einzelheiten werden wir uns leicht einigen können. Da wir keineswegs mit Amerika zu kämpfen wünschen, selbst jetzt nicht, wo Ihre Regierung noch nicht durch den Rat der Volkskommissare ersetzt und Ihre Stelle noch nicht von Eugen Debs eingenommen ist, den Sie jetzt im Gefängnis halten, da wir keineswegs mit England Krieg zu führen wünschen, selbst jetzt nicht, wo das Kabinett des Herrn Lloyd George noch nicht durch den Rat der Volkskommissare mit Mac Lean an der Spitze ersetzt wurde, da wir keineswegs mit Frankreich Krieg zu führen wünschen, selbst jetzt nicht, wo das Kabinett Clemenceau noch nicht durch die Arbeiterregierung Merrheims ersetzt ist.“

Die Lage in Weißrussland.

Im Zusammenhang mit der Räumung einzelner Teile von Weißrussland durch die Deutschen sind alle dunklen Elemente der Gegend in Bewegung geraten. Minsk ist jetzt zu einem zweiten Kiew geworden. Die Stadt ist ein schwarzes Nest der Gegenrevolution. Von allen Enden Russlands sind dorthin schwarze Gesellen zusammengeströmt, um Pläne zum Sturze Sowjetrusslands zu schmieden. An der Spitze der ganzen schwarzen Bande steht der Nachfolger des „Bundes echt russischer Leute“: – Der Bund: „Unser Vaterland.“

Die Satzung „Unser Vaterland“ lautet:

„Unser Ziel ist die Vernichtung der Bolschewiki. Die Wiederherstellung der Monarchie und des geeinten Russlands“.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, wird eine weiße Armee gebildet, die den Namen „Südarmerie“ führt. Offenbar deshalb, weil sie in Verbindung mit Krasnow und Skoropadski wirken soll.

In diese Armee werden nur diejenigen aufgenommen, welche dem künftigen Monarchen den Treueid leisten. Der Sold beträgt für Offiziere 1200 – 200 Rubel, für Gemeine 90 Rubel monatlich.

Die Mittel dazu liefern die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer. Die Deutschen haben auch eine Unterstützung von 300 000 Rubeln gewährt, sie liefern auch die Waffen. Gegenwärtig steht an der Spitze der Armee der frühere Führer des 23. Armeekorps, General Litwinow, die kriegerischen Operationen leitet General Semjonow, das Material verwaltet General Schulgin.

Die allgemeine Lage des Landes ist schrecklich. Das Elend und die Verarmung hat ungeheure Dimensionen erreicht. Dazu nehmen die Deutschen, in Voraussicht ihres baldigen Wegganges, den Einwohnern die letzten Reste ihrer Habe weg. In Minsk kam es zu offenen Unruhen. Aus diesem Anlass erschien in dem schwarzen Blättchen „Minskisa Wedomosti“ am 2. Oktober ein Leitartikel, der die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt. Dort steht unter anderem folgendes: Die Deutschen haben hunderttausend Menschen geopfert, um uns vor dem bolschewistischen Schrecken zu bewahren, und wir murren jetzt, wenn sie sich jetzt den Lohn für unsere Rettung nehmen. Es ist wahr, wir sind arm, aber die Deutschen haben für uns viel geopfert.“

In derselben Nummer erschien eine Bekanntmachung des deutschen Oberkommandos, die die erschrockene Bourgeoisie von Minsk mit dem Hinweis tröstete, dass die Deutschen Minsk nicht räumen werden.

Das Regime im Lande ist furchtbar. In ganz besonders schlechten Verhältnissen befinden sich die Bauern. Die Gutsbesitzer und die deutschen Schutzleute sind die vollkommenen Herren des Landes. Für einen Hungerlohn von 3 Mark täglich werden die Bauern gezwungen 12 Stunden zu arbeiten. Mit Hilfe der deutschen Bajonette werden sie dazu gezwungen, das Land der Gutsbesitzer zu bebauen.

Die Nahrungsmittelfrage ist kritisch. Infolge der Unterernährung ist die Sterblichkeit sehr groß und erreicht bei den Kindern die Höhe von 50 Prozent.

Die meisten Schulen sind geschlossen. Die Behandlung der aus Russland zurückkehrenden Flüchtlinge ist sehr schlecht. Nur selten kommt jemand von diesen nach seinem alten Heimatort. Die Mehrzahl wird dorthin geschickt, wohin es den deutschen Schutzleuten passt. Verpflegungsstellen bestehen nicht. Unter den Flüchtlingen grassieren Krankheiten und die Sterblichkeit ist ebenfalls groß.

Der Bolschewismus in der Ukraine.

Die Zertrümmerung des Bundes der Zentralmächte haben das Kabinett Skoropadskis zur Kopflosigkeit und Verzweiflung gebracht. Die Kiewer Zeitungen kommentieren die Ereignisse in Bulgarien und Österreich und bemerken melancholisch, dass die bolschewistischen Voraussagen bezüglich einer Weltrevolution der Wahrheit näher zu kommen scheinen, im Besonderen erhebt nach den Worten Lisogubs der Bolschewismus in der Ukraine wieder sein Haupt, so dass die Regierung zu den strengsten Maßnahmen greife, um diese Versuche im Keime zu ersticken.

In diesen Ton stimmt die „Rabotnitschja Gaseta“ gewissermaßen ein, wenn sie anlässlich des Abbruches der Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland bemerkt: „Bei Wiederaufnahme der Kriegsoperationen dürfen die Bolschewiki auf einen Sieg hoffen, da sie sich auf die innere Lage in der Ukraine stützen können.“

Die die Regierer des russischen Südens ergreifende Panik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem erwarteten unausbleiblichen Abzug der österreichisch-deutschen Truppen aus dem Süden Russlands.

In dem Wunsche, die Gewalt in ihren Händen zu behalten, beeilt sich die Großgrundbesitzer- und Bourgeois-Regierung des Hetman, eine neue Armee zu schaffen, die als verlässlicher Wall gegen Arbeiter und Bauern dienen soll. Alle Versuche zur Schaffung einer solchen Armee blieben bis jetzt ohne Erfolg.

Einstweilen erfolgt die Rekrutierung der 20-jährigen Söhne der reichen Bauern nach besonders aufgestellten Listen. Diese Aushebung kann aber eine quantitativ nur ganz geringe Armee ergeben. Der Ukrainische Ministerrat hat deshalb in seiner letzten Sitzung noch einmal die Frage der Schaffung einer eigenen Armee erwogen.

Die Debatten in dieser Sitzung haben deutlich sowohl die Kopflösigkeit der ukrainischen Regierung, wie ihren reaktionären Wesenskern dargetan. Der Minister Kistjakowski erklärte bei der Kritik des Projektes zur Schaffung einer aus Arbeitern und Bauern gebildeten Armee, dass die Schaffung einer solchen Armee gleichbedeutend mit Übergabe der Waffen in die Hände der Bolschewiki wäre. Da es ihm klar vorschwebte, dass die usurpatorische Macht der Ukrainischen Regierung sich nur auf Gewalt stützen und nur in den Spitzen der Gesellschaft Sympathien finden kann, so schlug Kistjakowski die Bildung einer wahren weißen Armee aus Offizieren und der Intelligenz vor, da „nur bei einer solchen Klassenarmee die Interessen des ukrainischen Staates gut aufgehoben sein würden.“ Auch der Hetman hat kein Vertrauen zu einer Armee aus Arbeitern und Bauern und beantragt, das Setsch-Kosakentum wieder ins Leben zu rufen. Es wurde mit anderen Worten die Schaffung eines privilegierten Gendarmeriekorps beabsichtigt. Dieses Söldnerkorps von Prätorianern wäre ein gehorsames, blindes Werkzeug im Kampfe gegen Arbeiter und Bauern geworden.

Die Mehrheit des Ministerkabinetts neigte zu dem Plane der Bildung einer nationalen Garde in der Ukraine hin, offenbar eines freiwilligen Charakters und ausschließlich aus der Stadtbevölkerung rekrutiert. Die ukrainischen Minister wollen dieser Reform das Muster der zu trauriger Berühmtheit gelangten französischen Nationalgarde, die sich so oft durch Erschießen von Arbeitern besudelt hat, zugrunde legen.

Die fieberhafte Tätigkeit des Kabinetts Skoropadskis in der Schaffung von weißgardistischen Regimentern beweist zur Genüge, dass es nicht vermocht hat, in den breiten Massen Wurzel zu schlagen, und dass seine Macht sich bis jetzt auf die österreichisch-deutschen Bajonette stützen musste.

Die ukrainische Regierung versteht auch nicht, dass die ukrainische Weiße Garde aus Offizieren, Intelligenz und Bourgeoisie als ihre Hauptaufgabe den Kampf mit dem Bolschewismus betrachtet. Es ist ganz natürlich, wenn Skoropadski in diesen Kampf gegen die Ukrainischen Arbeiter und Bauern und gegen die die Sowjetherrschaft es versucht, im Auslande neue Bundesgenossen zu finden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die ukrainischen Gutsbesitzer und Industriellen nach Verlust der österreichisch-deutschen Hilfe ihre Orientierung umfärben und von neuem, vielleicht durch Vermittlung des Herrn Wassilenko, die Entente loben und einige englisch-französische Regimenter zur Hilfe herbeiholen werden. Diese Neuorientierung werden die Ukrainischen Regierer in sehr beschleunigter Form vornehmen müssen, weil der Versuch des tschecho-slowakischen Aufstandes und die Tätigkeit aller sibirischer Regierungen dargetan haben, dass nur mit Hilfe von

weißgardistischen Banden ohne Unterstützung fremdländischer Truppen ein Erfolg der Gegenrevolution undenkbar ist.

Nach der Zertrümmerung der Zentralmächte und Schwächung des deutschen reaktionären Imperialismus wird die Hegemonie über alle reaktionären Parteien der Welt auf die Entente übergehen.

Jedes neue historische Faktum, jedes neue kriegerische und öffentliche Ereignis, das sich jetzt vollzieht, teilt alle Klassen und Parteien der Welt immer krasser in zwei unversöhnliche Lager. Für eines dieser Lager liegt der Schwerpunkt im Weltimperialismus mit seiner reaktionären inneren und äußeren Politik, unabhängig davon, wo sich die Führer dieses Imperialismus befinden, in Berlin, London oder Washington. Für das andere Lager wird der Schwerpunkt das Sowjet-Russland mit seinem Revolutionskampf für den Sozialismus bleiben.

Mit jedem Monat verliert die nationale Orientierung für die Mehrzahl der jetzt in der Welt kämpfenden Parteien und öffentlichen Gruppen immer mehr an Wert. Die ukrainischen Ereignisse der allernächsten Zeit werden die Illustration einer solchen Umgruppierung sein. Die Gutsbesitzer und Bourgeoisie der Ukraine werfen sich in die Arme irgendeiner revolutionären fremden Macht, um nur ihre Haut zu retten.

Die Arbeiter und Bauern des russischen Südens werden ihren Freund und Retter in der sozialistischen Sowjet-Republik suchen und werden sich in ihrem Kampfe auf die Unterstützung der Arbeiter und Bauern stützen. –

Es ist unzweifelhaft, dass dieser Kampf in der Ukraine nur einen Ausgang haben kann, nämlich den Fall des Kabinetts Skoropadski, den Zerfall einer jeden Koalitionsherrschaft und die volle Wiederherein der Herrschaft der Arbeiter- und Bauern-Sowjets.

Einheitlichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Die Regierungssozialisten und Gewerkschaftsinstanzen zetern über die von anderer Seite ausgehenden Bestrebungen auf Schaffung einer einheitlichen Arbeiterbewegung, deren Grundlage die sozialistische Theorie ist, deren Aufgabe es sein musste, alle wirtschaftlichen und politischen Aktionen durchzuführen, die sich aus jenen Theorien ergeben. Die Dialektik der Entwicklung bedingt eine derartige Einheitlichkeit. Jedoch soll die taktische Frage, auf welchem Wege wir zu der Einheit in der Aktion gelangen, hier nicht erörtert werden. Wir wollen uns mit der Angelegenheit im Augenblick nur prinzipiell befassen. Allerdings, eigentlich handelt es sich gar nicht um eine prinzipielle Frage, sondern lediglich um eine Frage des Bekenntnisses in das geschichtlich notwendig werdende und teilweise bereits gewordene und darum, ob man die Entwicklung fördern oder sich ihr widersetzen soll.

Die Einheitlichkeit der wirtschaftlich-politischen Aktion als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung ist bereits vorhanden oder ihre Voraussetzungen sind gegeben und heischen entsprechende Betätigung. Vorhanden ist die Einheitlichkeit bei allen antisozialistischen Richtungen: nur in der sozialistischen wird sie noch gestört, in ihr errichtet man künstliche Schranken, um der Einheitlichkeit der sozialimperialistischen zu dienen, große Kreise der deutschen Arbeiterschaft in deren Gefolgschaft zu ziehen.

Die christliche Arbeiterbewegung steht auf dem Boden der christlich-religiösen Weltanschauung. Sie hält sich in ihren Aktionen im Rahmen dieser Weltanschauung, sie bringt ihre Aktionen immer in Einklang mit der politischen Richtung, die dem gleichen Glaubenssack entsprossen ist. Das wird auch nicht geleugnet. Erklären doch christliche

Gewerkschaftsführer ganz freimütig, dass sich gewerkschaftliche und politische Tätigkeit nicht trennen lasse. Anders reden und schreiben nun die Führer der freien Gewerkschaften, die mit der Generalkommission konform gehen. Nach ihrer Behauptung haben sich die Gewerkschaften nicht mit Politik zu befassen.

In einem Artikel erhob kürzlich die Dachdecker-Zeitung die Forderung, dass politische Fragen aus den Gewerkschaften ferngehalten werden sollten. Mit dieser sozusagen programmatischen Forderung erklärten sich die meisten Gewerkschaftsblätter und unabhängigen Zeitungen einverstanden, indem sie den erwähnten Aufsatz entweder einfach übernommen haben oder ihn sogar noch mit zustimmenden Kommentaren versahen.

Damit machte man sich einer Täuschung und Irreführung schuldig. Zunächst ist es, ganz sachlich betrachtet, ein Unding, politische und gewerkschaftliche Betätigung grundsätzlich trennen zu wollen.

Sozialistisch gedacht und beurteilt, kann die gewerkschaftliche Aktion nur ein politisches Ausdrucksmittel oder Werkzeug sein.

In der Forderung, die gewerkschaftliche und politische Betätigung voneinander zu trennen, liegt subjektiv insofern nur Täuschung, als ja in Wirklichkeit die Gewerkschaften politisiert worden sind. Die Instanzen haben sie politisiert, indem man die Gewerkschaften, in Widerspruch mit sozialistischen Grundsätzen, nationalisierte und sie zu Werkzeugen der kapitalistischen Kriegspolitik und Herrschaftsordnung machte. Das geschah nicht unbewusst. Vor einigen Wochen hat der Hauptvorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes eine kleine Schrift herausgegeben, die den Zwecken des Mitgliederwerbens dienen soll. Darin wird behauptet, die „politische Neutralität des Verbandes“ sei „oberste Richtschnur der Gewerkschaften geworden“. Dann heißt es:

Parteipolitik gehört nicht in den Verband. Das schließt nicht aus, dass, wenn es die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft erfordern, gelegentlich auch zu politischen Fragen Stellung genommen werden muss, aber dann nicht unter Umgehung der Verbandsleitung, sondern im innigen Einvernehmen mit ihr“.

Der Vorstand des – demokratischen Verbandes ist ja sehr leutselig, den Mitgliedern gnädigst zu gestatten, auch mal zu politischen Fragen Stellung zu nehmen; selbstverständlich verlangt die Autokratie, dass das Stellungnehmen sich genau nach der Vorschrift des Vorstandes richtet. Andernfalls wird das Recht, politisch Stellung zu nehmen – den Mitgliedern versagt. Es bleibt dann Reservatrecht der Instanzen. Und die haben von dem Recht ausgiebig Gebrauch gemacht, so ausgiebig, dass man unbedenklich von einer einheitlichen Politik der gewerkschaftlichen und regierungssozialistischen Instanzen reden kann.

In der gemeinsamen, nationalistisch, imperialistisch und allgemein kapitalistisch eingestellten Kriegspolitik ist diese Einheitlichkeit recht sinnfällig geworden. Offiziell ist wohl die Regierungssozialdemokratie die Vertreterin der Politik des 4. August. Diese Politik erkennt eine Solidarität zwischen Kapital und Arbeit auf nationalistischer Grundlage, und einen Gegensatz zwischen den national getrennten Proletariern. Die eigentlichen Träger dieser Politik sind jedoch die Gewerkschaftsinstanzen. Die politische Partei ist lediglich ein Werkzeug, ein untergeordnetes Glied der Politik, die von den gewerkschaftlichen Instanzen verzeichnet wird. Die sozialdemokratische Fraktion bekannte sich zur Politik der nationalen Verteidigung, des Durchhaltens und des Siegenwollens, die gewerkschaftlichen Instanzen verpflichteten sich den herrschenden Gewalten gegenüber dazu, die gewerkschaftlichen Machtmittel in den Dienst der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zu stellen. Die Argumente für die nationalistische Haltung lauteten bei den Leginleuten genauso wie bei den Scheidemännern. In dem erwähnten Werbeschriftchen begründet der Metallarbeiterverbandsvorstand die Forderung nach höheren Löhnen mit der Notwendigkeit,

die Herstellung des Heeresbedarfs sicherzustellen. Und das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften begeistert sich in seiner Nummer vom 19. Oktober 1918 für die von Scheidemann propagierte „Front der nationalen Verteidigung.“ Mit Hinweis auf die letzte Note Wilsons, die man als Einklang mit den Forderungen der Kriegshetzer, Annexionisten in England und Frankreich bezeichnet, bemerkt das Gewerkschaftszentralblatt „Soweit ist Deutschland noch nicht, diesen Frieden um jeden Preis lehnen wir nach wie vor ab.“ - Das Korrespondenzblatt spricht im Namen der Gewerkschaften, allerdings ohne ausreichende Legitimation, es ist nur das Mundstück der Instanzen, die als [als?] wiederum in prononcierter Weise politische Stellung nehmen. Sie bilden wieder die einheitliche Front mit der Regierungssozialdemokratie. Trotzdem: sobald sich in den Gewerkschaften selbst eine Opposition gegen die Instanzenpolitik regt, sobald Mitgliederschaften eine Politik fordern, die in der Marschrichtung des Sozialismus liegt, dann gebieten die Instanzen: keine Politik in den Gewerkschaften, die Gewerkschaften müssen politisch neutral bleiben!

Die Neutralitätsforderung der Gewerkschafts- und regierungssozialistischen Parteiinstanzen richtet sich lediglich gegen die sozialistische Politik und gegen die Versuche aus Mitgliederkreisen, die nationalistische Politik, die Politik nach der Theorie von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, wie sie von den Instanzen vertreten sind, innerhalb der Gewerkschaften nicht zu dulden. Politische Neutralität in den Gewerkschaften ist ein Unding. Die wirtschaftlichen Aktionen der Gewerkschaften müssen immer in Einklang stehen mit der Weltanschauung der Mitglieder. Ist diese bürgerlich, dann macht man kapitalistische Politik mit einem mehr oder minder starken sozialen oder auch religiösen Einschlag, stehen die Mitglieder auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung, dann müssen sie in ihren Gewerkschaften selbstverständlich auch sozialistische Politik treiben, ihre wirtschaftlichen Aktionen müssen die Auswirkung der sozialistischen Theorie sein. Wo das nicht der Fall ist, verleugnen die Gewerkschaftsmitglieder ihre sozialistische Überzeugung oder sie werden von den Instanzen getäuscht.

Für die Gewerkschaften gibt es in der angeregten Frage nur ein entweder - oder! Entweder sie fördern eine Politik, wie sie ihnen von den Instanzen aufgenötigt werden soll, in großem Umfange bereits aufgenötigt und dann sind die Stützen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, an deren Verankerung und Erhaltung sie damit arbeiten, zum Nachteil der Arbeiterschaft, oder sie treiben bewusst sozialistische Politik, machen diese zum Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Aktionen. Damit arbeiten die Gewerkschaften an dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Befreiung der Arbeit von den Fesseln der Ausbeutung und Unterdrückung. Solche Politik entspricht auch der Geschichte der freien Gewerkschaften, und sie findet ihre feste Begründung in der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf diese Seite der Angelegenheit werden wir in einem späteren Aufsatz eingehen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 46/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 16. November 1918.

Nr. 46

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Das Licht, das der Welt leuchtet.

Von J. Steklow.

Wer ein Licht anzündet, stellt es nicht unter den Scheffel, sondern stellt es auf den Tisch, damit es allen Menschen leuchte, - so sagt das Evangelium. So handelten die russischen Kommunisten nach dem Oktoberumsturz. Sie arbeiten offen und öffentlich vor der ganzen Welt. Nicht so sehr in ihren Reden, wie mit ihrer ganzen Tätigkeit fordern sie die Arbeiter aller Länder auf, ihrem Beispiel zu folgen. Von allen Seiten vermisst man vom Anklang, den sie gefunden. - Der Bolschewismus wird zur Weltgefahr.

Das eben reizt die Bourgeoisie der ganzen Welt auf und besonders ihre Agenten aus der Zahl der Sozialverräter.

Wir verstehen die Feindschaft gegen den Bolschewismus seitens der Kapitalisten und Imperialisten, unabhängig von ihrer Nationalität und Orientation. Aber ebenso natürlich ist auch der glühende Hass zum revolutionären Kommunismus, der die Verständigungssozialisten und Sozialverräter aller Sprachen und Töne erfüllt. Sie fürchten seine schonungslosen Enthüllungen und sehen in ihm den zukünftigen unerbittlichen Richter über ihre Verbrechen.

Die deutschen Sozialverräter bekämpfen den Bolschewismus mit Wort und Tat. Sie arbeiten mit ihren Regierungen und der Bourgeoisie zusammen, jagen, so wie unsere Dans, Tschernows und Zeretellis, Arbeiterversammlungen auseinander, nehmen Verhaftungen vor. Ohne sich damit zu begnügen, führen sie in ihrer Presse eine verzweifelte Kampagne gegen die bolschewistische Infektion und hetzen gegen ihn in ihren Versammlungen. Es gibt keine Verleumdungen des Bolschewismus, vor dem diese Herrschaften zurückschrecken würden.

Havelock Wilson, der würdige Namensvetter des amerikanischen Präsidenten, fordert die Ausschließung der Bolschewisten oder des Bolschewismus Verdächtigen aus den englischen Berufsverbänden. Aber der Bolschewismus findet in letzter Zeit eine so starke Verbreitung unter den englischen Arbeitern, dass bald, sehr bald, nicht Wilson die Bolschewisten aus den Berufsverbänden ausschließen wird, sondern die Verbände aus ihrer Mitte die Sozialverräter schimpflich verstoßen werden, so wie es die russischen Verbände und die Arbeiterorganisationen schon getan haben.

Aber wenn die Sozialverräter kurz vor ihrem vollen Bankerott, dem physischen Bankerott, nicht dem moralischen allein, denn moralisch sind sie schon längst bankerott —, wenn diese Herrschaften auch der Sowjetmacht und dem Welt-Bolschewismus ihren Tadel aussprechen, so sehen doch alle gesunden Elemente des Proletariats die russische sozialistische Republik als wie ihre Heimat und die Sache der russischen Arbeiter als ihre eigene Angelegenheit an.

Wir wissen, wie überall in Italien, Frankreich, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Serbien usw. die revolutionären Arbeiter sich zusammenschließen und die russische Revolution als Vorposten der Befreiung der Arbeiter in aller Welt betrachten.

Das Komitee der Schweizer sozialdemokratischen Partei hat angeordnet, den Jahrestag der russischen Oktober-Revolution überall in der Schweiz zu feiern. Es wäre gut, wenn die Arbeiter anderer Länder einen ebensolchen Entschluss fassen würden.

Nur lächerlich sind die boshaften Bemühungen Scheidemanns, wenn wir wissen, dass Liebknecht zu uns steht und Millionen von Arbeitern, deren Augen sehend werden, die instinktiv zu der russischen Revolution hingezogen werden und zu dem Befreiungswerk, das sie schafft.

Frustratorische Heulmeierei.

Von Ernst Schneider.

Ganze Wagenladungen von regierungssozialistischer Literatur oder richtiger Makulatur wird aufgeboten, um die Kräfte für den Sozialismus in der Arbeiterklasse zu ertöten und Verwirrung anzurichten. Dass es unseren russischen Gesinnungsgenossen gelungen ist, die Diktatur des Proletariats zu errichten und nichts unversucht zu lassen, den Sozialismus zu verwirklichen, scheint manchem Verräter an der Arbeiterklasse, ein besonderer Dorn im Auge zu sein. In einer Echonummer vor einigen Tagen beschwört der Regierungssozialist Wilhelm Bloß Beispiele aus der großen Französischen Revolution herauf, um die „Hinfälligkeit“ der sozialistischen Verfassung in Russland zu beweisen.

Nach einem Aufwand von haltlosen Haarspaltereien und wohlfeilen Redensarten, folgert dieser „Gelehrte“:

„In dem wirtschaftlich zurückgebliebenen Russland hat die Konzentration der Produktionsmittel und der Vergesellschaftung der Arbeit noch lange nicht den Punkt erreicht, wo sie die kapitalistische Hülle sprengt. Eine den Zeitverhältnissen vorgreifende Enteignung lässt die scheinbare oder wirkliche Gehässigkeit – es ist die Höhe! d. V. – der Maßregel auf deren Urheber zurückfallen. Die Enteignung muss, bevor die Neugestaltung eintreten kann, in der Hauptsache von der sozialökonomischen Entwicklung selbst vollzogen sein.“

Zum Schluss orakelt Bloß – bloß noch – über Verwirrung auf agrarischem und kulturellem Gebiet im gegenwärtigen Russland – bekreuzt sich drei Mal – um schluchzend den schaurigen Appell an die Bolschewiki zu richten, sie möchten doch man ja ihrem Vorbild von 1793 folgen und die sozialistische Verfassung, die ohnehin erst vom Volke bestätigt werden müsste, zurückstellen.

A propos! Wir glauben – wie schon einmal – feststellen zu dürfen, dass ein schlechter Geschichtsschreiber, der nebenbei ein ebensolcher Politiker ist, weder etwas von proletarischer Diktatur noch revolutionärer Logik zu wissen braucht.

Wie sagt doch H. Heine:

Ein aufgeklärter Obskurant
Und weder Hengst noch Stute

Ja, ich begeistere mich zugleich
Für Sophokles und die Knute.

Nicht unangebracht dürfte es indessen sein zu fragen, ob hier bewusste Täuschung oder vielleicht gar Furcht für die Verwirklichung des Sozialismus vorliegt?

Nach der Logik dieser Similisozialisten soll also der Sozialismus bis zum „Sankt Nimmerleinstage“ vertagt werden. Nur nicht den Kapitalismus zertrümmern, lieber die Entwicklungsmöglichkeiten des Imperialismus herausputzen.

Es ist die jämmerliche Tragik jener Fridoline – die sonst weder treu noch rebellisch und nur an ihr eigenes kleines Ich denken – dass sie aus den Armen des Kapitalismus nicht mehr herauskönnen. Über dieses aber, kann kein Mensch über sich selbst hinaus. Denn wer sich mit Haut und Haaren dem Nationalismus verschreibt, der kann nicht im Ernst erwarten, dass in absehbarer Zeit ein kulturelles Ineinanderaufgehen der Völker möglich ist. Nur der die persönliche Freiheit liebt, seiner eigenen Kraft traut, der Mensch ist, weil er kein Sklave sein mag, weiß, dass die Einführung des Sozialismus und die Verwirklichung desselben – die nach unserer Überzeugung schon längst ökonomische Notwendigkeit – nicht in letzter Linie von dem eigenen, zweckbewussten Kampf der Arbeiter als Klasse um die öffentliche Gewalt abhängt und nur durch schwere Opfer erreichbar ist. Letzteres Bewusstsein darf natürlich nicht vom Kampf abschrecken, sondern muss im Gegenteil dazu anspornen, aus dem Dämmerzustande des feigen „Sichgehenlassens“ herauszutreten.

Der Demokrat Wilson und sein Prophet Karl Kautsky.

Die „Iswestija“ bringt folgenden Aufsatz:

Wir sind Zeugen eines merkwürdigen Schauspiels. Die amerikanischen Trusts sind im Begriff, die deutsche Bourgeoisie zu Boden zu werfen. Die deutschen Bourgeoisie versuchen die Arbeitermassen Deutschlands davon zu überzeugen, dass dieses nicht so schlimm sei; sie versuchen alles von ihnen über den amerikanischen Imperialismus und über Wilson Gesagte einer Durchsicht zu unterziehen und wollen beweisen, dass Wilson kein Feind des deutschen Volkes sei.

Sie tun es nur, damit sie ihre Lage vor den Augen der Volksmassen verbergen können. Sie tun es in der Hoffnung, dass es vielleicht gelingen könnte, von Wilson noch etwas herauszuhandeln. Noch im Untergehen muss diese Bourgeoisie lügen, so wie sie um die Zeit ihrer Siege log, denn bei Sieg und wie bei Niederlage ist sie ein Feind der Arbeiterklasse und kann dieser nicht die Wahrheit sagen. Als das Sowjet-Russland in Brest-Litowsk für einen Moment kapitulieren musste, da trösteten seine Führer nicht etwa die Arbeiterklasse, sondern unterstrichen mit aller Energie den räuberischen Charakter des Brester Friedens, denn nicht sie trugen die Verantwortlichkeit für die Zertrümmerung Russlands. Sie wussten auch, dass eine Neugeburt des Sowjet-Russlands nur dann möglich war, wenn den Arbeitern die ganze Größe ihrer Niederlage aufgegangen war. – Die herrschende Klasse Deutschlands ist an der Zertrümmerung des deutschen Volkes schuld, und sie muss sich vor der Verantwortlichkeit retten, indem sie lügt und die Situation ausschmückt. Das wird sie auch weiter so lange tun, bis der Gegner ihr Forderungen stellen wird, die sie nicht annehmen kann; dann wird sie aber das Geschrei erheben: „Man plündert das deutsche Volk aus, verteidigt Euch.“

Wir sind aber auch Zeugen noch ungeheuerlicherer Dinge. Im Augenblick der Zertrümmerung Deutschlands erzählt der Theoretiker der 2. Internationale, Karl Kautsky, den deutschen Arbeitern in einer Reihe von Aufsätzen, dass ihnen vom amerikanischen Kapital keine Gefahr drohe. In der „Sozialistischen Ausländer-Korrespondenz“ will er in einer langen

Reihe wässeriger Aufsätze unter der Überschrift: „Was will Wilson“ beweisen, dass die Politik Wilsons nicht die Politik des Imperialismus sei, sondern eine Politik der Demokratie, der Abrüstung. Er beweist, dass diese Politik eine demokratische ist und dass sie nicht nur die Politik Wilsons, sondern auch die des amerikanischen Kapitalismus überhaupt ist, der dank seinen speziellen Existenzbedingungen jetzt als Führer in der Befreiung Europas vom Imperialismus erscheine.

Wer da der Meinung ist, dass er es hier mit dem Produkt eines verbrauchten Greisenverstandes zu tun habe, der irrt sich. Hier liegt die Begründung einer Politik vor, die von der deutschen Partei, der sogen Unabhängigen, vertreten wird.

Gerade weil wir es hier nicht mit keiner Äußerung von Kautskyschem Stumpfsinn, sondern mit der Richtlinie einer politischen Partei zu tun haben, die auf die Arbeiter Deutschlands noch Einfluss besitzt, so müssen wir uns mit der von Kautsky vorgenommenen sogen. marxistischen Analyse im Programm Wilsons und des amerikanischen Imperialismus ein wenig beschäftigen. Mit der Miene eines Christoph Columbus erklärt Kautsky, es genüge nicht, zu behaupten, dass der internationale Krieg ein imperialistischer sei, man müsse die Bedingungen des amerikanischen Kapitalismus gesondert analysieren. Man könnte dann verstehen, dass der amerikanische Kapitalismus und Wilson nicht als Vertreter der imperialistischen Politik anzusehen sind. Das von Christoph Columbus-Kautsky entdeckte Amerika liegt in der tiefsinnigen Bemerkung, dass „der charakteristische Zug Amerikas die Jugend seiner sozialen Verhältnisse und die Tatsache seiner Trennung von der alten Welt durch das Meer“ sei. Über dieses Meer nun, das Amerika von Europa trennt und von dem, verstehen Sie recht, vor Kautsky noch niemand etwas gewusst hat, verbreitet er sich in all' diesen Aufsätzen, deren Grundgedanke in Folgendem besteht. „Der amerikanische Kapitalismus entwickelte sich in einer Gesellschaft, die weder Feudalismus noch Aristokratie kannte und dank der Arbeit von Millionen Menschen, die aus Europa vor dem Militarismus geflohen waren.“

Die amerikanische Industrie und die amerikanische Bourgeoisie entwickelten sich dank dem gewaltigen inneren Markt, der auch jetzt noch nicht erschöpft ist. Sie konnten sich einerseits ohne alle gewaltsame Eroberungen weiter entwickeln, denn sie eroberten ökonomisch das zentrale und südliche Amerika; andererseits sind die Volksmassen in Amerika Gegner des Militarismus, deshalb ist es für das amerikanische Kapital schwer, überaus große Rüstungen zu veranlassen. Wenn deshalb Wilson gegen Deutschland vorgeht, wenn er an dem Kriege teilnimmt, so tut er es nicht im Namen der Eroberungen der ganzen imperialistischen Politik, sondern, um das Zentrum des europäischen Militarismus, als das Deutschland erscheint, zu vernichten.

Karl Kautsky antwortet deshalb auf die Frage, was Wilson wolle, dass „die Friedensbedingungen Wilsons als Endresultat nur die Demokratisierung Deutschlands fordern“.

Es genügt nur, daran zu denken, welche Demokratie in Amerika herrscht, um sich an den Kopf zu fassen und zu fragen: Wie kann ein Mensch, der kein bezahlter Agent des amerikanischen Kapitals ist, der nicht wie ein bankerott gewordener Imperialist die Situation ausschmücken muss, ähnliche Meinungen aussprechen. – Das amerikanische Kapital hält die Volksmassen in seinen Händen fester, als der alte Zarismus es tat, der Präsident in Amerika hat solche Rechte, wie kein anderes Oberhaupt eines Staates, mit Ausnahme des halbabsolutistischen Deutschlands. Er ist seinem Parlament gar keine Rechenschaft schuldig, er ernennt selbst die Minister, das Parlament ist an Händen und Füßen durch seinen Präsidenten gebunden und steht unter dem Joche des nicht vom Volk, sondern von den Staaten gewählten Senats. Neun Zehntel der Mitglieder des Parlaments und des Senats sind einfach auf Höchstangebot der amerikanischen Trusts erkaufte Leute.

Der Präsident selbst muss, um gewählt zu werden, über Millionenmittel verfügen, die er natürlich von den Trusts erhält. Die Arbeiterführer, die nicht nach der Pfeife dieser demokratischen Regierung tanzen, werden ins Gefängnis geworfen oder unter dem Vorwande, dass sie Attentate auf die Lämmer des Kapitalismus geplant hätten, hingerichtet. Amerika ist das Land der Dollarherrschaft, das Land, in dem die Arbeiterführer auf den derzeitigen elektrischen Stühlen hingerichtet werden. Dieses Amerika ist nichts mehr und nichts weniger als die neue Demokratie, die aus dem Kriege als die Demokratie hervorgehen muss, die Karl Kautsky, der theoretische Führer der 2. Internationale, vor der Diktatur des Proletariats schützen will. Was fordert Wilson? Wilson fordert von den Zentralmächten die Räumung aller von ihnen besetzten Gebiete und Übergabe Elsass-Lothringens an das französische Kapital, ohne die Bevölkerung zu befragen, ob sie ihr Vaterland wechseln wolle oder nicht.

Derselbe Wilson hält in seinen Händen die Philippinen als Weg nach China fest. Derselbe Wilson ringt in China mit dem japanischen Kapital darum, wer China in Banden schlagen soll, Japan oder Amerika. Derselbe Wilson hat mit keinem Wort gegen den russischen Zarismus protestiert. Er protestiert nicht gegen die Unterdrückung der Irländer, er verlangt nicht, dass der englische Kapitalismus die riesigen in englischen Händen befindlichen Gebiete herausgeben soll. Das alles hindert Kautsky aber nicht zu behaupten, die Ziele seien demokratisch. Das amerikanische und englische Kapital hat nicht mehr und nicht weniger als drei Viertel aller wichtigsten Rohstoffquellen in Händen. Wenn das amerikanische Kapital von einem Völkerbund spricht, so wird dieser Völkerbund beim Weiterbestehen des Kapitalismus nichts anderes bedeuten als die Blockierung des kapitalistischen Deutschlands. Der im Kriege geschlagene deutsche Kapitalismus wird ein Gläubiger des amerikanischen und englischen Kapitals sein, denn er wird eine riesengroße Kontribution zahlen müssen. Er wird vom amerikanischen und englischen Kapital abhängig sein, denn er wird ohne die Entente weder Baumwolle noch Kupfer noch Getreide bekommen. Das amerikanische Kapital kämpft jetzt hauptsächlich gegen das Sowjet-Russland, um gemeinsam mit den Engländern das Baku-Kupfer zu erbeuten, um die sibirischen Lagerungen, die Turkestan-Baumwolle zu erbeuten und auf diese Weise vollständiger Herr der Lage auf dem Rohstoffmarkt zu werden.

Wenn die sozialistische Revolution in Europa siegen wird, so wird das amerikanische Kapital es noch schonungsloser zu blockieren und zu erdrosseln trachten, als es dies jetzt mit dem deutschen Kapital zu tun beabsichtigt. Bei einer derartigen Lage der Dinge zu sagen, Wilsons einziges Ziel sei der Sieg der Demokratie, heißt, die europäischen Arbeiter dem amerikanischen Moloch verkaufen.

Am meisten vom ganzen Programm Wilsons reizt Kautsky die Tatsache, dass Wilson die Abrüstung verlangt. Das ist erstens nicht richtig. Wilson verlangt die Abrüstung, nun in dem Maße, als die Armee nicht nötig ist, um die innere Ordnung zu erhalten. D. h., dass Wilson statt einer Armee mit allgemeiner Dienstpflicht eine Armee will, die in der Mehrzahl aus bewaffneten Arbeitern bestehen soll. Er will eine Armee aus Mietlingen schassen, die imstande wäre, jede Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Zweitens müsste man ein Dummkopf sein, um auch nur einen Augenblick zu glauben, die Engländer würden auf ihre Flotte verzichten und sie zerstören, Wilson würde auf seine Riesenflotte verzichten, die gerade geschaffen wurde, während er zur Freude verschiedener Kautskys von der Abrüstung schwatzte. Herr Wilson kann ruhig erklären, seine und die englische Flotte sei kein Kampforgan gegen andere Völker, sondern nur ein Transportmittel für seine kleine Armee zur Unterdrückung innerer Unruhen, ein Verteidigungsmittel für die englischen Kolonien und der schwachen Nationen für den Fall neuer Angriffe von Seiten des deutschen Imperialismus. Wie Herr Wilson die Tatsachen, dass er die Abrüstung der europäischen Arbeiter verlangt und seine Flotte und Armee behalten will, auch begrüßen mag,

die Tatsache, dass alle seine Gespräche über die Abrüstung ein schamloser Betrug sind, bleibt dennoch bestehen. Karl Kautsky erklärt, das Programm Wilsons sei ein Resultat seines Strebens zur Demokratie. Karl Kautsky schließt die Augen und will nicht sehen, dass eine riesengroße amerikanische Streitkraft besteht, dass es in Amerika riesengroße Munitionsfabriken gibt, die für das amerikanische Kapital nach dem Kriege ein Ansporn zu weiteren Rüstungen sein werden. Karl Kautsky will nicht sehen, dass Amerika bestrebt ist, China in seine Hände zu bekommen. Karl Kautsky will nicht sehen, dass Amerika an dem Kampfe gegen die russischen Arbeiter teilnimmt. Dieser Anblick ist so schmachvoll, dass er seinen Renegatenkampf gegen die russische Arbeiterrevolution gleichkommen wird.

Wir haben schon im Anfang dieses Artikels darauf hingewiesen, dass das Lakaiertum nicht durch persönliche Eigenschaften erklärt wird, sondern dass es nur die Politik seiner Partei erklärt und begründet. Wir stellen uns die Frage, wie das zu erklären sei. Dies ist sehr einfach. Die Unabhängigen waren Feinde der deutschen Regierung und verstanden es nicht, mit ihr zu kämpfen. Sie bestanden aus denjenigen Führern der Arbeiterklasse, die ihre Hände nicht mit dem Blute des deutschen Imperialismus besudeln wollten, die aber nicht den Mut hatten, an einen Kampf mit ihm auch nur zu denken. Jetzt, wo dieser deutsche Imperialismus gestürzt ist, wagen diese Invaliden des alten Sozialismus nicht einmal daran zu denken, die Arbeiter zum Kampf gegen den Leichnam des deutschen Imperialismus, der sie zu bedrücken droht, zu erheben. Noch weniger wagen sie es, der Wahrheit in die Augen zu sehen, dass die Arbeitermassen Deutschlands vielleicht gezwungen sein werden, einen ernstesten Krieg gegen das internationale Kapital, gegen die englischen und amerikanischen Trusts, die versuchen werden, die Revolution der Arbeiterklasse im Keim zu ersticken, zu führen. Und gerade, weil die Unabhängigen nicht wagen, an die großen Aufgaben, die ihnen bevorstehen, zu denken, eben weil die Unabhängigen nicht wagen, die Arbeiter zum Kampf für die großen Aufgaben aufzurufen, müssen sie selbst die Augen schließen und auch vor den Arbeitern die großen Gefahren, die sie bedrohen, verbergen.

Sie müssen sich einreden, dass Wilson ein Demokrat sei, dass es keinen Zweck hat, sich auf die Hinterbeine zu stellen, dass es keinen Zweck hat, sich zu einer Revolution vorzubereiten, dass es keinen Zweck hat, zu überlegen, wie diese Revolution zu verteidigen wäre. Diese elenden Feiglinge sind Lakaien geworden. Sie sind augenblicklich die gefährlichsten Feinde der Weltrevolution, weil sie nicht wagen, an die Revolution zu denken. Sie wiederholen jetzt in 10-mal größerem Maßstabe den Fall der Scheidemannpartei vom 4. August, an dem sie selbst teilgenommen haben. Ihr jetziger Fall ist 10-mal schmäherlicher, weil er vor sich geht, während der deutsche Imperialismus sein Fiasko erlebt, während die junge Sowjet-Republik der Welt, zeigt, dass die Revolution nicht die Entwaffnung des Volkes bedeutet, dass sie in ihm neue Verteidigungskräfte entwickelt, dass das Proletariat, das das Banner des Aufstandes gegen das eigene Kapital erhoben hat, in Bezug auf den ausländischen Kapitalismus nicht wehrlos ist. Es besteht ein tiefer Zusammenhang zwischen dem Auftreten Kautskys gegen die Arbeiterdiktatur und seinem Versuch zu beweisen, die Diktatur des amerikanischen Finanzkapitals, also die Diktatur die Wilson gestrebt, sei nichts anderes als die Verwirklichung der Demokratie. Die Idee der Demokratie, der Kautsky dient und die er gegen die Arbeiterdiktatur in Schutz nimmt, ist tatsächlich eine Diktatur des Finanzkapitals über die Arbeiterklasse. Die deutschen Arbeiter können nicht siegen, sie können den deutschen Imperialismus nicht stürzen, wenn sie sich nicht von Scheidemann, Haase und Kautsky freimachen. Die offenen Verräter der Arbeiterklasse, die Scheidemänner und die heimlichen Verräter, die sich hinter Phrasen über Sozialismus und Demokratie verbergen, die Unabhängigen, sind gleich gefährliche Feinde der Arbeiterklasse. Nein, augenblicklich sind die Unabhängigen noch gefährlichere Feinde als die Scheidemänner, denn die Letzteren, die die Arbeiter mit Hilfe von Soldaten auseinanderjagen, belehren sie und zeigen ihnen in der Tat, dass sie ihre Feinde sind. Die Unabhängigen haben das niemals am Steuer der

Staatsherrschaft bewiesen. Diese Feiglinge würden nämlich an dem Tage, an dem sie die Herrschaft ergreifen müssten, vor Angst sterben. Sie werden die Arbeiter zu überzeugen versuchen, dass die Kapitulation vor Wilson die Einsetzung der Demokratie in Deutschland bedeute und die deutschen Kommunisten werden ihren Kampf gegen die Unabhängigen verzehnfachen müssen. Wenn sie die Scheidemänner besiegen wollen, so muss die alte Internationale verfaulen und gänzlich zerfallen, bevor auf den Schlachtfeldern, auf den internationalen Fronten der Revolution und der Gegenrevolution die 3. Internationale, die Internationale der Befreiung vom Kapital entstehen wird. Wie die Juden das gelobte Land nicht betreten konnten, bevor die ganze Generation der ägyptischen Sklaven zu Grunde gegangen war, so wird auch das Proletariat nicht siegen, bevor es alle Führer, die der 2. Internationale angehören, auf den Schutthaufen der Geschichte geworfen haben wird. Wie schmachlich auch der Anblick sei, den die Produktion Karl Kautskys in seiner Rolle eines Gegners der Arbeiterdiktatur, in der Rolle des Verteidigers der Diktatur des amerikanischen Finanzkapitals bietet, so muss man sich doch bei diesem Menschen bedanken, dass er für sein Geld der ganzen Arbeiterklasse den schon zerlegten Leichnam der 2. Internationale zeigt. Wir begrüßen den Zynismus Kautskys, gerade weil er so abstoßend ist. Wir sind tief überzeugt, dass die deutsche Arbeiterklasse trotz alledem über genug Kraft und Gesundheit verfügt, um die ganze Schmach, den ganzen Schmutz dieser Politik des Dienerns vor fremden Eroberungen zu begreifen, nachdem sie begonnen hat, sich von der eigenen gewalttätigen und räuberischen Regierung zu befreien.

In Erwartung eines neuen Sturmes.

Die rote Armee hat im Norden, im Süden und an der Front eine Reihe Erfolge erreicht. Diese Siege haben rein militärischen Charakter.

Gleichzeitig können wir eine Reihe anderer Siege verzeichnen. Die Antwort Wilsons, der das besiegte Deutschland auf die Knie herabdrücken will, bedeutet das Herannahen des endgültigen Krachs des Weltimperialismus. Die Politik der „erneuerten“ deutschen Regierung ist nicht in der Lage die Entwicklung der revolutionären Bewegung im Lande aufzuhalten. Österreich-Ungarn zerfällt. Die Handlungen der Hetman-Regierung begünstigen den Ausbruch einer Arbeiter- und Bauernerhebung in der Ukraine, das bedeutet aber, dass dort eine Sowjet-Republik errichtet werden wird. Mit einem Wort, die Geschichte gibt scheinbar Wasser auf unsere Mühle.

Wir wollen uns aber nicht durch die vor uns entstehenden glänzenden Perspektiven hinreißen lassen. Die Geschichte ist ein doppelseitiger Prozess, während sie uns mit ihrer rechten Hand streichelt, schlägt sie uns mit der linken.

Die zur Auflösung verurteilte alte Welt will sich nicht ohne Kampf ergeben.

Wie kennen den Vorschlag der deutschen Militärpartei, die Durchführung einer Strafexpedition gegen die russische Revolution zu übernehmen, um dafür von den Entente-Mächten Konzessionen zu erhalten. Wir kennen den unversöhnlichen Hass der Entente-Imperialisten gegen Sowjet-Russland, das sie zu erdrücken geschworen haben. Wir wissen, dass sowohl diese als auch jene Imperialisten nicht aufhören, unsere Stellung offen und heimlich zu untergraben und einen unaufhörlichen Kampf gegen die russische Arbeiterklasse führen.

Der Imperialismus stirbt, er ist aber noch immer gefährlich.

Angestiftet durch die Imperialisten beider Koalitionen vereinigen sich alle Kräfte der russischen Gegenrevolutionen gegen die Sowjet-Republik. Jetzt ist es schon schwer zu

entscheiden, wer die eine oder die andere Abteilung unserer Gegenrevolutionäre inspiriert, die deutschen oder die englischen Imperialisten.

Wenn die beiden Koalitionen selbst unserthalben noch nicht einig sind, so sind die von Ihnen beeinflussten russischen Revolutionäre scheinbar schon zur endgültigen Verständigung gekommen. Das beweisen alle Nachrichten der letzten Tage. Die ukrainische Gegenrevolution sammelt sich zum Angriff. Die Tätigkeit der Gegenrevolutionäre am Don, an der Kuban und im Kaukasus lebt auf. Dasselbe sieht man in den von den Deutschen besetzten westrussischen Gebieten, wo auf Grund einer Vereinbarung mit der ukrainischen Regierung die Formierung weißgardistischer Abteilungen für den Kampf gegen das Sowjet-Russland vor sich geht. Die Freiwilligen-Armee (die frühere Alexejewsche Armee, Entente-Orientierung); die Astrachansche Armee (formiert mit deutscher Hilfe) und die Südarkmee Krasnows (ebenfalls mit deutscher Hilfe erschaffen) gedenken, ihre Kräfte zum entscheidenden Vorstoß gegen das Sowjet-Russland zu vereinigen.

Zugleich mit der militärischen wird die politische Vorbereitung betrieben. Wenn einerseits im Süden das „schwarze Hundert“ sich wieder zu regen begonnen hat und in den Zeitungen von neuem die Namen Markows, Samyslowsky's, Schulgins und sogar Iliodors auftauchen, so regen sich andererseits auch wieder die Sozial-Verräter. In Rostow am Don arbeiten politische Parteien, augenscheinlich die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki und Trudowiki, angestrengt an der Bildung eines „Komitees der Verteidigung der Konstituante“ in Rostow.

Das alte Spiel wiederholt sich. Die Gegenrevolution will Vabanque spielen. Sie ist bestrebt zu diesem Zweck unter ihrer Fahne alle sogenannten „antibolschewistischen“ oder demokratischen, also der Arbeiter und Bauernrevolution feindlichen Elemente zu vereinigen. Auf diesem Wege wird sie die aktive moralische und materielle Unterstützung seitens der Imperialisten jeder der Koalitionen finden.

Drum muss die Sowjet-Republik auf ihrer Hut sein. Die Feinde holen zu einem neuen Schlage aus. Nicht unvorbereitet dürfen wir diesem Ansturme begegnen, sondern womöglich ihn durch einen Angriff auf den Feind, solange er noch in seiner eigenen Feste ist, vereiteln. Wir haben genug Verbündete im Lager der Feinde. Wir hoffen, dass noch ein neuer Angriff auf das revolutionäre Russland es nur noch stärken und dem Untergange ihres Todfeindes, der Gegenrevolution der ganzen Welt, verschnellern wird. -

Massenaktionen vor der französischen Revolution.

Aus „Peter Kropotkin“, Die französische Revolution.

Die Französische Revolution war wie jedes Ereignis von großer Bedeutung, das Ergebnis eines Zusammentreffens von Ursachen, die in einem gegebenen Augenblick aufeinanderstießen und Menschen erzeugten, die ihrerseits dazu beitrugen, die Wirkungen dieser Ursachen zu verstärken.

Aber es muss ebenso gesagt werden, dass trotz allen Ereignissen, die die Revolution vorbereiteten, und trotz der ganzen Intelligenz und den Ansprüchen der Bourgeoisie, dieses Bürgertum, das immer klug und vorsichtig war, sich noch lange aufs Warten verlegt hätte, wenn das Volk die Ereignisse nicht beschleunigt hätte, die Volkserhebungen, die in unvorhergesehenem Maße heftiger und an Zahl größer wurden, waren das neue Element, das dem Bürgertum die Angriffskraft gab, die ihm fehlte. In den Jahren 1775–77 brach eine ganze Reihe von Aufständen los.

Es waren Hungeraufstände, die bisher nur gewaltsam zurückgehalten worden waren. Die Ernte von 1774 war schlecht, es fehlte an Brot. Darauf brach im April 1775 der Aufstand aus. In Dijon bemächtigte sich das Volk der Häuser der Monopolisten, es zerstörte ihre Möbel und riss ihre Mühlen ein. Auxerre, Amiens, Lille folgten Dijon. Einige Tage später begaben sich die „Räuber“, – denn so bezeichnen die meisten Historiker die ausgehungerten Aufständischen – die sich in Passy und St. Germain mit der Absicht zusammengefunden hatten, die Mehlmüllerlager zu plündern, nach Versailles. Ludwig der Sechzehnte musste auf dem Balkon des Schlosses erscheinen, zu ihnen sprechen und ihnen ankündigen, dass er den Preis des Brotes um zwei Sous ermäßigte.

Die Herabsetzung der Brotpreise unterblieb.

Inzwischen zogen die „Räuber“ nach Paris, plünderten die Bäcker und verteilten alles Brot, dessen sie sich bemächtigen konnten, an die Menge.

Das Militär trieb sie auseinander.

Man hängte auf dem Place de la Aufrührer, die sterbend ausriefen, sie stürben für das Volk, aber von da an beginnt sich die Legende von „Räubern“ zu verbreiten, die ganz Frankreich durchzögen, eine Legende, die 1789 so große Wirkung tat, als die dem Bürgertum der Städte zum Vorwand diente, sich zu bewaffnen. Damals schon wurden in Versailles Plakate angeklebt, die dem König und seine Minister schmähten und in Aussicht stellten, den König am Tage nach seiner Krönung ums Leben zu bringen, oder auch der ganzen königlichen Familie den Garaus zu machen, wenn das Brot nicht billiger würde. Damals schon ließ man in der Provinz falsche Regierungserlasse verbreiten.

Diese Aufrührerbewegungen wurden selbstverständlich unterdrückt, aber sie hatten sehr tiefgehende Wirkungen. Kämpfe zwischen verschiedenen Parteien wurden entfesselt, es regnete Flugschriften, von denen die eine die Minister anklagten, andere von einer Verschwörung des Prinzen gegen den König sprachen, die dritten die königliche Gewalt antasteten. Kurz, bei der schon erregten Verfassung, in der sich die Geister befanden, war der Volksaufstand der Funke, der ins Pulverfass fiel.

In den Jahren 1782 und 1783 begannen die Aufstände wieder, nachdem sie in den Jahren 1777–82 geringer an Zahl gewesen waren, und gingen von nun an weiter und vermehrten sich zur Revolution.

Greve zwei

Poitiers war 1782 in Aufruhr, 1786 war es Bizille, von 1799–87 brachen die Ausstände in den den Ce'vannen, dem Vivarais und dem Ge'vandan aus. Die Unzufriedenen, die man Mascarats nannte, und die die „Advokaten“ bestrafen wollten, die die Bauern untereinander aufreizten, um Prozesse zu ergattern, drangen in die Gerichtssäle, bei den Notaren und Prokuratoren ein und verbrannten alle Akten und Verträge. Man hing drei Aufrührer und schickte die anderen in Zwangsarbeit, aber die Unruhen brachen von neuem aus, als die Schließung der Parlamente einen neuen Anlass für sie lieferte. Im Jahre 1786 ist Lyon im Aufstand. Die Seidenweber streiken, man verspricht – eine Lohnerhöhung – und lässt die Truppen kommen, es entspinnt sich ein Kampf und drei Führer werden enthauptet.

Bald sind es Erhebungen mit religiöser Färbung, bald handelt es sich um Widerstand gegen die Aushebungen zum Militär – jede Aushebung zu den Milizen führte zu einem Aufruhr – oder das Volk rebelliert gegen die Salzsteuer, oder auch es widersetzt sich der Zahlung des Zehnten, aber allezeit gibt es Krawalle, und hauptsächlich im Osten, Süd- und Nordosten – den künftigen Herden der Revolution – brachen diese Aufstände in größerer Zahl aus.

Im Jahre 1788 brachen in der Bretagne Aufstände aus. Als der Kommandant von Renner und der Intendant der Provinz sich ins Palais begaben, um dem Parlament der Bretagne die Verordnung mitzuteilen, kraft dessen diese Körperschaft abgeschafft würde, war bald die ganze Stadt auf den Beinen. Die Menge bedrohte die beiden Beamten und stieß sie hin und her. Als er aus dem Palais kam, warf man ihn mit Steinen, und schleuderte verschiedene Male einen Stock mit einer Schlinge gegen ihn. Ein Kampf drohte auszubrechen, aber ein Offizier warf, als die anstürmende Jugend mit dem Militär handgemein werden wollte, seinen Degen fort und fraternisierte mit dem Volk.

Hintereinander brachen Unruhen derselben Art in mehreren anderen Städten der Bretagne aus, und die Bauern ihrerseits erhoben sich aus Anlass von Getreideverladungen in zahlreichen Orten.

In der Dauphine und besonders in Grenoble nahm die Aufstandsbewegung einen noch ernsthafteren Charakter an. Sowie der Kommandant Chermont-Tonnerre die Verordnung bekannt gemacht hatte, die das Parlament verabschiedete, erhob sich das Volk von Grenoble. Man läutete Sturm, und bald ertönten auch die Glocken auf den Dörfern. Die Bauern eilten in Scharen in die Stadt. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß und es gab viele Tote. Die Wache der Kommandanten war machtlos und sein Palast wurde geplündert.

(Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 47/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 23. November 1918.

Nr. 47

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Neue Aufgaben.

Von Anton Pannekoek.

Von der Russischen Revolution von 1905 wurde mit Recht gesagt, dass sie eine bürgerliche Revolution war, mit proletarischen Mitteln vom Proletariat durchgeführt. Dasselbe gilt für die Deutsche Novemberrevolution. Sie hat die bürgerliche Demokratie erkämpft durch die Massenkraft des Proletariats. Aber deshalb ist sie zugleich der erste Schritt zur proletarischen Revolution.

Im Oktober ergriff die deutsche Bourgeoisie im Parlament das Ruder, vierzig Jahre lang Anbeterin des Absolutismus ließ sie ihn fallen als er statt Sieg eine Niederlage brachte, nun warf sie sich auf die andere Seite und wurde parlamentarisch-demokratisch. Aber noch ging es so, als ob im nächsten Jahre die Sache sich wieder wenden könnte, nicht mit Unrecht redete die Entente-Prese von Camouflage. Die alten Staatsinstitutionen blieben bestehen, nur die Personen an der Spitze wechselten. Da traten die bewaffneten Proletarier auf. Durch ihre einmütige Massenkraft warfen sie in ein paar Tage, fast ohne Widerstand, das alte System nieder. Und damit ist etwas Unwiderrufliches geschehen. Der ganze mittelalterlich-feudale Plunder, der dem kapitalistischen deutschen Reich anhaftete - Kaiser und Junkertum, Bundesfürsten und Kleinstaaterie, Ständewahlrecht und Polizeiwirtschaft, Militarismus und Gottesgnadentum ist in dem Orkus verschwunden. Deutschland ist eine demokratische Republik geworden.

Aber das Proletariat hat keine Ursache, stolz darüber zu sein. Nur der kleinste Teil der Aufgabe ist gelöst. Ebert an der Spitze, der Vorsitzende der Sozialpatrioten, der immer den Imperialismus und die kaiserliche Regierung im Kriege unterstützte, bedeutet, dass die deutsche Republik keine sozialistische Arbeiterrepublik sein wird. Ebert wird von der bürgerlichen Presse sympathisch begrüßt, das Kapital weiß, dass es von ihm und seinen Leuten nichts zu befürchten und alles zu hoffen haben wird. Es rechnet darauf, dass diese Regierung von Scheinsozialisten die Arbeiter ruhig halten und einlullen wird, bis die neue bürgerliche Ordnung wiederhergestellt, die Massen entwaffnet und die Staatsgewalt wieder fest gegründet sein wird. Und dann können die Massen wieder ausgebeutet werden, und zwar schlimmer als je zuvor. denn um die Verluste wettzumachen, um die enorme Kriegschädigung zu zahlen, um neue Unternehmungen zu gründen, um neuen Mehrwert

zu sammeln, wird das Kapital die Ausbeutung viel intensiver betreiben müssen als vorher. Es wird die Massen die Verarmung Europas tragen lassen.

Aber dafür haben die Arbeiter ihre Revolution nicht gemacht. Sie haben Jahrzehnte den Sozialismus erhofft, dafür gekämpft und gewirkt, und jetzt ist die Zeit reif zum Ernten. Nie war die Gelegenheit so günstig für die volle Ergreifung der Macht und die Anbahnung des Sozialismus. Der Kapitalismus liegt geschwächt danieder, eine furchtbare Wirtschaftskrise lastet auf der Welt, die weitesten Volkskreise sind gegen die bürgerliche Ordnung aufgebracht, die Autorität und die Macht des Staates sind zusammengebrochen, Hass und Groll sind aus der tiefsten Not und dem Kriegselend aufgeflammt. Und das Allerwichtigste: die Arbeitermassen sind bewaffnet und organisiert, sie können jetzt der Gesellschaft ihren Willen auferlegen. Wenn sie nur ihre Aufgaben klar vor sich sehen und sich nicht durch Scheinkonzessionen betrügen lassen!

Es ist die Aufgabe der revolutionären Sozialdemokraten, dem deutschen Proletariat den Weg zu zeigen. Sie sollen sich sofort miteinander vereinigen, ein gemeinsames revolutionäres Aktionsprogramm aufstellen und durch intensive Propaganda den Massen diese Forderungen nahelegen.

Die erste Hauptsache besteht darin, der politischen Revolution einen sozialen, d.h. einen sozialistischen Inhalt zu geben. Es handelt sich dabei nicht um einige radikale Reformen auf dem Gebiete von Arbeiterschutz und Achtstundentag, diese werden die neuen Arbeiterräte selbst durchführen in den Werkstätten, denn sie besitzen die Macht, weil nicht mehr die Staatsgewalt die Unternehmer schützt. Es handelt sich um die großen Maßnahmen, die die Wirtschaft wieder aufrichten werden durch sozialistische Organisation. Überall wo Industrie und Handel unter staatlicher Kontrolle geraten und dadurch einheitlich organisiert ist, soll die Organisation erhalten bleiben, aber neuen Zielen, der ausgiebigen Versorgung der Massen, angepasst. Dann sollen alle großen Industrien, die Großbetriebe, die Bergwerke sofort verstaatlicht werden, und vor Allem auch die Banken; in Russland hat durch Verstaatlichung der Banken und Verschmelzung zu einer Staatsbank die Sowjetregierung von selbst Kontrolle über einen großen Teil der Industrie gewonnen.

Damit wäre dem Finanzkapital die Macht in und die Grundlage zu einer sozialistischen Produktion der Produktion gelegt.

Dasselbe gilt für den Großgrundbesitz der Junker. Wird er vom Staate enteignet und den Landarbeiterorganisationen zum Betrieb übergeben, so ist dem Junkertum das Genick gebrochen und Ostelbien für die Revolution gewonnen. Damit ist dann der Anfang zu einer vollständigen Beherrschung und Regelung der Produktion und der Verteilung durch das Proletariat gemacht. Und zugleich wird für die Distribution gesorgt werden. Kapitalistische Distribution von der Seite der Behörden hat man in den Kriegsjahren zur Genüge kennen gelernt, jetzt muss die sozialistische Distribution von dem Prinzip ausgehen, dass allen Darbenden ein genügender Lebensunterhalt, allen Obdachlosen eine ausreichende Wohnung zugesichert wird. Dazu ist eine starke Besteuerung des Kapitalbesitzes und Konfiszierung der Kriegsgewinne nötig, während die Staatsschulden annulliert werden.

Zur Verwirklichung dieser Forderungen ist es nötig, dass die ganze politische Macht in den Händen des Proletariats organisiert wird, unter Ausschluss der Bourgeoisie. Mit der radikalen Bourgeoisie zusammen regieren wollen, bedeutet die Pferde vor und hinter den Wagen spannen, damit er nicht vom Fleck kommt. Zuerst muss die Macht, die die Arbeiter für den Augenblick gewannen, dauernd verankert werden; Bewaffnung des Proletariats, Bildung von roten Garden, während die alte Armee demobilisiert und aufgelöst wird, d.h. während die Arbeiter aus den Regimentern in ihren Heimatort zurückkehren. In den Arbeiterräten besitzt das Proletariat schon Vertretungskörperschaften, die seinem Zustande viel besser angepasst

sind als die parlamentarischen Schwatzbuden, wo bürgerliche Politiker ihre Redeturniere halten. Denn sie bleiben im stetigen Kontakt mit dem praktischen Arbeiterleben, wachsen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit empor, und ihre Mitglieder sind immerfort zu ersetzen. In dem Ausbau dieser Arbeiterräte, von Bauernräten ergänzt, liegt der Keim der künftigen proletarischen Regierung.

Zugleich muss die alte staatliche Bürokratie beseitigt werden, die von Ebert und Genossen im Amte belassen wurde. Solange dieser Unterdrückungsapparat intakt bleibt – nur zeitweilig gebeugt vom Sturm der Revolution – besteht die Gefahr, dass er sich neu erhebt und aufs Neue die Macht ergreift, sobald der Druck des Proletariats nachlässt.

Auch politisch ist das Programm des revolutionären Sozialismus von dem der radikalen Demokratie verschieden. Letztere findet seine höchste Äußerung in einem konstituierenden Reichstag, der die Verfassung beraten soll, und darin bürgerliche Leute, Sozialpatrioten und die schöne lange Reden halten werden. Aber solche vom allgemeinen Wahlrecht gewählten Körperschaften sind in revolutionären Zeitläufen gar nicht demokratisch. Denn in solchen Zeiten lernen die Massen fortwährend um, steigen sie zu immer besserer Einsicht empor, während ihre Vertreter nur die Ansichten der Massen am Wahltag wiedergeben. Die Massen werden daher ihrem Reichstag voraussein, und ihre Vertreter werden nur ihre früheren Stufen der Entwicklung vertreten, daher mit ihnen verglichen reaktionär sein. Diesem Übelstand wäre nur durch das Institut des Widerrufs abzuhelpfen, wobei jedes Mitglied zu jeder Zeit von den Wählern zurückberufen und von einem andern ersetzt werden könnte. Oder man müsste jedes Mal nach kurzer, z.B. zweimonatlicher Sitzungsdauer den Reichstag wieder neu wählen lassen.

Offener Brief

an Seine Exzellenz, den kaiserlichen Staatssekretär ohne Portefeuille, Herrn Philipp Scheidemann, das Oberhaupt der ehemaligen deutschen sozialdemokratischen Partei ohne Prinzipien!

Die „Prawda“ veröffentlicht heute folgenden Aufsatz von Radek:

Moskau, den 21. Oktober 1918.

Herr Minister! Vier Jahre lang haben Sie ununterbrochen den deutschen Arbeitern versichert, dass Sie, wiewohl die Kriegskredite von Ihnen bewilligt worden und die deutsche Regierung durch Ihre Agitation und die Macht Ihrer Organisation unterstützt wird, keine Verantwortung für die Gewaltakte des deutschen Imperialismus trügen, dass Sie sogar gegen diese ankämpften, indem Sie nicht diese Gewaltregierung, sondern das Land unterstützten, dem im Falle einer Niederlage eine unerhörte Gefahr drohte.

Jetzt können Sie keine Verantwortung für die Verteidigung Deutschlands, auch keine Verantwortung für die Gewaltakte an anderen Völkern übernehmen, denn Sie sind in die Regierung als Minister ohne Portefeuille eingetreten, d. h. als Minister, der nicht die Verantwortung für eine bestimmte Tätigkeit, sondern im Gegenteil für die ganze Politik der Regierung trägt.

Nun will ich eine Reihe von Handlungen nennen, deren Verantwortung auch auf Sie fällt. Ich werde selbstverständlich nicht von der inneren Politik der deutschen Regierung sprechen, will nicht erwähnen, dass unter Ihrer Regierungsteilnahme Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und zehntausende von deutschen Arbeitern noch in den Gefängnissen sitzen, denn ihre Tätigkeit eines Gefängniswärters für Liebknecht und die Luxemburg ist eine rein innere Angelegenheit Deutschlands, in die wir uns nach allen heiligen Gesetzen der Bourgeois-Diplomatie, deren Respektierung Ihre Regierung von uns fordert, nicht einmengen können.

Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur darauf hinlenken, was mich als politischen Kommunisten, als Bürger der sozialistischen russischen Republik und Sie als Minister mit Verantwortlichkeit auch für die äußere Politik berührt, Sie umso mehr berührt, als Ihr Genosse und Freund Eduard David jetzt Gehilfe des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen ist.

Sie und Ihre Regierung haben öffentlich erklärt, dass Sie jede Politik von sich weisen, dass Sie belehrt seien durch die bitteren Erfahrungen des vier Jahre dauernden Krieges, der die Vergewaltiger von heute – morgen zu Objekten der Gewalt macht, dass Sie die Beziehungen der Nationen auf Gerechtigkeit gründen wollen.

Sie wissen, dass wir Kommunisten uns sehr skeptisch zu Ihrem Plane verhalten, Gerechtigkeit in den gegenseitigen Beziehungen der Staaten walten zu lassen. Diese Staaten oder ein Teil derselben befindet sich in den Händen der kapitalistischen Klasse, deren Losung Ungerechtigkeit und Gewinn ist. Sie sind aber anderer Meinung und Sie haben jetzt die Möglichkeit zu beweisen, dass wir Kommunisten Unrecht, und Sie, die Sie zu einem Völkerbund unter Leitung des Kapitals anstreben, Recht haben.

Ich will Ihnen hier den ersten Modus für den Nachweis Ihres Rechts nennen: Deutschland hat nach der Zertrümmerung des kapitalistischen großgrundbesitzerischen Russlands – Polen, Litauen, Kurland, Estland, Livland, die Ukraine und Finnland eingenommen. Welche Verhältnisse der deutsche Imperialismus dort geschaffen hat, wissen Sie besser als wir. In Finnland und in der Ukraine haben die deutschen Truppen die Arbeiterklasse vernichtend geschlagen. Ich könnte Ihnen Photographien langer Straßen von Galgen zur Verfügung stellen, an denen nicht nur ukrainische Arbeiter und Bauern, sondern auch deutsche und österreichische Kriegsgefangene, die den revolutionären Arbeitern zur Hilfe gekommen waren, aufgehängt wurden. Es ist Ihnen, Herr Minister, vorzüglich bekannt, wieviel Tausend finnländischer Arbeiter von den Weißgardisten Finnlands unter Schutz der deutschen Bajonette niedergeschossen worden sind. ... Sollte Ihnen dieses nicht bekannt bin, so können Sie als Mitglied der deutschen Sozialdemokratie, die stets für die Statistik so viel übrig hatte, die der Regierung, der Sie als Mitglied angehören, die Liste der Erschossenen einfordern. Sie können auch leicht erfahren, wie diese Dinge in Litauen und Lettland liegen. Es genügte nur, dass Sie von den deutschen Behörden die Liste der Polen, Letten und Litauer einfordern, die in den Gefängnissen Deutschlands oder der okkupierten Gebiete schmachten. Sie werden demnach wohl schwerlich behaupten können, dass der Völkerbund darin besteht, dass man die Angehörigen aller Völker in den Gefängnissen Deutschlands hält und in allen okkupierten Gebieten sich deutsche Truppen befinden.

Wir Kommunisten stehen nicht auf dem Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dieses Prinzip der Nichteinmischung ist ein Prinzip des legitimistischen Europas nach dem Wiener Kongress, wir internationale Kommunisten aber waren stets für eine überaus energische Einmischung in die Angelegenheiten der ganzen Welt – im Namen der Befreiung.

Wir, die wir der Arbeiterklasse Deutschlands für den Fall, dass sie die Selbstbestimmerin ihrer Geschicke sein sollte, ein Bündnis zum Kampfe mit dem Weltimperialismus vorgeschlagen haben, wir lehnen nicht die Hilfe der in Polen, Lettland, in der Ukraine und Finnland befindlichen deutschen Soldaten ab im Kampfe gegen die Bourgeoisie dieser Länder, in denen die Arbeiterklasse bedrückt wird. Sie werden aber wohl schwerlich behaupten, dass die demokratische deutsche Regierung zehntausende deutscher Soldaten unter Befehl der Generäle Hofmann, Brinkmann, Kreß, Grenord und Goltz in den von Russland losgerissenen Gebieten hält, damit sie dort den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Großgrundbesitzer führen und den Arbeitern, Tagelöhnern und besitzlosen Bauern dazu verhelfen, das Land, die Fabriken, die Bergwerke und Banken in Besitz zu nehmen und in den Sozialismus einzubürgern. Dieses zu behaupten, dürfte Ihnen etwas schwerfallen, denn Sie

sind soeben in die deutsche Regierung zusammen mit national-liberalen Industriellen, mit freisinnigen Bankiers getreten, die Ihnen bei Eintritt in die Regierung wohl kaum die Schlüssel von ihren Safes übergeben haben. Ihre Soldaten befinden sich also in den von Russland losgerissenen Gebieten zu anderen Zwecken. Die deutsche Presse bekennt ganz freimütig diese Zwecke. Sie sagt: Der polnische Regentenrat, der vom deutschen Imperialismus zur Organisation von Lakaien aus der polnischen Weißblut--Aristokratie geschaffen worden ist, ersucht Sie, die deutschen Truppen hier zu belassen, weil er einen Aufstand der Arbeiter und Bauern befürchtet. Das Organ der Okkupationsbehörden in Kurland sagt offen, dass die deutschen Truppen in Kurland bleiben, bis die baltischen Barone sich Machtmittel geschaffen haben, um die lettischen Arbeiter und Tagelöhner fest im Zaume zu halten. In der Ukraine fördert Ihr Gesandter und Stabschef die Schaffung einer Südarkmee aus ehemaligen Offizieren und Söhnen der wohlhabenden Bauern, die die anwachsende revolutionäre Bewegung zügeln soll. Es ist selbstverständlich, dass Ihre heutigen Freunde, die deutschen Kapitalisten und womöglich sogar Ihre heutigen Feinde, die englischen, französischen und amerikanischen Kapitalisten, es als ein Gebot höherer Gerechtigkeit ansehen werden, dass die deutschen Kapitalisten deutsche Arbeiter und Bauern, den Kapitalisten Polens, Litauens, der Ukraine, Lettlands und Finnlands zu Hilfe schicken zur Unterdrückung der Arbeiter und armen Bauern, denn die Kapitalisten waren stets der Meinung, dass die Gerechtigkeit in der Beschützung des Geraubten und nicht in den Ansprüchen der Volksmassen, sich von den Plünderereien zu befreien, bestehe. Es dürfte Euch aber schwerlich gelingen, sogar von Euren Anhängern, diesen Standpunkt zu verteidigen und ihnen zu beweisen, dass die deutschen Soldaten die Arbeiterbewegung im Namen der Gerechtigkeit niederzwingen mussten. Keinesfalls werden Euch Eure Soldaten glauben, denn wir erhalten täglich Beweise dafür, dass ihre Ansicht darüber, was gerecht ist und woran ein Völkerbund bestehen soll, sich in grundlegender Weise von der Ansicht der Kapitalisten unterscheidet.

Ich weise Sie darauf hin, dass die Weiterbelassung der deutschen Soldaten in den okkupierten Gebieten ein schreiender Widerspruch gegen all' Ihre Humanitätserklärungen ist: - ich tue es, nicht um die Rolle eines Mentors Ihnen gegenüber zu spielen (eine solche Rolle würde mir auch für jene Zeit hoffnungslos erscheinen, wo Sie noch nicht kaiserlicher Minister waren, sondern im Parlament zur höchsten Entrüstung Ihrer jetzigen Ministerkollegen die Hohenzollern brandmarkten) nein - sondern, weil hier die Interessen der deutschen und russischen Arbeiter berührt sind, die mir gleich teuer sind.

Sie wollen den Frieden erreichen, indem Sie den Arbeitern Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas versichern, dass das Deutschland der gepanzerten Faust gebrochen sei. Sie hoffen, dass, wenn Wilson und seine Berater in weiterem ihre Heere gegen Deutschland führen werden, um es gänzlich zu vernichten, die Volksmassen der Ententestaaten sich dagegen auflehnen und die Stimme des Protestes erheben werden, indem sie sagen: „das ist nicht mehr ein Krieg gegen das imperialistische Deutschland, das ist ein Krieg gegen die deutschen Volksmassen!“ Doch - aus den Gefängnissen Finnlands, der Ukraine, Polens und Lettlands tönen über die ganze Welt die Schreie: „Es ist nicht wahr, das Deutschland der Gewalt ist noch nicht gebrochen, es hält uns in den Gefängnissen fest und unsere Brüder unter dem Drucke der Bajonette der Okkupationstruppen!“ Wenn Sie darin einwilligen, dass die Okkupationstruppen, in den vom deutschen Imperialismus okkupierten Gebieten verbleiben, so helfen Sie den französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten, den Krieg unter der Losung einer Vernichtung der deutschen Gewaltherrschaft fortzusetzen; wenn die Rockefeller und Morgan auch froh sind, wenn die deutschen Truppen die Arbeiterrevolution bedrängen, so hören sie doch nicht auf, gegen die Arbeit Eurer Schergen zu zernern.

Willigen Sie in diese Arbeit ein, so helfen Sie nicht nur diesen Krieg verlängern, in dem das Blut der deutschen Arbeiterklasse in Strömen fließt, sondern Sie drängen gleichzeitig

Deutschland in einen Krieg an neuen Fronten. Unter dem Schutze Eurer Bajonette hat sich im Süden Russlands, in der Ukraine, eine Bande russischer gegenrevolutionärer Kapitalisten versammelt, die der russischen Arbeiterklasse die Fabriken der Gutsbesitzer, die dem russischen Bauer das Land der Generäle wieder abnehmen wollen, die sich wieder das Recht aneignen wollen, den russischen Soldaten ins Gefecht zu schlagen und ihn in den Tod im Kampf für die Interessen des Kapitals zu jagen.

Diese Brüderschar zettelt im Territorium der Ukraine Verschwörungen gegen das Sowjet-Russland an, sie hilft dem General Krasnow am Don eine Armee gegen das Sowjet-Russland der Arbeiter und Bauern zu schaffen, sie wirbt Truppen an für die Armee Dennigins, der sich im Kubangebiet unter den Augen der deutschen Behörden befindet, welche jeden Arbeiter verhaften, der an die Durchführung des Erfurter Programms denkt

Herr Minister ohne Portefeuille! Unter den Augen der deutschen Generäle und Gesandten wetzt die russische Gegenrevolution ihre Waffen, sie wetzt aber nicht nur ihre eigenen Waffen, sondern auch Ihre, die ihnen von den deutschen Behörden überlassenen Waffen. Wir haben in Unterredungen mit den deutschen Behörden tausendmal behauptet, dass Krasnow allwöchentlich viele Waggons mit Waffen von den deutschen Generälen erhält.

Dass es sich so in Wirklichkeit verhält, ist leicht zu beweisen. Im Dongebiet waren die Waffen nicht, von der Entente kann Krasnow sie aus geographischen Rücksichten nicht erhalten haben, es bleiben also nur Ihre Generäle! Ich meine, Herr Minister: wenn Sie auch aus Misstrauen zu den Mitteilungen der sozialistischen Regierung nicht geneigt wären, uns Glauben zu schenken, so muss sie die Logik der angeführten Begründung überzeugen. Sie müssen zugeben, Herr Minister, dass das Sowjet-Russland die Zeit nicht tatenlos abwarten darf, bis es dem General Krasnow einfallen wird, diesem an der Spitze seiner Kosakenregimenter einen Besuch abzustatten um, wie er es schon im Dongebiet getan hat, die Arbeiter massenweise niederzuschießen. Wir wollen dem General Krasnow mit unserer Visite zuvorkommen und unsere Siege über die Tschecho-Slowaken haben Ihnen bewiesen, dass dies keine leere Drohung sein kann. Die Bauern- und Arbeiter-Regierung versteht für ihre Freiheit zu kämpfen. Die Regierung des General Skoropadski arbeitet mit Krasnow unter einer Decke; obwohl der Brester Vertrag das Territorium, auf dem General Krasnow sein Unwesen treibt, dem Sowjet-Russland zugesprochen hat. Aber jedenfalls fühlt sich Herr Skoropadski durch diesen Vertrag nicht gebunden. Wenn nun die Regierung, zu der Sie gehören und deren Schützling Skoropadski ist, behauptet, sie könne diesem nicht verbieten, Krasnow zu helfen, so ist das eine Verstellung. Wenn wir aber den Kampf mit dem General Krasnow aufnehmen und sein und Ihr Freund Skropadski Verstärkungen aus der Ukraine senden wird, so werden und müssen Sie, Herr Minister, als Staatsmann zugeben, dass wir dann nicht imstande sein werden, unter dem Mikroskop zu untersuchen, wo die „Schwarzhundertrasse“ der Krasnower endigt und die des Skoropadski anfängt.

Sie, Herr Minister, haben stets betont: Im Kriege entscheiden alles Kriegsgesetze, die eine rücksichtslose Verfolgung des Feindes fordern, bis er vollständig geschlagen ist. Sie verstehen, Herr Minister, wenn auch ohne Portefeuille, was dieser Ausspruch für Folgen nach sich ziehen kann! Sie verstehen, dass die Sowjet-Truppen bei der Verfolgung des Krasnow in die Zwangslage geraten können, die Brücke, die für diese von Herrn Skoropadski an der ukrainischen Grenze geschlagen ist, zu überschreiten. Wenn Sie und Ihre Regierung tatsächlich zu schwach sind dem Spiele des Skoropadski ein Ende zu bereiten, so ziehen Sie doch die deutschen Truppen so rasch als möglich aus der Ukraine zurück, damit Ihre Generäle Sie nicht in einen Krieg mit der Roten Armee der russischen Arbeiter und Bauern verwickeln. Sie verstehen, Herr Minister, wenn Sie auch das böse Beispiel der russischen Revolution für die Arbeiter aller Länder fürchten und dieser daher nicht hold sind, dass es Ihnen äußerst schwer fallen würde, die Arbeiter Deutschlands von der Gerechtigkeit eines Krieges gegen das

Arbeiter-Russland zu überzeugen. Dieses konnte wohl im März gelingen, als der deutsche Imperialismus durch seine großen Erfolge die Gewissensbisse des deutschen Proletariats unterdrückte. Jetzt wäre es aber ein Wahnsinn, die Arbeiterschaft Deutschlands zu einem Kriege gegen Russland zu zwingen. Dieses Abenteuer würde weder die Lage der deutschen Regierung noch Ihre, Herr Minister, als Mitglied derselben und als Führer einer Partei bessern, der zum Unglück noch ein Teil der deutschen Arbeiterklasse folgt. Wir warnen Sie öffentlich, Herr Scheidemann, nicht aus Freundschaft zu Ihnen, sondern aus Liebe zu den deutschen Arbeitern, gegen die wir nicht kämpfen, sondern Hand in Hand gegen das Weltkapital ankämpfen wollen.

Gestatten Sie mir, Herr Minister, Ihre Aufmerksamkeit noch auf ein himmelschreiendes Unrecht zu lenken. Meine Tätigkeit als 15-jähriger Mitarbeiter an der polnischen Arbeiterbewegung gibt mir ein Recht dazu! Der deutsche Imperialismus hat mehr denn eine halbe Million polnischer Arbeiter und Bauern ihrer Heimat entführt, obwohl diese friedliche Einwohner waren. Er zwang sie zur Arbeit auf den Gütern der preußischen Junker, in den Gruben der deutschen Kohlenkönige, in den Fabriken der Stahlkönige! Er verbot ihnen, den deutschen Gewerkschaften beizutreten, die von Ihrem Parteikollegen Legien und von Ihrem Ministerkollegen Bauer geleitet werden! Der deutsche Imperialismus wollte sie zu Sklaven des deutschen Kapitals machen.

Ihre Regierung hat der ganzen Welt erklärt, sie wolle ein freies Polen herstellen. Das ist von Ihrer Regierung sehr liebenswürdig. Ist aber ein Aufbau Polens ohne Polen möglich? Wie sollen, Herr Minister, der Sie sich die Kehle wund geschrien haben beim Proteste gegen den preußischen Landtag, diesen Vertreter des Volkes ohne Volk, wie, frage ich nochmals, sollen die Wahlen für den polnischen Landtag ohne die polnische Arbeiterschaft stattfinden.

Ich bin überzeugt, dass die deutschen Arbeiter die Gerechtigkeit meiner Behauptung anerkennen, dass das Festhalten der polnischen Arbeiter in Deutschland ein Akt grober Vergewaltigung ist, der allen Losungen, in deren Namen Sie jetzt als Mitglied der Regierung auftreten und in deren Namen Sie den Frieden zwischen den Völkern verkünden, widerspricht. Man kann den französischen, englischen und amerikanischen Arbeitern nicht den Frieden anbieten und gleichzeitig in Bezug zu den polnischen Arbeitern den Sklavenhalter spielen und diesen krassen Widerspruch nicht beseitigen. Sie selbst, Herr Minister, helfen denjenigen, die sagen, die ganze Wiedergeburt im demokratischen Sinne sei ein lächerlicher Betrug des deutschen Volkes und der anderen Völker.

Ich könnte Sie noch auf eine ganze Reihe derartiger Tatsachen aufmerksam machen, Herr Minister, glaube aber, dass es vorläufig besser ist, wenn Sie Ihre Aufmerksamkeit auf diese beiden Tatsachen konzentrieren, darauf, dass Sie, nachdem Sie den Frieden der Völker verkündet haben, in den okkupierten Gebieten zur Unterdrückung der Volksmassen lassen, und darauf, dass Sie, nachdem Sie den Frieden der Völker verkündet haben, die polnischen Arbeiter gewaltsam von ihrem Vaterland fernhalten, trotzdem Sie wahrscheinlich annehmen, dass der polnische Arbeiter das Recht hat, sich in seiner Heimat aufzuhalten, die er nicht weniger liebt als Sie Ihr Deutschland. Von den anderen Tatsachen werde ich wohl noch oft mit Ihnen sprechen müssen. Als Kommunist glaube ich nicht, dass Sie fähig sind, mit einem Schlag die ganze Gewaltpolitik Deutschlands zu vernichten. Dazu müsste man mit dem Hammer der Revolution die Zentren der deutschen kapitalistischen Politik zerschmettern. Ihnen kann ich das aber nicht vorschlagen, denn Sie sind ja ein bewusster Gegenrevolutionär, ein Feind der Revolution. Ich wollte Sie aber als Anhänger von Reformen, als Anhänger einer langsamen Beseitigung der kapitalistischen Vergewaltigung beim Wort nehmen und Ihnen zeigen, womit Sie mit großem Nutzen für das deutsche Volk, mit großem Nutzen für das russische und polnische Volk Ihre Arbeit beginnen können. Ich bin überzeugt, Herr Minister, dass Sie als Gegner der Vergewaltigung der Pressefreiheit, der immer sehr empört war, dass wir die

gegenrevolutionäre Presse zerstörten, die die Arbeiter im Interesse des Kapitals zu verwirren trachtete, anordnen werden, dass die deutsche Zensur die Veröffentlichung dieses meines offenen Briefes an Sie nicht verbieten wird. Ich bin überzeugt, dass Sie noch aus einem anderen Grunde dafür Sorge tragen werden. Das, was ich schreibe, ist meine persönliche Ansicht, ich schreibe nicht in Rahmen der russischen Sowjet-Regierung, die mich nicht bevollmächtigt hat, mich an Sie zu beenden. Sie wissen aber, Herr Minister, dass viele Millionen Menschen in Russland und Polen, viele tausend Genossen, die gleich mir ihre Pflicht im ersten Arbeiterstaate der Welt, Sowjet-Russland, erfüllen, so denken wie ich. Trotz des persönlichen Charakters meines Briefes wird er doch den deutschen Arbeitern zeigen, was Sowjet-Russland denkt, dessen Meinung für sie wahrscheinlich nicht uninteressant ist, denn es ist jetzt schon eine organisierte Kraft, die ihrerseits das Schicksal der Völker beeinflusst. Sie sind ein Gegner der Geheimdiplomatie, Herr Minister, Sie haben sich die 25 Punkte Wilsons zu eigen gemacht, laut denen der offene Meinungs-austausch der Völker der Eckstein des Völkerbundes ist. Das muss Ihnen den Versuch, einen Völkerbund ohne Wissen der Völker, die nicht wissen, was ein Volk vom anderen denkt, einzurichten, unmöglich machen. Ich hoffe daher fest, dass Sie, Herr Scheidemann, auch diesen Brief, in dem ich mich an Sie wende, wenn auch nicht in der offiziellen deutschen Regierungszeitung „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, so doch jedenfalls in der offiziösen Zeitung „Vorwärts“ veröffentlichen werden.

Empfangen Sie, Herr Philipp Scheidemann, Kaiserlicher Minister ohne Portefeuille und Haupt einer Partei, die einmal republikanisch und auch sozialistisch war, meinen republikanischen und kommunistischer Gruß.

Karl Radek, Mitglied des Zentralexekutivkomitees

Der Demokrat Wilson und sein Prophet Karl Kautsky.

(Schluss.)

Chermont-Tonnerre wurde mit erhobener Axt bedroht, bis er die Königliche Verordnung widerrief. Das Volk war es - hauptsächlich die Frauen - das handelte. *Was die Parlamentsmitglieder angeht, so konnte sie das Volk kaum finden. Sie halten sich versteckt, und sie schrieben nach Paris, der Aufstand sei gegen ihren Willen ausgebrochen.* Die Bürgerschaft von Grenoble hatte offenbar Angst vor dieser Volkserhebung und organisierte während der Nacht ihre Bürgerwehr, die sich der Stadttore und ebenso den militärischen Posten bemächtigte, die sie dann bald den Truppen übergab. Kanonen wurden gegen die Aufständischen gerichtet, und das Parlament benutzte die Dunkelheit zur Flucht. Vom 9. bis 14. triumphtierte die Reaktion, aber am 14. erfuhr man von einem Aufstand in Besançon, bei dem die Schweizer Söldnertruppen sich geweigert hätten, auf das Volk zu schießen. Dadurch wurde der Geist neubelebt. Aber da neue Truppensendungen von Paris kamen, ging der Aufstand allmählich zurück. Indessen dauerte die Gärung, die hauptsächlich von den Frauen unterstützt wurde, noch eine Weile an.

Außer diesen beiden Erhebungen gab es in dieser Zeit viele andere in den verschiedensten Landesteilen Frankreichs. Und wo es keine eigentlichen Aufrührerbewegungen gab, benutzte man die erhitzte Stimmung, um die Gärung zu unterhalten und Demonstrationen zu veranstalten.

In Paris gab es bei der Entlassung des Erzbischofs von Lens zahlreiche Demonstrationen. Der Pont-Reuf war militärisch bewacht und es kam zu mehreren Zusammenstößen zwischen den Soldaten und dem Volk.

Drei Wochen später, als man den Rücktritt Samorjnons erfuhr, gab es neue Zusammenrottungen. Die Menge tat sich zusammen, um die Häuser der beiden Minister Samorjnons und Brienne zu verbrennen. Man rief das Militär herbei und richtete eine schreckliche Metzelei unter den Unglücklichen an, die sich einmal verteidigten.

Erst später, als im Oktober 1788 das Parlament aus seiner Verbannung in Troyes zurückberufen wurde, illuminierten „die Schreiber und das niedere Volk“ an mehreren Abenden hintereinander auf dem Place Dauphine. Sie verlangten von den Vorübergehenden Geld, um Feuerwerke abzubrennen. Allmählich dehnten sich diese Zusammenrottungen auf andere Stadtteile aus und man schickte Militär, um sie auseinander zu treiben. Auf dem Place de la Greve wurde Blut vergossen, und es gab viele Tote und Verwundete. So wurde der revolutionäre Geist beim Herannahen der großen Revolution erweckt und verbreitet.

Der Anfang.

Von Anton Pannekoek.

Österreich-Ungarn ist zusammengebrochen, nach dem Zarismus das zweite große Opfer unter den großen Schuldigen an dem Weltkrieg. Wenn aber jetzt die Völker Österreichs und ganz Europas sich freuen wollen über solch ein Weltgericht, so rufen wir: Freut euch nicht zu schnell. Diese Schuldigen waren nur Werkzeuge, der große Schuldige, der Kapitalismus lebt noch, und sucht sich auf den Beinen zu halten dadurch, dass er die Werkzeuge fallen lässt. Die Bourgeoisie sucht die Aufmerksamkeit von sich und dem Kapital abzulenken, indem sie ruft: Seht, die Schuldigen, die Anstifter, die Träger des Imperialismus sind gefallen, und an ihrer Stelle ist eine „Volksregierung“ getreten. Und die Sozialpatrioten, Victor Adler, Renner, die früheren Führer der ehemaligen Sozialdemokratie, unterstützen diesen Versuch, indem sie an den Regierungen teilnehmen und auch den Mund vollnehmen von allerlei Reden über Freiheit und Volksregierung.

Ist es denn nicht ein Fortschritt, was in politischer Hinsicht erreicht worden ist? Gewiss, aber nur als Anfang, als erster Schritt. Würden die Massen sich mit diesem Fortschritt zufriedengeben, so wäre er schlimmer als die schlimmste Niederlag. Denn er steht nicht auf größerer Höhe wie der 18. März 1848, als auch der Absolutismus unter dem Aufstande des „Volkes“ zusammenbrach um nachher, emporgehoben durch die Bourgeoisie, wieder siegreich zu herrschen.

Was in Wien in radikaler, in Berlin in gemäßiger Weise stattfand, ist eine bürgerliche Revolution. Eine bürgerliche Revolution bedeutet, dass die Bourgeoisie das bisher gepflegte militaristisch absolutistische Instrument, da es sich zum Sieg über den Gegner als untauglich erwies – wegwirft und selbst die Geschäfte in die Hand nimmt. Aber das ist nicht möglich, ohne dass – durch die Revolution selbst, den Angriff oder durch das, was sie bewirkte, die Kriegsnotlage – die Massen in starke Bewegung gerieten. In früheren bürgerlichen Revolutionen (z.B. 1848 in Westeuropa, 1917 in Russland) standen sich nach dem Sturze des alten Regiments auf einmal alle teilnehmenden Gesellschaftsklassen einander gegenüber. Die alte Autorität, die mächtige Staatsgewalt ist augenblicklich entwurzelt, eine neue ist noch nicht gefestigt, die die Massen niederhalten könnte. Die Arbeitermassen sind meist bewaffnet. Und nun bricht der Klassenkampf los. Eine Zeitlang gelingt es, ihn aufzuschieben, aber schließlich ist er unabwendbar. Und die Einigkeit des „befreiten Volkes“ verwandelt sich in einen Bürgerkrieg. Die Februarrevolution von 1848, schrieb Marx damals, war die „schöne“ Revolution, bei der alles in Freiheitsbegeisterung und Brüderlichkeit und schönen Phrasen schwelgte, aber dann kam der Juniaufstand, der furchtbare Klassenkampf, der die anscheinende Einheit zerriss und die Wirklichkeit der Gesellschaft enthüllte.

Weshalb musste ein solcher Kampf kommen? Weil die kapitalistische Gesellschaft aus zwei Klassen besteht, deren Interessen völlig feindlich entgegengesetzt sind. Das Proletariat muss sich gegen die Ausbeutung auflehnen, das Joch des Kapitalismus von sich werfen, die Bourgeoisie muss die Herrschaft des Kapitals fest gründen und erneuern, um neuen Mehrwert, neues Kapital, neue Macht zu gewinnen. Das Proletariat muss eine freie Gemeinschaft ohne Lohnsklaverei erstreben, die Bourgeoisie muss die alte Staatsmacht zur Niederhaltung der Massen wieder errichten Das gilt jetzt auch.

Das Kapital ist in Zentraleuropa furchtbar von dem Gegner geschlagen, die schwersten Bedingungen werden ihm auferlegt werden, seine Macht wird so beschnitten werden, dass es auf Jahrzehnte nicht mehr an Weltherrschaft denken kann. Aber es wird doch aufs Neue seine Entwicklung anfangen müssen. Es wird die alte Produktion wieder in Stand setzen, neue Fabriken gründen, die Verheerungen ausbessern, neue Massen heranzüchten, aufs Neue Mehrwert aus diesen Massen produzieren, um sich zu entwickeln, neues Kapital zu bilden und zu sammeln. (Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 48/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 30. November 1918.

Nr. 48

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Entente und die deutsche Arbeiterklasse.

Von Joh. Knief.

Unter den Schlägen der Ententeheere ist der deutsche Imperialismus zusammengebrochen. Die stolzen Hoffnungen von einem größeren Deutschland, dessen Flagge von Helgoland bis Bagdad wehen sollte, sind für immer begraben. Der deutsche Imperialismus ist auf den engsten nationalen Raum zurückgeschleudert worden. Die Expansionskraft des deutschen Finanzkapitals ist für immer gebrochen. Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bedeutet aber nichts anderes als seine Auslieferung an die Entente. Er, der sich gegen eine Welt von Feinden glaubte behaupten zu können, zappelt in den Krallen der amerikanischen Finanztiger. Nur mit Hülfe der amerikanischen Großfinanz kann er sein Leben fristen. Gefällt es den Milliardären der Union, so ist ihm morgen das Lebenslicht vollends ausgelöscht.

In dieser totalen Abhängigkeit des deutschen Imperialismus von der Entente steht vor der deutschen Arbeiterklasse die Aufgabe, sich in ihrer eigenen, proletarischen Politik zu orientieren.

Der deutsche Imperialismus ist niedergebrochen; aber aus dem Zusammenbruch beginnt sich in immer klareren Formen der Klassenkampf des Proletariats zu entwickeln. Und mit dem sicheren Instinkt der auf Leben und Tod Bedrohten, stellt die Entente schon jetzt ihre Politik auf die Niederwerfung der selbständigen Klassenbewegung des deutschen Proletariats ein. Nachdem die deutsche Militärmacht zusammengebrochen war, gab die Entente ihre Waffenstillstandsbedingungen bekannt. Wilson, der im Rahmen der Menschlichkeit den deutschen U-Bootkrieg mit dem aktiven Eingreifen Amerikas auf dem europäischen Kriegsschauplatz glaubte beantworten zu müssen, gab seine Einwilligung zu Waffenstillstandsbedingungen, deren Verwirklichung die Aushungerung und Zermalmung eines ganzen Volkes gewesen wäre. Der Sinn dieser Bedingungen war, der deutschen Arbeiterklasse zu zeigen, dass nur die Organe der alten Machthaber in der Lage seien, Milderungen der Bedingungen zu erwirken. Sie stellten außerdem das alte Auswärtige Amt auf die Probe zu beweisen, ob es noch Einfluss in Deutschland besaß oder nicht. Da es nicht von der allgemeinen Volksregierung hinweggefegt worden war, antwortete es innerhalb weniger Stunden auf die Bedingungen der Entente, und in ebenso kurzer Zeit kam die Antwort zurück, dass mildere Bedingungen gewährt worden seien. Das Spiel war durchsichtig.

Man wollte die deutsche Arbeiterklasse schrecken und womöglich vom Fortschreiten auf dem Wege der Revolution abhalten, und man wollte zugleich einen Gradmesser für den Stand der Bewegung in Deutschland haben, an dem sich ablesen ließ, wie weit der Einfluss der alten Regierungsorgane noch reichte. Zugleich aber ließen die Bedingungen auch in ihrer gemilderten Fassung erkennen, um welchen Preis der deutsche Imperialismus allein den Frieden mit der Entente haben kann – es ist der Preis absoluter Abhängigkeit.

Im Zusammenhang damit erklärt sich auch das Hinausschleppen des Termins der Friedensverhandlungen, erklären sich die fortgesetzt wiederkehrenden Einwände der Entente, mit der jetzigen Regierung nicht verhandeln zu können, solange ihr Bestand durch die Schaffung von Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands nicht gewährleistet sei. So erklären sich auch die Drohnoten Wilsons gegen die deutsche Regierung, dass ein bolschewistisches Deutschland den Einmarsch der Ententenheere erleben werde. Nur wenn in Deutschland geordnete Verhältnisse zurückgekehrt sind, kann es den Frieden der Entente haben. Kehren diese Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht zurück, so wird die Entente für die Herstellung geordneter Verhältnisse sorgen. Das ist der Sinn der Wilsonschen Äußerungen über ein bolschewistisches Deutschland. Geordnete Verhältnisse? Was versteht Wilson darunter? Er kann darunter nichts anderes verstehen als die Herstellung der Ausbeutungsmaschinerie, die in ihren gigantischsten Formen und verheerendsten Wirkungen in der Union verwirklicht ist, an deren Spitze der Humanist Wilson steht. Soll diese Maschinerie wieder in Gang kommen, so kann es nur mit Hülfe der Unterstützung durch die Entente geschehen. Unterstützung aber bedeutet aus der Sprache humanitärer Heuchler in die Räubersprache der imperialistischen Wirklichkeit übersetzt, Unterjochung. Jeder Friede der imperialistischen Regierungen untereinander ist ein Pakt zur Besiegelung der Unterdrückung des Proletariats.

Der Weltkrieg hat die Konflikte nicht gelöst, die im Imperialismus schlummern. Er hat den englisch-deutschen Gegensatz, an dem er entbrannt ist, durch die Zerschmetterung des deutschen Imperialismus beseitigt. Aber durch die Niederwerfung des deutschen Imperialismus ist erst die Bahn frei geworden, auf der sich der neue weltpolitische Gegensatz entwickeln kann, der sich zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auftut. Im Zeichen dieses Gegensatzes steht die neue Epoche des Imperialismus. Japans Zurückhaltung auf den europäischen Kriegsschauplätzen, sein lebhaftes Eingreifen in die sibirischen und chinesischen Verhältnisse beweisen, dass die japanischen Imperialisten wissen, wo ihr Betätigungsfeld liegt. Andererseits beeilt sich Amerika, in Europa, namentlich in Russland, Ordnung zu schaffen. Das Ziel der Union ist darauf gerichtet, das alte Europa in Interessensphären für das Finanzkapital ihrer Milliardäre einzuteilen. England, Frankreich, Italien, die Verbündeten, sind durch ihre Verschuldung längst unter die Botmäßigkeit der Union geraten. Deutschland, Österreich, der Balkan, die Türkei sind zertrümmert und können als imperialistische Staaten keinen Widerstand mehr leisten. Nur das revolutionäre Russland ist noch ungebrochen. Es ist der Todfeind der Entente. Bleibt es bestehen, so ist die Verbindung zwischen Westeuropa und dem fernen Osten durch einen breiten, fast kontinentalen Gürtel, der überdies noch der Herd der proletarischen Revolution ist, unterbrochen. Jedes aktive Eingreifen des Ententekapitals in die ostasiatischen Verhältnisse ist damit mindestens äußerst erschwert. Es ist daher das dringendste Bedürfnis der Union, das bolschewistische Russland niederzuringen, um in dem ganzen europäischen Kontinent einen einzigen Wall aufzurichten zu können, von dem aus in jedem Augenblick der Einfall in das asiatische Gebiet unternommen werden kann.

Japan dringt vom Osten her nach Osten vor. Die Union kommt vom Westen her. Das Objekt der gegenseitigen Rivalität ist das an Menschenmaterial und Bodenschätzen unermesslich reiche Land der Chinesen. In China werden die Interessengegensätze zwischen den

Vereinigten Staaten und Japan aktiv aufeinanderstoßen. Auf den unendlichen Fluren des Reiches der Sonne wird der neue Weltkrieg entbrennen. Und wie der eben beendete unter dem Schlachtruf: Gegen den deutschen Militarismus! Und: Gegen den Zarismus! entbrannte, so wird der Schlachtruf des neuen Weltkrieges lauten: Gegen die gelbe Gefahr! Und wiederum werden sich hinter diesen ideologischen Parolen die nackten Profitinteressen des Kapitals verbergen. Die Sammlung aller germanischen, rumänischen, slawischen, aller exotischen Elemente gegen die mongolische Rasse – unter diesem Zeichen bereitet sich schon jetzt die Mobilisierung für den neuen Weltkrieg vor. Die Vorherrschaft in Europa ist längst den Vereinigten Staaten zugefallen. Was die deutsche Bourgeoisie im Bunde mit den Sozialpatrioten durch den Krieg glaubt, verhindern zu können: die Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse an die Entente – das ist jetzt Wirklichkeit geworden. Indem sie die deutschen Arbeiter auf die Schlachtfelder schickte, um sie unter der Fuchtel der Ausbeutung durch das nationale Kapital zu halten, schuf die deutsche Bourgeoisie im Bunde mit den Sozialpatrioten die Vorbedingungen für ihre eigene Auslieferung an das Großkapital der Vereinigten Staaten und entschied damit auch das Los der deutschen Arbeiterklasse, von nun an durch die amerikanischen Milliardäre ausgebeutet zu werden. Der Form nach freilich würden die deutschen Kapitalisten ihre Ausbeuterrolle gegenüber der deutschen Arbeiterklasse weiterspielen. Tatsächlich aber würde es das amerikanische Finanzkapital sein, das diese Ausbeutungsmaschinerie speist – wenn sich die Verhältnisse nach dem Sinne der amerikanischen Milliardäre entwickeln würden.

Allein – das alte Europa ist durchwühlt von revolutionären Zuckungen. Die Schläge des deutschen Imperialismus lösten die russische Revolution aus. Die Schläge der Entente brachten das Gebäude des deutschen Imperialismus zum Krachen. Jetzt schlägt die Flamme der Revolution überall aus dem Boden des alten Europas empor. Und namentlich das westliche Europa ist ökonomisch viel zu reif, als dass eine Lösung der aufgebrochenen Konflikte und Gegensätze auf dem Boden des Kapitalismus noch möglich wäre. Mehr noch als Russland, wird das mittlere und westliche Europa in der kommenden Epoche im Zeichen des Klassenkampfes um den Sozialismus stehen.

Damit ist der deutschen Arbeiterklasse der Weg vorgeschrieben, den sie gehen muss. Jede Annäherung an die Entente, sei es in Form des Friedensschlusses durch die sozialpatriotische Volksregierung, sei es in Form der Unterstützung mit Lebensmitteln, bedeutet die Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse an die Räuber des fernen Westens, bedeutet ihre Einbeziehung in den Interessenkreis der Entente, bedeutet ihre Mobilisierung für den nächsten Weltkrieg. Nur im revolutionären Kampf, nur im Bunde mit dem bolschewistischen Russland kann das deutsche Proletariat der Entente Schwierigkeiten entgegensetzen in ihrem Streben, die Oberherrschaft in Europa zum Einfall in das Innere Asiens und den fernen Orient auszunutzen. Ein fortgesetzt revolutionierendes Europa macht es der Entente unmöglich, eine feste Basis für seine Operationen im fernen Osten zu gewinnen. Und nur im revolutionären Kampf erreicht das europäische Proletariat die Zersetzung der Ententemacht. An einem Europa, das von fortwährenden revolutionären Zuckungen erschüttert wird, werden auch die Riesenkräfte der Ententestreitmacht zermürben. Im Bunde mit der imperialistischen Entente liefert sich die deutsche Arbeiterklasse unerhörtester Ausbeutung, neuem Völkergemetzel aus. Im Bunde mit dem revolutionären Russland hilft es den Wall aufzurichten, hinter dem das europäische Proletariat das Friedenswerk des Kommunismus wird beginnen können.

Der Anfang.

Von Anton Pannekoek.

(Schluss)

Und da die Verluste groß sind, ist die ganze Wirtschaft ein bankrotttes Geschäft, weil Europa aufs Tiefste verarmt ist, muss die Bourgeoisie die Ausbeutung aufs Höchste steigern, um möglichst rasch wieder zu Reichtum und Macht zu gelangen. Auch damit neue Rüstungen möglich sind.

Aber dazu ist als erste Grundbedingung notwendig: eine starke Staatsgewalt aufrichten zur Niederhaltung des Proletariats. Damit sind alle vorläufigen Regierungen, Volksregierungen, Staatsräte u. a. in fieberhafter Eile beschäftigt.

Sie schmeicheln den Massen, geben ihnen und sich selbst schöne Namen und suchen die Arbeiter einzulullen, um sie untätig zu halten, bis ihre neue Ordnung gefestigt dasteht. Sie suchen die Arbeiter zu entwaffnen, denn das bewaffnete Volk ist gefährlich, und könnte leicht, wenn es einmütig seine Forderungen stellte, diese durchsetzen. Daher wird in den österreichischen Ländern Demobilisation angeordnet, womit man auch dem sehnlichem Wunsch der kriegsmüden Soldaten entgegenkommt, die Truppen, die auf eigene Faust nach Hause ziehen, versucht man unterwegs zu entwaffnen, nur „zuverlässige“ Regimenter werden mobilisiert gehalten, im Einvernehmen mit dem Sieger „um die Ordnung zu wahren“. Wenn es den neuen Regierungen gelingen könnte, so die Demobilisation durchzuführen, so wäre sie von einem Alpdruck, von der schlimmsten Angst befreit. Einstweilen sucht man die Massen zu beruhigen durch angebliche demokratische Zugeständnisse. Soldatenräte werden errichtet, aber nur, um durch Namen, die einen gleichlautenden Klang haben, wie im revolutionären russischen Vorbild, die Massen zu betrügen, sie bestehen in Österreich aus Offizieren und Soldaten in gleicher Zahl, nicht als revolutionäres Werkzeug aufständischer Massen, sondern als reaktionäres Werkzeug zur Dämpfung und Lähmung revolutionärer Triebe. Ähnlich wie die Herren Renner u. a. die Arbeiterräte, die im vorigen Jahre gebildet wurden, in Werkzeuge zur Verhinderung von Streiks zu verwandeln wussten. An all diesem Betrug, an diesem ängstlichen, krampfhaften Bemühen der Bourgeoisie, die Arbeiter durch freundliches Zureden von der Revolution zurückzuhalten, tun die Sozialdemokraten aufs eifrigste mit. *Jetzt sind, fast noch mehr als während des Krieges, die Scheidemänner aller Länder die wertvollsten Diener des Kapitals, die gefährlichsten Feinde des revolutionären Proletariats und des Sozialismus geworden.*

Wenn die Arbeiter sich durch dieses Spiel betören lassen, werden sie sich auf Jahrzehnte der schlimmsten Unterdrückung und Ausbeutung in die Hände liefern. Wenn aber die Arbeiter sich nicht betören lassen, können sie jetzt das große Ziel, die sozialistische Gesellschaft, den Kommunismus erreichen.

Nie waren die Bedingungen so günstig, nie war die Notwendigkeit so handgreiflich und einleuchtend wie jetzt. Europa liegt danieder in furchtbarer Verwüstung, und nur eine organisierte Produktion, die nicht für den Mehrwert arbeitet, kann die Produktion wieder aufrichten und eine allgemeine Wohlfahrt bringen. Russland bietet das Beispiel – trotz aller Lügen und Tartarennachrichten der bürgerlichen Presse verstehen die Arbeiter, was dort in Wirklichkeit vor sich geht – wie trotz ungeheurer Schwierigkeiten die Lage der Massen sich unter Aufbau kommunistischer Wirtschaft fortwährend hebt. Und durch den Weltkrieg ist überall die Staatsautorität zerrüttet, die gewohnte Ehrfurcht und Duldsamkeit der Massen ist verschwunden. Aufs tiefste erbittert, stehen sie den leitenden Mächten der Gesellschaft gegenüber, die Kriegsjahre haben die kleinliche Furcht früherer Zeiten ausgerottet und ihre bewaffneten Millionen können ihren Willen gebieterisch auferlegen. Und in ihnen lebt der Gedanke des Sozialismus, der Gedanke an eine andere Gesellschaftsordnung, sie kennen das Kapital, wenn auch nicht all seine Schlingen und Tücken, und mögen ihre Führer den Sozialismus noch so oft gefälscht und in eine harmlose Reformtätigkeit umgedichtet haben – ihre eigene Lebenserfahrung, ihre Not wird sie weitertreiben zu einem Radikalismus der Ziele, wie er jetzt nötig ist.

Man redet von einer großen, furchtbaren Zeit. Der Weltkrieg hat eine große äußere politische Revolution gebracht. Aber diese Umwälzung: der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, die Auflösung Europas in eine Reihe von Kleinstaaten unter Oberhoheit Amerikas ist noch unbedeutend verglichen mit dem, was jetzt kommen muss und teilweise schon begonnen hat: die Revolution des Proletariats für den Kommunismus. Die große Zeit hat eben erst angefangen.

Internationale Kommunisten und Unabhängige.

Grundsätzliches über das Verhältnis beider Richtungen zueinander.

Von Joh. Knief.

Die Achse aller prinzipiellen taktischen Differenzen zwischen den Unabhängigen und den Linksradikalen, zu deren Auffassung ich mich bekenne, bildet die Frage der Voraussetzungen und Formen des proletarischen Klassenkampfes im Zeitalter des Imperialismus. Während die „Unabhängigen“ die bisherigen Kampfformen der Arbeiterklasse, wie sie auf allen Parteitag der ehemals geeinten Sozialdemokratie als grundlegend für den Klassenkampf normiert worden sind, unverändert beibehalten wissen wollen, erblicken die Linksradikalen, im vollen Gegensatz dazu, in den *Massenaktionen* den Kern der gesamten Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Es handelt sich hier indes nicht nur um taktische Differenzen, sondern auch um prinzipielle Gegensätze.

Diese Gegensätze sind nicht erst das Produkt des gegenwärtigen Krieges, vielmehr sind sie in ihren Grundzügen lange vor dem Kriege in den Reihen der Sozialdemokratie ausgetragen worden. So namentlich auf den Parteitagen von Mannheim (1906) und Chemnitz (1912), in zahlreichen polemischen Artikeln, die Kautsky, Stampfer, Hilferding, Frau Luxemburg, Pannekoek in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten, in den Broschüren „Gewerkschaften, Massenstreik und Sozialdemokratie“ und „Soziale Reform oder soziale Revolution“ von Frau Luxemburg, in der Broschüre „Der Weg zur Macht“ von Kautsky, in den Büchern „Der politische Streik“ von Laufenberg und „Der politische Massenstreik“ von Kautsky. Von zahlreichen polemischen und propagandistischen Artikeln, die über die Frage des Massenstreiks in der sozialdemokratischen Tagespresse erschienen sind, ganz abgesehen. Mindestens seit 1906 hat sich so, unter den Augen der Öffentlichkeit und unbeanstandet von den behördlichen Organen, innerhalb der Sozialdemokratie eine Richtung herausgebildet, die die Theorie und Praxis der Massenaktionen auf ihre Fahne geschrieben hat. Ihre Wurzeln hat diese Richtung in den durch den Imperialismus geschaffenen allgemeinen sozialen und politischen Verhältnissen; ihren stärksten Antrieb empfing sie durch die Formen und Ergebnisse der russischen Revolution von 1905.

Der Standpunkt der „Unabhängigen“ ist nun folgender:

1. Die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus sind noch nicht auf der Stufe angelangt, auf der sie „mit Naturnotwendigkeit“ in den Sozialismus umschlagen müssen, vielmehr sind sie noch in der Entwicklung zu höheren Formen im Rahmen des Kapitalismus selbst begriffen. Wie vor 40 Jahren der Expansionsdrang des Exportkapitals zur Eroberung des Weltmarktes und damit verbunden die imperialistische Politik noch nicht zu erkennen war, so steht heute zu erwarten, dass das Kapital in seiner modernen Funktion als Finanzkapital wiederum neue Formen der Betätigung finden wird, die zu einer noch größeren Beute des Kapitalismus führen werden. Ansätze einer solchen Entwicklung lassen sich in der fortschreitenden Tendenz zur Monopolbildung einerseits und zur Bildung größerer staatlicher Kombinationen (Mitteleuropa, Vereinigte Staaten von Europa) andererseits erkennen.
2. Die Kapitalisierung der Erde ist noch nicht vollendet, weite Strecken sind kapitalistisch noch nicht ausgebeutet, ganze Völker vom Kapitalismus noch nicht oder doch erst in den Anfängen

erfasst. Der Sozialismus kann sich jedoch erst aus der völligen Kapitalisierung aller Länder unter restloser Auswirkung aller kapitalistischen Tendenzen und Kräfte entwickeln.

3. Ist so der Kapitalismus ökonomisch noch nicht reif für den Sozialismus, so fehlt der internationalen Arbeiterklasse die nötige politische Reife, um in den Formen der Massenaktionen die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie wagen zu können, und die Aussichten auf Erfolge in solchen Kämpfen werden für die Arbeiterschaft umso geringer, als mit der Entwicklung des Kapitalismus zu höheren Formen eine ins unermessliche steigende Stärkung der Staatsgewalt verbunden ist, namentlich in der zunehmenden Macht des Militarismus und in der besonders mit der Bildung von Staatsmonopolen einhergehenden Einbeziehung immer größerer Arbeitermassen in den unmittelbaren Staatsdienst.

4. Zudem wirken im Imperialismus selbst Kräfte, die die Frage der Massenaktionen immer mehr in die Form rein theoretischer Problematik rücken und ihr den realen Boden entziehen. Der Imperialismus führt nicht zu einer Verschärfung der internationalen Gegensätze, sondern zu ihrer Verminderung durch die Notwendigkeit der Abrüstung und die Wirksamkeit der internationalen Schiedsgerichte einerseits und durch die Unabweisbarkeit sozialpolitischer und demokratischer Reformen andererseits.

5. Der Klassenkampf der Arbeiter besteht nach wie vor in der organisatorischen Sammlung des Proletariats, in seiner gesteigerten Beteiligung an den Parlamentswahlen zwecks Erlangung eines maßgebenden Einflusses auf die Gesetzgebung, im Ausbau seiner Presse, in systematischer sozialistischer Bildungsarbeit, Streiks haben, wo sie auftreten, nur episodischen Charakter.

6. Durch Verträge schlingt die Arbeiterklasse das internationale Band um seine Reihen, der Klassenkampf ist ja doch ein nationaler; er verpflichtet die Internationale nur insoweit, als sie der kämpfenden Arbeiterschaft nicht in den Rücken fallen darf.

7. Imperialistische Eroberungskriege hat die Arbeiterklasse zwar nicht zu unterstützen; sie bekennt sich jedoch zur *Landesverteidigung*, um ihre eigenen Einrichtungen und Errungenschaften vor der Vernichtung zu bewahren.

Dies der tatsächliche Standpunkt der „Unabhängigen“, wie er in den Manifestationen des ehemaligen „Parteizentrums“ und der späteren „Arbeitsgemeinschaftler“ in den Reden, Schriften und Erklärungen der Gothaer Partei, ihrer Führer und ihrer Fraktion immer wieder hervorgetreten ist.: Wenn gleichwohl die Praxis der „Unabhängigen“ hin und wieder von dieser Basis abgewichen ist und sich der linksradikalen Taktik zu nähern scheinen, so hat das seinen Grund in erster Linie darin, dass die Partei – namentlich seit dem Gothaer Kongress – uns linksradikalen Elementen untermischt ist, deren Streben dahin geht, die Partei als Ganzes nach links zu drängen, ein Unternehmen, das m. E. als utopisch zu bezeichnen ist und denselben Irrtum zur Voraussetzung hat, dem die jetzigen „Unabhängigen“ verfallen sind, indem sie die Fraktion Ebert-Scheidemann glaubten nach links drängen zu können, und sich deshalb von der alten sozialdemokratischen Partei nicht trennen wollten. Bei einer künftigen Spaltung der Partei der „Unabhängigen“, die ich für unausbleiblich halte, wobei ich mich über den Zeitpunkt in keinerlei Prophezeiungen ergehen möchte, wird der oben skizzierte Charakter der „Unabhängigen“ in Theorie und Praxis unverfälscht hervortreten und es wird in vollstem Umfange der Charakter der Reaktion sein, der namentlich in praktischen Kämpfen wirksam sein wird. Die „Unabhängigen“ stützen sich auf Schichten der Arbeiterklasse, die ihrer Vergangenheit nach zwar an der alten revolutionären Ideologie der Sozialdemokratie festhalten, die aber einerseits die Veränderungen nicht zu begreifen vermögen, welche der Kapitalismus in seiner Wandlung zum Imperialismus auf sozialem und politischem Gebiete hervorgebracht hat und die infolgedessen auch nicht die Fähigkeiten besitzen, sich diesen

veränderten Verhältnissen anzupassen, die andererseits ihrer sozialen Lage nach – es handelt sich vorwiegend um gehobene Schichten, um Parteiveteranen und um noch nicht genügend aufgeklärte Zugehörige der unteren Schichten des Proletariats, daneben aber auch um die Arbeiter solcher Betriebe und Branchen, die von der modernen Industrialisierung noch nicht völlig ergriffen sind – den Erschütterungen abgeneigt sind, die alle Massenkämpfe notwendig im Gefolge haben. Das gilt von dem Stamm der Arbeiter der „Unabhängigen“ wie von dem Stamm ihrer Führer.

Es handelt sich bei den Unabhängigen also nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, um eine bloße Differenz in der Beurteilung des Zeitpunktes zum Kampfe, die sie, bei sonst völliger Übereinstimmung in der Wahl der Kampfmittel von den Linksradiكالen unterscheidet, sondern es handelt sich um einen grundsätzlichen Gegensatz: Die Unabhängigen sind dem Wesen nach Gegner der Massenaktionen des Proletariats. Wenn dieser tatsächliche Gegensatz trotzdem selbst von den Unabhängigen gelegentlich auf einen bloßen Unterschied des politischen Temperaments hinausgespielt wird, so geschieht das teils in Unkenntnis über ihr eigenes Wesen, teils in Rücksicht auf ihren linksradikalen Anhang, eine Rücksichtnahme, die sie gelegentlich in revolutionäre Abenteuer stürzt, aus denen sie sich durch komödienhafte Bußgänge wieder zu retten suchen. Das Wesen der Unabhängigen ist und bleibt antirevolutionär. Sie haben die Erbschaft der alten Sozialdemokratie angetreten, erleichtert zwar um den Bodensatz des Revisionismus, umso mehr aber durchsetzt von linksradikalen Elementen, die bei Strafe der Selbstvernichtung die Gothaer Sammelpolitik eines Tages unter den Hammer bringen müssen.

Der Standpunkt der Linksradiكالen befindet sich, wie mehrfach angedeutet, prinzipiell und taktisch im Gegensatz zu der Auffassung der Unabhängigen. Er ist in Kürze folgender:

1. In den hochkapitalistischen Ländern hat die ökonomische Entwicklung zu einer Kapitalkonzentration größten Stiles geführt, die in den Aktiengesellschaften, den Syndikaten und Trusts sowie in den Großbanken ihren hervorragendsten Ausdruck gefunden hat. Diese hochgespannte Konzentration des Kapitals bildet die unmittelbare ökonomische Vorbedingung des Sozialismus. Ergebnisse der kapitalistischen Gesellschaft selbst und ursprünglich Funktionäre der Organisation des Wirtschaftslebens haben jene Einrichtungen, die im Kapitalismus wirkenden desorganisatorischen Tendenzen, seine inneren Widersprüche nicht nur nicht zu bändigen vermocht, sondern sie vielmehr auf größter Stufenleiter bis zur Unhaltbarkeit getrieben. Diese inneren Widersprüche des Kapitalismus, eine schwindelhafte Steigerung der Produktion bei ständiger Verminderung der Konsumtionskraft der produzierenden Massen; die äußerste Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkte unter fortwährender Verschlingung der kleineren Kapitalisten durch die größeren und größten im Rahmen der nationalen Produktion und unter verheerender Vernichtung aller ökonomisch nicht leistungsfähigen Existenzen, namentlich des sog. Mittelstandes; eine riesige Anhäufung des Reichtums auf der Seite parasitärer Nutznießer bei wachsender Verarmung der Produzenten; ein auf die Spitze getriebener Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit; alle diese inneren Widersprüche des Kapitalismus bilden die wirksamste Triebkraft seiner Umwälzung.

2. Der Imperialismus, die politische Form des modernen Kapitalismus, hat die politische Gewalt in die Hände von wenigen Kapitalmächtigen gelegt, also das Gegenteil der Demokratisierung bewirkt; er hat an die Stelle des früheren monarchischen Absolutismus den Absolutismus des Kapitals gesetzt, die Regierungen zu seiner Interessenmaschinerie und die Monarchie zur Fiktion gemacht; mit seinen Riesenrüstungen eine Hochspannung zwischen den Konkurrenten auf dem Weltmarkte geschaffen, die ständig bereit ist, sich in kriegerischen Katastrophen zu entladen; er hat bei äußerster Ausnutzung der Arbeitskraft des Proletariats

die Möglichkeiten und Aussichten der Sozialreform auf ein Minimum herabgedrückt; er hat die Kluft zwischen Großbourgeoisie und Proletariat unüberbrückbar erweitert

3. Imperialismus bedeutet nackte Gewalt nach innen und außen, deren wesentlichste Stütze die Gefolgschaft gefügiger Proletariermassen ist, und er demonstriert eben jetzt an einem grandiosen historischen Schulbeispiel auch dem letzten Proletarier unvergesslich, dass Gewalt nur durch Gewalt gebrochen werden kann. Der Imperialismus selbst ist der beste Erzieher des revolutionären Proletariats.

4. Die imperialistische Entwicklung führt nicht zur Abrüstung, sondern zur Aufrüstung, nicht zur Etablierung internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, sondern zur Etablierung ausschließlicher Herrschaft durch das Schwert.

5. Der Imperialismus führt keine Verteidigungskriege.

6. Der imperialistische Weltkrieg ist ein Klassenkampf für die Interessen des Großkapitals; er ist der Form nach ein Kampf zwischen den Bourgeois-Konkurrenten auf dem Weltmarkt, dem Wesen nach ein Kampf um die wirkungsvollste Ausbeutung der Erde mit Hilfe der proletarischen Massen; er ist der Ideologie nach ein Kampf um nationale Freiheit und Selbständigkeit, der Wirklichkeit nach ein Kampf um die Vollendung der sozialen und politischen Unterdrückung des internationalen Proletariats.

7. Die aus dem Weltkrieg hervorgehenden staatlichen oder interstaatlichen Kombinationen bilden keinen Ausweg aus den Wirrnissen der internationalen Konflikte, sondern lediglich die Grundlage für neue, mit verschärften Konfliktstoffen gesättigte, der Vorbereitung künftiger Kriege dienende Mächtegruppierungen unter der tatsächlichen Hegemonie des jeweils Stärksten. Und die Verschärfung der internationalen Gegensätze ist umso größer, die Kriegsgefahr umso stetiger, je entscheidender der Sieg auf einer der kriegführenden Seiten ist.

8. Das sozial ausgebeutete und politisch unterdrückte internationale Proletariat hat kein Land, das es verteidigen könnte. Was die Bourgeoisie ebenso geschäftig wie gefühlvoll als „Vaterland“ anpreist, ist nur ein staatsrechtlich umgrenztes Ausbeutungsgebiet des modernen Großkapitals, ihre „Vaterlandsliebe“ die Liebe zu ihren materiellen Interessen. Die Tatsache, dass der gegenwärtige Krieg den norddeutschen Bauern nach den Euphrat und Tigris, den Türken nach der Oise, den Kanadier nach der Lombardei und den Inder nach Flandern wirft, um dort sein „Vaterland“ zu verteidigen, diese Tatsache, vermehrt um das grotesktragische Schauspiel, dass gefangene Deutsche die Waffen gegen die Deutschen, gefangene Engländer, Franzosen und Italiener die Waffen gegen *ihre* Landsleute schärfen helfen müssen, reißt auch die letzte Hülle von der Phrase der „Vaterlandsverteidigung“. Der Proletarier, der kein Land zu verteidigen hat, kann auch kein Land verraten. Einzig seine Klasseninteressen hat er zu verteidigen; nur sie kann er verraten. Sie aber sind international und stehen im Gegensatz zum Imperialismus.

9. Alle politischen Kämpfe von historischer Bedeutung sind Massenkämpfe. Die historischen Tatsachen reden. Die Bourgeoisie eroberte die politische Macht in den blutigen Massenkämpfen der großen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, sie hat ihre nationale Konsolidation in den blutigen Massenkämpfen der sogenannten Einigungskriege vorbereitet und gesichert; sie mobilisiert ihre uniformierten Massen zum blutigen Kampf gegen den sogenannten inneren Feind, und sie setzt ihre imperialistischen Interessen gegen den sogenannten äußeren Feind eben jetzt in dem blutigsten Massenkampf aller bisherigen Geschichte durch.

10. Der politischen Gewalt der imperialistischen Bourgeoisie hat das internationale Proletariat nur seine ökonomische Macht im Produktionsprozess entgegenzustellen, und es kann jene

Gewalt nur mit Hilfe dieser Macht brechen. Alle ökonomischen Kämpfe des Proletariats aber sind im Zeitalter des Imperialismus zugleich politische Kämpfe.

11. Der politische Massenstreik ist die Achse der gesamten linksradikalen Taktik. Er ist kein einmaliger Akt, kein Putsch, sondern ein Prozess von Kämpfen, in denen sich sozialistische Schulung mit dem Anwachsen der Macht und der Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse vereinen. Alle anderen Kampfformen, Parlamentarismus, Presse-Agitation, Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift, Organisierung usw., sind nur organische Bestandteile der Massenaktionen. Individuelle Gewaltakte gehören in das Waffenarsenal des Anarchismus und stehen im Widerspruch zur Taktik der Massenaktionen.

12. In den politischen Massenkämpfen der Arbeiterklasse erstarkt nicht nur das Klassenbewusstsein des Proletariats, sie schweißen auch, da der Imperialismus die Arbeiterklasse international in dieselben sozialen und politischen Verhältnisse stürzt und international dieselben Kampfbedingungen schafft, das internationale Band um das Proletariat. Die Erlangung der politischen Reife erfolgt nicht in einer Vorschule zu den Massenaktionen, sondern die Massenaktionen selbst sind die Schule, in der das Proletariat seine politische Reife erst erringt.

Wie aus dem Kapitalismus erst die ökonomischen, so entwickeln sich aus den politischen Massenkämpfen des Proletariats die sozialen Grundlagen des Sozialismus. Kapitalismus und Imperialismus haben international ökonomische, soziale und politische Verhältnisse geschaffen, die den politischen Massenkampf des internationalen Proletariats um den Sozialismus heute und jede Stunde zur Tagesordnung der Weltgeschichte stellen.

Vom Kampf um die Bürgerzeitung.

Eine am 18. November im Casino tagende große öffentliche Versammlung hatte den Beschluss angenommen, dass die „Bremer Bürgerzeitung“ aus den Händen der Mehrheitssozialisten in die Hände des revolutionären A.- und S.-Rates übergehen solle. Somit sollte dem revolutionären bremischen Proletariat sein Eigentum zurückerstattet werden. Drei Tage vergingen nach der Versammlung. Nichts geschah. Zum Abend des dritten Tage wurde der Genosse Knief, der vor allem als Redakteur der Zeitung bei ihrer Übernahme durch die revolutionären Arbeiter in Betracht kam, zu einer Sitzung des Aktionsausschusses der A.- und S.-Räte geladen, in der über die Form der Durchführung jenes Beschlusses beraten werden sollte. Der Genosse Knief lehnte es ab, an einer solchen Beratung teilzunehmen. In völliger Übereinstimmung mit der weitaus überwiegenden Mehrheit der bremischen Arbeiterschaft erklärte er, unter keinen Umständen mehr über diese Angelegenheit zu *verhandeln* – und nun gar mit den Regierungssozialisten verhandeln zu können. Jede andere Haltung der Genossen hätte nicht nur den Grundsätzen der Internationalen Kommunisten, sondern auch dem revolutionären Drange der Bremischen Arbeitermassen widersprochen. Bemerkenswert ist noch, dass der Genosse Henke sich keineswegs genötigt sah, eine gleiche oder auch nur ähnliche grundsätzliche Haltung einzunehmen, vielmehr Knief nach Abgabe seiner Erklärung als „erledigt“ betrachtete. Der Wortlaut der Erklärung war folgender:

„Die Vorgänge in der öffentlichen Volksversammlung vom 18. November haben aufs Neue bewiesen, dass die Bremische Arbeiterschaft mit den Regierungssozialisten endgültig gebrochen hat. Die bremische Arbeiterschaft, die jetzt die Durchführung ihres Willens auf eine materielle Macht stützen kann, wird daher nicht mehr auf dem Wege der Verhandlungen, sondern nur noch auf dem Wege der Diktatur mit den Regierungssozialisten verkehren können. Als Vorkämpfer der politisch reifsten Teile des Bremischen Proletariats muss ich es daher ablehnen, mich mit den Regierungssozialisten wegen eines Streitgegenstandes an den Verhandlungstisch zu setzen. Deshalb kann ich die

Bremische Arbeiterschaft nur auffordern, die Durchsetzung ihres Willens in jedem einzelnen Falle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Diktatur zu erzwingen.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 49/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 7. Dezember 1918.

Nr. 49

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution

Von Joh. Knief.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus hat zunächst die bürgerliche Republik hervorgebracht. Es hat sich auch in diesem Prozess die historische Wahrheit bewährt, dass die Gesellschaft in keinem noch so chaotischen Zustand der Verwirrung auch nur für Augenblicke einer den Verhältnissen entsprechenden Ordnung entbehrt. Auflösung und Aufbau, Niederbruch und Aufstieg sind stets einander durchdringende Erscheinungen. Darum sind die Redensarten von dem Untergang der menschlichen Gesellschaft durch revolutionäre Katastrophen nichts als Geschwätz, das auf absoluter Unkenntnis historischer Tatsachen beruht und hinter dem nichts steht als die Angst um den durch die bisherige historische Entwicklung konsolidierten Besitz. Aus der allgemeinen Sprache in die Sprache der historischen Tatsachen übersetzt, heißt jene Redensart: nicht die menschliche Gesellschaft, sondern die bürgerliche Gesellschaft geht unter. Und das ist allerdings der Fall.

Einstweilen ist die bürgerliche Republik in Deutschland Tatsache geworden, und diese Tatsache kennzeichnet die ganze bisherige Bewegung als eine gemeinsame Bewegung des Bürgertums und der Arbeiterklasse. Diese Republik hat als ihre spezielle Errungenschaft die Entthronung der diversen deutschen Fürsten, namentlich der Hohenzollern, zu verzeichnen. Sie sucht diese ihre Errungenschaft zu festigen auf der Basis der Demokratie, des Proportionalwahlrechts, das auch das Frauenwahlrecht einbeziehen soll. Sie will die Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms verwirklichen. Sie will als bürgerliche Republik eine sozialdemokratische Republik sein. Hat die Sozialdemokratie viereinhalb Jahre hindurch Kriegspolitik getrieben, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft sichern zu helfen, so ist auch nicht einzusehen, weshalb die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen nicht auch die bürgerliche Gesellschaft vor dem Untergang retten soll. Und tatsächlich bedeutet die bürgerlich-sozialdemokratische Republik nichts anderes als den letzten Versuch, die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln in zwölfter Stunde noch zu erhalten. Daher die oktroyierte Reichsregierung Ebert-Haase, daher das Weiterbestehen des alten Auswärtigen Amtes, daher die Wiedereinsetzung der alten Ressortminister, daher die Beibehaltung des

Kriegsministeriums und des Reichsmarineamtes, daher schließlich das Amtieren der alten Polizei- und Justizgewalten. Es ist der ganze alte Regierungsapparat, der wieder in Betrieb gesetzt worden ist. Und eben dadurch kennzeichnet sich diese Bewegung als eine bürgerlich-sozialdemokratische, dass sie lediglich eine politische, aber keine sozialrevolutionäre Bewegung war. Sie übernahm die alten staatlichen Institutionen, um mit ihrer Hilfe einige soziale Reformen durchzuführen. Niemals aber kann mit Hilfe des staatlichen Machtapparates, der auf dem Boden des Kapitalismus erwachsen ist, die Umwälzung des Kapitalismus in den Sozialismus eingeleitet, geschweige durchgeführt werden. Im Gegenteil: dieser Apparat kann und wird immer nur die bürgerliche Gesellschaft, deren ureigenstes Produkt er ist, aufrechterhalten, und jeder, auch jeder Sozialrevolutionär, der sich in diesen Apparat hineinbegeben würde, um ihn in Betrieb zu halten, müsste verbürgerlichen.

Nun hat die Revolution zwei Erscheinungen hervorgebracht, die von vornherein über den Rahmen einer rein bürgerlichen Bewegung hinauswiesen. Einmal die Tatsache des aktiven Auftretens der Massen, und zum andern die Arbeiter- und Soldatenräte. Vor dem Ansturm der Massen zerstoben im Nu alle alten Staatsgewalten; die Polizei, ob zu Fuß oder zu Pferde, versagte. Das Militär war nicht nur zur Gegenwehr nicht zu gebrauchen, sondern war der Hauptträger der ganzen Bewegung selbst. Zum ersten Male hat sich die Macht der Massen offenbart; zum ersten Male hat die Großbourgeoisie vor dieser Macht kapituliert. Die Millionen, auf deren Unterdrückung die Herrschaft des Großkapitals beruht, haben sich zum ersten Male aufgerafft, um die Herrschaft des Militarismus von sich abzuschütteln. Die Tatsache einer allgemeinen Massenaktion, die zum Zusammenbruch des deutschen Militarismus führte, hat über das Zustandekommen einer bürgerlich sozialdemokratischen Republik den Weg zur proletarischen Revolution gewiesen. Es kommt jetzt nur darauf an, die allgemeine Volksbewegung gegen den Krieg zu einer speziellen Klassenbewegung des Proletariats für den Sozialismus auswachsen zu lassen.

Aus der Massenbewegung sind die Räte hervorgegangen. Verworren, wie die Bewegung war, sind auch die von ihr improvisierten Räte. Namentlich sind die Soldatenräte, die auf den Trümmern des alten Volksheeres entstanden, der getreue Ausdruck dieses Volks in Waffen. Sie bestehen aus Zugehörigen der Bourgeoisie und aus Zugehörigen der Arbeiterklasse, und die Vertreter der Arbeiterklasse gehören wieder allen drei Richtungen, den Regierungssozialisten, den Unabhängigen und den Kommunisten an. Da nun aber Bürgerliche, Regierungssozialisten und ein großer Teil der Unabhängigen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, so sind sie geschlossen gegen die Kommunisten, geschlossen gegen die proletarische Revolution, geschlossen gegen den Sozialismus. Die Soldatenräte sind, wie das alte Volksheer, im Kern ihres Wesens gegenrevolutionär.

Und die Arbeiterräte? Sie haben zwar ausgesprochen bürgerliche Elemente nicht in ihren Reihen. Dafür aber bilden die Regierungssozialisten und der größte Teil der Unabhängigen in ihnen einen Bloch gegen die Kommunisten. So sind auch sie in ihrer jetzigen, durch die allgemeine Volksbewegung hervorgerufenen Zusammensetzung gegenrevolutionär.

Nun besteht aber ein grundlegender Unterschied zwischen dem Verhältnis der Arbeitermassen zum Soldatenrat und ihrem Verhältnis zum Arbeiterrat. Auf die Zusammensetzung des Soldatenrats hat die industrielle Arbeiterschaft, der eigentliche Träger der proletarischen Revolution, keinen direkten Einfluss. Der Arbeiterrat hat es zudem in der Hand, die Demobilisation so vorzunehmen, dass alle revolutionären Elemente schnellstens ausgestoßen, gegenrevolutionäre Elemente dagegen zurückbehalten werden, auf die der Soldatenrat sich in jeder konterrevolutionären Aktion stützen kann. Der Soldatenrat betreibt auf diese Weise die Entwaffnung der Arbeiterklasse und die ausschließliche Bewaffnung der Bourgeoisie. Er kann es, ohne zur Bildung besonderer Bürgerwehren schreiten zu müssen. Die Aufklärung über das konterrevolutionäre Wesen des Soldatenrats und der hinter ihm

stehenden Splitter des Volksheeres ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten. Denn erst aus dieser Klarheit folgen die positiven Maßnahmen, die sie zur Bewaffnung der Arbeiterklasse unter Entwaffnung der Bourgeoisie zu ergreifen haben.

Auf die Zusammensetzung der Arbeiterräte hat die revolutionäre Arbeiterschaft einen ganz direkten Einfluss. Sie muss den Arbeiterrat immer wieder vor ganz bestimmte, positive Forderungen stellen, die Entscheidungen des Rats immer wieder in der Gegenwart der Arbeitermassen selbst herbeiführen, den Rat immer wieder zum öffentlichen Bekenntnis seiner politischen Stellung zwingen, ihn immer wieder durch Neuwahlen reorganisieren, den Wahlmodus immer wieder zugunsten des klassenbewusstesten Teiles der Arbeiterschaft verändern, um so die Diktatur der Arbeiterklasse so schnell wie möglich herbeizuführen.

Versucht die Bourgeoisie im Bunde mit den Regierungssozialisten und einem Teile der Unabhängigen die sich entwickelnde Diktatur des Proletariats unter dem Deckmantel einer demokratischen Nationalversammlung durch die Diktatur der Bourgeoisie zu ersticken, so haben die Kommunisten alles daran zu setzen, um die Nationalversammlung vor ihrem Zusammentritt aufs schärfste zu bekämpfen, nach ihrem Zusammentritt aber durch die Diktatur der Arbeiterklasse zu sprengen. Die bürgerliche Republik darf nicht zur Ruhe kommen; das Bürgertum darf durch seine sozialpatriotischen Stallknechte nicht wieder in den Sattel der politischen Herrschaft gehoben werden.

Sind die Arbeitermassen wachsam, sind sie wirklich politisch reif, so werden sie nicht eher ruhen, bis sie sich Organe geschaffen haben, die ihre Interessen restlos durchführen. Sie werden sich in verhältnismäßig kurzer Zeit einen ihren Interessen entsprechenden Arbeiterrat schaffen. Aber dieser Rat wird in jeder einzelnen politischen Frage im Gegensatz zum Soldatenrat stehen. Es wird sofort zu Konflikten zwischen diesen beiden Räten kommen. Was also tun? Die Kommunisten können immer nur die Keime und Tendenzen entwickeln, die in der historischen Entwicklung gelegen sind. Wir stehen vor der Tatsache der Zersetzung der alten imperialistischen Armee. Diese Zersetzung haben die Kommunisten durch revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift unter den heimkehrenden Kriegern zu fördern; sie haben alle proletarischen Elemente unter den Soldaten um ihre Fahne zu sammeln. Sie haben sie theoretisch vor die Frage zu stellen, ob sie jetzt, nachdem sie die Hohenzollern vertrieben, das Wort des letzten Hohenzollern wahr machen wollen: Ihr sollt auf Vater und Mutter schießen! Aber neben der politischen Propaganda muss der praktische Aufbau der kommunistischen Arbeitergarden einhergehen, die Bewaffnung des klassenbewussten Teiles des Proletariats. Und nicht nur das, die Arbeitermassen müssen immer wieder die Trümmer der Armee vor die *praktische* Frage stellen, ob sie gegen die revolutionären Arbeitermassen kämpfen wollen oder nicht. Sie müssen es durch Demonstrationen, durch Streiks, durch ihre eigenen Aktionen, die die bürgerliche Republik nicht nur, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft erschüttern. Sie müssen durch ihre Massen den Soldaten zeigen, wer der größte, der mächtigste Teil der Bevölkerung ist, und sie müssen sie vor die Entscheidung stellen, ob sie die Waffen gegen die Masse der Bevölkerung, für eine kleine kapitalmächtige Clique, jene Clique, deren Politik den Weltkrieg hervorbrachte, erheben wollen.

Aber nicht nur politische, sondern auch ökonomische Erschütterungen müssen die Arbeitermassen, ihnen voran die Kommunisten, hervorrufen. Der Kapitalismus ganz Mittel- und Westeuropas, namentlich aber Deutschlands, ist längst reif für den Kommunismus. Es gilt die Widersprüche des Kapitalismus, seine inneren Krisen auf die Spitze zu treiben. Streiks, immer wieder Streiks, in denen sich die Arbeiterklasse für den nahe bevorstehenden Endkampf schult und in denen sie den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems vollendet, in denen sie seine Unfähigkeit, die Aufgaben der Arbeiterklasse zu lösen, vor aller Welt enthüllt, und in denen sie sich die praktische Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorlegt. Diese Periode positiver und ökonomischer

Erschütterungen wird das Übergangsstadium sein von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution. Auch in dieser Periode sind die internationalen Kommunisten die Vertreter des politisch reifsten Teiles der Arbeiterklasse, die Vorkämpfer. Sie werden die Führer sein in den ökonomischen Kämpfen der Arbeiterklasse; sie werden die politischen Forderungen, die proletarische Diktatur verkörpern und sie werden die zuverlässigsten Truppen der kommunistischen Garden bilden, deren Soldatenrat allein berufen ist, Hand in Hand mit dem revolutionären Arbeiterrat die Diktatur des Proletariats, den Endkampf um den Sozialismus durchzusetzen.

Zur Ernährungsfrage.

Der Hunger ist nicht nur der schlimmste Feind des Krieges; er ist auch der schlimmste Feind der Revolution. Die Kommunisten haben daher alle Ursache, der Ernährungsfrage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Noch während der letzten Sommermonate wurde dem deutschen Volke durch das Reichsernährungsamt mitgeteilt, dass die diesjährige Ernte in jeder Hinsicht gut sei und ausreichende Nahrungsmittel für die Weiterführung des Krieges sicherstelle. Ja, als Österreich zusammengebrochen war, wurde eine Unterstützung Deutsch-Österreichs durch deutsches Brot in Aussicht genommen. Und schließlich wurde das Angebot der Sowjetregierung, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu unterstützen, kurzerhand abgelehnt. Nunmehr aber erfährt man, dass die Ernährung Deutschlands allerhöchstens noch drei Monate ausreiche. Bis dahin seien alle Vorräte restlos aufgezehrt und der Hunger halte seinen Einzug in Deutschland. So schroff nun die usurpatorische Regierung Ebert-Haase die Unterstützung durch die Sowjetregierung ablehnte, so willig zeigte sie sich der Unterstützung durch die Entente gegenüber. Diese eine Tatsache genügt, um den politischen, ja um den weltpolitischen Charakter der Ernährungsfrage zu erkennen. Deutschland steht augenblicklich vor der Entscheidung: entweder Anschluss an das revolutionäre Russland oder Anschluss an die imperialistische Union der Vereinigten Staaten. Die Ernährungsfrage bildet nur ein Glied in dieser Alternative.

Es ist kein Zweifel: wäre der deutsche Imperialismus nicht zusammengebrochen, hätte der Krieg noch ein, ja noch einige Jahre hindurch währen müssen: das Reichsernährungsamt hätte immer wieder die Sicherstellung der Ernährung verkündet und, mit welchen Mitteln es auch sein mochte, auch durchgesetzt. Schließlich bleibt ja immer noch zu untersuchen, ob die Ernährung Deutschlands nicht schon während des Krieges mit Hülfe des neutralen Auslandes aus den Speisekammern des fernen Westens erfolgt ist. Es bleibt noch zu untersuchen, inwieweit Deutschland diesen Krieg nicht selbst mit amerikanischer Hülfe geführt hat. Herr Bethmann und Herr v. Jagow wurden rechtzeitig gerufen, um die diplomatischen Akten „umzuordnen“. Das lässt tief genug blicken.

Für heute gilt es zu untersuchen, welche Konsequenzen die Regelung der Ernährungsfrage für die deutsche Arbeiterklasse hat. Die Agrarier von der „Deutschen Tageszeitung“ haben ungezählte Mal behauptet, Deutschland könne sich selbst ernähren; das habe die deutsche Landwirtschaft während des Krieges bewiesen. Wäre das wirklich der Fall, nun, so wäre nicht einzusehen, weshalb die deutsche Arbeiterklasse sich in die Abhängigkeit von der Entente begeben solle. Dann käme es in der Tat nur darauf an, bis zur nächsten Ernte durchzuhalten, inzwischen aber schnellstens die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität durch die Vergesellschaftung des Grund und Bodens vorzubereiten – und die deutsche Arbeiterklasse wäre in der Folgezeit vor dem Hunger gesichert. Bei der außerordentlich entwickelten landwirtschaftlichen Industrie Deutschlands wäre das sicher zu erreichen. Die sofortige Kommunisierung des Grund und Bodens ist die radikale Lösung auch der Ernährungsfrage.

Die Frage ist jetzt nur: wie kann Deutschland bis zur nächsten Ernte durchhalten? Zunächst ist es nötig, alle Lebensmittelvorräte der Großbourgeoisie zu beschlagnahmen. Ungeheure Vorräte hat man schon gefunden, die auf dem Wege des Schleichhandels aufgespeichert worden sind. Dann aber hilft die Klassenlebensmittelkarte, welche die Arbeiterschaft in die erste die mittlere Bourgeoisie in die zweite und die Großbourgeoisie in die dritte Klasse nimmt, noch über manchen Monat hinweg. Aber wenn trotz aller Selbsthilfe die Ernährung Deutschlands dennoch in Frage gestellt wird, so hat sich die Arbeiterklasse zu entscheiden, ob sie sich der Entente ausliefert oder ob sie sich in den Bruderbund mit dem revolutionären Russland begeben wird. Gewiss: die Entente kann Lebensmittel liefern. Aber sie wird es nur um den Preis absoluter Herrschaft über das niedergeknüttelte Deutschland tun. Sie wird ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen entsprechend einrichten. Sie wird die deutsche Arbeiterklasse in die restlose Abhängigkeit vom Ententekapital bringen. Sie wird in erster Linie Deutschland als Operationsbasis gegen das revolutionäre Russland ausnutzen. Sie wird die deutsche Landwirtschaft einschnüren und die deutsche Industrie lahmlegen. Hat sie die Konkurrenz der deutschen Industrie und Landwirtschaft schon vordem gefürchtet, so wird sie jetzt jede Gelegenheit ausnutzen, um diese beiden Machtfaktoren der deutschen Großbourgeoisie nach allen Regeln milliardärischer Ausbeutungskunst zu knebeln. Sie wird die deutsche industrielle und agrarische Produktion nach ihren eigenen Interessen einschränken; sie wird der deutschen Produktion die Zollpolitik als Daumenschraube aufsetzen, sie wird die deutsche Industrie und Landwirtschaft und damit die deutsche Arbeiterklasse von einer Krise in die andere stürzen. Freilich hat die Entente ein Interesse daran, geordnete, d.h. kapitalistische Verhältnisse in Deutschland zu sichern; allein ein noch größeres Interesse hat sie daran, dass die deutsche Industrie und Landwirtschaft nicht wieder zu einem bedrohlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkte heranwachsen.

Nicht die Niederknüttelung des deutschen Militarismus war das Ziel der Entente, sondern lediglich die Niederknüttelung dieses militärischen Systems als festestes Bollwerk für die Weltstellung des deutschen Großkapitals. Der Militarismus ist zusammengebrochen, nicht aber die Produktionskraft der deutschen Arbeiterklasse. Sie zu brechen, muss die unmittelbare nächste Aufgabe der Entente sein. Das kann nur geschehen durch die völlige Abhängigkeit der deutschen Arbeiterklasse vom Ententekapital. Die Produktivkraft der deutschen Arbeiterklasse einerseits, die ökonomische Reife des deutschen Kapitalismus andererseits drängen aber mit äußerster Gewalt zur Verwirklichung des Sozialismus. Wird diese Entwicklung durch das Eingreifen des Ententekapitals hinausgeschoben, [so wird dadurch das Eingreifen des Ententekapitals hinausgeschoben,?] so wird dadurch eine wirtschaftliche Katastrophe nach der anderen über die deutsche Arbeiterklasse hereinbrechen. Einschnürung der Produktion, Arbeitslosigkeit niedrige Löhne, zermalmende Konkurrenz der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft, zerrüttende Zollpolitik, erdrückende Steuer- und Schuldenlast – das wird der Lohn sein, um den die Entente der deutschen Arbeiterklasse ihr Brot darbietet.

Und auf der anderen Seite? Im Anschluss an Russland? Russland ist vorwiegend Agrarland. Seine Industrie ist der Landwirtschaft gegenüber nur schwach. Ungeheure Strecken fruchtbarsten Landes harren der Bestellung. Russland mit seiner ganzen Industrie ist nicht imstande, der Landwirtschaft die nötigen Kräfte an Ingenieuren, Technikern zu liefern, die nötige Menge landwirtschaftlicher Maschinen herzustellen, die die Produktivität des Grund und Bodens auf die Höhe bringen, welche der jetzigen Sozialisierung entspricht. Deutschland besitzt alle diese Kräfte. Und die Sowjetregierung schreit nach ihnen. Eine ungeahnte Steigerung der deutschen industriellen Produktion, eine eben solche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Russland – ein Industrie- und Ernährungskomplex von ungeahnter Größe und Mächtigkeit, die schleunigste Durchführung des Kommunismus in Deutschland, die Sicherstellung der europäischen Revolution: das ist das Ergebnis des

Anschlusses an die Sowjetrepublik auch in der Ernährungsfrage. Nur um den Preis der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse kann das Sowjetrussland dem deutschen Proletariat sein Brot anbieten; die Sozialpatrioten im Bunde mit den des alten Imperialismus stoßen die russische Hilfe brutal zurück. Sie verraten in jeder Stunde die Arbeiterklasse. Haben sie sie im Kriege an den deutschen Imperialismus verkauft, so wollen sie sie im Frieden an den Imperialismus der Entente verkaufen. Verräter sind sie, und Verräter werden sie bleiben, bis der Hammerschlag der proletarischen Revolution sie zermalmt. Wer vom Brot der Entente isst, stirbt daran, das Brot des revolutionären Russlands aber ist das Brot des Lebens. Die deutsche Arbeiterklasse muss sich entscheiden, ob sie sterben oder leben will.

Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung.

In der Berliner „Roten Fahne“ des Spartakusbundes vom 22. November finden wir folgende Notiz:

Die Aufgaben der Revolution.

Mit dieser Tagesordnung beschäftigten sich gestern drei große Versammlungen, in denen die Genossen Paul Levi, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter dem stürmischen Beifall der Massen sprachen.

Nach lebhafter Diskussion wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung betrachtet als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse die Revolution über ihre bisherigen kümmerlichen Ergebnisse vorwärtszutreiben und alle gegenrevolutionären Machenschaften, die ihr auf Schritt und Tritt entgegentreten, rücksichtslos zu bekämpfen.

Die geschichtliche Aufgabe der Revolution ist die Ausrottung der kapitalistischen Klassenherrschaft und die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles. Diese Aufgabe ist nur zu erfüllen, wenn die gesamte politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt.

Die Einberufung der Nationalversammlung ist lediglich ein Mittel, von diesem Ziele abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewusstsein zu verwirren. Nicht durch parlamentarisches Geschwätz mit der Bourgeoisie, sondern allein durch Machtkämpfe gegen die Bourgeoisie kann die Befreiung der Arbeiterklasse errungen werden.“

Wir finden, dass in dieser Resolution zwar einiges Richtige gesagt ist, dass jedoch das für diese Minute Entscheidende fehlt. Mit dem Vorbehalt, auf diese Fragen noch ausführlicher einzugehen, möchten wir einstweilen das Folgende hierzu bemerken: auch wir betrachten es als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, die Revolution vorwärtszutreiben – wenn eine Revolution vorhanden ist. Einstweilen vermögen wir eine solche noch nicht zu erkennen. Die bisherigen Ereignisse in Deutschland haben diesen Charakter noch keineswegs getragen – vielmehr waren sie in jeden einzelnen Minuten klar als allgemeine Volksbewegung, als vorübergehend gemeinsame Bewegung der verschiedensten und gegensätzlichsten Klassen erkennbar. Nur zweierlei Faktoren in der Bewegung können wir als revolutionär anerkennen: die Tatsache, dass die Massen sich auf die Straßen begeben haben, und die Organisation der Räte als solche – soweit man von ihrem augenblicklichen Charakter oder einstweiligen Zusammensetzung absehen kann, die sie im ganzen Reiche zu einer konterrevolutionären Institution stempelt. Und eine solche müssen sie bleiben, bis zur Erfüllung unserer Forderung:

die gänzliche Ausstoßung aller nicht rein proletarischer Elemente, vor allem also die Sozialpatrioten.

Wir fordern weiter, dass die Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse „die Revolution vorwärtszutreiben“, hier viel zu allgemein formuliert ist. Solche allgemeinen Formeln sind von den Ereignissen überholt. Jetzt gilt es in jedem Augenblick im Einzelnen die revolutionären Forderungen der Stunde zu entwickeln.

Schließlich müssen wir uns gegen die Auffassung wenden, es sei die Einberufung der Nationalversammlung *lediglich* ein Mittel von dem Ziele der Eroberung der politischen Macht abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewusstsein zu verwirren. Wir sehen auch in diesen Worten eine zu allgemeine, zu ferne Orientierung. – Selbstverständlich – *jede* politische Tat der Bourgeoisie, die sich nun einmal schon im Verteidigungszustand befindet, läuft auf die oben angegebenen Ziele hinaus:

Verhinderung der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Schwächung der Macht der Arbeiterklasse.

Verwirrung ihres Klassenbewusstseins.

Von welcher politischen Tat der Bourgeoisie könnte man dies alles wohl nicht mit Recht sagen? – Aber wir glauben doch, dass es sich hier nicht nur lediglich um diese Ziele handelt.

Wir glauben sagen zu müssen, dass die Einberufung der Nationalversammlung den Versuch bedeutet, noch einmal unter demokratischer Form die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten. Und das bedeutet einen Angriff – nicht nur eine Verteidigung gegen den Ansturm des Proletariats. Und wir glauben, dass sich hier eine Analyse des Begriffes „Demokratie“ als notwendig erweist, den wir hier so bald als nur möglich und ganz gründlich zu geben gedenken.

Wir halten es auch für gefährlich, von „gegenrevolutionären Machenschaften“ ganz im Allgemeinen zu sprechen. In dieser Form sprechen auch Ebert und Haase, und vielleicht sogar auch Hindenburg von ihnen. Unsere Aufgabe ist es, Ursprung und Wesen solcher Machenschaften zu kennzeichnen, in ganz klarer Weise auf diejenigen Elemente hinzuweisen, die unserer Meinung nach die gefährlichsten in einer konterrevolutionären Bewegung sind.

So ist es in jedem einzelnen Punkt, die zu allgemeine Formulierung der Gedanken, der Mangel an Entgegenstellung positiver Forderungen an dieser Resolution aufgefallen, aus welchen Gründen wir sie jederzeit abweisen müssten.

Im Übrigen beginnen sie den Umstand herzlich, dass man auch in Berlin beginnt, nach größeren Versammlungen zu Demonstrationen und Aktionen zusammenzubleiben, und dass es den Berliner Genossen auf diese Weise auch gelungen ist, jetzt wieder politische Gefangene zu befreien. Wir versichern ihnen, dass die bremische Arbeiterschaft jede einzige Verhaftung aus ihren Reihen mit ganz den gleichen Aktionen wie die Berliner Genossen unmittelbar erwidern würden.

Wozu haben wir gekämpft?

Aus der Broschüre unserer russischen Genossin A. Kollontai: „Wem nützt der Krieg?“

Fragt einen beliebigen Soldaten, einen Russen, einen Deutschen, wofür sie kämpften, wozu sie das Blut ihrer Brüder vergossen haben, das Blut der Bauern und Arbeiter des benachbarten Landes? Sie können nichts sagen, keine Antwort geben, weil sie es selbst nicht wissen.

Nicht wegen der Serben gingen die Russen, nicht weil die Deutschen Russland überfallen hatten. Sie sprachen unter sich vom Lande. Die russischen Bauern-Soldaten dachten anfangs: Gehen wir, uns Land von den Deutschen zu holen.

Bald freilich begriffen sie: um Land handelt es sich nicht. Aber worum denn sonst? Wenige verstanden, überlegten es. Nicht die Russen allein gingen blind in den Kampf, ohne zu wissen, warum sie eigentlich Menschen erschießen, erstechen, verstümmeln sollten. Den eigentlichen Grund des Krieges wussten auch die deutschen, französischen und englischen Soldaten nicht. Fragt einen beliebigen. Jeder wird einen anderen Grund des Krieges angeben.

Dem deutschen Volk sagte man: „Russland hat uns überfallen. Die russischen Kosaken werden nach Berlin kommen. Wir müssen unser Vaterland verteidigen. Und zugleich werden wir Russland von der Knechtschaft der Beamten befreien, von der Willkür und Gesetzlosigkeit der Zarendiener. Gehen wir für die „Freiheit“ des russischen Volkes sterben! Das russische Volk ist noch schwach, es wird allein mit seinen „inneren Feinden“ nicht fertig, mit seinen verkäuflichen Ministern, mit seinen gierigen adligen Unterdrückern. Helfen wir ihm. Öffnen wir dem russischen Volk den Weg zur Volksherrschaft, zu Recht und Freiheit.“

Solch liebliche Lieder sangen der Kaiser mit seinem Stabe, die deutschen Agrarier und Fabrikanten dem deutschen Volke ... Das Volk durchschaute sie nicht, es vertraute ihnen. In Millionen von Exemplaren verbreiteten die bürgerlichen Zeitungen die Lüge vom Krieg, die Regierungen führten die Militärzensur ein und ließen nicht zu, dass ein Körnchen Wahrheit gedruckt wurde, die besten Freunde der Arbeiterklassen sperrten sie in die Gefängnisse ein. Sie betrogen das Volk, sie betrogen die russischen Soldaten, als sie ihnen die Überzeugung beibrachten, dass sie für Grund und Boden nach Galizien gehen.

In Frankreich haben die Regierung, Generäle, Minister, Bankiers und Fabrikherren eine andere Kriegsursache für das Volk gefunden. „Die Zeit ist gekommen, dem Deutschen wiederum das im Jahre 1870 eroberte Elsass-Lothringen abzunehmen! Bürger der glorreichen Französischen Republik! ... Ihr lebt in einem freien Lande, ihr besitzt alle politischen Rechte ... aber neben euch im benachbarten Deutschland stöhnt das Volk unter dem Joche des Kaisers! ... Retten wir das deutsche Volk! Ziehen wir in den Kampf, den Kaiser aus Deutschland zu verjagen und errichten wir eine deutsche Republik!“ So hat sich das edle Frankreich entschlossen, das deutsche Volk zu befreien und mit dem Kaiser ein Ende zu machen. Es ist eine gute Sache! Hat denn ein Volk einen Kaiser und Zar nötig? Doch bei genauem Zusehen ist die Sache etwas befremdlich. Die Völker lebten in Frieden miteinander, der Kaiser war mit dem Zaren befreundet, gegenseitig machten sie sich Besuche. Gemeinsam gründeten die Kapitalisten der verschiedenen Länder Fabriken und Handelsgesellschaften, gemeinsam plünderten sie die Kolonien Asiens und Afrikas aus, verdienten an Kanonen und Dreadnoughts. Aber auf einmal zeigen die Regierungen und Kapitalisten der verschiedenen Länder den einen Wetteifer: Auf, befreien wir das Nachbarland! Führen wir beim Nachbar Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit und Wohlfahrt ein!

Und es gingen die Deutschen, Russland von der zarischen Gewaltherrschaft zu erretten, es gingen die Franzosen, die Deutschen aus der Gewalt des Kaisers zu befreien. ...

Bei genauem Zuschauen erweist es sich aber, dass die Kapitalisten, die von der Befreiung des Nachbarn schreien, auf die ungenierteste Weise sich am Kriege bereichern, bei den Heereslieferungen auf einen Rubel zwei verdienen; und diese Heereslieferungen gehen in die Hunderte und Tausende von Millionen. Aber Hunderte, Tausende, Millionen derselben Menschen, für deren Wohl die „Großmächte“ auf einmal zu sorgen begannen, bedeckten als Leichen den Boden eigenen und fremden Landes. Ist die Befreiung des fremden Volkes die Ursache des Krieges? Wer glaubt noch diesen Liedern? Noch ein Beispiel! Die Engländer wollten nur deswegen in den Kampf eingetreten sein, um Belgien zu schützen und die

deutsche Kriegerkaste, den Militarismus zu zerstören. So hörte man's. Aber wie geht die „Regierung Seiner Majestät“ vor? Vor allem nimmt England, wo es kann, den Deutschen alle Kolonien, alles Land ab. Natürlich fragt man die Bevölkerung nicht „unter welcher Herrschaft willst du bleiben, unter der deutschen oder der unsern?“ Lassen wir vorläufig Belgien, reißen wir Länder und Völker an uns. Warum soll denn der Deutsche sie besitzen?

Und so ist es auch mit dem Kampf gegen den Militarismus. Sie ereifern sich gegen den „deutschen Militarismus“, schimpfen auf die Preußen, geraten in Erregung: die Deutschen ertöten in ihren Bürgern jede freie Empfindung, sie verwandeln die Menschen in eine gefügsame, gut dressierte Herde.

Die Kritik ist scharf. Viel ist richtig und zutreffend. Aber man redet so, und handelt anders. Der Sache nach sucht dieselbe englische Regierung, die auf die „Preußen“ schimpft, von ihnen zu lernen und die „deutsche Disziplin“ bei sich einzuführen. Seit Beginn des Krieges kämpft in England das Volk gegen die Regierung: die englische Regierung entschloss sich, bei sich selbst dieselbe Militärherrschaft einzuführen, um derentwillen man gegen Deutschland in den Krieg zog, die allgemeine Wehrpflicht an Stelle der freiwillig besoldeten Truppen, die bis dahin in England existierten.

Nach langem Widerstande der Arbeiter gelang es den englischen Geldsäcken die Zwangsrekrutierung durchzusetzen. Aber auch damit kam der Kampf der englischen Arbeiter gegen den Krieg nicht zum Stillstande. Mehr als 5000 Sozialisten Englands schmachten in den Gefängnissen, weil sie sich weigerten an dem widerlichen Weltmorden teilzunehmen.

Die Unwahrhaftigkeit legt offen zu Tage: ein fremdes Land will die englische Regierung von dem Übel der „Militärherrschaft“ befreien und zwingt dem eigenen Volke dasselbe Übel auf! Und nicht genug damit: der englischen Regierung gefiel das Vorbild Deutschlands so, dass sie beschloss, das Militärsystem auch in den Fabriken einzuführen, die Arbeiter zu mobilisieren, sie den Militärbehörden zu unterwerfen, ihnen das Recht auf Streik und Schutz ihrer Interessen zu nehmen, sie an den Staat zu fesseln. ... Und diese wirkliche „Militärknechtschaft“ wurde nicht nur in England eingeführt, sondern auch in allen anderen kriegführenden Ländern, in Frankreich, Deutschland. So arbeiteten die Völker für kümmerliche Groschen, unter Entbehrungen und Unterdrückungen, und wer nicht parierte – ging an die Front unter die Kugel der Feinde.

Hartnäckig und kühn kämpfen die englischen Arbeiter gegen dieses neue Unrecht, gegen diesen neuen Vorstoß der Kapitalisten gegen die Arbeiter, kämpfen gegen die neue Knechtschaft, verteidigen ihre Rechte. Aber auch die englische Regierung gibt nicht nach. Das Beispiel Deutschlands gefällt, an der „preußischen Militärherrschaft“ hat man Geschmack bekommen!

Zieht man den Schluss, so zeigt sich: dieselbe Ursache, dasselbe „Übel“, um dessen Willen man gegen den Nachbarstaat in den Kampf zog, das „Übel“ führt man bei sich ein, und befestigt es.

Die Deutschen gingen das russische Volk zu befreien, und führten bei sich während des Krieges die reinste zaristische Willkür ein. Die Franzosen zogen das Schwert für die „Freiheit“ der Deutschen, und haben dafür so viel an Freiheit verloren, wie Frankreich es sich nicht hätte träumen lassen.

Es lohnt sich schon, aufmerksamer umzuschauen, denn es ist klar, nicht die Gründe, die sie das Volk glauben machen wollten, brachten die Mächte zum Krieg untereinander, nicht deswegen zogen sie in den Kampf gegen den Nachbarn, der Krieg hat andere Ursachen, andere Ziele und Grundlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Golgatha

Wo ein Großer immer unter Menschen
Einer neuen Wahrheit Fackel trug,
Die gleich gierig wilden Feuerbränden
Jäh in liebe alte Formen schlug,
Sprach die herrschende Gewalt:
„Kreuzigt ihn!“ Und stellt ihn kalt.

Wenn dem Volke kühn ein neuer Geist
Aus dem Trott der Welten Wege weist,
Rauh am Moos des Alters schüttelt
Und zu frohem Streit sich büttelt,
Ist der Ordnungsgeist schon da:
„Alles bleibt so, wie es war!“

Mögt ihr wohl mit Fesseln und Gesetzen
Zeitig hemmen noch den Gang der Welt,
Könnt von Ort zu Ort die Wahrheit hetzen,
Aber endlich bleibt ihr doch das Feld!
Einmal wird nach Tod und Nacht
Nimmer sie ans Kreuz gebracht!

Berichtigung.

Am Schluss des Artikels „Internationale Kommunisten und Unabhängige“, in der vorigen Nummer, muss der letzte Satz lauten: „Kapitalismus und Imperialismus haben international ökonomische, soziale und politische Verhältnisse geschaffen, die den politischen Massenkampf des internationalen Proletariats um den Sozialismus heute und jede Stunde zur Tagesordnung der Weltgeschichte stellen.“ [Korrektur wurde ausgeführt, d. Hrsg.]

Im Übrigen sei bemerkt, dass diese grundsätzliche Darlegung des Gegensatzes zwischen Unabhängigen und Kommunisten vom Genossen Knief zu Beginn dieses Jahres während seiner Vernehmungen in der Schutzhaft zu Protokoll der Kgl. Kommandantur in Berlin gegeben wurde. Daraus erklärt sich die besondere Form des Artikels.

Redaktion der „Arbeiterpolitik.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 50/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 14. Dezember 1918.

Nr. 50

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Sozialismus der sozialistischen Regierung.

Von Anton Pannekoek.

Auf der Konferenz der Bundesstaatenvertreter meinte der Stuttgarter Reformist Heymann, die A.- und S.-Räte hätten ihre Arbeit getan, das alte System gestürzt, und nun könnten sie gehen; die Revolution ist vollendet, wir haben eine sozialistische Regierung und ein neues Deutschland kann aufwachsen. Also wäre nach seiner Ansicht die Revolution fertig und vollendet. Sehen wir, was die Revolution geleistet hat.

Sie hat allerhand alten feudalen Unrat beseitigt und damit Deutschland zu einem modernen bürgerlichen Staat gemacht. Keiner wird behaupten, Deutschland sei ein sozialistisches Land. Es sind Kräfte vorhanden, die zum Sozialismus hinführen können, aber vorläufig ist die Republik noch eine bürgerliche Republik. Die Arbeiter und Soldaten haben den Kaiser und einige Generäle gestürzt, die sie als die Schuldigen am Kriegselend betrachteten. Aber sie haben zugelassen, dass an deren Stelle die Mitschuldigen, die durch ihre Zustimmung und Unterstützung das Kriegselend möglich machten, die Ebert und Scheidemann jetzt regieren.

Es sind einige neue Leute an die Spitze getreten. Glaubt man, dass damit etwas Wesentliches geschehen ist? Nehmen wir an, die Leute an der Spitze wären nicht, die sie sind, sondern revolutionäre Männer des Volkes, die mit aller Kraft den Sozialismus verwirklichen wollen. Glaubt einer, dass damit die Sache gesichert wäre? Sie brauchen nur durch irgendeinen Umschlag der Machtverhältnisse durch andere ersetzt zu werden, und der ganze Sozialismus ist wieder verschwunden. Nicht, dass neue Leute da sind, die sich Sozialisten nennen, bestimmt das Wesen der neuen Republik, sondern *was sie tun*, um die Revolution zu festigen und vorwärtszutreiben. Was haben sie getan?

Sie fingen damit an, die ganze alte Bürokratie intakt zu lassen. All diese Herren, die die Arbeiter jahrzehntelang schuhriegelten und quälten, sie sind nicht mit Schimpf davongejagt, sondern fast alle im Amte belassen. Der ganze Unterdrückungsapparat besteht noch unverehrt; der Druck der schweren Hand hat bloß, den Umständen Rechnung tragend, etwas nachgelassen. Die Herren haben sich alle – wie hübsch! – der neuen Ordnung zur Verfügung gestellt, und vorläufig gebärden sie sich alle demokratisch und tragen rote Abzeichen. Aber das beweist bloß, dass sie davon überzeugt sind, dass nachher ihre Zeit wiederkommt, und dass diese Regierung es nicht so übel meint. Wenn die Soldaten einmal nach Hause sind, die Arbeiter wieder in der Alltagsarbeit beschäftigt, wenn die geistige Atmosphäre der Revolution

verraucht ist und die bürgerlichen Einflüsse wieder gewirkt haben, dann kommt die alte Zeit zurück mit ihren alten Behörden.

Eine revolutionäre Regierung hat zwei Dinge zu tun. Erstens die Macht des Gegners, die im ersten Ansturm niedergeworfen ist, völlig zu vernichten, damit sie sich nicht wieder erheben kann. Und zweitens die Macht der revolutionären Klasse zu festigen. Die Ebert-Haase Regierung hat genau das entgegengesetzte getan: sie hat den großen Machtapparat der Bourgeoisie, die Staatsbürokratie in Stand gelassen und sucht den Massen weiszumachen, sie schulden diesen Herren Dank für ihren Patriotismus. Sie trachteten, das neue Machtinstitut des Proletariats, die Soldatenräte, zu lähmen, indem sie die Disziplinargewalt der Offiziere wiederherzustellen suchen. Wäre ihnen das gelungen, so wäre der erste Schritt zur Konterrevolution gemacht. Die Soldaten haben an vielen Orten mehr sozialistische Einsicht gezeigt als diese Führer, indem sie diese Zumutung scharf zurückwiesen.

Lassalle hat in seiner Rede über Verfassungswesen – die jetzt zu studieren außerordentlich wertvoll ist – mit ätzender Schärfe die bürgerlichen Demokraten von 1848 verhöhnt, die nicht wussten, dass Verfassungsfragen Machtfragen sind, dass zuerst der Feind entwaffnet werden muss, und dass so lange papierne Verfassungen wertlos sind. Er hat offenbar die Ebert und Haase vorausgesehen, denn dasselbe Spiel wiederholt sich jetzt. Sie lenken die Augen der Massen auf die Nationalversammlung, die eine Verfassung feststellen soll, eine papierne Verfassung. Aber sie vergessen, dass die wirkliche Verfassung in den Machtverhältnissen liegt. Dass also ihre Hauptaufgabe darin liegen müsse, die reale Macht, die Machtinstitute des Proletariats zu stärken, die der Bourgeoisie schwächen. Und wenn man sie gewähren lässt, wird der Schluss sein, dass Hindenburg oder ein anderer General an der Spitze einer Armee diese neue Regierung davonjagt und eine rein bürgerlich-kapitalistische Bourgeoisieherrschaft wiederherstellt.

Was sie in ihrer bürgerlichen Beschränktheit versäumen, müssen die Massen selbst nachholen: Festigung der Arbeiter- und Soldatenräte zu einer unangreifbaren Macht der Massen. Und wenn die Soldaten allmählich nach Hause gehen und demobilisiert werden, müssen an ihrer Stelle die Arbeiter bewaffnet werden. Nicht regellos, sondern die nach Fabriken und Werkstätten organisierten Arbeiter sollen fest organisierte rote Garden zur Verteidigung der Revolution bilden. Diese sind dann die Träger der politischen Macht, sie bilden das bewaffnete Volk, das seine eigenen Geschicke regeln und leiten kann.

Man wirft uns vor, wir wollen das Land durch eine Minderheit regieren lassen. Das ist unrichtig. Wir wollen, dass die Arbeiterklasse mit den anderen proletarischen Schichten zusammen das Land regieren – sie bilden die Mehrheit – und sich dazu Macht verschaffen sollen. Wir wissen ganz gut, dass die Mehrheit dieser Massen noch nicht auf unserem Standpunkte steht. Aber das schadet nicht, sie wird durch die Tatsachen belehrt werden, dass unser Weg der richtige ist, und darauf können wir warten. Aber wir wollen mit unseren Aufrufen verhindern, dass die Massen sich jetzt, da sie das noch nicht einsehen, von den falschen Führern, den Handlangern der Bourgeoisie entwaffnen lassen und dann später machtlos stehen, wenn sie des Besseren belehrt sind.

Die neue Regierung, als Verkörperung der Unklarheit, die noch in einem großen Teil der Massen herrscht, hängt zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und hofft, ähnlich wie Kerenski in Russland, mit beiden zusammen regieren zu können. Sie wird daher nachher, in dem Maße wie das Klassenbewusstsein in den Massen schärfer wird und die Gegensätze losbrechen, den Halt verlieren und zerrieben werden, da sie nicht offen wählen kann. Vorläufig muss sie beiden Klassen etwas bieten; und zwar gibt sie der Klarheit des Klassenbewusstseins beiderseits entsprechend, der Bourgeoisie Taten, den Arbeitern schöne Worte. Den Arbeitern – wie in der Proklamation an die zurückkehrende Armee – wird der Sozialismus versprochen – nur nicht zu schnell, nicht überstürzt, keine Experimente! Der Bourgeoisie wird aber

zugesichert, dass die Regierung nicht daran denkt, die Banken zu nationalisieren, oder den Besitz anzutasten; und die Bourgeoisie fängt auch ruhig an, ihre kapitalistische Wirtschaft wieder aufzubauen.

In dieser Haltung steckt vor allem Unfähigkeit und Ratlosigkeit. Die neue Regierung sieht keine Möglichkeit, eine neue Ordnung kräftig einzuleiten. Sie muss sich stützen auf die Hilfe der alten Bürokratie, weil sie kein Vertrauen hat zu den neuen Kräften der Massen. Sie traut sich nicht, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen; sie glaubt nicht, ohne die Bourgeoisie auskommen zu können – in Deutschland, das Kautsky vor 20 Jahren schon reif für den Sozialismus erklärte. Aber schließlich werden die entschiedeneren Elemente, wenn sie von den Massen weitergetrieben werden, doch etwas tun müssen. Die Unabhängigen arbeiten schon Pläne aus, mit der Sozialisierung einen Anfang zu machen. Wird dann der Sozialismus nicht doch kommen? Hier liegt eine neue Gefahr für die Massen, wenn sie nicht scharf aufpassen. Die sozialistischen Maßnahmen, die hier gemeint werden, betreffen Verstaatlichung großer Privatbetriebe. Das ist aber nicht der Sozialismus, den das Proletariat braucht, sondern es ist Staatssozialismus. Und damit ist das Proletariat nicht besser, sondern eher schlimmer daran. Schon vor zwei Jahren, als Jaffe, der jetzige bayrische Finanzminister, mit seinen staatssozialistischen Plänen hervortrat, ist dagegen im „Vorboten“ gewarnt worden.

Staatssozialismus ist der Gipfelpunkt des Kapitalismus; und weitblickende Großkapitalisten haben sich dafür schon ausgesprochen. Wenn der Staat ihre Riesenbetriebe übernimmt, sorgt er für das Eintreiben des Mehrwerts, den sie als Zinsen bekommen, und sie haben keine Scherereien mehr mit den Arbeitern. Der Staat hält die Arbeiter nieder – indem er einen Teil eine Vorzugsstellung gibt und korrumpiert und damit den Rest durch seine Macht widerstandsunfähig macht – und sichert dem Kapital seine Einkünfte.

Es ist auch eine Regelung der Produktion, eine Organisation der Arbeit, also Sozialismus, aber ein Sozialismus, der die tiefste, unabänderlichste Sklaverei des Proletariats bedeutet. Von dem proletarischen Sozialismus unterscheidet er sich dadurch, dass die Ausbeutung bestehen bleibt. Nicht die Organisation durch den Staat, sondern die Ausbeutung, das Kapitaleinkommen unterscheidet beide. Proletarischer Sozialismus besteht nicht bloß in der Sozialisierung der Produktion, sondern in erster Linie in der Konfiskation des Kapitaleinkommens. Ob die Verstaatlichung zum einen oder zum anderen führt, hängt davon ab, welcher Staat sie durchführt, wer die Macht im Staate besitzt. Und daher kommen wir wieder zu demselben Schluss wie vorher: Die Kernfrage der heutigen Situation ist die Frage der gesellschaftlichen Macht.²¹

Wenn eine Regierung, wie die heutige, Verstaatlichung ankündigt, ohne die Machtmittel des Proletariats allmächtig zu machen und die Machtmittel der Bourgeoisie zu vernichten, so führt das zum Staatssozialismus, zur schlimmsten Sklaverei des Proletariats.

Nur wenn die Arbeiterklasse sich die ganze Macht im Staate sichert und die Bourgeoisie machtlos macht, kann sie durch Verstaatlichung der Produktion zum Sozialismus und zur Freiheit gelangen.

²¹ „Der Sozialismus ist nicht eine Frage der Staatsbetriebe, sondern eine Frage der Macht des Proletariats“. (Vorbote Nr. 2, Seite 25)

Das Militärprogramm der proletarischen Revolution

Von N. Lenin

Vorbemerkung: Der folgende Artikel des Genossen Lenin wurde noch während des Krieges veröffentlicht. Er ist das Ergebnis einer Polemik, die in den linksradikalen Organen der Schweiz ausgetragen wurde. Die Polemik drehte sich um die Frage: Miliz im Sinne des alten sozialdemokratischen Programms oder Entwaffnung? Lenin entwickelt die Forderung der Entwaffnung gegenüber die Forderung der Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung der Arbeiterklasse. Da das Thema gerade heute für die deutsche Arbeiterklasse von größter Bedeutung ist, so bringen wir den Artikel des Genossen Lenin hiermit zum Abdruck. Wir brauchen nicht erst zu betonen, dass wir mit der in ihm entwickelten Auffassung völlig übereinstimmen.

Redaktion „Arbeiterpolitik“.

1.

Das grundlegende Argument der Entwaffnung besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste und konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der „großen“ imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir halten den Krieg, den *diese* Bourgeoisie jetzt führt für einen reaktionären, versklavenden und verbrecherischen Krieg. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege *gegen* diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten und von ihr abhängigen Völker oder der Völker ihrer Kolonien für ihre Befreiung? In den „Leitsätzen“ der Gruppe „Internationale“ lesen wir in § 5: „In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.“ Das ist offenbar unrichtig.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des „entfesselten Imperialismus“, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, die imperialistischen Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Erde, mit dem uns eigentümlichen, niederträchtigen europäischen Chauvinismus „Kolonialkriege“ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von Seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht eben darin, dass er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigen Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Das ist Tatsache. Und daraus folgt unvermeidlich, dass der Imperialismus häufig nationale Kriege erzeugen muss. *Junius*, der in seiner Broschüre die genannten „Leitsätze“ verteidigt, sagt, in der imperialistischen Epoche führe jeder nationale Krieg gegen eine von den imperialistischen Großmächten zum Eingreifen einer zweiten, mit der ersten konkurrierenden, gleichfalls imperialistischen Großmacht und dadurch werde jeder nationale Krieg in einen imperialistischen verwandelt. Aber auch dieses Argument ist unrichtig. Es *kann* so sein, es ist aber nicht immer so. Mehrere Kolonialkriege in den Jahren 1900 bis 1914 gingen nicht diesen Weg. Und es wäre einfach lächerlich, wenn wir erklärten, dass z.B. nach dem jetzigen Krieg, wenn er mit der äußersten Erschöpfung der kriegführenden Länder endigt, es „keinen“ nationalen, revolutionären Krieg, meinetwegen seitens China im Bunde mit Indien, Persien, Siam usw. gegen die Großmächte, geben kann.

Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenbar falsch, praktisch ist sie europäischer Chauvinismus; wir, die wir zu den Nationen gehören, die Hunderte Millionen von Völkern in Europa, Afrika, Asien usw. unterdrücken, wir wollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen „unsere“ Nation sei unmöglich!

Zweitens: Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle größeren Revolutionen bestätigen das, Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Das kann im Zeitalter der Warenproduktion nicht anders sein. Daraus folgt der unvermeidliche Schluss: Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muss nicht nur Reibungen erzeugen, sondern auch das direkte Streben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie.

Engels hatte vollständig recht, als er in seinem Briefe an Kautsky vom 12. September 1882 ausdrücklich die Möglichkeit von „Verteidigungskriegen“ des bereits siegreichen Sozialismus anerkannte. Er meinte nämlich die Verteidigung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder. Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande, niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden die Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig – und gar nicht revolutionär, – wenn wir gerade das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das, was beim Übergang zum Sozialismus den schwersten Kampf erfordert, umgehen oder vertuschen. Die „sozialen“ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen; sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, dass sie jeden Gedanken an erbitterte Massenkämpfe und Klassenkriege und jede Tätigkeit dafür von sich weisen, um diese schöne Zukunft zu verwirklichen. Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff „Landesverteidigung“ manchem verhasst, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kautskyaner die Lüge der Bourgeoisie im gegebenen Raubkriege verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, dass wir verlernen dürfen über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. „Landesverteidigung“ im gegebenen Kriege anerkennen, heißt diesen Krieg für einen „gerechten“, dem Interesse des Proletariats dienenden halten. Weiter nichts und abermals nichts! Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, die Landesverteidigung der unterdrückten Völker in ihrem Kriege gegen die imperialistischen Großmächte oder des siegreichen Proletariats in seinem Kriege gegen irgendeinen Gallifet eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen.

Es wäre theoretisch grundfalsch zu vergessen, dass jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muss notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung

und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und Unvermeidbarkeit erstens von revolutionären nationalen Aufständen und Kriegen, zweitens von Kriegen und Aufständen des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens von einer Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen.

2.

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffen zu kennen, sich in Waffen zu üben und Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, misshandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns selbst zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und dass keine Rettung daraus möglich und denkbar ist, als nur durch Klassenkämpfe. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die unterdrückte [unterdrückende?] Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während des Streiks in allen kapitalistischen Ländern zu erwähnen. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten und wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die Forderung der „Entwaffnung“ aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, sie zu expropriieren und zu entwaffnen. – Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, begründet und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen zu werfen, was es auch ganz sicher dann – aber nicht früher – tun wird. Und wenn der heutige Krieg in reaktionären Sozialphrasen und weinerlichen Kleinbürgern vor Schrecken und Furcht nur Abscheu vor Waffengebrauch, vor Tod und Blut erzeugt, so sagen wir dagegen: die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer ein Schrecken ohne Ende.

Und wenn jetzt durch diesen reaktionärsten aller Kriege dieser Gesellschaft ein Ende mit Schrecken bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln. Nichts anderes als im Ausfluss der Verzweiflung bedeutete objektiv die Predigt und die Forderung, besser gesagt: der Traum von der „Entwaffnung“. Jetzt, wo offenbar vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird. Wer das für eine „graue, bloße Theorie“ hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche Tatsachen: an die Rolle der Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune von 1871 und die Dezembertage von 1905 in Russland andererseits. Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren und unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „unterstützen“ diese Entwicklung nicht, wir fordern so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind progressiv. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw., hinaus und durch sie zum Sozialismus. Das gleiche gilt, mutatis mutandis, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische – und die übrige – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht die Frauen militarisieren. Wir antworten: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher kommen wir dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus.

Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommunen nicht vergessen wollen. Das ist doch keine „Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten, allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz, daran zu zweifeln begönnen, dass die imperialistische Epoche und die imperialistischen Kriege naturnotwendig und unvermeidlich zur Wiederholung dieser Tatsachen führen müssen. Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestände, was wäre das für eine schreckliche Nation!“ Die Frauen und die Jugend vom dreizehnten Jahre an kämpften während der Kommune neben den Männern; es wird in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt; sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen. Und aus der heutigen, „erschrockenen“ oder entmutigten Nation – richtiger: aus der heutigen durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen der organisierten Arbeiterbewegung – wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats erstehen. Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung ist alles. Der Imperialismus ist ein erbitterter Kampf der Großmächte um Verteilung und Neuteilung der Welt – er muss daher zur weiteren Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen.

Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen? Nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf eine so schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen: „Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Raubkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen Landes‘ zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“ Wenn man nicht solche Propaganda, und nur eine solche, im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution und von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

Bolschewismus und Demokratie.

Von Anton Pannekoek.

Die Frage der Demokratie ist jetzt die große Streitfrage in der Reorganisation Deutschlands.

Die vorläufige Regierung tut ihr Möglichstes, die alte Staatsgewalt zu festigen gegen die neue revolutionäre Gewalt der Arbeitermassen. Ihr kommt dabei die ganze geistige Erbschaft der alten sozialdemokratischen Partei zugute; mit den „altbewährten“ Sätzen, die viele Jahrzehnte lang durch die Partei in ihrer Agitation den Massen eingepaukt wurden, hofft sie, die weniger klar blickenden Arbeiter zu beruhigen. Demgegenüber können die revolutionären Wortführer des Proletariats sich stützen auf alles, was die Erfahrung der letzten Jahre uns Neues gelehrt hat. Und diese neuen Einblicke beziehen sich vor Allem auf die Demokratie.

Was bedeutet, was soll die Demokratie? Regierung des Volkes. Das Volk soll sich selbst regieren, nicht von anderen regiert werden. Es soll seine Angelegenheiten selbst, nach eigenem Willen besorgen.

In diesem Satz ist sofort zu bemerken, dass er, so wie er buchstäblich lautet, außerhalb der Realität steht und nur über unwesentliche Begriffe handelt. Denn ein „Volk“, das seine eigenen Angelegenheiten regeln könnte, gibt es nicht. Das Volk ist gespalten in Klassen; Ausbeuter und Arbeiter stehen einander scharf gegenüber. Arbeiter und Ausbeuter haben keine oder nur sehr nebensächliche gemeinsame Angelegenheiten; einen gemeinsamen „eigenen“ Willen können sie nicht haben. Und wenn nach der strengsten, radikalsten formellen Demokratie Arbeiter und Bourgeoisie richtig nach ihrer Zahl in einem Parlament vertreten wären, wie könnten sie zusammen regieren?

Was könnten sie sonst als fortwährend hadern und einander in der Arbeit lähmen?

Wenn wir vom Volke reden, meinen wir die Volksmasse im Gegensatz zu der besitzenden Minorität. Dieses Volk, das arme, arbeitende Volk, die Proletarierklasse soll sich selbst regieren. Das Proletariat bildet die Masse, die Mehrheit; ihr Interesse soll also alles Geschehen in der Gesellschaft beherrschen.

Es soll nicht *vorherrschen*, indem zu 10 Prozent auch das Bourgeoisinteresse ein bisschen mitzählt – das ist ebenso unmöglich wie die Vorstellung des Reformisten, dass früher das Arbeitsinteresse ein bisschen mitzählte, als in Wirklichkeit das Kapitalinteresse allbeherrschend war. Das Interesse der arbeitenden Masse soll allein herrschen. Von zwei völlig entgegengesetzten politischen Zielen kann nur eins verfolgt werden.

Wir haben früher auch bisweilen Kritik an dem allgemeinen Wahlrecht geübt. Wir sagten: die Menschen sind einander nicht gleich, also sollen auch ihre Stimmen nicht gleich sein. Ein Mensch, der nur von seinem Kapital lebt, nicht arbeitet, nur als Parasit, als Drohne am Körper der Gesellschaft schmarrotzt, soll doch nicht ebenso viel dareinzureden haben wie ein Arbeiter, der durch seine Arbeit die Gesellschaft in Stand hält. Dieser Grund war gewissermaßen ein ethischer. Jetzt können wir noch besser sagen: das Ziel unserer Politik, die jetzt notwendige Arbeit des sozialistischen Aufbaus der Gesellschaft, ist so völlig dem Interesse der Bourgeoisie entgegengesetzt, dass sie diese Arbeit möglichst zu hindern und zu hintertreiben suchen wird. Wer wird bei dem Bauen einer Wohnung Leute dabei aufnehmen, die nach Kräften zu hindern und zu zerstören suchen? Steht es einmal fest für die Arbeitermassen, dass sie ihre politische Herrschaft zum Aufbau des Sozialismus benutzen wollen, so muss sie die Bourgeoisie von der Mitarbeit ausschließen; Kapitalinteressen dürfen nicht mitreden. Das ist zwar keine formelle Demokratie, aber in der Tat eine höhere, bessere Demokratie, die Arbeiterdemokratie, die die Lebensinteressen der Masse vertritt. Sie ist dasselbe, was Marx die Diktatur des Proletariats nannte. Sie ist, was früher Kommunismus und jetzt Bolschewismus genannt wird. Sie ist im großen Maßstab jetzt in Russland durchgeführt worden, nachdem die Pariser Kommune im Jahre 1871 die ersten Anfänge gezeigt hatte.

Man könnte nun fragen, wie sich das praktisch machen lässt, bestimmte Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Bourgeoisie vom Wahlrecht auszuschließen – abgesehen noch davon, dass das immerhin äußerlich als ein ungerechter Willkürakt erscheinen wird. Aber man vergisst dabei, dass die Herrschaft der proletarischen Massen zur Reorganisation der Gesellschaft gar nicht die Form einer Parlamentsregierung annehmen wird. Das zeigte sich schon bei der Pariser Kommune. Diese Körperschaft teilte sich bald in eine Anzahl Arbeitskommissionen, die die verschiedenen Verwaltungsgebiete besorgten: Verkehrswesen, Arbeitsregelung, Lebensmittelversorgung, Heeresorganisation, Unterricht usw. Das konnte nicht alles von oben geschehen: diese Kommissionen mussten in Verbindung treten mit den selbstgebildeten Verwaltungskomitees einzelner Stadtteile; und hätte die Kommune länger bestanden, so hätte man sicher den Umweg der Wahl einer allgemeinen parlamentarischen Körperschaft abgeschafft und die zentralen Verwaltungskommissionen aus den Arbeiterorganisationen hervorgehen lassen. Aus der traditionellen Form des Parlaments bildeten sich von selbst im Kleinen neue Organe einer proletarischen Regierung.

Ähnliches, aber in einer viel vollendeteren Gestalt hat sich in Russland entwickelt. Die Arbeiterräte in der Stadt, die Bauernräte auf dem Lande und die Elemente, aus denen die Regierung von unten aufgebaut wird; sie bilden die Räte, die die verschiedenen Verwaltungen besorgen. Die Stadtverwaltung wird von den Arbeiterräten der Stadt gewählt; und die Arbeiterräte der Fabriken einer bestimmten Branche wählen die Verwaltung dieser ganzen Branche über das ganze Land. Ein allgemeiner Sowjetkongress, der dann und wann zusammentritt, bestimmt die allgemeine Politik; aber für jeden besonderen Zweig: Produktion, Lebensmittel, Verkehrswesen, Gesundheitspflege, Unterricht, treten besondere Kongresse zusammen, wohin die örtlichen Sowjets ihre sachverständigsten Mitglieder schicken, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen.

Diesen beweglichen Apparat hat das russische Volk sich gebildet aus der praktischen Notwendigkeit heraus, das gesellschaftliche Leben neu aufzubauen. Er bildet zugleich das Organ der proletarischen Diktatur; denn die Bourgeoisie kann darin keinen Anteil nehmen. Die Bourgeoisie wird nicht künstlich durch Erhaltung vom Wahlrecht aus der Regierung ausgeschlossen, sie findet einfach keinen Platz in dieser Organisation. Denn dieser Verwaltungsapparat, der zugleich Regierung ist, ist nicht auf die Personen, sondern auf die Arbeit aufgebaut; wer nicht in der Arbeit seinen Platz einnimmt, stellt sich selbst außerhalb der Möglichkeit, über die Geschicke des Landes mitzubestimmen. Der ehemalige Direktor oder Fabrikbesitzer, der bereit war, als technischer Leiter weiter mitzuarbeiten – unter Kontrolle des Arbeiterrates –, kann mit den anderen Arbeitern der Fabrik gleichberechtigt mitbestimmen. Die geistigen Berufe, die Ärzte, die Lehrer, die Künstler, bilden ihre eigenen Räte, die bei den sie berührenden Fragen mitbeschließen. All diese Räte bleiben stets in engster Verbindung mit den Massen, da sie fortwährend neu delegiert werden müssen und durch andere ersetzt. In solcher Weise muss dafür gesorgt werden, dass sich aus ihnen keine neue Bürokratie bildet; und dies ist möglich, weil zugleich durch intensive Lern- und Lehrtätigkeit die nötige Fähigkeit kein Monopol Einzelner bleibt.

Im Lichte dieser wirklichen Selbstregierung des Volkes wird erst klar, wie wenig auch das demokratischste Parlament eine Volksregierung verwirklichen kann. Es verwirklicht nur eine Regierung von Parlamentariern. Einmal vierjährlich oder jährlich müssen sie das Vertrauen des Volkes haben; durch schöne Reden, Versprechungen und Programme gewinnen sie die Stimmen, und dann sind sie Meister. Der unmittelbaren Einwirkung der Massen entzogen, nur einander beeinflussend, schalten sie während der ganzen Legislaturperiode, halten lange Reden und beschließen Gesetze. Aber doch nur zum Scheine sind sie allmächtig: die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Beamtschaft, der Bürokratie, die als Behörde über das Volk regiert. Diese sogenannte Trennung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt ist in den demokratischen Republiken der Welt das Mittel, die Massen zu beherrschen und ihnen doch den Schein vorzutäuschen, dass sie selbst herrschen; also das Mittel, die Herrschaft des Kapitals zu sichern. Die Praxis in Frankreich, Amerika, in der Schweiz, beweist, dass dort überall, trotz aller Demokratie, die Massen vom Kapital beherrscht und ausgebeutet werden. Und trotz des allgemeinen Wahlrechts sind die Massen machtlos und unfähig, dies zu ändern. Sie stehen einer kunstvollen Unterdrückungsmaschinerie gegenüber, die von Parlament, parlamentarischer Regierung und Beamtschaft gebildet wird. Sie können nur an einer Stelle, dann und wann, bei den Wahlen, etwas beeinflussen: aber schon da kann sich ihr Wille nur halbwegs klären unter dem Dröhnen der Wahlreden und dem Rasseln der Programme. Soweit aber die gewählten Parlamentarier bemüht sind, dem Volkswillen zu genügen, sind sie bald umgarnt von dem parlamentarischen Schmutz: Parteidisziplin, Kulissenschieberei, Intrigen, Redeseligkeit; und die „parlamentarische“ Regierung der Parteihäupter ist schon so gut wie unabhängig vom Volkswillen. Und diese Regierung ist wieder halb machtlos gegen das feste Gefüge der Staatsbürokratie, der Behörden, die den Massen als eine fremde Herrschergewalt gegenüberstehen.

Parlamentsherrschaft ist das Steckenpferd der Fachpolitiker, die durch lange Reden in der „Quasselbude“ ihre Unentbehrlichkeit zeigen wollen. Ihnen graut vor dem Bolschewismus, denn wo bleiben sie dann? Wenn statt lange Reden zu halten, praktisch gearbeitet werden muss, sind sie in der Tat überflüssig.

Marx und Engels bezeichneten den Staat als die Organisation des Kapitals zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse. Sie hätten hinzufügen können, dass die Demokratie daran nichts ändert, und bloß dazu dient, den Massen den Schein vorzutäuschen, dass sie selbst Meister sind. Sie stellten daher als erste Aufgabe der proletarischen Revolution: die Zertrümmerung des Staates. Das heißt, dass diese Maschine, die die Massen beherrscht und die außerhalb ihres Bereichs liegt, dieser Behörden- und Parlamentsapparat beseitigt werden muss. Diese Frage bildet jetzt den Kernpunkt des Streites zwischen der revolutionären und der bürgerlichen Richtung. Von ihr hängt die nächste Zukunft ab; denn wenn die alte Staatsgewalt unausgesetzt bleibt, kann sie unter späteren Umständen wieder ein Werkzeug werden zur Niederhaltung der jetzt aufständischen Massen und die Kapitalherrschaft wieder herstellen.

Geharnischtes Sonett.

O, dass ich ständ auf einem hohen Turme.
Weit sichtbar rings in allen deutschen Reichen,
Mit einer Stimme, Donnern zu vergleichen,
Zu rufen in den Sturm mit mehr als Sturme:

Wie lang willst du dich winden gleich dem Wurme
Krumm unter deines Feinds Triumphrad Speichen?
Hat er die harte Haut noch nicht mit Streichen
Dir g'nug gerieben, dass dich's endlich wurme?

Die Berge wenn sie könnten würden rufen:
Wir selber fühlten mit fühllosem Rücken
Lang g'nug den Druck von eures Feindes Hufen.
Des Steins Geduld bricht endlich auch in Stücken
Den Götter zum Getretensein doch schufen -
Volk mehr als Stein, wie lang darf man dich drücken.

Friedr. Rückert

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 51/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 21. Dezember 1918.

Nr. 51

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

An die „Geistigen“.

Von Hugo Kersten.

Ihr lauft hinter der Revolution her und bildet Vereine und Schwatzgesellschaften. Hinter der Tat steht bei Euch das Manifest. Es ist nicht Aufrührer, Aufhetzer und Schürer, sondern Beschwichtiger, Sicherheitsorgan und Verwässerer.

Ihr prunkt mit dem, was angeblich erreicht ist, vergesst aber, dass nicht Ihr es waret, die das Wenige erreicht haben, und dass Ihr leider nicht einmal unter denjenigen waret, die den 9. November vorbereitet haben.

Jetzt seid Ihr auf einmal alle wieder da wie vor 1914. Wo waret Ihr inzwischen? Niemand hat Euch gesehen! Ihr waret auch nicht in den Gefängnissen, wo man Euch unter der alten Regierung hätte suchen müssen! O nein, Ihr saßet sehr bequem in Euren Cafehäusern und hattet zu diskutieren über Eure Literatur- und Ateliertheorien, über Eure kleinen Sonderinteressen und über Eure großen Ziele – Ihr hattet zu diskutieren – wenn Ihr nicht gerade – wie so viele unter Euch – Verrat triebt an der Sache des Geistes – und des Sozialismus!

Jetzt seid Ihr auf einmal alle seit dem 10. November wieder da (denn am 9. hat Euch noch niemand gesehen!) Und Ihr alle seid Sozialisten! Ihr schreibt über Sozialismus, Eure Programme sind „sozialistisch“, Euer Mund fließt über von Sozialismus, und nur Eure Taten sind nicht sozialistisch.

Nicht, dass Ihr früher nicht sozialistisch waret, wäre der schlimmste Fehler. Denn viele, die es angeblich waren, sind es nicht, warum sollten nicht viele es werden, die nie angaben, es zu sein?

Ihr aber, die Ihr heute glaubt, Sozialisten zu sein, was ist Eure erste Tat, nachdem Arbeiter und Soldaten Euch den Schlaf aus den Augen gerieben haben? Ihr bildet Vereine, und Eure Vereine schreien nach der – Nationalversammlung!

Man könnte meinen, dass Ihr missbraucht werdet. Aber Ihr, die Ihr der Meinung seid, den Geist des Landes zu repräsentieren – wie könnte der Geist missbraucht werden von irgendwelchen politischen Kulissenschiebern? Aber Ihr, die Ihr heute nach der Nationalversammlung schreit, Ihr seid nicht einmal der Kopf, Ihr seid nur das Maul der Bourgeoisie, meine Herren Sozialisten!

Ihr schreit gerade jetzt, ausgerechnet jetzt (warum nicht am 4. August 1914 und früher?) gegen jede Gewalttätigkeit! Ihr habt den unglaublichsten Gewalttätigkeiten stumm zugesehen. Jetzt aber, wo eine Gewalt gegen die andere steht, jetzt dreht Ihr Euch uns zu und ruft: „Nur keine Gewalttätigkeit!“ Könnt Ihr Euch in Euren kühnsten Theorien eine Revolution ohne Gewalttätigkeiten ausdenken, meine Herren Revolutionäre?

Und jetzt, ausgerechnet jetzt, proklamiert einer Eurer Vereine die „Unantastbarkeit des Lebens“. Wir sind gestorben, jahrelang, wir wurden verkrüppelt, jahrelang, wir sind verhungert, jahrelang!

Mag sein, dass auch schon früher die „Unantastbarkeit des Lebens“ auf Eurem Programm stand. Aber zum mindesten habt Ihr nicht so laut geschrien wie jetzt, denn dann würdet Ihr heute nicht mehr leben, oder wir hätten Euch zum mindesten am 9. November aus den Gefängnissen holen müssen! Jawohl, die Unantastbarkeit des Lebens! Aber auch die Unantastbarkeit des Lebens derer, die unser Leben heute immer noch nehmen und es immer genommen haben? Auch die Unantastbarkeit des Lebens derer, die hinter feuernden Maschinengewehren stehen?

Wer vier Jahre lang den Mund nicht aufgetan hat, um die Unantastbarkeit des Lebens zu fordern, und wer es jetzt auf einmal mit so viel Stimmaufwand tut, der deckt mit seinem Kopf die Bourgeoisie, der deckt mit seinem Kopf den Geldschrank, vor den man ihn gestellt hat oder vor den er sich selbst gedrängt hat!

Ich hatte immer die Vorstellung, dass die junge Geistigkeit es sein müsste, die vor der Revolution marschiert, dass Ihr die Massen mitreißt zur Tat, Opfer und Märtyrer Eures Geistes. Oder ist Euer Körper zu wertvoll für ein Gewehr, das – leblos – für den Geist einsteht?!

Ihr aber kommt hinter uns hergelaufen, bildet in unserem Rücken Debattierklubs und brüllt: „Nationalversammlung!“

Das Wilson'sche Programm.

Von Anton Pannekoek.

Die deutsche Bourgeoisie betrachtet jetzt immer mehr – je nachdem die Wellen der Revolution höherschlagen – die siegreiche Ententemacht als ihren Schutz und ihre Rettung vor dem Proletariat. Jetzt sucht sie noch die Arbeiter zu schrecken mit der Drohung, die Entente werde kommen, die „Unordnung zu steuern; wenn das aber die Massen nicht vom Klassenkampf zurückhalten wird, kann man darauf rechnen, dass sie die Heere der Entente selbst herbeirufen wird.

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben ihre Hoffnung gleichfalls auf die Entente gestellt, aber in anderer Weise. Nicht auf ihre Waffen, sondern auf ihre Moral. Sie hoffen, dass bald eine geordnete demokratisch-bürgerliche Regierung kommen wird, die sich mit den Ententepolitikern gleichberechtigt an den Verhandlungstisch setzen wird, um mit ihnen zusammen den Völkerbund zu gründen. Dort werden dann nicht die bösen Militaristen Foch, Beatty und Haig kommandieren, sondern die Männer des Friedens, die Europa auf der Grundlage des Rechtes und der Völkerfreiheit neu regeln werden. Vor allem Wilson. Schweifwedelnd rühmen sie Wilson, den Mann des Völkerbundes, den neuen Heros, der eine bessere Zeit der Gerechtigkeit zwischen den Völkern bringen wird. Kautsky hat schon auseinandergesetzt, dass Amerika nicht für imperialistische Ziele in den Krieg ging, beileibe nicht, sondern nur aus edlen, ethischen Gründen, um den deutschen Militarismus zu vernichten. Jetzt, wo dies gelungen ist, wird Wilson seine schützende Hand über die deutsche Republik erheben und dem deutschen Volke Gutes bringen. Mit diesen phantastischen Aussichten hoffen sie die Massen vor revolutionären Taten, vor revolutionärer Selbsthilfe

zurückzuhalten. Immer war ihre Politik, kein Vertrauen in die eigene Kraft der Massen zu stellen, sondern auf fremde Hilfe zu blicken. Jetzt soll der edle Wilson der Retter sein vor den siegestrunkenen Ententegenerälen, die Deutschland ausplündern und ökonomisch vernichten wollen.

Sehen wir uns also das Programm Wilsons an, dass er in verschiedenen Reden darlegte. Es kommt auf diese einfachen Thesen hinaus:

Nicht die Gewalt, sondern das Recht soll über die Welt herrschen.

Nicht die Gewalt, sondern das Recht soll die Beziehungen der Völker bestimmen. Wer dieses Recht verletzt, soll bestraft werden.

Der Völkerbund soll den Weltfrieden sichern.

Als Wilson dieses Programm aufstellte, war es in erster Linie gegen den deutschen Imperialismus gerichtet. Diese neu emporstrebende Macht konnte ihre Ziele nur durch Umsturz der bestehenden Besitz- und Kolonialverhältnisse erreichen. Deshalb brauchte sie Wahrheit und ihre Vertreter sprachen diese Wahrheit offen aus: die Macht, die Gewalt regiert die Welt. Die siegreiche Macht bestimmt das Recht, und nennt sich Recht. Demgegenüber stellten sich die alten Gewalten auf den Boden des überkommenen Rechtes und denunzierten den deutschen Standpunkt als eine grausame Verhöhnung des Rechtes. Und nur allzu viele angeblich sozialistische stellten sich in ihrer Kritik des deutschen Imperialismus auf denselben spießbürgerlichen Standpunkt, statt zu betonen, dass *aller* Imperialismus notwendig zum Kapitalismus gehört und in allen Ländern dieselben Grausamkeiten zeitigt. Das Verbrechen des deutschen Imperialismus war, dass er offen und brutat tat – und deshalb in schlimmerem Maße, als System – was alle anderen unter heuchlerischen Phrasen taten; und deshalb musste er bestraft werden. Jetzt hat die Gewalt gesiegt – die stärkere Gewalt Englands und Amerikas; sie nennt sich Recht und ordnet die Welt nach diesem Recht.

Das Recht, das die Welt beherrscht, ist die Allmacht des englisch-amerikanischen Imperialismus. Deutschland war die einzige Macht, die die Weltherrschaft England-Amerikas ernsthaft bedrohen konnte, deshalb musste es niedergeworfen werden. Und der erste Satz Wilsons spricht es klar aus: keinem neu aufkommenden Staate soll es gestattet sein, sich durch eigene Macht zu erheben und das ererbte Recht, die jetzigen Machtverhältnisse also die Weltherrschaft England-Amerikas zu stören.

Als Mittel dazu wird Europa gespalten in eine Anzahl kleiner Nationen, jede selbständig und machtlos, durch fortwährenden Hader über Grenzgebiete – weil jede bürgerliche Regierung möglichst große Gebiete haben will – noch machtloser. Aber sie dürfen keinen Krieg führen und keine Sonderverträge schließen, damit nicht ein größeres Reich daraus entstehe; deshalb sollen sie einen Völkerbund bilden, in dem England-Amerika den Vorsitz, die Führung haben und alle strittigen Fragen so entscheiden, dass der Hader immer neu geschürt wird. Keine Armee durch allgemeine Wehrpflicht werden sie halten dürfen, sondern nur kleine Gendarmeriekorps zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, d.h. zur Niederhaltung des Proletariats.

So zeigt sich, dass das Wilsonsche Programm, der Völkerbund und die Weltherrschaft des Rechts nichts sind als die ideologische Verkleidung der Weltherrschaft des englisch-amerikanischen Kapitals, das jetzt ohne Konkurrenz die Ausbeutung der ganzen Welt, Asiens, Afrikas und Europas selbst betreiben kann.

Aber das Programm hat noch einen anderen Sinn. Es war nicht nur gegen den deutschen Imperialismus, sondern von Anfang an auch gegen das sozialistische Proletariat gerichtet. Die Losung: Recht gegen Gewalt, war schon seit langem in Amerika im Klassenkampf beliebt. Wenn die Arbeiter in Streiks durch ihre Geschlossenheit nahe daran waren, den Sieg zu

erringen, trat ein bürgerliches Komitee zusammen, um die „Rechtsansprüche“ beider Parteien zu untersuchen; und wollten die Arbeiter sich dem nicht fügen, so wurden sie ins Gefängnis geworfen oder erschossen, im Namen des Rechts. Richter verboten Streikpostenstehen und Agitation, weil die Methoden der Streiks einen Versuch darstellen, durch Gewalt, durch Machtentfaltung das Recht, das ererbte Ausbeutungsrecht der Kapitalisten zu schmälern. Immer wurde diese Formel benutzt, um das emporstrebende amerikanische Proletariat, das seine Macht zu steigern suchte, gewaltsam niederzuwerfen, damit das alte Recht herrschen bleibe.

Die sozialistischen Arbeiter wissen es und sprechen es offen aus, dass sie die Freiheit nur erobern, den Sozialismus nur gewinnen, den Kapitalismus nur beseitigen können durch den Kampf, durch Ausbildung der eigenen Macht, durch gewaltsame Niederwerfung der Ausbeutermacht – und unsere Theorie, der Marxismus, bringt diese Wahrheit klar zum Ausdruck. Gegen diese Lehre und diese Ziele stellt sich das Wilsonsche Programm: so wenig wie einer Nation, soll es einer Klasse gestattet sein, sich durch eigene Kraft zu erheben und die Welt zu erobern. Und wenn sie es trotzdem versucht, wird sie durch die ganze Gewalt der siegreichen englischamerikanischen Macht erdrückt werden – im Namen des Rechtes. Das ist die Bedeutung des Wilsonschen Programms.

Und es wird schon praktisch angewandt. Schon marschieren die Heere der Entente von allen Seiten auf das sozialistische Russland, um die Sowjetrepublik zu zerstören. Ob es gelingen wird, ist eine zweite Frage; nur wenn es sich zeigt, dass sich in dem Bauerntum starke antikommunistische Gefühle entwickelt haben, die die Einigkeit der Massen brechen, werden sie Erfolg haben können. Amerika und England werden so die Rolle spielen, die im Jahre 1849 der Zarismus spielte. Aber sie sind schwächer, weil sie im Inneren verwundbar sind: in allen Ententeländern gärt es unter den Arbeitern; und diese Gärung wird durch ihr Auftreten gegen die europäische Revolution wachsen. So wird ihr Auftreten nur die Ausbreitung der Weltrevolution fördern.

Wie töricht und beschränkt ist also die Politik derjenigen, die dem Proletariat Vertrauen auf Wilson und sein Programm einflößen wollen! In Versailles wird sich zeigen, dass die Ententeimperialisten Meister sind und sich in ihren Zielen durch Wilsons schöne Reden nicht beeinflussen lassen. Umgekehrt werden sie diese in den Dienst ihrer Ziele stellen; sie werden seine völkerbetrügenden Phrasen zujubeln und sie als äußere Form ihrer völkerbedrückenden Maßnahmen annehmen. Denn sie wissen, dass sein Programm im Grunde genau dasselbe bedeutet was sie wollen: Weltherrschaft England-Amerikas, Weltherrschaft des Kapitals, rücksichtslosen Kampf gegen die proletarischen Revolution.

Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur?

Die bürgerliche Welt, ihr voran die Kohorte der Sozialpatrioten, schreit nach der Einberufung der Nationalversammlung. Warum strengt sie die Lungen so übermäßig an? Warum drängt sie so ungestüm nach der Konstituante? Will sie jetzt in allem Ernst die Demokratie verwirklichen? Niemand kann das glauben. Und die Vertreter des Bürgertums, die so angestrengt nach der Nationalversammlung schreien, glauben es selbst am wenigsten. Ist es denn überhaupt möglich, dass eine Klasse, die ihre Herrschaft auf die Spitzen von Bajonetten gegründet hat, die viereinhalb Kriegsjahre die brutalste Militärdiktatur geduldet und unterstützt hat, innerhalb vier Stunden zum Anbeter der Demokratie werden kann? Blättern wir zurück in der Geschichte der Bourgeoisie. Als in den Märztagen des Jahres 1848 das Volk von Berlin eine Revolution gemacht hatte, war die alte Verfassung des absolutistischen Feudalstaates in Stücke geschlagen worden. Jetzt wäre es die Aufgabe der Revolution

gewesen, die Revolution voranzutreiben, mit dem Absolutismus auch die politische Gewalt der Junker zu brechen. Das wäre nur möglich gewesen durch die Fortsetzung des Straßenkampfes, in welchem der politische Machtwille der Bourgeoisie zum Ausdruck kam. Die Revolution unterließ diesen Akt. Sie rief nach der Demokratie und nach der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung kam. Ihr erster Akt war die Abwürgung der Revolution – die Vereinbarung mit der Krone. Im Zeichen der Demokratie ließ man die alten Gewalten wieder in den Verfassungsbau hinein, aus dem die Bajonette der Berliner Bürger und Arbeiter sie soeben vertrieben hatte. Die Nationalversammlung hatte das Pech, dem Teufel Reaktion den kleinen Finger zu reichen. Sie selbst war ja im Grunde nichts anderes als das Kind der Reaktion. Und sie musste erleben, dass sie alsbald von den Bajonetten des Junkertums auseinandergetrieben und zum Gespött der Welt wurde. Die Bourgeoisie gewöhnte sich daran, ohne Nationalversammlung zu regieren.

In jener Zeit erhob Lassalle die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zum Panier für seine Arbeiteragitation. Es war schon damals keine revolutionäre Parole, wie denn Lassalle selbst darüber im Klaren war, dass das allgemeine Wahlrecht eines Tages von Bismarck werde oktroyiert werden. Das allgemeine Wahlrecht war keine Kampfparole für die Herrschaft des Proletariats; sie war keine Parole des Klassenkampfes. Sie war die Sammelparole, unter der sich Bourgeoisie und Arbeiterklasse zusammenfinden konnten.

Bismarck oktroyierte das allgemeine Wahlrecht. Er gab der Bourgeoisie einen Reichstag. Der ausgekochteste Junker als Vorkämpfer der Demokratie in Deutschland? War das nicht das achte Weltwunder? Es war nur der Deckmantel, unter welchem sich die politische Gewalt des Junkertums und der Bourgeoisie entwickeln sollte. Für die Arbeiterklasse aber war der Reichstag des allgemeinen Stimmrechts im günstigsten Falle die Tribüne, von der aus sie durch den Mund ihrer Vertreter ihre Klassenansprüche anmeldete; im schlimmsten Falle war er der Boden der parlamentarisch-politischen Korruption.

Zur politischen Herrschaft konnte die Arbeiterklasse mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts nicht gelangen. Diese Demokratie gab der Bourgeoisie die Möglichkeit der völligen Entfaltung ihrer politischen Macht über die Arbeiterklasse.

Der Krieg hat das Wesen des allgemeinen Stimmrechts in aller Klarheit offenbart. Er hat den Reichstag in seiner totalen Unfähigkeit, die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten in seiner Nacktheit enthüllt. Er hat sich als ausgesprochenes Kriegsinstrument bewährt. Er hat seine politische Rolle als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie bis zuletzt trefflich gespielt, trotz des demokratischen allgemeinen Stimmrechts. Und er hat die Vorkämpfer des revolutionären Proletariats rücksichtslos niedergeschrien.

Eine Nationalversammlung im Zeichen der Demokratie? Die Nationalversammlung wird alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft umfassen, und das Verhältniswahlrecht wird dafür sorgen, dass auch Minoritäten zu Worte kommen. Sie wird ein bunt zusammengewürfeltes Monstrum sein, das alle Interessengegensätze in sich vereinigt. Sie wird schließlich den Willen der Schicht der Gesellschaft durchsetzen, die im Besitz der wichtigsten Produktionsmittel sind: es wird wieder der Wille der Großindustriellen und Großagrarien bestimmend sein. Nicht die Demokratie wird in der Nationalversammlung verwirklicht werden, sondern lediglich die Diktatur derjenigen Klasse, deren Politik die Arbeitermassen auf die Schlachtfelder des Imperialismus getrieben hat. Die Demokratie wird Farce, die Diktatur der Großbourgeoisie wird Wirklichkeit sein.

Auf dem durch tiefe Klassengegensätze durchklüfteten Boden der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist jede Demokratie eine Illusion. Sie muss immer wieder zur Diktatur der für den Bestand des Privateigentums an den Produktionsmitteln ausschlaggebenden Schicht des Bürgertums führen. Darum ist die Forderung der Nationalversammlung in ihrem innersten

Kern reaktionär. Sie hemmt jede weitere Entwicklung der Revolution und hilft der Großbourgeoisie wieder in den Sattel.

Die Forderung der Einberufung einer Nationalversammlung lenkt außerdem die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den wichtigsten kommunistischen, auf die Aufhebung des Privateigentums gerichteten Ansprüchen ab und lenkt sie auf rein politische Fragen zurück. Dadurch eben hemmt sie den Fortgang der Revolution. Die Arbeiterschaft hat jetzt ihre politischen Forderungen mit ihren kommunistischen Forderungen unzertrennlich zu verbinden. Die Arbeiterklasse kann die politische Macht nicht erobern, ohne zugleich ihre wirtschaftlichen Ansprüche durchzuführen. Die Nationalversammlung aber kann der Arbeiterklasse niemals als Hebel zur Durchsetzung ihrer Interessen dienen. Sie zwingt die Arbeiterklasse nur noch fester unter das Joch der politischen Macht der Bourgeoisie.

Die Organe für die Durchführung der Arbeiterinteressen sind die Räte. Sie können nicht im Bunde mit der Nationalversammlung wirken. Kommt die Nationalversammlung zustande, so ist es um die Macht der Räte geschehen. Bleiben die Räte an der Macht, oder vielmehr: kommen sie erst recht zur Macht, so kann keine Nationalversammlung zustande kommen. Die Räte sind die Organe der Arbeiterklasse. Die Nationalversammlung ist das Organ des gesamten Volkes, hinter dem sich die Diktatur der Bourgeoisie verbirgt. Die Arbeiterräte können und dürfen keine bürgerlichen Räte neben sich dulden. Ihr erster Akt im Sinne der Arbeiterdiktatur besteht darin, dass sie etwa auftauchende Räte der Bourgeoisie unmöglich macht. Der erste bürgerliche Rat von Bestand ist der erste Beweis für die Unfähigkeit des Arbeiterrats in seiner jetzigen Zusammensetzung und zeugt von dem noch mangelhaften Klassenbewusstsein des Arbeiterrats. Die Unterdrückung der bürgerlichen Räte wäre der erste Ausdruck der proletarischen Diktatur. Bürgerliche Räte neben den Arbeiterräten – das bedeutet die Grundlage für das Zustandekommen der Nationalversammlung.

Für die Arbeiterklasse gibt es keinen Ausweg: keine Nationalversammlung; keine bürgerlichen Räte. Alleinige Diktatur der Arbeiterräte; ihre immer konsequentere Entwicklung zu klar ausgeprägten Klassenorganen des Proletariats. Arbeiterräte, die der Nationalversammlung zustimmen, sind keine Arbeiterräte, die im revolutionären Kampf zu gebrauchen wären. Die Arbeiter müssen alle Elemente aus den Arbeiterräten entfernen, die sich für die Einberufung der Nationalversammlung aussprechen. Sie müssen diese Elemente ersetzen durch klassenbewusste Arbeiter, die jedes Kompromiss mit der bürgerlichen Welt bekämpfen. An den Arbeitern selbst ist es, sich die Organe für ihre Diktatur zu schaffen. Die Frage der Nationalversammlung ist ein gutes Kampfobjekt dazu.

Wozu haben wir gekämpft?

Aus der Broschüre unserer russischen Genossin A. Kollontai: „Wem nützt der Krieg?“

Wer ist schuld am Kriege? Manche sagen: über die Ursachen des Krieges wissen wir vielleicht nichts, aber wer der Schuldige ist, – das ist klar, und den Schuldigen muss man bestrafen.

Aber wer ist der Schuldige?

Fragt den Russen, er wird sagen: Deutschland! Es hat zuerst den Krieg erklärt. Es ist also auch der Anstifter. Fragt den Deutschen: er wird sagen, das ist nicht wahr! Das ist eine Lüge! Wir Deutschen wollten den Krieg nicht, wir führten die Verhandlungen fort. Aber die russische Regierung, die hat zuerst die Mobilisation erklärt. Folglich – der Anstifter ist Russland! – „Das ist nicht wahr“ schreien die „Verbündeten“ Russlands, die russische Regierung erklärte die Mobilisation zur Antwort auf das Ultimatum, auf die Forderungen, die von der österreichischen Regierung gestellt wurden. Der Anstifter ist Österreich. Aber Österreich zeigt auf Russland und auf England, das hinter Russland stand. Man lese nur alle diese Orange-

Weiß-Rot-Blau-Grau- und Gelbbücher der Regierungen über den Krieg, wo die Briefe, Telegramme und Noten der Regierungen gesammelt sind: man denke daran, wie in den letzten Jahrzehnten die jetzt miteinander ringenden Großmächte wetteiferten um den Raub in China, Persien, der Türkei und Afrika ... und eins wird klar: Monate, Jahre vor dem Kriege haben die Regierungen aller Länder gegeneinander Ränke geschmiedet, haben diplomatische Verhandlungen miteinander geführt und heimlich den Krieg vorbereitet. Sie stellten sich, als ob sie die besten Freunde wären, in Wirklichkeit ging ihr Sinn nur auf eins: die andere Macht gründlich zum Narren zu halten. So machte es der Engländer mit den Deutschen, der Deutsche mit den Russen, der Russe mit dem Österreicher. ... Aber zu gleicher Zeit betrog jede Regierung noch das eigene Volk.

„Durch Jahre lang haben sie zum Kriege gerüstet, Milliarden an Geldern des Volkes für diese Rüstungen ausgegeben. Wohin kamen in allen kapitalistischen Ländern die Volksgelder? Für Schulen? Für Krankenhäuser? Für Arbeiterversicherung? Für Verbilligung der Wohnungen der nichtbesitzenden Klassen? Für Verbesserung der Verkehrswege, für Bodenmeliorationen? Für die Nöte des Volkes? Nichts von allen!

Die Volksgelder waren in erster Linie für Militärzwecke, zur Vorbereitung für die blutige Auseinandersetzung.

War auch die Staatskasse leer, – wuchsen die Steuern, die Umlagen für Kriegszwecke, – sparten sie nichts. Und zum blutigen Raubzug bereiteten sich gleichzeitig die deutschen, englischen und belgischen Regierungen vor. Und jetzt zählen sie die Waisen!

Das Volk, die klassenbewusste Arbeiterschaft wusste bis zum Kriege sehr gut, wohin die Volksgelder wanderten, wusste, dass man Steuern und Auflagen zusammenschartete, um für die Zaren und Kaiser, für die englischen und französischen Kapitalisten Flotten und Maschinengewehre zu bauen. Das Volk wusste, dass die Hälfte der Gelder in die Taschen der Unternehmer floss.

Warum hat es jetzt so plötzlich vergessen, wer den Krieg vorbereitet hat? Warum denken sie, dass am Kriege die deutschen Arbeiter und Bauern schuld sind, nicht die *eigene, unfähige, selbstsüchtige Regierung*? Nein, wenn man schon den Schuldigen sucht, dann soll man offen und ehrlich bekennen: am jetzigen Kriege sind gleichermaßen die Regierungen aller kriegführenden Staaten schuld. Die Urheber des Krieges sind – die Kapitalisten, Bankiers, Großgrundbesitzer mit ihren Beschützern und Freunden: den Kaisern und Königen, Ministern und Diplomaten.

Sie alle zusammen bilden eine untrennbare Räuberbande. Sie kümmern sich nicht ums Volk, sondern um ihre Interessen. Nicht dem Volk nützt der Krieg, sondern ihren Taschen. Durch ihre „auswärtige Politik“ haben sie dieses blutige Elend heraufbeschworen. Das Volk mag in den Tod gehen! Es soll die Heimat retten, die sie selbst verrieten, als sie dieses Elend schufen. Stirb für den Ruhm des Vaterlandes, vergiss alles Unrecht, alle Willkür und Unterdrückung. ... Vergiss das, dass du noch am Tage vorm Kriege gewusst hast, dass die Politik der Regierung zu nichts Gutem führt. Denke nicht daran, dass du noch gestern dich empörtest, wenn der Offizier den „Gemeinen“ schlug, wie es die Rechtlosigkeit des Volkes zuließ.... Jetzt ist Krieg, jetzt muss das Land „einig“ sein! Weg mit den Erinnerungen an Unterdrückungen und Schikanen, an die Frechheit und Unverschämtheit des Unternehmers! Jetzt ist – Krieg! Gestern hättest du noch gelacht, wenn man dir gesagt hätte, dass der Ausbeuter – Fabrikant – dein Bruder sei. Gestern hättest du den Freund noch zum Teufel gejagt, der dir geraten hätte, dein Leben für die Interessen des Agrariers, des Fabrikanten und des dickbäuchigen Unternehmers hinzugeben. Aber heute ist Krieg – und du erstichst, erschießt, verstümmelst und tötest den „Feind“, der in Wirklichkeit, wie du, ein vom Schicksal betrogener Arbeiter und Bauer ist. Du gibst dein Leben und vernichtest das Leben deines Genossen aus dem

andern Lande zu Gunsten eures gemeinsamen Feindes: des Millionärs. Das ist die Absicht der wirklichen Urheber des Krieges, der Wille der kapitalistischen Klassenregierungen, der Diener und Freunde des Kapitals.

Das Vaterland in Gefahr! Aber was tun, man muss kämpfen, wenn die Heimat überfallen und das Vaterland in Gefahr ist!

Mögen sich die, die für das Vaterland sterben gehen, ehrlich auf ihr Gewissen fragen: Was für ein Vaterland hat der Arbeiter, der Mann, der nichts besitzt? Hat er eins? Wenn es so wäre, warum ziehen täglich aus allen Ländern tausende besitz- und arbeitslose Auswanderer in fremde Länder, verlassen ihre Heimat und ihren Glauben in der Hoffnung, dass das „fremde“ Land ihnen eine bessere Mutter werden wird als die heimatliche Erde. Gab es nicht auch bei uns in Russland hunderttausende hungriger, ruiniertes, bettelarmer „Auswanderer?“

Ein Vaterland hat der General, der Großagrariere, der Kaufmann, der Fabrikant, alle die, die in der Tasche den vollen Beutel tragen. Ihnen, den Reichen, Dickbäuchigen gibt das Vaterland Rechte und Privilegien, um sie kümmert sich die Staatsgewalt.

Aber was gibt die „Heimat“ dem russischen, deutschen oder französischen Arbeiter? Kampf und trockenes Brot, Kampf mit Elend und Rechtlosigkeit, Unterdrückung durch den Unternehmer, Agrariere, Hausbesitzer, Willkür, Kummer, Krankheit, Erniedrigung ... Oft genug Gefängnis. In Russland - Zuchthaus! Verbannung! Damit bedenkt das heutige Vaterland seine Söhne, die mit ihren Händen seinen Reichtum schaffen, die mit ihrem Leben sich den Kriege ruhm erkaufen müssen.

Das Vaterland ist für den Besitzlosen keine Mutter, sondern eine Stiefmutter. Aber ganz gleich, sagen viele, wenn die Heimat uns, ihre wahren Söhne, auch nicht verwöhnt, so lieben wir doch unser Land! Wir schützen unser Volk vor dem Angriff fremdstämmiger Feinde, den Glauben unserer vor den andersgläubigen Feinden.

Aber wird dieser jetzige Krieg, dieser Krieg aller großen europäischen Staaten, zwischen Feinden verschiedenen Glaubens geführt? Zwischen Völkern verschiedener Rassen? Schauen wir näher zu. Wer kämpft miteinander? Prawoslawen mit Katholiken, Katholiken mit Lutheranern? Nein, in diesem Kriege ist alles gemischt, der russische Prawoslawe schießt auf den bulgarischen und österreichischen Prawoslawen, der katholische Franzose tötet den katholischen Deutschen. Der Mohamedaner hilft dem Christen sich auf den Mohamedaner zu stürzen, der Jude tötet den Juden, und der Pole den Polen ...

Der Krieg wird nicht geführt zwischen Leuten verschiedenen Glaubens, nicht zwischen Völkern mit verschiedenen Gewohnheiten, Sprachen und Rechten, sondern zwischen Staaten, zwischen den großen kapitalistischen Mächten. Jede solche Großmacht verschluckte nicht nur ein Volk und nahm nicht nur ein Stück Land vom Nachbar. Wieviel Völker, wieviel Nationen findet man nicht allein in Russland!!

Dasselbe in Österreich. Und auch Deutschland steht nicht etwas zurück. Seinerzeit nahm es ein Stück von Polen, entriss Holstein den Dänen, eroberte das Elsass von den Franzosen. Und die „Beherrscherin der Meere“ - England? Wen hat sie alles unter ihren kaiserlichen [?] Schutz genommen: Inder und Schwarze, Australier und Südseeinselnbewohner ...

Alle Großmächte zeichneten sich ihre Grenzlinie, sammelten in diesem Raum alle Rassen und Völker und erklärten: Das ist euer Vaterland! Im Frieden unterwerft euch unsern Gesetzen, und wenn der Krieg kommt, dann ist es eure Pflicht, für das Vaterland zu sterben, das wir euch aufgezwungen haben!

Die „Großmächte“, die miteinander kämpfen, unterdrücken jede eine ganze Reihe von Völkern und Nationen. Russland hält unter seinem Druck die Ukraine, Finnland, Kaukasien

und besetzt jetzt Armenien, Deutschland die Polen, Dänen usw., England und Frankreich zehn und hunderte von Millionen in ihren Kolonien. Der Krieg wird nicht geführt für die Freiheit der Völker, nicht für Freiheit und Recht der heimischen Sprache, nicht zum Schutze von Einrichtungen, die für die Arbeiterklasse nützlich wären. Nein. Der Krieg wird geführt für das Recht der Großmächte, noch mehr fremde Völker zu unterdrücken, noch mehr Kolonien zu rauben. Den Krieg führen Räuber um die Teilung der Beute.

Es zeigt sich ein entsetzliches Bild: auf Befehl töten und verstümmeln Leute einer Rasse, einer Sprache, eines Glaubens einander, zertreten das fruchtbare Land ... Der russisch-ukrainische Bauer geht gegen den ukrainischen Bauer aus Österreich, der Arbeiter aus russisch Polen richtet das Maschinengewehr gegen die polnischen Arbeiter aus Deutschland. Vor 45 Jahren starben die Elsässer zu Ehren des „glorreichen“ Frankreichs. Jetzt verteidigen sie ihr „Vaterland“ unter einem Zeichen mit dem deutschen Adler ... Und wer weiß, wenn die „Verbündeten“ siegen sollten, ob nicht die Elsässer im nächsten Kriege von neuem für das „französische Vaterland“ sterben müssen.

Und wenn man an alle die Soldaten denkt, die Frankreich und England aus ihren Kolonien herangeholt haben, Afrikaner, Inder, für was für ein Vaterland sterben sie? Was blieb von ihrem Vaterland übrig, nachdem die Europäer in ihr Land einfielen und mit Feuer und Schwert die Großmächte es sich „aneigneten?“ Sie haben kein Vaterland mehr, aber sterben dürfen sie zum Ruhm der Bourgeoisie der sie unterdrückenden Nation.

Aber nicht nur die eroberten Nationen, die kapitalistischen Staaten unterworfen sind, haben kein Vaterland, kein Vaterland haben auch die „wahren Söhne“ Russlands, Deutschlands, Englands, da diese Söhne nur Kinder des Volkes sind. Was ist das für ein Vaterland, wenn Millionen gemietete Knechte sind, die Tag und Nacht für ein Häuflein Kapitalisten arbeiten? Was ist das für ein Vaterland, wenn diese Millionen von Arbeitern nichts anderes verlieren als ihre Ketten? Was ist das für ein Vaterland, wenn das Volk nicht selber Herr ist über die Angelegenheiten seiner „Heimat“, über die Volkswirtschaft nicht selber wachen kann, und selbst den Staatsschatz verwaltet, sondern wenn ein Häuflein hoher Herren, dickbäuchiger Ausbeuter alles in seiner Hand hat.

Bevor man sein Vaterland verteidigt und dafür stirbt, wäre es nicht richtiger, sein Land und seine Heimat für sich, für das Volk zu erobern? Wäre es nicht verständiger, anstatt gegen den äußeren Feind zu gehen, vor allen Dingen die inneren Feinde zu unterwerfen, die Vergewaltiger und Unterdrücker des Volkes, die durch ihre schädliche, selbstsüchtige Politik den blutigen Kampf nur in die Länge ziehen? Wäre es nicht verständiger, wenn auch das deutsche Volk mit seinem Kaiser, mit seinen Kapitalisten und Großagrariern Abrechnung hielte?

Wäre es nicht verständiger, wenn auch die Franzosen das Land von ihren nächsten Feinden säuberten, anstatt ihre Kanonen auf die deutschen Arbeiter zu richten?

Die Kapitalisten werfen die Arbeiter des einen Landes gegen die Arbeiter des andern Landes, um ihre Herrschaft über die ganze Welt zu befestigen. Die Kapitalisten führen den Krieg, um die Beute zu teilen und die Arbeiter zu schwächen, indem man sie teilt. Darum lügt, wer in diesem Kriege von der Verteidigung der Freiheit und des Vaterlandes redet. Um Freiheit und Recht zu verteidigen, um die Sache der Arbeiterklasse in diesem Kriege zu schützen, gibt es nur einen Weg: die Verständigung zwischen den Arbeitern aller Länder und der gemeinsame Kampf für die Eroberung einer sozialistischen Gesellschaft.

Wenn man uns schlägt – wird es schlechter für uns. Aber viele sagen, wenn man uns schlagen wird, wird es schlechter für uns werden. Wilhelm wird nach Petersburg kommen und den Zaren wieder bei uns einsetzen. So urteilt, wer die Ursachen und Ziele dieses Krieges nicht

verstehen will, wer den käuflichen Zeitungen glaubt, die dem Volke beweisen wollen, dass dieser Krieg für die „Freiheit“ Russlands, für ein neues Russland geführt wird! ...

Feuilleton

Freiheitslied.

Zitt' re, o Erde, dunkle Macht
Bis zum Abgrund nieder;
Der Gedank' ist aufgewacht,
Schüttelt sein Gefieder,
Will geflügelt dir entflieh'n,
Wenn du nicht wirst fesseln ihn;
Sprich, ob du's wirst können!

Wie des Kerkers Fuge kracht,
Wenn von einem Blitze
Dem, der drinnen liegt in Nacht,
Wird gezeigt die Ritze;
Wie das Haupt die Hoffnung
Und der Geist zur Freiheit strebt,
Und entfleucht den Mauern!

Wie im Arm der Buhlerin
Einer liegt versunken,
Ihm durch den berauschten Sinn
Plötzlich zuckt ein Funken,
Dass er dort, wo Engel gehn,
Sieht die reine Liebe stehn,
Die ihm aufwärts winket!

Zitt' re, o Erde, dunkle Macht,
Bis zum Abgrund nieder,
Der Gedank' ist aufgewacht
Schüttelt sein Gefieder!
Will geflügelt dir entflieh'n;
Wenn du nicht wirst fesseln ihn;
Sprich, ob du's wirst können.

Friedr. Rückert.

Den Toten der Revolution

An eu'ren Gräbern steht der Arbeit Volk,
dem ihr ein hoffnungsfrohes junges Leben,
als kühn zum Sturm der Freiheit Banner flog
im Kampf um Höchstes habt dahin gegeben.

Es bahnten eure Leiber todbereit
Den Weg ans Licht für der Empörung Massen
als euer Herzblut floss, pocht' neue Zeit
und dröhnt ein neuer Takt durch alle Gassen.

Ihr seid die Flamme, die den Weg uns weise
des Kampfes durch der Knechtschaft schwarze Nacht
D'rum soll's ein heiliges Gelöbnis sein,
dass wir nicht eher ruhn, bis es vollbracht!

Carl Happ.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 52/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 28. Dezember 1918.

Nr. 52

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Zur Arbeitslosenfrage.

Der Krieg hat den deutschen Kapitalismus in eine tiefe Krisis gestürzt; der plötzliche Waffenstillstand hat das Heer der Arbeitslosen so plötzlich ungeheuer vergrößert, dass es jetzt von einer Stütze des Kapitals zur katastrophalen Erscheinung wird. Die Zahl der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. Die heimkehrenden Krieger finden die Arbeitsstellen besetzt. Die Frauenarbeit, während der Kriegsjahre als herrlichste Leistung der deutschen Frau in allen Zungen gepriesen, wird jetzt zur größten Gefahr. Aber selbst wenn die Frauen aus ihren Stellen vertrieben würden, so würde das Heer der Arbeitslosen dadurch doch nicht verkleinert; denn es macht im Wesen der Sache nicht den geringsten Unterschied, ob die Arbeitslosigkeit die männlichen oder die weiblichen Arbeiter trifft.

Auch heute noch hat das Kapital kein Interesse daran, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, selbst wenn sie es könnte. Denn gerade heute muss es der Bourgeoisie daran liegen, ein Heer von Arbeitslosen zur Verfügung zu haben, um es in den bevorstehenden Massenkämpfen der revolutionären Arbeiterschaft immerfort als streikbrechendes, hemmendes, zersetzendes Element verwenden zu können. Und wie bei den Streiks, so bei der militärischen Auseinandersetzung. Die von Not und Entbehrungen zermürbten Arbeitslosen wird man immer wieder durch hohen Sold zu ködern suchen, um sie militärisch entweder gegen die kämpfenden Arbeiter im Innern oder zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung im revolutionären Ausland zu verwenden. Schon findet sich im „Kämpfer“, dem Organ der Chemnitzer Unabhängigen, folgende Warnung an die Arbeitslosen:

„In den hiesigen Zeitungen wird unter den Arbeitslosen versucht, frühere Soldaten anzuwerben, um sie in die Ostseeprovinzen nach Estland, Livland, dem Baltikum zu verschicken. Angeblich zu Arbeitszwecken, in Wirklichkeit als moderne Fremdenlegionen den baltischen Baronen, den schlimmsten Bluthunden der alten russischen Reaktion, eine Kampftruppe gegen das eigene revolutionäre Volk zu stellen. Arbeiter, Arbeitslose! Lasst Euch nicht durch Lohnversprechungen zum zweiten Male zu Henkersdiensten gegen die russische Revolution verwenden. Wir haben sofort Erkundigungen angestellt und werden Euch schnellstens berichten, sobald wir selbst genaue Kenntnis von der wirklichen Sachlage haben. Bis dahin lasse sich kein Arbeitsloser anwerben, um im Baltikum zu fechten.“

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die Chemnitzer Genossen das richtige vermutet haben. Umso größer ist das Interesse, das gerade die Kommunisten an der Regelung der Arbeitslosenfrage haben. Bei den bevorstehenden großen Kämpfen, bei Streiks und Straßenkämpfen ist es dringend notwendig, dass der bürgerlich-sozialpatriotischen Reaktion kein willfähiges Heer von Streikbrechern und Weißgardisten zur Verfügung steht. Wir werden also alles versuchen müssen, um der Arbeitslosigkeit, soweit es irgend geht, Herr zu werden und, soweit es nicht gelingt, die Arbeitslosen vor dem Hinabsinken in den Sumpf der Reaktion zu bewahren. So richtig es ist, dass die Arbeitslosigkeit erst in der kommunistischen Gesellschaft verschwinden wird und so nahe uns der Endkampf um den Sozialismus, der Kampf um die Erringung der proletarischen Diktatur auch bevorsteht, so sehr sind wir doch genötigt, in jedem Augenblicke den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, denn auch dieser Kampf ist ein Teil der Vorbereitungen zu der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Das Prinzip der Kommunisten kann nicht sein, die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenunterstützung zu verewigen. Ihr Prinzip ist vielmehr, die Produktion so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen. Wir wissen dabei wohl, dass, solange die Arbeiterklasse nicht die politische Macht in Händen hat, die Produktion sich nicht nach dem Bedarf, sondern nach dem Profit regeln wird. Aber wir wissen auch, dass nur durch die Einteilung der Arbeiter in den Produktionsprozess das Heer der Kämpfer geschult werden kann, das berufen ist, den Endkampf zu führen.

Durch den Krieg ist die industrielle und agrarische Produktion der kriegführenden Länder in die größten Kalamitäten geraten, die sich in den Ländern der Besiegten zur heftigen Krisis gesteigert hat. Das Fehlen der Rohmaterialien, die Schwierigkeiten bei der Umlegung der Kriegsindustrie in die Friedensindustrie, die übermäßige Anspannung der Frauenarbeit, der finanzielle Ruin, die revolutionären Zuckungen, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen – das alles bedeutet für die Produktion in den Ländern der Mittelmächte eine ganz unmittelbare Katastrophe. Und eben als Begleiterscheinung dieser Katastrophe tritt ja die Riesenarbeitslosigkeit auf. In diese Kalamitäten haben wir sofort einzugreifen durch höchstmögliche Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess. Die Arbeitszeit ist auf acht Stunden festgesetzt worden; um Arbeitslose einzustellen, muss sie schichtweise noch weiter verkürzt werden. Die Löhne dürfen dadurch natürlich nicht nachteilig beeinträchtigt werden. Ferner ist sofort im Bauwesen eine großzügige Arbeit in Angriff zu nehmen. Das Bauwesen begreift die Erhöhung der Produktion in zahllosen anderen Produktionszweigen in sich, in der Ziegelindustrie, der Kalk- und Zementindustrie, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Glasindustrie, der Elektrizitätsindustrie usw. usw. Die jetzigen Regierungsorgane haben Ländereien für Bauzwecke durch Enteignungen zur Verfügung zu stellen; öffentliche Geldmittel müssen flüssig gemacht werden. Wo sie nicht ausreichen, muss die Notenpresse in Schnellbetrieb gesetzt werden.

Ein anderes großes Feld zur Unterbringung der Arbeitslosen ist die Landwirtschaft. Zahllose Kriegsgefangene wurden in den Kriegsjahren eingestellt. Für sie war Arbeit in Hülle und Fülle. Warum? Weil man äußerst billige Arbeitskräfte in ihnen hatte. Jetzt sind die männlichen Arbeitskräfte vom Lande zum Teil zurückgekehrt. Aber auch nur zum Teil. Überall sind gewaltige Lücken gerissen worden durch die Kriegsverluste. Diese Lücken gilt es auszufüllen. Aber damit nicht genug. Es müssen noch mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, um die ländliche Produktivität so weit wie nur möglich zu heben. Die bourgeoisie-sozialpatriotische Regierung vermeidet die Hebung der Agrarproduktion nach Möglichkeit, um Deutschland in Ernährungsschwierigkeiten hineinzutreiben, aus denen sie durch den Anschluss an die Entente wieder herauszukommen versuchen wird. Wir fordern demgegenüber die

umfangreichste Einstellung von Arbeitslosen in den ländlichen Betrieb, sei es zur Vorbereitung der nächsten Ernte, sei es zur weiteren Urbarmachung des Grund und Bodens.

Soweit nun aber Arbeitskräfte doch nicht untergebracht werden können, muss die Arbeitslosenunterstützung nicht so niedrig, sondern umgekehrt, so hoch wie möglich sein.

Durch alle diese Maßnahmen werden die finanziellen Leistungen des Staates aufs äußerste angespannt. Die finanzielle Krisis wird nur noch beschleunigt. Die Unhaltbarkeit des Kapitalismus wird offensichtlich. Der Endkampf wird unvermeidlich. Allerdings sinkt durch diese Maßnahmen der deutsche Kredit im Entente-Ausland noch mehr als er ohnehin schon gesunken ist. Umso mehr aber steigt er durch die unvermeidlich gewordene soziale Revolution im bolschewistischen Russland, und umso mehr wird sich die Notwendigkeit des Zusammengehens mit dem revolutionären Russland erweisen. Und darauf kommt es an. Ohnehin ist das revolutionäre Russland in der Hebung seiner Agrarproduktion sehr auf die deutsche Industrie angewiesen, während umgekehrt durch die Hebung der russischen Agrarproduktion die Lebensmittelschwierigkeiten im revolutionären Deutschland behoben werden können. Auch mit dieser Wechselwirkung hängt die Arbeitslosenfrage in Deutschland aufs engste zusammen.

In allen ihren Zusammenkünften und Maßnahmen aber müssten die Arbeitslosen die sozialpatriotische Regierung vor ganz bestimmte Forderungen stellen. Die sozialpatriotische Regierung wird diese Forderungen nicht bewilligen können und wollen, denn sie kann und wird nicht an den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, am Kapitalismus rütteln. Die Arbeitslosen stehen damit ebenfalls vor der Notwendigkeit des Kampfes gegen die sozialpatriotische Regierung. Sie haben diesen Kampf in engster Gemeinschaft mit dem Vortrupp des klassenbewussten Proletariats zu führen. Gerade an den Arbeitslosen aber ist es, sich einer äußersten Selbstzucht zu unterwerfen; denn gerade durch den in ihnen aufgepeitschten Groll und Hass werden sie am ehesten geneigt sein, sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Für sie erst recht ist es dringende Pflicht, sich dem organisierten Endkampf anzuschließen. Sie erst recht müssen in die Reihen der Kommunisten eintreten, die ihnen nicht nur mit praktischem Rat zur Seite stehen werden, sondern die auch die planmäßige Organisation des Endkampfes unter Vermeidung aller aufwallenden Putschtaktik vornehmen. In den Reihen der Kommunisten ist der Platz der Arbeitslosen, denn nur durch die Kämpfe der Kommunisten werden sie von der Last der Arbeitslosigkeit am schnellsten und sichersten befreit werden.

Die Beseitigung des Parlamentarismus.

Von N. Lenin.

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen dem Buche Lenins über Staat und Revolution. Die Schrift ist in deutscher Übersetzung im Aktions-Verlag, Berlin, erschienen. Wir empfehlen sie unseren Lesern zu eingehendstem Studium. Eine eingehende Besprechung behalten wir uns vor.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

„Die Kommune“, schrieb Marx, „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“

Diese bemerkenswerte Kritik des Parlamentarismus aus dem Jahre 1871 gehört jetzt auch infolge des herrschenden Sozial-Chauvinismus und Opportunismus zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus. Die Minister und professionellen Parlamentarier, die Verräter am Proletariat und Posten verteilende Sozialisten unserer Tage überließen die Kritik des Parlamentarismus vollständig den Anarchisten und erklärten aus diesem erstaunlich klugen Grunde jede Kritik des Parlamentarismus für „Anarchismus“! Es ist durchaus nicht verwunderlich, dass das Proletariat der vorgeschrittenen parlamentarischen Länder beim Anblick solcher „Sozialisten“ wie die Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati u. Co. der Ekel erfasste und sie immer öfter dem Anarcho-Syndikalismus ihre Sympathien zum Ausdruck brachten, obgleich dieser der leibliche Bruder des Opportunismus ist.

Für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jene leere, moderne Phrase, jene Kinderklapper, zu der sie Plechanow, Kautsky u. a. m. gemacht haben. Marx verstand es, dem Anarchismus schonungslos zu Leibe zu gehen, weil er es nicht einmal vermochte, den „Stall“ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, namentlich so lange keine revolutionäre Situation gegeben war; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionäre Kritik des Parlamentarismus zu liefern.

In mehreren Jahren einmal zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll – das ist das eigentliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Fragt man aber nach dem Staat, betrachtet man den Parlamentarismus als eine von den staatlichen Institutionen vom Standpunkte des Proletariats aus auf diesem Gebiet – wo findet sich dann der Ausweg vom Parlamentarismus? Wie kann man ohne ihn auskommen?

Immer wieder muss man sagen: Marx' auf dem Studium der Kommune begründete Lehren sind so gründlich vergessen worden, dass dem modernen „Sozialdemokraten“ (lies dem modernen Verräter des Sozialismus) eine andere, denn anarchistische oder reaktionäre Kritik des Parlamentarismus einfach unverständlich erscheint.

Der Ausweg vom Parlamentarismus ist natürlich nicht in einer Beseitigung der Vertretungskörperschaften und der Wählerarbeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Parlamente aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Institutionen. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft“ – das ist ein Schuss, der die modernen Parlamentarier und die „Schoßhündchen“ der parlamentarischen Sozialdemokratie gerade ins Herz trifft. Betrachtet ein beliebiges, parlamentarisch regiertes Land von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen usw.; die eigentliche „staatliche“ Arbeit wird hinter den Kulissen von Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, um das „einfache Volk zu nasführen. Das ist bis zu einem solchen Grade richtig, dass selbst in der russischen bürgerlich-demokratischen Republik, noch ehe sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, sich sofort alle diese Ziele des Parlamentarismus geltend machten. Solche Helden des versumpften Kleinbürgertums wie Skobolew und Zeretelli, Tschernow und Awkssentjew haben es zuwege gebracht, selbst die Sowjets nach dem Vorbild des abscheulichsten bürgerlichen Parlamentarismus zu verunreinigen und sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln. In den Sowjets führen die Herren „sozialistischen“ Minister die vertrauensseligen Bauern hinters Licht. Bei der Regierung findet ein permanenter Quadrillentanz statt, einerseits, um der Reihe nach möglichst viele Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki an die Krippe gutbezahlter und

ehrenvoller Posten zu setzen und andererseits die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken. In den Kanzleien, den Stäben wird inzwischen „staatliche“ Arbeit verrichtet.

Der käufliche und versumpfte Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft wird von der Kommune durch Körperschaften ersetzt, in denen die Freiheit des Urteils und der Prüfung nicht zum Betrüge ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst prüfen, was sie verwirklichen, selbst vor ihren Wählern die unmittelbare Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben aber ein Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Arbeit als Vorzugsstellung für Parlamentarier besteht hier nicht. Wir können uns eine Demokratie ohne Vertretungskörperschaften nicht vorstellen, auch die proletarische Demokratie nicht, ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns vorstellen, falls die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht leere Worte sind, falls unser Streben nach dem Sturze der Herrschaft der Bourgeoisie ein ernstes und aufrichtiges Bestreben ist und nicht eine „Wahl“phrase zum Stimmenfang unter den Arbeitern, wie dies bei den Menschewiki und Sozialisten-Revolutionären, den Scheidemann und Legien, dem Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, dass Marx, als er auf die Funktionen jenes Beamtentums zu sprechen kommt, das auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines jeden anderen Arbeitgebers heranzieht, d.h. eines gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmens mit Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Welt.

Von Anton Pannekoek.

1.

Der vierjährige Weltkrieg hat das Wesen der Welt aufs Tiefste umgewälzt. Eine neue Welt liegt um uns. Aber die Wenigsten haben sich klargemacht, was sich alles geändert hat.

Die proletarische Weltrevolution hat begonnen. Das sieht und weiß jeder. Die Bourgeoisie sieht oder ahnt es mit Schrecken, sie versucht, noch zu retten, was zu retten ist und mit aller Macht die alte Herrschaft zu behalten oder wieder aufzurichten. Die Vorhut des Proletariats nimmt begeistert den Kampf auf, und die große Masse der Arbeitenden setzt sich in Bewegung, ohne noch klar zu sehen, aber doch herausführend, dass jetzt ihre Zeit kommt. Die Revolution der Arbeiter ist im Gange und wird weitergehen. Aber die Verhältnisse, unter denen sie stattfindet, sind neu und ganz anders als vor dem Krieg. Und hier liegt der Irrtum vieler der früheren Sozialdemokraten, die glauben, noch in der alten Welt zu leben, und deshalb nicht sehen, wie ganz anders, als sie es immer gedacht haben, die Bedingungen des Kampfes jetzt sind. Sie halten fest an den alten Losungen, das alte Programm, sie rühmen, dass sie die Alten geblieben sind und führen damit die Arbeiter, die ihnen noch folgen, auf falsche Spuren. Daher ist es nötig, die neue Welt, innerhalb deren die proletarische Revolution vor sich gehen wird, genau zu betrachten.

Der Weltkrieg hat die Welt *international* gemacht – das ist seine erste große Wirkung.

Der Kapitalismus schuf die Nationalstaaten, die großen politischen Einheiten der Bourgeoisie, die sich scharf gegeneinander absonderten, aber in ihrem Innern stets mehr die Gegensätze und Unterschiede in Volksart, Sitten, Anschauungen, Rechten aufhoben. Jeder Staat war selbstherrlich, souverän den andern gegenüber; keiner duldete eine Einmischung den andern in seine inneren Verhältnisse; jede schloss Verträge und Bündnisse mit den anderen nach freiem Belieben. Als bewaffnete Kampforganisationen der Bourgeoisie standen sie neben- und

gegeneinander und verfochten in Kriegen ihre gegenseitigen Interessen. Die Folge davon war, dass alle weiteren Beziehungen der Menschen sich innerhalb der Staatsgrenzen abspielten. Die Gesetzgebung war eine innerstaatliche Angelegenheit. Der Klassenkampf wurde auf nationalem Boden geführt als Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat desselben Landes. Allerdings fanden Beeinflussungen von jenseits der Grenzen statt: auf internationalen Kongressen wurde beraten und wurden Resolutionen abgefasst; aber das war nur nebenbei. Jede Partei war im eigenen Lande souverän; jede Arbeiterklasse sollte, wie es hieß, mit ihrer eigenen Bourgeoisie abrechnen.

Der Imperialismus brachte zunächst die Staatenbündnisse, die sich schließlich zu zwei großen feindlichen Koalitionen kristallisierten. Im Kriege wurde die eine dieser Koalitionen zerschmettert. Die siegreiche Koalition hat keine Gegner mehr. Die Besiegten sind teilweise in kleineren Nationen aufgelöst, die in ihrer Not sich bettelnd an die Sieger anschließen; die Neutralen müssen sich gleichfalls den Siegern fügen. Die Koalition erweitert sich zum Völkerbund. Der Wilsonsche Völkerbund ist schließlich nur die Erweiterung der Entente durch Aufnahme der neutralen und besiegten Staatenreste.

In diesem Völkerbund ist von der alten Souveränität und Unabhängigkeit der alten Staaten wenig übriggeblieben. Auch die führenden Staaten, England und Amerika stehen in ihrer inneren Politik nicht mehr unabhängig; die Anleihen und Kriegslieferungen, die Entscheidungen des obersten Kriegsrates über ihre Politik haben tief eingewirkt; und in noch viel höherem Maße sind Frankreich und Italien von ihnen abhängig. Ihre innere Politik können diese Staaten nicht mehr machen, wie sie wollen. Und noch vielmehr gilt das von den schwächeren und besiegten Ländern. England, Amerika, Japan können noch einen starken autonomen Sinn bewahren, weil sie Sieger, Herrscher der Welt sind, sie können sogar einen neuen Streit miteinander anfangen. Aber alle jene andre sind nur der äußeren Form nach selbständige Staaten. Wenn der Völkerbund theoretisch festlegt, was schon Praxis ist, dürfen sie keine Verträge miteinander schließen und keine stehende Armee halten.

Die führende Gewalt wird auch genau darauf achten, dass sie in ihrem Inneren sich so benehmen, wie es ihr nötig erscheint.

Die scharfe Absonderung der Staaten ist verschwunden, aber umso schärfer geht durch sie alle der Riss zwischen Proletariat und Ausbeutertum. Als eine internationale Einheit steht die Bourgeoisie aller Länder vereint gegen das Proletariat aller Länder. Nicht bloß theoretisch, durch Sympathie, sondern praktisch, durch Taten. Im Jahre 1871 hielt Bismarck sich noch außer den Kämpfen zwischen Kommune und Versailles und unterstützte letztere bloß indirekt und moralisch. Im Jahre 1918 ziehen die Armeen der Entente in Russland ein, um dort die Bourgeoisie, die Generäle, die Adligen, die Knutenleute zur Herrschaft zu bringen. Es ist kein Krieg von England und Frankreich gegen Russland, sondern ein Krieg der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat, ein Krieg des Kapitals gegen den Sozialismus.

Wer jetzt nur die Verhältnisse im eigenen Lande sieht, übersieht das Allerwichtigste. Die deutschen Proletarier haben zu bedenken, dass dort in den Steppen der Ukraine das Schicksal des deutschen Sozialismus mit entschieden wird, ähnlich wie von ihrem Kampf in den Straßen Berlins und Hamburgs die Zukunft der Sowjetrepublik abhängt. Das revolutionäre Proletariat aller Länder bildet eine einzige Masse, eine einzige Armee, und wenn es das nicht weiß und nicht aktiv betätigt, wird es als eine zusammengehörige, aber zersplitterte Armee, abteilungsweise zerschmettert werden. Nichts hat das deutsche Proletariat zu gewinnen, wenn es sich absondert, aus Furcht durch Hilfe der russischen Revolutionären die Feindschaft der Ententebourgeoisie zu wecken. (Fortsetzung folgt.)

Wozu haben wir gekämpft?

Aus der Broschüre unserer russischen Genossin A. Kollontai: „Wem nützt der Krieg?“

Die deutschen Kapitalisten, gemeinsam mit ihrem gefügigen Diener Wilhelm, zogen den Krieg nicht deswegen in die Länge, um die russische Freiheit zu unterdrücken, sondern um mit seinem und dem Blute anderer Völker die Frage zu lösen, wie das geraubte Gut mit den russischen, englischen, französischen und anderen Kapitalisten zu teilen ist. Der Krieg – seine Ursachen und Ziele haben sich nicht deswegen geändert, weil das russische Volk bei sich den Zaren gestürzt hat.

Denn in Russland waren wie in den anderen kriegführenden Ländern noch immer die Kapitalisten, Grundeigentümer und andere Herrschaften geblieben, diejenigen, welche ihres eigenen Vorteiles, des Kriegsgewinnes halber, den Krieg in die Länder gezogen haben und noch in die Länge ziehen.

Wenn es sich ums Verdienen handelt, dann sind die Kapitalisten aller Nationalitäten und Rassen „leibliche Brüder“, ein Herz und ein Sinn. Davon können die Arbeiter noch von Friedenszeit her einiges erzählen. Für sie steht schon seit langem fest: der Feind der Arbeiterinteressen, der Arbeitersache ist nicht der Arbeiter des „fremden“ Nachbarlandes, sondern die kapitalistische Herrenklasse diesseits und jenseits der Grenze. Warum soll der Arbeiter in der Zeit, wo die Regierungen miteinander Krieg führen, alles das vergessen, was ihn seine bisherige Lebenserfahrung gelehrt hat? Soll er sich auf einmal darauf einschwören, dass der Geldsack des vaterländischen Fabrikanten, Kaufherren, Industriellen ihm nähersteht als die gemeinsame Arbeitersache mit dem rechtlosen, unterdrückten deutschen, österreichischen Proletariat?

Wer sich aber fürchtet, dass eine Nachbarmacht uns wieder den Zaren aufzwingt, der soll diesbezüglich nicht allein Deutschland, sondern auch England fürchten. Dem englischen König Georg, dem Vetter des Nikolaus Romanoff geht es nicht weniger als Wilhelm zu Herzen, dass man den „Bruder“ in festen Gewahrsam gesetzt hat.

Gegen die Drohung von dieser Seite gibt es nur ein Mittel: fester Zusammenschluss, Organisation der Arbeiterschaft und der kleinbäuerlichen Demokratie in Russland selbst, engste Verbindung der russischen Arbeiter mit den Brüdern im Sklavenlose, den Lohnarbeitern aller anderen Länder. Nicht weniger als der russische Arbeiter hasst der deutsche, englische, italienische klassenbewusste Arbeiter seine Könige, Kaiser und Kronprinzen, diese Bluthunde ihres eigenen Volkes. Und im Kampfe gegen diese „Gesalbten“ sind unsere besten verlässlichsten Verbündeten nicht die liberalen Geldsäcke des eigenen Landes, sondern die Arbeiter, die Proletarier der anderen Länder.

Das deutsche Tier.

Aber trotz allem lebt in vielen noch der Zweifel. „Der Deutsche ist unser Feind. Ich habe selbst gesehen, welche Bestialität er im Kriege entwickelt hat.“

Vielleicht hat ein solcher Sprecher auch Recht. Er soll aber ehrlich vor seinem Gewissen bekennen: Haben nicht auch die Russen im Kriege solche Unmenschlichkeiten begangen? Haben sie nicht Frauen vergewaltigt? Kinder umgebracht? Nicht Bauerndörfer in Brand gesteckt? Nicht Juden wegen nichts und wieder nichts gepeinigt und gequält, nur weil Adelige in Offiziersuniformen daran Gefallen fanden? Im Kriege, in der Feuerlinie ist der Mensch nicht mehr recht bei Sinnen. Er wird Tier. Und alle sind dann gleichgeartet, der Russe, der Deutsche, der Franzose. Alle schuldig und doch auch nicht schuldig. Nicht schuldig deshalb, weil nicht nach dem Willen des Volkes, nach dem Willen der Arbeiter und Bauern die Regierungen dieses blutige Schlachten unternommen haben, nicht schuldig deshalb, weil es dem einzelnen

als Verrat, als Verbrechen angerechnet wird, wenn er den Feind schonen wollte. Und so kommt es dann: es stehen zwei Feinde einander gegenüber, zwei Arbeiter: ein russischer, ein deutscher, nie hat einer dem anderen etwas Böses getan, nie haben sie sich gesehen: und nach dem Willen der Obrigkeit heißt es nun; Schlag den Menschen tot, schlag tot das „Ebenbild“ Gottes ... obschon du gut weißt, dass der Feind ein Weib zurückgelassen hat, kleine Kinder, dass seine alte graue Mutter Tag und Nacht mit Tränen in den Augen für ihren Sohn zu Gott betet.

In Friedenszeit kam der Mörder eines Menschen auf das Schafott, an den Galgen, ins Zuchthaus. Aber jetzt in Kriegszeit gilts anders: je mehr du niedermachst, desto größer ist dein Verdienst, desto höher die Auszeichnung, die du erhältst.

Und auf beiden Seiten der kämpfenden Armeen segnen die Priester mit ihren Kreuzen den Totschlag. Hier und dort beten sie zu Gott: „Lieber Gott! Gib unseren glorreichen Truppen Sieg und lass die Feinde unterliegen.“

„Der Deutsche ist unser Feind, der Deutsche ist ein Tier. ... Sollen die, die so sprechen, vielleicht sagen: Wann hat in Friedenszeit sich der Deutsche als Bestie gezeigt? Mensch ist wie Mensch, der eine gut, der andere schlecht, der ehrlich, jener ein Betrüger. Dass der Deutsche friedliche Bürger ausgeplündert, Saatfelder verwüstet, Frauen vergewaltigt, Kinder den Kopf abgeschlagen, Städte und Dörfer niedergebrannt, Bomben geworfen, Passagierdampfer versenkt – davon ist nichts zu hören gewesen. Im Gegenteil: die Russen haben ihre Kinder zu den Deutschen in die Schule geschickt; Doktoren, Gelehrten hat man Staatsgelder gegeben: Nehmt, fahrt nach Deutschland, lernt dort. Dort steht die Wissenschaft höher als bei uns, dort wird das Wissen höher geschätzt. Dort ist das Leben besser eingerichtet. Es gibt vieles, was der Russe von den Deutschen lernen kann. Hunderttausende von Arbeitern gingen jährlich nach Deutschland auf Arbeit. Sie sahen, dass in Deutschland die Arbeitslöhne höher sind, das Volk wohlhabender, gebildeter ist, dass man frei Zeitungen herausgibt, dass nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Bauern und Arbeiter Verbände bilden dürfen.

Und jetzt auf einmal: Der Deutsche wird als Bestie betrachtet, man nennt ihn einen „Barbaren“. Eins stimmt: im Kriege sind alle Kriegführenden, welcher Nation sie immer angehören, nicht Bestien, sondern schlechter als Bestien geworden! ... Alle haben nur eins im Sinn: den Feind, das Nachbarvolk, zu vernichten, auszutilgen. Da gibt es keinen Unterschied zwischen Deutschen, Engländern und Russen. In Kriegszeiten werden weder göttliche noch menschliche Gesetze beachtet. In Kriegszeiten tun alle Kriegführenden das, was in Friedenszeit mit dem Tode bestraft wird. In Kriegszeit achtet man nicht fremdes Gut, schont nicht Menschenleben; fremde und eigene Truppen töten, verwüsten, niederbrennen, zerstören. ... Dörfer gehen in Rauch auf, es entläuft das Vieh. ... Auf den Wegen, im Straßenstaube sterben Kinder, Frauen, Greise, „Flüchtlinge“ ...

Kein Gesetz, kein Recht, keine Gerechtigkeit mehr in Kriegszeiten.

Und zu einer solchen Bestialität, zu einer solchen Gesetzlosigkeit wurde das Volk von allen Regierungen in allen Ländern gezwungen.

Ist so etwas recht und billig? Musste es denn so sein? Hätte es nicht anders sein können?

Es soll jeder, dem dieses Büchlein in die Hände fällt, darüber nachdenken. Er soll nachdenken und sein Gewissen entscheiden lassen.

Die Ursache des Krieges.

Nun gut, der Krieg ist eine elende, niederträchtige Sache, niemand verteidigt ihn. Aber kann man sich weigern, am Kriege teilzunehmen, wenn nun einmal Krieg ist?

Darauf heißt es eine Antwort finden. Warum ist es denn eigentlich zum Kriege gekommen? Was hat ihn hervorgerufen? Was sind seine Ursachen?

Verschieden sind die Ursachen der Kriege: einmal geht es um Länderbesitz, ein andermal um die Unabhängigkeit des eigenen Landes. Der jetzige Krieg hat aber eine andere Ursache: ihn hat der Kapitalismus geboren. Kapitalistische Wirtschaft nennt man eine solche Wirtschaft, wenn sich in einem Lande ein kleines Häufchen Leute alle Kapitalien, Fabriken, Grundbesitz untereinander aufgeteilt hat, während alle andern nur ihre Arbeitskraft besitzen, die sie ihrem Arbeitsherren, dem Kapitalisten, Fabrikanten, Grundbesitzer, dem Eigentümer verkaufen.

Bei einer fortgeschrittenen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft wird es dem Kapital bald im eigenen Lande zu enge. Um höhere Gewinne, Prozente zu erhalten, ist dem Kapitale notwendig, dass der Markt, d.h. das Absatzgebiet der Waren wächst, vergrößert, es braucht neue Orte, Länder, Kolonien, wo die Kapitalisten ihre angesammelten Kapitalien vorteilhaft unterbringen und die Fabrikanten Rohstoffe beziehen können, d.h. das Material für die Herstellung der Waren, wie Metalle, Erze, Baumwolle usw.

Die großen kapitalistischen Mächte, die heute miteinander Krieg führen, streben alle nach dem Weltmarkt, nach den Kolonien. Jeder möchte den Weltmarkt für sich monopolisieren, d.h. ihn allein beherrschen, eine jede will allein für sich alle Gewinne zusammenraffen. Zuerst haben die Mächte mit „diplomatischen Verhandlungen“ den Streit zu entscheiden versucht, eine jede wollte die anderen täuschen, überlisten. Die diplomatischen Verhandlungen sind in Friedenszeiten niemals unterbrochen worden. Dem Volke machte man aber keine Mitteilungen über sie. Der Streit zwischen den Staaten wird nicht des Volkesinteresse halber geführt, sondern nur der Vorteile des Kapitalisten halber. Sie, die kapitalistischen Privateigentümer haben die Staaten auf die Bahn der sogenannten Kolonial- und imperialistischen Politik gedrängt. Sie entscheiden auch darüber, ob Krieg sein soll oder nicht. Das Volk!? Das ruft man zur Fahne – dann darf es in den Tod gehen.

Wenn es den Diplomaten nicht gelingt, einander zu überlisten, so drohen sie sofort mit Krieg.

Hinter den Diplomaten sind immer die Geschütze aufgestellt, es gibt keinen dauerhaften Frieden zwischen den Staaten, sondern nur einen bewaffneten, d.h. einen solchen, während dessen jeder Staat sich fieberhaft zum Kriege vorbereitet.

Von den diplomatischen Verhandlungen wissen weder die Arbeiter noch das ganze Volk etwas. Die Verhandlungen werden geheim geführt. Nur die Kapitalisten, Bankiers, Großgrundbesitzer, d.h. diejenigen, derenthalber die Eroberungspolitik geführt wird, wissen etwas von der Tätigkeit der Diplomaten.

Bemerken sie nun, dass ihre vaterländischen Diplomaten ihre Geldsacksinteressen nicht zu wahren verstanden haben, dass in den Verhandlungen die Kapitalisten der anderen Mächte einen Vorteil errungen haben, dann schlagen sie sofort Lärm: „Zu Hilfe! Schutzmann ... Das Vaterland ist in Gefahr! Arbeiter-Brüder! Vergesst alle Kränkungen, vergesst das Vergangene. Kennt keine Parteien mehr! Rettet das Vaterland! Geht in den Tod für das Heil des Vaterlandes!“

Und die Regierungen hören den Alarm der Kapitalisten und können den Gehorsam nicht versagen; besteht doch die Regierung selbst nur aus Kapitalisten und Großgrundbesitzern, denen sie gehorcht, deren Gewinne und deren Beute sie bewacht. ... Ist es für das Kapital vorteilhaft, so beginnt die Regierung mit den Nachbarn Streit zu suchen, die diplomatischen Verhandlungen spitzen sich zu. Und ehe man sich versieht, ist der Krieg da.

Aber dem Volk sagt man nicht die Wahrheit: wir kämpfen deshalb, weil unsere Industriellen und Bankiers, unsere Fabrikanten und Kaufleute größere Gewinne einstreichen wollen; wir kämpfen dafür, um für unsere Kapitalisten das Recht festzulegen, diese Kolonie, jenes Land

ausplündern zu dürfen. Das wäre wenig bequem; das wäre nicht zu machen. Und so hört man sie schreien: das Vaterland ist in Gefahr! Oder sie dichten sich ein Lied: Gehen wir das Nachbarvolk vom Joche des Zarismus oder des Kaiserismus zu befreien! ...

(Schluss folgt.)

Feuilleton

Wort und Tat!

Ich lieb das stolze, freie Wort,
das stürmend reißt die Herzen fort,
das Feuer zündend in die Hirne schlägt
und selbst den Feigling hin zur Höhe trägt.
Das den Verzagten füllt mit neuer Kraft,
die Gegner trifft wie wuchtger Lanzenschaft,
das weibsche Männer hämmert zu Titanen,
sie dorthin treibt, wo wehn die Freiheitsfahnen.
Dich preise ich, du goldner Freiheitshort,
dich preise ich, du stolzes, freies Wort.

Doch höher als das Wort noch steht die Tat,
die rastlos treibt das Weltenrad.
Die feilt und hämmert an dem Bau der Welt,
voll ewger Kraft, nur auf sich selbst gestellt.
Die Throne stürzte, Reiche neu erschuf,
die Völker weckte auf, mit hellem Ruf;
die kühn voran den Arbeitsheeren ging,
als dunkle Nacht die Geister noch umfing.
Die, Kerkern trotzend, warf die Freiheitssaat,
sie steht noch höher als das Wort – die Tat.

Wo beide sich vereinen, Tat und Wort,
da blüht der Freiheitsbaum, der jetzt verdorrt;
und wie hervor die Morgenröte bricht,
so strahlt dann neu des Sozialismus Licht.
Herbei drum, auf, reißt es aus Staub und Kot,
hebt hoch empor das Banner leuchtend rot,
es flieg voran, es soll den Weg uns weisen
in dieser Zeit voll Brand und Tod und Eisen,
schreibt nichts darauf von Schande und Verrat,
in goldnen Letter darauf nur: Wort und Tat!

Werner Stauffacher.

Zu neuem Kampf.

Gelassen schreit ich in den jungen Tag,
ein fernes Frührot winkt mir Morgengruß,
durch meine Adern geht ein neuer Schlag
und stolzer Kampfestrotz schwellt mir die Brust.

Wie oft schon drohte mir auf schwankem Steg
Erliegen, wo des Abgrunds Strudel zischen,

doch wieder wies das große Ziel den Weg
und hat zu neuem Kampf mich aufgerissen.

Es sei darum: Mein ist der frische Kampf!
Ich will ihn ganz mit seiner Not und Lust.
Gelassen schreit ich in den jungen Tag
und neuer stolzer Trotz schwellt mir die Brust.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 1/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 4. Januar 1919.

Nr. 1

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellschein

Von der Diktatur zur Diktatur.

Durch die Revolution ist der Gegensatz von Reich und Arm nicht aus der Welt geschafft. Es bestehen noch die alten Besitzunterschiede und Klassengegensätze, deren Folge die gegenwärtigen Klassenkämpfe sind. Diese Kämpfe haben jedoch gegen früher ein anderes Gesicht bekommen, weil die besitzende Klasse nicht mehr die militärische Macht, jedenfalls nicht in der unbeschränkten Weise wie sonst, gegen die Arbeiterklasse in Anwendung bringen kann, besonders dort nicht, wo die Industriearbeiter selbst Waffen in der Hand haben. Die Machtverhältnisse haben sich also sichtbar zugunsten der Arbeiterklasse verschoben. Zurzeit schwankt noch das Zünglein an der Waage unschlüssig hin und her und wird erst mit dem Siege des internationalen Kommunismus zum Stillstand kommen. Die Kapitalistenklasse hat noch große Machtfaktoren auf ihrer Seite: das Geld, welches leider immer noch die Welt regiert, den ganzen ungeheuer großen organisatorischen Apparat, den sich die herrschenden Klassen in Jahrzehnten, Jahrhunderten geschaffen haben, ferner die beklagenswerte Geistesverfassung namentlich kleinbürgerlicher Bevölkerungsschichten, die nicht zum wenigsten das Produkt der systematischen Gehirnverkleisterung in unseren Volksschulen bildet. Demgegenüber hat das Proletariat an Kopfzahl eine kolossale Mehrheit und bringt aus der Gewohnheit der Kriegsjahre einen gesteigerten Kampfwillen mit, der seine Hauptnahrung durch die unbeschreibliche Verelendung der Massen erhält. Als Besitzer seiner eigenen Arbeitskraft ist das Proletariat die gewaltige ökonomische Macht, die die Unternehmerklasse erzittern lässt und mit ihr die ganze bürgerliche Welt. Diese Macht ballt sich zu immer größerer Geschlossenheit und Schlagkraft zusammen, und wo sie sich erhebt, da zerreißt und zerbricht alle bisherige Ordnung. Die Produktivkräfte suchen neue Formen und finden sie in den Anfängen des sich entwickelnden kommunistischen Gesellschaftsorganismus.

Wenn wir nun gesagt haben, dass die genannten gesellschaftlichen Mächte sich zurzeit die Waage halten, so ist doch nichts verkehrter als die Annahme, es wäre ein eigentlicher Gleichgewichtszustand der kapitalistischen und kommunistischen Energien herstellbar oder erreichbar. So wenig wie zwischen Wasser und Feuer könnte ein Vergleich zwischen ihnen zustande kommen, eins muss siegen, eins muss unterliegen. Nur die Größe des Kampfgebietes, die Menge der Berührungspunkte, die ganze Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Erscheinungen könnte den Anschein eines zeitweiligen Stillstandes der Operationen erwecken. In Wahrheit ruht der Kampf zwischen den ökonomischen Gegnern

keinen Augenblick, und wie auf dem Schlachtfelde die Fahne, so kann hier die politische Macht zu einer gegebenen Zeit immer nur in den Händen einer einzigen Partei sein, nicht in den Händen beider Todfeinde zugleich. Und die siegreiche Gewalt wird, muss die andere unterdrücken; entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur des Kapitals!

Der Kampf kann nur mit dem Siege des Proletariats endigen. Denn würde das Kapital die Oberhand behalten, so könnte es doch die Arbeiterklasse nicht vernichten, weil es auf die Arbeit dieser Klasse angewiesen ist. Umgekehrt dagegen kann die Arbeiterklasse sehr wohl ohne das Kapital fertig werden; also wird der Kampf bis zu dessen völliger Vernichtung fortgesetzt werden, sobald das Proletariat wirklich die Oberhand gewinnt. Einen Waffenstillstand kann es, wie gesagt, nicht geben, die Diktatur des Proletariats endigt mit der restlosen Vernichtung des Gegners, der Kapitalistenklasse.

Die klassenlose Gesellschaft bringt demnach erst den Rechtszustand, den viele von der Nationalversammlung erwarten, die auf die allgemeine menschliche Vernunft gegründete Gesellschaftsordnung. Der „Staat des Rechts und der Gerechtigkeit“, den die Nationalversammlung bringen soll, würde zwar auch auf Recht und Vernunft gegründet sein, aber auf das Recht und die Vernunft der Bourgeoisie. Es ist ein falscher Traum zu glauben, dass dann die streitenden Parteien einander versöhnt in den Armen liegen würden. Ein Waffenstillstand könnte jetzt nur auf Kosten der siegreich vordringenden Arbeiterklasse geschlossen werden. Wer die Macht hat, hat auch das Recht auf seiner Seite; wer das Recht hat, ist auch im Besitze der Macht. Durch die nach bürgerlichem Rechte, nach bürgerlich-parlamentarischen Grundsätzen einberufene Nationalversammlung soll mittelst dieses bürgerlichen Rechtes die bürgerliche Macht, die am Versinken ist, wieder gehoben werden. Wer sich auf den Boden der Nationalversammlung stellt, erkennt bereits das Recht und die Macht der Bourgeoisie an, stärkt also diese Macht. Das Proletariat darf somit nicht abwarten, was die Nationalversammlung eventuell bringen wird und sich an ihr in irgendeiner Form beteiligen, sondern muss den Kampf schon gegen das Zustandekommen der Nationalversammlung aufnehmen; denn dieses bloße Zustandekommen bedeutet schon eine Stärkung der bürgerlichen Macht. Wir dürfen gar nicht mehr mit unsern Gegnern reden und verhandeln, dazu ist der Kampf bereits zu weit vorgeschritten. Täglich gewinnt das Proletariat an Macht, seine Aufklärung macht reißende Fortschritte, im Kampfe und durch den Kampf. Es darf die durch die Herrschaft in den Arbeiter- und Soldatenräten ausgeübte Diktatur nun keinen Augenblick mehr an die für die Nationalversammlung stimmenden bürgerlichen Elemente abtreten. Jetzt gilt nur noch das Recht des kämpfenden Proletariats; das Recht der Waffenruhe mit dem Bürgertum heißt schon das Recht des Bürgertums, heißt Diktatur des Bürgertums. Anerkennung der Nationalversammlung ist gleichbedeutend mit Unterwerfung unter diese Diktatur. Für das Proletariat kann es jetzt nur heißen: Durch! Ohne umzusehen! Seine Diktatur, die Diktatur des Proletariats, wird erst aufhören, wenn der Welttyrann Kapitalismus bedingungslos die Waffen streckt.

Die neue Welt.

Von Anton Pannekoek.

(Schluss.)

Es wird dann, sobald es sich selbst befreien will, isoliert angegriffen werden. Es hat einzusehen, dass es jetzt nur mehr eine Schlachtfrent in der Welt gibt: Kapital gegen Proletariat; es steht, ob es will oder nicht will, in einer Front mit dem russischen Volke und durch seinen Kampf unterstützt es seine Kameraden überall: in Russland, wo sie sich schon befreien, in Schottland, in Amerika, in Frankreich, wo sie erst emporkommen. Gegen die

Internationale des Kapitals, dem Wilsonschen Völkerbund, steht die Internationale der Arbeit, der Kommunismus, und sammelt sich und wächst empor.

2.

Der Weltkrieg hat die Welt verwüstet und sie in die tiefste *Armut*, zu einem *Chaos* heruntergedrückt: das ist seine zweite große Wirkung.

Vier Jahre lang sind alle Produktivkräfte in den Dienst des Krieges gestellt. Das bedeutet, dass alle Rohmaterialien, alle Maschinen, alle Verkehrsmittel und alle menschliche Arbeitskraft unproduktiv vergeudet wurden. Sie wurden benutzt für den Zweck der Zerstörung, sie wurden verbraucht, um nichts zu erzeugen, sondern um den Feind niederzuwerfen. Die Folge musste ein absoluter Mangel sein an allem, was die Gesellschaft zu ihrem Weiterbestehen braucht. Dass dies vier Jahre lang so weitergehen konnte, war nur möglich, weil in diesen vier Jahren die Lebenshaltung der Massen auf das Mindestmögliche heruntergedrückt wurde: was für den Krieg produziert wurde, wurde für ihren Lebensbedarf weniger produziert. Das konnte aber nur einen Teil der Kriegverschwendung begleichen; daneben kommt die Verwahrlosung aller Produktions- und Verkehrsmittel; statt sie zu erneuern, wurden sie aufgebraucht. So steht man am Ende des Krieges vor einer völligen Zerrüttung des ökonomischen Lebens: es fehlt an Produktionsmitteln, an Rohstoffen, an Arbeitskräften; denn die Menschen sind körperlich geschwächt durch die lange Entbehrung. Allerdings könnte man dem entgegenhalten, dass doch das Kapital sich gewaltig vermehrt und konzentriert hat. Aber dieses Kapital besteht vor allem in Rechtstiteln, nicht in produktivem Kapital. Es ist Eigentum an Fabriken, die nicht die Möglichkeit haben, sofort weiter zu produzieren; es ist vor allem Staatsschuld, also Anspruch auf riesige Zinsenmassen, die von dem Proletariat und den Kleinbürgern und Bauern in der Gestalt von Steuern den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Die Kapitalvermehrung bedingt die Verteilung der Produkte – sie besagt, dass die erzeugten Produkte möglichst ungerecht verteilt werden – aber vermehrt nicht die Produktion. Die Bereicherung der Großen bedeutet, dass die Vampire die allgemeine Armut noch vermehren werden, indem sie für sich den größten Teil der dürftigen Vorräte beschlagnahmen wollen. Rein wirtschaftlich betrachtet steht die Welt schon vor einem ungeheuren Bankrott, vor einer leeren Wüste, vor einem ökonomischen Chaos.

Das gilt mehr oder weniger für alle Länder; für solche Länder, wie Japan und Amerika am wenigsten; aber für Zentraleuropa – wie zuvor für Russland – am allermeisten. Deutschland hat mehr als England seine wirtschaftlichen Hilfsmittel bis zum letzten Tropfen für den Krieg aufgebraucht – wie ganz anders hätte es dagestanden, wenn die Arbeiter schon im vergangenen Februar Revolution gemacht hätten! – Und weil es besiegt ist, werden ihm jetzt die letzten Reste seines Besitzes genommen. Die Gegner wollen um jeden Preis verhindern, dass es sich noch einmal als Kapitalmacht aufrichten könnte. Nach den Reden der englischen Minister ist nicht daran zu zweifeln, dass Deutschland an Kriegsschädigung alles zu bezahlen haben wird, was es besitzt, so dass es völlig ausgeplündert und besitzlos dastehen wird. Das Gold, das nötig wäre, um im Auslande zu kaufen und damit die Produktion in Gang zu bringen, hat der Sieger genommen; von ausländischen Rohstoffen ist Deutschland abgeschnitten, fremde Märkte sind ihm verschlossen; die wichtigsten Eisen- und Kohlenreviere, Lothringen, das Saargebiet, das schlesische Becken sind oder werden von ihm abgetrennt; von den vorhandenen Transportmitteln oder Maschinen wird ein bedeutender Teil abgeliefert werden – zur Neubelebung einer kapitalistischen Produktion fehlt alles. Das Kapital kann seinen bisherigen Arbeitssklaven keinen Lebensunterhalt mehr geben – furchtbare Arbeitslosigkeit grinst dem Proletariat entgegen. Denn das Kapital ist selbst nichts mehr. Die gewaltige industrielle Entwicklung Deutschlands im vergangenen halben Jahrhundert ist mit einem Male abgeschnitten. Deutschland ist durch diesen Krieg – ähnlich wie durch den dreißigjährigen Krieg – auf, eine viel niedrige Stufe wirtschaftlicher

Entwicklung zurückgeworfen. Wie im ganzen Zentraleuropa wird es mit einer primitiven Stufe der Agrarwirtschaft wieder anfangen müssen, und es wird Jahrzehnte dauern, bis es wieder einigermaßen zu einer höheren Entwicklung emporsteigen kann.

Das sind die Aussichten, wenn die bürgerliche Produktion bestehen bleibt, also die Bourgeoisie die Staatsgewalt in den Händen behält.

Und für die nächste Zeit sind die Aussichten noch schlimmer. Die Lebensmittel und die Transportmittel zu ihrer Verteilung sind in so geringem Maße vorhanden, dass nur die strengste Handhabung peinlichster Vorschriften durch eine starke Regierung es ermöglichen wird, dass man mit dem nackten Leben davonkommt. Solange die vorläufige Ebertregierung fortwurstelt, die beiden Klassen Rechnung tragen will, geschieht nichts und wird also nur ein schlimmerer Zusammenbruch vorbereitet. Eine starke Regierung kann nur eine Klassenregierung sein; entweder eine offene Bourgeoisregierung, die über so große Gewaltmittel verfügt, dass sie die Proletarier durch eine Minimalrationierung gerade am Rande des Hungertodes vorbeiführt und sie schonungslos niederhält – so wie es die vorige Regierung während des Krieges machte –; oder eine wirklich proletarische Regierung, die schonungslos alle Vorräte und Vorrechte der Bourgeoisie antastet und alles, was vorhanden oder zu beschaffen ist, für die Massen bestimmt und ehrlich verteilt.

Der Kapitalismus hat dem Proletariat nichts mehr zu bieten. Die Not zwingt dem Proletariat den Sozialismus auf.

In der Zeit vor dem Kriege konnte der Kapitalismus den Arbeitern etwas bieten: eine, wenn auch nicht sichere, so doch ziemlich ruhige, dürftige Existenz; und dem gegenüber standen die unsicheren Wirrnisse einer Revolution, die den hochentwickelten Produktionsprozess stören und lähmen würden. Daher wagte die Masse des Proletariats die Revolution nicht; sie war zufrieden und wiegte sich in dem Wahn, es würde weiterhin so bleiben. Der Sozialismus erschien wie ein Sprung in das Nichts, in die Leere, in das Chaos.

Jetzt steht die Welt in dem Chaos, in dem Nichts. Der Kapitalismus kann keine ruhige Existenz, keine friedliche Arbeit mehr geben. Das Volk steht vor der Wahl: entweder die Leitung der Welt in den unfähigen Händen zu belassen, die dieses Chaos verschuldet haben, der Bourgeoisie, der Bürokratie, der Ebertleute, und dann zu Grunde zu gehen, während diese ihr Ausbeutungssystem hinüberretten – oder selbst die Leitung in die Hände zu nehmen und selbst die Produktion in Gang zu bringen. Im ersten Fall wird die Produktion mühsam, schwer emporkommen, da Kapitalmangel und Gewinninteressen sie hemmen, und der Ertrag wird der Neubildung von Kapital dienen; im zweiten Fall wird sie energisch in Betrieb gesetzt werden als Selbstversorgung des ganzen arbeitenden Volkes. Die Wahl wird sich mit zwingender Gewalt vollziehen. Nicht aus klarer Einsicht, nicht aus theoretischer Überlegung seiner Vortrefflichkeit, sondern aus unmittelbarer Not werden die Arbeiter den Sozialismus durchführen müssen.

Ebert oder ein anderer hat gesagt, diese Zeit der Not sei nicht geeignet, Theorie zu verwirklichen. Der Sozialismus war diesen Leuten immer nur eine abstrakte Theorie statt einer praktischen Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter. Sie träumten, wie so viele, von einem Idealkapitalismus, in dem eine einsichtsvolle sozialdemokratische Parlamentsmehrheit eine friedliche Umwälzung durchführen sollte, inmitten von Produktionsüberfluss und Wohlfahrt. Aber die Wirklichkeit ist anders: Der Sozialismus muss kommen als Retter in der furchtbarsten Not, als die einzige Möglichkeit für die Massen, sich vor dem völligen Untergang zu retten. Und er wird der Retter sein. Ohne den Sozialismus wäre das Volk im bankerotten Russland völlig dem Hunger, dem Untergang ganz verfallen; die Anfänge des Sozialismus haben die Volksmassen durch die schlimmste Zeit hindurch gerettet, sie ökonomisch gekräftigt, trotz der Angriffe von innen und außen, die die Lebensmittelversorgung aufs Schwerste gefährdeten.

Der Sozialismus wird auch in Deutschland und den anderen zentraleuropäischen Ländern die Massen durch planvolle, aber streng durchgeführte Organisation der Produktion und Lebensmittelversorgung durch die schlimme Zeit hindurch retten, aber damit zugleich den Keim der neuen Produktionsweise, den Keim der neuen Freiheit legen. Marx sagte im Jahre 1847 den Proletariern: Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten. Vor einem Jahrzehnt sagten Vertreter der Arbeiter in Abwehr gegen den Marxismus: Die Arbeiter haben jetzt etwas zu verlieren, also keine Revolution. In der Tat: solange die Arbeiter, in Zeiten der Prosperität, fühlten oder glaubten etwas zu verlieren haben, hörten sie nicht auf Marx, verhallte sein Wort. Jetzt wird es wieder zur Wahrheit. Alles, was der Kapitalismus bieten konnte, wirklich oder im Scheine, ist verloren. Nichts haben die Arbeiter mehr zu verlieren. Von allem beraubt, nackt und kahl stehen sie in der Wildnis - vor den Toren der Zukunft Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Die Beseitigung des Parlamentarismus.

Von N. Lenin.

Bei Marx findet sich auch nicht ein Tropfen Utopismus in dem Sinne, dass er sich die „neue“ Gesellschaft zurechtlegt, zusammenphantiert. Nein, er studiert wie einen natürlichen historischen Prozess die Entstehung der neuen Gesellschaft aus der alten, die Übergangsformen von der zweiten zur ersten. Er hält sich an die tatsächliche Erfahrung der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt“ von der Kommune, wie alle revolutionären Denker sich nicht scheuten, aus den Erfahrungen der großen Erhebungen unterdrückter Klassen zu lernen, ohne jemals pedantische „Morallehren“ an sie zu richten in der Art Plechanows: „Sie hätten nicht zu den Waffen greifen sollen“ oder Zeretellis: „Eine Klasse muss sich selbst beschränken“).

Von einer plötzlichen, restlosen Beseitigung des Beamtentums an allen Orten kann keine Rede sein. Dies wäre Utopie, aber den alten Beamtenapparat sofort zu zertrümmern und gleichzeitig mit dem Bau eines neuen zu beginnen, der die allmähliche Beseitigung jeglichen Beamtentums ermöglicht - das ist keine Utopie, sondern eine Erfahrung der Kommune, es ist die direkte auf der Tagesordnung des revolutionären Proletariats stehende Aufgabe.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staatsverwaltung“, gestattet die „Obrigkeit“ zu beseitigen und die ganze Sache auf die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse), die namens der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter“ einstellt, zurückzuführen.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen“ nicht davon, wie man plötzlich ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte. Diese auf einem Missverstehen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhenden anarchistischen Träume sind dem Marxismus wesensfremd und dienen nur einer Verzögerung der sozialistischen Revolution, solange die Menschen nicht anders geartet sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den heutigen Menschen durchführen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter“ nicht auskommen können.

Aber unterzuordnen hat man sich dem bewaffneten Vortrupp aller Ausgebeuteten und Werk tätigen - dem Proletariat. Mit der Beseitigung des spezifischen Vorgesetzten-tums der Staatsbeamten kann und muss sofort, von heute auf morgen, begonnen werden, und an deren Stelle müssen die einfachen Funktionen von Aufsehern und Buchhaltern treten, zu denen bei dem heutigen Entwicklungsniveau die Städter schon jetzt befähigt sind und die sie durchaus zu dem „Arbeitslohn“ auszuüben vermögen.

Wir, die Arbeiter selbst, organisieren den Großbetrieb, indem wir das, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, ausbauen, gestützt auf die eigene Erfahrung der Arbeiter, wir verwirklichen eine durch die Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter unterstützte strenge, eiserne Disziplin und machen die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern“ (natürlich mitsamt den Technikern jeder Art, jeden Ranges und Grades) – dies ist unsere Aufgabe, die Aufgabe des Proletariats, das ist es, womit bei Ausführung der proletarischen Revolution begonnen werden muss. Ein solches Beginnen auf der Basis des Großbetriebes führt von selbst zum allmählichen „Absterbens“ jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer solchen Ordnung, einer Ordnung ohne Gänsefüßchen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat, einer Ordnung, bei der die sich immer einfacher gestaltenden Funktionen der Aufsicht und Abrechnung abwechselnd von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und allmählich als Sonderfunktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat bezeichnete in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Post als Muster einer sozialistischen Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Die Post ist gegenwärtig eine in der Art eines staatlich-kapitalistischen Monopols organisierte Wirtschaft. Der Imperialismus verwandelt allmählich alle Trusts in Organisationen solcher Art. Über der „einfachen“ werktätigen Bevölkerung, die da hungert und mit Arbeit überhäuft ist, steht hier die gleiche bürgerliche Demokratie. Der Mechanismus der öffentlichen Bewirtschaftung ist hier jedoch bereits fertig vorhanden. Nach dem Sturze der Kapitalisten, nach Überwältigung des Widerstandes dieser Ausbeuter durch die eiserne Faust der bewaffneten Arbeiter, nach Zertrümmerung der bürokratischen Maschinerie des modernen Staates, haben wir einen vom „Parasiten“ befreiten Mechanismus von hoher technischer Vollkommenheit vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter engagieren und sie alle, wie überhaupt alle Staatsbeamten zum Arbeiterlohn ihre Tätigkeit ausüben lassen. Dies ist die konkrete, praktische, sofort ausführbare Aufgabe in Bezug auf die Trusts, die die arbeitende Bevölkerung von Ausbeutung befreit, unter Verwertung der Erfahrungen, die die Kommune bei ihren praktischen Versuchen (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) bereits gemacht hat.

Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren, und zwar so, dass alle unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die wirtschaftliche Grundlage des Staates, wie wir ihn brauchen. Das ist es, was die Beseitigung des Parlamentarismus, die Beibehaltung der Vertretungskörperschaften uns geben werden, was die arbeitenden Klassen von der Prostituirung dieser Institutionen durch die Bourgeoisie befreien wird.

Wozu haben wir gekämpft?

Aus der Broschüre unserer russischen Genossin A. Kollontai: „Wem nützt der Krieg?“ (Schluss.)

Die Kapitalisten, Großgrundbesitzer, Bankiers sitzen in ihren Kabinetten, stopfen sich die Säcke mit den Profiten für Heereslieferungen voll, Gewinne, die dreimal so groß sind, als die der Friedenszeiten, und warten den Ausgang des Krieges ab.

Und das Volk kämpft, das Volk geht zu Grunde, das Volk opfert sein Leben.

Und wozu?

Damit seine vaterländischen Ausbeuter besser, angenehmer, reicher und luxuriöser leben können.

Das vertrauensvolle Volk ... wenig Erkenntnis ... es hat seine eigenen Interessen noch nicht erkannt. Und Kapitalisten und Regierungen ziehen Nutzen daraus.

Und das ist nun die Ursache des Krieges: Der Kampf der nationalen Kapitalisten um den Weltmarkt. Das russische Kapital kämpft gegen das deutsche in Russland selbst, gegen das österreichische auf dem Balkan; das englische und französische Kapital kämpft mit dem deutschen in Afrika, in Asien, auf den Märkten der kleinen Staaten; die verschiedenen Kapitalgruppen stoßen zusammen, kämpfen, suchen einander zu verdrängen. Jede will zur Alleinherrschaft kommen, jede will sich das Monopol sichern, den Arbeiter bei der Fabrikation und den Käufer beim Verkauf der Waren ausplündern zu können.

Je schneller die Entwicklung des Kapitalismus vor sich geht, je mehr Staaten an diesem Kampfe teilnehmen, desto schärfer spitzt er sich zu. Desto unausbleiblicher ist der Krieg.

Man tröste sich nicht damit, dass der heutige Krieg der letzte ist. Solange es Kapitalisten geben wird, in deren Händen sich die Regierungsgewalt befindet, solange wird es auch Kriege geben. Das Ziel aller Kriege ist dasselbe, wie das des heutigen: den heimatlichen Fabrikanten und Händlern die besten Gewinne zu sichern. Wiegt dieses Ziel das vergossene Blut auf? Handeln die Arbeiter vernünftig, die um eines solchen Zweckes halber ihre Genossen erschlagen, die Arbeiter eines anderen Landes, die Städte verwüsten und friedliche Bauerndörfer zerstören? Haben denn die Arbeiter ihre eigenen Ausbeuter, ihre zu jeder Gewalttat fähigen Herren so ins Herz geschlossen, dass sie bereit sind für deren Gewinn und Interessen freiwillig ihr eigenes Leben abzugeben?

Was tun?

Hat man die wirkliche Ursache des Krieges und sein Endziel klar erkannt, so taucht eine neue Frage auf: Was soll man jetzt tun? Wie soll man die blutige Metzgerei beenden? Wie soll man das Volk für alle Zukunft vor neuen Streitfällen und Kämpfen der Kapitalisten, vor neuen Kriegen bewahren?

Bevor wir auf diese Fragen eine Antwort finden müssen wir uns klar werden: solange der Kapitalismus existiert, solange noch ein Privateigentum an Grund und Boden, Fabriken usw., besteht, solange sich die Staatsbürger in Besitzende und Besitzlose, in Kapitalisten, die die Macht im Staate in der Hand haben, und rechtlose Lohnarbeiter teilen, solange die Kapitalisten um ihre Gewinne auf dem Weltmarkt miteinander kämpfen werden, solange sind Kriege unausbleiblich.

Die Kriege werden erst dann aufhören, wenn die Macht der Kapitalisten gebrochen, wenn den Besitzenden und Ausbeutern die Möglichkeit genommen sein wird, dem Volke zu schaden und es auf den Weg blutiger Zusammenstöße zu bringen. Den Krieg gebiert nur die ungerechte kapitalistische Gesellschaft. Um den Krieg zu beseitigen, muss man einen Umbau der Gesellschaft vornehmen. Um die Kriege zu beseitigen, muss man alle Fabriken und Industrieunternehmungen den Herren Kapitalisten, das Land den Großgrundbesitzern nehmen, Gruben und Schächte den Privatbesitzern, die Banken den Kapitalisten und alle diese Reichtümer - verwandeln in Eigentum des gesamten Volkes.

Um die Kriege zu beseitigen, muss man dem Volke eine neue gerechtere sozialistische Welt erobern.

Wenn das Volk selbst alle Volksreichtümer beherrschen, selbst den Volkswirtschaftsbund den Staatsschatz verwalten, selbst sich um die Bedürfnisse und Nöte aller Bürger kümmern, selbst für Aufklärung des Volkes arbeiten und einem brüderlichen Verband der Völker zustreben wird, dann wird es keine Kriege mehr geben. Dann werden nachbarliche Völker nicht mehr

einer den andern zerreißen, dann wird man keine Eroberungspolitik mehr führen. Friedliche Länder freier arbeitender Volksmassen werden es immer verstehen, miteinander sich zu verständigen. Dann werden nicht mehr die Hauptschuldigen des Krieges existieren – die Bande der Kapitalisten, die Millionen Menschen deswegen vernichtet, um nach dem Kriege die Taschen noch mehr zu füllen! Das ist die Hauptarbeit der Arbeiter.

Aber es bleibt die Frage, andere wichtigste Frage: wie den jetzigen brudermörderischen Krieg beenden? Was sollen wir tun? Was soll werden?

Die Antwort ist da. Und was besonders wichtig ist, die Antwort ist ein und dieselbe für die Arbeiter aller Länder. Diese Antwort lautet: Mögen auch die Regierungen Bruder gegen Bruder senden, den Arbeiter eines Landes gegen den des anderen, ihre Interessen sind dieselben, die des deutschen, wie des russischen, des englischen, des französischen und des österreichischen Arbeiters, der Feind bleibt derselbe für die Arbeiter der ganzen Welt – dieser Feind ist der – Kapitalismus.

Um Frieden zu bekommen, muss man vor allen Dingen die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, und wer anders als die Staatsleiter mit ihren Diplomaten und Ministern, alle diese ergebenen Diener des Kapitals sind die schuldigen Urheber dieses blutigen Elends.

Zieht sie zur Verantwortung!

Zur Verantwortung die unfähige Regierung, der verbrecherischen, satten Reichen, die den Krieg frivol weiter in die Länge ziehen!

Die Macht im Staate muss dem Volke gehören!

Wer den Frieden will, wer den verbrecherischen Krieg sathat, der gehe in die Reihen der Kämpfer nicht gegen den auswärtigen, sondern gegen den inneren Feind des Volkes. Der sage sich: besser als zu sterben zum Ruhme der Herren Krestnowik, Putilow, Rotschild, Krupp, Gutschkow und ihrer ehrenwerten Gesellschaft ist doch sein Leben hinzugeben für die Freiheit seines Volkes, für das Recht der Arbeiterklasse, für den Sieg der Arbeitersache!

Wenn die deutschen und russischen Arbeiter, die Arbeiter anderen Länder sich so sagen werden, dann gibt es keine Macht auf der ganzen Welt, die das Blutvergießen fortsetzen kann, dann kommt der Friede von selbst.

Nur das ist nötig, dass jeder Soldat an der Front, jeder Soldat in der Werkstatt sich selbst klar macht: „Nicht der ist mein Feind, der wie ich zu Hause auch des Rechts beraubt ist, den das Kapital unterdrückt, dessen Leben ein Kampf ums trockene Brot ist.

Mein Feind ist in meinem eigenen Lande. Und dieser Feind ist derselbe für die Arbeiter aller Länder. Dieser Feind ist der – Kapitalismus. Dieser Feind ist: die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse.“

Genosse, Arbeiter, einfacher Soldat der feindlichen Armee! Ich weiß jetzt, nicht Du bist mein Feind! Reiche mir die Hand, Kamerad, wir sind beide Opfer des Betruges und der Gewalt. Unser gemeinsamer Hauptfeind – er steht hinter unserm Rücken.

Gehen wir aus dem Kriege, jeder in seinem Lande gegen unsere Unterdrücker, retten wir die Heimat vor den wahren Feinden des Volkes – den Eigentümern und Kapitalisten.

Und dann, wenn die Macht in unserer Hand sein wird, schließen wir Frieden über die Häupter der Kapitalisten hinweg

Das ist der Weg für den, der für einen dauerhaften Frieden unter den Völkern kämpfen will, für einen Sieg der Arbeitersache, für eine Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine gerechte, bessere Welt, die sozialistisch Brüderschaft Arbeiter Länder.

Auf diesem Wege rufen euch, Genossen, die organisierten klassenbewussten sozialistischen Arbeiter Russlands, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Bulgariens und der anderen Staaten, die Sozialisten, die der Arbeitersache treu geblieben sind, die den großen Kampf nicht vergessen haben, zu: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ Scharf euch unter die roten Zeichen der revolutionären Arbeiterorganisationen.

An die Arbeit, auf zum Kampf, Genossen!

Genug der Opfer für das Kapital! Unser gemeinsamer Feind ist – hinter uns. Nieder mit den Schuldigen des Krieges! Nieder mit dem Kapitalismus!

Kämpfen wir für die Freiheit unserer Heimat, für einen dauerhaften Frieden!

Es lebe die nahe ersohnte soziale Revolution! Es lebe der Sieg der sozialistischen Verbrüderung der Völker!

Feuilleton

Geharnischtes Sonett.

O, dass ich ständ' auf einem hohen Turme,
Weit sichtbar rings in allen deutschen Reichen,
Mit einer Stimme, Donnern zu vergleichen,
Zu rufen in den Sturm mit mehr als Sturm:
Wie lang willst du dich winden gleich dem Wurme
Krumm unser deines Feindes Triumphrad Speichen?
Hat er die harte Haut noch nicht mit Streichen
Dir genug gerieben, dass dich's endlich wurme?

Die Berge, wenn sie könnten, würden rufen:
Wir selber fühlen mit fühllosem Rücken
Lang g'nug den Druck von eures Feindes Hufen.
Des Gesteins Geduld bricht endlich auch in Stücken,
Den Götter zum Getretensein doch schufen –
Voll mehr als Stein, wie lang darf man dich drücken.

Friedr. Rückert.

Des Waldes Fluch.

Jüngst lag ich in Frankreichs Walde unter zerschossenen Bäumen;
Der gute Freund, der Alte, er lud mich ein zum Träumen. –
Lind säuselten die Lüfte, der Mutter Erde süße Düfte labten mich, mütterlich. –

Fluch, das es durch alle Länder hallt!?

Ich rufe es, der zürnende, zerfetzte Wald! – – –

Nach diesen Worten blickt ich jäh erwachend in die Höhe; mein trauer Freund reckte sich seufzend auf.

Mein Herz ergriff ein wildes heißes Wehe, und unbeschämt hieß ich den Tränen freien Lauf!

– – –

Wer ist's, der in der Hand das Schwert dir drückt, das nun vier Jahre schon gezückt?
Wer ist's, der Haus und Hof zusammenschießt, und immer weiter, weiter mit Tod und
Flammen grüßt? –

Wer ist's, der meinen starken Arm zersplittert, dass auch der stärkste Stamm ob dieser

Schmach erzittert? - - -

Meinen Fluch send' ich der wüsten Horde, die sich bereichern am Raub und Morde!

Lohnsklaven.

Ich bin ein Mensch“, stand auch auf eurer Stirne einst geschrieben.
Doch die sklavische Arbeit hat es verwischt,
Fast nichts ist davon übrig geblieben
Ihr traget, Knechtschaft im Gesicht!
Und der Hunger hat drin seine Furchen gegraben,
Das Laster! das Elend! der Kummer! die Not!
Und nirgends könnt Ihr Ruhe haben,
Erst wenn zu End' dies Leben, im Tod!
Ihr müsst Euch aus der Knechtschaft erheben,
Erkämpfen Euch Freiheit, Gerechtigkeit, Glück;
Damit Ihr genießt ein menschwürdig Leben,
Dass frei und sorglos wird Euer Blick!
Dass Ihr die gebeugten Nacken erhebet,
Wie freie, glückliche Menschen es tun!
Ihr müsst Euch aus der Knechtschaft erheben
Zu wahren, heiligen Menschentum!

Im November 1917.

Untersuchungshaft Dresden.

Freiheit.

Freiheit! Noch bist du nur ein Wort,
Noch sind wir Sklaven, sind wir Knechte,
Noch entbehren wir aller Menschenrechte
Noch gleicht die Arbeit einem Mord!

Mein Herz, es glühet voller Zorn,
Wenn ich bedenke: Was ist Dein Lohn?
O Volk, für all Dein Schaffen!

Kaum hast Du für Dich Dein täglich Brot,
Das selbst Du baust in Schweiß und Rot!
Du schaffst den Reichtum,
Du schaffst die Pracht!
Alle Güter der Erde wirkst nur Du:
Und doch schaust Du noch immer ruhig zu,
Wie der Herr es verprasst und Dir höhnisch lacht,
Und Du, Schöpfer, darbest in Elend und Nacht! -

Volk! Mensch! Besinne Dich!
Dein ist die ganze Welt!
Halt endlich scharf Gericht!
Wirf ab die Knechtschaft! Sei ein Held!
Nimm alles Dir zurück!
Dein Eigen ist's, Dein Recht!
Sei fürder endlich einmal Mensch,
Sei nimmer, nimmer Knecht!

*Im Dezember 1917.
Untersuchungshaft Dresden.*

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 2/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 11. Januar 1919.

Nr. 2

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die deutsche Revolution und die polnische Frage.

Von K. Radek.

Wie im Jahre 1848, hat die Revolution des Jahres 1918 die polnische Frage auf die politische Tagesordnung Deutschlands gestellt. Wie das alte junkerliche Preußen, so zeigte sich auch das junkerlich-bürgerliche Deutschland außerstande, die polnischen Volksmassen mit der Zugehörigkeit zum deutschen Reiche auszusöhnen, und wie im Jahre 48 die bürgerliche Demokratie außerstande war, die Sünden des Junkertums auszulöschen, die polnische Frage zu lösen, so ist auch die deutsche Sozialdemokratie in ihren beiden Richtungen vollkommen unfähig, irgendwas mit der Polenfrage anzufangen, das heißt zu versuchen, sie vom Standpunkt der Revolution zu lösen. Achtundvierzig zerzausten sich die bürgerlichen Demokraten die Köpfe beim Gedanken, sie könnten Posen, sie könnten Westpreußen verlieren und 1918 gerät Scheidemann und Ebert in patriotische Wallungen bei dem Gedanken daran, dass die deutsche Minderheit in den preußisch polnischen Bezirken unter die Herrschaft der Polen gelangen könnte und sie zeigen die zerbrochene Plempe und drohen den Polen mit einem Krieg. Dass das keine Lösung ist, versteht auch der Blödsinnigste. Denn wenn es schlecht ist, wenn eine deutsche Minderheit unter die Herrschaft der polnischen Mehrheit gerät, so werden auch die Polen ganz gewiss dafür sein, unter der Herrschaft der Deutschen zu bleiben. Aber damit ist die Sache noch nicht zu Ende. Der Feldzug gegen die Polen, zu dem Herr Noske aufruft, er bringt nicht nur keine Lösung der polnischen Frage, sondern umgekehrt, er stärkt die Kräfte der Konterrevolution, wenn er überhaupt nicht aus konterrevolutionären Motiven heraus propagiert wird. Indem Herr Scheidemann und Ebert den deutschen Krieg gegen das Polentum propagieren, rufen sie die „nationalen“ Geister zur Hilfe, stützen sie sich auf den Ostmark-Verein und auf Hindenburg und geben sie den konterrevolutionären Kräften die Möglichkeit, sich legal zu organisieren. Da sie die polnische Frage vom Standpunkt der Revolution nicht lösen können und sie nur vom nationalen Standpunkt zu lösen versuchen, lösen sie die konterrevolutionären Kräfte aus.

Die *Unabhängige Sozialdemokratie* ihrerseits schrickt vor jeder Lösung zurück. Sie hat eine große Angst vor dem Kriege gegen die Polen. Aber da sie die nationalistischen polnischen Forderungen nicht anerkennen kann, so ist sie gezwungen, die Lösung der Frage Onkel

Wilson und der Friedenskonferenz zuzuschreiben. Das, was die deutsche Revolution mit eigenen Kräften nicht lösen kann im Interesse des deutschen und des polnischen Volkes, das soll gütigst die diplomatische Konferenz der Konter-Weltrevolution lösen.

Wie steht die Frage?

1848 war das klein-adlige Polen ein Revolutionsherd gegen den russischen Zarismus. Deshalb trat Marx für die Unabhängigkeit Polens ein und war bereit, die polnische Unabhängigkeitsbewegung durch einen Krieg gegen das zaristische Russland zu unterstützen, in dem gleichzeitig mit dem Zarismus alle feudalen Kräfte Deutschlands zerbrochen werden sollten. Die deutsch-polnischen Differenzen wollten Marx und Engels auf Kosten des zaristischen Russland erledigen. Gab der revolutionäre Krieg den Polen Litauen, schob er die Grenzen Polens nach dem Osten hinaus, was im Interesse der Weltrevolution lag, nun, dann würden die Polen mit sich über ihre Westmarken sprechen lassen. Das war die revolutionäre Lösung Marxens im Jahre 1848.

Im Jahre 1918 sind die Polen, die das Heft in den Händen haben und im Namen des polnischen Volkes den Eroberungszug gegen Westen führen, ein Teil der konterrevolutionären Kräfte Europas.

Als der Krieg ausbrach, stellten sie sich zum Teil in den Dienst des deutschen Imperialismus, zum Teil in den Dienst des Entente-Kapitalismus und sie wollten die Unabhängigkeit aus der Hand einer der beiden kapitalistischen Koalitionen bekommen. Nachdem die Entente gesiegt hatte, ließen sie – jetzt alle geeinigt – ihren Weihrauch vor den Altären aufsteigen, auf denen die Götter der Londoner und Pariser Börse thronen. *Sie wollen jetzt einen Wall bilden zwischen dem revolutionären Russland und dem revolutionären Deutschland*, ein Wall, der weit nach Osten, nach Litauen und Weißrussland vorgeschoben sein soll, ein Wall, an dem sich die Wellen der proletarischen Revolution scheiden und brechen sollen. An der Spitze dieser konterrevolutionären polnischen Sippschaft stehen die polnischen Junker, die Ausbeuter des polnischen ländlichen Proletariats, die Schinder der Litauisch-Ukrainischen Kleinbauern. Nicht der Clown-General, der Sozialpatriot Pilsudski, sondern der alte konterrevolutionäre Macher, der Intimus von Foreign Office und von Quai D'orsay Roman Dmowski hat in Wirklichkeit das Heft in den Händen.

Welche Politik musste die deutsche Revolution bei ihrem Ausbruch *diesem Polen* gegenüber gespielt haben? Sie musste natürlich an die Elemente appellieren, die kein Interesse haben, die deutsche Revolution von der russischen zu trennen an die Elemente, die von Anfang des Krieges an in sich nichts anderes sahen als die Brücke zwischen der deutschen und der russischen revolutionären Bewegung: *an die Arbeiterklasse Polens!* Obwohl sehr geschwächt durch die massenhaften zwangsweisen Abtransporte zur Arbeit nach Deutschland, obwohl zum Bettlerstabe gebracht durch die Ausplünderung der polnischen Fabriken, stellt die polnische Arbeiterklasse noch eine genügende Gewalt dar, dass sie imstande wäre, den Weg von Russland nach Deutschland freizuhalten.

Hätten die deutschen Militärgewalten auch nach dem Ausbruch der deutschen Revolution den polnischen Arbeitern die Bildung der Arbeiterräte nicht verboten dächten die deutschen Soldaten noch an was anderes, als daran, wie zu flüchten vor dem Zorne des Volkes, das sie auf Geheiß der Kaiserlichen Regierung ausgeplündert und unterdrückt haben, so würde heute Deutschland keine polnische Frage haben. Aber die „revolutionären“ Soldaten überließen die Waffen der bürgerlichen Regierung, die unter den Fittichen des deutschen Militarismus entstanden ist, und die polnischen Arbeiter waren wehrlos den bewaffneten Weißen Garden der polnischen Konterrevolution ausgeliefert. Und jetzt dringen diese Weißen Garden gegen Westen als Truppen nicht nur der polnischen Reaktion, sondern der Entente. Alles Gerede der Scheidemänner von der Abwehr stellt inhaltlose Phrasen dar, denn nicht nur besitzt Herr

Scheidemann keine kampffähigen Truppen, sondern er geht aus der Voraussetzung aus, dass der Entente das Vordringen der Polen unangenehm ist. Aber die Entente sieht in Deutschland trotz des Zylinders Eberts und der Ordnungspräsen Scheidemanns das Land der beginnenden proletarischen Revolution, und sie hat nichts dagegen, wenn dieses Land geschwächt wird. Gegen die Entente aber will Herr Scheidemann nicht kämpfen.

Die Bitten der *Unabhängigen*, die Polen sollen doch bis zur Friedenskonferenz warten, auf der alles schiedlich, friedlich entschieden wird, stellen nur das Gejammer eines Greises dar, der sich nicht zu helfen weiß. Denn wollten die Polen keine vollzogenen Tatsachen eben für die Friedenskonferenz schaffen, so würden sie eben auf die Friedenskonferenz warten und nicht vorrücken.

Welche Politik befürwortet in der Polenfrage die Partei der deutschen Revolution, die Partei des Kommunismus? Diese Politik ist klar vorgezeichnet durch die Interessen der deutschen, der polnischen, der russischen Revolution, ja der Weltrevolution: *Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse in ihrem Bestreben, die politische Macht an sich zu reißen.* Diese Unterstützung müsste in erster Linie darin bestehen, dass die polnischen, in Deutschland internierten, zwangsweise zur Arbeit genötigten Proletarier sofort befreit werden. Die deutsche Revolution muss ihnen beweisen, dass sie für ihre schmachvolle Behandlung nicht verantwortlich ist. Das kann sie tun, indem sie jeden polnischen Arbeiter, der in Deutschland bleiben will, die gleichen Arbeitsbedingungen wie den deutschen Arbeitern gewährt. Unter denen, die nach ihrer Heimat zurückkehren wollen, muss eine breite Propaganda entfaltet werden. Es müssen ihnen die Löhne ausgezahlt werden, die ihnen unter Ausnutzung des Kriegszustandes die Kapitalisten vorenthalten haben. Dann werden sie Freunde der deutschen Arbeiterklasse sein und sie werden in Polen in den Reihen der klassenbewussten Arbeiter kämpfen. Dieser Kampf muss materiell und durch Waffenzuführen unterstützt werden. Dann werden die polnischen Arbeiter in kurzer Zeit zur Regierung gelangen und Polen wird nicht mehr der Wall gegen die deutsche Revolution, sondern die Brücke zwischen der deutschen und der russischen Revolution bilden.

Im Bündnis mit der deutschen und der russischen, sozialistischen Republik kann man leicht alle strittigen Fragen lösen. Wo die Diktatur der deutschen und der polnischen Arbeiterklasse herrschen wird, dort werden die Volksmassen daran nicht denken, Gebiete an die eine oder die andere Nation zu reißen, da jede nationale Unterdrückung verschwinden wird.

Die polnischen Kleinbauern, die polnischen Landarbeiter, die den Grund und Boden der deutschen und der polnischen Junker in Ost- und West-Preußen und dem Posenschen zusammen mit den deutschen Kleinbauern und den deutschen Landarbeitern in Besitz nehmen und bearbeiten werden, die polnischen Grubenarbeiter Oberschlesiens, die zusammen mit den deutschen Grubenarbeitern das Joch der Kohlen- und Eisenbarone abschütteln werden, sie werden solidarisch dastehen im Kampfe gegen die deutsche und die polnische Konterrevolution.

Das ist die Lösung der polnischen Frage vom revolutionären Standpunkt aus.

Die Lakaien des deutschen Kapitalismus, die Regierung Ebert-Scheidemann ist natürlich nicht fähig, diese Lösung zu verwirklichen. Die Kommunistische Partei Deutschlands muss schon heute an ihre Durchführung schreiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die auf dem Boden der Kommunistischen Partei stehen, müssen eine Aktion für die Auszahlung der den polnischen Arbeitern zurückgehaltenen Löhne einleiten. Sie müssen die polnischen Arbeiter von jeder Unterdrückung befreien, sie müssen mit brüderlicher Aufklärung an sie herantreten, sie müssen an den Grenzbezirken mit der polnischen Arbeiterschaft in Fühlung treten und sie heute schon mit Waffen ausrüsten gegen die gemeinsamen Unterdrücker. Nur wenn die Kommunistische Partei Deutschlands schon heute die teilweise praktische Lösung dieser

Fragen in die Hand nimmt, werden sie später nicht genötigt sein, kostbares, deutsches Arbeiterblut zu opfern, um in den konterrevolutionären polnischen Wall eine Bresche zu schlagen.

Die Herren Scheidemann und Ebert werden Zetermordio schreien über dieses Programm des Bürgerkrieges. Das kann uns kalt lassen, denn sie können diesem Bürgerkriege keinen nationalen Frieden, nur den nationalen Kampf entgegenstellen, der die Kräfte der Konterrevolution in Deutschland entfaltet und in Polen stärkt.

Maxim Gorkis Manifest an die ganze zivilisierte Welt!

Von F. Schreiner.

In unserem dänischen Bruderorgan „Klassekampen“ finden wir untenstehenden Aufruf Gorkis, der sehr bezeichnender Weise in noch keiner deutschen Tageszeitung – soweit wir übersehen konnten – zum Abdruck kam. Gorki ist dem Welt-Proletariat als der größte russische Dichter bekannt und genießt als solcher sogar die Anerkennung der reaktionärsten Politiker. Dass die gesamte bürgerliche und sozialpatriotische Pressmeute diesen Appell übersah, beweist, was sie unter Objektivität in der Berichterstattung versteht. Freilich, in den Kram ihrer Kommunistenhetze passen diese Worte des proletarischen Dichters, des Bitteren, nicht!

Die Presskulis des Bürgertums und der Sozialpatrioten schweigen diesen Gorki-Aufruf tot, um ihre Lügenfratze nicht zu entschleiern. Leider liegt das Manifest nicht in russischer Sprache vor.

Durch die doppelte Übersetzung – aus dem Russischen ins Dänische und vom Dänischen ins Deutsche – leidet natürlich die künstlerische Schönheit und Schärfe, die Gorki auszeichnet. Doch dieser Nachteil wird aufgewogen durch den blendenden Strahl der Wahrheit, in der alle Arbeiterherzen über die „russischen Zustände“ dringt.

Der Krieg ist zu Ende. Der deutsche Imperialismus ist besiegt und muss harte Strafe erleiden für seine Raubgierigkeit. Das deutsche Proletariat, geplagt vom Krieg und entkräftet vom Hunger, muss jetzt teuer die Zeit bezahlen, die es sich jener Politik ihrer regierenden Klasse unterworfen hatte. Die Sieger haben das deutsche Volk gezwungen, Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, die zehnmal schlimmer sind als die des Friedens von Brest-Litowsk, und die Deutschland mit unvermeidlichem Hunger bedrohen.

Präsident Wilson rüstet heute ein Heer aus für die Wiederaufrichtung der Ordnung in Russland. Das russische Volk hat die ganze Macht in seine Hände genommen, sein gesetzliches Recht verwirklicht und arbeitet mit ganzer Kraft für die Grundlagen einer neuen staatlichen Ordnung. Ich bestreite nicht, dass vor dieser aufbauenden Arbeit eine vielleicht oft unnötige Zerstörung vorangegangen ist und dass ebenso der jetzigen aufbauenden Arbeit ein nicht immer berechtigter Prozess des Niederreißen folgt. Aber ich habe mehr denn jeder andere ein Recht zu erklären, dass die kulturelle Umbildungsarbeit der russischen Arbeiter, die unter den denkbar schwersten Verhältnissen vor sich geht und heroische Anstrengungen erfordert, nun nach und nach einen Umfang und eine Form annimmt, die bisher unbekannt in der Menschheitsgeschichte war!

Das ist keine Übertreibung. Obwohl ich bis vor kurzer Zeit Gegner der jetzigen Regierung war und heute noch in manchem uneinig bin mit deren Arbeitsmethoden, so weiß ich doch, dass künftige Geschichtsschreiber, wenn sie die Arbeit beurteilen sollen, die im Verlauf eines einzigen Jahres von russischen Arbeitern vollbracht worden ist, dass diese Historienschreiber

ungeheuer erstaunt sein werden über die Großzügigkeit ihrer Neues schaffenden Arbeit auf dem Gebiete der Kultur. Hier ist kein Platz für die Aufführung von Tatsachen; aber ich sage, dass jeder einzelne, dem jener Prozess, durch den das russische Volk teilnehmen soll an den Grundwerten der geistigen Weltkultur, eine wirklich aufrichtige Herzenssache ist, dass jeder einzelne, der leidenschaftlich eine Welterneuerung verlangt, sich freuen kann und freuen muss über die Geschwindigkeit, Kraft und den brennenden Eifer, womit das russische Volk darnach strebt, ein neues Leben aufzubauen und sich alle geistigen Eroberungen der Menschheit anzueignen.

Ja, das ist wahr, dass an der Seite dieser Arbeit, die von unberechenbarer Bedeutung für Russland ist, vielleicht große Fehler begangen wurden und eine unnötige Strenge ausgeübt wird. Aber was bedeutet dieses im Vergleich mit dem verabscheuungswürdigen und schrecklichen Verbrechen dieses Krieges? Und ist es nicht jener verdamnte Krieg gewesen, der das Tier weckte in den Herzen aller Länder und Nationen. War es nicht dieser Krieg, der die schwach entwickelte Vorstellung vom Wert des Lebens und die Gefühle der Achtung vor aller Arbeit tötete?

Es sollte doch scheinen, dass alle vernünftigen und ehrlichen Menschen in der ganzen Welt mit unbezwingbarer Deutlichkeit verstehen, welches abgrundtiefe Dunkel, welche Grausamkeit, Falschheit, Heuchelei und Dummheit mit den Grundmauern des kapitalistischen Systems verbunden sind. Es sollte scheinen, dass es jetzt an der Zeit ist, für ruhmwürdige und denkende Menschen aller Gesellschaftsklassen sich zu überzeugen, dass der Kapitalismus seine schaffenden Kräfte verloren hat. Er ist ein schwerer, überlebter Rest des Vorangegangenen und ein Hindernis für die Entwicklung der Weltkultur, das zur Feindschaft und zum Hass zwischen Personen, Familien, Gesellschaftsklassen und Völker hetzt. Der schöne Traum der Verbrüderung aller Völker kann so lange nicht verwirklicht werden, solange der unversöhnliche Kampf zwischen Arbeit und Kultur stattfindet.

Ich verneine nicht die Verdienste des Kapitalismus gegen den arbeitenden Teil der Menschheit, von deren Fleisch und Blut der Kapitalismus die Voraussetzungen geschaffen hat für den Übergang zu einer neuen mehr vollkommenen und gerechten Form des gesellschaftlichen Lebens – zum Sozialismus. Aber nun, da dieser verdamnte Krieg zum mindesten des alten Systems ganze Verruchtheit, Unmenschlichkeit und Zynismus bloßgelegt hat und seine Nichtswürdigkeit und Verfaultheit zeigte, jetzt ist sein Todesurteil gefallen. Wir Russen, ein Volk, welches man mit Recht als zurückgeblieben in kultureller Hinsicht bezeichnete, wir, ein Volk ohne Traditionen, aber dafür mehr kühn, aufrührerisch und ungebunden von Begeisterung für das Vorhergegangene, wir haben vor allen zuerst den Weg betreten zu einer endgültigen Zerstörung der überlieferten Verhältnisse der kapitalistischen Staatsorganisation. Wir sind überzeugt, dass wir ein Recht auf Sympathie und Hilfe für unser großes Werk vom ganzen Weltproletariat haben. Und ebenso von den Männern, die lange vor diesem Kriege die sozialen Lebensverhältnisse der Völker einer scharfen, gerechtfertigten und aufrichtig gemeinten Kritik unterworfen. Alle ehrenvollen Menschen in Europa und Amerika müssen somit unser Recht erkennen, unser Leben so umzugestalten, wie wir es für notwendig finden.

In den vergangenen Zeiten hat beinahe jedes Volk geglaubt, es sei der Messias, dazu berufen, die Welt zu erlösen und in ihr die besten und idealsten Kräfte zum Leben zu erwecken. Es ist offenbar, dass die Geschichte diese gewaltige Aufgabe dem hungernden, durch drei Jahrhunderte Sklaverei zermarterte und durch den Krieg ausgepumpten russischen Volk aufgelegt hat.

Maxim Gorki.

Klassengesellschaft und Staat.

Von N. Lenin.

Der Staat als Produkt der Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze.

Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was wiederholt in der Geschichte mit den Lehren der revolutionären Denker und Führer geknechteter Klassen in ihrem Befreiungskampfe geschehen ist. Die knechtenden Klassen haben die großen Revolutionäre, solange sie am Leben waren, ständig verfolgt, sind ihren Lehren mit wildester Wut, mit tollstem Hass, mit unsinnigsten Lügen und Verleumdungen entgegengetreten. Nach ihrem Tode werden Versuche gemacht, sie zu unschädlichen Gottesbildern zu machen, sie sozusagen zu kanonisieren, ihrem Namen einen gewissen Ruhm einzuräumen zum „Trost“ und zur Nasführung der unterjochten Klassen, durch Entstellung des Inhaltes der revolutionären Lehre, Abstumpfung der revolutionären Spitze durch Verflachung dieser Lehre. Bei einer solchen „Umarbeitung“ des Maximus begegnen sich gegenwärtig die Bourgeoisie und die Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie vergessen, verwischen, verzerren die revolutionäre Seite der Lehre, den revolutionären Geist. An die erste Stelle rücken sie das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder ihr annehmbar erscheint. Alle Sozial-Chauvinisten sind jetzt „Marxisten“, im Ernst! Und immer häufiger sprechen die deutschen bürgerlichen Gelehrten, deren Spezialität gestern noch die Vernichtung des Marxismus war von dem „national-deutschen“ Marx, der angeblich die so glänzend zur Führung eines räuberischen Krieges organisierten Arbeiterverbände erzogen haben soll.

Bei einer solchen Sachlage, angesichts der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu ist es nötig, eine ganze Reihe langer Zitate aus den eigenen Werken von Marx und Engels anzuführen. Lange Zitate machen natürlich die Darstellung schwerfällig und werden ihrer Popularisierung durchaus nicht förderlich sein. Es ist aber ganz unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle oder zum mindesten alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels zu der Frage vom Wesen des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit der Leser sich ein selbständiges Urteil bilden kann über die Quintessenz der Ansichten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Ansichten, dann aber auch, um ihre Verzerrung durch das jetzt herrschende „Kautskytum“ dokumentarisch nachzuweisen und anschaulich vorzuführen.

Wir beginnen mit dem verbreitetsten Werke von Fr. Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, das 1894 in Stuttgart bereits in sechster Auflage erschien. (Wir werden die Zitate nach dem deutschen Original übersetzen müssen, da die russischen Übersetzungen trotz ihrer großen Zahl meist unvollständig oder äußerst ungenügend sind.)

„Der Staat“, sagt Engels bei Resümierung seiner geschichtlichen Analyse, „ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebenso wenig ist er die ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene,

aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ (S. 177/178 der sechsten deutschen Auflage.)

Hier ist mit voller Deutlichkeit der Grundgedanke des Marxismus über die Frage der historischen Rolle und der Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat taucht dort, dann und soweit auf, wo, wann und wieweit die Klassengegensätze objektiv nicht in Einklang gebracht werden können. Und umgekehrt. Das Bestehen des Staates beweist, dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Gerade bei diesem wichtigsten und grundlegendsten Punkte beginnt die Verfälschung des Marxismus, die sich hauptsächlich in zwei Richtungen bewegt.

Einerseits sind die bürgerlichen und besonders die kleinbürgerlichen Ideologen gezwungen, unter dem Drucke unbestreitbarer historischer Tatsachen anzuerkennen, dass der Staat nur dort vorhanden ist, wo Klassenunterschiede und Klassenkampf vorhanden sind, aber sie stützen Marx so zurecht, dass der Staat als Organ der Klassenversöhnung erscheint. Nach Marx könnte ein Staat sich weder bilden noch sich halten, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Bei den kleinbürgerlichen und philiströsen Professoren und Schriftstellern dient, unter ständigen gutgemeinten Hinweisen auf Marx, der Staat gerade zur Versöhnung der Klassen. Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, dient zur Schaffung der „Ordnung“, die diese Unterdrückung festigt und zum Gesetz erhebt und die Zusammenstöße zwischen den Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker bedeutet die Ordnung gerade eine Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung einer Klasse durch die andere; den Zusammenstoß dämpfen – bedeutet versöhnen, nicht aber den geknechteten Klassen bestimmte Kampfmittel und -methoden zur Beseitigung der Unterdrücker rauben.

Alle Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki z.B. sind während der Revolution von 1917, als die Frage über die Bedeutung und die Rolle des Staates in ihrer ganzen Größe praktisch vor uns stand, als Frage sofortigen Handelns, und zwar im Massenmaßstabe, plötzlich und ganz und gar zur kleinbürgerlichen Theorie der „Versöhnung“ der Klassen „durch den Staat“ hinabgesunken. Unzählige Resolutionen und Artikel der Politiker dieser beiden Parteien sind von dieser kleinbürgerlichen und philiströsen Versöhnungstheorie durchtränkt. Dass der Staat ein Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die nicht mit ihrem Antipoden, (der mit ihm im Gegensatz befindlichen Klasse) versöhnt werden kann, wird die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen imstande sein. Das Verhalten zum Staat ist eine der anschaulichsten Bekundungen dessen, dass unsere Sozialisten-Revolutionäre und das „Kautskytum“ viel feiner gesponnen sind. „Theoretisch“ wird weder in Abrede gestellt, dass der Staat Organ der Klassenherrschaft ist, noch dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Folgendes wird aber außer Acht gelassen oder vertuscht: Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine Macht ist, die über der Gesellschaft steht und „sich ihr immer mehr und mehr“ entfremdet, so ist klar, dass die Befreiung der geknechteten Klasse nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Beseitigung jenes Apparates der Staatsgewalt, den die herrschende Klasse geschaffen hat und in dem diese „Entfremdung“ zum Ausdruck kommt, nicht möglich ist. Diese theoretisch selbstverständliche Folgerung hat Marx gezogen, wie wir weiter unten sehen werden, mit der größten Bestimmtheit auf Grund einer konkret-historischen Analyse der Aufgaben der Revolution. Und gerade diese Folgerung hat Kautsky, wir werden das ausführlich in unseren weiteren Darlegungen nachweisen, „vergessen“ und verfälscht.

Staat und Revolution.

Von N. Lenin.

Organisation der Einheit der Nation.

... „In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, dass die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein müsste ...“ Die Kommune hätte auch die „Nationaldelegation“ in Paris zu wählen.

„Die wenigen aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigbleiben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden.“

„Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückten Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.“

Bis zu welchem Grade die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie diese Darlegungen nicht verstanden haben – es ist vielleicht richtiger zu sagen: nicht haben verstehen wollen – beweist das herostratisch-berühmte Buch des Renegaten Bernstein „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Gerade unter Bezugnahme auf die zitierten Worte von Marx schrieb Bernstein, „finden wir ein Programm entwickelt, das seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Ähnlichkeit aufweist mit dem Föderalismus – Proudhons“. Kurz, bei allen sonstigen Verschiedenheiten zwischen Marx und dem „Kleinbürger“ Proudhon (Bernstein setzt das Wort Kleinbürger hier in Gänsefüßchen, die ironisch gemeint sein sollen) ist in diesen Punkten der Gedankengang bei ihnen so nahe wie nur möglich. Natürlich, fährt Bernstein fort, die Bedeutung der Munizipalitäten wächst, „ob freilich eine solche Auflösung der modernen Staatswesen und die völlige Umwandlung ihrer Organisation, wie Marx und Proudhon sie schildern (die Bildung der Nationalversammlung aus Delegierten der Provinz bzw. der Bezirksversammlungen, die ihrerseits aus Delegierten der Kommunen zusammensetzen wären), das erste Werk der Demokratie zu sein hätte, so dass die bisherige Form der Nationalvertretungen wegfiel, erscheint mir zweifelhaft“. (Bernstein „Voraussetzungen des Sozialismus“ S. 134 und 136, Ausgabe 1899.)

Es ist das einfach ungeheuerlich: die Ansichten von Marx über die Beseitigung der Staatsmacht, des Schmarotzers, mit dem Föderalismus Proudhons zu verwechseln! Dies ist jedoch kein Zufall, denn dem Opportunisten kommt es gar nicht in den Sinn, dass Marx hier gar nicht vom Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus spricht, sondern von der Vernichtung der alten, bürgerlichen, in allen bürgerlichen Staaten vorhandenen Staatsmaschine.

Der Opportunist denkt nur an das, was er um sich her sieht in den Kreisen des kleinbürgerlichen Spießertums und des „reformistischen“ Stillstandes, nur die „Munizipalitäten“! An die Revolution des Proletariats wagt der Opportunist nicht einmal zu denken.

Das ist zum Lachen. Bemerkenswert ist aber, dass über diesen Punkt mit Bernstein nicht gestritten wurde. Viele haben Bernstein widerlegt, in der russischen Literatur insbesondere Plechanow, Kautsky in der westeuropäischen, aber weder der eine noch der andere haben über diese Entstellung von Marx durch Bernstein ein Wort verloren.

Der Opportunist hat in einem solchen Maße verlernt, revolutionär zu denken und über die Revolution nachzudenken, dass er Marx „Föderalismus“ zuschreibt, indem er ihn mit dem Begründer des Anarchismus, Proudhon, verwechselt. Und jene, die orthodoxe Marxisten sein wollen, die die Lehre des revolutionären Marxismus verteidigen wollen, Kautsky und Plechanow, schweigen hierüber! Dies ist einer der Hauptgründe der äußersten Verflachung in den Ansichten über den Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus, die den Opportunisten und Kautskyanern in gleichem Maße eigen ist, und auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

In den angeführten Darlegungen von Marx über den Versuch der Kommune findet sich auch nicht die Spur von Föderalismus. Marx stimmt mit Proudhon gerade in etwas überein, was der Opportunist Bernstein gar nicht merkt. Marx weicht mit Proudhon gerade darin ab, worin Bernstein eine Ähnlichkeit herausfindet.

Marx stimmt mit Proudhon darin überein, dass sie beide die „Zertrümmerung“ der modernen Staatsmaschine fordern. Diese Übereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (und mit Proudhon und mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyaner sehen, denn sie haben in diesem Punkte den Marxismus verlassen.

Marx weicht von Proudhon und von Bakunin gerade in der Frage des Föderalismus ab (von der Diktatur des Proletariats gar nicht zu reden). Den kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus entspringt im Prinzip der Föderalismus. Marx ist Zentralist und in seinen hier zitierten Darlegungen ist keinerlei Abweichung vom Zentralismus vorhanden. Nur Leute, die des Aberglaubens voll sind an den Staat, können die Vernichtung der bürgerlichen Maschinerie für eine Vernichtung des Zentralismus halten.

Wenn nun aber das Proletariat und die ärmeren Bauern die Staatsgewalt an sich reißen, sich völlig frei zu Kommunen organisieren und die Tätigkeit dieser Kommunen zu gemeinsamen Schlägen gegen das Kapital, zur Überwältigung des von den Kapitalisten geleisteten Widerstandes, zur Übergabe der in Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen, Fabriken, Grundstücke u. a. m. an die gesamte Nation, die gesamte Gesellschaft vereinigen, wird das dann Zentralismus sein oder nicht? Wäre dies nicht der folgerichtigste demokratischste Zentralismus? Und zwar ein vom Proletariat durchgeführter Zentralismus?

Bernstein kann es einfach gar nicht fassen, dass ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zu einer Nation, die freiwillige Verschmelzung proletarischer Kommunen zwecks Zerstörung der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist. Bernstein erscheint der Zentralismus, wie einem jeden Philister, als etwas von oben Kommendes, als etwas, das nur Beamten und Militärs aufzwingen und erhalten können.

Als hätte Marx die Möglichkeit einer Entstellung seiner Ansichten vorausgesehen, hebt er hervor, dass die gegen die Kommune erhobenen Anschuldigungen, sie hätte die Einheit der Nation vernichten, die Zentralmacht beseitigen wollen, eine bewusste Fälschung ist. Marx gebraucht absichtlich den Ausdruck „die Einheit der Nation ... organisiert“, um den bewussten demokratischen Zentralismus des Proletariats dem bürgerlichen, militärischen, durch das Beamtentum aufrecht erhaltenen gegenüberzustellen.

Schlimmer als die Harthörigen sind jedoch jene, die nicht hören wollen. Die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie sind es aber gerade, die nicht von einer Zerstörung der Staatsgewalt, von einer Beseitigung des Schmarotzers hören wollen.

Beseitigung des Schmarotzers Staat.

Wir haben bereits die entsprechenden Stellen aus Marx angeführt und müssen sie ergänzen.

„ ... Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehen zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehn. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommune. ... Die Kommunalverfassung ist versehen worden für einen Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten ... für eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen übermäßige Zentralisation ...“

„... Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt, und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben ...“

„... In Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. Das bloße Verstehen der Kommunen führte, als etwas selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht. ...“

„Die Vernichtung der Staatsmaschine“, die einen „Schmarotzerauswuchs“ bildet, dessen Beseitigung, Zerstörung; die Staatsmacht wird jetzt „überflüssig“ gemacht – dies sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staate spricht bei Bewertung und Analysierung der Erfahrungen der Kommune.

Dies alles ist nahezu vor einem halben Jahrhundert geschrieben worden, und heute muss man geradezu Ausgrabungen machen, um den nichtentstellten Marxismus dem Bewusstsein der breiten Massen nahezubringen. Die Schlussfolgerungen aus den Beobachtungen der letzten, von Marx erlebten großen Revolution hat man gerade dann vergessen, als die Zeit der bevorstehenden großen Revolutionen des Proletariats gekommen war.

„... Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, dass sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Betreibung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

„... Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung“.

Die Utopisten befassten sich mit der „Entdeckung“ politischer Formen, unter denen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vor sich gehen sollte. Die Anarchisten wehrten sich mit Händen und Füßen gegen jede Frage der politischen Formen überhaupt. Die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie fassen die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen, demokratischen Staates für die Grenze auf, die nicht überschritten werden kann, und sie schlugen sich die Stirn blutig bei Anbetung dieses „Musters“ und erklärten jeden Versuch, diese Form zu brechen, als Anarchismus.

Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, dass der Staat verschwinden muss, dass die Übergangsform dieses Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ sein wird. Marx übernahm es aber nicht, die politischen Formen dieser Zukunft zu entdecken. Er beschränkte sich auf eine genaue Beobachtung der Analyse und Geschichte Frankreichs und auf die Schlussfolgerungen, die sich aus dem Jahre 1851 ergeben:

Die Entwicklung nähert sich der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschinerie.

Und als die Massenbewegung des revolutionären Proletariats einsetzte, begann Marx trotz des Misserfolges dieser Bewegung, trotz ihrer kurzen Dauer und in die Augen springenden Schwäche, zu studieren, welche Formen sie aufgedeckt hatte.

Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution „endlich aufgedeckte“ Form, bei der die wirtschaftliche Befreiung der Arbeit erfolgen kann.

Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerbrechen, ist die „endlich aufgedeckte“ politische Form, die die zertrümmerte ersetzen kann und muss.

Wir werden in den weiteren Darlegungen erkennen, dass die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 unter anderen Umständen, unter anderen Bedingungen das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale historische Analyse von Marx bestätigen.

Chor der Proletarier.

Wir kommen aus den Tiefen,
in harter Not und Nacht
gar allzulang wir schliefen,
nun sind wir aufgewacht!

Es recken sich die Nacken;
der Ketten ists genug!
Und Schwielenfäuste packen
der Arbeit harten Fluch!

Vorbei ist alles Zagen!
Das dumpfe Harren fällt,
auf unsern Schultern tragen
wir eine neue Welt!

Euch alle, die da fronen
in Arbeitsjoch und Zwang,
ihr, Arbeitsmillionen,
ruft neuer Freiheit Sang!
Heut kann uns nichts mehr zwingen,
ihr Mächtgen dieser Welt!
Ein Lied auf Riesenschwingen
euch in die Ohren gellt:

Wir kommen aus den Tiefen
und schreiten kühn ans Licht!
Gar allzulang wir schliefen,
weicht nur! Ihr hemmt uns nicht!

Carl Happ.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 3/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 18. Januar 1919.

Nr. 3

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Wehrmacht des Proletariats.

Die Ehe mit dem Bürgertume, die von der Sozialdemokratie im Zeichen des Burgfriedens geschlossen wurde, konnte nur lebensunfähige Bastarde zur Welt bringen. Die kommenden Wahlen erfordern, dass man jedes Argument gegen die Partei beseitigt. Eines dieser Argumente besteht nun in den Angriffen des Bürgertums gegen die Volkswehr. Da wird erzählt, dass diese Wehrorganisation zu teuer kommt, ferner wird von diesen Organen sehr viel gestohlen. Es ist nur allzu klar, dass dies alles nur eine elende Heuchelei von den Bürgerlichen ist. Das frühere Riesenheer und die Gagen der vielen Generäle, Stabsoffiziere und Offiziere verschlangen gewiss mehr als die armselige Volkswehr. Wer hat das Volk während des Krieges beraubt und bestohlen? Waren es nicht beispielsweise gerade die höchsten Stellen, die aus dem Monturdepot Stoffe und Wäsche zu den „Höchstpreisen“ bezogen? Das ist ein Raub am Volke und an den Soldaten gewesen, die in elender und zerrissener Kleidung froren, die oft am Körper nicht einmal ein schmutziges Hemd besaßen. Ähnlich steht es mit den Unterhaltsbeiträgen, die sich die millionenreichen Frauen der Erzherzoge ausbezahlen ließen. Indes froren und hungerten die bleichen Kinder des Volkes! Der Herr Leopold Salvator verdiente nur 20 Mill. Kronen bei Lieferung von Dörrgemüse. Könnte man Euch doch die Maske vom Gesichte reißen, ihr elenden Heuchler des Bürgertums! Man würde da die angstverzerrte Fratze eures Gesichtes sehen. Den Pack wollt ihr schlagen, aber den Esel meint ihr. In Wirklichkeit fürchtet man im Bürgertum die Volkswehr, die ja eine Keimzelle für eine proletarische Soldatenherrschaft abgeben kann.

Aber auch die Führer der sozialdemokratischen Partei fürchten sich vor der Volkswehr. Die Unzufriedenheit im Volke schlägt immer größere Wellen. Und die Volkswehr ist ja nur ein Teil des Volkes, aber auch der gefährlichste. Darum will man die Volkswehr loswerden.

Wir setzen diesem Standpunkte unsere Forderung klar entgegen: *Die Schaffung einer roten Armee.* Diese Armee soll die Errungenschaften und den Ausbau der Revolution gegen kontrarevolutionäre Angriffe schützen. Der Bewaffnung des Proletariates steht nun die Entwaffnung der Bourgeoisie gegenüber. „*Die politische Macht hat nur der, welcher die militärische Macht hat.*“ Will man die politische Macht erringen, so kann sie nur mit der Waffe geschehen, denn nie wird das Bürgertum so leichten Kaufes auf seine Herrschaft verzichten. Beim ungünstigen Ausfalle einer Parlamentswahl wird es eben zu allen ihm zu Gebote

stehenden Gewaltmitteln greifen. Unterliegt es, so wird es trotzdem von seiner Herrschaft nicht ablassen wollen. Jedes Mal würde es an die Gewalt appellieren. Und das Proletariat sollte auf Gegenwehr verzichten, nur damit es weiter von einer Minorität wirtschaftlich ausgebeutet werden kann? Sowie das Proletariat alles zu gewinnen und nichts zu verlieren hat, so haben die Kapitalisten *alles zu verlieren*. So musste die „Vossische Zeitung“ zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands schreiben: „Die Gründung der Kommunistenpartei ist für das deutsche Volk ein Alarmsignal. Bolschewismus oder Friede ist jetzt die Schicksalsfrage. Es gibt nur einen Weg der Rettung: *Schaffung einer ausreichenden Militärmacht*. Deshalb alle Macht gegen den Bolschewismus.“

In der kommenden Gesellschaftsordnung – die die ganze Welt umfassen wird – braucht es keine Wehrmacht mehr zu geben. Aber zur Erringung dieser Gesellschaftsordnung ist eine proletarische Soldatenorganisation nötig, diese Organisation wird die letzte sein. Die Knechte und Sklaven müssen ihre Herren stürzen. Damit hört jede Scheidung der Menschheit in zwei Klassen auf. Die proletarischen Soldaten haben ihren Zweck erreicht.

Wohl wissen wir, dass der Imperialismus der Mittelmächte niedergeworfen ist und dass jetzt der Imperialismus der Entente siegreich sein Haupt emporstreckt. Diesem siegreichen Imperialismus ist aber ein weit gefährlicher Feind entstanden: *der Sozialismus*. Wir müssen daher das erste Gebot der Stunde erfüllen, dass wir Herren im Hause werden. Vielleicht wird die Entente zur Rettung des Kapitalismus bei uns einmarschieren. Aber in den Heeren der Entente gibt es auch Proletarier, denen werden schon noch die Augen aufgehen. Auch sie werden bald erkennen, wo der wahre Feind steht.

Wachsender Unwille in England gegen die Intervention in Russland.

Von Rosta Grimlund.

Ein aufsehnerweckender Artikel in „The New Statesman“.

Außer „Manchester Guardian“, „Daily News“ und „The Nation“ ergreift nun auch „The New Statesman“ entschieden das Wort gegen den bloßen Gedanken einer Intervention in Russland. Nachdem die Zeitung nunmehr zuverlässliche Aufklärungen über den Zustand in Russland erhalten hat, hält sie sich nicht ins Recht, länger zu schweigen, denn es wird mehr und mehr klar, „dass die Regierung nur zum papageiartigen Wiederholen von Phrasen“ über die blutdürstigen „Bolschewiki“ im Stande ist. Die Zeitung fasst alles, was sie als Hauptfakte um Russland ansieht, in folgenden Punkten zusammen:

1. Es herrscht nun eine größere Ordnung in Russland als je vorher nach dem Falle des Zarismus, und die Lebensmittelverteilung ist besser organisiert als früher während des Krieges. Die Fabriken nehmen sofort die Arbeit wieder auf, sobald sie nur Rohmaterial erhalten. Anstatt der Leitung durch Komitees der Arbeitgeber, welche missglückten, übernimmt die Sowjetmacht mit wachsendem Erfolge die Leitung.
2. Die Bolschewiki befreien das Land nach und nach von Korruption und Bestechung. Terrorismus existiert nicht mehr und ist jedenfalls höchstens übertrieben. Wäre Lenin nicht bettlägerig gewesen, so wäre Terror gar nicht vorgekommen, mindestens nicht in Moskau. Keine Hinrichtungen haben in Moskau während der letzten zehn Monate stattgefunden. Während des Terrorismus fanden 400 Hinrichtungen statt, wovon mehr als 60 betrügerischen Sowjetfunktionären gelten. Alle Korruption ist fast ausgerottet. Die Administration wird durch stetige Rekrutierung aus den gebildeten Klassen geleitet.

3. Die rote Armee ist eine wirklich disziplinierte Macht mit einem neuen revolutionären Geist geworden. Wie zahlreich sie ist, ist ungewiss, aber sie zählt mindestens 600 000 Soldaten. Keine *russische* Armee kann sie überwinden. Seit September Monat hat sie nur Erfolg gehabt.

4. Die große Menge von Fach- und Kleinbürgerschaft ist zum Bolschewismus im Laufe des Herbstes übergegangen. In den großen Städten sind die Arbeiter fast einhellig für den Bolschewismus gestimmt, und die Jahresfestlichkeiten im Anfang von November rufen überall Szenen von allgemeiner Begeisterung hervor. Die Bauern waren lange feindlich gestimmt. Die Errichtung der „Komitees der Armen“, welche die Finanzen der Provinzen im Interesse der Bauern administrieren, hat indessen eine Veränderung in dieser Hinsicht mitgebracht, sodass nunmehr die Mehrzahl derjenigen das Bolschewikiregime unterstützen.

5. Eine britische Invasion, die vor sechs Monate viele Freunde gefunden hätte, würde jetzt sehr wenige finden, und nur unter den Gutsbesitzern. Wo die Weißen für einige Zeit ein Distrikt okkupierten, haben sie einen Terror ausgeübt, von dem die Roten nie geträumt hätten. Jede Regierung, die von uns eingerichtet wird, muss mit fremden Bajonetten gestützt werden, da das russische Proletariat vom Bolschewismus ganz durchgedrungen ist. Gegenwärtig würden die Bolschewiki in einer Nationalversammlung Majorität erhalten. Aber sie ziehen die Sowjetmacht vor. Diese ist ein offenes Klassenregime, denn die Gutsbesitzer erhalten kein Stimmrecht, ehe sie Proletarier werden, aber es ist gewiss ein Majoritätsregime.

Auf der Grundlage dieser Tatsache fordert das Blatt, dass die Regierung ihre Politik formuliert. „Es ist bekannt – setzt das Blatt fort – dass Lenin Herrn Litvinoff bevollmächtigt hat, in Verhandlungen mit der Entente zu treten. Wir haben den Grund zu glauben, dass die Bolschewiki willig sind, sehr vorteilhafte Bedingungen zu er bieten, obschon sie natürlich sich selbst nicht aufheben wollen. Zur Vergeltung des Friedens und des Fortziehens der alliierten Truppen sind sie, nach dem was uns bekannt ist, bereit zur Anerkennung öffentlicher und privater Schuld zum Auslande, Zinsen in Gestalt der Lebensmittel und Rohmaterial zu bezahlen, ihr Gold aufzugeben und Grubenkonzessionen im Ural und anderswo zu gewähren. Ist die britische Regierung hierauf aufmerksam? Hat sie sich überhaupt bemüht, sich in die Lage Russland einzusetzen? Und vor allem, wollen sie bald und deutlich kundgeben, auf welche Bedingungen sie willig ist, Frieden mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu machen?“

Die Macht der österreichisch-ungarischen Proletarier in Russland.

In Russland haben sich fast alle Proletarier der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zum verrufenen Bolschewismus bekehrt, und sie haben auch überall dort, wo „Österreich-Ungarn“ selbständig seine Interessen vertrat, die Macht an sich gerissen. So haben sie in Moskau im Oktober 1918 das dortige österreichisch-ungarische Konsulat, das auch die österreichisch-ungarische Kriegsgefangenen-Kommission mit sich vereinigte, unter ihre Oberhoheit gebracht und die Agenden selbständig in ihre Hände genommen. Österreichisch-ungarische Kriegsgefangene und Mitglieder in Moskau sind in das Gebäude der österreichischen Botschaft eingedrungen und haben erklärt, dass sie keine Behörde anerkennen, welche das monarchische oder auch nur das kapitalistische System verkörpern, und die Herren Offiziere und Beamten aufgefordert, sich dem österreichisch-ungarischen Arbeiter- und Soldatenrat zu unterwerfen und unter dessen Diensten weiterzuarbeiten. Die Herren haben sich dazu sofort bereit erklärt, haben die Verwaltung der Gelder usw. sofort

dem Soldatenrat übergeben. Obzwar der österreichische Staatssekretär Dr. Otto Bauer der sozialistischen Botschaft der Deutschösterreicher in Russland seine Anerkennung versagt hat, führt sie doch die Geschäfte mit glänzendem Erfolge weiter, wie nachfolgender Brief des Vorsitzenden des österreichisch-ungarischen Arbeiter- und Soldatenrates zeigt. In diesem Briefe werden gleichzeitig der „Kommunistischen Partei“ Brudergrüße entboten.

Liebe Genossen!

Ich benutze die Gelegenheit, um Euch die heißesten Grüße und Wünsche zu übermitteln, die mein Herz bewegen. Ende November hätte ich schon bei Euch sein sollen, aber unsere Partei änderte ihren Beschluss und beauftragte mich, die Organisation des österreichungarischen Arbeiter- und Soldatenrates in Russland durchzuführen, die Fürsorgetätigkeit und die Evakuierung der österreich-ungarischen Kriegsgefangenen in die Hände zu nehmen. Die Organisation des Rates ist bereits durchgeführt. Wir haben jetzt tatsächlich einen Arbeiter- und Soldatenrat, einen kommunistischen Rat. Auch mit der Evakuierung der Kriegsgefangenen wären wir schon fertig, wenn nur der Herr Staatssekretär Dr. Otto Bauer, anstatt unnütze Radiotelegramme an uns und an die russische Regierung zu schicken und sich um die alten Missionsmitglieder, um diese Generale, Offiziere und Betrüger zu kümmern, wenigstens bei seinen Gesinnungsgenossen in Berlin es durchsetzen möchte, dass der deutsche „Korniloff“, der berühmte General Hoffmann, die Kriegsgefangenen in ihre Heimat passieren lässt. Ich brauche Euch ja nicht zu erzählen, dass die Nachrichten der österreichischen-bürgerlichen bis zur sozialdemokratischen Presse Lug und Trug sind. Als die beste Widerlegung dieser Lügenberichte kann Euch der Vertrag dienen, den der dänische Gesandte mit uns abgeschlossen hat, nachdem alle Regierungen Österreich-Ungarns ihm die Fürsorgetätigkeit übergeben haben, weil wir in einer Woche mehr geleistet haben als sie und das k. k. Kriegsministerium im Verlaufe von Monaten. Genossen! Der Teil des österreichischen Staatsapparates, der sich auf russischem Boden befindet, ist bereits in sicheren, proletarischen, kommunistischen Händen. Jetzt muss der zentrale Staatsapparat proletarisch werden. Genossen! Meine Person sowie all die Macht, die der Arbeiter- und Soldatenrat besitzt – und er besitzt eine ziemlich starke Macht – steht zur Verfügung der Revolution und der einzigen richtigen revolutionären Partei – der kommunistischen.

Genossen! Die Zukunft ist unser!

Mit herzlichen Parteigrüßen

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates der Österreicher in Russland.

Kommunistische oder freie Jugend.

An verschiedenen Orten sind Bestrebungen im Gange, die eine Verschmelzung der Jugendlichen mit der revolutionären Arbeiterschaft verhindern wollen. Man beruft sich dabei auf folgenden Grundsatz: Die Jugend muss ihre eigene Organisation haben, denn sonst verliert sie ihre Selbständigkeit. Eins wie das andere ist ein verworrenes Wortspiel. Denn einmal kann auch eine eigene Organisation zur Unselbständigkeit bzw. Abhängigkeit durch die Verhältnisse gezwungen werden. Zum anderen wird die Selbständigkeit nicht durch eine eigene Organisation gesichert, wenn der Geist der Organisierten sich nicht in klaren Bahnen bewegt. In dem Augenblick, wo dieses eintritt – und das können einige Geistesgrößen mit dem besten Willen nicht verhindern – ist die ganze Selbständigkeit flöten. Oder soll das etwa nur Selbständigkeit sein, wenn man eine eigene Kasse usw. hat? Das kann es gewiss nicht sein. Was ist denn aber Selbständigkeit? Unter Selbständigkeit verstehen wir ein möglichst völliges

und freies Handeln des einzelnen unter Wahrung der Interessen der Allgemeinheit. Also alles, was geschieht, hat unter Berücksichtigung der Gesamtlage zu geschehen.

Es kann nun sehr leicht geschehen, dass die Verhältnisse etwas fordern, was nach Aufgabe der Selbständigkeit aussieht, in Wirklichkeit aber eine Festigung derselben bedeutet. Und dieser Augenblick ist bei der Jugendbewegung gekommen.

Wir sind durch die langjährige Gewohnheit gewissermaßen darauf einexerziert worden, dass wir uns eine Jugendbewegung nur als etwas getrenntes vom großen Ganzen vorstellen können. Und doch war das getrennte Marschieren nur ein durch die Verhältnisse bedingtes. Wir brauchen ja nur an die alten Gesetze zu erinnern, worin es den Jugendlichen verboten war, sich politisch zu betätigen. Und weil wir uns darüber klar gewesen sind, deshalb haben wir im Laufe des Krieges den Kampf um die politische Befreiung der Jugend aufgenommen.

Inzwischen sind die Gesetze, die ein bestimmtes Alter für die politische Tätigkeit vorgeschrieben hatten, gefallen. Warum sollten wir jetzt noch künstliche Grenzen zwischen uns aufbauen? Lässt sich eine solche Trennung rechtfertigen? Nein! Aus dem ganz einfachen Grunde, weil die revolutionäre Proletarierjugend absolut keine anderen Ziele hat und haben kann als das revolutionäre Proletariat.

Die Jugend wird nach der Schulentlassung in den Produktionsprozess geschleudert und unterliegt der Ausbeutung noch viel schlimmer als der ältere Genosse, da sie sich infolge Unkenntnis dem Raubbau nicht erwehren kann. Ist uns das klar, so müssen wir weiter folgern, dass der Kampf gegen den Kapitalismus gemeinsam geführt werden muss. Ob alt, ob jung, es gibt nur eine geschlossene Phalanx gegen die Ausbeuter zu bilden.

Sehen wir so die Jungen mit den Alten im gemeinsamen Kampf, so will es uns unverständlich scheinen, warum absolut die Jugend eine eigene Organisation haben will. Wäre es nicht viel zweckmäßiger, wenn beide Teile als gemeinsames Ganzes in den Versammlungen wären? Warum sollten die Jugendlichen ihre Meinung nicht ebenso gut in allgemeinen Versammlungen sagen können, wo sie es doch in ihren jetzigen Zusammenkünften tun? Warum sollten die Jugendlichen nicht ebenso gut in den Vorständen und Ausschüssen sitzen können, wo sie doch jetzt auch ihre eigenen Geschäfte verwalten? Und wie viele Orte gibt es im Lande, wo gerade die „Alten“ der Auffrischung durch junges Blut bedürftig sind? Nein, hier kann es gar keine Meinungsverschiedenheit geben, dass eine gemeinsame Organisation nicht möglich sei. Im Gegenteil zwingt uns gerade die wirtschaftliche und politische Situation zum engsten Zusammenschluss.

Man komme nicht mit dem Einwurf, dass die Alten die Jungen majorisieren wollen und werden. Dieses kann viel eher geschehen in dem Augenblick, wo die Jugend gesondert ihre Arbeit verrichtet und nur einige „Vertrauensmänner“ bei sich aufnimmt. Denn am Ende hätten ja jene spießbürgerlichen Ansichten einige Berechtigung, indem man sagt: Wer das Geld gibt, der will auch eine Kontrolle haben.

Übrigens ist der Majorisierungsgedanke schon in dem Moment hinfällig, indem ja jeder Jugendliche das volle Stimmrecht in den Versammlungen hat. Wenn wir weiter bedenken, dass auch die Jugend Sitz und Stimme in den Betriebsausschüssen haben muss, so tritt die Notwendigkeit eines geschlossenen Organisierens noch klarer zu Tage.

Der einzige Einwand – den man gegen die einheitliche Organisation machen kann – ist wohl der, dass man sagt: Die Jugend muss ihre eigenen Veranstaltungen haben. In Bezug auf Vorträge und Belehrungen bestreiten wir das. Anders bei Wanderungen usw. Es ist klar, dass man die Jugendlichen nicht ohne weiteres nur mit ernster und revolutionärer Arbeit fesseln kann; auf die Dauer wird es schwer halten.

Nun könnte man ja auf die spielerisch veranlagten Jugendlichen verzichten. Damit wäre das Unheil aber nicht abgeschafft. Und da entsteht die Frage: Alles oder nichts. Die Entscheidung kann nicht schwer sein, eben weil man die Selbständigkeit der Jugend halten will. Genauso, wie man es den ernstesten Arbeiter nicht verargen kann, dass er in seinen Mußestunden sich mit Gleichgesinnten schöner Literatur hingibt, genau so wenig wird es jemand den Jugendlichen übelnehmen, wenn sie sich in freien Stunden zum geselligen Beisammensein oder Wanderungen und dergleichen vereinen.

Wir sehen also: Tritt die Jugend als vollberechtigtes Mitglied in die Organisation ein, so wird in keiner Weise ihre Selbständigkeit gefährdet, sondern im Gegenteil gefestigt. Und weil wir die großen Aufgaben, die der Jugend in der Revolution harren, nicht verkennen und unterschätzen, gerade deshalb fordern wir ihren Anschluss an die große Organisation. Ob dann irgendwo einmal Genosse Liebknecht für eine separate Jugendorganisation eingetreten ist oder nicht, spielt keine Rolle. Die historische Stunde erfordert unbedingt ein gemeinsames Handeln – ein gemeinsames Marschieren. Und deshalb ist der Ruf, ob freie Jugend, ob kommunistische Jugend, an sich von den Ereignissen überholt. Die einzige Organisation für die revolutionär-sozialistische Jugend ist die Kommunistische Partei Deutschlands, und jeder, der dagegen kämpft, treibt ein unverantwortliches Spiel. Selbst dann, wenn er das Wort Selbständigkeit noch so marktschreierisch betont.

Und dann sind wir überzeugt davon: Die Jugend, die sich nicht durch die sogenannte Arbeiterjugend „verbilden“ lassen wollte; sie wird auch jene Rufer erkennen, die heute mit der „vergewaltigten“ Selbständigkeit hausieren gehen.

Der Staat als Waffe zur Ausbeutung der unterdrückten Klassen.

Von N. Lenin.

Zum Unterhalt der besonderen, über der Gesellschaft stehenden öffentlichen Gewalt sind Steuern und Staatsschulden notwendig.

„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung“, schreibt Engels, „stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten“, es werden besondere Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen. „Der lumpigste Polizeidiener hat mehr ‚Autorität‘ als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden, um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird.“

Die Frage über die bevorzugte Stellung der Beamten als Organe der Staatsgewalt ist hiermit gestellt. Die Grundfrage lautet: was stellt sie über die Gesellschaft? Wir werden sehen, wie diese theoretische Frage 1871 von der Pariser Kommune praktisch entschieden und 1912 von Kautsky vertuscht worden ist.

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klassen, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse ...“ Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe zur Ausnutzung der Sklaven und Leibeigenen, sondern auch der „moderne Repräsentativstaat (ist ein) Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht

halten, dass die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält ...“ So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, so der Bonapartismus des ersten und zweiten Kaiserreichs in Frankreich, so Bismarck in Deutschland. Und so - fügen wir hinzu - die Regierung Kerenskis im republikanischen Russland, die in einem Moment zur Verfolgung des revolutionären Proletariats überging, als die Räte infolge der Führung durch die kleinbürgerliche Demokratie schon zu schwach und die Bourgeoisie noch nicht genügend stark war, um sie einfach davonzujagen. „In ihr (einer demokratischen Republik) übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus“, und zwar erstens „in der Form der direkten Beamtenkorruption (Amerika) und zweitens durch einen „Bruderbund von Regierung und Börse“ (Frankreich und Amerika).

Gegenwärtig haben der Imperialismus und die Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen Republik zu verwirklichen und zu verteidigen, zu einer außergewöhnlichen Kunst entwickelt. Wenn beispielsweise in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Russland, sozusagen im Honigmonat der jungen Ehe zwischen den „Sozialisten“, den Sozialisten-Revolutionären und Menschewiki mit der Bourgeoisie, Herr Paltschinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und der Brandschatzungen durch diese, zur Verhinderung einer weiteren Ausraubung des Staatssäckels durch Heereslieferungen sabotierte, und wenn dann der vom Ministerium zurückgetretene Herr Paltschinski (der natürlich durch einen genau ebensolchen Herrn Paltschinski ersetzt wurde) von den Kapitalisten mit einer Stellung und einem zugehörigen Gehalt von 120 000 Rubel „belohnt“ wurde - wie nennt man das? Eine direkte oder indirekte Bestechung? Ein Bund der Regierung mit den Syndikalisten oder „nur“ freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernows und Zeretellis, Awksentjews und Skobelews? Sind sie direkte oder indirekte Verbündete jener Millionäre, die den Staat ausrauben?

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in einer demokratischen Republik schon deshalb gesicherter, weil diese Allmacht nicht von der schlechten Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch Vermittlung der Paltschinskis, Tschernows, Zeretellis und Co.) von dieser besten Umhüllung Besitz ergriffen hat, seine Macht derart sicher und fest, dass kein Wechsel der Personen, Behörden oder Parteien diese Macht in der demokratischen Republik erschüttern vermag.

Es muss noch hervorgehoben werden, dass Engels mit der größten Bestimmtheit das allgemeine Wahlrecht als Waffe für die Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Wahlrecht, sagt er, unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist „der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat“.

Die kleinbürgerlichen Demokraten von der Art unserer Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki, sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozial-Chauvinisten und Opportunisten Westeuropas erwarten gerade „Vieles“ vom allgemeinen Wahlrecht. Sie teilen selbst die irrige Anschauung und bringen sie dem Volke bei, das allgemeine Wahlrecht wäre „in dem heutigen Staat“ imstande, den Willen der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Durchführung zu befestigen.

Wir können hier nur diesen falschen Gedankengang festhalten und darauf hinweisen, dass die vollkommen deutliche, genaue, konkrete Engelssche Erklärung in der Propaganda und bei der Agitation der „offiziellen“ (d. h. opportunistischen) sozialistischen Parteien auf Schritt und Tritt entstellt wird. Eine ausführliche Aufdeckung der ganzen Falschheit dieser Anschauung,

die Engels hier verwirft, findet sich in unseren weiteren Darlegungen der Marxschen und Engelsschen Ansichten über den „heutigen“ Staat.

Engels fasst seine diesbezüglichen Ansichten in seinem populärsten Werk in die folgenden Worte zusammen:

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: in's Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Art.“

Dieses Zitat findet man selten in der Propaganda- und Agitationsliteratur der modernen Sozialdemokratie. Aber auch dann, wenn man diesem Zitat begegnet, wird es meistens angeführt wie eine Art Verbeugung vor dem Gottesbild, d.h. zur offiziellen Bekundung der Ehrerbietung vor Engels ohne jeden Versuch, sich da hineinzudenken, welchen großen Flügelschlag der Revolution diese Versetzung der ganzen „Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer“ voraussetzt. Selbst dafür, was Engels als Staatsmaschine bezeichnet, findet man nur selten das richtige Verständnis.

Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution

Von N. Lenin.

Die Engelsschen Worte über das „Absterben“ des Staates sind so bekannt und werden so oft zitiert und zeigen so deutlich das ganze Wesen der gewöhnlichen Verzerrung des Marxismus zum Opportunismus, dass es notwendig erscheint, sich mit ihnen eingehend zu befassen.

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und alle Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat

wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbstständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftlichen Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen, und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“ (Forts. folgt.)

Feuilleton

Hymne an das Leben!

Leben, ich grüße dich, sonniges, mildes,
dir schlägt mein Herz, du unbändiges, wildes!
Tage ich trinke wie klaren Wein!
Wo ihr mir Berge, steil, riesig auftürmt,
und wo entfesselt ihr himmelanstürmt,
da seid ihr mein!
Leben, ich grüße dich, sonniges, mildes,
dir schlägt mein Herz, du unbändiges, wildes!
Mancher flucht dich auf breiten Straßen,
anderen wohnst du in engen Gassen,
bist du dem einen nur Glanz und Pracht,
schlüpfen dich andre in tiefer Nacht;
viele sehn dich nur als Flitter und Schein,
ich schreite trotzig, entschlossen allein.
Leben, ich such' dich auf einsamen Wegen,
kostet mein Gang auch der Kämpfe viel,
schau ich doch fern hinter schwankenden Stegen,
weithin aufleuchtend ein herrliches Ziel!
Fehlt mir die Kraft einst zu fröhlichem Wagen
kann ich im Kampfe nicht aufrecht mehr stehn,
ehe mich müde fasst Zittern und Zagen,
lass mich im Kampfe zugrunde gehn!
Leben, ich grüße dich unbändiges, wildes!
Mutig ins Auge will ich dir sehn,
Hügel um Hügel rastlos erklimmen,
um dann am Morgen des anderen Tages
wieder vor neuen Kämpfen zu stehn!

Carl Happ.

An der Weggabelung.

Ein junger Bursch traf an der Straße zwei Wanderer und schloss sich ihnen an. Nach einem frohen Plauderstündchen kommen sie an einen Kreuzweg und die beiden Wandersleute mussten sich trennen. Rechts ging in ein stilles Tal, links führte der Weg auf steile Höhen. „Wohin gehst Du“ frug der Jüngling den Rechten. „Zu den Menschen, komm mit, lass uns ihnen helfen, dass sie langsam herauskommen aus den Niederungen, des Alltags.“ „Die

Prediger des langsamen Schrittes und der Kleinmütigkeit frommen mir nimmer,“ sagte der Junge stolz. – „Man muss das Leben von erreichbaren Möglichkeiten aus betrachten“, meinte der rechte Wanderer, „wenn du einmal älter geworden, wirst du mich verstehen.“ Der Andere stand stumm dabei. – „Und dein Weg“ wandte der Bursch sich an ihn. Der Mann antwortete darob mit leuchtenden Augen: „Ich geh um Sonne!“ „Ei, du gefällst mir“ lachte der Jüngling, „kann ich mit?“ Doch sag mir zunächst „willst du nicht den Menschen die Kunde bringen?“ Mit schmerzlichen Augen sagte der andere: „So oft ich zu ihnen kam, sahen sie mich fremd an. Sieh, seit grauen Zeiten treten die Menschen die breiten Straßen des Herkommens und der Überlieferung, und wo sie eigene Wege versuchten, brachen die meisten unter der schweren Last zagend zusammen. Wir Einzelnen müssen furchtlos vorangehen, ihnen Bahn brechen und sie werden uns folgen. – Willst du mit mir, so überleg es wohl! Einsam ist der Weg, voll Dunkel und Wetter, unzählig sind die Klippen und Abgründe. Wohl winkt uns dort Sonne, aber wenn der Sturm daher braust, heißt es mutig und fest stehn, von den Menschen verlassen, von den Mächtigen der Erde gehasst und geächtet –“ und der Bursche bot ihm entschlossen die Rechte: Was auch kommen mag, ich gehe mit! Auf, zeig mir den Weg!“

Carl Happ.

Gesang der Schaffenden.

Wenn durch Haine, auf vereisten Bergeswegen
Jugendtoll des Lenzes Pförtner toset,
Wenn nach erstem, warmen Frühlingsregen
Würz'ger Erdhauch alles Fühlende umkoset;
Wenn der Grashalm, morgentaubesät,
Wenn die feine, schlanke Haselgerte –
Frostigsteif noch von des Winters Härte –
Schon Vorfrühlings-Schönheitskonkurrenz besteht:
Ja, dann siehst du uns in langen Zügen wallen. –
Eh' noch Lenzesmorgen Chormusik
Munter seine Weisen lässt erschallen –
In die Fabrik! – –

Wenn des Sommers Lieder fröhlich wiederklingen,
Vom Gestein, von Matten blütenüberstreut;
Wenn der Bächlein, wenn der Brunnlein Singen
Labsal, Freude allen Atmenden frei beut;
Wenn der Seewind, glutenkühlend weht;
Wenn vom Flusse, von des Meer's Gestade
Alle Wasser laden hell zum Bade,
Und zur Ruhe jedes Plätzchen lädt:

Ja, dann siehst du uns im Mittagsonnenglühen
Von des Mahles Kargheit schnell zurück –
Sonder Muße für die Schönheit – ziehen
In die Fabrik. – – –

Wenn die herbe Herbstluft durch die Forste weht,
Buntes Laub in bunten Reihen wirbelnd:
Wenn die Schwalbe, nordensmüd'gen Süden späht,
Wanderfreudig, wegs gewiss von dannen zwirbeln
Wenn die Felder wogen ährenscher;
Ast und Zweig von goldner Frucht sich bieget
Und Nachsommersonnenglänzen lieget

Auf weinmostschwäng'rer Hänge Rebenmeer:
Ja, dann sitzen in der Vesperpause
Wir bei winz'gem groben Brotes Stück, -
Lockt's ringsum zur Lust auch und zum Schmause, -
In der Fabrik. - - -

Aber Winters, wenn der Sternlein Funkeln frühe
Schon des Schönheitschauers Aug erfreut,
Wenn der Himmel gerne ohne Mühe
Myriaden Sterne auch auf Fluren streut:

Ja, dann ziehen wir zwar auch in Scharen,
Matt aus der geismordenden Fabrik,
In das Heim zu Weib und Kind zurück,
Wo sich Geist und Körper wieder paaren.

Doch ein eigen Sinnen wird dann uns'rer mächtig,
Und des Winterabends lange Nacht
Zaubert uns mit unsichtbarer Macht
Aller Jahreszeiten Schönheit prächtig.

Und wir sinnen und wir grübeln sacht
Und wir sammeln uns an einem Orte,
Heimlich, häufig, und wir reden Worte,
Die verboten, und wir reden sacht.

Worte, die da sind wie Erdenpsalmen,
Die des Lebens Freuden laut uns künden,
Die da, - ob auch gleich in ihrem Bann wir stünden, -
Alle Jenseitslehren bald zermalmen.

Und wir reden sachte, reden leis,
Und erkennen, wie wir schnöd' betrogen,
Und erkennen, wer uns schnöd' betrogen!
Und es wallt das Blut so fiebernd heiß!

Und wir reden leise, reden sacht. -
Horcht, ihr Spitzel, horcht ihr Dunkelmänner
Ihr Genießenden, ihr Freudenkenner.
Horcht, und gebt auf euer Vorrecht acht!

Denn wir reden laut bald, deutlich laut!
Und den Worten werden Taten folgen
Sollen, müssen ernste Taten folgen,
Wenn der Mann der Manneskraft vertraut. -

Hört auch ihr, ihr schaffenden der Werke! -
Lauscht, wie wir der Freiheit Kampfmusik!
Denkt, erkennet, schöpft zum Streiten Stärke
In der Fabrik. - - -

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 4/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 25. Januar 1919.

Nr. 4

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschlagen.

Ein Morden und Würgen hat in Berlin eingesetzt, dem hunderte von revolutionären Arbeitern zum Opfer gefallen sind. Mit wahrer Wollust haben sich die blutdürstenden Bestien auf das kämpfende Proletariat gestürzt. Unter den Schergenstreichen sind zwei der Besten gefallen: *Liebknecht* und *Luxemburg*.

Zwei feurige Herzen, beseelt vom Willen zur Tat sind von Mörderhänden zum Stillstehen gebracht worden. Zwei Menschen, die rücksichtslos und stets opferbereit sich für die Befreiung des Proletariats eingesetzt haben, sie sind nicht mehr. Eine blindwütende Soldateska, aufgehetzt und aufgepeitscht von einer Regierung, die noch immer die Interessen der Arbeiter verraten hat, war der Vollstrecker der Tat. In feiger Angst hat sich die Regierung Ebert-Scheidemann hinter die Lynchjustiz der Mörderbuben verkrochen. Elende feige Mordgesellen!

Nun haben die beiden Kämpfer von uns gehen müssen. Ihr Kampf ist ausgekämpft.

Wir sind die Nachlassverwalter, wengleich wir nicht in allen Fragen mit ihnen konform gegangen sind. Ihr Ziel war unser Ziel. Ihr Kampf war unser Kampf im Großen und Ganzen. Und das ist das Entscheidende.

Liebknecht und Luxemburg, gemeuchelt durch feige Mordbuben! In tausenden werden die Rächer erstehen. Nicht Mitleid, nicht Trauer soll uns über den Mord beseelen, nein! Unsere Aufgabe ist nur jetzt die energische Fortführung des begonnenen Werkes der Gemordeten. Der Geist wird weiterleben, er wird die Meere überfliegen und die Zeit wird kommen, wo das gesamte Proletariat nur einen Ruf schreien wird: Fluch und Tod den blutbesudelten Mordbuben Ebert-Scheidemann.

Liebknecht!

Tausend Liebknechte hat Deutschland.

Fabrikler, die an der Drehbank getrotzt,

Jünglinge, heiliges Feuer im Auge,

Mädchen, deren Brüste welken unter der Sträflingsjacke.

Matrosen, niedergeschlagen als Meuterer;
Mütter, von Kindern getrennt;
Eisgraue Männer
Ehrlos erklärt nach einem Leben der Ehre und Arbeit.

Liebknechte!

Weil ihr Herz nicht mittat in viehischer Mordlust,
Weil ihr Gedanke nicht stillhielt im knöchernen Schädel,
Weil Ihr Gewissen mächtiger schrie als Ludendorffs Mörser.
Wo wäre Hoffnung, wo Zukunft,
Wenn diese nicht wären
Liebknechte!
Tausend Liebknechte hat Deutschland.

Edwin Hoernle.

Der revolutionäre Sozialismus und die proletarische Jugend.

Von Carl Happ.

Die mit der fortschreitenden Kapitalkonzentration Hand in Hand gehende Mechanisierung menschlicher Arbeit zog die Bedeutung der ungelerten Arbeitskraft immer mehr in ihren Bereich und schuf so die Frage der jugendlichen Erwerbsarbeit. Im Konkurrenzkampf mit dem Großbetrieb griff das unterliegende Handwerk in verzweifelter Abwehr zur Lehrlingsausbeutung, und nunmehr erhält das Problem Arbeiterschutz ein Stück neuen Inhalts: Schutz der arbeitenden Jugend! – Hier sind die Quellen der proletarischen Jugendbewegung. Wohl mag dort auch das erwachende Bewusstsein politischer Bevormundung eine Rolle gespielt haben, aber die stärksten Triebkräfte des nun entstehenden neuen Zweiges der Arbeiterbewegung waren doch wirtschaftlicher Natur. Der Weltkrieg entrollte die Jugendfrage aufs Neue, indem er die Bedeutung des jugendlichen Arbeiters sprunghaft steigerte. Als die Jugend im Produktionsbetriebe erschien, waren gleich alle politischen Parteien eifrigst bestrebt, die Arbeiterschaft von morgen für sich ins Garn zu locken, und nun beginnt wetteifernd ein Kampf um die Seele der proletarischen Jugend, der in der staatlichen Jugendpflege eine Steigerung erfuhr und in dem in Aussicht gestellten Reichsjugendwehrgesetz eine Art Höhepunkt erreicht haben dürfte. Auch die deutsche Sozialdemokratie nahm sich des proletarischen Nachwuchses endlich an. Aber der sozialdemokratischen Partei ist die eigene Jugend immer eine Fremde geblieben. Wo „Instanzen“ das Heft der Jugendbewegung in Händen hatten, wachten sie am liebsten sorgsam darüber, dass man über literarische Schöngesteirerei und Geselligkeitspflege nicht hinausging. In der unter der Jugend vorhandenen Respektlosigkeit vor Autoritäten und dem aus erwachender Erkenntnis ihrer politischen Bedeutung geborenen Streben nach Selbstverwaltung in ihren Organisationen lagen die Keime ernster Differenzen zwischen Jungen und Alten, die dann bei Kriegsausbruch völlig offenbar würden. –

Die Sozialdemokratie hat nie den glühenden Geisteshauch ihrer Jugend spüren und verstehen gelernt. Wo einmal ein paar Spritzerchen überschäumender Lebensbejahung und ungestüm drängenden Tatgeistes die Reihen der Alten trafen, begegnete der Jugend eisiger Atem eines dahinsiechenden Greises. – Für die meisten des proletarischen Jungvolks brachte der Übergang von der Jugendbewegung zur Partei große Enttäuschungen. Kommen sie doch von einem freien Tummelplatz der Geister, wo man den Menschen nach seinen Fähigkeiten und

Leistungen beurteilt und musste nun jenen Maßstab kennen lernen, der von Alter und Erfahrung ausgeht. Das Beste war im Garten des Sozialismus gewachsen, wurde oft von jener Geste wohlmeinender Überlegenheit des Alters, die nicht selten herablassende Formen annahm, vor den Kopf gestoßen. Wohl wollte die Sozialdemokratie eine Partei der Zukunft sein, niemals aber hat sie dies Symbol seit ihren Sturmjahren verkörpert. Die Rechte einer Partei auf die Zukunft kommen nicht zuletzt in ihrem Verhältnis zur Jugend zum Ausdruck. Muss da der revolutionäre Sozialismus dem kommenden Tag bang entgegensehn? Wir hätten uns wahrhaftig nichts zu verhehlen. Linksradikalismus und Jugend sind von einem Holz. Beiden ist jenes unversiegbare Feuer eigen, dass dort glühen muss, wo gegen eine ungeheure Feindesmacht Höchstes geschafft werden soll. Beider Lebenselement ist jenes unverzagte Vorwärtsdrängen, dass die Kraft der Widerstände genau erfasst hat und immer mit den Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung rechnet, aber zugleich auf die Macht ungebeugten Willens baut. Wie es augenblicklich immer sein mag, wir haben nichts zu vertuschen, Zukunft und proletarische Jugend gehören dem Linksradikalismus. Mag ein Teil der Jungen hinter den Instanzen herlaufen, mögen hier und da die Rattenfängerlieder der Unabhängigen Erfolg haben, die weitere Entwicklung wird das Beste dort schon abstoßen. Aus ihrer eigenen Wesenheit heraus werden die Jungen das Blendwerk drüben erkennen und dorthin getrieben, wo neben den Quellen heißen verzehrenden Kampfes der Jungbrunnen großen Werdens fließt: zum revolutionären Sozialismus.

Der Linksradikalismus, der als Erbe die Zukunft des Sozialismus auf seinen Schultern trägt, findet hier ein weites Feld dankbarer Arbeit, auf dem er einen guten Teil seiner Kräfte einsetzen muss.

Zur Wohnungsfrage.

Von N. Lenin.

In seiner Abhandlung über die Wohnungsfrage (1872) verwertet Engels bereits die Erfahrungen der Kommune und kommt wiederholt auf die Aufgaben der Revolution gegenüber dem Staat zu sprechen. Es ist interessant, dass an einem konkreten Thema klar veranschaulicht werden, auf der einen Seite die Ähnlichkeit zwischen dem proletarischen und dem jetzigen Staat, die Merkmale, die in beiden Fällen vom Staat zu sprechen erlauben, und auf der anderen Seite die Unterscheidungsmerkmale oder der Übergang zur Beseitigung des Staates.

„Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen? In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Wie eine soziale Revolution diese Frage lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist. Da wir keine utopistischen Systeme für die Einrichtung der künftigen Gesellschaft zu machen haben, wäre es mehr als müßig, hierauf einzugehen. Soviel aber ist sicher, dass schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen ‚Wohnungsnot‘ sofort abzuhelpen. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit Obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“

Hier wird die Änderung der Form der Regierungsmacht nicht besprochen, sondern nur das Wesen ihrer Tätigkeit erläutert. Expropriationen und Bequartierungen erfolgen auch auf Verfügung des jetzigen Staates. Der proletarische Staat wird, formell betrachtet, auch die Bequartierung und Expropriation der Häuser „verfügen“. Es ist aber klar, dass der alte Vollzugsapparat, das mit der Bourgeoisie verknüpfte Beamtentum, zur Durchführung der Verfügungen des proletarischen Staates einfach untauglich wäre.

... „Übrigens muss konstatiert werden, dass die ‚faktische Besitzergreifung‘ sämtlicher Arbeitsinstrumente, die Inbesitznahme der gesamten Industrie von Seiten des arbeitenden Volks, das gerade Gegenteil ist von der Proudhonistischen ‚Ablösung‘, Bei der letzteren wird der einzelne Arbeiter Eigentümer der Wohnung, des Bauernhofs, des Arbeitsinstruments; bei der ersteren bleibt das arbeitende Volk Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente und wird deren Nießbrauch wenigstens während einer Übergangszeit schwerlich ohne Entschädigung der Kosten an Einzelne oder Gesellschaften überlassen. Gerade wie die Abschaffung des Grundeigentums nicht die Abschaffung der Grundrente ist, sondern ihre Übertragung, wenn auch in modifizierter Weise, an die Gesellschaft. Die faktische Besitznahme sämtlicher Arbeitsinstrumente durch das arbeitende Volk schließt also die Beibehaltung des Mietverhältnisses keineswegs aus.“

Die in diesen Darlegungen berührte Frage über die wirtschaftliche Grundlage für das Absterben des Staates werden wir im nächsten Kapitel betrachten. Engels drückt sich äußerst vorsichtig aus, indem er sagt, dass der Arbeiterstaat „schwerlich“ die Wohnungen kostenlos zuteilen wird „wenigstens während einer Übergangszeit“. Die Abgabe von dem ganzen Volke gehörigen Wohnungen an einzelne Familien gegen Entgelt setzt auch die Einkassierung dieser Gelder, eine gewisse Kontrolle und diese oder jene Normierung bei Zuteilung der Wohnungen voraus. Dies alles erfordert eine gewisse Staatsform, durchaus aber keinen besonderen militärischen und bürokratischen Apparat mit beamteten Personen in besonders bevorzugter Stellung. Der Übergang zu solchen Verhältnissen, bei denen es möglich sein wird, die Wohnungen kostenlos zu überlassen, ist mit dem „Absterben“ des Staates verknüpft. Als Engels darauf zu sprechen kommt, dass die Blanquisten nach der Kommune und unter dem Eindruck ihrer Erfahrungen die prinzipielle Stellung des Marxismus einnahmen, formuliert er diese Stellung nebenbei auf folgende Weise:

„ ... Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates ...“

Irgendwelche Freunde der Buchstabenkritik oder bürgerliche „Vernichter des Marxismus“ werden vielleicht einen Widerspruch finden zwischen dieser Anerkennung „der Beseitigung des Staates“ und der Ablehnung einer Formel wie der anarchistischen in dem früher zitierten Passus des „Anti-Dühring“. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Opportunisten auch Engels zum „Anarchisten“ stempeln wollten. Es wird jetzt immer mehr Sitte bei den Sozial-Chauvinisten, die Internationalisten des Anarchismus zu beschuldigen.

Dass gleichzeitig mit der Abschaffung des Staates der Klassen auch eine Abschaffung des Staates erfolgen wird, hat der Marxismus stets gelehrt. Die allgemein bekannte Stelle vom „Absterben des Staates“ im „Anti-Dühring“ macht den Anarchisten nicht zum Vorwurf, dass sie für die Beseitigung des Staates eintreten, sondern dass sie die Abschaffung des Staates „von heute auf morgen“ für möglich erklären. Angesichts der völligen Entstellung der Position, die der Marxismus dem Anarchismus gegenüber in der Frage der Beseitigung des Staates einnimmt, durch die jetzt herrschende „sozialdemokratische“ Doktrin, ist es besonders nützlich, an eine Polemik zwischen Marx und Engels und den Anarchisten zu erinnern.

Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution.

Von N. Lenin.

(Schluss.)

Man kann, ohne einen Irrtum zu begehen, sagen, dass von diesen besonders gedankenreichen Engelsschen Betrachtungen wirkliches Gemeingut des sozialistischen Gedankens bei den modernen sozialistischen Parteien nur die Überzeugung geworden ist, dass der Staat nach Marx „abstirbt“ im Gegensatz zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung“ des Staates. Den Marxismus in einer solchen Weise entstellen heißt, ihn dem Opportunismus gleichmachen, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur noch eine dunkle Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, allmählichen Veränderung, von dem Fehlen von Sprüngen und Stürmen, von dem Nichtvorhandensein einer Revolution übrig. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, in der Auffassung der Massen bedeutet zweifellos ein Vertuschen, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution. Dabei ist eine solche „Auslegung“ die alleroberflächlichste, eine nur der Bourgeoisie vorteilhafte, eine Entstellung des Marxismus, die zurückzuführen ist auf das Verkennen der wichtigsten Umstände und Erwägungen, die beispielsweise in den von uns bereits vollständig zitierten zusammenfassenden Darlegungen von Engels enthalten sind.

Erstens. Ganz zu Anfang seiner Betrachtungen sagt Engels, dass das Proletariat durch Übernahme der Staatsgewalt „auch den Staat als Staat“ aufhebt. Was das eigentlich bedeutet, darüber nachzudenken ist „nicht üblich“. Dies wird entweder völlig ignoriert oder aber für eine Art „hegelianische Schwäche“ des Engels ausgelegt. In Wirklichkeit ist in diesen Worten die Erfahrung einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrung der Pariser Kommune von 1871 knapp zum Ausdruck gekommen, worüber wir an anderer Stelle ausführlicher zu reden haben werden. In der Tat spricht Engels hier von einer „Aufhebung“ des bürgerlichen Staates durch die Revolution des Proletariats, während die Worte vom Absterben sich auf die Überreste proletarischer Staatlichkeit nach der sozialistischen Revolution beziehen, Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Engels gibt diese glänzende und im höchstem Maße gehaltvolle Definition hier in denkbar größter Klarheit. Aus ihr folgt nun aber, dass die besondere Gewalt der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats, der Millionen Werktätiger durch eine Handvoll reicher Leute ersetzt werden muss durch „eine besondere Repressionsgewalt“ des Proletariats zur Niederhaltung der Bourgeoisie (Diktatur des Proletariats). Hierin besteht gerade die Aufhebung des Staates als solchen. Hierin besteht auch der „Akt“ der „Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft“. Und es ist ohne weiteres klar, dass eine solche Auswechslung der einen (bürgerlichen) „besonderen Repressionsgewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondere Repressionsgewalt“ unter keinen Umständen auf dem Wege des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Vom „Absterben“, und noch plastischer und farbiger vom „Einschlafen“, spricht Engels ganz klar und bestimmt in Bezug auf die Epoche nach der „Besitzergreifung der Produktionsmittel (durch den Staat) im Namen der Gesellschaft“, d.h. nach der sozialistischen Revolution. Wir alle wissen, dass die politische Form des „Staates“ in einer solchen Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Aber keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos entstellen, kommt es in den Sinn, dass es sich bei Engels somit um das „Einschlafen“ und „Absterben“ der Demokratie handelt. Dies erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar. Aber „unverständlich“ bleibt das nur für den, der nicht überlegt hat, dass die Demokratie auch ein Staat ist, und dass somit auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat

verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben.“ Der Staat an sich, d.h. die vollkommenste Demokratie kann nur „absterben“.

Viertens. Engels liefert zu seiner berühmten Behauptung: „Er (der Staat) stirbt ab“ sofort die konkrete Erläuterung, dass dieser Grundsatz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten wendet. Hierbei rückt Engels an erste Stelle aus dem Grundsatz von dem Absterben des Staates die die gegen die Opportunisten gerichtete Forderung.

Man kann wetten, dass von zehntausend Menschen, die von dem Absterben des Staates gehört oder gelesen haben, neuntausendneunhundert überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, dass Engels seine Schlussfolgerungen aus dieser These nicht nur gegen die Anarchisten gerichtet hat. Und von den übrigen neun Personen werden neun gewiss nicht wissen, was eigentlich ein „freier Volksstaat“ ist und wieso in einer Bekämpfung dieser Losung Angriffe gegen die Opportunisten zu erblicken sind. So wird Geschichte gemacht! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Pfahlbürgertum angepasst. Die Folgerungen gegen die Anarchisten wurden tausende Mal wiederholt, verflacht, in die Köpfe in einer recht vereinfachten Form eingehämmert und erreichten eine Festigung des Vorurteils. Die Schlussfolgerungen gegen die Opportunisten wurden dagegen vertuscht und „vergessen“.

„Der freie Volksstaat“ war eine programmatische Forderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Diese Losung birgt keinerlei politischen Inhalt, abgesehen von der kleinbürgerlichen schwülstigen Umschreibung des Wesens der Demokratie, in sich. Engels ließ diese Losung aus agitatorischen Gründen „zeitweilig“ gelten, soweit in ihr in der legalen Presse die demokratische Republik angedeutet wurde. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie bedeutete nicht nur eine Schönfärbung der bürgerlichen Demokratie, sondern brachte auch ein mangelndes Verständnis für die sozialistische Kritik jedweden Staates überhaupt zum Ausdruck. Wir treten unter dem Kapitalismus für die demokratische Republik als die für das Proletariat beste Staatsform ein, aber wir dürfen nicht vergessen, dass auch in der demokratischen bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner: Jeder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Es ist also jeder Staat unfrei und kein Volksstaat. Marx und Engels haben dies wiederholt ihren Parteigenossen in den 70er Jahren auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werke von Engels, das die allbekannten Betrachtungen über das Absterben des Staates enthält, finden sich Ausführungen über die Bedeutung einer gewaltsamen Revolution. Die historische Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobpreisung der gewaltsamen Revolution. Darauf „besinnt sich niemand“, über das Bedeutsame dieses Gedankens ist es bei den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich nachzudenken oder gar darüber zu sprechen. Bei der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Betrachtungen keine Rolle. Dabei sind sie mit dem „Absterben“ des Staates zu einem harmonischen Ganzen unlöslich verbunden.

Hier die Ausführungen von Engels:

„... Dass die Gewalt aber noch eine andere Rolle (als die einer Teufelsmacht) in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, dass sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, dass sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, dass zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen

Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewusstsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszuutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?

Wie kann man in einer Lehre diesen Lobgesang auf die gewaltsame Revolution, den Engels hartnäckig den deutschen Sozialdemokraten seit 1878 bis 1894, d.h. bis zu seinem Tode vorträgt, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates vereinbaren?

Gewöhnlich geschieht dies mit Hilfe des Eklektizismus, des gedankenlosen oder sophistischen willkürlichen Herausgreifens (oder auch um den Machthabern zu gefallen) bald der einen, bald der anderen Betrachtung, wobei in 90 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Anstelle der Dialektik tritt der Eklektizismus: es ist dies die gewöhnliche, verbreitetste Erscheinung in der heutigen dem Marxismus gewidmeten Literatur der offiziellen Sozialdemokratie. Solche Surrogate sind natürlich nicht neu, sie waren bereits in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Fälschung des Marxismus zum Opportunismus täuscht die Ersetzung der Dialektik durch den Eklektizismus die Massen am leichtesten, gibt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses alle Entwicklungstendenzen, alle gegensätzlichen Einflüsse u. a. m., während sie in Wirklichkeit keinerlei abgeschlossene und revolutionäre Auffassung vom Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung gibt.

Wir haben schon davon gesprochen und werden in unseren weiteren Darlegungen noch näher darauf eingehen, dass die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. An dessen Stelle wird der proletarische Staat (Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des „Absterbens“ treten können, sondern nach dem allgemein gültigen Gesetz nur durch eine gewaltsame Revolution. Der Lobgesang, den Engels der gewaltsamen Revolution widmet und der den wiederholten Erklärungen von Marx durchaus entspricht (es sei an den Schluss von „Das Elend der Philosophie“ und des Kommunistischen Manifestes erinnert mit der stolzen und offenen Erklärung über die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution, an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, in der er dreißig Jahre später den Opportunismus dieses Programms brandmarkt) – dieser Lobgesang ist durchaus nicht die Folge einer vorübergehenden Begeisterung, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen gerade in solchen Ansichten über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an dieser Lehre seitens der jetzt herrschenden sozial-chauvinistischen und Kautskyschen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, dass die einen wie die andern eine solche Propaganda, eine solche Agitation in Vergessenheit gebracht haben.

Die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich. Die Beseitigung des proletarischen Staates, d.h. die Beseitigung des Staates schlechthin, ist nur auf dem Wege des „Absterbens“ möglich.

Marx und Engels lieferten eine ausführliche und konkrete Entwicklung dieser Ansichten beim Studium jeder einzelnen revolutionären Situation durch die Analyse der Erfahrungen aus jeder einzelnen Revolution.

Feuilleton

Zaungäste.

Novelle von Marfried Harger.

Mich hatte ein guter Freund auf die Kapelle, welche allabendlich in dem Kaffeehause an des Städtchens Markt spielte, aufmerksam gemacht und sie mir als unvergleichlich gepriesen.

Und wirklich, er hatte nicht zu viel gesagt.

Ich saß an einen Pfeiler gelehnt in dem gut besuchten Lokale und lauschte, – lauschte den seltsamen, unwiderstehlichen, unfassbaren Klängen. Und es schließen sich meine Augen – mir unbewusst – und die Töne umfingen, umbrausten mich, – wie die Wasser das Eiland.

Seltsame Bilder durchzogen mich: – Ich stand auf dem Deiche am Meere und der Wind stolperte von See her über den Deich und fuhr hinein in das Land.

Und ich schaute über das Watt, – über das weite, trauernd Watt. – Weiße, schneeweiße Möwen in nachtschwarzen Wolken. – Durch die Lücken der Wolken blitzten silberne Strahlen, spiegelnd sich in Wassertümpeln und tänzelnd über die Prielen. –

Und fern, ganz fern ein Donnern und weiße Kämme, – näher und näher – die Flut! – Und der Wind ward zum Sturm und die Wogen wuchsen, brandeten gegen den Deich, der dastand, breitpurig wie der Gassenjunge, der Dorfheld, der sich des Angriffs erwehrt. –

Barhaupt stand ich, der Sturm umtoste mich, blitzende Regentropfen mir ins Antlitz schleudernd und weißen Schaum. –

Und es wehte mein Haar und es wogte mein Blut und mitten in Sturm und Wogen schrie ich hinein: Ich bin ein Mensch! –

Geigensolo. ...

Wie die Finger tanzten, wie die Saiten sangen. – Wiederum schlossen sich meine Augen und in mir ward lebendig die Vergangenheit; längst entschwundene Zeiten. Ich muss schon an Seelenwanderungen glauben, muss schon einmal ein anderer gewesen sein, denn so weit liegt meine Vergangenheit nicht. – Und ich stehe inmitten des Gässchens einer alten Stadt. – Weiße Häuschen mit Spitzgiebeln, und Topfblumen hinter den Butzenscheiben und geschnitzte Täubchen in grauen Fensterläden. – Weiße Täubchen girren vor mir auf dem Fußsteig. – Vom Ende der Gasse her tönt das einförmige Klick, Klick des Schuhflickers durch die Grabesstille, und aus der Ferne das Posthorn. Ruhe überall. –

Ein altes Männlein schleicht durch die Gasse, blinzelt mich an, schüttelt die weiße Mähne, blinzelt und spricht: Immer nur noch Mensch! –

Ich verstehe nicht! –

Die Täubchen picken so nahe, dass ich sie ergreifen könnte. –

Ich fange mir eines. – Furchtlos schaut es mich an: Wer so tief in die Vergangenheit tauchen kann, der tut niemand Leides.

Ich drehe langsam sein Köpfchen ab. –

Klappernd auf Holzpantoffeln läuft ein junges Weib über die Straße. – Sieht das tote Täubchen. – Lacht mich an: Immer noch Mensch!

Was soll das? ich verstehe nicht. –

Näher kommt das Lied des Postillons. Schon schlägt das gemütliche Rütteln der Postkutsche an mein Ohr, schon -

„Mensch, sind Sie toll geworden?! Seit wann rauche ich Brasil.“

Jäh werde ich aus meinen Träumen gerissen.

Ein ganz, ganz junger Leutnant brüllt den Kellner an.

Um Himmelswillen, mir bangt um den Künstler. Ich neige mich vor und blicke um den Pfeiler, um ihn zu sehen: Sein Blick ist nach innen gerichtet. - Aufgelöst scheint sein Körper, als wäre er selbst ganz Musik. - Als kämen die Töne aus ihm, nicht aus der Geige. Sicher, er hat das Hässliche nicht vernommen, oder ist gefeit dagegen, denn ungestört spielt er weiter. - Ich sehe die schmalen Wangen, durch die der Hunger bläst, die grauen, auf welchen jetzt von Erregung blassrote Flecke krankhaft glänzen. Sehe das an den Schläfen leicht ergraute Haar, sehe den abgeschabten Gehrock und - sehe rings umher feiste satte Gesichter, verlebte, auf die der Genuss quittierte. Menschen, die wie nach Fliegen, nach faden Witzen haschen. - Ordensbänder, - Lackschuhe, - Bügelfalten, - Seidenroben, - Haardunghaufen, aus denen die Dummheit gen Himmel stinkt. - Wandelnde Garderobenständer. - Und alles plaudert, alles lacht. Sektpfropfen knallen und Gläser klingen - auf den Künstler achtet, scheint es, niemand außer mir.

Niemand? Doch dort am Eingang scheint noch jemand zu sitzen, den die Töne auch in die Tiefe zogen. Regungslos sitzt er und starrt geistesabwesend vor sich hin. Ein Eintretender, weinselig, torkelt, einen Schlager lallend, gegen ihn. Unwillig blickt er auf, schaut um sich, ergreift seinen Hut und geht. -

Du tatest gut. Ich nehme mir ein Beispiel daran. -

Am Ausgange sehe ich mich noch einmal nach dem Künstler um. Immer noch, wie in Verückung steht er da, seine Seele durch andere Welten führend.

Er ist weiter, er ist größer als ich, das wird mir klar. Nicht um den Beifall der Masse (welche ihm, sobald die Geige schweigt, - aufgeschreckt wie nachts der schlafende Müller, wenn seine Mühle plötzlich stillsteht, händeklatschend Lob spenden wird, ohne zu wissen für was), - nicht um ihren Beifall zu erringen übt er seine Kunst. Für sich selbst, um sein Gemüt zu erheben aus der Trostlosigkeit des Alltages, dafür tanzen seine Finger, dafür hüpfet sein Bogen.

Er ist weiter als ich, denke ich, als ich in das Dunkel der Straße trete.

Was ist das für eine Masse, die dort unbeweglich verweilt? - Ich muss mein Auge erst an die Finsternis gewöhnen. - Menschen sind es, Menschengesichter, bleich, vom fahlen Scheine der Gaslaterne beschienen, wie graue Grabsteine vom Mondlicht.

Wie die Augen glänzen! Diese Augen, die mir beschwingt, erscheinen wie Lerchen, als könnten sie aufsteigen zu den sanften Sternen. - Suchend sind sie auf die schmale Spalte des angelehnten Fensters gerichtet, aus welchen die Töne dringen, wie Weihrauch aus Opfergefäßen.

Was sind es denn für Leute? - Ich suche, sie zu erkennen.

Ach da, der Schuldiener von dem Gymnasium, dem man die Frau vor Wochen ins Tollhaus brachte und der seinen sechs Würmern jetzt auch noch Mutter sein muss.

Dort Gevatter Schneider, ich erkenne ihn an dem krummgewachsenen Bart.

Und hier ganz vorn, der kleine Gerstner, der Silberschmied, dem ich allsonntäglich in der Kunsthalle begegne und den man gestern auspfändete.

Und der da, ist das nicht der Maurergeselle, den ich im letzten Sommer Tag für Tag Streikposten stehen sah vor dem Neubau des Justizgebäudes, und in steten Händeln mit den Polizisten?

Jawohl, der ist's. – Und neben ihm steht die Verkäuferin aus dem Zigarrenladen, die mich immer so freundlich bedient.

Wer ist der denn dort hinten in der großen Pelerine? Ja, bestimmt, der Polizist ist es, der den streikpostenstehenden Maurer verhaften wollte. Ich kenne ihn wieder, wenngleich sein Gesicht jetzt nichts von einer Amtsmiene zeigt. Auch der steht da wie versteinert; auch der ein Leidensbruder – ein Zaungast. Die Kunst, oder richtiger ihrer aller Liebe zur Kunst und somit zur Menschheit führt sie hier zusammen, die sich sonst bekämpfen und schädigen, die sich gegenseitig den Peinigern ausliefern. – Könnte das nicht anders sein?

Scharf bläst der Ost über den Markt, die fröstelnden Menschen zittern machend, die Zaungäste. – Doch kein Ton ringt sich von den bebenden Lippen, keine Bewegung bringt Störung in diese Andacht. –

Nur in den Pausen stampfen die Füße das Kopfsteinpflaster und bläst warmer Atem die hohlen Hände.

Und ich vergleiche die da drinnen, die in Behaglichkeit das voll genießen könnten, was diese hier draußen in Winterkälte ausharren lässt, mit denen, von denen einst der Nazarener sprach, vor die man die Perlen nicht werfen soll.

Und jetzt verstehe, erfasse ich, was mir vorhin die Töne sangen. Immer nur noch Mensch. –

Immer nur noch Mensch – – ja, ihr aus dem fernen Lande der Vergangenheit, ihr Idealisten des Mittelalters, ihr, die ihr an die Menschheit glaubtet, ich weiß es, ihr hattet im zwanzigsten Jahrhundert den Übermenschen, den Edelmenschen gesucht. Ihr hattet nicht erwartet, dass auch dann noch die Menschen, die wenigstens noch Menschen sind, nur Zaungäste sein würden. Die Kapelle beginnt wieder. Leise setzt die Oboe ein, schwere Molltöne schwängern die Lüfte. – Der Schein der Gaslaterne huscht über die starren Gesichter und lässt sie noch steinerner, lässt die fiebernden Augen noch gespenstischer erscheinen.

Zaungäste. –

Zaungäste da drinnen, Zaungäste hier draußen.

Und ich stelle mich unter sie.

Für die Umundumlerner.

Singt ihr ein neues Lied?
Köpft einen andern Niet?
S'ist wohl was anders mal?
Klingt jetzt das Kriegslied schal?

Blast nur den Friedenston!
Blast nur, wir hören's schon!
Pfeift auch von Liebe gern!
Pfeift von Bethlehems Stern!

Preist, das auf Erden soll,
Nurmehr noch liebevoll,
Für alle Zeiten nun,
Himmlischer Friede ruh'n!

Preiset und lobet laut,
Was ihr zurechtgebraut! –
Uns zieht es nimmer fort,
Noch gilt uns Goethes Wort:

Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag!
Krieg, heißt das Losungswort,
Sieg! – und so tönt es fort. –

Marfried Harger.

**Wegen Demonstrations-Streik konnte die vorletzte
Nummer nicht pünktlich erscheinen.**

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 5/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 1. Februar 1919.

Nr. 5

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Werner Möller †.

Abermals hat die Berliner Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands einen schweren Verlust erlitten. Werner Möller, einer unserer besten Mitkämpfer für die Ideale des Kommunismus ist den Schergen der Ebert-Scheidemann-Regierung zum Opfer gefallen. Am Sonntag, dem 5. Januar, wurde der „Vorwärts“ von der revolutionären Arbeiterschaft besetzt und dem Genossen Möller die Redaktion übertragen. Nach achttägiger tapferer Verteidigung gelang es der Übermacht der Regierungstruppen, mit den rücksichtslosen Kriegsmitteln das Gebäude zu nehmen. Genosse Möller wurde als Parlamentär mit sechs anderen Genossen zur Verhandlung herausgeschickt. Die unmenschlichen Soldaten ließen sich auf keine Verhandlungen ein, sondern sie wurden alle auf dem Hof der Garde-Drögoner hingemordet. Genosse Möller ist schrecklich zugerichtet. Die linke Gesichtshälfte ist mit einem Kolben vollständig eingeschlagen. Das Ohr hängt nur ein wenig am Kopfe. Dann weist der Körper große Wunden von Bajonettstichen auf. Außerdem sind noch Schusswunden da. Nicht nur vorsätzlich gemordet hat man wehrlose Gefangene, sondern man hat unseren Genossen Möller noch beraubt. Es fehlt alles Geld, Uhr und Kette und Stiefel. Hut und Kneifer können verloren gegangen sein.

Das Leben Werner Möller war im wahrsten Sinne ein Kämpferleben. In Barmen war er seit dem 18. Lebensjahre im Kampf für den Sozialismus tätig. Sein edler, aufrichtiger Charakter machte ihn im Wuppertale unter den Genossen allgemein beliebt. Wegen Verbreitung von Liebknecht-Flugblätter wurde er am 26. Juli 1916 verhaftet. Nach einem Monat Schutz- und fünfeinhalb Monaten Untersuchungshaft wurde er zu neun Monaten Gefängnis in Leipzig verurteilt. Er büßte die Strafe in Kottbus ab und siedelte dann nach Berlin über. Hier schloss er sich der Gruppe der I. K. D. an, mit welcher er schon in Barmen während der Kriegszeit in Verbindung stand. Von dieser Zeit an hat er uns als ein Vorbild treuester Hingabe und zäher Ausdauer für die Befreiung des Proletariats gewirkt. Den Lesern der „Arbeiter-Politik“ war Genosse Möller kein Fremder. Besonders seine Artikel, „Werner Stauffacher“ gezeichnet, in welcher er zu der Frage der Einheitsorganisation Stellung nahm. Aber auch als Dichter hat sich Werner Möller ein Verdienst erworben. Seine proletarischen Kampfgedichte, die in den „Lichtstrahlen“ und der „Arbeiter-Politik“ zum Abdruck kamen, dürfte den Genossen nicht

unbekannt sein. Bereits vor dem Kriege erschien ein Gedichtbändchen „Sturmgesang“ im Verlage der „Elberfelder Freien Presse“.

Erst 30 Jahre alt hätte Werner Möller noch großes leisten können. Seine rastlose Tätigkeit, seine Besonnenheit, sein zielklarer Wille werden uns ein Vorbild und unvergesslich sein.

Der Blut-Regierung, die unsern jungen Kämpfer so schmachvoll hinhordete, schwören wir, weiterzukämpfen, und nicht eher zu ruhen, bis unser großes Ziel erreicht ist, **die Befreiung des Proletariats**.

Internationale Kommunisten Deutschlands, Gruppe Berlin.

Der Ausgang des Kampfes.

Von K. Horner.

Die Niederlage der Kommunisten in Berlin wird vorläufig von entscheidender Bedeutung für ganz Deutschland, vielleicht auf lange Zeit entscheidend für den Sozialismus in ganz Europa sein. Denn sie bedeutet die Wiederherstellung der Kapitalherrschaft, gesichert durch verhüllte Militärdiktatur. Diese mag Ebert und Scheidemann noch eine Zeitlang als Puppen behalten, solange es nötig scheint, Arbeiter durch Betrug zu gewinnen; aber dann werden sie fallen. Und damit die ganze Chimäre des „sozialistischen“ Staates, womit Millionen Proletarier zwei Monate lang genarrt wurden.

Wo liegen die Wurzeln der Niederlage des Proletariats? Das Wort Unreife besagt noch nichts. Man muss wissen, worin diese Unreife bestand; denn nur so ist die Kraft für spätere erfolgreichere Kämpfe zu gewinnen. Will man alles in eine einstige Formel zusammenfassen, so kann man sagen: die Erbschaft der alten Sozialdemokratie hat die Niederlage bewirkt. Und der künftige Sieg wird nur kommen durch Abschüttelung dieser Erbschaft. Freilich: nicht bloß ein Schuldkonto hat die sozialdemokratische Vergangenheit. Aus der 50-jährigen Propaganda und Schulung hat die deutsche Arbeiterschaft ein tiefes Klassenbewusstsein mitgebracht. Dass alle gleichsam sofort wussten, dass Kapital und Arbeit einander gegenüberstehen, und dass nur der Sturz der Kapitalherrschaft Freiheit bringen könne – was z.B. in Russland bei der Revolution die Massen erst mühsam erlernen mussten – das hat der deutschen Revolution ein schnelles Tempo gegeben und bewirkt, dass die Arbeiter sofort überall stürmisch vordrangen bis zu den fernsten Machtpositionen. Ziel und Kampffront kannten sie sofort. Dass sie sich aber in Bezug auf den Weg zum Ziele, über die Scheidungslinie betrügen ließen, dass sie zu einem Teil die Agenten des Kapitals als Führer und Helfer ansahen und in den entscheidenden Momenten nicht das richtige Handeln trafen, das ist den Kampf- und Denkformen zuzuschreiben, die die alte Sozialdemokratie in ihrer Zeit der Verknöcherung in die Massen eingepägt hatte. Über die alte Mehrheits-Partei braucht nicht viel gesagt zu werden. Nur beschränkte, kleinbürgerlich denkende Arbeiter – aber deren gab und gibt es noch viele – konnten glauben, dass Ebert und Scheidemann den Sozialismus bringen würden, und dass sie es gekonnt hätten, wenn sie nur wollten. Die Wahrheit, dass der Sozialismus und die Freiheit nur von den Arbeitern selbst erkämpft werden können, wo sie dem Kapital selbst gegenüberstehen, in den Arbeitsstätten, den Straßen – diese Wahrheit braucht nicht einmal betont zu werden. Denn die Praxis des Handelns der „Volksbeauftragten“ muss jedem die Augen darüber öffnen, dass all ihr Handeln nur gegen die Arbeiter gerichtet war und auf die Wiederbefestigung der alten „Ordnung“ und der alten Gewalten hinzielte. Für das Proletariat hatten sie schöne Worte, wie Sozialismus, Freiheit u. d.; aber ihre Taten – und dasselbe gilt für all ihre Anhänger den Hauptteil, das Partei- und Gewerkschaftsbeamtentums – kennzeichnen sie als Handlanger der Reaktion, als ergebene Diener des Kapitals. Ist das sonderbar? Wiederherstellung der alten Ordnung bedeutet für sie Wiederherstellung der Zustände, unter denen sie sich schön und gut befanden und eine bedeutsame Rolle spielten, mit der Hoffnung,

noch höhere Posten zu erreichen. Von einer proletarischen Revolution dagegen hatten sie wenig Verbesserung zu erwarten.

Allerdings wäre es nicht gerecht, die Bedeutung der alten sozialdemokratischen Prinzipien für die heutigen Kämpfe nach den Taten der Verräter dieser Prinzipien zu beurteilen. Die Hüter der echten radikalen sozialdemokratischen Parteitraktion sind die Unabhängigen. Die Unabhängige Partei hat noch große Massen von Arbeitern hinter sich, die aufrichtig den Sozialismus wollen und jeden Kompromiss mit der Bourgeoisie verwerfen. Manche, auch unter den Führern, sind revolutionär gesinnt, reden eine revolutionäre Sprache und halten damit die Masse in ihrem Banne. Was war ihre Rolle? Dieselbe wie vor dem Kriege und während des Krieges: sie haben radikale Worte gegeben als Ersatz für radikale Taten. Die alte Sozialdemokratie in ihrer guten Zeit gebrauchte immer große radikale Worte: das war ihr Recht, als darin die aufrichtige Absicht steckte: wir sind noch schwach, aber in dem Maße, als wir stärker werden, werden unsere Taten dem mehr entsprechen. Aber als gehandelt werden musste, blieben als die schlimme Erbschaft die Worte, denen man keine Taten folgen zu lassen beabsichtigte. Wie sehr die Gewohnheit der Wortproteste den Leuten im Blute steckte, zeigte ein zufälliger Vorgang: als während der Ebert-Haase-Regierung die Ukrainer Revolutionäre sich beklagten, dass die deutsche Regierung die deutschen Soldaten gegen sie kämpfen ließ, antworteten die Unabhängigen: wir missbilligen das aufs schärfste; wir haben dagegen energisch protestiert. Also, was wollt ihr noch mehr? Wir haben unsere Schuldigkeit getan! Und das ist auch ihre Rolle gewesen während der Berliner Kämpfe, die entscheidend für den Fortgang der Revolution waren. Durch ihren Wortradikalismus hielten sie große Massen von Berliner Arbeitern zuerst an sich gekettet, und dann vom Kampfe zurück.

Hätte der Spartakusbund sich viel früher von der Gemeinschaft mit den Unabhängigen freigemacht, so wäre der Gang der Ereignisse vielleicht anders gewesen. Dann wäre die kleinere, aber zuverlässige Truppe nicht so rasch in einen Entscheidungskampf hineingedrängt worden. Jetzt übte er freilich seinen Einfluss auf die ganze radikale Berliner Arbeiterschaft; aber er hatte sie nicht völlig für sich. Das zeigte sich schon in dem Schwanken der revolutionären Obleute der Betriebe, ob sie bei der Trennung ganz mit den Kommunisten mitgehen sollten; die alte Ergebenheit an die Unabhängigen hielt sie fest. Als nun die Reaktion vordrang und Eichhorn beseitigen wollten, traten die Massen zu seiner Verteidigung auf, die Unabhängigen riefen zum Kampfe und die Kommunisten traten in die vordersten Reihen. Dann aber gingen die Unabhängigen sofort ans Verhandeln mit der Regierung; sie glaubten damit, Ebert zu schwächen, aber die einzige Wirkung war, dass sie ihre eigenen Massen flau machten, während Ebert die reaktionärsten Truppenteile mit Geschützen kommen ließ. Sie erhoben den Ruf nach „Einstellung des Brudermordes“ – als ob der Klassenkampf zwischen Soldaten der Reaktion und revolutionären Arbeitern ein Bruderkrieg wäre! und lähmten damit die Aktion der Arbeiter; aus Furcht vor dem Kampfe zogen sie ihre Massen aus dem Kampfe und ließen die Kommunisten verbluten. Und als Ebert gesiegt hatte, erschien in der „Freiheit“ ein „Proteststurm“, eine lächerliche Reihe von Resolutionen von Arbeitergruppen, die Eberts Zurücktreten forderten – als ob er, als ob die siegreiche Reaktion weichen würde vor den machtlosen Worten derer, die die Kämpfer in den Stich gelassen und dadurch die Niederlage verschuldet hatten! Als ob die Welt durch Worte bewegt wird und nicht durch Taten, durch Hingabe der ganzen Person!

Woher immer diese Wankelmütigkeit, dieses Wollen-und-nicht-können, dieser Zwiespalt zwischen Wortradikalismus und Tatenfurcht? Weil die Unabhängigen als die Hüter einer nicht mehr zeitgemäßen Theorie, zwar oft revolutionär sein möchten, aber mit ihrer Einsicht, ihrer Erkenntnis den Sozialpatrioten wesensgleich sind, daher diese hartgesottenen Reaktionäre immer als verirrte Brüder ansehen und mit ihnen zusammengehen möchten, daher auch vor denjenigen Taten, die jetzt nötig sind, zurückschrecken, weil sie nicht zu ihrer

alten Theorie passen. Die sozialdemokratischen Lehren aus der Zeit vor dem Kriege sind jetzt das schlimmste Hemmnis für die proletarische Revolution geworden. Nur wer diese überwindet, kann ein fester Kämpfer für die neue Welt sein. Nichts ist daher so notwendig als unaufhaltsam Aufklärung bringen über das Wesen des Kommunismus und seinen Unterschied gegen die sozialdemokratische Anschauungsweise. Dann werden die Arbeiter die Lehren verstehen, die aus der Praxis dieser entscheidenden Zeiten auf sie einströmen.

Liebknechts letzte Arbeit.

Dieser Artikel ist die letzte Arbeit Karl Liebknechts. Er erschien in der „Roten Fahne“ am 14. Januar. Liebknecht hatte ihn am Dienstagabend geschrieben. Am nächsten Tag wurde er verhaftet und von den gedungenen Schergen der Regierung Ebert-Scheidemann ermordet. Der Artikel stellt eine Art politisches Testament für die Arbeiterklasse dar.

Generalsturm auf Spartakus! „Nieder mit den Spartakisten!“ heult es durch die Gassen. „Packt sie, peitscht sie, stecht sie, schießt sie, spießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen!“ Gräueltaten werden verübt, die jene belgischen Gräueltaten deutscher Truppen in Schatten stellen.

„Spartakus niedergedrückt!“ jubiliert es von „Post“ bis „Vorwärts“:

„Spartakus niedergedrückt!“ Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wiederhergestellten altgermanischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln. „Spartakus niedergedrückt!“ Unter den Bajonetten des Oberst Reinhardt, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden – ein Plebiszit für Napoleon-Ebert.

„Spartakus niedergedrückt!“

Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl! Niedergedrückt an die Hundert ihrer Besten! Jawohl! In Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten!

Jawohl! Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung. Und die ungeheure gegenrevolutionäre Schlammflut aus den zurückgebliebenen Volksteilen und den besitzenden Klassen ersäuften sie.

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, dass sie geschlagen wurden. Denn die Zeit war noch nicht reif. Und dennoch – der Kampf war unvermeidlich. Denn das Polizeipräsidium, dieses Paladium der Revolution, den Eugen Ernst und Hirsch kampflos übergaben, wäre ehrlose Niederlage gewesen. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Bande; und elementar brauste er aus den Berliner Massen hervor – über alle Zweifel und Bedenken hinweg.

Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen.

Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und Geldsäcke, und alles, was engbrüstig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und

aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Siege von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich, wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute, werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Überlieferung und Erfahrung. Und nicht anders als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Misserfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt ihr Weg zum Siege.

Die Sieger aber von heute?

Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten, und deren Werkzeuge sie seit je waren.

Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.

Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judasse in der Welt, wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern mit eigenen Händen ans Kreuz schlagen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1914 tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgengrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregendste Bild.

Die französische Bourgeoisie musste die Junischlächter von 1848 und die Maischlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen. – „Sozialdemokraten“ vollführen das schmutzig-verächtliche, das blutig-feige Werk; ihr Cavaignac, ihr Gallifet heißt Noske, der „deutsche Arbeiter“.

Glockengeläute rief zur Schlächterei; Musik und Tücherschwenken, Siegesjubiläum der vom „bolschewistischen Schrecken“ geretteten Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwelt der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die getöteten, noch stöhnen die verwundeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgebläht im Siegerstolze, die Ebert, Scheidemann und Noske.

Drachensaat!

Schon wendet sich das Proletariat der Welt schaudernd von ihnen, die es wagen, ihre vom Blut der deutschen Arbeiter dampfenden Hände der Internationale entgegenzustrecken! Mit Abscheu und Verachtung werden sie sogar von denen zurückgestoßen, die im Toben des Weltkrieges selbst die Pflichten des Sozialismus preisgegeben hatten. Beschmutzt, ausgestoßen aus den Reihen der anständigen Menschheit, hinausgepeitscht aus der Internationale, gehasst und verflucht von jedem revolutionären Proletarier, so stehen sie vor der Welt.

Und ganz Deutschland ist durch sie in Schande gestürzt. Bruderverräter regieren das deutsche Volk, Brudermörder. „Schreibttafel her, ich muss es schreiben.“ ...

O, ihre Herrlichkeit kann nicht lange währen; eine Galgenfrist, und sie werden gerichtet sein.

Feuerbrände schleudern ihre Thesen in Millionen Herzen, Feuerbrände der Empörung.

Die Revolution des Proletariats, die sie im Blute zu ersäufen dachten, sie wird sich über sie erheben, riesengroß. Ihr erstes Wort wird sein: Nieder mit den Arbeitermördern Ebert-Scheidemann-Noske!

Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt von dem Wahne, ihr Heil in der Hilfe verworrener Truppenmassen finden zu können; geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich kraftlos und unfähig erwiesen; vom Glauben an die Unabhängige Sozialdemokratie, die sie schnöde im Stiche ließ. Nur auf sich selbst gestellt werden sie ihre künftigen Schlachten schlagen, ihre künftigen Siege erfechten. Und das Wort, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat durch die bittere Lehre dieser Woche eine neue tiefere Bedeutung für sie gewonnen.

Und auch jene irregeleiteten Soldaten werden bald genug erkennen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, wenn sie die Knute des wiederhergestellten Militarismus von neuem über sich fühlen, auch sie werden erwachen aus dem Rausch, der sie heute umfängt.

„Spartakus niedergerungen!“

O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen – wir sind da und bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Denn Spartakus – das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats, und Spartakus – das heißt alle Not und Glücksehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewussten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet – aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse – wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des Jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans – morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

Karl Liebknecht.

Der internationale Kommunismus.

Von K. Horner.

In ganz Europa breitet sich der Kommunismus aus, der den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat bewusst führt, um die proletarische Diktatur zu errichten. Nicht in allen Ländern ist der Kampf zu derselben Höhe der Entwicklung und damit zu demselben Grad der inneren Klarheit gediehen. In den rückständigsten Ländern zeigt er sich nur erst als eine spontane Auflehnung gegen die Bourgeoisie und die alte Sozialdemokratie, ohne noch zu einer neuen Anschauung fortzuschreiten. In den fortgeschrittensten Ländern hat er zu einer neuen geistigen Orientierung, zu einer neuen Anschauungsweise geführt, den wir Kommunismus nennen. Aber überall findet die neue Richtung die ganze bürgerliche Welt, einschließlich der bisherigen Sozialdemokratie gegen sich.

Zentrum und Hochburg des Kommunismus und der proletarischen Revolution bildet die russische Republik. Hier sind, aus der Not der Praxis spontan aufwachsend, die Formen geschaffen worden, die das Wesen des Kommunismus bestimmen und den Arbeitern anderer Länder als Vorbild dienen: die Formen der proletarischen Klassenherrschaft im Gegensatz zu der formellen bürgerlichen Demokratie, zu der sich überall die Sozialdemokratie bekannte. Gegen die Ausnutzung der formellen Demokratie durch die Arbeiter in der früheren Periode konnte die Bourgeoisie nicht viel einwenden und auch nicht viel machen: sie hat sich auch als nicht direkt gefährlich gezeigt. Aber gegen die Aufrichtung einer Klassenherrschaft des Proletariats, gegen die proletarische Diktatur muss sie sich mit allen Mitteln zur Wehr stellen; denn das gilt ihre Existenz als ausbeutende Klasse. Daher der ständige Kampf mit allen Mitteln gegen das bolschewistische Russland. Zuerst schnitt der deutsche Imperialismus die besten Lebensmittel- und Rohstoffgebiete von ihm ab. An allen Seiten wurde es umgeben von feindlichen Randstaaten. Dann trat der Ententeimperialismus als sein hartnäckigster und mächtigster Feind auf. Er stachelte die Tschechoslowaken im Ural an, schickte ihnen Waffen und Hilfskorps und drang vom Norden, vom Eismeer vorwärts. Aber auch in anderer Weise, auf dem Wege der Verschwörung, suchte er die Sowjetrepublik zu vernichten. In dem Genfer Blatt „Le Nouvelle Internationale“ vom 23. November wird ein Brief abgedruckt von Herrn Marchand, Korrespondent des Figaro, eines Patrioten ohne bolschewistische Sympathien, am 4. September an den Präsidenten Poincare gerichtet; dort beschreibt der Verfasser mit Empörung die Verschwörung der Entente-Konsuln in Petrograd, bei der er zugegen war, und die beabsichtigte, durch Sprengung der Eisenbahnbrücken in Petrograd eine künstliche Hungersnot und dadurch eine Rebellion hervorzurufen. Diese Verschwörung ist auch von der Sowjetregierung ans Licht gezogen und sie wirft Licht auf die Mittel, die der Ententeimperialismus im Kampfe gegen den Kommunismus für erlaubt hält.

Mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bekamen die Ententeregierungen die Hände im Osten frei. Sie schickten die Balkanarmee nach Odessa und Bessarabien und eine Flotte nach Estland. Es schien, als sollte eine große militärische Expedition Russland von allen Seiten angreifen. Nachher sind offenbar Bedenken gekommen. Einerseits war die Sache militärisch wohl nicht so leicht: eine große Armee in die endlosen Steppen hineinschicken, um eine Bevölkerung von fünfzig Millionen, die sich selbst befreite, wieder in die alte Knechtschaft zurückzuzwingen, hat große Schwierigkeiten.

Und dann zeigte sich in England und Frankreich unter den Massen ein immer größerer Unwillen, sich für einen solchen Krieg gebrauchen zu lassen. Dadurch wird ein direkter Angriffskrieg in hohem Maße gelähmt. Das bedeutet nicht, dass das Ententekapital seine Absichten aufgibt und den Russischen Kommunismus unbehelligt lassen will. Es verharrt bei der Absicht, ihn möglichst zu schwächen. Es unterstützt die Truppen in den feindlichen Randgebieten, die Kosaken, die Ukrainer, die Finnen, die Tschechoslowaken, die reaktionären russischen Generäle dadurch, dass es ihnen Offiziere und vor allem Geschütze und Kriegsmaterial – das jetzt massenhaft freigegeben ist – zur Verfügung stellt; und daneben versucht es aus den Hunderttausenden russischen Kriegsgefangenen, die jetzt unter seiner Aufsicht aus Deutschland zurückbefördert werden, Armeen gegen die Sowjetregierung zu bilden. Zugleich will die englische Regierung – laut ihres Vorschlages in Paris – in listiger Weise die moralische Kraft der Sowjetregierung schwächen durch die Einladung zu einem Kompromiss und einer Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, um dann aus der Ablehnung dieser Zumutung den eigenen Arbeitern die Verruchtheit des Bolschewismus zu demonstrieren.

Während in Russland der Kommunismus sich noch kräftig behauptet, greift er in den besiegten Mittelstaaten Europas immer weiter um sich. In Deutschland haben die bisherigen Kämpfe äußerlich eine Niederlage gebracht, die beweist, dass der Kommunismus noch nicht

allseitig die ganze arbeitende Masse ergriffen hat; aber sie haben bewirkt, dass für den Kern des Proletariats jetzt der gegensätzliche Charakter von Kommunismus und Sozialdemokratie klar hervortritt. In Ungarn und Österreich verbreitet sich der Kommunismus unter den Arbeitern immer mehr; die furchtbare Arbeitslosigkeit und die Lebensmittelnot treiben sie in die Opposition zu den von Sozialdemokraten gebildeten Regierungen.

Aber wie steht es in den Entente-Ländern selbst? Wir sind gegen den Bolschewismus gefeiert, erklärte ein französischer Politiker, durch unseren Sieg; der Bolschewismus ist eine Krankheit besiegt Völker. Bis zu einer gewissen Höhe hatte er Recht. Denn erstens steigert die Niederlage im Krieg das Kriegselend im höchsten Maße, und dann ist eine besiegte Regierung so sehr geschwächt, dass sie leicht gestürzt werden kann. In den Entente-Ländern sind daher die Symptome anders und ist die Bewegung notwendig rückständig und weniger bewusst. Die englischen Proletarier sind in ihrer Masse noch nicht für den Kommunismus, aber sie sind auch nicht bereit, gegen den Kommunismus zu kämpfen. Gegen den deutschen Imperialismus, den „Kaiserismus“, waren sie bereit, in den Krieg zu ziehen; aber jetzt drängen sie stürmisch auf Demobilisierung. So lähmen sie die Regierung in hohem Maße in dem Kampf gegen den ausländischen Kommunismus. Das ist der Hauptgrund, weshalb es zu einem kräftigeren Auftreten gegen Russland – und in Zukunft gegen Deutschland – nicht kommen kann.

Aber daneben ist es nicht zu bezweifeln, dass auch der Kommunismus selbst in diesen Ländern an Boden gewinnt. Wir erfahren wenig davon, weil noch immer die strengste Zensur den Briefverkehr und die Zeitungen bewacht. Aber gerade die Tatsache, dass diese Zensur noch immer so streng gehandhabt wird, beweist, wie sehr die Regierungen dort das Eindringen bolschewistischer Ideen und wahrheitsgetreuer Nachrichten aus Russland fürchten. Aus der Zeit der englischen Parlamentswahlen wurde über eine Versammlung in London berichtet, wo Muir von der Gasarbeiterunion den Bolschewismus verteidigte; ähnliche sind wohl anderswo vorgekommen; und in Glaskow erhielt Meclean, ein gründlich marxistisch durchgebildeter Kommunist, der während des Krieges Werftarbeiterstreiks leitete und lange Jahre verhaftet war, eine große Stimmenzahl. In England lehnt die kommunistische Bewegung an die spontane Streikbewegung an, die schon in den Jahren vor dem Krieg gegen den Willen der großen Gewerkschaften in den Arbeitermassen aufloderte; sie findet keine bedeutende und erstarrte sozialistische Bewegung sich gegenüber, sondern eine alteingestohene Gewerkschaftsbewegung, die aus praktischen Gründen geübt wird, aber keine geistige Macht über die Köpfe besitzt, weil sie selbst keinen geistigen Gehalt besitzt.

Auch in Frankreich sucht die Zensur das Eindringen des Bolschewismus und das Durchsickern von Nachrichten nach außen zu verhindern. Das gelingt aber nicht völlig. So berichtet neulich ein holländisches Blatt (Rotterdammer) am 15. Januar aus Paris:

„Der sozialistische Bund des Seine-Departements (De Paris)) hatte am letzten Sonntag eine große Versammlung ausgeschrieben zur Besprechung der Demobilisierung, der brennendsten und schwierigsten Augenblicksfrage in Frankreich. Die Zusammenkunft war kaum vom Abgeordneten Aubriot eröffnet worden, als sich schon zeigte, dass der revolutionäre Geist die Versammlung völlig beherrschte und dass man dort die Mehrheitssozialisten Albert Thomas, Renaudel, Bracke genauso betrachtete wie die Spartakusleute in Deutschland Ebert und Scheidemann betrachteten. Albert Thomas hatte es sogar vorgezogen, ganz wegzubleiben. Der Abgeordnete Bracke wurde während seiner Rede fortwährend unterbrochen von Rufen: Hoch Lenin, hoch Trotzky, hoch Liebknecht.

Der Abgeordnete Leval wurde zuerst angehört; als er sich aber erfrechte zu sagen, dass man die französische Demokratie beleidigen würde, wenn man glaube, sie sei dem Bolschewismus verfallen, brachen aus der Versammlung heftige Proteste los und laut wurde die Internationale gesungen. Der Abgeordnete Renaudel konnte gar nicht zu Wort

kommen, so heftig wurde er bei seinem ersten Auftreten niedergeschrien. Er verschwand nach einigen vergeblichen Versuchen, ans Wort zu kommen. Dann versucht Kamerad Pericat dasselbe, aber jedes seiner Worte wird begrüßt durch denselben Ruf der Versammlung: Hoch Lenin, hoch Trotzky, hoch Liebknecht. Der Vorsitzende hatte schon längst den Vorstandstisch verlassen und fand es nicht mehr nötig, die Versammlung offiziell zu schließen.“

Hier zeigt sich, wie die Taten des Kommunismus in Russland und Deutschland schon bei Arbeitern ihren Widerhall finden. Es zeigt die Stimmung der Sympathie, unter dem Einfluss der eigenen Unzufriedenheit gegen ihre Regierung – freilich auch nicht viel mehr. Wir brauchen uns keine Illusionen zu machen, als sei eine Revolution in den Ententeländern nahe. Aber diese Stimmung bewirkt doch, dass die Regierungen zu einem Niederwerfen der Revolution in anderen Ländern nicht fähig sind. Und geht in Mitteleuropa die Revolution weiter, dann wird von dort eine neue gewaltige Treibkraft auf die Länder der Sieger wirken.

Feuilleton

Das Wissen.

Ich hab' gelernet, hab' gestrebt
In meinen jungen Tagen;
Hab' des Studierens Leid und Plag'
Erfahren und ertragen.

Geopfert hab' dem Wissen ich
Den Schlaf gar mancher Nacht.
Hab' manche schöne Lebensstund'
Bei Büchern zugebracht.

Ob lockend auch der Sonne Gold
Sich in mein Fenster stahl,
Ob bei der Nächte Silberlicht
Mich rief die Nachtigall.

Ob meiner Jugend Weggenoss'
Den Pfad zur Lust mir wies,
Ob meine wilde Phantasie
Der Liebe Rausch mir pries. –

Ich war gefeit, mein Ziel lag hoch,
Hoch oben bei den Sternen.
Und nur ein Weg führt hin zu ihm,
Und dieser Weg hieß: Lernen! –

Doch jetzt, was hat das Leben mir,
Dem Strebenden gebracht? –
Was hat aus mir mein Wissensdurst,
Mein Können all' gemacht?

Gequält, gehetzt, ein Proletar,
Genau wie alle andern, –
Lohnhungernd, wissensübersatt
Muss ich durch's Dasein wandern

Ein Ämtchen hat man mir vertraut,
Bauend auf meine Tugend.

- Mein Vorgesetzter ist ein Freund,
Der froh verlebt die Jugend. -

Wofür ich meine Jugend gab? -
Gewinn kann ich's nicht nennen.
Brach liegt mein Wissen, eitel ist
Und hemmend mein Erkennen. -

So klagt ein Greis, ein müder, mir.
Ich aber schritt von hinnen -
Das alte Lied, man lernt, studiert
Um Gold, - Gold zu gewinnen! -

Mir ist das Wissen ein Juwel,
Im Innern gut versteckt.
Und raubte man mir alles gleich,
Er bliebe unentdeckt.

Ein sich'res Serum ist es mir
Gen Aberglaubensseuche.
Ein Schwert, mit dem Gespenster ich
Und blöden Wahn verscheuche.

Ein Schiff ist mir die Wissenschaft,
Ein Flugzeug mir das Lernen:
Das Weltall ist mein Tummelplatz
Bis zu den fernsten Sternen!

Ein Freund, ein Liebchen ist sie mir,
Seitdem ich sie erkoren,
Ging böse Laune, Langeweil
Für immer mir verloren.

Das Wissen ist ein Diamant,
Des Härte reine Wahrheit;
Des Glanz, wie Mittagssonnenglut
Erbarmungslos bringt Klarheit!

Ein Wundersee, das Wasser steigt
Je mehr man aus ihm schürfet;
Und der den Erdball überschwemmt
Wenn alle Menschheit schlürfet.

Und eine Leiter nicht zuletzt,
Ich sag es ihr zum Ruhme:
Sie führt uns aufwärts, führt uns einst
Zu höh'rem Menschentume! -

Wem solches nicht das Wissen ist,
Der wird gar viel vermissen.
Wer sich aus Geldgier ihm ergibt,
Dem wird's zu totem Wissen!

Gibt's, wie das Wissen, Dinge noch,
Die selben Nutzen böten?
Doch diese Lehr' zu zieh'n, dazu
Ist Mutterwitz vonnöten! -

Marfried Harger.

Wichtige Literatur für unsere Agitation!

Die Wahrheit über die Bolschewiki. Preis 15 Pfg., 100 Exemplare 10 Mk., 1000 Exemplare 65 Mk.

Staat und Revolution. (Lenin.) Ungekürzte Ausgabe. Preis 3 Mk., ab 10 Exemplare 2 Mk., ab 100 Exemplare 1.75 Mk.

Die nächsten Aufgaben der Sowjet Macht. (Lenin.) Preis 1.60 Mk., ab 50 Exemplare 1 Mk.

Die Verfassung der Russischen Sowjet-Republic. Preis 50 Pfg., ab 100 Exemplare 25 Pfg.

Brief an die Arbeiter Amerikas. (Lenin.) Preis 80 Pfg., 10 Exemplare 5 Mk.

Die Aktion. Gedächtnisnummer für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Preis 80 Pfg., 10 Exemplare 5 Mk., 100 Exemplare

Alle diese Schriften sind zu beziehen durch den Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf und Verlag der „Arbeiterpolitik“, Bremen, Geeren 26.

Verantwortlich: Fran Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 6/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 8. Februar 1919.

Nr. 6

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellschein

Was wollen die Kommunisten?

Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution! Sie hat einen Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht, doch hat sie die Elemente, die schon vorher auf die Arbeiterrevolution hinarbeiteten, an die Oberfläche des politischen Lebens gebracht! Diese Elemente, die bisher nur geheim ihre politische Tätigkeit ausüben konnten, die in verborgenen Wohnungen und zum großen Teil in Gefängnissen lebten, verrichten jetzt ihre politische Tätigkeit mit verstärkten Kräften vor aller Welt Augen. Der Kommunismus ist die Losung, unter der sie sich zu gemeinsamem Kampfe zusammenfinden.

Vielleicht wird die öffentliche politische Tätigkeit der Kommunisten nur von kurzer Dauer sein, doch, wie es auch kommen mag, der Kommunismus ist die Losung, das Ziel der Arbeiterrevolution! Die Idee des Kommunismus wird nicht dadurch zu ersticken sein, dass man die Träger der Idee in dumpfe Kerker sperrt oder durch Maschinengewehre und Bajonette niederknüttelt. Der Kommunismus wird leben und siegen! Er wird Wirklichkeit werden und die hungernden, im Elend lebenden Proletarier zum Glück, zur wahren Menschlichkeit führen!

Was wollen die Kommunisten gegenwärtig? Auch das wird die denkende Arbeiterschaft aus ihren Schriften, Reden und Handlungen erkennen, und sie wird bald finden, dass das Wollen der Kommunisten das Richtige ist, dass es das ist, was den Klasseninteressen des Proletariats entspricht. Das Bürgertum und seine Diener, die Sozialpatrioten stellen den Bolschewismus als einen Entsetzen erregenden Popanz dar. Diese Darstellung soll das Bürgertum aufrütteln zu gegenrevolutionären Aktionen und gleichzeitig die Arbeiterschaft gruselig machen und erschrecken, doch diese Gespensterfurcht ist nur eine Erscheinung des vor Angst zitternden Bürgertums. Kein Arbeiter wird sich mehr von diesen Hirngespinnsten erschrecken lassen, wenn die Diktatur des Proletariats und dadurch die Durchführung des Kommunismus Wirklichkeit wird.

In Russland haben unsere Genossen gesiegt. Die Diktatur des Proletariats ist dort verwirklicht. Die Kommunisten (hier meist Bolschewisten genannt) sind gemeinsam mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre (die in ihrer politischen Haltung etwa unseren linksstehenden U.S.P. Leuten entsprechen) dabei, den Kommunismus durchzuführen. Wir bringen im Folgenden einiges aus der Sammlung der Gesetze, die unter der Diktatur des Proletariats in Russland

entstanden sind und deren Veröffentlichung in Deutschland unter der Regierung von Prinz Max verboten wurde. Diese Gesetze sind eine der klarsten Antworten auf die Frage: Was wollen die Kommunisten?

Aus der Verfassung der russischen Sowjetrepublik.

Die Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes.

1. Kapitel.

1. Russland wird als Republik der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernsowjets proklamiert. Die gesamte Macht im Zentrum wie in den einzelnen Orten gehört diesen Sowjets.

2. Die Russische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage des freien Bundes freier Nationen als Föderation der nationalen Sowjetrepubliken konstituiert.

2. Kapitel.

3. Indem der 3. Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die Grundaufgabe verfolgt, die Beseitigung jeder Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen, die völlige Aufhebung der Einteilung der Gesellschaft in Klassen, die schonungslose Unterdrückung der Ausbeutung, die Errichtung einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus in allen Ländern zu erreichen, beschließt er:

a) Um die Sozialisierung des Grund und Bodens zu verwirklichen, wird das private Eigentum an Grund und Boden aufgehoben, der gesamte Landbesitz wird zum allgemeinen Volksgut erhoben und der werktätigen Bevölkerung auf der Grundlage gleichen Nutzungsrechtes ohne jede Entschädigung übergeben.

b) Alle Wälder, Gewässer und das Erdinnere, soweit sie Bedeutung für den ganzen Staat haben, ferner das gesamte lebende und tote Inventar, die Mustergüter und sonstigen landwirtschaftlichen Unternehmungen werden zum Nationalgut erklärt.

c) Als ersten Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum der Arbeiter- und Bauern-Sowjetrepublik und zur Sicherung der Macht der werktätigen Bevölkerung über die Ausbeuter wird das Sowjetgesetz über die Kontrolle der Arbeiter und über den Oberen Volkswirtschaftsrat bestätigt.

d) Als 1. Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital betrachtet der 3. Sowjetkongress das Gesetz über die Annullierung (Ungültigkeitserklärung) der Anleihen, die von der Regierung des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gemacht worden sind; er hegt die feste Zuversicht, dass die Sowjetmacht auf diesem Wege bis zum völligen Siege der internationalen Arbeiterschaft über das Kapital verharren werden.

e) Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernrates wird als eine der Bedingungen der Befreiung der werktätigen Rassen vom Joche des Kapitals bestätigt.

f) Um die parasitischen Gesellschaftsschichten zu vernichten und die Volkswirtschaft zu organisieren, wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

g) Um die ganze Machtfülle im Besitz der werktätigen Bevölkerung zu sichern, um jede Möglichkeit, die Macht der Ausbeuter wieder herzustellen, zu beseitigen, wird die Bewaffnung der werktätigen Bevölkerung, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee aus Arbeitern und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen angeordnet.

3. Kapitel.

4. Indem der 3. Kongress der Sowjets den unbeugsamen Entschluss ausspricht, die Menschheit aus den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus, die im jetzigen verbrecherischen Kriege die Erde mit Blut überschwemmt haben, zu befreien, schließt er sich der Politik der Sowjetregierung an, die abzielt auf die Aufhebung der geheimen Verträge, auf enge Verbrüderung zwischen den Bauern und Arbeitern der jetzt noch kriegführenden Armeen, auf die Anwendung revolutionärer Mittel, um – koste es was es wolle – einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu erreichen.

5. Zum selben Zwecke verlangt der 3. Kongress der Sowjets den vollen Bruch mit der bisherigen barbarischen Politik der bourgeoisen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter einiger weniger auserwählter Nationen auf der Unterjochung Hunderter von Millionen Menschen der werktätigen Bevölkerung Asiens, der Kolonien überhaupt und der kleinen Länder aufbaute.

Der 3. Kongress begrüßt die Politik des Rates der Volkskommissare, die die volle Unabhängigkeit Finnlands proklamierte, die Heere aus Persien zurückzuziehen begann, das Selbstbestimmungsrecht Armeniens anerkannte.

4. Kapitel.

7. Der 3. Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erachtet, dass im jetzigen Moment des entschlossenen Kampfes des Proletariats gegen seine Ausbeuter für die letzteren kein Platz in irgendeinem der Regierungsorgane ist; vielmehr hat die Macht ganz und gar und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung – den Sowjets, den Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – zu gehören.

8. Da der 3. Kongress der Sowjets bestrebt ist, einen wirklich freien und dauerhaften Bund zwischen den werktätigen Schichten aller Nationen Russlands zu schaffen, beschränkt er sich darauf, die Grundlagen der Föderation der russischen Sowjetrepubliken zu bestimmen; er überlässt den Arbeitern und Bauern jeder einzelnen Nation, auf ihrem eigenen bevollmächtigten Sowjetkongress einen selbständigen Beschluss zu fassen, auf welcher Grundlage sie an der föderativen Regierung und den sonstigen föderativen Sowjetorganen teilzunehmen wünschen.

Die Politik der Unabhängigen.

Von Peter Unruh.

In der entscheidenden Fraktionssitzung vor Kriegsausbruch erklärten sich einige Mitglieder der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit auch gegen den Krieg. Unter ihnen war auch Haase. In der entscheidenden Plenarsitzung des Reichstages vom 4. August stimmte die gesamte Fraktion, mit Ausnahme Kuhnerts, der nicht anwesend war, für die Kriegskredite und damit für den Krieg. Und Haase war der Wortführer. Diese zwiespältige Haltung der Oppositionellen kennzeichnet die ganze weitere Politik der späteren Unabhängigen. Aus Parteidisziplin stimmten sie für die Kredite. Aus Parteidisziplin blieben sie in den Reihen der Sozialdemokratie auch dann noch, als sie sich, im Dezember 1915, zum ersten Male gegen die Bewilligung der Kredite wandten und im Frühjahr 1916 die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft bildeten. Noch ein weiteres Jahr musste vergehen, ehe die offizielle Sozialdemokratie die Oppositionellen zur Gründung ihrer eigenen Partei zwang. Von dem Augenblick an nannten sie sich Unabhängige.

Die Unabhängigen haben die Kriegskredite abgelehnt. Damit bekundeten sie ihre oppositionelle Haltung gegenüber allen anderen Parteien des Reichstages. Diese Ablehnung

sollte das Bekenntnis zur Ablehnung des Krieges sein. Aber den Krieg ablehnen, setzt voraus, dass man die Landesverteidigung ablehnt. Wie stand es damit in den Reihen der Unabhängigen? Haase hatte am 4. August 1914 erklärt: Im Falle der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Bei der zweiten Kriegsanleihe widersetzte sich die oppositionelle Richtung der Fraktion diesem Argument immer noch nicht. Die Erklärung Geyers in der Dezembersitzung 1915 war ein direktes Bekenntnis zur Landesverteidigung. Ledebour erklärte: Wenn die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder stehen, verteidigen wir das Vaterland. Bernstein schrieb mehr als zehnmal, dass kein Mensch daran denke, die Landesverteidigung abzulehnen. In allen Erklärungen und Proklamationen der Unabhängigen findet sich kein einziges Wort der Ablehnung der Landesverteidigung. Und bis heute haben die Unabhängigen diese Frage nicht geklärt. Wozu also die Ablehnung der Kriegskredite? Welches war der Sinn? Es war lediglich eine parlamentarische Aktion, die eine formelle Demonstration bedeuten sollte. Solange die Unabhängigen die Landesverteidigung im imperialistischen Kriege nicht verneinten, war die Ablehnung der Kriegskredite für die Regierung keine Gefahr. So lange blieb es eine parlamentarische Demonstration; gefürchtet war nur die politische Aktion.

In der Friedensfrage unterschieden sich die Unabhängigen nicht von den Sozialdemokraten. Beide erstrebten den Frieden der Verständigung; beide vertraten die Auffassung, dass es in diesem Riesenkrieg keine Sieger und keine Besiegten geben werde; beide wandten sich gegen Annexionen und Kontributionen. Beide wollten das Schwergewicht künftiger internationaler Entscheidungen in die Schiedsgerichte verlegen. Beide vertraten die Forderung der Abrüstung. Beide verlangten das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie trieben diese Politik angesichts der Niederwerfung des Zarismus, des ersten großen Besiegten, angesichts der Niedertrampelpung Belgiens, Serbiens, Griechenlands, der ersten Opfer der Gewaltherrschaft der großkapitalistischen Militärmacht, angesichts des Friedens von Brest-Litowsk, der ein Faustschlag gegen die Forderungen der Annexionslosigkeit, des Selbstbestimmungsrechts und des Verzichts auf Kriegsentschädigung war. Die Unabhängigen und die Sozialdemokraten blieben bei ihrer Politik und ihren pazifistischen Idealen der Abrüstung auch dann noch, als Amerika mit seinen Riesenrüstungen in den Krieg eintrat.

Heute ist der Weltkrieg beendet. Wo sind die Ideale Unabhängigen geblieben? Wird die siegreiche Entente auf Annexionen, etwa auf Elsass-Lothringen, verzichten? Wird sie verzichten auf Kriegsentschädigungen? Wird sie den Deutschen ein Selbstbestimmungsrecht lassen? Wird sie abrüsten, da sie sich noch im Kampfe mit zahllosen Mächten innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Reihen sieht? Wird sie darauf verzichten, als Sieger zu gelten und als Sieger zu handeln? Die Politik der Unabhängigen ist durch den Gang der Ereignisse in die schwerste Bedrängnis geraten.

Die Unabhängigen waren nach der Verurteilung Liebknechts die einzige oppositionelle Gruppe im Reichstag. Wir sehen, dass sie sich in wesentlichen Punkten ihrer Politik nicht von den Sozialdemokraten unterschieden: Haben die Sozialdemokraten die Kriegspolitik grundsätzlich mitgemacht, so haben die Unabhängigen diese Kriegspolitik nicht grundsätzlich bekämpft.

Der Militärputsch.

Von Peter Unruh.

Die Politik der Großindustriellen, der Großagrarien und der Großfinanz, die tonangebend in Deutschland war, hat den Krieg bis in seine letzten Konsequenzen getrieben. Jede Friedensmöglichkeit hat sie als Verbrechen, jedes Friedensangebot als Schwäche denunziert. Der Friede von Brest-Litowsk, diktiert vom Gewaltwillen des Siegers, hat den Alldeutschen

die Hoffnung auf den Endsieg zur Gewissheit gemacht. Das Millionenheer von der Ostfront nach der Westfront geworfen, unterstützt von Österreichern, Ungarn, Bulgaren – das musste die Stellungen der Alliierten überrennen: der Endkampf stand bevor; der Sieg konnte nicht ausbleiben. Nur ein übermächtiger Offensivstoß – und das heißersehnte Ziel war erreicht.

In Brest-Litowsk rangen zwei unversöhnbare Welten miteinander. Imperialismus und Kommunismus standen einander als Todfeinde gegenüber. Und draußen lagerten die Heere, die Millionen todesmüder Soldaten. Die einen, denen der nahe Friede winkte. Die andern, vor denen die Hölle des Westens lag. Und es wurden Verbrüderungsszenen gefeiert. Russische und deutsche Soldaten lagen einander in den Armen. Aber das russische Heer war verseucht; es trug in sich den Bazillus der proletarischen Revolution, da die alte staatliche Herrlichkeit zu zersetzen begann. Es war ein sehr gefährlicher Bazillus, für den Imperialisten gefährlicher als Seuche und Pest. Und in den Freudenfesten an der Ostfront breitete er sich über die deutschen, österreichischen und bulgarischen Heere aus. Im Blut der Schlachten war der Tod dem deutschen Imperialismus als Freund genahet. Im Freudentaumel des Waffenstillstandes nahte er ihm als Würger. „Die Verbrüderungsszenen müssen aufhören!“ Das war der erste Angstschrei des in seinem innersten Wesen Getroffenen. Mit diesem Heer, das den Bazillus der Zersetzung in sich trug, ließen sich keine Riesenschlachten mehr schlagen, keine Weltkriege mehr gewinnen. Ein einziger kurzer Vorstoß im Westen gelang noch. Dann kam das Stocken, der Misserfolg, das immer vergebliche Versuchen, der Rückschlag, die Rückzüge, die Katastrophe.

Der Krieg hatte das Volk in Waffen geschaffen; er hatte die Bewaffnung des Volkes restlos durchgeführt, und er hatte alles, was seine Hände noch rühren konnte, in den Dienst der Kriegführung gepresst. Aber die Gleichheit der Uniformen, das Einerlei des Grau in Grau, schuf noch längst keine Gleichheit der Interessen, keine Gleichheit des Denkens, des Fühlens und Wollens. Im ersten Rausch wurde alles Denken umnebelt von dem Gedanken an das Vaterland. Der Krieg löste langsam, aber sicher die Interessengegensätze, die im Volksheere nur schlummerten, aber nicht gestorben waren, wieder aus und rief sie ins historische Leben zurück. Lange schon ging ein Murren durch das Heer. Die Zahl der Deserteure und Überläufer wurde legionenhaft. Meutereien kleiner und großer Verbände wurden zu Tagesbegebenheiten. Es war in allem kein offener Kampf gegen den Krieg; es war passive Resistenz. Diese zermürbten Heere waren *für* den Krieg nicht mehr zu gebrauchen; aber sie wollten auch nicht gegen den Krieg kämpfen. Darum brach die Bewegung unter den Soldaten hoch, nicht, als der deutsche Imperialismus noch an den Sieg glaubte, sondern als Hindenburg und Ludendorff selbst zum Frieden gedrängt hatten, als der Friede sozusagen eine offizielle Angelegenheit geworden war. Darum waren die Begebenheiten vom November keine Revolution, sondern vorwiegend ein Militärputsch. Und es ist eine der großen Ironien, die sich die Weltgeschichte hin und wieder erlaubt, dass die Sozialdemokratie, die mit voller Überzeugung sich dagegen verwahrt hat, jahrzehntelang, mit Hilfe eines Putsches zur Macht gelangen zu wollen, ausgerechnet durch den größten Putsch aller Zeiten in den Besitz der politischen Gewalt kam. Putsche sind Ergebnisse des Augenblicks. Was sie hervorbringen, ist nicht von Dauer. Die Soldaten warfen ihre Waffen weg, rissen die Kokarden herunter, schwenkten rote Fahnen, fuhren in Automobilen durch die Stadt und hielten Reden, räumten verwaiste Kommandanturen, besetzten öffentliche Gebäude der alten Regierung: alles, ohne erheblichen Widerstand zu finden. Die Bewegung war legalisiert. Die Regierungen waren darauf gefasst und widersetzten sich nicht. Der einzige Widerstand kam, an wenigen Orten, von dem klassenbewussten Teil der Bourgeoisie, den Alldeutschen, Offizieren, Kadetten, Jungdeutschlandbündlern. Im Übrigen aber fügte sich die Bourgeoisie in das, was sie selber wollte. Sie begehrte den Frieden. Warum sollte sie sich einer Bewegung widersetzen, die diesem Begehren erhöhten Nachdruck verlieh?

Dennoch bezeugte der Militärputsch ein Ereignis von höchster historischer und politischer Bedeutung. Die Armee, das Volksheer, die Stütze der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, war zusammengebrochen. Die Bourgeoisie hatte im Augenblick kein politisches Machtmittel mehr in der Hand. Das war das Entscheidende. Und aller Fortgang der Bewegung hing nur noch davon ab, ob die Bourgeoisie imstande war, sich schnell wieder in den Besitz politischer Machtmittel zu bringen oder nicht.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus.

Von Peter Unruh.

Der Weltkrieg war der Zusammenprall weltpolitischer Gegensätze, namentlich des Gegensatzes zwischen dem alten Weltreich England und der jungen Weltmacht Deutschland. Das Ziel war auf der einen Seite die Festigung der englischen Weltmacht durch die Herstellung eines geschlossenen afrikanischen Reiches, das mit Hilfe des syrisch-mesopotamisch-persischen Gürtels mit Vorderindien verbunden werden sollte. Dieses Ziel setzte die Aufteilung der Türkei voraus. Auf der anderen Seite erstrebte Deutschland die Durchdringung der Türkei, des Reiches sämtlicher Muselmanen, mit deutschem Kapital. Dieses Ziel setzte die Erhaltung der Türkei voraus und darüber hinaus die Ausbreitung der türkischen Herrschaft über ganz Vorderasien und Nordafrika. Hier kollidierten Interessen von so tiefer Gegensätzlichkeit, dass die blutige Austragung die unvermeidliche Folge war. Wohl weiß man, dass die unmittelbare Veranlassung zum Kriege das provokatorische Ultimatum Österreichs an Serbien bildete, aber die Ursache zum Kriege lag im gesamten weltpolitischen System, dass durch die neueste Entwicklung des Kapitalismus und des Imperialismus hervorgebracht wurde. Weltkriege sind vom Imperialismus unzertrennlich; ja, der Imperialismus treibt in seinen tiefsten Tendenzen immer wieder zu weltpolitischen Gegensätzen von solcher Spannkraft, dass sie schließlich in Weltkriegen ihre Lösung suchen. Sieht man nur auf die äußeren Anlässe, so gibt es Schuldige am Kriege. Bohrt man in die tieferen Zusammenhänge hinein, so stößt man auf objektive Kräfte, die jene Schuldigen mit innerer Notwendigkeit in ihren Dienst ziehen. Die Bestrafung von Schuldigen schafft keine Weltkriege aus der Welt. Die Beseitigung jener objektiven wirtschaftlichen Triebkräfte macht jeden Weltkrieg in aller Zukunft unmöglich.

Was damals unter einem Schwall von Phrasen über die angebliche Verteidigung des Vaterlandes bis zur Undurchsichtigkeit verhüllt wurde, liegt jetzt klar vor aller Augen: nicht um die Verteidigung des Vaterlandes ging dieser Weltkrieg, sondern um die Eroberung ausgedehntester Absatzgebiete für das internationale Kapital. Nur durch den Zusammenprall so riesiger Interessengegensätze war es möglich, dass der europäische Krieg zum Weltkrieg wurde.

Als der deutsche Imperialismus in den Krieg zog, tat er es im Vollbewusstsein seiner jungen Kraft. Er glaubte es mit einer Welt von Feinden aufnehmen zu können. Aber die erste Marneschlacht zog ihm bereits eine deutlich erkennbare und nicht mehr überschreitbare Grenze. Nicht die Tatsache, dass der große Einbruch in Frankreich mit dem Ziel Paris nicht auf den ersten Hieb gelang, leitete die deutsche Katastrophe ein, sondern die Tatsache, dass durch das Fortwälzen der Westfront von den Vogesen bis an die Nordsee eine Kampfform geschaffen wurde, an der der deutsche Militarismus sich zerreiben musste. In den Unterständen der Westfront ging der deutsche Militarismus unter. Nach den ersten Einbrüchen in Frankreich, nach dem Siegesmarsch durch Belgien ist der deutschen Strategie im Westen keine militärischen Operationen mehr geglückt.

Sie hat im Osten den großen Durchbruch erwirkt und damit den Sturz des Zarismus herbeiführen helfen. Aber an dem Feuer, das die deutschen Waffen im Osten entfachten, hat der deutsche Militarismus sich selbst die Finger verbrannt. Kein noch so durchgreifender militärischer Erfolg im Osten vermochte die Widerstandskraft des deutschen Militarismus mehr zu erhöhen. Im Gegenteil. Jeder neue Sieg brachte die Heere tiefer in das revolutionäre Russland hinein, erhöhte den Machthunger der alldeutschen Welteroberer, erhöhte damit den Widerstand der revolutionären Energien in Russland. Jeder neue Sieg durchsetzte die deutschen Ostheere mit revolutionären Elementen, breitete den Bazillus des Bolschewismus auch in den Reihen der deutschen Soldaten aus.

Im Westen gab das Stillliegen in den Schützengräben den Millionen Zeit und Muße, über den Sinn des Krieges nachzudenken. Im Osten schlug die revolutionäre Woge direkt in die deutschen Kadres hinein. So wurde das stolzeste Heer, das je die Weltgeschichte gesehen hat, innerlich zermürbt.

Und dann kamen die ungeheuren Vernichtungsschläge der Entente. Der Eintritt Amerikas in den Krieg, das Heranwälzen riesiger Tankmassen, riesiger Heeresmassen, riesiger Waffen- und Munitionsvorräte – das besiegelte das Schicksal der ohnehin schon zermürbten deutschen Armeen. Zu alledem kamen noch die Nöte im Innern: Lebensmittelnot, Bekleidungsnot, Wohnungsnot. Der Zusammenbruch war unvermeidlich, zumal da die Bundesgenossen schon mürber waren als Deutschland selbst. Die Türkei, durch den Tripoliskrieg, den Balkankrieg, durch innere Wirren, durch Finanznöte schon beim Eintritt in den Krieg aufs äußerste geschwächt; Bulgarien noch im Blute der großen Entscheidungsschlachten des zweiten Balkankrieges, Österreich-Ungarn eine überlebte historische Rumpelkammer: das waren die Bundesgenossen, mit denen Deutschland einer Welt von Feinden zu trotzen wagte. Der Zusammenbruch musste kommen.

Die Politik der Sozialdemokratie

Von Peter Unruh.

Der Kriegsanfang brachte eine für viele betäubende Überraschung: die internationale revolutionäre völkerbefreiende Sozialdemokratie trat bedingungslos an die Seite der stockreaktionären imperialistischen völkermordenden Machthaber. Sie verleugnete den grundsätzlichen Teil ihres Programms und stützte sich auf die Zustimmung zur Landesverteidigung. Jedoch die Triebkräfte für die Haltung der Sozialdemokratie lagen nicht in Programmpunkten, Parteitagebeschlüssen, Übereinkommen auf internationalen Kongressen. Sie lagen vielmehr in dem Mechanismus des organisatorischen Apparates, den die Arbeiterbewegung sich in der politischen Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften gebaut hatte. Diese riesenhaften, Millionen von Arbeitern umfassenden Organisationen beruhten in ihrer materiellen Grundlage auf der Existenz des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist kein Zweifel, dass die Sozialdemokratie den revolutionären Charakter der Maifeier von einem Jahr zum andern gründlicher abstreifte, dass sie, um Störungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens zu vermeiden, den 1. Mai selbstherrlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegte und selbst an diesem allgemeinen Feiertag ihre Umzüge noch mit ausdrücklicher Erlaubnis der Polizei arrangierte. Es war kein Zufall, dass die deutsche Sozialdemokratie selbst nach der Auseinandersetzung auf dem Dresdener Parteitag von 1913 nicht imstande war, das Band zwischen den Radikalen und Revisionisten zu lösen. Es war kein Zufall, dass sie sich die revisionistische Taktik immer fester an die bürgerliche Welt fesseln ließ. Es war kein Zufall, dass die Sozialdemokratie das Prinzip des Massenstreiks, zu dem sie sich noch 1905 in Jena bekannt hatte, bereits im Jahre 1906 auf dem Parteitag in Mannheim wieder fallen ließ; denn dieses Prinzip war der Ausdruck des schroffsten Gegensatzes zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt. Es war kein

Zufall, dass die Sozialdemokratie den preußischen Wahlrechtskampf abwürgte, kein Zufall, dass sie bei den Reichstagswahlen 1912 die Dämpfungstatistik gegenüber den Liberalen empfahl, kein Zufall, dass sie die große Militärvorlage 1912 nicht grundsätzlich bekämpfte, sondern sie mit der Deckungsfrage kompromisslich begünstigte. Es war kein Zufall, dass in der Reichstagsfraktion die Politik der Gewerkschaften den Ton angaben. Und es war schließlich kein Zufall, dass der große Werftarbeiterstreik von 1913 von den offiziellen Instanzen der Partei und Gewerkschaften in einem Wust von Beschlüssen erstickt wurde. Das alles war nur der Ausdruck für die unumstößliche Tatsache, dass die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft auf Gedeih und Verderb verbunden war und dass sie jeden revolutionären Charakter abgestreift hatte, lange bevor der Krieg ausbrach. Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie, die in der Bewilligung der Kredite nur ihren alleräußerlichsten Ausdruck fand, war die konsequente Fortführung aller bisherigen Haltung der Partei und der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie musste, wenn sie ihr eigenes Wesen nicht aufgeben wollte, die Kriegspolitik der Imperialisten unterstützen. Sie war längst zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei geworden und damit in die absolute Abhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft geraten.

Es gilt, diese Tatsachen in aller Kühle zu betrachten. Nicht ein Verrat der Führer liegt hier vor, sondern eine ganz konsequente Entwicklung. Nur von diesem Standpunkt aus gelangt man zur Einsicht in das bürgerliche Wesen der Sozialdemokratie, gewinnt man die Überzeugung, dass diese Partei und ihre Politik mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Politik der Sozialdemokratie war die Politik des fortgeschrittenen Teils des Bürgertums, und es war nur der Punkt über dem i, als Scheidemann, David und Bauer kurz vor dem Zusammenbruch in die sogenannte Volksregierung eintraten, um in zwölfter Stunde zu retten, was nicht mehr zu retten war. Als der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bereits unvermeidlich geworden war, da pflanzte die Sozialdemokratie im Bunde mit dem Zentrum und den Liberalen, ja selbst der Konservativen noch eine letzte Hoffnung auf die Fortsetzung und glückliche Beendigung des Krieges an der Bahre der nationalen Verteidigung auf. Trotz aller Friedensbemühungen, trotz aller Friedensreden und Friedensartikel hat die Sozialdemokratie ihre Kriegspolitik doch praktisch völlig konsequent bis zu Ende geführt. Sie ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Partei geworden mit einem für bürgerliche Begriffe immerhin ausgedehnten sozialen Reformprogramm. Aber die Partei des Umsturzes ist sie gewesen – wenn sie es überhaupt jemals war.

Freiheitskrieg.

In Anbetracht der schlechten Aussicht für die Waffenindustrie haben die Schwerindustriellen von der Sorte Thyssen, Krupp, Haniel, Stinnes usw. sich überlegt, dass man jetzt besser zu den Engländern und Franzosen halten soll. Auf Wunsch oder Drohung der Entente wird man schon milde mit ihnen verfahren, und überhaupt aus Angst und Dummheit alles tun und lassen, wie es die außerdeutschen Kapitalisten befehlen. Das geht uns im Augenblick auch weiter nichts an, aber man kann so seine Gedanken haben über die Freiheitskämpfe der Völker.

Es ist ein Erfahrungsgesetz, dass, sobald das Volk im Innern einen drückenden Feind hat, der jeweilige Häuptling, oder König oder Kaiser auf einen Feind außerhalb weist, der bekämpft werden muss, und nach dessen Besiegung die Freiheit kommen muss. Die Folge ist, dass für das Volk bei den Kriegen nie etwas herauskommt.

Von Napoleon hatte das Volk Europas vielleicht die höchste Blüte haben können. Es war groß genug dazu, aber alle Kapitalisten erhoben die Völker gegen ihn und haben sein Lebenswerk vernichtet.

Endlich fängt das Volk an zu verstehen, dass der Feind eine Idee an sich ist, etwas vollkommen Abstraktes, das sich in Gestalt von Besitzinstinkten usw. unter ihnen herumtreibt und nicht durch den Namen eines Gegners oder einer feindlichen Rasse zu erfassen ist.

Jetzt also geht der Kampf, der Freiheitskampf gegen die Besitzinstinkte, die materiellen Machtinstinkte, auch wenn sie sich als Sozialisten auf Ministerthronen setzen.

Unsere letzten Gegner sind im Augenblick zerfallen, im Osten sind sie unsere Brüder geworden, Menschen die frei sein wollen, wie wir, und unsere ganze Orientierung geht nach Osten, zur Sonne, zum Land. Im Westen aber haben noch kapitalistische Minderheiten die Masse der Soldaten in der Hand, und wir hören keinen Augenblick auf, gegen sie zu kämpfen, auch wenn von ihnen unsere Nahrung abhängt. Ich habe schon gesagt: Lass sie kommen. Wir werden sie nicht mit den Waffen der Hand empfangen, denn wir haben die Waffen freiwillig niedergelegt, wir verzichten aus unserem besten Wissen heraus auf die Mordwaffe, weil wir durch sie nie die alten, die Kapitalisten, die Leute von den grünen Tischen treffen, sondern immer nur die Unschuldigen, die noch nicht Denkenden, die Masse des fremden, und doch im Blut und in den Erfahrungen brüderlichen Volkes, und wir erbittern sie gegen uns, indem sie glauben, wir meinten sie persönlich. Ich habe gesagt: Lasst die Feinde unser Land besetzen. Was können sie uns tun? Leid können sie uns tun. Sie können unsere Felder mit ihrem Mist düngen. Das wird den Feldern wohl tun, und sie können unseren Boden nicht nehmen, da er nicht einmal reicht, uns selbst zu ernähren: Und was können sie uns nehmen? Es ist ja alles alter Plunder. Wir wollen diesen alten, falschen Luxus nicht mehr haben. Wir freuen uns, wenn sie uns die ganzen Kunstwerke der Hofmaler fortnehmen, denn wir brauchen eine neue Kunst, die für sie keinen materiellen Wert, keinen Handelswert hat.

Sie werden uns zwei Millionen Soldaten schicken, die sie doch selbst nähren müssen, und wir werden diesen Volksgesandten langsam, wenn auch mühevoll die Augen öffnen, für den Zweck, für den sie gebraucht werden. Und wenn sie uns zu Zwangsarbeit zwingen wollen [?], so müssen sie schon neben jeden Arbeiter einen Soldaten stellen. Wir werden dann viel schlechter arbeiten, wir werden jeden Augenblick streiken, und sie haben keine Waffe mehr, keine einzige Waffe, als der Hunger, durch den aber alles vernichten, was sie hier zu ernten hoffen können.

Der Freiheitskampf, in dem wir uns nicht wieder betrügen lassen wollen, ist noch nicht beendet. Wir haben nur erklärt durch die Niederlegung der Waffen, dass wir ihn auf eine tiefere, innerlichere Art führen wollen. Jeden Menschen gehört sein Arbeitsfeld, frei, unbeschuldet, und nichts als das fordern wir, aber das fordern wir auch von allen, die mit irgendeiner Gewalt das geringste Recht verkümmern wollen. Wir dürfen jetzt nicht den Kampf abbrechen. Die Schwerindustrie hat den Feind gerufen. Wohl, wir rufen ihn auch, denn wir wollen uns nicht noch jahrzehntelang drohen lassen, dass, wenn wir nicht mit unserm Schweiß und unserer Gesundheit die Schulden des alten Regimes abtragen, er dennoch unser Land besetzen könnte.

Es soll uns gleich sein, ob die Regierung in Berlin, die uns alles zu tun rät, was der Feind will, zu feige und zu dumm, oder zu bestechlich ist. Wir wollen das durchführen, was der Sinn der ganzen Revolution ist, was der Sinn von 1848 war und immer wieder weggeschwindelt wurde.

Wir haben bisher Krieg geführt als die Uniform eingekleidete Schachpuppe, von Gott begnadeten Spielern, die doch nicht genug begnadet waren, gut zu spielen. Man hat gesagt: Das Volk ist unbezwinglich, wenn es einig ist. Wenn es aber heißt, frei zu sein, den eignen Boden, das eigne Arbeitsfeld und seine Früchte zu erringen, dann wird das deutsche Volk einig sein und vielleicht wird es auch fürchterlich sein. Es wird noch zu leiden haben, aber es soll durch seinen Sieg auch alle anderen Menschen befreien. Das ist seine Bestimmung und es wird seinem Geschick nicht ausweichen.

Bisher sagte man Volk und meinte Dynastie und dynastische Instinkte, die ja auch, man sieht es, bei diesem Haniel, Stinnes usw. vertreten sind. Und wenn man ihnen das auch nicht immer nach den Akten beweisen kann, und sie die Rufer beschimpfen als Ehrabschneider usw., so bleibt doch am Sinn der Sache kein Deut zu ändern.

Also: Nicht die Ruhe verlieren. Nicht die Nerven verlieren. Wir fragen die Völker der uns umgebenden Länder: Wollt ihr nicht auch freie Völker sein wie wir? Oder wollt ihr unsere Schlafmeister sein? Wir werden, wenn wir klar genug reden, auch bald deutliche Antwort hören. Immer, wenn wir neue Waffenstillstandsbedingungen oder Friedensbedingungen hören, erfahren wir, wie gut sich doch die Kapitalisten auf beiden Seiten verstanden haben, und sich in die Arme fallen vor Rührung und Freude. Sie müssen ja vor der Öffentlichkeit ein böses Gesicht machen. Das Volk aber kennt nur einen Frieden: Freiheit.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 7/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 15. Februar 1919.

Nr. 7

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Kommunismus und Sozialdemokratie.

Von K. Horner.

1.

Die proletarische Revolution, an deren Anfang wir stehen, ist in ganz anderer Weise gekommen, als man früher gedacht hatte. Die Tatsache, dass ein großer Teil der bisherigen Sozialdemokraten sie nicht erkennen, sondern in den Kämpfen nur verderbliche, anarchistische Putsche und verbrecherische Auflehnungen sehen, gegen die sie den Geist der alten Sozialdemokratie aufrufen, beweist, dass hier zugleich ein Bruch mit dem Alten stattfindet. Er beweist, dass diese neue Periode der Arbeiterbewegung der früheren sozialdemokratischen Periode in ihrer Grundlage entgegengesetzt ist. Nicht nur neue Kampfmethoden sind emporgekommen, sondern auch eine neue geistige Orientierung begleitet sie. Dies wird durch den alten, jetzt wieder neuen Namen Kommunismus ausgedrückt, der überall der alten Sozialdemokratie gegenübergestellt wird. Der Fortschritt der Revolution wird jetzt gemessen durch den Fortschritt des Kommunismus, der kommunistischen Anschauungen und die Loslösung der Arbeitermassen von der sozialdemokratischen Tradition. Diese Tradition ist jetzt das bedeutendste geistige Hemmnis für den Sieg des Proletariats und die Verwirklichung des Sozialismus. Die Aufklärung über den Kommunismus, über seinen Gegensatz zu der altüberlieferten Sozialdemokratie, bildet jetzt eins der wichtigsten Mittel zur Förderung des Sozialismus.

Der Gegensatz zwischen der kommunistischen und sozialdemokratischen Auffassung betrifft hauptsächlich den Staat und die Demokratie.

Das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung, die sozialistische Produktionsweise, enthält zwei verschiedene Charaktere, durch die sie sich von der bürgerlichen, der kapitalistischen Produktion unterscheidet. Erstens die Organisation der Produktion, zweitens die Aufhebung der Ausbeutung. Sie sind beide nötig, um die neue Ordnung der Menschenwelt möglich zu machen, und daher untrennbar miteinander verknüpft. Aber man kann sich eine Wirtschaftsweise vorstellen, bei der nur eins dieser beiden Merkmale verwirklicht wäre; wer seine Blicke nur auf eins dieser beiden Übelstände des Kapitalismus richtet, kann ein solche halbe Aufhebung der heutigen Wirtschaft als Idee erstreben; aber dann wird sich zeigen, dass er entweder seine Kräfte an Unmöglichem vergeudet oder dem wirkliche Ziel schadet und hemmt.

Aufhebung der Ausbeutung ohne Organisation der Wirtschaft war von jeher das Ziel vieler revolutionär fühlenden aber kleinbürgerlich denkenden Arbeiter, die sich zum Anarchismus bekannten. Die Fabrik den Arbeitern, den autonomen Arbeitergruppen oder Genossenschaften, das war ihre Losung. Sie hatten keine Ahnung von dem allseitigen Zusammenhang und der inneren gesellschaftlichen Einheit der Produktion; diese Aufhebung der Kapitalausbeutung würde die Zersplitterung bestehen lassen und die Produktion auf das kleinbürgerliche System zurückführen. Was sie wünschten, stand im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung der Produktion zu einem einheitlichen Riesenweltorganismus: Ideal war kleinbürgerlich-reaktionär und daher unmöglich.

Organisation der Produktion dagegen ohne Aufhebung der Ausbeutung findet sich in manchen Betriebszweigen schon verwirklicht, wie in dem Postbetrieb, den Staatseisenbahnen u. a. Man nennt es Staatssozialismus, was gleichbedeutend ist mit Staatskapitalismus: Sozialismus wegen der einheitlichen Leitung für die Gesamtheit, Kapitalismus wegen der Ausbeutung. Auch ein Stück Organisation, aber unter Beibehaltung, sogar Verschärfung der Ausbeutung, verwirklicht. An diese Staatsbetriebe knüpfte der Gedanke des sozialistischen Zieles meistens an. Eine zentrale Gewalt, die eine einheitliche Leitung durchführen könnte, kannte man nur in der Staatsgewalt. Also die Privatbetriebe organisiert und zentralisiert zu Staatsbetrieben. Aber dann musste natürlich auch der Staat ein anderer werden, nicht mehr den Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiter vertretend, sondern ein Staat der Arbeiter, ein Volksstaat. Also die Arbeiter sollen die politische Gewalt, die Herrschaft im Staate erobern und die Machtmittel des Staates in den Dienst ihrer Ziele stellen, zur Zentralisation der Betriebe zur staatlichen Produktion.

Dieser Gedanke, die Staatsgewalt zu erobern, um sie in den Dienst der Sozialisierung der Produktion zu stellen, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der Sozialdemokratie. Sie findet sich bei Louis Blanc in 1848 in seiner Propaganda der Staatswerkstätten; sie findet sich bei Lassalle, der die Idee des Volksstaates verkündete, durch das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erkämpfen; sie findet sich schließlich bei Kautsky, der in der Diskussion in der Neuen Zeit in 1912 erklärte, wir brauchten den Regierungsapparat mit all seinen Ministerien und Beamten, um den Sozialismus durchführen zu können, und dürften daher diesen Staatsapparat nicht vernichten. Die Praxis der Ebert- Haase-Regierung im November, den ganzen Staatsmechanismus sorgfältig intakt zu erhalten, ist also kein einfacher Revisionismus, keine Verletzung der sozialdemokratischen Lehre, sondern sie ist völlig in Übereinstimmung mit der radikalen Kautskyschen Theorie. Dass sie dabei zum regelrechten Verrat der Arbeiterinteressen und jenes anderen sozialistischen Prinzips, des Klassenkampfes, führte, beweist schon die Unhaltbarkeit jener Theorie.

Marx hat sich immer ganz anders ausgesprochen. Er und Engels sahen in dem Staat die gewaltige Unterdrückungsmaschinerie, die sich die herrschende Klasse geschaffen hatte und im 19. Jahrhundert stets mehr vervollkommnete, umso mehr die Auflehnung des Proletariats hervortrat. Marx sah als die Aufgabe des Proletariats die Vernichtung dieses Staatsapparats und Schaffung ganz neuer Organe. Er wusste ganz gut, dass der Staat viele Funktionen ausübt, die im Interesse aller zu liegen scheinen - Sicherheit, Verkehr, Unterricht, Verwaltung - aber er wusste auch, dass all diese Tätigkeiten dem großen Ziele dienen: die Interessen des Kapitals versorgen, die Herrschaft des Kapitals sichern. Und daher konnte er sich nicht dem Wahn hingeben, man brauche nur durch Eroberung des Staates ihm andre Ziele zu stellen, und statt dem Kapital zu dienen, würde derselbe Staat zum Organ der Befreiung des Proletariats werden. In diesem Punkte hat die deutsche Sozialdemokratie stets eine andere Anschauung propagiert als Marx; Eroberung der politischen Gewalt war für sie Eroberung der Herrschaft über den Staat, Ersetzung der Regierung durch andere Regierungspersonen. Die Probe aufs

Exempel hat die Regierung Ebert-Haase geliefert; die Sozialdemokraten an der Spitze haben praktisch nichts anders tun können als die Wiederaufrichtung der Kapitalherrschaft sichern.

Der Staat ist keine in der Luft hängende Abstraktion; er besteht aus der festgefühten Organisation der gesamten Bürokratie, des Beamtentums, einschließlich der Offiziere und Unteroffiziere. Glaubt man wirklich, diese alle könnten sich, auf Befehl von Scheidemann und Haase, auf einmal in Organe der Befreiung des Proletariats verwandeln? Das Beamtentum gehört in seinen Spitzen selbst zu der ausbeutenden Klasse und es hat in den mittleren und niederen Posten eine bevorzugte sichere Stellung über der übrigen Bevölkerung, wodurch ein großer Teil sich solidarisch mit den führenden Häuptern fühlt, die der Bourgeoisie angehören und durch tausend Fäden von Erziehung, Verwandtschaft, Verkehr mit der Bourgeoisie verknüpft sind. Dass der Zutritt zu diesen höheren Posten ihr unter dem Kaisertum gesperrt war, war immer ein Gegenstand heftigster Angriffe der sozialistischen Intelligenz, der Parlamentarier und Beamten der Sozialdemokratie gegen das Regierungssystem; ihr Ziel war, selbst an die Stelle der als „unfähig“ verschrienen Minister zu treten, und sie mögen ehrlich geglaubt haben, dass sie dann für statt gegen das Proletariat regieren würden. Aber die Erfahrung in allen modernen Ländern hat gezeigt, dass bei einem Wechsel der Regierungspersonen die Beamtenschaft bleibt und damit am Herrschaftsapparat und Herrschaftssystem nichts Wesentliches geändert wird: nur ein anderes Etikett wird darauf geklebt. Daher konnte jeder Einsichtige im Voraus wissen, dass es bei der Ebert-Regierung ähnlich gehen würde, da sie die ganze Bürokratie intakt ließ, schützte und ihre Macht bestätigte.

Aber, wird man sagen, Sozialdemokraten an der Spitze bedeutet dennoch einen neuen Kurs, denn sie fangen mit der Sozialisierung an. Zögernd, um die Arbeiter nicht ganz zu erbittern, wird allerdings daran gegangen: so weit, wie auch bürgerliche Professoren sie für notwendig erachten. Die Verstaatlichung der Bergwerke soll jetzt begonnen werden. Die Bergwerke betrieben von dem Herrschaftsstaat mit seiner Bürokratie: das ist der reine Staatssozialismus; die Bergarbeiter ausgebeutet von einem mächtigen Unternehmer, der ihnen vielleicht gesetzlich das Streikrecht nehmen wird und jetzt schon Kanonen auffährt, um es ihnen praktisch zu nehmen. Wird das anders werden, weil neben zwei Großkapitalisten Hue Regierungskommissar ist? Begünstigenfalls könnte dieser Staatsbetrieb etwas bessere Arbeitsbedingungen gewähren als der bisherige Syndikatsbetrieb; dann käme der ganze Sozialismus auf eine kleine Besserung der Arbeitsbedingungen hinaus.

Die Erhaltung des alten Staatsapparats, wie es die Sozialdemokratie will, macht also eine wirkliche Befreiung des Proletariats, einen wirklichen Sozialismus unmöglich. Der Kommunismus stellt demgegenüber: Abschaffung dieser bürokratischen Herrschaftsorganisation und Ersetzung durch neue Organe des Proletariats. Weshalb wollen so viele Arbeiter noch nichts davon wissen und halten deshalb an der alten Sozialdemokratie fest? Die Bürokratie übt – wie oben schon erwähnt – eine Anzahl Funktionen aus, die offensichtlich für alle notwendig sind und nicht bloß der Unterdrückung dienen; sie ist darin sachverständig, und ihre Beseitigung würde alle diese Funktionen lahmlegen. Darin liegt zweifellos etwas Richtiges, und dies bildet eins der Hauptschwierigkeiten bei der Übernahme der Herrschaft durch die Arbeiterklasse. In Russland – wo die Beamtenschaft auch nicht so groß und mächtig war – trat das sofort im November 1917 hervor, als die ganze Bürokratie triebte [?], um den Bolschewiki das Regieren unmöglich zu machen; man füllte aber so gut wie möglich die verlassenen Posten aus, bald kehrten die niederen Beamten zurück und es zeigte sich bald, dass es ohne die höheren Beamten auch ging. Die Vorgänge in Cuxhaven und Wilhelmshafen zeigen, dass bei einem Sieg des Proletariats in Deutschland eine ähnliche Haltung der Beamten zu erwarten ist, und dann wird man sich in ähnlicher Weise aushelfen. Das Proletariat steht vor der Wahl: entweder zeitweilig etwas Unordnung in Verwaltung,

Unterricht u. d. in Kauf zu nehmen oder auf die Einsetzung von Organen, die nötig sind zur Sicherung der eigenen Befreiung, zu verzichten. Die neuen Organe mögen teilweise aus den gleichen Personen bestehen als die früheren Beamten - vor allem in den unteren Stellen - aber ihr Charakter wird völlig anders. Erstens die Nivellierung der Entlohnungen: auch die leitenden Stellen werden für Arbeiterlohn erfüllt, aber der Arbeiterlohn der ausführenden „unteren“ Stellen ist bedeutend höher - in Reallohn - als bisher. Zweitens wird die Verwaltung dezentralisiert, von unten aufgebaut durch Delegierte der Werkstätten, Ortschaften, Städten, Abteilungen, statt in einer einheitlichen solidarischen Körperschaft, von oben geleitet; damit verschwindet die geschlossene Macht der Bürokratie gegen das Volk. Drittens werden die verwaltenden Posten immer wieder von neuen Delegierten besetzt, so dass die Bürokratie als besondere Klasse gegenüber den arbeitenden Volksgenossen selbst verschwindet. Damit ist eine Organisation geschaffen, die die notwendige Verwaltung der Gesellschaft besorgen kann, die nicht ein Organ der Bourgeoisie sondern des Proletariats ist, und daher brauchbar ist, die Maßnahmen zur wirklichen Sozialisierung unter Aufhebung der Ausbeutung durchzuführen.

2.

Der schwerwiegendste Vorwurf, den man in sozialdemokratischen Kreisen gegen den Bolschewismus erhob, als dieser in Russland zur Herrschaft kam, und jetzt gegen den Kommunismus erhebt, ist dieser, er sei Gegner der Demokratie. Die Demokratie ist die politische Gerechtigkeit, er ist Ausdruck des Volkswillens; daher wird die Sozialdemokratie Verehrer der Demokratie bis zum Äußersten; und wer gegen die Demokratie ist, tut es, weil er die Willkürherrschaft einer Minorität will.

Nun ist mit dem Prinzip der Gerechtigkeit nichts zu machen; jeder nennt gerecht, was für seine Klasse oder Sache gut und notwendig erscheint. Unser Ziel ist Herrschaft der Arbeiterklasse, um den Sozialismus zu verwirklichen, und nur weil die Demokratie, die Volksherrschaft dies sichert, sind wir für die Demokratie. Wir wissen, dass ein politisches System, das nur eine Minderheit hinter sich hat, sich auf die Dauer nicht behaupten kann. Aber wir sind nicht für den formellen äußeren Schein der Demokratie, sondern für eine wirkliche Volksherrschaft. Und wir behaupten, dass das allgemeine Wahlrecht für die Nationalversammlung keine wirkliche Volksherrschaft sichert, sondern nur eine formelle äußere Demokratie ist, die die Kapitalherrschaft sichert.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Massen immer eingepaukt, dass das allgemeine Wahlrecht das Mittel zu Eroberung der politischen Herrschaft sei. Aber in der Praxis hat sich das allgemeine Wahlrecht als die beste Methode bewährt, die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen. Das erscheint widerspruchsvoll, aber die Erfahrung bestätigt es. Nirgends hat es zum Sturze des Kapitals geführt. Die Wahlen haben allerdings seit 50 Jahren zur Aufrüttelung der Massen Erhebliches geleistet; aber dem steht gegenüber, dass sie allen Groll und alle Kampfergie der Arbeiter wie ein Blitzableiter in sich aufsogen und so verhinderten, dass sie sich in schärferen Kampfformen entluden. Es hat dem deutschen Kapitalismus unermessliche Dienste erwiesen, indem es ihm eine innerlich ungestörte 50-jährige ruhige Entwicklung bewirkte. Zwar nahm dabei die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen immer mehr zu, aber nur indem diese Partei sich zugleich stets mehr den rückständigen kleinbürgerlichen Schichten anpasste und sich der bürgerlichen Ordnung annäherte. Weshalb konnte sie aber keine Mehrheit für den Sozialismus erringen? Es könnte scheinen, dass nur der äußere Druck von Reaktion, Polizeiwillkür und Unternehmerterrorismus dies verhinderten. Aber jetzt, bei den Wahlen für die Nationalversammlung, hat sich gezeigt, dass keine zufälligen, sondern tiefere allgemeine Gründe bewirken, dass das allgemeine Wahlrecht die Volksherrschaft nicht bringen konnte.

Es gilt jetzt, sich die Ursachen klarzumachen, weshalb die formelle Demokratie des allgemeinen Wahlrechts die Bourgeoisie wieder in den Sattel setzte und also für die Arbeiter nur Schein und Betrug bedeutet. Mit anderen Worten: trotzdem die Arbeiter ohne Zwang wählen können, wie es ihren Klasseninteressen entspricht, weshalb wählten sie doch massenhaft Bürgerliche und Sozialpatrioten als ihre Vertreter? Die Antwort ist hier selbstverständlich: durch mangelhafte Aufklärung. Nicht von selber erkennen die Arbeiter ihre Klasseninteressen; die mangelhafte Erziehung, die Vorurteile, die ihnen in der Jugend eingepägt sind, die alten Traditionen können nur durch Aufklärung über den Kapitalismus und den Staat überwunden werden. Wo diese Aufklärung fehlt, ringen sich nur die wenigsten selbständig zu einer neuen Anschauung empor. Und an dieser Aufklärung hat es gefehlt.

Gewiss, formell war für jede Richtung die Freiheit der Aufklärung und der Propaganda vorhanden. Aber in der Wirklichkeit verfügten die Bürgerlichen und Sozialpatrioten über zahlreiche Zeitungen, die in riesigen Auflagen bis in die entferntesten Dörfer getragen werden konnten. Denn sie hatten aus der Kriegszeit massenhaft Zeitungspapier gesammelt für diese entscheidende Zeit. Die revolutionären Vorkämpfer des Proletariats hatten nichts: unter dem Kriege unterdrückt und eingesperrt, mussten sie in der neuen Freiheit alles neu schaffen; aber für ihre Presse konnten sie nur mit größter Mühe etwas Zeitungspapier bekommen, aber viel zu wenig für eine Massenverbreitung. So wurden sie absichtlich und gegen alle Phrasen des gleichen Rechtes in den Nachteil gesetzt; daher vor allem die Erbitterung der Berliner Arbeiter gegen die Zeitungsverlage. Und gesetzt, es wäre Papier in Überfluss dagewesen: die Massenverbreitung revolutionärer Literatur kostet einen Haufen Geld, das von Proletariern kaum aufzubringen ist. Daher ist die formelle Demokratie unter dem Kapitalismus nie eine wirkliche Gleichheit; der Reichtum kann ohne bedeutende Opfer eine viel größere Propaganda betreiben und die Proletarier sind durch ihre Armut nicht im Stande, in gleichem Maßstabe aufzuklären. In einer Gesellschaft von Kapitalisten und Arbeitern bedeutet formelle Demokratie immer eine große Überlegenheit des Kapitals.

Das ist der Betrug des allgemeinen Wahlrechts, dass es zwar jedem eine Stimme gibt, dass aber in der Art und Weise wie das Urteil und die Wahl bestimmt werden, dem Kapital einen ungeheuren Vorsprung gibt. Es bildet eine äußere, eine Scheindemokratie. Und die Ursachen dafür liegen noch tiefer. Das Kapital, das die wirtschaftliche Macht besitzt, verfügt dadurch auch über die politische Macht. Die zahllosen Proletarier, die im Dienste des Kapitals arbeiten, von ihm abhängig sind und sich abhängig fühlen, lassen sich zum größeren Teil auch politisch dadurch beeinflussen – es sei denn, dass sie auch wirtschaftlich schon im Zustande der Rebellion leben. Wer sich in der Fabrik ducken muss und in der steten Furcht lebt, er könne entlassen werden, wird nicht draußen auf einmal Revolutionär; höchstens stimmt er für eine gemäßigte Opposition. Darin liegt auch die Borniertheit der sozialdemokratischen Revolutionslehre, man bleibe nur hübsch unterwürfig und stimme bloß im Geheimen auf die richtigen Leute und auf einmal sind, nach einem Wahltag, die furchtsamen Sklaven zu Herren der Welt geworden. Wirtschaftliche Abhängigkeit setzt sich tief ins Blut fest; mögen große Schaaren sich zur Gesinnung und Tat der Auflehnung emporgerungen haben: dieser Prozess war eben erst im Wachsen und noch lange nicht in die fernen Dörfer eingedrungen. Daher die Eile der Ebert und Scheidemann: Bevor die Aufklärung weiterschreiten konnte, musste möglichst schnell gewählt werden, damit der Wille des deutschen Volkes sich für die bürgerliche Ordnung aussprechen könnte.

Weshalb ein vom A. W. gewähltes Parlament keine wirkliche Volksregierung, sondern nur eine Parlamentarierherrschaft darstellen kann, und wie für eine Selbstregierung der arbeitenden Volksmassen eine ganz andere Organisation – ähnlich wie die russischen Sowjets – nötig wäre, ist früher in der kommunistischen Presse schon wiederholt dargelegt worden. Hier ist noch die Frage zu erörtern, wie das Proletariat zur wirklichen politischen Macht

kommen könnte. Drei Dinge sind dafür nötig: erstens die Aufklärung, damit sie sich nicht mehr von sozialdemokratischen oder bürgerlichen Parteien irreführen lassen. Diese Theorie muss aber sofort in die Praxis übergeführt werden; dies ist die zweite wichtigste Stufe, die nicht übergangen werden kann: die wirtschaftliche Auflehnung, die Eroberung der Macht in der Werkstatt gegenüber den Einzelkapitalisten; in Arbeiterräten, – die als gleiche oder Überlegene mit den Unternehmern verhandeln, muss diese neue Macht festgelegt werden. Die Streiks, die jetzt überall auflodern, weil die Arbeiter diese Zeit schwankender Kapitalherrschaft gebrauchen wollen, um ihre Lebenshaltung etwas zu bessern, beweisen, dass die Arbeiter schon diesen Weg einschlagen. Die Revolution verteilt sich in unzähligen kleinen Strömen, die die Massen bis zum letzten Mann im fernsten Dorf aufrütteln, hineinziehen und damit aufklären: so wird die große Macht gebildet werden, die die nächste große Schlacht schlagen muss. Natürlich kann sie sich nicht völlig aufrichten, solange die bürgerliche Staatsmacht versucht, jede dieser Bewegungen einzeln mit List oder Gewalt zu unterdrücken: so lange ist jede für sich noch schwach. Aber dann reift die Zeit heran, den Druck dieser Staatsgewalt abzuwerfen. Es ist fraglich, ob diese sich einen Mehrheitsauspruch gegen die fügen würde [?], denn schließlich ist die Demokratie nur Name und Mittel, die „Ordnung“ das Ziel. Bewaffnete Weiße Garden aus der Bourgeoisie oder aus für Geld angeworbenen Leuten werden die „Ordnung“ verteidigen, und so wird als drittes wohl unvermeidlich sein, dass diese proletarische Bevölkerungsmasse durch Waffengewalt die Verteidiger der alten Ordnung niederwirft. Dann wird erst wirkliche Demokratie möglich werden, wirkliche Selbstregierung der Massen, die Arbeiterdemokratie. Ihre Formen sind bekanntlich wesentlich anders als die der bürgerlichen Demokratie.

Klassenkampf.

Von Willy Martin, Hermsdorf.

Die Geschichte aller Kämpfe, ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Untersuchen wir diesen Satz auf sein Resultat. Die blutigen Aufstände der Sklaven im altrömischen Reich, die Bauernaufstände im Mittelalter beweisen am besten, dass der Kampf der jeweils unterdrückten Klasse ein Klassenkampf war, der „Arme Konrad“, der „Bundschuh“ waren der Ausdruck der bäuerlichen Klasse gegen das Junkertum. Der religiöse Bauernaufstand 1521 hatte in seinem inneren Wesenskern die wirtschaftliche Charakteristik gegen die Bedrückungsmaßnahme ihrer Junker. Die jeweils herrschende Klasse verstand es immer wieder, die Staatseinrichtungen sich zu Nutze zu machen.

Die Französische Revolution, die zwar ein Dreigestirn auf ihre Fahne geschrieben hatte, doch ihrem Wesen nach eine bürgerliche Revolution sein musste, zeigt uns den Klassenkampf in höchster Potenz im Bürgerkriege. Wie letzten Endes der Krieg Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so ist der Bürgerkrieg Vernichtung und Unterdrückung der gestürzten Klasse, immer die logische Konsequenz des Klassenkampfes. Die Revolution 1848, deren Ziel die Einschränkung der junkerlichen und absolutistischen Gewalt war, die als ökonomisches Ziel die Entfaltung des entstehenden Kapitalismus hatte, benutzte unter demagogischer Phrase das Proletariat als Vorspann. Das Proletariat von 1848 hatte dem jungen Kapitalismus den Weg geebnet, dafür hatte aber auch dieses Proletariat infolge seiner Klassenunbewusstheit den Druck seiner Entfaltung in einer Form zu spüren, die die Hungeraufstände in einzelnen Industriebezirken erzeugten. In dieser Situation warfen Karl Marx, Friedr. Engels die Parole des bewussten Klassenkampfes in das politische Leben hinein, die von einem kleinen Teil des Proletariats verstanden wurde. Auch Ferd. Lassalle vermochte noch nicht das Proletariat in Massen zu organisieren. Wenn auch die ökonomische Entwicklung derzeit den proletarischen Organisationsgedanken bedingte, die Masse als solche verstand ihn noch nicht, die Gegenagitation der liberalen Parteien tat das ihrige. Doch, je schärfer der Kapitalismus seine

Produktionsform entfaltet, je mehr er das Proletariat versklavte, desto eher fasste der Organisationsgedanke bei den Massen Fuß.

Die ökonomische Entwicklung zeigte den Arbeitern als Klasse, dass sie nicht nur wirtschaftliche Befreiung fordern musste, sondern wollte sie die Wurzel des Übels ausrotten, so musste sie politische Forderungen formulieren. Die Ära der Sozialdemokratie, die auf Grund des Erfurter Programms, das unzweifelhaft der ökonomischen Entwicklung Rechnung trug, die Massen für sich gewann, stand unter dem Zeichen des gleichen direkten Wahlrechts in allen Bundesstaaten, als auch in gewisser Beziehung im Reiche.

Die politischen Forderungen entsprachen der wirtschaftlichen Entfaltung des Kapitalismus. Der Kampf um diese Forderungen konnte nur ein Klassenkampf sein, da der Kapitalismus als herrschende Klasse selbstverständlicher Gegner solcher politischer Forderungen sein musste, die seine Existenz untergraben und beseitigen wollten. Die marxistische Theorie des Mehrwertes, der Profitrate, zeigt sich als richtig, als sie die Akkumulation des Mehrwertes zu neuem Kapital bewies. Der Kapitalismus hatte durch Kapitalkonzentrationen, durch Akkumulation der Profitrate das Expansionsbedürfnis, er entwickelte sich zum Imperialismus. Um seine weltwirtschaftlichen Pläne zur Durchführung zu bringen, stellte er alle Staatseinrichtungen in seine Dienste, schuf er sich einen maschinellen Militarismus, der notgedrungen den Weltfrieden dauernd in Gefahr brachte. Die Verproletarisierung der Massen wuchs, die Konzentration des Kapitals ließ den Mittelstand schwinden; es gab im großen nur noch zwei wirtschaftliche Klassen: Ausbeuter und Ausgebeutete.

So standen die Dinge am Anfange des 20. Jahrhunderts. Die ökonomische Entwicklung schritt dauernd nach vorwärts, die Klassenkämpfe wurden immer entgegengesetzter, der blutige Zusammenstoß kam heran. Der Klassenstandpunkt der unterdrückten Klasse hätte, wenn er konsequent sein wollte, der Kriegserklärung die Revolutionsprobe entgegenstellen müssen, ohne danach zu fragen, ob die Soldateskas der anderen Interessengegner das Land zeitweilig besetzten, es durfte nicht heißen: Das Vaterland über die Partei, sondern die Klasse über das Vaterland, da die unterdrückte Klasse keine Interessengemeinschaft mit dem sogenannten Vaterland des nationalen Kapitals hatte. Doch nachdem die Sozialdemokratie als Vertreterin der unterdrückten Klasse die Konsequenz ihres Klassenpunktes nicht zog, hatte sie das Recht verwirkt, Vertreterin des proletarischen Klassenbewusstseins zu sein. Sie hätte ihr Programm der ökonomischen Entwicklung anpassen müssen, wenn sie den Boden der marxistischen Theorien nicht verlieren wollte. Wie die ökonomische Entwicklung nicht stillsteht, so darf ebenso wenig ein politisches Programm fest verankert werden; es muss sich der ökonomischen Entwicklung anpassen. (Schluss folgt.)

Feuilleton.

Sonnenwende.

In dieser Nacht sah ich die Menschenseele über die Erde branden. Die Menschenseele, die über den Ländern, allen Ländern lebt, und die sich vor den Wassern scheut.

Ich sah die Weltseele, gepeitscht über die Erde jagen, gemäß der Zentrifugalkraft immer von Ost nach West, wie alle Meereströme am Äquator immer in dieser einen Richtung rasen und wandern, so auch die Menschenseele, immer von Ost nach West.

Ich sah die Wellen der großen Menschenseele aufspringen zu großen Wogen mitten in den unendlichen Ebenen von China und Sibirien, ich sah sie auf eine unbekannte Kraft springen, wie auf Hengste, und sah sie mit ungeheurer Schnelle nach Westen rasen. Und immer wieder brandeten sie an den ungeheuren Meeresküsten, irrten von Nord nach Süd an den Küsten umher und suchten den Weg, um der Kraft folgen zu können, die sie peitschte.

Immer neue Seelenwogen brandeten hier an den Meeren, und die Meere brandeten gegen sie, und die Menschen suchten, sich zu retten aus dem ungeheuren Zusammenprall mit der größten Erdmacht, dem Wasser.

Auf gebrechlichen Kähnen sprangen die Seelen hinüber auf die Inseln, die man die Engelninseln nennt, denn es sind Tote, die hinübergelangen. Kühner sah ich sie gewaltige Schlittenschiffe bauen, später Baumschiffe, Bretterschiffe, Panzerschiffe, um hinüberzukommen in eine andere Welt, und sie kamen hinüber, aber auch sie waren Tote in dem toten Land, das man Amerika genannt hat, denn sie begannen nur das alte Leben wieder zu leben. Die Zentrifugalkraft der Erde aber treibt sie weiter, immer nach Westen, wieder hinüber nach Sibirien und China, und der ungeheure Ritt der Khane und Timur, der Attila und Destojewski beginnt von neuem.

* * *

Die Stürme treiben den Menschen nach Westen dem Tode zu wie die Sonne, aber der Leib der Menschen, der leben will, lehnt sich auf gegen den Sturm und klammert sich an den Boden und kriecht dem Osten zu unter gewaltigen Kämpfen. Darum müssen die Menschen wachend und schlafend nach Osten schauen. In ihren Betten müssen sie so liegen, dass sie dem Osten entgegenkriechen, im Tod müssen sie begraben werden, dass sie nach dem Osten zurückkriechen, denn der Stoff kehrt zurück, der Leib kann nicht über die Wassergrenzen, die ihm gesetzt sind, er will nach Osten zurück zur Wiederkehr in neuer Geburt.

Wieder haben sich die Seelenwegen im Westen, am Meere getürmt, die Leute der Engelninsel haben die Schiffe genommen, aus Furcht unterzugehen, und an den Küsten liegen die Toten in Millionen. Glaubt nicht, dass ihr auf diese Totenängern wieder bauen, auf ihnen wieder leben könnt. Diese Stätten sind geweiht, aber wer sie betritt ohne Schauen, wer dort den Boden wieder zwingen will, Frucht zu geben, der wird verflucht sein, alle bösen Geister werden von dort ausgehen, die Menschen zu überfallen, alle Seuchen werden sich von dort erheben, darum lasst Jahrtausende diese Totenstätten ruhen, geht zu ihnen, um zu beten: Ihr, denen nichts Schrecken einflößt, Ihr werdet noch vor diesen Stätten beten lernen. Ihr werdet die Ahnen fürchten lernen, wie die vergangenen Völker, die ihr verlacht habt.

Die Tiere haben die Pflanzen genährt, die Pflanzen haben die Tiere gewacht und genährt, so ist es in allen Ländern. Dort aber, wo die Menschenseelen des ganzen Landes am Meer gebrandet sind, da haben sich die Pflanzen und Tiermenschen nicht mehr die Waage gehalten. Da nähren die Pflanzen nicht mehr Tier und Mensch, da nährt der Mensch und das Tier nicht mehr die Pflanzen. Da drängen sich die Menschen in Millionen, und erfrieren vor Kälte, obwohl dort, an den Meeren, die warmen Länder sind. Und die Menschen haben sich dort einst in die Tiefe der Höhlen eingegraben, als die vorigen Fluten dort brandeten, sie graben sich wieder ein in die Tiefe des Landes, um aus ihr die längst vergangenen Pflanzen als Kohle herauszureißen und sich zu wärmen, aber die Tiefe wird versiegen, und die Kälte wird überhandnehmen, denn sie wächst in den Menschen, die ihre erschlaffenden Muskeln, deren Arbeit sie einst wärmte, durch Maschinen ersetzen.

Dort, wo die Sonnen aller Tage im Meer verschwinden, muss die Kälte wachsen, dort entgeistern die Menschen, als Tote kommen sie hinüber in die Inseln und Länder der Engel, aber kein Leben, keine Kraft ist dort zu finden, oder kann ausgehen von dort als die Angst, die Angst um die Habe, die Angst um das Bleiben, die Angst um die letzte Wärme der Leiber, in denen die toten, trägen Seelen noch einmal sich aushauchen: Wer nach Westen sieht, stirbt.

Das sind die Müden, die ihren Blick nach Westen richten, die nach Westen sich schlafen legen, nach Westen sich begraben lassen. Das sind die Müden, die nach Westen ihre Arbeit und das Werk ihrer Arbeit senden, um von dort die Nahrung und die Wärme, die ihnen die Pflanzen versagen, einzutauschen. Alle, die nach Westen blicken, sind Tote und Sterbende, und keiner

begeht ein Unrecht, der ihnen das Ende erleichtert, denn sie können nur eine Minute früher vergehen.

Die Städte, die nach Westen sehen, werden zusammenbrechen, denn sie haben keinen Bestand. Sie leben ohne Land, sie leben ohne Pflanzen, sie stehen auf dem Zufall, und in ihnen haben sich die Wogen geballt, weil sie dem Meer nah sind, aber die Menschen in ihnen vergehen in wenigen Generationen, und was sie schaffen, sind die bangen Träume vor Tod.

Der Mensch aber, der noch Kraft hat, wendet sich nach dem Osten. Von dort kommen ihm die Lockungen der Wälder entgegen, die Lockungen der fruchtbaren Wiesenländer und Steppe. Von ihnen kommt die Nahrung ihres Leibes.

* * *

Die Sonne hat sich gewandt. So gewaltsam hat sie sich gewandt, dass man in der Sekunde ihres Wendens gewaltsam aufgeweckt wurde und zitterte vor den Stimmen, mit denen sie rief. Unendlich ist im Osten die Welt. Jetzt, endlich in diesem ungeheuren Jahr, das begonnen hat, sieht man den Frühling, der bevorsteht. Darum stellt eure Zeiten wieder richtig. Stellt eure Feste wieder auf die Sonnenwenden, aus denen allein Kräfte ausgehen können, denn wie wollen die Menschen denken, wo die Kräfte der ganzen Welt anders denken und tun? Erwacht. Haltet nicht am Besitz der Vergangenheit, denn er ist tot und macht euch vergehen. Haltet euch allein an die Kraft, mit der man am Morgen erwacht. Haltet euch allein an die Sucht des Suchenden, der Sonne nachzugehen, wenn sie aufgeht. Der Sonne entgegen.

Und lasst die faulen Stätte und ihren Tand aufbrennen; wenn ihr den Versuchungen des Tandes, des Luxus nicht widerstehen könnt, dann ist besser, euer Zorn, euer Wille guter Augenblicke vernichtet diese Stätten und beginnt neu mit dem Wenigsten.

Der sterbende Geist geht nach Westen, aber die Augen, die noch leben und sehen, wollen, müssen nach Osten gerichtet sein, die Menschen, die nicht reif sind, zu Geistern zu vergehen, müssen alle gesunden Muskeln, ihre Herzen, ihre Lungen nach Osten richten, und sich aufraffen, um zu kämpfen gegen den Sturm, der sie in den Tod des Westens treiben will mit der sinkenden Sonne jeden Tages. Nach Osten werdet Ihr wandern, auf weite Wege. Wer aber auf weite Wege geht, der nimmt nicht Hab und Gut, nicht „Nahrung mit sich, sondern nur seine Kräfte nimmt er mit, und passt sie an an alles, was ihm an neuen Verhältnissen begegnet.

Die Menschenseele sah ich in dieser Nacht über die Erde branden wie ein Meer. Den alten Todesweg der Sonne sah ich in den Stürmen, und das Verenden sah ich in den übersinnlichen Farben der scheidenden Abende. Aber die Menschen, die noch leben können, die noch nicht erstarrt sind in altem Besitz und dem Überdruß der Schwäche, die sah ich, sich erheben und der Sonne entgegenwandern. Und wo ihnen der Geist des Todes, der Geist des Westens entgegentritt, da werden sie mit ihm ringen und ihn brechen.

Wichtige Literatur für unsere Agitation!

Die Wahrheit über die Bolschewiki. Preis 15 Pfg., 100 Exemplare 10 Mk., 1000 Exemplare 65 Mk.

Staat und Revolution. (Lenin.) Ungekürzte Ausgabe. Preis 3 Mk., ab 10 Exemplare 2 Mk., ab 100 Exemplare 1.75 Mk.

Die nächsten Aufgaben der Sowjet Macht. (Lenin.) Preis 1.60 Mk., ab 50 Exemplare 1 Mk.

Die Verfassung der Russischen Sowjet-Republik. Preis 50 Pfg., ab 100 Exemplare 25 Pfg.

Brief an die Arbeiter Amerikas. (Lenin.) Preis 80 Pfg., 10 Exemplare 5 Mk.

Die Aktion. Gedächtnisnummer für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Preis 80 Pfg.,
10 Exemplare 5 Mk., 100 Exemplare 40 Mk.

Alle diese Schriften sind zu beziehen durch den Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf und
Verlag der „Arbeiterpolitik“, Bremen, Geeren 26.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 8/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 22. Februar 1919.

Nr. 8

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Deutschland vor dem zweiten Umsturz.

Der Novemberumsturz in Deutschland hat nur halbe Arbeit, ja weniger als das, getan; er hat an Stelle der offenen Gegenrevolution die Herrschaft der verdeckten gebracht und damit den Gang der Ereignisse verlangsamt. Diese Erkenntnis dämmert nunmehr auch in den Hirnen jener Arbeiter auf, die sich von den „Errungenschaften“ des ersten Umsturzes, die in der Hauptsache in der Beseitigung der zahlreichen Monarchen Deutschlands bestanden, derart hatten einnehmen lassen, dass ihnen die Notwendigkeit, die Revolution weiterzutreiben, nicht zum Bewusstsein kommen wollte. Heute ist dies dank dem unbedingten Zusammenstehen der Mehrheitssozialisten mit den bürgerlichen Parteien der Demokraten und des Zentrums denn doch schon anders geworden. Selbst die geduldigen Unabhängigen, deren Führer von ihrer Bundesgenossenschaft mit den Mehrheitssozialisten nicht so leicht ablassen wollen, beginnen die Geduld zu verlieren, und ihr Berliner Organ, die „Freiheit“, spricht sogar geradeheraus: *„Wir stehen in Deutschland am Vorabend einer neuen Revolution, die das begonnene Werk befestigen und vollenden soll.“* Wenn auch bei der noch immer schwankenden und ungeschlüssigen Politik der Unabhängigen, die erst jetzt zu ihrem ersten Parteitag nach dem Novemberumsturz zusammentreten, auf die Worte Taten von ihrer Seite kaum so bald folgen dürften, so ist denn doch diese Erkenntnis als ein Fortschritt gegenüber der bisher von ihnen verfochtenen Anschauung zu werten, nach welcher das Werk vom November nur noch einer weiteren Ausgestaltung bedürfe.

Von einer Einheitlichkeit in Reden und Handeln der Unabhängigen konnte dabei freilich bisher wenig die Rede sein, auch war die von ihnen verfolgte Taktik an verschiedenen Orten zu gleicher Zeit meist recht verschieden. Daraus sind zum einen nicht geringen Teile die Zickzacklinien zu erklären, die bei dem gegen die Regierung von links geführten Kämpfe zu erkennen sind. In Bayern, Baden und Braunschweig sind unter ihrem Einflusse Ausrufung der Räterepublik und Widerrufung des Ausrufes zeitlich einander folgend vorgekommen. Bald werden von den Unabhängigen mit den Kommunisten Bündnisse gegen die Mehrheitssozialisten geschlossen, bald mit den Mehrheitssozialisten „reinsozialistische“ Ministerien gebildet, denen immer einige *bürgerliche* „unparteiische“ oder, wie jetzt in Bayern, auch bauernbündlerische Minister beigegeben sind. Die Soldaten werden zu Kundgebungen gegen „spartakistischen Terror“ angehalten, auf der anderen Seite rufen die Unabhängigen aber mit den Kommunisten gemeinsam den *Generalstreik* aus, der politischen Zwecken dienen

soll. Kurzum, die gebotene Klärung will sich bei der Partei, deren Anhängerzahl in schneller Zunahme begriffen ist, noch immer nicht einstellen.

Die Handlungen der *Kommunisten* Deutschlands lassen zwar das vorgesezte Ziel klar hervortreten, doch ist ein einheitlicher Plan zu seiner Erreichung nicht ohneweiters festzustellen. Die bald da, bald dort auftauchenden Bewegungen sind immer wieder der Gefahr ausgesetzt, unterdrückt zu werden, und kommen häufig einer überflüssigen Kraftvergeudung gleich. Das droht zu einer Verzettlung und Zersplitterung der zwar ständig wachsenden, aber noch nicht in sich geschlossenen Kräfte zu führen. Zum Glück ist ja die Arbeit der Gegenseite die beste Beihilfe, die den Anhängern des zweiten Umsturzes zuteilwerden kann, und sie wird ihr denn auch tatsächlich im übervollen Maße zuteil durch das Vorgehen der Regierungstruppen und durch den Gang der Verhandlungen in Weimar. Die Enttäuschung über die Nationalversammlung ergreift die Massen immer mehr, und die Regierung sieht sich zu Zugeständnissen nach links genötigt. Ob die nunmehr angekündigte *Sozialisierung der Bergwerke* allein aber zur Beschwichtigung ausreichen wird, mag füglich bezweifelt werden. Diese Abschlagszahlung kommt denn doch wirklich zu spät.

Ohne Zweifel werden die nächsten Tage schwerwiegende Entscheidungen bringen. Von höchster Wichtigkeit ist hierbei die *Einberufung des zweiten Rätekongresses*, die von Berlin aus entschieden gefordert wird. Er soll am 18. März zusammentreten.

Einigungsphrasen

Von Frederik Esbjerg.

Die vorläufige Niederwerfung der kommunistischen Bewegung durch die Henkersknechte der Bourgeoisie hat manchen Kommunisten zu der Überzeugung geführt, dass das deutsche Volk für die Diktatur des Proletariats noch nicht reif sei. Er sieht das Unsinnige, Unglückselige des stetigen Brudermordes, er fühlt, dass das Wahnsinn ist, und in der seelischen Depression über die erlittene Niederlage schließt auch er sich der Forderung *Einigung* an. Das ist verständlich, und wenn eine Einigung möglich wäre, würde das keiner mehr begrüßen als wir, aber das ist leider nicht möglich. Jede Einigung muss zum mindestens eine Grundlage besitzen und wir Kommunisten können uns naturgemäß nur auf der Grundlage der *konsequenten Sozialisierung*, unter unbedingter *Ausschaltung* des Einflusses der Produktionsmittelbesitzer und ihres Anhangs, einigen. Da aber die Mehrheitssozialisten samt den Unabhängigen dieser Grundlage die denkbar schärfste Abweisung geben, ist natürlich an eine Einigung nicht zu denken.

Zu einer von den Unabhängigen neulich einberufenen Einigungsversammlung in Berlin, in der auch Kommunisten vertreten waren, wurde in der Diskussion betont, dass die Einigung aller drei Richtungen (Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Kommunisten) umfassen müsse. Das ist eine total verkehrte Einschätzung der Standpunkte. Der Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie ist der: Durchführung des Sozialismus in aller Ruhe, ohne Gewaltanwendung, gesetzmäßig, durch die parlamentarische Demokratie. Der Standpunkt der unabhängigen Sozialdemokratie ist genau *derselbe* und der Standpunkt der Kommunisten ist den beiden ersteren diametral entgegengesetzt. Zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen ist eine Einigung sehr wohl möglich und wäre von ihrem Standpunkt aus auch nur zu begrüßen, denn beide Parteien fußen auf dem sogenannten Erfurter Programm (wenigstens behaupten sie das). Die Unabhängigen meinen, dass man taktische Streitfragen – und nur solche trennen Mehrheitssozialisten und Unabhängige – sehr wohl innerhalb einer Organisation ausfechten könne und darum nicht eine Extrapartei zu gründen brauche. Diese Ansicht führte Kautsky auch während des Krieges oft genug ins Feld, und er hatte vollkommen recht damit, denn wozu eine Sonderorganisation gründen, wenn man über das

Prinzip an und für sich (in diesem Falle die Bejahung der Landesverteidigung) voll und ganz einig ist? Taktische Fragen können *innerhalb* einer bestehenden Organisation ausgefochten werden. Darum sind die Unabhängigen der Meinung, dass sie viel im Interesse des Sozialismus gewinnen könnten, wenn sie sich mit den Mehrheitssozialisten zu *einer* Organisation zusammenschließen. Die taktischen Fragen könnten dann im Rahmen dieser Einheitsorganisation ausgefochten werden.

Wenn also beide Parteien auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, warum sollen sie sich nicht einigen? Es ist aber ein „Wenn“ dabei, nämlich: Wenn die Mehrheitssozialisten auch *tatsächlich* auf solchem Boden stehen und für die von ihnen vorgegebene Demokratie sind. Gewiss, die Unabhängigen möchten schon ihre Gegensätze mit den anders Denkenden innerhalb ein – und derselben Partei austragen, es fragt sich nur, ob umgekehrt dasselbe der Fall ist. Und wer die vier Kriegsjahre hindurch das Benehmen der Mehrheitssozialdemokratie beobachtet hat, wird darin mit uns einig sein, dass das nicht der Fall ist. Es wird nach der Wiedervereinigung genau so kommen, wie es schon einmal gekommen ist. Wenn die Unabhängigen zu oppositionell werden, fliegen sie genauso aus der Organisation hinaus wie im Jahre 1916. Denn das dürfen die Unabhängigen doch nicht vergessen, nicht *sie* haben damals den Trennungsstrich gegen die Mehrheitssozialisten gezogen, sondern *jene* und nicht sie gründeten eine oppositionelle Arbeiterbewegung aus freiem Willen, sondern die Mehrheitssozialdemokratie setzte sie glatt an die Luft, warf sie aus der Organisation hinaus. Wenn man das – einesteils berechnete – Streben der Unabhängigen nach Wiedervereinigung mit ihren alten „Kampfgenossen“ beobachtet, möchte man fast annehmen, es reize sie, noch einmal der Rausgeworfene zu sein, noch einmal ihre Presse gestohlen zu sehen und darauf noch einmal eine Sonderorganisation zu gründen. Aus alledem ergibt sich aber wenigstens das eine, dass eine Einigung wohl möglich wäre, wenn die Mehrheitssozialisten ehrlich und wirklich aufrichtig demokratisch handeln.

Was aber uns Kommunisten betrifft, so liegt eine Einigung mit den beiden anderen Parteien ganz und gar nicht im Bereich der Möglichkeit. Erstens stehen wir nicht auf dem Boden des veralteten Erfurter Programms und zweitens sind wir Gegner der Landesverteidigung im kapitalistischen Staat. Das Erfurter Programm hat aber, wie Breitescheid sagt, Forderungen an die kapitalistische Welt, an den kapitalistischen Staat. Und eine solche Forderung ist z.B. das *Selbstbestimmungsrecht aller Nationen*, d.h. also *innerhalb* der kapitalistischen Welt. Kriege sollen zwar möglichst unmöglich gemacht werden, aber auch nur möglichst, denn ganz können Kriege erst im sozialistischen Gemeinwesen unmöglich gemacht werden. Solange aber die Möglichkeit von Kriegen besteht – und sie besteht trotz sogenannten „Völkerbund“ und „Abrüstung“ – muss man, wenn man allen Nationen ein Selbstbestimmungsrecht gibt, ihnen auch das Recht, nein die *Pflicht* der *Landesverteidigung* zugestehen, denn ein Selbstbestimmungsrecht auf Papier ist gar keins. Aus der Pflicht zur Verteidigung der nationalen Selbständigkeit ergibt sich naturgemäß die Pflicht der Teilnahme des Proletariats an dieser Verteidigung. Und was verteidigt so das Proletariat? Einen Wust von erstarrtem Nationaldünkel und einen kapitalistischen Staat. Das entwickelt angenehme Aussichten, wenn wir uns die unzähligen neuen Staatenbildungen auf dem Balkan (die doch keineswegs sozialistischen Ursprung haben) vergegenwärtigen. Wir Kommunisten verwerfen die Landesverteidigung in einem kapitalistischen Staat – Mehrheitssozialisten und Unabhängige *erkennen sie an*. Eine Einigung ist aber ausgeschlossen.!

Des Weiteren sind sich Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige vollkommen einig in der Durchführung des Sozialismus auf parlamentarisch-demokratischem Wege. Wer die Presse verfolgt, kann ersehen, dass beide Parteien die proletarische Diktatur mit größter Entschiedenheit zurückweisen. Auf der einen Seite ziehen die Unabhängigen unter Hervorheben dieses Punktes einen scharfen Trennungsstrich gegen die Kommunisten, auf der

anderen Seite halten sie eine Vereinigung aller drei Richtungen für möglich, für gut und segensreich, wenn alle drei „ein bisschen nachgeben“. Aber gerade in unserer Forderung der proletarischen Diktatur ist ein Nachgeben ganz und gar außer Diskussionen gestellt. Unsere Diktatur des Proletariats setzen wir der parlamentarisch--demokratischen Durchführung der Sozialisierung schroff entgegen. Es ist hier nicht Raum, die Theorie der proletarischen Diktatur zu entwickeln. Wer sich darüber unterrichten will, lese die vorzügliche Schrift des Genossen Lenin „Staat und Revolution“.²² Nur eins soll betont werden – die Diktatur des Proletariats halten wir für unerlässlich. Entweder die Diktatur des Proletariats oder – Sozialismus in 100 Jahren und in der Zwischenzeit vielleicht einen neuen Krieg. Von der proletarischen Diktatur weichen wir nicht einen Schritt, und wir lassen uns nicht irre machen durch den Vorwurf, „Sozialdiktatoren“ und keine Sozialdemokraten zu sein. Demokratie ist Verwässerung, und es ist für uns ganz unmöglich, dass wir um der Wahrung der lieben „Demokratie“ den Kapitalisten und Bürgern das Recht geben, mit abzustimmen, ob ihnen die Produktionsmittel weggenommen werden sollen oder nicht. Über diese Frage bestimmt nicht das ganze Volk, sondern nur das Proletariat. Unsere Parole darf aber nicht sein: Einigung um jeden Preis, sondern nur Einigung auf unserer Grundlage. Dass solches gleichbedeutend ist mit Unterwerfung unter unsere Ideen, soll nicht abgestritten werden. Aber abrücken von unserem Ziel, der proletarischen Diktatur, werden wir nicht, es sei denn, dass wir aufhörten, Marxisten zu sein.

Die Aussichten der Revolution in Skandinavien.

Von Frederik Esbjerg.

Wir stehen im Zeichen der größten Umwälzung in der Geschichte, der Weltrevolution. Das fühlt deutlich der Bourgeois eines jeden Landes und daran ändern alle hochtrabenden Redensarten und alles An-den-Haaren-herbeiziehen einer chauvinistischen Stimmungstärkung in den sogenannten feindlichen Ländern seitens der Ebert und Co. nicht das Geringste. Alle politischen Köpfe sehen, dass das Rad der Geschichte im Eiltempo und vor allem unaufhaltsam der Weltrevolution entgegenrollt, und die Staatsinstitutionen aller Länder arbeiten fieberhaft, um der Verbreitung des „bolschewistischen Bazillus“ entgegenzuwirken. In den skandinavischen Ländern sind es gerade die Sozialdemokraten, die ihre politische Macht und ihre Staatsstellungen zu Schikanen gegen die Fremden, die kurzweg als Bolschewiki bezeichnet werden, benutzen und welche die Bourgeoisie kräftig in ihrem Proletarierhass aufzuhetzen verstehen. Die konservative und bürgerlich demokratische Presse Kopenhagens z.B. gebärdet sich den Bolschewisten und Syndikalisten gegenüber bei weitem nicht so gemein und denunziatorisch wie die sozialdemokratische. Das dänische Reichstagsmitglied *Borghjerg* – Ebert der Zweite – den neulich bei seiner Durchreise nach Bern in Berlin, Unter den Linden, bei einem Spaziergang ein Bürger fragte, wie lange er im Schützengraben gelegen habe, dass er so einen strotzenden Kilometerbart trage, forderte im „Sozialdemokraten“ die Staatspolizei einmal auf, doch nicht so lange zu fackeln mit den Verhaftungen der syndikalistischen „Aufrührerstifter“. Aus dem ganzen Gebaren der Bourgeoisie (und dazu kann man, wenigstens ihrer Gesinnung nach, die Mehrheitssozialdemokraten auch rechnen) geht hervor, dass die Symptome der Krankheit *Revolution* schon stark in Erscheinung getreten sind. Wie sind nun die tatsächlichen Aussichten in den drei nordischen Bruderreichen Schweden, Norwegen, Dänemark?

Zuerst zu *Norwegen*. Dieses an Fischen so überaus reiche, im Übrigen (ausgenommen die landschaftlichen Schönheiten) nicht besonders geeignete Land stand in der Reichstagsperiode

²² „Staat und Revolution,“ von N. Lenin, zu beziehen durch den Verlag der Arbeiterpolitik, Geeren 26.

1915–1918 unter dem Steuer des Liberalismus und der offiziellen Sozialdemokratie. Norwegen war während des Krieges im höchsten Maße von den kriegführenden Nationen, oder richtiger gesagt von der Entente abhängig. Die Einschränkungen und Lebensmittelrationierungen standen der in Deutschland nicht nach, und das muss eine gerechte Betrachtung zugeben, dass die demokratische Regierung die Daumschraube der Lebensmittelbeschlagnahme und Rationierung nach allen Regeln der Kunst anzog. Norwegen hat einen Umfang von 322 909 Quadratkilometer, und seine Einwohnerzahl beläuft sich auf knappe zweieinhalb Million Menschen, d.h. auf 1 Quadratkilometer kommen nur 7 Bewohner. Norwegens Hauptstadt Kristiania hat rund 250 000 Einwohner. Es ist daher in dem zu seiner Bevölkerungszahl unverhältnismäßig großen Lande der Prozentsatz des Proletariats nicht so hoch einzuschätzen wie in den Industriestaaten Europas. Die scharfe Lebensmittelpolitik der demokratischen Reichsleitung schuf auf dem Lande und in den Provinzstädten eine kolossale Zunahme der Konservativen und der sogen. Landmannspartei, während in der Residenzstadt die Propaganda der radikalsozialistischen Genossen die Stadtbevölkerung von der offiziellen Sozialdemokratie hinweg zog. Im Laufe des Jahres 1918 wuchs die Anhängerzahl des Radikalsozialismus ständig. Der sozialdemokratische Parteitag hatte die alten Instanzen sämtlich an die Luft befördert und die Posten mit revolutionären Genossen besetzt. Als sich dann der Parteitag offen für die Propaganda der Militärdienstverweigerung entschied und sogar feste Schritte in dieser Richtung festlegte, traten die an die Luft gesetzten „Instanzen“ auch aus der Parteiorganisation aus und gründeten eine neue, die grundsätzlich auf dem Boden der Staatsbejahung und der „friedlichen Entwicklung zum Sozialismus durch die Demokratie“ steht. Mit aller Kraft setzte von radikaler Seite die Militärdienstverweigerungs-Propaganda ein mit dem Erfolge, dass ein Regiment nach dem anderen meuterte. In Kristiania folgten die einzuziehenden Rekruten gar nicht erst dem Gestellungsbefehl, und viele Soldaten, die sich im Manöver befanden, fuhren vom Schießplatz einfach nach Hause. Die militärische Stärke Norwegens ist dadurch auf beinahe die Hälfte reduziert worden. Unter dem Druck des wiederholt ausgebrochenen Generalstreiks in Kristiania führte die Regierung für die Dauer des Krieges durch Gesetzeskraft den Achtstundentag ein. Bei der Ende vorigen Jahres erfolgten Stortingswahl (Reichstagswahl) war der größte Teil der Bourgeoisie vom Liberalismus zu den Konservativen abgeschwenkt und der größte Teil des Proletariats folgte der Parole: Es wird nicht gewählt! So fiel am Wahltag die offizielle Sozialdemokratie mit Sang und Klang durch. So jämmerlich war wohl noch nie eine Partei durchgefallen. Auch die Liberalen hatten eine bemitleidenswerte Niederlage erlitten. – Die Arbeiterschaft konzentrierte sich auf syndikalistischer Basis, was aber nur wegen der entschieden revolutionären Tatkraft der Syndikalisten und ihrem vorzüglichen Programm geschah und keine Spitze gegen die Diktatur des Proletariats sein sollte. Seit der Niederlage der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie ist Kristiania mit Artillerie und Maschinengewehren gespickt, die alten Regimenter sind durch unbedingt königstreue ersetzt worden, Verbrüderungsfeiern der internierten deutschen Matrosen mit den norwegischen Arbeitern wurden verboten, auf Demonstranten wird mit Gummiknüppel losgeschlagen, kurz, jeder Arbeiter weiß, dass Norwegen vor der Revolution steht.

Schweden befindet sich in einer nicht viel besseren Lage. Durch den Krieg wirtschaftlich sehr heruntergekommen stiegen Staatsschulden sowie Hungersnot ständig. Schweden hat etwa 448 000 qkm Boden und doppelt so viel Einwohner als Norwegen. Auf 1 Km kommen 15 Personen; Stockholm hat rund 355 000 Einwohner. Das Proletariat tritt hier also schon als größere Klasse auf. Ein kleines Beispiel über die schwedischen Preisverhältnisse aus dem Juli vorigen Jahres: In Göteborg kostete ein seidener Schlips 75 Kronen (1 Krone in Friedenszeiten = 1,12 Mk, jetzt etwa 4 Mk), ein Paar Stiefel 150 Kronen, 1 Paar Hosenträger 24 Kronen, 1 mittelmäßiger Anzug 500600 Kr. Aus Strümpfemangel mussten verschiedene Göteborger Fischer seidene englische Damenstrümpfe tragen. Das Haarschneiden in Stockholm kostete

Sonnabend abends 3 Kronen. – Durch die von den Jungsozialisten eifrig ins Land getragene Agitation ist die arbeitende Bevölkerung allmählich aufgerüttelt worden, trotz Brantings und Genossen heißer Gegenarbeit. Wie Dr. Paul Lensch und Eduard David in Deutschland gibt sich Branting in Stockholm die größte Mühe zu beweisen, dass Schweden das fortgeschrittenste, kulturbeleckteste, vornehmste, sozialste und demokratischste Land Europas sei und dass in solch einem „Kanaan“ bolschewistische Taktiken Sünde und Verbrechen am eigenen Volke seien. Wie weit es mit der Kultur und Demokratie ist, kann man daran erkennen, dass bei einer neulich stattgefundenen Demonstration gegen den finnischen Massenmörder, General Mannerheim, die Arbeiter auseinandergeschlagen und blutig nach Hause geschickt wurden. In der Bekämpfung des Bolschewismus – der wahrhaften Abschaffung des Kapitalismus und der Begrabung eines fluchbeladenen Jahrtausends – finden sich die edlen Seelen aller Länder einträchtig wieder zusammen. „Kriegshetzer“, „Ententespion“, „Deutschenhasser“ Branting ist nun wieder „Genosse“ Branting und „Kaisersozialist“, „Internationale-Verräter“, „Regierungsagent“. Scheidemann ist wieder „Genosse“ Scheidemann. Die jungsozialistische Bewegung gibt sich große Mühe in ihren Agitationsarbeiten und zieht schonungslos den Schleier von den demokratischen und regierungssozialistischen hohlen Versprechungen. Jene in Skandinavien viel ausgeübte Militärdienstverweigerung setzte auch in Schweden mit vielversprechendem Erfolg ein. Die Stimmenhöhe der Brantingschen Trompete ist ein feiner Gradmesser für das Steigen der revolutionären Temperatur. Angst vor der Revolution, Ausweisung von Fremden, „Bolschewistenkoller“, das grassiert augenblicklich in Schweden.

Etwas anders ist die wirtschaftliche und politische Lage in dem Musterländle *Dänemark*. Sein Flächenumfang beträgt nur 40 368 Quadratkilometer die Einwohnerzahl rund 3 Millionen, also 70 Personen auf 1 Quadratkilometer. Der dänische Boden ist überaus fruchtbar und die Vollheit der dänischen Kuhwiesen ist sprichwörtlich. Darum befand sich Dänemark trotz seines geringen Umfanges in einer ungleich günstigeren Lage als seine beiden Bruderländer. Die Lebensmittelrationierung ist für anspruchlose Menschen gar nicht fühlbar geworden, sie ist nur eine ganz oberflächliche geblieben. Durch den Wohlstand Dänemarks und den Niedergang der kriegführenden Staaten konnten die Staatsschulden zum großen Teil getilgt werden. Gegenüber Norwegen und Schweden lässt die *wirtschaftliche* Situation Dänemarks einen Revolutionsausbruch nicht erwarten, die gelegentlichen syndikalistischen Kopenhagener Krakeele gegen das Rationierungswesen haben politisch nicht das geringste zu bedeuten. Es hat sich aber doch bei den Arbeitern eine große Missstimmung gegen die offizielle Sozialdemokratie bemerkbar gemacht.²³ Und genauso wie eine sozialdemokratische deutsche Regierung Karl Liebknecht von Kriminalbeamten suchen ließ, genauso tun es die Herren Sozialdemokraten in Kopenhagen. Eine wahre Flut von Steckbriefen wird gegen die Propagandisten des Kommunismus erlassen. Im Falle des Ausbruchs der Revolution in Schweden und Norwegen würde Dänemark als „Pufferstaat“ zwischen dem (hoffentlich recht bald) revolutionären Deutschland einerseits und den beiden nordischen Staaten andererseits von der Flamme der sozialen Revolution mitverzehrt werden.

Im Großen und Ganzen sind also die Aussichten der sozialistischen Revolution in Skandinavien glänzend und die jetzigen Unternehmungen der revolutionären Sozialdemokratie deuten darauf hin, dass das skandinavische Proletariat das Zeichen der Stunde versteht.

²³ Vergl. „Das Verhältnis der dänischen sozialistischen Parteien zueinander.“ Nr. 28 (3. Februar) des „Kommunist“.

Klassenkampf.

Von Willy Martin, Hermsdorf.

Die Unabh. Sozialdemokratie, die nur ein Teil der Konsequenz ihres Klassenkampfes zog, hat ebenso kein formales Recht mehr, sich als Vertreterin proletarischen Klassenbewusstseins zu etablieren. Der politisch-militärische Zusammenbruch der Mittelmächte war die logische Folge des brutalen Imperialismus. Wie man während des Krieges die Phrase eines Verständigungsfrieden in die Debatte werfen konnte, muss jedem, der auch nur einigermaßen die politische Ökonomie versteht, einfach unverständlich sein. Der Entscheidungskampf zwischen zwei Weltfaktoren, dem Kapitalismus des Vierbundes einerseits, dem Kapitalismus der Entente andernseits, konnte nur durch völlige Erschöpfung eines Gegners zum Abschluss gelangen; eine Verständigung musste ausgeschlossen sein, da die gegnerischen Interessenfaktoren von vornherein auf einen Entscheidungskampf drängten und dadurch finanziell zu stark am Ausgang des Kampfes interessiert waren.

Durch den Zusammenbruch der Mittelmächte war der Weltkrieg entschieden. Wohl hatte der Privatkapitalismus das Rennen verloren, aber er selbst stand noch auf festen Füßen. Die Novembertage wären berufen gewesen, die privatkapitalistische Ordnung zu stürzen und an deren Stelle die sozialistische Weltordnung aufzubauen.

Die herrschende Klasse des Kapitals war gestürzt, wenn auch ihr Gesellschaftssystem noch intakt war, aber zur Übernahme der politischen Macht auf Grund des historischen Materialismus war wohl die unterdrückte Klasse, das Proletariat, berufen, aber es zog nicht die logische Konsequenz ihres Klassenbewusstseins. Die Macht der jeweils herrschenden Klasse beruht darauf, dass sie die anderen Klassen unterdrückt. Niemals können alle Klassen gleichzeitig herrschen, da die Klassengegensätze dies nicht zulassen. Nicht einmal über ein Mittagessen kommt zwischen einem Arbeiter und einem Fabrikanten ein Übereinkommen zustande. Wenn eine unterdrückte Klasse zur Herrschaft gelangt, so ist es ihre Pflicht, ihre Herrschaft zu befestigen und die gestürzte Klasse zu unterdrücken.

Solange der Imperialismus vorherrschend war, aber auch nur so lange, durfte auf dem politischen Programm der Arbeiterklasse das gleiche und geheime Wahlrecht stehen. Je weiter die ökonomische Entwicklung fortschreitet, desto eher verschiebt sich das Programm, während wir gestern als unterdrückte Klasse das freieste Wahlrecht forderten, müssen wir heute den Träger der gestürzten Klasse vom Wahlrecht ausschalten. Das ist nur die Konsequenz des proletarischen Klassenkampfes.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann nicht das Werk von Tagen sein, er kann aber auch nicht das Werk von entgegengesetzten Klassen sein, niemals kann man mit Hilfe der Bourgeoisie die Bourgeoisie überwinden. Eine Interessenharmonie besteht nicht. Die Arbeiterklasse als zurzeit herrschende, hat demnach nur die Konsequenz, durch ihr Klassenbewusstsein alles andere Entgegengesetzte auszuschalten. Die politische Beteiligung der Bourgeoisie, das Wahlrecht für alle, kann erst dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn es keine Klassen und demnach keine Bourgeoisie mehr gibt. Der Programmpunkt der politischen Demokratie ist nicht klassenbewusst, er ist konterrevolutionär im Sinne des Sozialismus. Aber demnach ist die Nationalversammlung, die Wahlen zu derselben, überhaupt jede Aktion, an dem die Träger der gestürzten herrschenden Klasse teilnehmen, konterrevolutionär. Die Konsequenz des Klassenkampfes kennt keine politische Demokratie, sie proklamiert erst diese, wenn die Abschaffung der Klassen vollzogen ist, wenn die wirtschaftliche Demokratie die politische Demokratie bedingt. Der Bürgerkrieg, die Verhinderung von allgemeinen Wahlen ist nur die logische Folge des Klassenkampfes. Wenn deshalb heute Arbeiterparteien die politische Demokratie durchführen wollen, so verletzen

sie ihre vitalsten Interessen als Klasse. Die ökonomische Entwicklung bedingt die konsequente Klassenkampfaktik; ob nun dieselbe durch ein Rätssystem oder durch eine andere Regierungseinrichtung verkörpert wird, bleibt sich gleich, solange der Klassenkampfcharakter gewahrt bleibt. Die Arbeiterschaft als Klasse muss demnach eine andere Haltung zur jetzigen Situation einnehmen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Parole muss gemäß ihres Klassenbewusstseins lauten: Durch wirtschaftliche Demokratie zur politischen Demokratie, denn die Geschichte aller Kämpfe ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

(Schluss.)

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Schwur

(Den gefallenen Brüdern.)

An Euren Gräbern steht der Arbeit Volk,
Dem Ihr ein hoffnungsfrohes junges Leben,
Als kühn zum Sturm der Freiheit Banner flog,
Im Kampf um Höchstes habt dahingegeben.

Es bahnten eure Leiber totbereit
Den Weg ans Licht für der Empörung Massen.
Als Euer Herzblut floss, pocht' neue Zeit
Und dröhnt ein neuer Takt auf allen Gassen.

Ihr seid die Flamme, die den Weg uns weist
Des Kampfes durch der Knechtschaft schwarze Nacht!
Drum soll's ein Gelöbnis sein,
Dass wir nicht eher ruhn, bis es vollbracht!

Carl Happ.

Rote Reaktionäre!

Mit Eurem Fusel habt Ihr es getränkt, betäubt,
Als Sehnsucht nach Erlösung jäh das Volk ergriff.
Sein billig Gift erblödete die Hirne
Das es,
Von Freiheit, Gleichheit hörend
Nur an den Gaumen und den Magen denkt.
Ihr seid die Väter der Revolten,
Die Ihr schon zeugend habt vergiftet
Und nun mit Geifer überschüttet,
Mit Demagogenfusel habt Ihr auch die Zeit vergiftet,
Das, ihrem Schoß entsprossen, Revolution –

Wie ein erlöschend Licht nur flackert.
Jedoch die Mutter Zeit ist noch nicht tot,
Es bergen mächt'ge Kräfte ihre Brüste,
Und auch ihr Schoß ist nicht verdorret!

Hans Richter.

An die Leser des „Kommunist“.

Wir verabfolgen unseren Lesern die erste nach Schließung unserer Druckerei wieder erscheinende Nummer der „Arbeiterpolitik“ mit dem Ersuchen, diese Wochenschrift zu abonnieren. Die Filialexpedienten und die Genossinnen, welche den Vertrieb des „Kommunist“ bisher in der Hand hatten, nehmen Abonnements entgegen.

Verlag „Der Kommunist“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck: „Merkurdruckerei“, Hansastrasse 108, sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 9/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 1. März 1919.

Nr. 9

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Gegensätze im Programm der U.S.P. D und der K.P.D.

Klarheit und Geradheit des Wollens und des Denkens ist die erste Notwendigkeit für den revolutionären Arbeiter und Kämpfer der proletarischen Revolution. Ängstlich vermieden sollte jede Zweideutigkeit sein und jedes Kompromisslertum, denn an diesen Punkten der Schwäche wird die Gegenrevolution einsetzen. Hier wird das Proletariat schmerzhaft ergriffen werden auf seinem langen Golgathawege. Seine Feinde werden die Fänge wohl richtig einzuschlagen wissen, wenn es gilt, das geschundene Proletariat rückwärtszureißen und abzudrängen vom Wege der Erlösung.

Die Kundgebung und Entschließung der U.S.P. Parteitages ist voller Unklarheiten, voller Halforderung. Schon der einleitende Satz bezieht sich, ich möchte fast sagen „ängstlich“ auf das Erfurter Programm; und das Folgende besagt dann erst recht, dass alles Althergebrachte und traditionell Gewordene ja nicht ganz beiseitegelegt wird. Die Kette muss mitgeschleppt werden und sei sie noch so schwer und hinderlich. Seine ganze Stärke kann das Proletariat aus dem radikalen Bruch mit den jetzigen Gesellschafts- und Rechts- und Regierungsformen beziehen. Mag sein, dass die Führer der U.S.P. von ihren Wählern gedrängt, sich in einem Satz wenigstens noch die revolutionäre Geste erhalten haben, und hoffen wir, dass die Massen diesen Satz wahr machen und sich tatsächlich „aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel“ bedienen werden.

Das Liebäugeln nach rückwärts pflegen die Führer der U.S.P. gewöhnlich als „Taktik“ zu bezeichnen, für die die stürmischeren Kommunisten zu dumm sind. Wir Kommunisten halten es in diesem Falle mit Marx und Engels und glauben mit Recht, das Kommunistische Manifest zitieren zu dürfen:

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer Kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

So meinen wir, dass es verkehrt und schädlich ist, dem Löwen Proletariat ein Mäntelchen umzuhängen, dass er sich zuletzt selbst für einen Hammel hält, der geleitet werden muss. Unsere Aufgabe ist es, dem jungen Löwen seine Stärke bewusst zu machen und das Proletariat durch keine Halbforderungen zu befriedigen und zu verwirren. Immer wieder müssen wir ihm das volle Ziel trotz aller Mühen und Gefahren vor Augen führen.

Nun zu den Einzelheiten: „Das klassenbewusste Proletariat hat erkannt, dass ein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann“ ruft der U.S.P.-Parteitag. Wir Kommunisten meinen, das Proletariat muss erkennen, dass alle bisherigen Organisationen (Gewerkschaften, Parlamente etc.) nicht nur nicht ausgereicht haben, sondern sich in der Revolution in ihrem wahren Charakter, nämlich als „gegenrevolutionär“ offenbart haben; das Proletariat muss erkennen, dass das Rätssystem nicht nur eine Kampforganisation ist, sondern dass das Rätssystem die einzige und alleinige Regierungsform ist, die das revolutionäre Proletariat anerkennen kann. Wenn die U.S.P. in ihrer ersten Forderung die „Einordnung“ des Rätensystems in die Verfassung beantragt, so will diese Partei es scheinbar nicht begreifen, dass die aus dem Rätssystem hervorgegangene Körperschaft die Einzige sein kann, die erstmal „Verfassungsgebend“ ist. Ich weiß wohl, dass hier gerade die ganze „Schlauheit“ und „Taktik“ der U.S.P. sitzt. Sie meinen, die Bürger und Gewerkschaftler merken es gar nicht, wie der „Haase“ läuft. Sie würden die „harmlosen“ Räte in die Verfassung einschleusen lassen, selber eine „gesetzliche“ Konzession machen und dann sollten sie mal was erleben. Die Scheidemänner und vor allen Dingen die Landsberger sind schlauer als die grundgescheiterten U. S. P.-Führer, und wenn das Rätssystem in die Verfassung schlüpft, dann wird ihm der Hals vorher gebrochen sein. Außerdem wird durch diese Forderung eine heillose Verwirrung in den Proletarierköpfen angerichtet. Uns Kommunisten bleibt die ehrenvolle Pflicht, die Arbeiter immer und immer wieder darauf hinzuweisen, dass man Feuer und Wasser nicht verbinden kann, dass es hier wirklich nur ein Entweder – Oder gibt. Entweder den Sieg der proletarischen Revolution und dann „Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten“ oder reformsozialistisches Treiben, worauf ja auch die Forderung 6 hindeutet.

Diese Forderung 6 riecht meilenweit nach „Almosen“. Das kommunistische Programm verlangt kurz und bündig die Rationierung der Wohnungen. „Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benützung zu übergeben“ wispert die U.S.P. Anscheinend genießen sie sich, Arm und Reich in klaren Worten die gleiche Anzahl von Zimmern zuzugestehen.

Ein einziger Witz ist Forderung 5. Jedem Kapitalisten lacht das Herz im Leibe bei diesen Steuerabsichten und er braucht nur zu überlegen, wie er hinterzieht. Es gibt so viele Wege der Steuer, besonders der Kriegszuwachssteuer zu entgehen. Den Herren Proletariern von der U.S.P. fehlt wohl der Mut, die von ihrem Schweiß erworbenen Vermögen von einer gewissen Höhe ab zu konfiszieren?

Punkt 7 der U.S.P. über die Schule vergisst den Hort der Reaktion: die Universität. Zu heilig? oder vergessen? Auf alle Fälle recht erwähnenswert im Hinblick auf die hervorragende, glückliche Umgestaltung der Universität im Sowjet-Russland.

Punkt 2 lässt merken, dass die letzten blutigen Erfahrungen nicht zwecklos an der U.S.P. vorübergegangen sind. Das Wort „rote Garde“ und „Bewaffnung des Proletariats“ ist ängstlich vermieden. Immerhin ist aber zum Ausdruck gebracht, dass der Bürger entwaffnet werden muss und die Volkswehr aus Arbeitern bestehen muss.

Punkt 4 Wahl der Behörden und Richter durch das Volk. Nein, das wollen wir Kommunisten nicht. Wir haben mit allen Volkswahlen zu schlechte Erfahrung gemacht. Wir wollen nicht von den Behörden und Richtern, die sich auf „den Boden der Revolution“ stellen, genasführt

werden. Wir fordern, dass die Arbeiterräte, die unsere wirtschaftliche und politische Vertretung und Gewalt darstellen sollen, unsere Behörden, Richter usw. einsetzen, kontrollieren und event. wieder zum Teufel jagen.

Im letzten Absatz 9 hat sich die U.S.P. über ihre internationalen Beziehungen geäußert. Wie stellt sich die U.S.P. „Wiederherstellung der Arbeiterinternationale auf dem Boden der revolutionären Politik“ und gleichzeitig die freundschaftliche Beziehung zu allen Nationen vor. Lloyd George und Poincare werden sich die dargebotene Hand betrachten. – Es ist jetzt nicht Zeit, die internationalen Arbeiterbeziehungen mit Plorasen am Berner Verhandlungstisch zu erledigen. Es handelt sich für uns und die Proletarier aller Länder um die Weltrevolution. Wer das klar ausspricht, der muss auch die Feindschaft der Imperialisten aller Länder mit in Kauf nehmen. Die schlaue U.S.P. hält es wieder für „Taktik“, die imperialistischen Regierungen, die Entente und leider die deutschen Proletariermassen in Unklaren zu lassen. Was will eigentlich die U. S. P? der Völkerbund, und der ist imperialistisch oder wagt sienes [?] mit uns, den wahrhaft internationalen Kommunisten den geraden Weg zur Befreiung des Proletariats, zur Weltrevolution zu gehen?

Die Rechnung.

Von K. Horner.

Vor einigen Wochen hat Herr Schiffer, der Finanzminister, dem neuen deutschen Reichstag die Rechnung des Krieges präsentiert. Er kam zu dem Schluss, dass die Reichsschulden durch den Krieg um 160 Milliarden Mark zugenommen haben, teils in der Gestalt von Krieganleihen (98 Milliarden Mark), teils durch Geldaufnahme bei den Banken oder Ausgabe von Papiergeld (48 Milliarden). Wenn man bedenkt, dass vor dem Kriege schon über die schwere Verschuldung des Reiches und die Schwierigkeit der Zahlung der Zinsen geklagt wurde, als diese Schulden nur 5 Milliarden betragen, dann sieht man, dass man hier vor einem ganz neuen Problem von ganz neuen Dimensionen steht, völlig verschieden von der alten Schuldenwirtschaft.

Wenn ein Kapitalist dem Staate Geld leiht, damit dieser irgendeine produktive Unternehmung gründet, so ist das im Rahmen des Kapitalismus völlig normal. Denn aus dem Profit, den diese Unternehmung jährlich aus der Arbeit der Arbeiter herausholt, kann der Zins für das geliehene Kapital leicht bezahlt werden. Das geliehene Kapital besteht in der Gestalt von „produktivem Kapital“, als Maschinen, Eisenbahnen etc. und die Schuldscheine besagen, dass eigentlich die Gläubiger Besitzer jener Dinge sind, denn sie haben ein Anrecht auf den Hauptteil des damit erzielten Gewinnes. Aber bei den Krieganleihen handelte es sich um ganz etwas anderes. Für das geliehene Geld wurden Kanonen und Munition angefertigt, wurden Lebensmittel für die Armee beschafft, und alles dies wurde unproduktiv verausgabt, vergeudet für Mord und Zerstörungszwecke. Und wenn der Staat alles geliehene Geld verausgabt hatte, an Kriegslieferanten, Fabrikanten, Wucherern und dergleichen, dann wurde dasselbe Geld vermehrt, um was diese Kriegsgewinnler dem eigenen Volke abgewuchert hatten, dem Staate wieder zur Verfügung gestellt gegen Staatsschuldenscheine, die den Besitzern ein Anrecht auf Zins gaben. Und so drehte sich die finanzielle Kriegsmühle immer weiter im Kreise. Die Produktion von vier Kriegsjahren wurde verpulvert und aufgebraucht, ohne dass produktive Kräfte neu geschaffen wurden; nicht einmal die regelmäßige Ersetzung von alten Produktionsmitteln, Lokomotiven und Maschinen fand statt; verwüstet und vernichtet liegt das Wirtschaftsleben darnieder. Und zugleich befinden sich in den Händen der Kriegsgewinnler Hundert Milliarden an Staatsschuldenscheinen. Was bedeuten diese? Es sind Papiere, die nicht irgendein wirklich vorhandenes Kapital darstellen; nirgends sind die Produktionsmittel im Staatsbesitz zu finden, die mit diesen Hundert Milliarden bezahlt wurden und nun Ertrag liefern. Diese Papiere bedeuten einfach, dass ihre Besitzer ein Anrecht

auf Einkommen aus der Staatskasse haben, ohne irgendetwas dafür zu leisten. Zwanzig Milliarden rechnet man, das alljährlich dafür nötig sein wird: das ist also nicht aus gewöhnlichen Staatseinnahmen zu bezahlen, das muss vom Staate aus dem Gesamtprodukt der Gesellschaft genommen werden. Das heißt also, dass von allem, was produziert wird – unter der Voraussetzung einer emsigen, hochentwickelten Produktion wie vor dem Kriege – ein Drittel vom Staate beschlagnahmt und in die Hände einer Gruppe nutzloser Parasiten übergeführt wird. Das deutsche Volk soll nicht nur im Kriege sein Blut, sein Leben, seine ganze Kraft für das Kapital verwendet haben, sondern es soll als Dank noch dazu für alle fernere Zukunft einem Trupp Kriegsgewinnler und Nichtsnutzer ein schweres Kriegstribut zahlen – 20 Milliarden jährlich. Es ist klar, dass sogar vom bürgerlichen Standpunkt eine solche Zukunft unmöglich ist. Stellen wir uns auf den Boden des Kapitalismus, dann wird der ganze Arbeitsertrag verteilt in das, was den Arbeitern als Lohn zum Lebensunterhalt nötig ist, und dasjenige, was den Kapitalisten als Mehrwert zufällt. Letzteres dient, neben dem Lebensunterhalt und dem Luxus der Kapitalisten selbst, zur Bildung neuer größerer Kapitalien, die nötig sind, um die Produktion auf höhere Stufenleiter zu bringen. Aus diesem Mehrwert muss auch der Zins für die Geldkapitalisten bezahlt werden. Was wird nun geschehen, wenn von dem Gesamtbetrag jährlich 20 Milliarden den Krieganleihebesitzern ausbezahlt werden müssen? Entweder muss der Arbeitslohn gekürzt und die Lebenshaltung des Proletariats heruntergedrückt werden, der anzusammelnde Mehrwert wird verringert und die Bildung größerer Betriebskapitalien verhindert und damit die Entwicklung der Wirtschaft gehemmt. Die Unternehmer, denen vom Staat zwecks dieser Zinszahlung riesige Betriebssteuern abgenommen werden, werden versuchen, diese möglichst durch Herabdrückung der Löhne oder stärkere Ausbeutung auf die Arbeiter abzuwälzen. Die kapitalistische Produktion hat dann einfach eine Bande Aasgeier am Halse, die ihr allen Lebenssaft aussaugen. Sie kann sich nicht aufs Neue kräftig entwickeln.

Eine bürgerliche Regierung, die nur auf die Wiederbelebung der Wirtschaft und die kräftige Entwicklung der Produktion bedacht wäre, müsste also notgedrungen die Krieganleihen annullieren, um sich diese furchtbare Bürde vom Nacken zu werfen. Sie würden damit kein Kapital vernichten, sondern nur den Anspruch einer Bande von Wucherern auf ein riesiges, arbeitsloses Tribut aufheben. Aber die „sozialistische“ Regierung denkt nicht daran zu tun, was sogar eine vernünftige bürgerliche Regierung tun müsste, sie unterwirft sich den Interessen dieser Wucherer. Das deutsche Kapital, das jetzt regiert, erklärt sich durch ihren bürgerlichen Finanzminister solidarisch mit dem parasitischen Kriegsgewinnkapital. Damit erschwert es die Neubelebung der Produktion und stellt sich selbst der Erneuerung Deutschlands auf bürgerlicher Grundlage im Wege. Das deutsche Kapital könnte sich vielleicht noch wieder erheben, wenn es seine unhaltbarsten Ansprüche, seine unerträglichsten Kumpane, über Bord setzte. Aber stattdessen erklärt es: An das heilige Eigentum wird nicht gerührt, die Krieganleihen werden nicht annulliert.

Aber diese selbstmörderische Politik ist doch wieder selbstverständlich. Etwas anderes ist kaum möglich. Denn im Grunde ist alles Kapital eins, und einen Teil aufgeben, bedeutet im Prinzip den ganzen Mehrwertanspruch des Kapitals aufgeben. Alles Kapitaleinkommen nimmt stets mehr die Gestalt von Zins und Dividende an, arbeitsloses Einkommen für nutzlose Parasiten am gesellschaftlichen Körper. Wenn die Krieganleihen annulliert werden, bedeutet das einfach eine Verschiebung innerhalb der Kapitalistenklasse, eine andere Verteilung des Gesamtmehrwertes; eine Sorte Kapitalisten wird der anderen geopfert. Aber in einem kapitalistischen Staat hat alles Kapital den gleichen Anspruch auf Schutz und Anerkennung; alterworbene Rechte bestehen nicht und wer das Recht des neuesten Kapitals nicht anerkennt, stellt den ganzen Kapitalanspruch überhaupt in Frage. Daher ist es nur zu

begreiflich, dass Herr Schiffer sich für die Kriegsanleihenbesitzer aussprach. Aber damit hat er auch nur gezeigt, dass der Kapitalismus sich in einer unlösbaren Schwierigkeit befindet. Er kann mit der Bürde der Kriegsschulden nicht weiter wirtschaften und er kann sie auch nicht abwerfen. Er ist als geordnetes Wirtschaftssystem unmöglich geworden; er führt immer tiefer in den Sumpf der Anarchie, des Elends, der Lähmung alles Lebens, bis zu dem Tage, dass die Arbeiter sich gesammelt und zur klaren Einsicht ihrer Aufgabe erhoben haben und die Leitung der Gesellschaft in die Hände nehmen. Die Annullierung der Kriegsanleihen wird für die siegreiche Arbeiterklasse etwas Selbstverständliches sein. Aber aus demselben Grunde der Wesensgleichheit alles Kapitals wird die Arbeiterklasse dabei nicht stehen bleiben; in derselben Weise wird auch der Anspruch der anderen Parasiten auf arbeitsloses Einkommen aus dem Arbeitsertrag annulliert werden. Wenn man in der Übergangszeit vielleicht genötigt sein wird, sich tüchtige, leitende, technische Kräfte durch eine Art kapitalistisches Einkommen zu erhalten, so wird doch für Dividendenzahlung an die kapitalistischen Besitzer kein Grund mehr vorhanden sein.

Die Rechnung aber, die Herr Schiffer präsentierte, bildet nur die Hälfte dessen, was das deutsche Volk für den Imperialismus zu begleichen hat. Die andere Hälfte werden Foch, Clemenceau und Lloyd George präsentieren; aus Paris wurde berichtet, dass die Entschädigungs-Kommission zu einem Betrag von 40 Tausend Millionen Dollar, also auch 160 Milliarden Mark, gekommen sei. Die Kriegsverheerungen in Belgien und Frankreich und auf dem Meere bedeuten also denselben Verlust wie die Verheerungen im Inland. Die Alliierten werden das bei dem Friedensschluss von der deutschen Regierung fordern. Die Regierung könnte das von den Kapitalbesitzern zusammen fordern, soweit diese ihren Besitz nicht schon im Ausland in Sicherheit brachten. Aber das Entente-Kapital versteht, wie schwierig es einer deutschen Regierung fallen muss, ihre Kapitalisten so gewaltig zu schröpfen. Deshalb schlägt es sofort vor, selbst zu helfen durch Anleihen. Es leiht der deutschen Regierung dieses Geld, das dann zum Schadenersatz dient, und das deutsche Volk wird auf alle Ewigkeit jährlich seine 10 Milliarden Zins dem Ententekapital zahlen müssen. So wäre das deutsche Proletariat nicht nur dem eigenen Kapital untertan, sondern noch dazu in Schuldknechtschaft des Ententekapitals geraten. Das ist der Friede, den Ebert und Scheidemann ihm im November als sehnsüchtig zu erstrebendes Zukunftsbild vor Augen stellten, für den es die Weiterführung der Revolution aufgeben müsse. Das ist die kapitalistische Zukunft. 20 Milliarden für das einheimische, 10 Milliarden für das ausländische Kapital alljährlich aufbringen durch schweres Schuften, als Schuldklaven, vom Wucherer verkauft.

Diese Zukunft müssen sich die deutschen Arbeiter, die der Sozialdemokratie noch anhängen, klar vor Augen stellen. Es handelt sich für sie nicht um die Frage, ob sie alten Führern treu bleiben wollen oder einer neuen Richtung zugehören. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein, um unerträgliche Knechtschaft oder völlige Befreiung vom Joch des Kapitals.

Die Befreiung der Frau.

Bürgerliche und sozialdemokratische Frauen jubeln. Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frauen, die seit der großen französischen Revolution immer wieder von bedeutenden Frauen und Männern erhoben worden ist und für die sich die Sozialdemokratie von jeher mit Ernst und Nachdruck eingesetzt hat, ist nun auch in Deutschösterreich endlich erfüllt worden. Die Frau ist nicht mehr den Unmündigen und Verbrechern gleichgestellt, sie hat dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie der Mann. Gewiss ist dies ein Fortschritt, über den auch wir Kommunistinnen uns freuen müssen. Denn nun ist es leichter, die Frauen aus ihrer politischen Gleichgültigkeit aufzurütteln, leichter, sie über ihre Interessen aufzuklären. Aber darin liegt auch der einzige Wert des Frauenwahlrechtes. Und man täuscht die Frauen, wenn man ihnen das Wahlrecht als Mittel preist, sich aus der

wirtschaftlichen und sozialen Sklaverei zu befreien, unter der sie in der heutigen Gesellschaft leiden. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau in Familie, Werkstatt, Kontor usw., das Martyrium, welches die Mutterschaft für die proletarische Frau heute ist, werden dadurch, dass von nun an auch Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften mitzureden haben, schwerlich gemildert, auf keinen Fall beseitigt werden.

Es wird vielmehr, wie *Engels* gesagt hat, „der eigentümliche Charakter der Herrschaft des Mannes über die Frau und die Notwendigkeit wie die Art der Herstellung einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung beider erst dann in grelles Tageslicht treten, sobald beide juristisch vollkommen gleichberechtigt sind. Es wird sich dann zeigen, dass die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft.“ „Also ‚Zerstörung‘ der Familie, dieser von Gott gesetzten Einrichtung, die die Grundlage aller Sittlichkeit und Kultur darstellt, ist es, die ihr Kommunisten wollt!“ Gemach, ihr Herren Spießler, die Familie ist wie alles andere in dieser Welt einmal entstanden und die Menschen waren nicht um ein Haar schlechter, als die Weibergemeinschaft etwas Erlaubtes war als heute, wo sie etwas Unerlaubtes ist. Wir wollen auch nicht die Familie „zerstören“, das besorgt der Kapitalismus schon gründlich ohne uns, wir wollen nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben und damit die Möglichkeit schaffen für die Bildung neuer zweckmäßigerer Haushaltsnormen. Denn die Familie steht und fällt mit dem Privateigentum.

Die Familie hat nicht bestanden in jener vorgeschichtlichen Zeit, in der die Menschen in großen kommunistischen Gemeinden zusammenlebten, in denen es weder Herren noch Knechte, weder Reiche noch Arme gab, in denen alle gemeinsam zur Schaffung des Lebensunterhaltes beitrugen, die Männern durch Jagd und Fischerei, die Frauen durch Zubereitung, Verarbeitung des Erbeuteten. Damals gab es keine wie immer geartete Unterdrückung der Frau. Im Gegenteil, da bei dem freien Geschlechtsverkehr innerhalb der Genossenschaft die Kinder wohl Mütter, aber keine „beglaubigten“ Väter hatten, genossen die Frauen als Mütter besondere Achtung und waren tatsächlich die Herrinnen im Hause.

Die Familie ist entstanden, als die Gemeinden, die ursprünglich nur für den Eigenbedarf produzierten, daran gingen, Waren für den Austausch herzustellen und Einzelne somit Gelegenheit hatten, Eigenbesitz zu erwerben, also mit dem Aufkommen des Privateigentums. „In dem Verhältnis, als die Reichtümer sich mehrten, gaben sie einerseits dem Manne eine wichtigere Stelle in der Familie als der Frau und erzeugten andererseits den Antrieb, um die hergebrachte Erbfolge zugunsten der Kinder umzustößen.“ Die Frau wurde gezwungen, nur einem einzigen Manne anzugehören, „wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung.“ (*Engels*, Ursprung der Familie.) Wirtschaftlich unselbständig wurde sie angewiesen auf die Versorgung durch den Mann. Eine Versorgung bietet nun allerdings heute die Familie nur noch den bürgerlichen Frauen. Trotzdem hat auch die proletarische Frau, die die Familie miterhält, noch unter der Vormachtstellung des Mannes zu leiden. Zum Teil ist diese begründet in der Macht der überkommenden Vorurteile, die die Menschen im Banne halten, wenn längst alle realen Grundlagen derselben entschwunden sind, zum Teil darin, dass die Frau, doppelt überbürdet mit Haus- und Erwerbsarbeit, sich geistig nicht so entwickeln kann wie der Mann.

Verschwinden wird die Familie erst, wenn die Gesellschaft die Produktion in der Weise regeln wird, dass alle gesunden Männer und Frauen in gleicher Weise daran beteiligt sind, wenn ökonomische Abhängigkeit des einen Menschen vom anderen eine Unmöglichkeit geworden ist, weil die Arbeitsprodukte der Gesellschaft allen Arbeitenden und nicht einer Klasse von Bevorrechtigten gehören, wenn die Aufzucht der Kinder vollständig von der Gesellschaft in die Hand genommen wird, Massenküchen an Stelle der Einzelküchen treten. Dies alles ist aber erst möglich mit Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit der Diktatur

des Proletariats. Gewiss, wir haben schon heute Einrichtungen, die die Funktionen der Familie übernehmen, Massenküchen, Kinderheime usw. Aber diese Dinge sind heute mehr abschreckende Zerrbilder dessen, was kommen wird, als lockende Vorzeichen einer besseren Zukunft. Erst die kommunistische Gesellschaft, die über alle Reichtümer der Gesellschaft verfügt, wird diese Einrichtungen so gestalten, dass sie die Familie ersetzen. Solange die Kapitalisten die unkontrollierten Kassierer der Gesellschaft sind, werden diese Wohlfahrtseinrichtungen bettelhafte Notbehelfe bleiben. Allen weisen Reden und gutem Willen der parlamentarischen Arbeitervertreter zum Trotz.

Unsere Aufgabe ist es, unseren Klassengenossinnen immer wieder dieses Entweder - Oder vor Augen zu führen: entweder eine kümmerliche ausgebeutete Existenz im kapitalistischen Staat oder ein freies menschenwürdiges Dasein in der kommunistischen Gesellschaft. Außerdem aber haben wir die Arbeiterinnen von kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien, ihnen zu zeigen, wohin die Entwicklung geht, vom Kleinbetrieb des Einzelhaushaltes zum Großbetrieb der kommunistischen Hauswirtschaft, damit sie bewusst das *wollen*, was kommen muss. Denn so wie bei der Geburt eines Menschen zusammenwirken müssen die unwillkürlichen Wehen und die bewussten Anstrengungen der Gebärenden und wie die Geburt umso rascher vor sich geht, je energischer die bewusste Muskelarbeit der Mutter ist, so wird auch alles Neue in der Gesellschaft nur geboren, indem bewusster Menschenwille die mechanisch wirkenden gesellschaftlichen Kräfte unterstützt, und die Entwicklung wird umso kürzer sein, je zielbewusster der Wille und je energischer das Mitwirken der Menschen ist.

Die neue Welt.

Von Anton Pannekoek.

Der Weltkrieg hat die Welt verwüstet und sie in die tiefste Armut, zu einem Chaos heruntergedrückt.

Vier Jahre lang sind alle Produktivkräfte in den Dienst des Krieges gestellt. Das bedeutet, dass alle Rohmaterialien, alle Maschinen, alle Verkehrsmittel und alle menschliche Arbeitskraft unproduktiv *vergeudet* wurden. Sie wurden benutzt für den Zweck der Zerstörung, sie wurden verbraucht, um nichts zu erzeugen, sondern um den Feind niederzuwerfen. Die Folge musste ein absoluter Mangel sein an allem, was die Gesellschaft zu ihrem Weiterbestehen braucht. Dass dies vier Jahre lang so weitergehen konnte, war nur möglich, weil in diesen vier Jahren die Lebenshaltung der Massen auf das mindestmögliche heruntergedrückt wurde; was für den Krieg produziert wurde, wurde für ihren Lebensbedarf weniger produziert. Das konnte aber nur einen Teil der Kriegverschwendung begleichen; daneben kommt die Verwahrlosung aller Produktions- und Verkehrsmittel; statt sie zu erneuern, wurden sie aufgebraucht. So steht man am Ende des Krieges vor einer völligen Zerrüttung des ökonomischen Lebens; es fehlt an Produktionsmitteln, an Rohstoffen, an Arbeitskräften; denn die Menschen sind körperlich geschwächt durch die lange Entbehrung. Allerdings könnte man dem entgegenhalten, dass doch das Kapital sich gewaltig vermehrt und konzentriert hat. Aber dieses Kapital besteht vor allem in Rechtstiteln, nicht in produktivem Kapital. Es ist Eigentum an Fabriken, die nicht die Möglichkeit haben, sofort weiter zu produzieren; es ist vor allem Staatsschuld, also Anspruch auf riesige Zinsenmassen, die von dem Proletariat und den Kleinbürgern und Bauern in der Gestalt von *Steuern* den Kapitalisten gezahlt werden müssen. Die Kapitalvermehrung bedingt die Verteilung der Produkte - sie besagt, dass die erzeugten Produkte möglichst *ungerecht verteilt* werden - aber vermehrt nicht die Produktion. Die Bereicherung der Großen bedeutet, dass die Vampire die allgemeine Armut noch vermehren werden, indem sie für sich den größten Teil der dürftigen Vorräte beschlagnahmen wollen. Rein wirtschaftlich betrachtet

steht die Welt schon vor einem ungeheuren Bankrott, vor einer leeren Wüste, vor einem ökonomischen Chaos.

Das Kapital kann seinen bisherigen Arbeitsslaven keinen Lebensunterhalt mehr geben – furchtbare Arbeitslosigkeit grinst dem Proletariat entgegen. Denn das Kapital ist selbst nichts mehr. Die gewaltige industrielle Entwicklung Deutschlands im vergangenen halben Jahrhundert ist mit einem Male abgeschnitten. Deutschland ist durch diesen Krieg auf eine viel niedrigere Stufe wirtschaftlicher Entwicklung zurückgeworfen. Wie im ganzen Zentraleuropa wird es mit einer primitiven Stufe der Agrarwirtschaft wieder anfangen müssen und es wird Jahrzehnte dauern, bis es wieder einigermaßen zu einer höheren Entwicklung emporsteigen kann. Das sind die Aussichten, wenn die bürgerliche Produktion bestehen bleibt, also die Bourgeoisie die Staatsgewalt in den Händen behält.

Und für die nächste Zeit sind die Aussichten schlimmer. Die Lebensmittel und Transportmittel ihrer Verteilung sind in so geringem Maße vorhanden, dass nur die strengste Handhabung peinlichster Vorschriften durch eine starke Regierung es ermöglichen wird, dass man mit dem nackten Leben davonkommt. Solange die vorläufige Ebertregierung fortwurstelt, die beiden Klassen Rechnung tragen will, geschieht nichts und wird also nur ein schlimmerer Zusammenbruch vorbereitet. Eine starke Regierung kann nur eine Klassenregierung sein; entweder eine offene Bourgeoisregierung, die über so große Gewaltmittel verfügt, dass sie die Proletarier durch eine Minimalrationierung gerade am Rande des Hungertodes vorbeiführt und sie schonungslos niederhält – so wie es die vorige Regierung während des Krieges machte – oder eine wirklich proletarische Regierung, die schonungslos alle Vorräte und Vorrechte der Bourgeoisie antastet und alles was vorhanden oder zu beschaffen ist, für die Massen bestimmt und ehrlich verteilt.

Der Kapitalismus hat dem Proletariat nichts mehr zu bieten. Die Not zwingt dem Proletariat den Sozialismus auf. Das Volk steht vor der Wahl; entweder die Leitung der Welt in den unfähigen Händen zu belassen, die dieses Chaos verschuldet, der Bourgeoisie, der Bürokratie, der Ebertleute, und dann zu Grunde zu gehen, während diese ihr Ausbeutungssystem hinüberretten – oder selbst die Leitung in die Hände zu nehmen und selbst die Produktion in Gang zu bringen. Im ersten Fall wird die Produktion mühsam, schwer emporkommen, da Kapitalmangel und Gewinninteressen sie hemmen, und der Ertrag wird der Neubildung von Kapital dienen; im zweiten Fall wird sie energisch in Betrieb gesetzt werden als *Selbstversorgung des ganzen arbeitenden Volkes*. Die Wahl wird sich mit zwingender Gewalt vollziehen. Nicht aus klarer Einsicht, nicht aus theoretischer Überlegung seiner Vortrefflichkeit, sondern aus unmittelbarer Not werden die Arbeiter den Sozialismus durchführen müssen.

Ebert oder ein anderer hat gesagt, diese Zeit der Not sei nicht geeignet, Theorie zu verwirklichen. Der Sozialismus war diesen Leuten immer nur eine abstrakte Theorie statt einer praktischen Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter. Sie träumten, wie so viele, von einem Idealkapitalismus, in dem eine einsichtsvolle sozialdemokratische Parlamentsmehrheit eine friedliche Umwälzung durchführen sollte, inmitten von Produktionsüberfluss und Wohlfahrt. Aber die Wirklichkeit ist anders: der Sozialismus muss kommen als Retter in der furchtbarsten Not, als die einzige Möglichkeit für die Massen, sich vor dem völligen Untergang zu retten. Und er wird der Retter sein. Ohne den Sozialismus wäre das Volk im bankerotten Russland völlig dem Hunger, dem Untergang ganz verfallen; die Anfänge des Sozialismus haben die Volksmassen durch die schlimmste Zeit hindurch gerettet, sie ökonomisch gekräftigt, trotz der Angriffe von innen und außen, die die Lebensmittelversorgung aufs schwerste gefährdeten. Der Sozialismus wird auch in Deutschland und den anderen zentraleuropäischen Ländern die Massen durch planvolle, aber streng durchgeführte Organisation der Produktion und

Lebensmittelversorgung durch die schlimme Zeit hindurch retten, aber damit zugleich der Keim der neuen Produktionsweise, den Keim der neuen Freiheit legen.

Marx sagte im Jahre 1847 den Proletariern: Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten. Vor einem Jahrzehnt sagten Vertreter der Arbeiter in Abwehr gegen den Marxismus: Die Arbeiter haben jetzt etwas zu verlieren, also keine Revolution. In der Tat: solange die Arbeiter in Zeiten der Prosperität fühlten oder glaubten, etwas zu verlieren zu haben, hörten sie nicht auf Marx, verhallte sein Wort. Jetzt wird es wieder zur Wahrheit. Alles, was der Kapitalismus bieten konnte, wirklich oder im Scheine, ist verloren. Nichts haben die Arbeiter mehr zu verlieren. Von allem beraubt, nackt und kahl stehen sie in der Wildnis - vor den Toren der Zukunft. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats.

Sonnabend und Sonntag tagte im Favoritener Arbeiterheim die erste Reichskonferenz der deutsch-österreichischen Arbeiterräte. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte, ihrer Feindschaft gegen die Arbeiterräte getreu, die Absicht, aus der Konferenz ein intimes Familiengeheimnis zu machen, das sich hinter verschlossenen Türen abspielen sollte, von dem die Proletarier so wenig wie möglich erfahren sollten. Deshalb wies zunächst *Skarek* unseren Berichterstatter, der um Zulassung ersucht hatte, ab und als die Zulassung von einem Delegierten verlangt wurde, da gab sich *Friedrich Adler* dazu her, für den Ausschluss der Öffentlichkeit zu sorgen. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die gesamte Presse, auch die „Arbeiter-Zeitung“ auszuschließen, was zur Folge hatte, dass der Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ - auch weiterhin der Sitzung beiwohnte. [?] Trotzdem bringt die „Arbeiter Zeitung“ einen, sagen wir: auffallend ungenauen Bericht über die Konferenz, wie die Leser aus den folgenden Mitteilungen, die uns von Teilnehmern an der Konferenz zugegangen sind, entnehmen können.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, *die politische Lage der Arbeiterklasse*, referierte *Seitz*. Seine Rede war so recht ein Beweis dafür, wie zersetzend der Einfluss ist, den die kommunistische Partei auf die sozialdemokratische Politik bisher ausübte. Nicht mit einem Worte wagte er es, die tatsächlichen politischen Verhältnisse, die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bourgeoisen Parteien zu berühren. Sein böses Gewissen hinderte ihn, die eigentlich sozialdemokratische Taktik zu berühren, er spielte pfiffigerweise nur mit jenen Gedanken, die allein dem heutigen Empfinden der Massen entsprechen. Er lieh sich den kommunistischen Gedanken der Arbeiterräte und der Sozialisierung aus, um dem Ansturm der Proletarier die Spitze abzurechen.

Schweren Herzens erkannte er zwar die Notwendigkeit der Arbeiterräte an, aber er konnte es sich nicht versagen, ihre Bedeutung herabzusetzen. Die Arbeiterräte sind die Sturmböcke, mit denen die Mauern des kapitalistischen Parlamentarismus ingerannt werden sollen. Mit der Schaffung der Arbeiterräte ist auch in Deutschösterreich eine Bresche in diese Mauer geschlagen worden. Und schon sehen wir, wie sich die Sozialdemokratie wacker in die Bresche stellt und, sich selbst aufopfernd, die kapitalistische Zwingburg verteidigt. Nach Ansicht von *Seitz* soll es nicht der Staat sein, auf den die Arbeiterräte zu wirken haben, nein, dem kapitalistischen Staate darf sich das Proletariat nicht nahen, nur die sozialdemokratischen Vertreter in der Nationalversammlung und in der Regierung sind es, auf die die Arbeiterräte Einfluss nehmen dürfen. Das ist die historische Aufgabe, die *Seitz* den Arbeiterräten zuweist, ein Sammelkasten für Beschwerden im Vorzimmer sozialdemokratischer Minister zu sein.

Die Antworten, die die Delegierten auf diese Ansichten gaben, waren sehr vielsagend. Es gab wohl keinen, der ein Wort der Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik sprach. Es war eine einheitliche abfällige Kritik, von einer Schärfe, wie sie die Sozialdemokratie wohl noch

nie erlebt hat. So abfällig sich alle über die Taktik der Sozialdemokratie aussprachen, so begeistert trat *die Mehrheit der Delegierten für die wichtigste Forderung der Kommunisten, die Diktatur des Proletariats*, ein. Deutlich war zu erkennen, wie tief der Kommunismus bereits in die Massen der Arbeiter eingedrungen ist, wie unerschütterlich fest er im Herzen des Proletariats sitzt. Aber dennoch waren es nicht Kommunisten, die die sozialdemokratische Politik verwarfen. Mit der Spaltung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten konnten sich die Delegierten nicht abfinden, und das war der hauptsächlichste Vorwurf, der gegen den Kommunismus erhoben wurde. Noch ist die Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie nicht so groß, dass auch ihre Anhänger von der bloßen Kritik zur Tat, zum Sturze der bisherigen Parteipolitik und der Parteibureaukratie schreiten, aber der Weg dahin ist nicht mehr lang und dann wird sich das gesamte Proletariat unter der Fahne des Kommunismus wiederfinden.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung, die *Organisation der Arbeiterräte*, referierte Friedrich Adler: Er erkannte das Verdienst der Kommunisten um die Bildung von Arbeiterräten an und verlangte, dass auch den Kommunisten die Wählbarkeit zuerkannt werde.

Genosse Schneider, der der einzige Kommunist auf der Konferenz war, verlangte, dass die Arbeitslosen das Recht erhalten, besondere Vertreter in die Räte zu entsenden. Dies wurde beschlossen und Genosse Schneider beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, der die Durchführung der Wahl von Arbeitslosenvertretern ermöglicht.

(Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau. Ahrens; Druck: „Merkurdruckerei“, Hansastrasse 108, sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 10/1919

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

4. Jahrg.

Bremen, den 8. März 1919.

Nr. 10

Redaktion und Expedition: Geeren Nr. 26.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Schwindel der Demokratie.

„Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Karl Marx im 18. Brumaire.

Eine jener großen Lügen, mit denen das arbeitende Volk betäubt wird – wie „Vaterland“, „Freiheit“, „Unabhängigkeit“ –, ist auch jene von der „Demokratie“. „Wir leben in einem demokratischen Staatswesen“, sagt man uns, „in dem alle Bürger gleichberechtigt sind.“

Als die große Französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts siegte, klangen die Losungen ähnlich: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Es ist ein Neuaufleben überkommener Schlachtparolen, längst vergessener Fanfaren. Nur, dass die Parolen und Fanfaren, die Kostüme und Masken den heute Lebenden nicht mehr ganz passen. „Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst auf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen und Kostüme, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“

Aber während in der großen Französischen Revolution die große Masse des Bürgertums wirklich um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit kämpfte – Befreiung aus den wirtschaftlichen Fesseln des Feudalismus, Gleichheit vor den Gesetzen des Kapitalismus, Brüderlichkeit innerhalb der aufstrebenden Ausbeuterklasse –, kämpft heute die große Masse des Volkes, das arbeitende Proletariat, um ganz andere Dinge. Was nützt ihm die „Freiheit“, wenn diese es ermöglicht, dass jeder Reiche jeden Nichtbesitzenden zum Sklaven machen kann, was soll ihm die „Gleichberechtigung aller Bürger“, wenn diese Gleichberechtigung das Bollwerk bildet zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung, wenn die Demokratie die Grundlage ist, auf welcher der stärkere Geldsack über den schwächeren siegt! „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts“, sagt Marx, „kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die

Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muss die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei *ihrem eigenen* Inhalt anzukommen.“

Die Demokratie ist das letzte Bollwerk der Bourgeoisie. Mehr: es ist die Diktatur der Bourgeoisie. Als nach dem Sturze des Militärabsolutismus das Vorrecht des Geldsackes übrigblieb, da hat die „freie demokratische Republik“ jene Rolle übernommen, welche bisher den Schergen der Monarchie eigen war. Korruption und Spitzeltum, politische Verfolgung, Kerker und Ausweisungen blühen stärker denn ehedem. Gegen die weißen Polizeigarden des Glöckel und Mataja sind die Stürkghschen Polizeigewalten das reine Kinderspiel. Versammlungsterror, Zensur und Broschürenkonfiskation haben noch niemals so schamlos ihr Haupt erhoben, die persönliche Freiheit, welche wir nur vom Hörensagen kennen, hat nun auch in dem Arbeitspflichtgesetz der Bourgeoisie ihren politischen Ausdruck gefunden. Aber, die dies alles am Gewissen haben, sind „Demokraten“ die Seitz und die Renner, die unter der falschen lügenhaften Maske der „Sozial“-„Demokratie“ sich der Arbeiterschaft als Führer aufgedrängt haben, um nun alle die Grundsätze, Prinzipien und Weltanschauungen des Proletariats, die sie bisher predigten, zu verraten.

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, und vor ihm fürchten sich das Kapital und seine Helfershelfer und Agenten, die Sozialpatrioten aller Zungen und Länder. Und das Mittel, um sich seiner zu erwehren, ist die „Demokratie“, ist die rücksichtsloseste Unterdrückung der Ziele und Bestrebungen des arbeitenden Volkes, dessen Sieg dem übergroßen Teile der Menschheit zugutekommt, dessen Vernichtungskampf nicht einzelnen Personen, *sondern einer Klasse gilt*, eben jener Klasse der Ausbeuter und Herrscher.

Die Demokratie ist das Mittel, welches den Besitzenden erlaubt, ihren Bestand mit allen Möglichkeiten, die ihnen zu Gebote stehen, zu verteidigen. Sei es Angriff oder Defensive, weiße Garden oder Parlamentsobstruktion, Wirtschaftsboykott. Stimmenkauf oder Arbeiterfang – der Besitzende verzichtet auf keinen Vorteil, der ihm sein Dasein verlängert. Demokratie bedeutet Gleichberechtigung, aber innerhalb der heiligen Ordnung des Kapitalismus. Nicht die Demokratie aufzuheben ist das Ziel der klassenbewussten Arbeiter, sondern Aufhebung des Kapitalismus, Demokratie innerhalb der Ordnung des Sozialismus. Dies erst bedeutet wahre Demokratie, denn sie hebt die Vorrechte der einzelnen auf, welche nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sind.

Der „Demokratie“, dieser falschen Maske der Jetztzeit, der Farce des sozialen Befreiungskampfes, stellt die klassenbewusste Arbeiterschaft die Parole der Diktatur des Proletariats entgegen. Herrschaft der von dem revolutionären Proletariat im Arbeitskleid und im Waffenrock gewählten Räte, Absetzung aller unproduktiven Klassen von ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht. Nur in einer Gesellschaft, in der die Arbeiter regieren, wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie die vollständige Sozialisierung der erzeugten Güter möglich sein. Jeder andere Zustand begünstigt und verlängert das Regime des Kapitalismus und der Konterrevolution. Fort mit der Maske der Geschichtskomödie, welche ein kleines Geschlecht der großen Zeit vorhält, aus der Farce werde eine Fanfare, aus der „demokratischen“ eine sozialistische, eine kommunistische Republik, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats!

Bürgerliche u. proletarische Schulreform.

In der heutigen Gesellschaft ist die Schule ein Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klassen. Sie hat einesteils den Zweck, „Herren“ zu bilden, die fähig sind, das „Volk“ zu beherrschen, andererseits sollen sie Sklaven abrichten, die sich den „Oberen“ willig unterordnen. Die Ausbildung der einen, der Unternehmer und ihrer Angestellten, der Offiziere und Richter, der Beamten, Lehrer und Seelsorger etc., erfolgt in den Mittel- und Hochschulen, die Abrichtung

der anderen, der Arbeiter, in den Volks- und Bürgerschulen. Theoretisch besteht zwar bei uns kein Hindernis, wenn ein Proletarierkind eine höhere Schule besucht, aber praktisch kommen solche Fälle nur selten vor, weil der Arbeiter in der Regel die Mehrausgaben an Schulgeld, Kleidung usw. nicht aufbringen und nicht auf den Mitverdienst des 14-jährigen Kindes verzichten kann.

Das Proletariat als Klasse ist demnach heute von den höheren Schulen und damit nicht nur von den höheren Berufen, sondern von aller Bildung und Wissenschaft, „des Menschen allerhöchster Kraft“, ausgeschlossen. Die geistigen Schätze der Menschheit sind heute ebenso Privateigentum der herrschenden Klassen wie die materiellen Güter. Gewiss, auch die Bildung, welche die Mittel- und Hochschulen vermitteln, ist nicht tief und umfassend, aber sie gibt dem Strebsamen wenigstens den Schlüssel zur geistigen Kultur. Die Volksschule dagegen gibt den Kindern nichts mit auf den Lebensweg als ein paar bettelhafte Elementarkenntnisse und eine ausgiebige Portion Demut vor Gott und Menschen. Religion ist das Hauptfach in den niederen Schulen. Die Naturwissenschaften werden arg vernachlässigt, weil sie staatsgefährliche Eigenschaften, nämlich selbständiges Beobachten, Denken und Handeln in den Kindern wecken könnten. Abschreiben, Nachplappern, Auswendiglernen sind die beliebtesten Lehrmethoden in der Volksschule, – das Resultat: das Kind, welches mit sechs Jahren voller Wissbegier, Unternehmungsgeist, Tätigkeitsdrang und eigenen Gedanken zur Schule kam, verlässt sie mit 14 Jahren als abgerichteter Papagei.

Allerdings gerät der kapitalistische Staat mit der Zeit auf dem Gebiete des Schulwesens, wie auf so manchen anderen Gebieten, mit seinen eigenen Interessen in Widerspruch. Denn die moderne Fabrik und der Schützengraben erfordern auch vom „einfachen“ Arbeiter und „gemeinen“ Soldaten ein gewisses Maß von eigenem Verstand, welches schwer vereinbar ist mit dem beschränkten Untertanenverstand, welcher allein das Fortbestehen der kapitalistischen Herrschaft verbürgt. Zudem hat das Kapital, dessen Machtzuwachs abhängig ist von der Entwicklung der Technik ein unersättliches Bedürfnis nach „Köpfen“, welche ihm neue Maschinen und Verfahren erfinden, mit denen sich rascher Mehrwert produzieren lässt. Es hat daher ein Interesse daran, dass auch die Erfinder- und Entdeckerkräfte, welche im Proletariat verborgen liegen mögen, zur Entfaltung gelangen. Aus diesem doppelten Bedürfnis des Kapitals nach intelligenten niederen und höheren Arbeitern erklärt es sich, dass in den letzten Jahrzehnten der Ruf nach einer Reform des Schulwesens immer dringlicher geworden ist. Die Einheits- und Arbeitsschule, diese vor kurzem noch als sozialistisch verschriene Forderung ist – in Deutschland wenigstens – während des Krieges in bürgerlichen Kreisen Mode geworden. Unter Einheitsschule versteht man eine Schule, welche so organisiert ist, dass sie allen Kindern, reichen wie armen, Bourgeoisie- wie Proletarierkindern, die Möglichkeit gibt, ihren Anlagen und Neigungen entsprechend erzogen zu werden, und zwar in der Weise, dass die Kinder bis zum achten, manche verlangen bis zum zehnten oder zwölften Jahr, in der gleichen Grundschule lernen und dann in jene Schule (Gymnasium oder technische Schule, Kunstschule oder handwerkliche Fachschule etc.) übergehen, für welche sie besonders geeignet sind. Arbeitsschule nennt man die neue Schule, weil in ihr nicht nur Wissen, sondern durch Handwerksunterricht und durch eine verbesserte Lehrweise in allen übrigen Fächern auch Arbeiten gelehrt werden soll. Schade nur, dass aller schönen Reden in Versammlungen usw., aller schönen Broschüren und Artikel ungeachtet in Deutschland bis jetzt noch nichts von dieser idealen Schule zu sehen ist.

„Aber nun, da wir die demokratische Republik haben, nun, da die energischen Vorkämpfer aller Schulreformen, die Sozialdemokraten in Deutschland und bei uns mit in der Regierung sitzen, nun muss ja mit dem ganzen Schulunterricht aufgeräumt werden und die Einheitsschule verwirklicht werden“, so schwärmen zurzeit sozialistische und sozialistisch angehauchte Journalisten hüben und drüben. Es fragt sich nur, wie diese Schule kommen, wer

sie durchsetzen soll. Soll sie durch ein Gesetz von der Nationalversammlung beschlossen werden? Soll die Nationalversammlung, die ja zum größten Teil aus Bürgerlichen besteht, beschließen, dass künftig nicht mehr der Geldbeutel des Vaters, sondern einzig und allein die Fähigkeiten des Kindes darüber entscheiden, ob es Schuster oder Professor wird? Das hieße, den Bürgerlichen zumuten, dass sie auf ein Vorrecht verzichten, das eines der festesten Stützen ihrer Macht ist. Das jedoch tut eine herrschende Klasse niemals freiwillig. Wer aber soll sie zwingen in diesen schieflich friedlichen Nationalversammlungen? Aber angenommen, die Bürgerlichen verzichten auf das ausschließliche Recht auf Bildung, nehmen sich selbst beim Wort und führen die „Einheitsschule“ ein, was ist damit erreicht? Was nützt es dem Arbeiter, dass sein Kind lateinisch oder Mathematik gelernt hat und jetzt Professor werden kann, wenn es will, wenn er nicht die Mittel hat, es auf der Hochschule zu erhalten. Und nun gar das Allerunmöglichste angenommen, dass unsere proletarisch-antiproletarische Regierung verfügt, wie es die Sowjet-Republik Russland verfügt hat, dass alle Studierenden auf Staatskosten erhalten werden, was ist damit gewonnen? Wenn im Übrigen alles beim Alten bleibt, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer, wenn die Lohnarbeit bestehen bleibt, wer wird dann noch Handarbeiter sein wollen, wenn er Kopfarbeiter sein könnte?

Nein, die Einheits- und Arbeitsschule ist nie in der kapitalistischen, sondern einzig und allein in der kommunistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Sie allein wird nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln auch imstande sein, die Arbeit in Fabrik und Werkstatt so menschenwürdig zu gestalten, dass es sinnlos sein wird, von „höherer“ geistiger und „niederer“ Handarbeit zu reden. Und sie allein wird durch Einführung der Arbeitspflicht, dadurch, dass sie jeden Gesunden zwingt, an der materiellen Produktion teilzunehmen, die alte Scheidung zwischen Kopf- und Handarbeiter aufheben können. Dann erst wird die Einheitsschule „die öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder“ (Marx, Kommunistisches Manifest), Wirklichkeit werden können. Der Weg zur Reform führt also auch hier nur über den Abgrund der Revolution. Nur die Arbeiter selbst in den Arbeiterräten, nicht ihre Vertreter im Parlament, werden die Macht haben, die Gesellschaft so zu gestalten; dass eine wirkliche Umwandlung der Schule möglich ist. Alle Schulreformen, welche der bürgerliche Staat beschließen kann, wie Abschaffung des Religionsunterrichtes, der Prüfungen, Einführung des Arbeitsunterrichtes usw., können nur Pflästerchen sein, welche die Wunde verdecken, aber nie heilen können. Und die Kommunisten haben anderes zu tun, als sich etwa nach Art mancher Klassengenossen, die in dem bürgerlichen Verein „Freie Schule“ organisiert sind, an dieser Quacksalberarbeit am totkranken Gesellschaftskörper zu beteiligen.

Der erste Schritt zur Diktatur des Proletariats.

(Schluss.)

Schließlich wurde ein von mehreren Delegierten vorgelegter Entwurf für die Organisation der Räte mit einigen Abänderungen angenommen. Die wichtigsten Bestimmungen lauten:

Zweck und Aufgabe der Arbeiterräte ist, den Willen des gesamten, werktätigen Volkes aller Betriebe und Berufe sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zum Ausdruck zu bringen und ihnen so eine direkte Anteilnahme an der Politik zu ermöglichen, die vor allem das Ziel haben muss, die Erfolge der Revolution zu festigen und auszubauen.

Der *Aufbau der Räteorganisation* hat von unten nach oben zu erfolgen, seine Grundlagen bilden die Ortsarbeiterräte.

I. Der Ortsarbeiterrat wird gebildet aus:

1. Den gewählten Vertretern der manuellen und geistigen Arbeiter beiderlei Geschlechts (einschließlich der jugendlichen Arbeiter). Voraussetzung für die Wählbarkeit ist das überschrittene 20. Lebensjahr und die Zugehörigkeit zu einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisation.

2. Den delegierten Vertretern des Soldatenrates.

3. Den delegierten Vertretern des Bauernrates. Die Leitung des Ortsarbeiterrates besteht aus einer aus seiner Mitte gewählten Exekutive, bestehend aus einem Obmann, einem Schriftführer, einem Kassierer und deren Stellvertretern nebst vier Beisitzern. In die Leitung sind die unter den Punkten 2 und 5 nicht wählbar. Sie haben auch nur beratende Stimme.

Der Ortsarbeiterrat wird je nach Bedarf vom Obmann einberufen, die Leitung hält mindestens wöchentlich eine Sitzung ab.

II. Die Bezirksarbeiterräte bestehen aus den von den Ortsarbeiterräten gewählten und aus den delegierten Vertretern der Bezirkssoldaten- und Bezirksbauernräte, sowie aus den delegierten Vertretern der Frauen- und Konsumentenorganisationen.

III. Die Landesarbeiterräte und der Zentralarbeiterrat in Wien werden auf analoge Art gebildet.

Am 15. April 1919 tritt der neugewählte Zentralarbeiterrat zusammen, bis dahin müssen sämtliche Wahlen in Deutschösterreich beendet sein.

Mit diesen Beschlüssen hat die Reichskonferenz den Boden bereitet, auf den die Arbeiterklasse sich stellen muss, wenn sie Ausbeutung und Elend für immer beseitigen will. Der erste Schritt auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats ist getan, wir werden uns aber damit nicht zufriedengeben. Die Räte dürfen nicht eine Einrichtung bleiben, die unter dem Befehle der sozialdemokratischen Führer steht, sie dürfen nicht neben Nationalversammlung und den übrigen Festungen des Kapitals verkümmern, sondern sie müssen kommunistisch werden und alles an die Wand drücken, was sich ihnen auf dem Wege zur vollen politischen und wirtschaftlichen Macht entgegenstellt. *Darum, Proletarier, auf zum Kampfe um die Arbeiterräte, sorget dafür, dass die Kommunisten, die wahren Klassenkämpfer und die entschiedensten Feinde des Kapitals, in die Arbeiterräte gewählt werden.*

Das Ende der Gewerkschaften?

In den Lohnkämpfen unserer Zeit, die für den Fortbestand des kapitalistischen Systems einen immer bedrohlicheren Charakter annehmen, sind die Gewerkschaften als Führer und Organisatoren fast vollkommen ausgeschaltet. Für den Eintritt und den Erfolg eines Lohnkampfes entscheidet jetzt nicht mehr die Macht der Organisation, sondern nur noch die Bedeutung der ausländischen Arbeiterschicht für das Wirtschaftsleben, d.h. der Grad, in dem sie fähig ist, durch die Einstellung der Arbeit den Ablauf des Verkehrs und den Fortgang des Wirtschaftslebens zu unterbinden. Der Krieg hat das Verhältnis von Kapital und Arbeit revolutioniert, und es ist von entscheidender Bedeutung die Frage, ob die Gewerkschaften noch fernerhin ein geeignetes Instrument zur Führung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit sind.

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit kann als Lohnkampf oder als Klassenkampf geführt werden, als Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, innerhalb des kapitalistischen Systems oder als Kampf zur Beseitigung des kapitalistischen Systems, als Kampf um höheren Lohn oder als Kampf gegen den Lohn. In Deutschland ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit lediglich Lohnkampf gewesen. Soweit er aber nur Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ist, trägt er nicht zum Sturz, sondern im Gegenteil zum Schutz des Kapitalismus bei.

Die Grundlage des kapitalistischen Systems ist die Möglichkeit der Ausnutzung der schwankenden Konjunkturen auf dem Warenmarkte. Als Klassenkampf müsste der Kampf zwischen Arbeit und Kapital die Tendenz haben, die Möglichkeit der Ausnutzung von Konjunkturen auf dem Warenmarkte unmöglich zu machen. Der Lohnkampf hat aber im Gegenteil den Erfolg, bestenfalls für gewisse Schichten der Arbeitnehmer die gute Konjunktur auf dem Warenmarkte auszunutzen und bei schlechter Konjunktur Lohnkürzungen zu verhüten, das einmal erreichte Lohnniveau zu halten. Die Gewerkschaftsbewegung war für gewisse Arbeiterschichten ein Mittel, um die gegenseitige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte auszuschalten oder abzuschwächen. Sie war aber gleichzeitig für das Kapital ein Schutz vor den profitgefährdenden Wirkungen der Unternehmerkonkurrenz, denn sie verhinderte in Zeiten schlechter Konjunktur auf dem Warenmarkte ein allzu rapides Sinken der Kaufkraft und bewirkte bei guter Konjunktur die der Preissteigerung entsprechende Stärkung der Kaufkraft. Der großen Masse der Arbeiterschaft aber vermochten die Gewerkschaften keinen Schutz zu gewähren, denn diese war den Folgeerscheinungen schlechter Konjunktur, Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen schutzlos preisgegeben. Die Gewerkschaften waren also nicht ein Mittel im Kampfe gegen das Kapital, sondern ein Mittel zum Schutz des Kapitals vor den - und für gewisse Arbeiterschichten eine Versicherung gegen die - Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems. Aber eben nur für gewisse Arbeiterschichten, nicht für die Masse der Arbeiterschaft, nämlich für diejenigen Schichten, die eine bevorzugte Stellung auf dem Arbeitsmarkte einnahmen, die vor der Bedrohung durch die Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander, durch die industrielle Reservearmee, mehr oder weniger geschützt waren. Die Macht der Organisation dieser Schichten war also die Folge ihrer begünstigten Stellung auf dem Arbeitsmarkt, nicht umgekehrt.

Heute haben sich diese Verhältnisse in das Gegenteil verwandelt, eine Nachfrage nach den früher auf dem Arbeitsmarkte besonders begünstigten qualifizierten Arbeitern besteht kaum noch in einer Zeit, da der Warenmarkt zerstört ist und der Unternehmer nur noch ein geringe oder kein Interesse an der Fortführung der Produktion hat. Heute liegt die Macht gerade in den Händen denjenigen Arbeiterschichten, die früher gerade am ohnmächtigsten und von der industriellen Reservearmee am meisten bedroht waren. Gerade die früher gar nicht oder fast gar nicht organisierbaren und organisierten Schichten sind jetzt die streikwilligsten und im Kampf gegen das Kapital erfolgreichsten. Es sind die, deren Arbeitseinstellung die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse des menschlichen Lebens und Zusammenlebens zu verhindern vermag. Trotz, oder vielmehr gerade wegen der riesigen und stetig wachsenden Arbeitslosigkeit gibt es keine Streikbrecher. Denn gerade die große Masse der Arbeitslosen bedroht die mit allen Mitteln so heftig verteidigte „Ordnung“ im Staat; dies ist die Ursache für die vom Staat gewährte relativ hohe Arbeitslosenunterstützung, die die Arbeitslosen vorläufig noch zum Schweigen bringt, aber andererseits die von den Bergarbeitern, Verkehrsarbeitern usw. ausgehenden unaufhörlichen Störungen der Wirtschaft und des Verkehrs begünstigt.

Der Krieg hat im Bewusstsein der Arbeiterschicht das Verhältnis von Kapital und Arbeit revolutioniert. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitals ist die Nachfrage nach Arbeitskraft stärker als das Angebot gewesen; das hat im Arbeiter das Bewusstsein seiner Unentbehrlichkeit geweckt und genährt. Diese Tatsache hat in allen Arbeiterschichten, mehr als jede Gewerkschaftspropaganda vermochte, das Machtbewusstsein gestärkt. Mehr als jede Aufklärung haben die wirtschaftlichen Tatsachen revolutionierend gewirkt. Nachdem die Autorität des Staates gefallen und seine Macht gebrochen ist, ist der Streik hemmungslos angewandtes Machtmittel geworden, das jeder anwendet, der seinen Interessen damit Geltung verschaffen kann.

Solange das Ziel des Kampfes der Arbeit gegen das Kapital die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist, also die Reform des Lohnverhältnisses, nicht Abschaffung des Lohnverhältnisses, solange die Arbeiterschaft sich prinzipiell in den Fortbestand des kapitalistischen Systems fügt, ist jede erreichte Verbesserung ein Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit. Solange die Arbeiterschaft die Macht des Kapitals an sich als vorläufig unüberwindlich ansieht, hat sie ein Interesse daran, den Kompromiss möglichst kampflos zu erreichen, Arbeitseinstellungen möglichst zu vermeiden und durch diese bloße Drohung mit Arbeitseinstellung zu wirken. Dies ist der eigentliche Sinn der Gewerkschaftsbewegung; sie ist also nicht revolutionär, sondern antirevolutionär. - Heute aber können die durch Arbeitseinstellungen erreichten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, nicht mehr beruhigend wirken, den Ablauf des Wirtschaftsprozesses und des Verkehrs von Störungen nicht mehr bewahren. Im Gegenteil, jeder Streikerfolg verstärkt in der Arbeiterschaft das Bewusstsein ihrer Macht, die Erkenntnis, dass Kapital Verfügung über menschliche Arbeitskraft bedeutet, und dass die Macht des Kapitals fällt, sobald das Proletariat über seine Arbeitskraft nicht mehr verfügen lässt. Der Kapitalismus ist also unhaltbar geworden. Der Lohnkampf kann heute nicht mehr den Zweck haben, einen Kompromiss zu erreichen, das den Kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb vor weiteren Störungen bewahren soll; sein Sinn kann nicht, wie die Gewerkschaftsbewegung, der Schutz, sondern nur der Sturz des Kapitals sein.

Die Gewerkschaft ist, besonders in Deutschland, immer nur ein Mittel gewesen, die Wirkungen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit zu dämpfen. Ihr antirevolutionärer Charakter enthüllt sich heute mit unzweideutiger Klarheit. Die Gewerkschaften und ihre Funktionäre, die heute nichts anderes mehr sind als offiziöse Staatsbeamte, sind jetzt, was sie eigentlich auch früher schon waren, die stärksten Stützen der absterbenden Kapitalmacht. Sie sind das stärkste Hindernis für die Revolution der Arbeit gegen das Kapital, gerade darum, weil sie die Interessenvertreter der Arbeiter zu sein vorgeben. Sie sind die brauchbarsten Instrumente der Gegenrevolution und müssen darum beseitigt werden.

Vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Jeder Mitarbeiter an der neuen Gesellschaftsordnung darf keine persönliche, parteilichen oder Klasseninteressen vertreten, sondern nur die Förderung des allgemeinen Wohls unter gleichen Bedingungen. Jede Vergewaltigung der Menschen ist dem wahren Sozialismus fern. In der neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung wird allen ein ausgiebiges, gleiches und bestimmtes Einkommen gesichert.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben selbst die, welche zu einem Vermögen gelangt sind, keine Gewissheit, dass sie es nicht auf hunderterlei Weise verlieren können. Selbst der Millionär ist nicht sicher, ob nicht seine Kinder heimatlos umherirren und in Armut leben müssen.

Der kapitalistische Ungleichheitsstaat bildet eine fortgesetzte Schädigung, er bietet nicht den geringsten Schutz für Leben, Freiheit und Eigentum, trotz der großen Militärmacht, Polizei und Gericht. Deshalb verliert er auch den Anspruch auf seine Untertanentreue.

Die kapitalistische Herrschaft stempelt sich und erzieht ihre Untertanen zu Verbrecher. Ohne Diebstahl, Lug, Betrug, Neid, Hass, Hochmut, Selbstsucht und Herrschsucht kann ein kapitalistischer Staat nicht bestehen. Diese bösen Geister haben in der kommunistischen Gesellschaft keinen Platz. Der Kommunismus gibt keinem Menschen Ursache zu stehlen, betrügen usw., weil der Wohlstand für alle gesichert ist.

Alle Menschen sind gleich von Geburt und besitzen gewisse unveräußerliche Rechte, zu welchen das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehören. Das kann aber nur sein,

wenn die Grundlage der Gesellschaft aus wirtschaftlicher Gleichheit besteht, denn nur diese gibt die einzige genügende Bürgschaft für die Sicherung unserer drei Geburtsrechte: Leben, Freiheit und Glück.

Was ist das Leben ohne eine materielle Grundlage? Was ist gleiches Recht zu leben anderes als das Recht auf eine gleiche materielle Grundlage? Was ist Freiheit? Wie können Menschen frei sein, die um das Recht zu arbeiten und zu leben erst bei ihren Mitmenschen bitten und darauf warten müssen, ihnen das tägliche Brot zu reichen? Wie kann eine Gesellschaft dem Menschen die Freiheit sichern, ohne ihm eine Arbeit für seinen Lebensunterhalt zu verschaffen, die dem Menschen seine Unabhängigkeit sichert? Das ist nur möglich, wenn die Gesellschaft bloß für den Bedarf produziert und nicht für kapitalistische Interessen. Und was soll es bedeuten, wenn von dem gleichen Recht aller auf Glück die Rede ist? Welches Glück ist nicht an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft, wenn es irgendwie auf materiellen Umständen beruht? Wie lässt sich die gleiche Möglichkeit auf Glück für alle anders herstellen als dadurch, dass die wirtschaftliche Gleichheit gesichert wird? Das kann aber nur der Kommunismus im wahren Sinne des Wortes. Anders Denkende, gleich den Mehrheitssozialisten, sind keine Sozialisten, sie sind Kapitaldiener und üben Verrat am ganzen Proletariat und an dem Gesetz: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Ein Verräter liebt sich nur selbst, um aus eigenem Wohlergehen und Trägheit seinen Posten nicht zu verlieren, was aus seinen Mitmenschen wird, ist ihm gleichgültig. Es wird weiter parliert.

Uns aber ist es nicht gleichgültig. Das Proletariat kann keinen Parlamentarismus brauchen, es verlangt Taten. Dr. Karl Ballod schreibt in seinem Buche „Der Zukunftsstaat“ Seite 125: Der achte Teil von dem Betrage, den uns der Weltkrieg gekostet hat, würde ausreichen, um Deutschland in ein Paradies umzuwandeln, dessen Bevölkerung keine Not, keine Nahrungssorgen mehr kennen zu lernen brauchte, weil sie unabhängig von der Gunst oder Ungunst des Auslandes, auf dem eigenen Boden mehr als reichliche Nahrungsmengen mit einer auf ein Viertel reduzierten landwirtschaftlichen Arbeitsleistung erzeugen könnte.

Proletarier, Techniker, Ingenieure, Handwerker, Beamte und Frauen, wachet auf aus eurem Schlafe, lernet um, helft das neue Friedensreich, die kommunistische Gesellschaft aufbauen. An euch liegt es, Not und Elend aufzuheben. Glaubt nicht, dass ein Kapitalist oder Materialist oder ein Weltgeistlicher euch von der Knechtschaft, aus Not und Elend befreien wird. Nein! Selber müsst ihr euch erheben, um euch eine bessere Zukunft zu verschaffen. Ihr müsst erkennen, dass ihr freie Menschen seid und keine Knechte. Allein nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung müsst ihr euch die Freiheit erringen für das Recht zu arbeiten und zu leben.

Die allgemeine Auffassung unter dem Bürgertum und seiner Presse geht dahin, unter Spartakus eine Vereinigung von Verbrechern zu verstehen. Tatsächlich aber ist der Kommunist menschenfreundlich. Er will, dass alle Menschen, was ihr Recht und Würde anbelangt, auf einer Stufe stehen und der einzig berechtigte Zweck des Lebens nichts anderes sein darf, als die Förderung des allgemeinen Wohles unter gleichen Bedingungen. Er bezweckt die Umwandlung der alten Ordnung, welche auf dem Prinzip der Klassenvorrechte und Gewaltherrschaft aufgebaut war. Aus dem Kommunismus spricht die Liebe für das ganze Menschengeschlecht, die Liebe aber kennt keine Gewalt. Liebe mit Weisheit gepaart entspricht dem lebendigen Geist der Menschlichkeit, der uns belebt.

Das ganze Menschengeschlecht soll das Endziel der materiellen Entwicklung: Leben, Freiheit und Glück genießen, damit dann die Hauptkraft auf die geistige Entwicklung gerichtet werden kann, welche erst durch die Vollendung der materiellen Entwicklung ermöglicht wird. Der Kommunist (Spartakus), der das Gesetz der Liebe verwirklichen will, kann also nicht verbrecherisch oder vernichtend erscheinen. Dagegen übt das System des Kapitalismus eine vernichtende Kraft gegen das Leben, Freiheit und Glück des Proletariats aus und tötet so

sich selbst, ist also menschenfeindlich. Der Kapitalismus bildet eine fortgesetzte Schädigung und bietet nicht den geringsten Schutz für Leben, Freiheit und Eigentum und erzieht durch das kapitalistische System die Verbrecher selbst. Also drängt der kapitalistische Staat nach materieller Gewalt, mithin nach dem Tod, denn die Materie ist der Tod, und deshalb muss das Proletariat, das nach dem Leben strebt, das kapitalistische System zu Grabe tragen.

Proletarier aller Stände, lasst euch nicht einlullen, glaubt nicht den Zeitungen, dem Pfaffentum, denn sie führen euch irre, lasst euch nicht von Kapitalisten und ihren Dienern für ein kleines Almosen und dergleichen wohlklingende Versprechungen, noch für Geld kaufen, denn ihr müsst ihnen alles wieder zurückgeben und betrügt euch damit selbst. Es ist darum unbegreiflich, dass die Menschen das Joch des selbsttötenden kapitalistischen Systems nicht endlich abschütteln.

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Rebellenlied.

Sie halten uns mit Zwang und Lügen
in ihre Stöcke eingeschraubt.
Sie hatten gnädig uns erlaubt,
in ihrem Joch ihr Land zu pflügen.
Sie saßen da in Prunk und Pracht
mit vollgestopftem Magen
und zwangen uns, für ihre Macht
einander totzuschlagen.
Doch wir, noch stolz auf unsre Fesseln,
verbeugten uns vor ihren Sesseln.

Sie kochten ihre Larvenschminke
aus unserm Blut und unserm Schweiß.
Sie traten uns vor Bauch und Steiß,
und wir gehorchten ihrem Winke.
Sie fühlten sich unendlich wohl,
sie schreckte kein Gewitter.
Jedoch ihr Postament war hohl,
ihr Kronenschmuck war Flitter.
Wir haben nur die Faust erhoben,
Da ist der ganze Spuk zerstorben.

Es rasseln zwanzig Fürstenkronen.
Die erste Arbeit ist geschafft.
Doch, Kameraden, nicht erschlafft,
soll unser Werk die Mühe lohnen!
Auf ihr Geheiß den Reichen;
noch drückt das Unternehmerpack
den Sporn uns in die Weichen.
Noch darf die Welt uns Sklaven heißen:
noch gibt es Ketten zu zerreißen.

Vier Jahre hat die Welt der Knechte
ihr Blut verspritzt fürs Kapital.

Jetzt steht sie auf zum ersten Mal
für eigne Freiheit, eigne Rechte.
Germane, Römer, Jud' und Russ'
in einem Bund zusammen, -
der Völker brüderlicher Kuss
löscht alle Kriegesflammen.
Jetzt gilt's, die Freiheit aufzustellen.
Die rote Fahne hoch, Rebellen!

Erich Mühsam.

Verantwortlich: Frau. Ahrens; Druck: „Merkurdruckerei“, HansasträÙe 108, sämtlich in Bremen.